

# Leipziger Stadtgeschichte

Jahrbuch 2013



Im Auftrag des Leipziger Geschichtsvereins herausgegeben  
von Markus Cottin, Detlef Döring und Gerald Kolditz

Sax  Verlag

**Im Auftrag des Leipziger Geschichtsvereins e. V.  
herausgegeben von Markus Cottin, Detlef Döring und Gerald Kolditz**

Anschrift der Redaktion:

Leipziger Geschichtsverein e. V., Redaktion Leipziger Stadtgeschichte  
Markt 1, 04109 Leipzig, e-mail: [vorstand@leipziger-geschichtsverein.de](mailto:vorstand@leipziger-geschichtsverein.de)

Beitragsmanuskripte, Leserzuschriften und Rezensionsexemplare senden Sie bitte an die Redaktion, für unverlangt eingesandte Manuskripte kann jedoch keine Haftung übernommen werden. Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren verantwortlich.

Die Jahrbücher Leipziger Stadtgeschichte erscheinen jährlich.  
Einzelpreis: 15 €, Abonnementpreis incl. Versandkosten 13 €  
(für Mitglieder des Vereins frei).

Bildnachweis Umschlag: Ehrenpforte (Siegesbogen) am Standort  
des früheren äußeren Grimmaischen Tores (aus: Die Gartenlaube Nr. 46/1863, S. 725)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 1437-8604

ISBN 978-3-86729-129-3

ISBN (PDF) 978-3-86729-529-1

Alle Rechte vorbehalten

© Sax-Verlag, Beucha • Markkleeberg 2014

Umschlaggestaltung: Birgit Röhling, Markkleeberg

Herstellung: PögeDruck, Leipzig-Mölkau

Printed in Germany

[www.sax-verlag.de](http://www.sax-verlag.de)

# Inhalt

Tagungsbericht »Stadt und Krieg«	
6. Tag der Stadtgeschichte des Leipziger Geschichtsvereins 2013	6

## BEITRÄGE, BERICHTE UND MISZELLEN

<i>Karlheinz Hengst</i>	
Die sprachlichen Verhältnisse im Raum Leipzig vor 1000 Jahren	9
<i>Christian Schatt</i>	
Die Leipziger Tischlerinnung	25
<i>Gerald Kolditz</i>	
Die Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig im Jahr 1863	87
<i>Marie-Louise Monrad Møller</i>	
Wagner im Schatten – Die Geschichte des Richard-Wagner-Denkmal in Leipzig	111
<i>Thomas Stein</i>	
Die Aktion »Entartete Kunst« im Museum der bildenden Künste Leipzig	163
<i>Jens Trombke</i>	
»Daß der »Schwarze Peter« eine Ruine ist ...«. Von der Dramatik der Rettung der Leipziger Peterskirche seit ihrer Bombardierung im Zweiten Weltkrieg 1943	191
<i>Birgit Horn-Kolditz</i>	
Zwischen friedlicher Revolution und freien Wahlen. Zur Arbeit des Runden Tisches der Stadt Leipzig und dessen Überlieferung im Stadtarchiv	223

## PERSONALIA

*Siegfried Hoyer*

Karl Czok zum Gedenken

239

## REZENSIONEN

*Markus Cottin*

Bearbeiter Eckhart Leisering:

Regesten der Urkunden des Hauptstaatsarchivs Dresden 1366–1380

241

*Thomas Krzenek*

Bearbeiter Jens Kunze: Das Leipziger Schöffnenbuch 1420–1478 (1491)

243

*Gerald Kolditz*

Susanne Schötz (Hrsg.), Sebastian Kusche (Red.): Leipzigs Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Akteure, Handlungsspielräume, Wirkungen (1400–2011)

245

*Carla Calov*

Michael Maul: »Dero berühmter Chor«. Die Leipziger Thomasschule und ihre Kantoren (1212–1804)

248

*Caroline Köbler*

Theresa Schmotz: Die Leipziger Professorenfamilien im 17. und 18. Jahrhundert. Eine Studie über Herkunft, Vernetzung und Alltagsleben

251

*Gerald Kolditz*

Sachsen und Leipzig in der napoleonischen Zeit 1806 bis 1813.

Ausgewählte Publikationen aus dem Jubiläumsjahr 2013

253

*Anett Müller*

Arntraut Kalhorn: Alexander Neroslov. Ein Maler im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Eine biografische Collage

257

*Birgit Horn-Kolditz*

Frauke Gränitz: Daten und Fakten zur Leipziger Stadtgeschichte

259



*Katharina Neef*

Dirk Schuster und Martin Bamert (Hrsg.): Religiöse Devianz in Leipzig.  
Monisten, Völkische, Freimaurer und gesellschaftliche Debatten.

Das Wirken religiös devianter Gruppierungen im Leipzig des 20. Jh. 262

*Birgit Horn-Kolditz*

Horst Riedel: Stadtlexikon Leipzig von A bis Z

264

*Thomas Bertz*

Heinz Peter Brogiato: Über den Dächern von Leipzig. Luftbilder 1909–1935

267

*Siegfried Hoyer*

Elise Catrain: Hochschule im Überwachungsstaat.

Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit  
an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1968/69–1981)

270

Autorenverzeichnis

272

## Tagungsbericht

# Stadt und Krieg

### 6. Tag der Stadtgeschichte des Leipziger Geschichtsvereins 2013

Die in Vorbereitung auf die Tausendjahrfeier Leipzigs 2015 jährlich stattfindenden »Tage der Stadtgeschichte« präsentieren seit 2009 jeweils ein Thema, das in voller zeitlicher Breite vom Mittelalter bis in die Gegenwart behandelt werden kann. Angesichts des Doppeljubiläums »200 Jahre Völkerschlacht« und »100 Jahre Völkerschlachtdenkmal« lag es daher nahe, die Tagung vom 7. bis 9. November 2013 dem Rahmenthema »Stadt und Krieg« zu widmen. Hierfür stand mit dem Alten Ratsplenaarsaal des Neuen Rathauses ein würdiger Veranstaltungsort zur Verfügung. Die konzeptionelle und inhaltliche Vorbereitung und Durchführung lag in diesem Jahr beim Unterzeichner. Er konnte in bewährter Weise auf die logistische Unterstützung von Sebastian Kusche zählen.

Wie in den Vorjahren auch war die Auswahl der Vorträge von der Überlegung bestimmt, dass zum einen die zeitlichen Großepochen Mittelalter/Frühe Neuzeit, 19. Jahrhundert und das 20. und beginnende 21. Jahrhundert angemessen berücksichtigt, zum anderen aber auch unterschiedliche historiographische Herangehensweisen mit politik- und sozial-, alltags- oder kulturgeschichtlicher Fragerichtung gewählt werden sollten. Die hierdurch gegebene Vielfalt der Perspektiven vermittelte ein lebendiges, nicht selten auch erschütterndes Bild von den Auswirkungen der Kriege auf die Stadt und ihre Bewohner. Kriege zählten, darauf wurde schon eingangs hingewiesen, für frühere Generationen zu den ständig vor Augen stehenden Plagen; sie waren eher die Regel, nicht die Ausnahme. Und die alten Handelsstraßen, die sich in Leipzig kreuzten, waren eben auch Heerstraßen, sodass die Ebenen vor Leipzig wiederholt zu Schlachtfeldern wurden. Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts zogen dann auch die Stadt selbst über Jahre in Mitleidenschaft. Jedenfalls fand das Rahmenthema über alle drei Tage hinweg bemerkenswert lebhaftes Interesse beim Publikum.

In gleichfalls bewährter Weise war das wissenschaftliche Kolloquium in drei Sektionen gegliedert, die von Detlef Döring, Susanne Schötz und dem Unterzeichner moderiert wurden. Den Auftakt bildete ein breit angelegter Überblick von Enno Bünz, einem der Herausgeber der geplanten vierbändigen Wissenschaftlichen Stadtgeschichte. Er ließ unter der erkenntnisleitenden Frage »Eine wehrhafte Stadt?« die mittelalterliche Kriegs- und Militärgeschichte Leipzigs Revue passieren und erklärte die vergleichsweise geringe Häufigkeit von Kriegen im mittelalterlichen Sachsen mit der kraftvollen Friedenswahrung durch den Landesherrn, dem Leipzig Heerfolge zu leisten hatte. Der Son-

derfall der Hussitenkriege in Sachsen und Leipzig wurde von Thomas Krzenck überaus sachkundig dargestellt, wobei der Referent betonte, dass die Niederlage in der Schlacht bei Aussig (1426) und die Belagerung Leipzigs (1429/30) schockierende Nachwirkungen hinterlassen hätten.

Dies gilt in noch stärkerem Maße für die Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts. Der Dreißigjährige Krieg wurde von Peter Leonhardt unter mediengeschichtlicher Fragestellung behandelt, indem der Vortragende am Beispiel der Leipziger Flugblattpublizistik die Wahrnehmung und Deutung des Krieges durch die (lutherischen) Zeitgenossen untersuchte. Dagegen interpretierte Christoph Zeumer die langjährige Besetzung und Ausplünderung Leipzigs im Siebenjährigen Krieg 1756–1763 als den Versuch des preußischen Königs Friedrichs II., Sachsen und namentlich die Messestadt zur Finanzierung des Krieges heranzuziehen.

Das 19. Jahrhundert war mit drei Vorträgen vertreten, und zwar zunächst mit Elke Schlenkrichs Streifzug durch den Kriegsalltag Leipzigs während der Völkerschlacht, als zeitweilig mehr Verwundete als Bürger in der Stadt weilten und mehr als ein Zehntel der Bevölkerung den Folgen einer Typhusepidemie erlag. Sebastian Schaar stellte in einem Folgebeitrag Leipzig als Garnisonsstadt vor, die Ende des 19. Jahrhunderts nach Dresden das zweitgrößte Truppenkontingent Sachsens in ihren Mauern beherbergte. Politik-, kultur- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte kamen schließlich in Johanna Sängers Vortrag über das zu DDR-Zeiten abgerissene Siegesdenkmal auf dem Marktplatz zur Sprache. Die Referentin interpretierte es nicht nur als Erinnerungszeichen an die Einigungskriege, sondern vor allem als Zeichen des Einverständnisses des Leipziger Bürgertums mit der kleindeutsch-großpreußischen Reichseinigung von 1871.

Der erste Tag klang aus mit einem fulminanten, freilich auch gelegentlich zum Widerspruch reizenden Abendvortrag von Harald Meller, dem Direktor des sachsen-anhaltischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie. Er behandelte sein Thema »Schlachtfeldarchäologie in mitteldeutscher Perspektive« an Hand der großflächigen Ausgrabungen bei Lützen, wo 1632 Gustav Adolf und Wallenstein aufeinandertrafen und der schwedische König fiel, stellte es aber zugleich auch in die größeren Zusammenhänge gewaltsamer Auseinandersetzungen in der Ur- und Frühgeschichte, deren Spuren im mitteldeutschen Raum ergraben und archäologisch gesichert werden konnten.

Die dritte Sektion zum 20. Jahrhundert füllte den zweiten Tag des Kolloquiums. Sie begann mit einem Vortrag des Unterzeichners über Leipzig im Ersten Weltkrieg, wobei herausgestellt wurde, dass die Auswirkungen und Folgen des Krieges, anders als nach der »Auguststimmung« 1914 zu erwarten, in der Stadt zu einer massiven Verschärfung der Klassengegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft führten.

Dem ungleich besser erforschten Zweiten Weltkrieg waren drei Beiträge gewidmet. Steffen Helds Referat über Fremd- und Zwangsarbeit in den Leipziger Rüstungsbetrieben ließ zugleich die ausbeuterische und rassistische Dimension der nationalsozialistischen

Herrschaft in den Blick treten, während Ronald Lambrecht in seinen Ausführungen über Leipzig als Rüstungsstadt im Zweiten Weltkrieg vor allem die ökonomisch-produktionstechnische Seite herausstellte und das besondere Gewicht der Leipziger Betriebe für die Lufrüstung und Munitionsherstellung betonte. Einem selten erörterten, gleichwohl bedeutsamen Aspekt ging Helge-Heinz Heinker nach, nämlich den Auswirkungen des Krieges auf die Infrastruktur der Stadt, namentlich die Verkehrswege. Hier zeigten sich nicht zuletzt die Folgen des Bombenkrieges, die seit 1943 auch den mitteldeutschen Raum trafen. Der Schlussvortrag von Volker Rodekamp, dem Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums, über »Leipzig 2013: 200 Jahre Völkerschlacht und 100 Jahre Völkerschlachtdenkmal« verknüpfte das Schlachtgeschehen mit seinem instrumentellen Gebrauch in der Erinnerungskultur des Wilhelminismus. Von dort schlug er den Bogen zur Gegenwart, um nach dem Platz des Denkmals angesichts heutiger, europaweiter Friedens- und Verständigungsbemühungen zu fragen. Eine Schlussbilanz des Unterzeichners beschloss die Tagung.

Die Vortragsabfolge wurde durch ein Rahmenprogramm ergänzt. So konnte, wie schon in den Vorjahren, am Abend des ersten Veranstaltungstages der Berichtsband der letztjährigen Tagung »Das religiöse Leipzig. Stadt und Glauben vom Mittelalter bis zur Gegenwart« vorgestellt werden, dessen Herausgeber Enno Bünz und Armin Kohnle sind. Die redaktionelle Bearbeitung lag bei Sebastian Kusche. Damit liegt nun schon der sechste Band in der Reihe »Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig« vor.

Schließlich rundeten zwei Führungen und die Szenische Collage »Wie ein einziges langes Donnergebrüll« von Maja Chrenko das Programm ab. Die Aufführung fand in der Alten Handelsbörse statt, wo Szenen aus dem Schlachtgeschehen von 1813, aber auch Beispiele späterer Erinnerung an die Völkerschlacht gezeigt wurden. Die Führungen galten dem Neuen Rathaus, dem Rathausturm und den Gewölben der alten Pleißenburg, wo Peter Leonhardt ein kompetenter Auskunftgeber war, sowie einem »Blick hinter die Kulissen des sanierten Völkerschlachtdenkmals«. Hier ist dem »Hausherrn« Steffen Poser für seine ebenso klaren wie launigen Ausführungen zu danken. Bis zum Tag der Stadtgeschichte 2014 sollen die Referate der diesjährigen Tagung, ergänzt um weitere Beiträge, die aus Zeitgründen nicht vorgetragen werden konnten, im Druck vorliegen.

*Ulrich von Hehl*

---

# BEITRÄGE · BERICHTE · MISZELLEN

---

## Die sprachlichen Verhältnisse im Raum Leipzig vor 1000 Jahren

Welche *lingua patriae* sprachen die Bewohner im Umland  
von Leipzig vor tausend Jahren?

Wolfgang Sperber als Leipziger Slawisten zum 85. Geburtstag 2013

*Karlheinz Hengst*

Anlässlich der sich 2015 vollendenden 1000 Jahre seit der Ersterwähnung der Burg Leipzig soll kurz versucht werden, die sprachlichen Verhältnisse in der Region um das damalige Burggebiet zu beschreiben.

### Ist zu einem solchen Thema überhaupt eine Aussage möglich?

Eine Aussage zu dem Thema ist nach einem halben Jahrhundert konzentrierter Forschung möglich. Die seit Mitte der 1950er-Jahre an der Universität Leipzig intensiv betriebenen Untersuchungen zu den deutsch-slawischen Beziehungen im Mittelalter bieten eine solide Materialbasis. Das ist vor allem das Verdienst der Sprachforscher Ernst Eichler und Hans Walther, beide zugleich langjährige Mitglieder der Historischen Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften. Das slawische Sprachgut aus den heutigen Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hat Ernst Eichler als Slawist vor allem in seinem vierbändigen Lexikon »Slawische Ortsnamen zwischen Saale und Neiße«<sup>1</sup> aufbereitet. Beide Sprachforscher haben gemeinsam mehrere Bände in der Reihe »Deutsch-slawische Forschungen zur Namenkunde und Siedlungsgeschichte«<sup>2</sup>

---

1 Ernst Eichler, Slawische Ortsnamen zwischen Saale und Neiße. Ein Kompendium, Band 1: A–J, Band 2: K–M, Band 3: N–S, Band 4: T–Z, Bautzen 1985, 1987, 1993, 2009.

2 Vgl. Ernst Eichler, Elisabeth Lea, Hans Walther, Die Ortsnamen des Kreises Leipzig (Deutsch-slawische Forschungen zur Namenkunde und Siedlungsgeschichte 8), Halle 1960; Ernst Eichler, Hans Walther, Die Ortsnamen im Gau Daleminze, 2 Bände (Deutsch-slawische Forschungen zur Namenkunde und Siedlungsgeschichte 20, 21), Berlin 1966, 1967; dies., Ortsnamenbuch der Oberlausitz, 2 Bände (Deutsch-slawische Forschungen zur Namenkunde und Siedlungsgeschichte 28, 29), Berlin 1975, 1978;

verfasst. Der Germanist und Siedlungshistoriker Hans Walther hat unter Nutzung der slawistischen Ergebnisse jüngst mit Ernst Eichler einen speziellen Band zum hier interessierenden geographischen Raum vorgelegt.<sup>3</sup> In Verbindung mit meinen eigenen Studien zum slawisch-deutschen Sprachkontakt<sup>4</sup> im Verlaufe von über fünfzig Jahren sollen nun einige gesicherte Aussagen zu dem Thema mit Blick auf das engere Leipziger Gebiet vorgetragen werden.

### **Was wissen wir über die ethnischen und politischen Verhältnisse im Raum Leipzig vor tausend Jahren?**

Um das Jahr 1000 n. Chr. ist das Terrain um unser heutiges Leipzig rund sieben Jahrzehnte unter deutscher Herrschaft. In dieser Zeit sind mindestens drei Generationen in die neuen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse hineingewachsen.

Der einstige Gau Chutici mit seiner slawischen Bevölkerung und ihrer westslawischen Sprache gehörte zum Machtbereich der Ottonen, ab 1002 administrativ-politisch zum Herrschaftsbereich von Heinrich II. Kirchlich war das Territorium dem Erzbistum Magdeburg unterstellt und gehörte zum Bistum Merseburg. Nach der militärischen Sicherung des Slawenlandes bis zur Elbe ergab sich für die Kirche die neue Aufgabe, nun das Missionswerk nach Osten hin unter den Slawen fortzuführen.

### **Was lässt sich zur Sprache der neuen Herrschaftsträger und ihrer Mannschaften sagen?**

Hierzu ist eine klar differenzierende Aussage erforderlich:

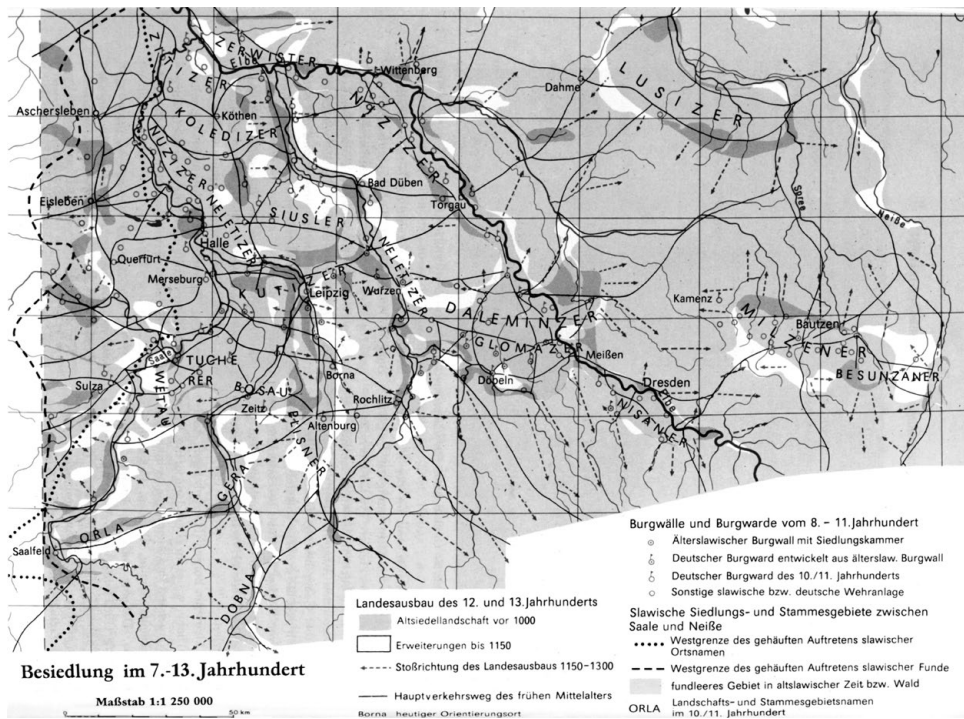
- a. Die deutschen Herrschaftsträger sowie ihr Gefolge im weltlichen und kirchlichen Bereich sprachen je nach ihrer Herkunft althochdeutsch oder altniederdeutsch (altsächsisch) als Muttersprache. Sie behielten ihre Muttersprache in der internen Kommunikation auch bei. Gleiches gilt für Händler und Handwerker. Es ist im 10. und

---

dies., Untersuchungen zur Ortsnamenkunde und Sprach- und Siedlungsgeschichte des Gebietes zwischen mittlerer Saale und Weißer Elster (Deutsch-slawische Forschungen zur Namenkunde und Siedlungsgeschichte 35), Berlin 1984.

3 Ernst Eichler, Hans Walther, Alt-Leipzig und das Leipziger Land. Ein historisch-geographisches Namenbuch zur Frühzeit im Elster-Pleiß-Land im Rahmen der Sprach- und Siedlungsgeschichte. Mit Beiträgen von Susanne Baudisch, Markus Cottin, Karlheinz Hengst und Uwe Schirmer (Onomastica Lipsiensia 7), Leipzig 2010.

4 Vgl. Karlheinz Hengst, Beiträge zum slavisch-deutschen Sprachkontakt in Sachsen und Thüringen, Veitshöchheim bei Würzburg 1999 sowie eine bibliographische Übersicht in der Zeitschrift Zunamen/Surnames 4 (2009) 1, S. 78–93.



1: Kartenausschnitt aus dem Beitrag von Hans Walther, *Landnahme und Stammesbildung der Sorben (um 600 bis 929)* (aus: Karl Czok (Hrsg.), *Geschichte Sachsens*, Weimar 1989, S. 74)

11. Jahrhundert für das Bistum Merseburg und damit auch für den Raum um Leipzig mit wohl vorzugsweise altsächsischem Sprachgebrauch zu rechnen. Die in der Kanzlei von Merseburg ausgestellten Urkunden lassen immer wieder altniederdeutsche Sprachmerkmale erkennen, so z. B. *-thorp*-Schreibungen. Die Angehörigen der Oberschicht – auch im kirchlichen Bereich – kamen ja auch vor allem aus dem altsächsischen Sprachraum.

- b. Die kirchlichen Amtsträger hatten eine besondere Ausbildung erfahren und waren des Lateinischen mächtig. Als Notare verfassten sie auch alle Dokumente in lateinischer Sprache, genauer gesagt im sog. Mittellatein. Kurz gesagt: Die Geistlichen waren damit zweisprachig.
- c. Für die Missionstätigkeit reichte diese Zweisprachigkeit nicht aus. Seit der *Admonitio generalis* von 789 aus der Zeit von Karl dem Großen gab es eine ganz klare und verbindliche Orientierung für die Missionsarbeit. Dem Volk war das Evangelium *in vivo sermone*, also in der jeweils vom Volk gesprochenen lebendigen Sprache, zu verkünden. Zugleich wurde auch präzise ausgewiesen, was *in vivo sermone* erfolgen

sollte: Taufbelehrung, Beichtbelehrung, Vaterunser als Grundgebet und Glaubensbekenntnis. Paternoster und Credo mussten die Bekehrten auch zur Taufe selbst sprechen können, also in ihrer eigenen Muttersprache kennen. Das Mainzer Konzil von 803 erneuerte diese Forderungen nochmals, dass die Geistlichen ihre Täuflinge *in ipsa lingua, in qua nati sunt*, zu unterweisen haben.<sup>5</sup>

Es ist daher zu beachten, dass die für die Slawenmission ausgebildeten geistlichen Kräfte dreisprachig gewesen sein müssen. Wir slawistischen Sprachhistoriker sprechen daher für die Zeit vom 9. bis mindestens 12. Jahrhundert von einer *lingua Slavica missionarica*.<sup>6</sup> Bei Helmold von Bosau findet sich ein Überblick über die Slawenmission von Hamburg aus sowie auch vom Kloster Corvey an der Weser aus bis nach Mecklenburg. Ohne *lingua Slavica missionarica* wäre ein solches Missionswerk nicht durchführbar gewesen.<sup>7</sup>

Diese *lingua Slavica missionarica* wurde in jener Zeit in den Domschulen, z. B. in Magdeburg, sowie auch in Klosterschulen, beispielsweise in St. Emmeram, vermittelt. Von St. Emmeram gingen einerseits Missionsträger bis nach Mähren und in die Slowakei, andererseits kam der bekannte Boso und erste Bischof von Merseburg von da und predigte den Slawen in ihrer Sprache im Raum von Zeitz und Altenburg. Thietmar sagt von Boso zugleich ausdrücklich: »*Slavonica scripserat verba*« (Thietmar II, 37).

In dem Sprachaneignungsprozess dürfte die Koedukation von Nachkommen aus dem slawischen und deutschen Adel von Nutzen gewesen sein. So ist der Slawe Vojtěch (wir würden heute sagen als Tscheche) und Freund von Otto III. durch die Magdeburger Domschule gegangen und später Bischof von Prag geworden. In Magdeburg studierten die aus Adelsfamilien in Thüringen und Niedersachsen stammenden Bischöfe von Merseburg Wigbert und Thietmar sowie Eiko, später Bischof von Meißen. Gleiches gilt für Brun von Querfurt, Mitschüler Thietmars, der 1004 als Missionsbischof

- 
- 5 Vgl. ausführlicher dazu Karlheinz Hengst, Beginn, Verlauf und Dauer des slawisch-deutschen Sprachkontaktes an mittlerer Saale und Weißer Elster, in: Ernst Eichler, Hans Walther (Hrsg.), *Onomastica Slavogermanica XVII* (Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Phil.-hist. Klasse 71, 4), Berlin 1988, S. 7–20; ders., Namenforschung, slawisch-deutscher Sprachkontakt und frühe slawische Sprachstudien im Elbe-Saale-Grenzraum, in: Ernst Eichler (Hrsg.), *Onomastica Slavogermanica XIX* (Hans Walther zum 70. Geburtstag) (Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Phil.-hist. Klasse 73, 2), Berlin 1990, S. 105–115; ders., Frühe Namenüberlieferungen als Sprachkontaktzeugnis in Ostthüringen, in: Rudolf Schützeichel (Hrsg.), *Ortsname und Urkunde. Frühmittelalterliche Ortsnamenüberlieferung* (Beiträge zur Namenforschung, N.F. Beiheft 29), Heidelberg 1990, S. 236–258.
  - 6 Vgl. v. a. die Studien des sorabistischen Sprachhistorikers Heinz Schuster-Šewc zu den mittelalterlichen altsorbischen Glossen sowie zum kirchlichen Wortschatz des Sorbischen und seinem Ursprung, in: *Die Welt der Slawen* 34 (1989) S. 158–166 und S. 297–322.
  - 7 Vgl. ausführlicher Karlheinz Hengst, *Lingua Slavica missionarica in terra inter Salam et Albiam*, in: Svetlana Mengel (Hrsg.), *Dem Freidenkenden: Zu Ehren von Dietrich Freydank* (Slavica varia Halensia 6), Münster, Hamburg, London 2000, S. 113–131 mit weiterer Literatur.



geweiht wurde und von Magdeburg nach Polen und Russland ging.<sup>8</sup> Die bis um 1000 noch nicht ausdifferenzierten slawischen Sprachräume machen es auch verständlich, dass der erste Erzbischof von Magdeburg namens Adalbert, ein ehemaliger Mönch aus Trier, 961 nach Russland gesandt werden konnte, daher auch den Beinamen »Bischof der Russen« erhielt. Von diesem Magdeburger Erzbischof wird über seine zwölfjährige Amtszeit berichtet: »*multos Slavorum predicando convertit*« (Helmold von Bosau I 11).

Es ist anzunehmen, dass vom 10. bis 12. Jahrhundert auch in den Domschulen in Merseburg, Zeitz bzw. Naumburg und Meißen slawische Sprachkenntnisse vermittelt wurden. Über diese für selbstverständlich gehaltenen Ausbildungsinhalte für die Geistlichen wird in der Überlieferung nicht ausdrücklich berichtet. Beachtenswert aber z. B. für Merseburg ist: Noch 1242 tritt neben anderen Geistlichen als Zeuge in einer vom Bischof Rudolf von Merseburg ausgestellten Urkunde ein Subdiakon *Zlauko* [zu lesen als *Slawko*] auf (CDS II 15, Nr. 7).

### Wie waren die sprachlichen Verhältnisse bei den Slawen um 1000 n. Chr.?

Die einheimische slawische Bevölkerung sprach einen zum Westslawischen gehörigen Dialekt.<sup>9</sup> Dieser Dialekt sowie überhaupt die regionalen slawischen Idiome waren bis zum Ende des 10. Jahrhunderts noch dem Urslawischen sehr nahe. In der Sprachwissenschaft bezeichnet man diese Phase als die Zeit des sogenannten Späturslawischen oder auch Gemeinslawischen. Charakteristisch ist, dass sich zum Ende des 10. Jahrhunderts im Slawischen einzelne Lautvorgänge vollzogen haben, die ab dem 11. Jahrhundert zur Herausbildung der ältesten Stufen der uns vertrauten slawischen Nationalsprachen führten. Hier seien nur zwei ganz wesentliche Merkmale genannt: Zum Ende des 10. Jahrhunderts verloren die Nasalvokale ę [eng] und ǫ [ong] ihre Nasalität und es vollzog sich ein Wandel der slawischen ultrakurz gesprochenen Vokale. Diese sind als Weichheits- und Härtezeichen vom Schriftbild her meist jedem bekannt. Sie wurden bis ins 10. Jahrhundert als überaus kurzes ĭ bzw. ŭ gesprochen und schwanden dann in bestimmten Positionen oder wurden zu unterschiedlichen Vollvokalen in den slawischen Einzelsprachen.

Mit anderen Worten: Ab dem 11. Jahrhundert lassen sich in den überlieferten sprachlichen Formen differenzierende Merkmale feststellen. Daher wird dann von Alttschechisch, Altpolnisch und für unser Gebiet von Altsorbisch gesprochen.

<sup>8</sup> Weitere Belege bei Hengst, *Lingua Slavica* (Anm. 7), S. 120.

<sup>9</sup> Ausführlich dazu Ernst Eichler, *Studien zur Frühgeschichte slawischer Mundarten zwischen Saale und Neiße* (Deutsch-slawische Forschungen zur Namenkunde und Siedlungsgeschichte 19), Berlin 1965. Vgl. auch Heinz Schuster-Šewc, *Zur Stellung des Sorbischen im Rahmen der slawischen Sprachen*, in: *Das Sorbische im slawischen Kontext. Ausgewählte Studien*, Bautzen 2000, S. 9–78.

## Wie war das Verhältnis der Herrschaftsträger zur slawischen bzw. altsorbischen Landessprache?

Zwei Aspekte sind bei einer Antwort auf diese Frage als ganz wesentlich zu nennen:

**Zum Ersten** gibt es keinerlei Anzeichen für eine Abwertung oder Geringschätzung der einheimischen slawischen Bewohner oder ihrer Sprache. Das ist nicht nur für das 10. Jahrhundert zutreffend, sondern für das gesamte Sorbenland auch für die folgenden Jahrhunderte bis einschließlich 13. Jahrhundert. Daher wird auch urkundlich noch im 12. Jahrhundert unterschieden zwischen *lingua rustica* als der Sprache der zusiedelnden deutschen Bauern und der *lingua vero patria* als der Sprache der einheimischen slawischen Sprecher.<sup>10</sup>

**Zum Zweiten** ist eigentlich diese Haltung ganz normal. Bereits im fränkischen Reich gab es unterschiedliche ethnische Verhältnisse und folglich auch eine Sprachenvielfalt. Sowohl weltliche als auch kirchliche Verhaltensweisen waren darauf eingestellt. Positiv formuliert bestand Respekt und Akzeptanz gegenüber den neu ins Herrschaftsgebiet einbezogenen Menschen. Eine gründliche Untersuchung zum Slawenbild bei Thietmar von Merseburg hat diese Schlussfolgerungen ausdrücklich bestätigt.<sup>11</sup>

Die *lingua Slavica* war eine im östlichen Europa und auch im Reich bekannte Herrschaftssprache. Ihre Kenntnis war wichtig für politische Gespräche und Verhandlungen, für militärische Bündnisse sowie für den Handel und ganz besonders auch für die Missionsarbeit. Thietmar berichtet mehrfach von Besuchen polnischer Herrscher oder polnischer Gesandter in Allstedt, Merseburg und vor allem Magdeburg, so z. B. zum Jahr 1013 (Thietmar VI 89/90).

Auch Angehörige des deutschen Spitzenadels<sup>12</sup> haben offensichtlich über slawische Sprachkenntnisse verfügt. Thietmar nennt meißnisch-polnische Eheschließungen (Thietmar VI 90, Anm. 291). Die damaligen Verflechtungen oder »Netzwerke« des Adels mit Einbeziehung slawischer Adelsfamilien liegen noch vielfach im Dunkeln. Das gilt wohl besonders für die »endogamen Verbände«<sup>13</sup>. Solche kann es auch im Kleinraum wie etwa dem Gau Chutici gegeben haben, aber sie konnten auch viel weiter

10 Hans Patze (Bearb.), Altenburger Urkundenbuch, 976–1350 (Veröffentlichungen der Thüringischen Historischen Kommission 5), Jena 1955, Urkunde Nr. 6.

11 Vgl. Karlheinz Hengst, Die Slawen als Nachbarn der Deutschen aus der Sicht eines Bischofs in Mitteldeutschland vor 1000 Jahren, in: Sandra Kersten, Manfred Frank Schenke (Hrsg.), Spiegelungen. Entwürfe zu Identität und Alterität. Festschrift für Elke Mehnert. Berlin 2005, S. 453–513.

12 Otto II. z. B. hatte frühzeitig eine gediegene Ausbildung durch seinen älteren Stiefbruder Erzbischof Wilhelm von Mainz sowie den späteren Bischof Volkold von Meißen und Ekkehard II. von St. Gallen erhalten. Inwieweit auch eine Vermittlung von Fremdsprachen in den Ausbildungsprozess einbezogen war, ist aus den Quellen nicht direkt zu erfahren.

13 Terminus nach Robert Gramsch, Jena, auf der Tagung »Thüringen und die Mark Meißen im Interregnum«, Altenburg, 19.–21. September 2013.

ausgreifend sein, wie z. B. bei Wiprecht von Groitzsch im 11. Jahrhundert infolge seiner Ehe mit der Tochter des Herzogs und späteren Königs von Böhmen.

Auch die im Gau Chutici und im Leipziger Raum eingesetzten bzw. tätig gewordenen deutschsprachigen Vertreter von Adel bzw. Dienstadel haben sich mit dem neuen Wirkungsbereich identifiziert. Davon zeugt die Annahme der Namen der jeweiligen Sitze, auch deren Beibehaltung in der Folgezeit. Das trifft bekanntlich uneingeschränkt zu vom Markgrafen und Burggrafen bis zum Kleinadel, also von den Wettinern<sup>14</sup> bis zu denen von *Libz* (Leipzig) wie 1185 *Albertus de Libz et frater suus Būrzlaus* (CDS I 2, 352), die als slawische Adlige noch im 12. Jahrhundert auch mit einem altsorbischen Rufnamen voll akzeptiert waren.<sup>15</sup> Es gibt auch für die Zeit des Mittelalters keine Umbenennungen von Siedelplätzen seitens der Obrigkeit. Die seit der slawischen Landnahme gebrauchten Personennamen sowie die üblich gewordenen Namen für Flüsse und Ansiedlungen wurden angenommen, übernommen und letztlich als Lehnennamen in den deutschen Sprachgebrauch dauerhaft integriert. Die Landessprache der Bevölkerungsmehrheit erfuhr keinerlei Diskriminierung. Die slawische Landessprache war in der mündlichen Kommunikation eine Verhandlungssprache wie jede andere im damaligen Reich.

Quantitativ standen einer deutlichen Mehrheit von slawisch sprechenden Bauern, Handwerkern, Händlern und Vertretern der Oberschicht die deutschen Sprecher aus der kirchlichen und weltlichen Oberschicht mit ihren Rittern und Fußvolk sowie Burgbesatzungen und Händlern in klarer Minderheit gegenüber.

Slawische Angehörige der Oberschicht sind auch überliefert. Sie saßen sicher dort, wo vordeutsche Burgwallanlagen nachgewiesen sind, also in Schkeuditz, Schkölen (bei Markranstädt), Connewitz und Kleinzschocher sowie Zwenkau:

- 971 *a Sclavis in Zuencua sub Cuchavico seniore* (Thietmar II 38), wobei dieser *Sclavus Cuchavicus* (PN zu *\*kochati* 'lieben', vgl. DS 32, 63) zu Zwenkau von Thietmar ausdrücklich als vom Kaiser sehr geachtet gekennzeichnet wird.
- 1097 *in villa Scorlup in burcwart Zcolin ... militi nomine Vitic* (CDS I 1, 173), wobei es sich um eine Übereignung von zwei Hufen durch Kaiser Heinrich IV. auf Bitten von Wiprecht v. Groitzsch an dessen Ministerialen *Vitic* in Schkorlopp handelt.
- 1253 *Petrus de Zochere* (UB Altenburg [Anm. 10] 167) als Zeuge in Urkunde des Markgrafen von Meißen trägt einen christlichen Namen, kann ein Nachfahre ursprünglich slawischen Adels sein.

14 Zum Namen vgl. Eichler, Slawische Ortsnamen (Anm. 1), Band 4, S. 72.

15 Vgl. Susanne Baudisch, Lokaler Adel in Nordwestsachsen. Siedlungs- und Herrschaftsstrukturen vom späten 11. bis zum 14. Jahrhundert (Geschichte und Politik in Sachsen 10), Köln, Weimar, Wien 1999. Speziell zum Leipziger Land S. 93–124 sowie in dem Katalogteil »Die Burgen und Herrensitze des lokalen Adels«, S. 274–326.

- 1277 *a filiis Boczlai de Kvnawiz militis* (CDS II 9, 24) mit einem entweder auf *Borçlaus* = \**Borislav* oder aber \**Boslav* < \**Bogislav* (vgl. DS 32, 20 u. 22) verweisendem PN.
- Ad 1018 *in burgwardo ... Rochelenzi ... Budislav(us) mil(es)* (Thietmar VIII 21) usw. lässt auch andernorts wie hier in Rochlitz Vertreter der slawischen Oberschicht erkennen. Slawischen Adel hat es sicher auch gegeben in Leipzig, Schkeuditz, Taucha sowie Schkölen bei Markranstädt, da diese Orte jeweils als *urbs* oder *Burgward*-Orte erwähnt werden:
- Ad 981 *urbes ..Scudici, Cotug* (Thietmar III 16).
- Ad 1015 *in urbe Libzi* (Thietmar VII 25) und ad 1017 (Kirche) *in Libzi* (Thietmar VII 66).
- 1031 *in burgwardo Szholin* und 1097 *in burcwart[o]Zcolin* (CDS I 1, 79 u. 173), wobei die abweichende Schreibung 1031 in der Urkunde von Kaiser Konrad II. sicher mit dem entfernten Ausstellungsort Tilleda zu erklären ist.<sup>16</sup>

Gundorf im NW von Leipzig ist mit 1012/18 *Guntborp* (Thietmar III 1) ad 974 als Schenkung Ottos II. an das Bistum Merseburg mit genannt, also ein Zeichen für den inzwischen wohl begonnenen Landesausbau unter deutscher Leitung im Umfeld von Leipzig. Bei Eisdorf westlich Zwenkau können wir für den dortigen »Hof« Bischof Thietmars nur erkennen, dass der Namenwechsel wohl durch den Wechsel des eingesetzten Herrn als Verwalter seitens offenbar auch deutscher Bauern in der Umgebung erfolgte: *ad curtem meam, Slavonice Malacin dictam, Teutonice autem Egisvillam* (Thietmar VI 42). Hier wurde ein slaw. ON \**Malotin* zu einer Person \**Malota* durch einen altsächsischen ON \**Egistborp* abgelöst, der den Kurznamen *Egi* zu *Eginhard* o. ä.<sup>17</sup> enthält.<sup>18</sup> Zu Thietmars Zeit müssen beide Namensformen gebräuchlich gewesen sein, denn 1018 schreibt Thietmar nur *in Malacin* (Thietmar VIII 7).

## Gibt es schriftliche Zeugnisse zum Slawischen bzw. Altsorbischen bis um 1000?

Von den einstmals vorhandenen slawischen Predigttexten oder auch Lehrtexten ist uns für das Altsorbische bis auf die Magdeburger Glossen aus dem 12. Jahrhundert<sup>19</sup> nichts

16 Bereits in einer 993 in Merseburg ausgefertigten Urkunde wird der Burgward Zolini zusammen mit dem namens Dribani genannt (CDS I 1, Nr. 42). Die Schreibweise dieser beiden Namen ist jeweils im Anlaut auffällig abweichend, vgl. dazu ausführlicher Eichler, Slawische Ortsnamen (Anm. 1), Band 3, S. 196 und Band 4, S. 30 († Wüstung Treben).

17 Zu dem Personennamen vgl. Rosa und Volker Kohlheim (Bearb.), Duden. Das große Vornamenlexikon, Berlin, Mannheim, Zürich 2014, S. 133.

18 Zur Namensgeschichte vgl. Eichler, Walther, Alt-Leipzig (Anm. 3), S. 163.

19 Dazu Heinz Schuster-Šewc, Das Sorbische im slawischen Kontext. Ausgewählte Studien. Bautzen 2000, S. 158–174 mit umfassenden Untersuchungen unter dem Thema: Gibt es Beziehungen zwischen der Entstehung der Freisinger Beichtformeln und den St. Emmeramer sowie den Magdeburger Glossen?

erhalten geblieben. Mit Bezug auf Bischof Werner von Merseburg (†1097) werden zwar in der Quellenliteratur für die zweite Hälfte des 11. Jahrhunderts *libri slavonicae linguae* erwähnt, aber keines dieser Bücher hat die Zeit des Buchdrucks überlebt. Solche Schriften sind aber bestimmt vorhanden gewesen. Sie sind mit den üblichen lateinischen Schriftzeichen und ohne alle Sonderzeichen niedergeschrieben worden.

Als Beweisstücke dafür dienen die in lateinischen Texten vorkommenden slawischen bzw. speziell auch altsorbischen Sprachsplitter. Es handelt sich dabei um Tausende von slawischen Eigennamen. Sie treten uns in Urkunden und auch in erzählenden Quellen wie z. B. bei Thietmar von Merseburg und Helmold von Bosau entgegen. Es sind Personennamen<sup>20</sup> und vor allem geographische Namen aus dem Gebiet von der Saale an ostwärts bis über die Elbe hinweg in die Lausitz.

Aus diesen slawischen Sprachsplittern erfahren und wissen wir auch von dem gesprochenen Altsorbisch im Raum von Leipzig. In den erhaltenen Schriftstücken sind die von den Notaren bzw. Verhandlungsführern *gesprochenen Namen* ganz nach der Sprechweise aus der lebenden Kommunikation mit den Slawen des 10./11. Jahrhunderts in *Schrift* umgesetzt worden.

### Wie zuverlässig sind die Aufzeichnungen von Eigennamen?

Für das 10. und 11. Jahrhundert ist aus den Urkunden eine ausgesprochen exakte bzw. dem Gemeinslawischen und Altsorbischen lautnahe Schreibung konstatierbar. Ganz wichtig ist die durch sprachwissenschaftliche Vergleiche und Analysen ermittelte Systemhaftigkeit bzw. Normiertheit bei der Wiedergabe slawischer Laute und auch Lautverbindungen, insbesondere auch solcher, die das Ahd. bzw. Asä. nicht kannte (wie z. B. die urslawischen Nasalvokale und einige slawische Zischlaute).<sup>21</sup> Das alles spricht für eine ausgesprochene Sprachkundigkeit im Slawischen bei den Geistlichen und Notaren in den Scriptorien und Kanzleien.

Zugleich ist beim Blick auf die überlieferten Namen trotz Ausbildung in *lingua Slavica* folgendes zu bedenken:

---

20 Eine systematische Erfassung bietet Gerhard Schlimpert, *Slawische Personennamen in mittelalterlichen Quellen zur deutschen Geschichte* (Deutsch-slawische Forschungen zur Namenkunde und Siedlungsgeschichte 32), Berlin 1978.

21 Vgl. Karlheinz Hengst, *Strukturelle Betrachtung slawischer Namen in der Überlieferung des 11./12. Jahrhunderts*, in: Rudolf Fischer u. a. (Hrsg.), *Leipziger namenkundliche Beiträge II* (Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Phil.-hist. Klasse 113, 4), Berlin 1968, S. 47–58 mit der tabellarischen Übersicht zu altsorbischen Vokal- und Konsonantenphonemen und ihrer Wiedergabe durch deutsche Grapheme mit Varianten; ferner Eichler, Walther, *Untersuchungen zur Ortsnamenkunde* (Anm. 2), S. 39 f.

- Jeder slawische Name war für den Schreiber ein fremder Name. Dieser wurde zunächst gehört, erst danach von dem Schreiber selbst als asä./ahd. *Transsumt* gesprochen und in einem dritten Schritt in Schrift als asä./ahd. *Transponat* umgesetzt.
- Außerdem ist zu beachten, dass mancher slawische Name durch Angehörige der deutschsprachigen Oberschicht den Notaren mitgeteilt wurde. Damit konnten Unsicherheiten in der Sprechweise zu Irritationen bei der Verschriftlichung führen.
- Dennoch ist in den meisten Fällen eine auffallend korrekte Wiedergabe slawischer Namen zu registrieren.

Beispiele:

Ausstattungsurkunde für die Zeitzer Stiftskirche von 976

(civitas) *Altenburg cum villis Zemounua, Podegrodici, Zebecury, Trescouua, Masceltorp, Rodiune, Godessouua, Lysina, in pago Plisina vocato* (dazu dt. ON wie *Dornburg, Chirihperg*) womit rekonstruierbare aso. Formen (daher mit \*) *\*Sémova – \*Podęgrođici – \*Seběkury – \*Trěskova – \*Masłotopy* ... ermittelbar sind.

Vgl. auch aus der Urkunde von 976 *Bresniżani* für aso. *\*Brezьničane* zu *\*brezьnica* 'Birkengehölz, Birkenbach' (Priesen<sup>22</sup> sö. Weißenfels).

Die noch heute gut erkennbare Dominanz ursprünglich slawischer Siedlungsnamen im Raum Leipzig zeigt die dichte slawische Besiedlung aus schon vordeutscher Zeit. Das hatte zur zwingenden Konsequenz, dass auch von deutscher Seite diese Namen angeeignet und verwendet wurden.

Aus dem Raum Leipzig sind aus jener Zeit mit slawischen Namen urkundlich genannt:

Ad 974 *Borintizi* Thietmar III 1 < *\*Boręćici* 'Ort der Leute des Boręta' (Portitz, Alt-L. 218)

1004 *actum in Vvarim* DH II 269 < *\*Varimъ* 'wo gewallt, gebrodelt, gekocht wird' (Wahren, Alt-L. 248)

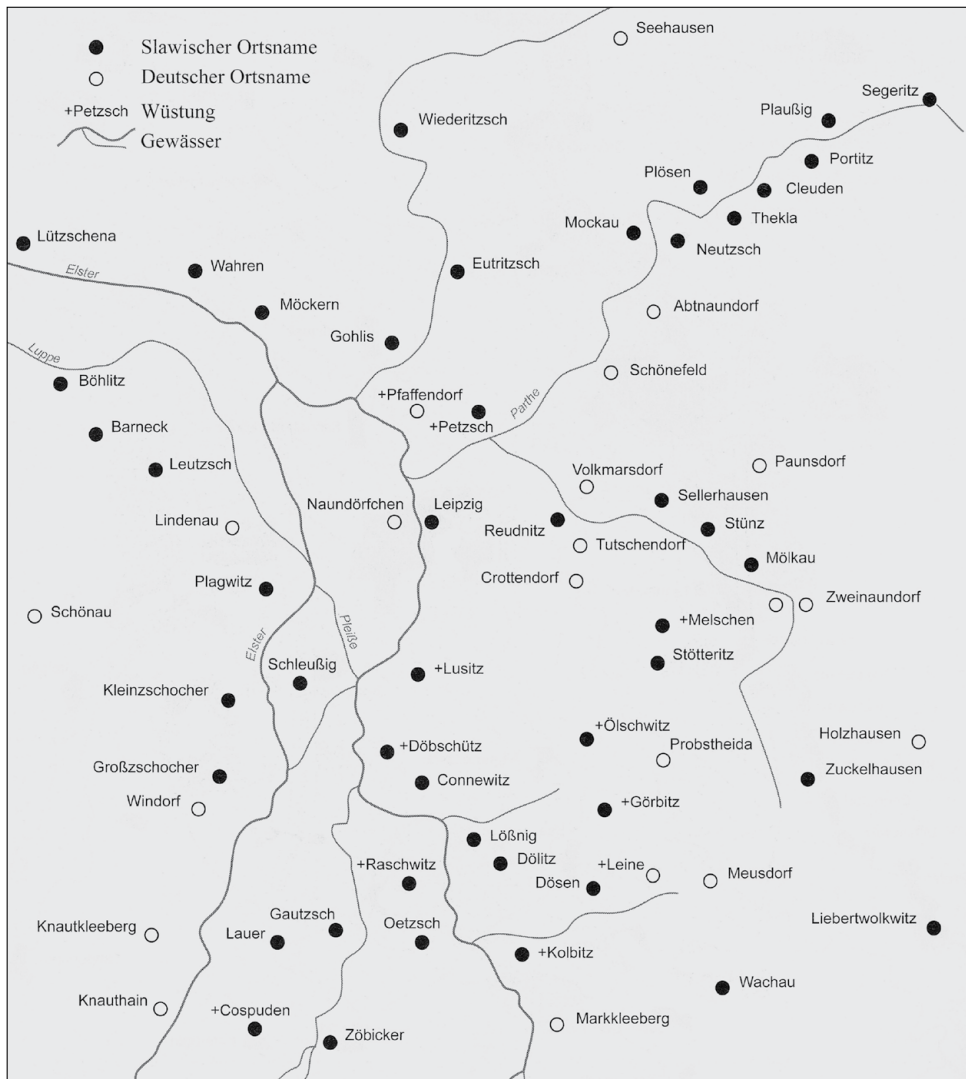
1013 *Golenziža cethla (in pago Gudici)* DH II 269 < *\*Golьnica sedla* 'Heide-, Waldsiedlung' (Wg. Gohlis bei Markranstädt, Alt-L. 173)<sup>23</sup>

1040 *Nivolkesthorp*, 1262 *Newolkuitz* UB Mersbg. 64 und 303 zum PN *\*Nivolkъ* (Liebertwolkwitz, Alt-L. 252 f.)

Die Form 1040 *Nivolkesthorp* ist aufschlussreich: Die deutschen Sprachformen/Sprachsplitter aus der *lingua rustica* sind zu jener Zeit deutlich als altsächsisch klassifizierbar. Das liegt sicher auch daran, dass die ausgebildeten Notare aus dem nördlichen niederdeutschen Sprachraum kamen.

22 Dazu Eichler, Slawische Ortsnamen (Anm. 1), Band 3, S. 114.

23 Zur Schreibung *cethla* für slaw. *\*sedla* vgl. 1013 *Brochotinacethla* < *\*Brochotina sedla* 'Siedlung des Brochota' (später *\*Brochotici*, heute Brockwitz bei Meißen), ausführlich Eichler, Slawische Ortsnamen (Anm. 1), Band 1, S. 64.



Karte von Hans Walther in dem Band Eichler, Walther, *Alt-Leipzig* (Anm. 3), S. 358.

Auf der Karte kann man noch die ursprünglich slawischen Namen von den abgegangenen Siedlungen ergänzen:

†Cospuden und †Lauer n. Markkleeberg, †Pötzsche (Botzsche, Potzsche) sn. Leipzig sowie †Zöbicker s. Markkleeberg, ferner die Orte mit deutschen ON Albersdorf s. Markranstädt, Ehrenberg nn. Leipzig und †Pflückuff s. Lausn aus der Zeit der Besiedlung.

Die Zuverlässigkeit der Aufzeichnungen und der in ihnen enthaltenen Namen musste gesichert sein. Dafür gab es mindestens drei Gründe:

- Die Identifizierung der benannten Objekte oder Personen musste gewährleistet sein.
- Die sprachlichen Formen mussten justiziabel sein, denn die Urkunden waren sehr oft Dokumente zur Sicherung von Besitz.
- Die sprachlichen Formen mussten vor allem auch in der interethnischen Kommunikation funktionieren.

Es lassen sich zwar seit der 2. Hälfte des 10. Jahrhunderts sowie im 11./12. Jahrhundert Einflüsse der mitteldeutschen Sprachentwicklung aus den Aufzeichnungen slawischer Namen feststellen, was aber einerseits die Rekonstruktion der ursprünglichen Formen nicht beeinträchtigt und andererseits von einer Notierung der Namen zunehmend nach ihrem Gebrauch in der vorwiegend binnendeutschen Kommunikation zeugt.<sup>24</sup>

### Was bedeutet das speziell für den Namen Leipzig?

Die Namentradierung erfordert zwingend mehrere Phasen zu unterscheiden. Aus der Überlieferung lassen sich vier Entwicklungsphasen erkennen:

- a. Die ältesten überlieferten Formen in ortsnahen Aufzeichnungen weisen durchgehend im Unterschied zu späteren Formen kein <p> aus, sondern zeigen alle ein <b>:  
 Ad 1015 *in urbe Libzi* vocatur sowie ad 1017 *aeclesia in Libzi* Thietmar VII 25 und 66  
 1021 *oppidum Libziki nominatum situm inter Alestram, Plisnam et Pardam fluvios* CDS I 1, 66  
 (Urkunde Heinrichs II. für Thietmar von Merseburg, spätere Fälschung)  
 1150 *usque Libiz* Ann. Pegav. 241  
 1185 *Albertus de Libz* CDS I 2, 510 (Urkunde von Markgraf Otto)  
 1212 *monasterium ... apud Libuiz* CDS II 9, 1 (Bestätigungs-Urkunde König Ottos IV. für Markgraf Dietrich)  
 1219 *apud Lybzeck fundavit* CDS II 9, 6 (Bestätigungs-Urkunde König Friedrichs II. für Markgraf Dietrich)

Diese Belegreihe über rund zwei Jahrhunderte erlaubt bzw. erfordert folgende sprachgeschichtliche Interpretation: Zugrunde liegt eine aso. Form \**Libʹc* < späterslaw. \**Libecb* als ON<sup>25</sup>. Die Form *Libzi* bei Thietmar indiziert eine Pluralform mit sehr wahrscheinlich lat. Pluralendung –i als Bewohnername (vgl. auch andere solche Formen bei

24 Detailliert dazu Karlheinz Hengst, Zur Philologie tradierter Namenformen in Texten aus dem 10. bis 12. Jahrhundert im deutsch-slawischen Kontakt- und Siedelgebiet, in: Karlheinz Hengst, Dietlind Krüger, Hans Walther (Hrsg.), Wort und Name im deutsch-slawischen Sprachkontakt, Köln, Weimar, Wien 1997, S. 335–352.

25 Zu diesem Strukturtyp mit substantivischer Basis vgl. Ernst Eichler, Rudolf Šrámek (Hrsg.), Strukturtypen der slawischen Ortsnamen (Namenkundliche Informationen, Sonderheft), Leipzig 1988, S. 39.



Thietmar wie z. B. ad 1004 *urbem Satci* für Saaz in Böhmen zu frühatschech. \**Žatěč*, 1052 *Zatec* usw.<sup>26)</sup>.

Etymologisch ist eine überzeugende Herleitung der Formen mit *Lib-* aus dem Slawischen nicht möglich.<sup>27</sup> Der Name ist offensichtlich bei den Slawen ein Lehnname aus dem Germanischen. Rekonstruierbar ist eine Form germ. \**Libja* zu einer ide. Wurzel mit der Bedeutung 'schleimig, nass'. Die germanische Form kennzeichnete offensichtlich eine 'flusswasserreiche Gegend'. Die Einengung auf einen Siedlungsnamen erfolgte seitens der Slawen durch Suffigierung und damit verbundener semantischer Spezialisierung zu 'Ort in wasserreicher Gegend'.

b. Erst in späteren Schreibungen tritt urkundlich ab 1190/95 dann <p> auf:

1190 in *Lip̃z̃* CDS I 2, 560 (Urkunde über Dorfverkauf an Kloster Altleipziger, ausgestellt in Leipzig)

1190 in *Lip̃z̃* CDS I 2, 561 (Urkunde von Markgraf Konrad)

1200 in *civitate nostra Lip̃z̃* CDS I 3, 48

Hier findet sich klar die Eindeutung von slaw. \**lipa* 'Linde'. Diesen neuen etymologischen Bezug stellten sehr wahrscheinlich die des Slawischen kundigen Notare in der Kanzlei her. Das Suffix slaw. -ьсь ist in <z> noch im 13. Jahrhundert deutlich erkennbar:

1216 *Johannes miles de Lip̃z̃* UB Merseburg 162

1216 in *civitate Lip̃z̃* CDS II 9, 4

1222 in *Lip̃z̃* und *de Lip̃z̃* CDS II 9, 8 und CDS II 1, 92

1229 *civitas Lip̃z̃* CDS I 3, 148 usw.<sup>28)</sup>

Diese gewissermaßen neue »gelehrte Schreibweise« ab Ende des 12. Jahrhunderts darf nicht weiter verwundern. Es zeigt sich hier zwar sehr früh das sprachbewusste Mitdenken der Schreiber bzw. der Kanzlei. Doch bereits bei Thietmar von Merseburg ist in seiner Chronik fast zweihundert Jahre früher schon eine ganze Reihe von Beispielen für das Nachdenken über die slawischen Toponyme zu finden. Thietmar erläutert slawische Namen, er beschreibt dem Leser die eigentliche Bedeutung.

c. Die Formen mit <k> und <c> am Ende des Namens ab 1190 lassen eine Weiterentwicklung bzw. Veränderung des Namens seitens der Altsorben ausmachen:

Nach der um 1165 erfolgten Stadtrechtsverleihung ist von den Slawen zur Markierung der neuen Qualität der Siedlung das Suffix -*ſke*- (wie z. B. in Archangelsk, Murmansk

26 Antonín Profous, *Místní jména v Čechách*, 5 Bände, Praha 1947–1960, hier Band IV, S. 806, jedoch mit anderer etymologischer Herleitung.

27 Vgl. ausführlich dazu Karlheinz Hengst, Der Name Leipzig als Hinweis auf Gegend mit Wasserreichtum, in: *Namenkundliche Informationen/Journal of Onomastics* 95/96 (2009), S. 19–32 sowie in Eichler, Walther, *Alt-Leipzig* (Anm. 3), S. 134–140.

28 Eine klare Übersicht bietet die Zusammenstellung der Belege mit genauen Quellangaben durch Hans Walther in: Eichler, Walther, *Alt-Leipzig* (Anm. 3), S. 129 f.

usw.) an die Basis *\*lib-*<sup>29</sup> angefügt worden.<sup>30</sup> Es trat also im slawischen Sprachgebrauch ein Suffixwechsel ein. Und diese »neue Namensform« ist auch in den deutschen Sprachgebrauch überführt worden. Damit wird zugleich auch die in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts noch sprachbestimmende Mehrheit der Altsorben im Raum bzw. Umfeld von Leipzig recht augenfällig.

d. Die bis heute gültige Form des ON auf *-zig* ist dann schließlich ein Ergebnis der deutschen Sprachentwicklung:

1292 *Lipzic*, 1312 *Lipzik*, *Lypezek*, 1350 *Lipzvik*, 1378 *Lipczik* usw., 1430 *zu Leipczke*, 1459 *Leipczigke* und 1500 *Leipzig* machen die allmähliche morphologisch-wortbildungsmäßige Adaptation an das deutsche Sprachsystem deutlich und zeigen die deutsche Diphthongierung von dem ins Deutsche mit langem *i* in der tontragenden Silbe integrierten ON.

### Worin unterscheidet sich der Raum um Leipzig vor tausend Jahren von den Gebieten westlich oder weiter südlich?

Unterschiede gibt es nur in der Dichte der Besiedlung, nicht hinsichtlich der sprachlichen Situation. Die Gebiete um Rochlitz, Merseburg, Zeitz, Naumburg, Gera bis hin an die Saale waren ebenfalls Missionsräume. Die damals bereits Jahrhunderte ansässigen Slawen sprachen das Altsorbische. Nachhaltige interethnische Kontakte bestanden seit dem 10. Jahrhundert.<sup>31</sup>

In den deutlich weiter nördlich gelegenen Gebieten, dem heutigen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, sprachen die Slawen Altpolabisch. Zu jener Zeit um 1000 bestanden aber nur lautliche Unterschiede, keine morphologisch-syntaktischen Differenzen zwischen den slawischen Sprachräumen. Eine Verständigung zwischen den Slawen in den unterschiedlichen Regionen zwischen Ostsee und Adria und von der Saale bis nach Kiew war ohne Schwierigkeiten möglich. Daher war auch für das Missionswerk

29 Die Basis *\*lib-* wird in der urkundlichen Überlieferung allerdings konsequent durch *\*lip-* ersetzt. Es ist heute nicht mehr zu ermitteln, ob möglicherweise auch die Altsorben im Umland die Aussprache mit /p/ angenommen hatten.

30 Zum Suffix *-sk-* und dem Typ *\*Górske(o)* vgl. weitere Bildungen bei Ernst Eichler, Ergebnisse der Namengeographie im altsorbischen Sprachgebiet, in: Rudolf Fischer, Ernst Eichler, Horst Naumann, Hans Walther, Materialien zum Slawischen Onomastischen Atlas (Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Phil.-hist. Klasse 108, 6). Berlin 1966, S. 13–78, bes. S. 62–71 mit Karte. Dort wird S. 71 zugleich auch darauf hingewiesen, dass das *-sk-* bei einigen Namen erst sekundär aufgetreten ist.

31 Vgl. Karlheinz Hengst, Zur Integration slawischer Toponyme ins Deutsche, in: Onomastica Slavogermanica XIII, Berlin 1981, S. 21–42; ders., Sprachkontakt und Entlehnungsprozess. Ergebnisse der toponomastischen Analyse im deutsch-slawischen Berührungsgebiet, in: Zeitschrift für Slawistik 30 (1985), S. 809–821.

für die deutschsprachigen Geistlichen die Kenntnis eines slawischen Idioms oder Dialekts völlig ausreichend.

### Kurze Zusammenfassung mit Ausblick

Das Slawische war vom 10. Jahrhundert an für das spätere ostmitteldeutsche Sprachgebiet ganz wesentliche »Einflusssprache«. Das Slawische war Gebersprache für Entlehnungen. Das Slawische war zu dieser Zeit keine Minderheitensprache wie etwa das Sorbische heute.

Vor tausend Jahren dominierte im Umland von Leipzig das Slawische als *lingua vero patria*. Bereits im 10. Jahrhundert haben deutsche weltliche und geistliche Herrschaftsträger sich um die Kenntnis des Slawischen bemüht. Für die weltlichen Kräfte war dies eine sowohl militärisch als auch verwaltungsmäßig gegebene *conditio sine qua non*. Für die kirchliche Seite war eine Missionierung ohne Kenntnis der Landessprache nicht realisierbar. Die massenhaften lexikalischen Entlehnungen aus dem Slawischen bezeugen zugleich die Toleranz und Akzeptanz gegenüber dem Slawischen und seinen Trägern.

Die weltlichen Herrscher besaßen auch umfassende Kenntnis von den Verhältnissen in ihrem neuen Herrschaftsbereich. Ein besonderes Dokument ist die Urkunde Ottos III. von 993 mit der ihr innewohnenden diplomatischen Absicht in der Auseinandersetzung mit den polnischen Bestrebungen zur Ausdehnung des Einfluss- und Machtbereichs bis nach Brandenburg.

Die Geistlichkeit verfügte über systematisch angeeignete Kenntnis der *lingua Slavica missionarica*. Aufzeichnungen wie die des Bayrischen Geographen *Descriptio civitatum et regionum* aus dem 9. Jahrhundert dokumentieren zugleich eine weitreichende Landeskennntnis. Thietmars Aufzeichnungen und seine Berichte von seinen Reisen an der Seite der höchsten Reichsgewalt im Ostteil des Reiches und zu den slawischen Nachbarn sind das beste Zeugnis von slawischer Sprachkenntnis bis in die Spitzen der kirchlichen Hierarchie vor tausend Jahren.

Die Beobachtungen zum Zeitraum um die Jahrtausendwende besitzen zugleich auch volle Gültigkeit noch für das 11. und 12. Jahrhundert. Es ist die Zeit der gewollten Zweisprachigkeit vor allem der Bildungsträger und der weltlichen Herrschaftsträger. Interethnische Kommunikation machte den Gebrauch korrekter sprachlicher Formen unabdingbar. Das hat sich in den urkundlichen Aufzeichnungen niedergeschlagen und macht den besonderen Quellenwert auch der Aufzeichnungen von Namen in jener Zeit aus.

Parallel zu dieser Zweisprachigkeit setzte auch die Verwendung von genuin slawischem Namengut in der binnendeutschen Kommunikation ein. Dieser Prozess verstärkte sich in der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts mit der durch den hochmittelalterli-

chen Landesausbau forcierten Zuzsiedlung deutscher Sprachtrger. Dennoch lassen die Aufzeichnungen von slawischem Sprachgut auch aus späteren Jahrhunderten trotz des zunehmenden deutsch-mundartlichen Einflusses die slawischen Grundformen noch als gut rekonstruierbar erkennen.

Abkürzungen:

Ann. Pegav. = *Annales Pegavienses et Bosavienses*, in: MGH SS, Bd. XVI, Berlin 1859, S. 234–270

CDS = *Codex diplomaticus Saxoniae regiae*, online unter [www.codex.isgv.de](http://www.codex.isgv.de)

DH II = MGH. *Diplomata regum et imperatorum*. Die Urkunden Heinrichs II., Hannover 1900–1903

DS 32 = *Deutsch-slawische Forschungen zur Namenkunde und Siedlungsgeschichte* 32, Berlin 1978

Helmold von Bosau = Helmold von Bosau, *Slawenchronik*, Darmstadt 1963

MGH = *Monumenta Germaniae historica*. *Diplomata* (DD) und *Scriptores* (SS)

Thietmar = Thietmar von Merseburg, *Chronik*, Darmstadt 1957

# Die Leipziger Tischlerinnung

*Christian Schatt*

## I. Einführung

Dieser Beitrag möchte verschiedene Aspekte zur Geschichte der Leipziger Tischlerinnung im 17. bis zum 19. Jahrhundert beleuchten. Es wird dabei nicht der Anspruch erhoben, eine vollständige Geschichte dieses Berufsverbandes zu schreiben. Vielmehr konzentriert er sich auf die Darstellung der Innung als Körperschaft, indem auf ihre inneren Strukturen, ihre Beziehungen nach außen und nicht zuletzt ihr Auftreten bei rechtlichen Auseinandersetzungen eingegangen wird.

Um diese Aspekte in all ihren Facetten beleuchten zu können, wurde auf die Erörterung von Fragen wie die soziale Stellung der Tischler, Materialbeschaffung oder technologische und werkzeugtechnische Aspekte, die teilweise auch in gewisser Beziehung zur Leipziger Tischlerinnung als Ganzem stehen, verzichtet. Antworten auf diese Probleme sowie eine ausführliche Besprechung des Leipziger Möbelstils und der noch existierenden Möbel werden in der Veröffentlichung der Promotionsschrift des Verfassers enthalten sein.

## II. Rechtliche Grundlagen des handwerklichen Schaffens

Spricht man vom Handwerk vergangener Epochen, geht es auch immer um Zünfte oder Innungen. Was haben diese Begriffe zu bedeuten? Innungen waren im 12. und 13. Jahrhundert zunächst freiwillige Bruderschaften. Neben der religiösen Betätigung ihrer Mitglieder hatten sie auch den Zweck, Fragen der Organisation des Handwerks zu besprechen. Diese bestanden sowohl in der Fixierung der Berufsgrundlagen, wie der Abgrenzung von anderen Handwerken und der Regelung der Lehrausbildung, als auch in der Schaffung bruderschaftlicher Gerichtsbarkeiten, die die getroffenen Vereinbarungen überwachten und Überschreitungen bestraften.

Diesen ersten Verfassungen folgten später deren gesetzliche Anerkennung und das Bestreben, sie auf alle Handwerker einer Tätigkeit auszudehnen. Die Bildung einer Innung oder Zunft erfolgte zunächst stets auf Wunsch der Handwerker, um gewerbliche und soziale Normen verbindlich zu machen. Zudem erhöhte sie den Ruf eines Handwerks nach außen hin. Doch bald begannen die Zünfte ein Eigenleben zu entfalten, das allein auf die Verwirklichung eigener beruflicher Interessen hinzielte. Kaiser Friedrich II. sah sich daraufhin im Jahr 1232 veranlasst, alle handwerklichen Vereinigungen

zu verbieten mit dem Ziel, ihre Mitglieder bei deren Neugründung dem öffentlichen Recht und der Steuerpflicht zu unterwerfen. Nachdem die Städte in der Folge zunehmend langsamer wuchsen und die Auftragslage sich damit verschlechterte, wurde der Zunftzwang zum Zweck der Kontrolle der Innungsmitglieder und der Ausschaltung der Konkurrenz eingeführt.<sup>1</sup>

### 1. Entstehung und Ordnungen der Leipziger Tischlerinnung

Die ältesten erhaltenen Innungsartikel der Leipziger Tischler wurden 1534, in der Endphase dieser Entwicklung, abgefasst und vom Leipziger Rat verabschiedet. Da in der Einführung der Innungsordnung zu lesen ist, sie sei »von neuen reformiret / gesatzt vnd geordenet vnd gewilkoret« worden, darf man von der Existenz einer früheren Ordnung ausgehen. Im Jahr 1558 wurde die erste nachweisbare Gesellenordnung eingereicht und vom Rat verabschiedet.<sup>2</sup>

Während die Inkraftsetzung der frühesten Satzungen der Tischler und ihrer Gesellen durch das Leipziger Stadtreghement erfolgte, lässt sich im Verlauf des 17. Jahrhunderts eine zunehmende landesfürstliche Einflussnahme feststellen, die sich u. a. in der Bestätigung der Tischlerordnung durch den Kurfürsten im Jahr 1653 zeigt. Im 18. Jahrhundert versuchte man in Sachsen, die Innungsgesetzlichkeit zu vereinheitlichen, was seinen Ausdruck in der Verabschiedung sogenannter General-Innungsartikel im Jahr 1780 fand.<sup>3</sup> Dem vorausgegangen war im Jahr 1748 die Einforderung aller sächsischen Innungsordnungen mit dem Ziel, diese zu vereinheitlichen und unzeitgemäße Passagen zu streichen.<sup>4</sup> Doch das Handwerk setzte diesen Bestrebungen massiven Widerstand entgegen. Ein weiteres Mandat im Jahr 1772 mit der nochmaligen dringlichen Aufforderung zur Einreichung der Innungsordnungen zeugt von der Komplexität und Schwierigkeit dieses Gesetzesvorhabens.<sup>5</sup>

Die Gründe für die beschriebenen Maßnahmen sind im Bestreben der Kurfürsten zu sehen, einerseits die mittelalterlichen Privilegien des Handwerks zu beseitigen, die einer modernen absolutistischen Staats- und Wirtschaftsführung im Wege standen, an-

---

1 Fritz Hellwag, Die Geschichte des deutschen Tischlerhandwerks, Berlin 1924, S. 111–121.

2 Vgl. Stadtarchiv Leipzig (im Folgenden: StadtAL), Tit. LXIV 182 »Articull der Tischer Handwerks Gesellen, 1558«.

3 Vgl. Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden: StA D), Codex Augusteus, Band 5 »Dessen Mandat, die General-Innungs-Articul für Künstler, Professionisten und Handwerker hiesiger Lande betr. vom 8. Jan. 1780«.

4 Vgl. StA D, Codex Augusteus, Band 3 »Generale, Die Einforderung und Einsendung derer Privilegien, Innungs- und Articul-Briefe derer Handwerker, und was dem anhängig, betreffend, d. 28. Sept. 1748«.

5 Vgl. StA D, Codex Augusteus, Band 5 »Dessen Mandat, zur Publicirung und genauen Beobachtung des Kaiserlichen Patents wider die Handwerks-Misbräuche, vom 18. September 1772«.

dererseits die Qualität der handwerklichen Produktion zu verbessern und damit sowohl den Merkantilismus zu fördern als auch das Steueraufkommen zu erhöhen.

Im Folgenden soll ein Blick auf die rechtlichen Grundlagen geworfen werden, aufgrund derer die Leipziger Tischler ihr Berufsleben mit all seinen Facetten organisierten und gestalteten. Die verschiedenen Artikel der Innungsordnung regelten eine Vielzahl von Fragen im Leben eines Handwerkers, von der Lehrausbildung über die Wanderschaft und Erlangung der Meisterwürde bis hin zu seinem Tod. Die Ordnung von 1534 behandelt verschiedenste Probleme in loser Folge und geht dabei detailreich auf Fragen des Verhaltens in der hierarchisch organisierten Meisterschaft ein.

Die General-Innungsartikel von 1780 versuchten dagegen in Beschränkung auf das Wesentliche, aber auf verschiedene Eventualitäten eingehend, möglichst übersichtlich alle Aspekte des Berufsalltags der Lehrlinge, Gesellen und Meister zu erfassen. Dabei behielten die älteren lokalen, soweit sie nicht im Widerspruch mit den neueren Bestimmungen standen, als »Spezial-Artikel« weiterhin ihre Gültigkeit.<sup>6</sup> 1837 reichte die Tischlerinnung beim Rat einen Entwurf für neue Spezial-Innungsartikel ein. Nach zeit- aufwändiger Überprüfung wurden sie 1843 in Kraft gesetzt.<sup>7</sup>

In diesen Ordnungen zeigt sich deutlich der erwähnte Trend zur obrigkeitlichen Kontrolle und zum Abbau der Selbstbestimmung und -verwaltung. So enthielten sowohl die Tischlerinnungs- als auch die Tischlergesellenordnung von 1534 und 1558 Passagen, die das Verhalten der Handwerksversammlungen als erstinstanzliches Gericht bei der Beilegung zivilrechtlicher Streitigkeiten regelten. Erst in zweiter Instanz griff der Rat in die Klärung dieser Angelegenheiten ein.

Mit der Einführung der General-Innungsartikel im Jahr 1780 war dagegen die Anwesenheit eines Deputierten der Stadtverwaltung zwingend vorgeschrieben, der nunmehr alle juristischen Fragen zu entscheiden hatte.

## 2. Aufbau, Leitung und Zusammenkünfte der Innung<sup>8</sup>

Die einleitenden Artikel von 1534 behandeln zunächst die geforderte Unterordnung unter die Autorität des Rates und des Landesherrn. In der Folge werden die Pflicht zum Erscheinen bei Versammlungen sowie die Verbote zu unaufgeforderter Rede, des Beginns von Streitereien, der Verleumdung und des Waffentragens ausgesprochen. So heißt es zum Beispiel: »Item es sol niemand vnter den Meistern adir Gesellen / so

6 Aufgrund dieser Tatsache werden die General-Innungsartikel nur dort Erwähnung finden, wo neue Bestimmungen in Kraft gesetzt wurden.

7 Vgl. StadtAL, II. Sektion, T 912 »Spezial-Artikel für die Tischlerinnung zu Leipzig, 1843«, S. 103 ff.

8 Christian Schatt, Die Leipziger Tischlerinnung im 18. Jahrhundert, in: Thomas Topfstedt, Hartmut Zwahr (Hrsg.), Leipzig um 1800. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte, Beucha 1998, S. 94–112.

die bey eynander seyn, vons handtwergs wegen keinen Degen noch andere mordtliche wehre in das handtwerg tragen.«

Die Einforderung solch grundlegender Verhaltensnormen mag mit merklich robusteren Kommunikationsformen als den heute üblichen zusammenhängen. Das Verbot des Waffentragens lässt sogar auf die prinzipielle Bereitschaft schließen, Tätlichkeiten zur Untermauerung von Wortbeiträgen einzusetzen.

Bei der jährlichen Obermeisterwahl hatte die Offenlegung der Rechnungsbücher der Innung zu erfolgen. Sowohl der Fakt, dass das Geschäftsjahr der Innung stets zu Ostern, dem Fest der Auferstehung Jesu Christi, begann, als auch die Tatsache, dass hier die »Bruderschaft« erwähnt wird, weisen auf die ursprünglich deutlich religiöse Ausrichtung der Tischlerzunft hin.<sup>9</sup> Feierlich und streng hierarchisch ging es bei der dabei stattfindenden Verlesung der Innungsordnung und weiterer wichtiger Dokumente sowie wenig später bei der Obermeisterwahl selbst zu.

Die gewählten Obermeister waren neben der eigentlichen Leitung der Innung nicht zuletzt auch für die sichere Aufbewahrung der Bewaffnung für den Verteidigungsfall, der Innungslade, des Willkommenspokals und anderer Gerätschaften verantwortlich. Bis ins 19. Jahrhundert hinein war es üblich, dass der jüngste Handwerksmeister den Innungsmitgliedern die quartalsweise stattfindenden Versammlungen anzusagen, die Beiträge der Zunftgenossen einzufordern und andere Hilfsdienste zu verrichten hatte.<sup>10</sup>

### 3. Das Nathanische Legat

Da in vergangenen Jahrhunderten keine Kranken- und Rentenversicherungen existierten, waren arbeitsunfähige Menschen auf private Hilfe angewiesen. Bei dem Nathanischen Legat handelt es sich um eine Spende von 100 Gulden, die durch Sabine Nathan in ihrem Testament vom 10. März 1605 benannt und nach ihrem Tod am 1. Februar 1612 eingesetzt wurde.<sup>11</sup> Sie handelte dabei im Auftrag ihres verstorbenen Mannes Moritz, der als »gewesener Bürger und Tischler allhier« aktenkundig ist. Er hatte die »Spende verordnet«, deren Verwaltung seine Witwe folgerichtig und wohl auf dessen Wunsch hin dem Berufsverband ihres Ehemanns übertrug.<sup>12</sup>

Die Zinsen des Legats, zunächst jährlich nicht mehr als 2–3 Gulden, mussten dem Thomaskantor und seinem Chor ausgezahlt werden. Dafür hatte der Thomanerchor am

<sup>9</sup> Ein Rest dieser traditionellen Aufteilung des Geschäftsjahres lebte übrigens bis nach dem Zweiten Weltkrieg fort, indem vor Ostern alle Hobelbänke einer Tischlerei abgezogen und neu geölt wurden.

<sup>10</sup> StA D, Codex Augusteus, Band 5, Sp. 777, Art. 30.

<sup>11</sup> StadtAL, II. Sektion, M 288, »Peter Hennigs von Manshold gegen Johann Mörsch, das Nathanische Legat betreffend, 1701«, S. 1.

<sup>12</sup> StadtAL, II. Sektion, T 436 »Das Tischlerhandwerk gegen Johann Joachim Wolff wegen unterlassener Auszahlung der Nathanischen Spende, 1732«, S. 1.



27. Oktober, dem Sabinentag, dem Namenstag der Spenderin, »etliche Stück figural wie bei Begräbnissen zu geschehen pflegt« aufzuführen.

In den Nebenstatuten der Stiftung tauchten im 19. Jahrhundert noch zwei weitere Nachlässe auf. So hatte die 1858 verstorbene Tischlerwitwe Caroline Friedericke Neef dem Johannishospital eine Summe von 3000 (!) Talern vermacht. Die Zinsen des Betrags sollten der Einrichtung einer sogenannten »Freistelle« im Hospital für vermehrte Leipziger Tischlermeister oder deren Witwen dienen. Im Jahre 1871 hinterließ der Tischler Gustav Moritz Lange, »Bürger, Fabrikant und Hausbesitzer«, der Innung 200 Thaler. Die Zinsen der »Langeschen Witwenspende« waren jährlich an die »6 ältesten, unbescholtenen Witwen hiesiger Tischlermeister auszuzahlen«.<sup>13</sup>

Am Ende des 17. Jahrhunderts wurden jedoch auch verschiedene finanzielle Transaktionen über die Stiftung abgewickelt. Sie hatte neben der Übergabe der Zinsen an die Thomaner zunächst erst einmal »Capitalia auszuleihen, die Interessen einzuheben und davon die geordneten Legata an Kirchen, Schulen, Handwerck, nicht weniger an die hiesige Armuth alljährlich auszutheilen«.<sup>14</sup> Der Zinssatz für entliehenes Kapital wird an anderer Stelle mit 5 % angegeben.<sup>15</sup>

Neben den Zinseinnahmen kamen der Stiftung noch weitere Summen zu. So ist in einem Dokument zu lesen, es hätten »die Inspectores aus Ambrosy Hüters Concurs aus denen löblichen Stadtgerichten alhier erhoben den 9. den Sept. 1691: 222 Thaler 6 Groschen«.<sup>16</sup> Beim »Hüterschen Concurs« handelte es sich um einen erbenlosen Nachlass, den die Stadtverwaltung verkaufte und dessen Erlös sie dem Nathanischen Legat zukommen ließ.

#### 4. Leichenkassen als Vorsorge für den Todesfall

Anders als heute war der Tod in früheren Jahrhunderten kaum tabuisiert. Allegorische Darstellungen wie die des Totentanzes, der Apokalyptischen Reiter oder der Vanitas reflektierten im Gegenteil das Nachdenken über das finale Ereignis eines jeden menschlichen Lebens.

Auch das Sterben und die Aufbahrung der Leichen nicht in separierten und sterilen Bereichen eines Krankenhauses, sondern zu Hause, im Kreis der Familie, brachten es

13 Andreas Graul, *Das Leipziger Tischlerhandwerk in fünf Jahrhunderten*, Leipzig 2000, S. 51.

14 StadtAL, II. Sektion, T 436 »Das Tischlerhandwerk gegen Johann Joachim Wolff wegen unterlassener Auszahlung der Nathanischen Spende, 1732«, S. 2: Mit »Interessen« sind Zinsen, mit »Legata« Abgaben gemeint.

15 StadtAL, II. Sektion, M 288, »Peter Hennigs von Manshold gegen Johann Mörsch, das Nathanische Legat betreffend, 1701«, S. 62.

16 StadtAL, II. Sektion, M 288, »Peter Hennigs von Manshold gegen Johann Mörsch, das Nathanische Legat betreffend, 1701«, S. 3.

mit sich, dass jeder Mensch von Kindesbeinen an mit Vergänglichkeit und Tod konfrontiert wurde, und dies umso mehr, als nicht erkannte und behandelte Krankheiten viel schneller als heutzutage mit der Auslöschung eines Lebens enden konnten. So bestimmte die Innungsordnung von 1534, dass die jeweils vier jüngsten Meister die Leichen ihrer Innungsossen zu Grabe zu tragen hatten. Weiter heißt es dazu: »Item so ein Jemands aus dem handtwerge vorstürbe, sollenn alle Meistere mit sampt Iren Eheweibern züchtig nachvolgenn, Vnnder bis zu ende ausharren.«<sup>17</sup>

Um die Aufbringung der Kosten der Beerdigung und der unmittelbar darauf folgenden Zeit für die Hinterbliebenen zu erleichtern, wurde eine sogenannte Leichenkasse angelegt. Ihre Bestimmungen von 1722 und 1730 regelten neben der Pflicht zur Teilnahme an der Beerdigung von Innungsossen in besonderem Maße die Einkünfte und Ausgaben dieser frühen kleinen Sozialversicherungsgesellschaft.<sup>18</sup>

Gebühren für die Leichenkasse wurden zu verschiedensten Gelegenheiten erhoben. Bei der Meisterwerdung mussten 1722 insgesamt 4 Taler, 1850 hingegen, bedingt durch den Wegfall anderer Einnahmen, 20 Taler gezahlt werden. Weitere Einnahmequellen waren im 18. Jahrhundert die Quartalsversammlungen (2 Groschen), Überschreitung des Zeitlimits beim Bau des Meisterstücks (1 Taler pro Woche), Kauf oder Erbschaft eines Hauses (1 Taler), Aufdingung von Lehrlingen und Lossprechung von Gesellen (6 Groschen beziehungsweise 3 Groschen), das Muthjahr (6 Groschen), die zu früh niederkommende Frau eines Stückmeisters oder Meisters ab dessen zweiter Eheschließung (1 Taler). Weiterhin mussten ausgelieferte Särge je nach ihrer Beschaffenheit (1722 Eichen- und Tannensärge mit je 4 bzw. 1 Groschen) versteuert werden. Kam ein Tischler dieser Pflicht nicht nach, musste er bei einer Anzeige sechs Groschen Strafe zahlen, wovon der Denunziant die Hälfte erhielt.

Die Auszahlung im Todesfall erfolgte nach den Bestimmungen des 18. Jahrhunderts in drei Klassen nach Anzahl der Berufsjahre. Jeder Klasse gehörten 10 Meister an, bei deren Tod jeweils ein Sockelbetrag von achtzehn, sechzehn oder vierzehn Talern zuzüglich 12 Groschen für jedes Jahr Mitgliedschaft in einer Klasse ausgeschüttet wurden. Unterhalb dieser Klassenzugehörigkeit, also ab dem 31. Meister nach dem Dienstältesten, kam eine Summe von 6 bis zu 10 Talern für 1 bis 7 Jahre Mitgliedschaft zur Auszahlung.

Beim Tod der Ehefrau oder eines Kindes erhielt der Meister die halbe Summe ausbezahlt. Witwen, die den Betrieb ihres Mannes weiterführten, wurden bei Einzahlung und Ausschüttung genauso behandelt wie ihre männlichen Zunftgenossen. Selbst der Fall der Trennung wurde bedacht: Hatte sich eine Frau von ihrem Mann losgesagt, ging ihr jeglicher Anspruch auf Auszahlung im Todesfall des Tischlers verloren. Hingegen erhielt der Meister bei weiter erfolgter Einzahlung im Fall des Ablebens der von ihm

17 StadtAL, Tit. LXIV, 182 »Acta Die Tischler-Innungs-Articul betreffend«, S. 88 ff., Art. 25.

18 StadtAL, II. Sektion, T 718 »Bestimmungen der Leichenkasse«, 1722/1730, S. 12 ff.

getrennten Frau die Hälfte des üblichen Quantum. Die Leichenkassen-Bestimmungen der Spezial-Innungsartikel von 1843 enthalten erstmals auch Auszahlungsmodalitäten nach einer richterlichen Scheidung und Wiederverheiratung.<sup>19</sup>

### III. Beruflicher Werdegang

Eine zentrale Rolle in jedem Handwerk spielten alle im Zusammenhang mit dem beruflichen Werdegang stehenden Fragen. Relativ einfach waren die Probleme bei der Lehrausbildung, Gesellensprechung und Wanderschaft zu klären. Zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen kam es aber bei der Aufnahme neuer Meister in die Leipziger Tischlerinnung. Hier ging es um die Größe des persönlichen Anteils an vorhandenen Aufträgen, also um Geld und Konkurrenz. Obwohl die Zunft offiziell keine Zugangsbeschränkungen besaß, ließen ihre Mitglieder kaum ein Mittel aus, missliebigen Kandidaten die Aufnahme in diese zu erschweren oder gar unmöglich zu machen.

#### 1. Lehrlingsausbildung

Die Tischlerordnung von 1534 schreibt zur Lehrlingsausbildung fest, dass nach einer vierzehntägigen Probe und Einführung ins Handwerk eine dreijährige Lehre begonnen werden konnte. Dabei hatte der Lehrling der Innung acht Groschen Lehrgeld zu entrichten.

Die Artikel von 1843 schreiben eine Lehrzeit von 4 Jahren fest. Das Maximum des Lehrgeldes, das im Verlauf der Jahre mehrfach verändert wurde, ist jetzt mit 40 Talern festgesetzt, hinzu kamen noch verschiedene Gebühren beim Aufdingen und Lossprechen.<sup>20</sup>

Ein Mindestalter für Lehrlinge war 1534 noch nicht vorgeschrieben. Kein Meister sollte »mer den zweene Gesellen, noch über zweene Jungen aufnehmen / noch halten«. Die kurfürstliche Bestätigung von 1653 modifiziert den Artikel: »Kein Meister soll mehr denn drey Gesellen haben, auch über zweene Jungen nicht aufnehmen.«<sup>21</sup> Die Spezial-Innungsartikel von 1843 erlaubten die zeitgleiche Ausbildung von bis zu drei Lehrlingen.<sup>22</sup> Die General-Innungsartikel ergänzen, vor Lehrbeginn sei »ein Zeugniß

---

19 StadtAL, II. Sektion, T 912 »Special-Artikel für die Tischlerinnung zu Leipzig, 1743«, S. 103 ff., Art. 18: »Für jede nachfolgende Ehefrau, auch wenn die erste Ehe durch richterliche Scheidung getrennt worden ist, hat der Meister mit 4 Thalern in die Leichenkasse sich einzukaufen.«

20 StadtAL, II. Sektion, T 912 »Special-Artikel für die Tischlerinnung zu Leipzig, 1834«, S. 103 ff., Art. 3.

21 StadtAL, Tit. LXIV, 182 »Acta Die Tischler-Innungs-Articul betreffend«, S. 88 ff., Art. 9.

22 StadtAL, II. Sektion, T 912 »Special-Artikel für die Tischlerinnung zu Leipzig, 1843«, S. 103 ff., Art. 2.

des Geistlichen des Orts, wo er erzogen worden, darzuthun, daß man ihn fleißig zur Schule gehalten, und er Lesen und Schreiben gelernt, auch wenigstens das 12te Jahr seines Lebens erreicht habe.«<sup>23</sup> Die nun folgende Probezeit betrug vier Wochen.<sup>24</sup> Dann wurde er der gesamten Innung unter Vorweisung der Geburtsurkunde und des Nachweises der ehelichen Geburt vorgestellt.<sup>25</sup>

In einem Mandat des Jahres 1731 zur Abschaffung von Missbräuchen im Handwerk wurde versucht, die Rechte der Auszubildenden im Sinne einer gewissen Gleichbehandlung aller Untertanen zu stärken.<sup>26</sup> Eine Anzahl ausgeübter Tätigkeiten der Eltern, vor allem auf sehr niedrigem sozialem Niveau, mit Ausnahme der des Henkers, führte in der Generation der Kinder nicht mehr zum Ausschluss von der Ausbildung. Auch unehelich gezeugten Kindern sollten bei einer späteren Heirat ihrer Eltern keine Zugangsbeschränkungen zum Handwerk mehr auferlegt werden.

Bereits früher erteilte und praktizierte Privilegien blieben erhalten. Noch 1780 heißt es in den Innungsartikeln: »Eines Lehrherrn oder Meisters Sohn, der bey seines Vaters Leben das 14.de Jahr seines Alters erreicht, und dessen Vater bis dahin die Kunst, Profession oder das Handwerk getrieben hat, genießet hierbey billig den Vorzug, daß ihm an denen Lehrjahren Ein Jahr nachzulaßen, weil er bereits von Kindheit an in seines Vaters Hause vieles zu erlernen Gelegenheit gehabt.«<sup>27</sup>

Am Ende der Lehrzeit sollte der Lehrling »von seinem Lehrherrn oder Meister in der nächsten Quartal-Zusammenkunft vor die Innung gebracht werden,« und musste »im Beyseyn derer Aeltesten, eine, in denen Spezial-Articuln zu bestimmende Probe von dem, was er erlerntet, machen.«<sup>28</sup> Nur für das 19. Jahrhundert jedoch sind die genauen Anforderungen an die Gesellenprüfung bekannt. Nach 1843 bestanden die Arbeitsproben für das Gesellenstück »in der Bautischlerei in einer zusammengestemmten Thüre oder einem vierflügelichen Fensterrahmen, in der Meubles-Tischlerei aber in einem Secretair, einer Commode oder einem polirten Tisch.«<sup>29</sup>

Nach der Abnahme der Gesellenstücke erfolgte die Gesellensprechung. Im kurfürstlichen Mandat von 1731 wurde versucht, bei der Lossprechung der Gesellen gegen »allerhand seltsame, theils lächerliche, theils ärgerliche und unehrbarliche Gebräuche, als: Hobeln, Schleiffen, Predigen, Taufen, wie sie es heissen, ungewöhnliche Kleider anlegen, auf der Gassen herumführen oder herumschicken, und dergleichen« vorzugehen.<sup>30</sup>

23 StA D, Codex Augusteus, Band 5, Sp. 761, Art. 1.

24 Ebd., Sp. 763, Art. 2.

25 Ebd., Sp. 763, Art. 4.

26 StA D, Codex Augusteus, Band 3, Sp. 582, Art. 6, Sp. 587, Art. 11.

27 Ebd., Sp. 765, Art. 11.

28 Ebd., Sp. 766, Art. 19.

29 StadtAL, II. Sektion, T 912 »Special-Artikel für die Tischlerinnung zu Leipzig, 1743«, S. 103 ff., Art. 4.

30 StA D, Codex Augusteus, Band 3, Sp. 585, Art. 9.

So suspekt der Obrigkeit all diese Bräuche waren, machten sie doch einen wesentlichen Anteil an der Gruppenidentität der Handwerker aus. Die Anziehungskraft einer rituellen Aufnahme in eine soziale Gemeinschaft, hier die der Gesellen, wurde von Seiten des Gesetzgebers unterschätzt. Daher musste er auch 1780 wieder darauf hinweisen, die Lossprechung habe »sonder alle weitere Ceremonien, welche als unnütze gänzlich abzuschaffen sind«, stattzufinden.<sup>31</sup>

## 2. Wanderung und Gesellschaft

Der Lehrausbildung und Gesellensprechung schloss sich eine mindestens dreijährige Gesellenwanderung an, deren Dauer zum Teil beträchtlich war. Der Leipziger Tischler Johann Joachim Wolf führt zum Beispiel an, er sei »13 Jahr in Deutschland, Pohlen, Preußen, Nieder Sachsen, Schlesien und sonst hin und her gewandert«.<sup>32</sup>

Die Ankunft und das Zuschicken der Gesellen werden in der Leipziger Gesellenordnung von 1558 beschrieben. Demnach ließ der wandernde Geselle bei seiner Ankunft in der Herberge nach einem am Ort ansässigen Gesellen schicken, der ihn zunächst nach seinem Namen und Lehrmeister befragte.

Die Zuschickbestimmungen der Tischlerordnung regelten jenseits der persönlichen, zu berücksichtigenden Wünsche der Gesellen die möglichst gleichmäßige Versorgung der Werkstätten. Zuerst erhielten Meister ohne, dann mit einem, zuletzt mit zwei momentan beschäftigten Gesellen neue Arbeitskräfte.

Aber auch noch andere Bräuche waren beim Einwandern der Gesellen üblich. Sie wurden im kurfürstlichen Mandat zur Abstellung der Missbräuche im Handwerk von 1731 beschrieben: »Ingleichen so halten sie auch auf ihrer Handwerksgrüssen läppische Redensart, und andere dergleichen ungereimte Dinge, so scharf, daß derjenige, welcher etwan in Ablegung oder Erzählung derselbigen, nur ein Wort oder Jota fehlet; sich alsbald einer gewissen Geldstrafe untergeben, weiter wandern, oder wohl öfters einen fernen Weg zurücklaufen, und von dem Ort, wo er herkommen, den Gruß anders hohlen muß.«<sup>33</sup> Ob das in diesem Zusammenhang ausgesprochene Verbot dieser Praktiken wirksam war, darf angezweifelt werden.

Aus dem Inhalt des erwähnten Mandats von 1731 wird ersichtlich, dass es bei der Gesellenwanderung oftmals zum Dokumentenmissbrauch gekommen war.<sup>34</sup> Am Anfang der Wanderjahre wurde der Gesellenbrief danach nur noch als Kopie ausgehän-

31 StA D, Codex Augusteus, Band 5, Sp. 766, Art. 21.

32 StadtAL, II. Sektion, W 195, S. 1 ff.

33 StA D, Codex Augusteus, Band 3, Sp. 585, Art. 10.

34 StA D, Codex Augusteus, Band 3, Sp. 579, Art. 2.



Abb. 1: Kundschaft des Tischlergesellen Johann Heinrich Willer vom 5. September 1768 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Foto Christian Schatt)

digt, Originaldokumente verblieben bis zur endgültigen Niederlassung eines Handwerkers als Meister oder Geselle in der Innungslade.

Für die Ausstellung der Arbeitszeugnisse (»Kundschaften«) mussten standardisierte Vordrucke verwendet werden. Konnte kein derartiges Attest über die ordnungsgemäße Arbeit im vorhergehenden Ort vorgelegt werden, war es dem Handwerk der nächsten Stadt unter Strafe verboten, einen Gesellen einzustellen. Einen derartigen Nachweis, hier über 6 Wochen für den Gesellen Johann Heinrich Willer, zeigt Abb. 1.<sup>35</sup>

Im Gegenteil mussten die Gründe für dessen Fehlen recherchiert und der wandernde Geselle beim Verdacht eines Vergehens arretiert werden. Im Fall seiner Flucht und der dadurch berechtigten Annahme einer Straftat sollte er unverzüglich wieder verhaf-

35 Interessanterweise wurde das Arbeitszeugnis der Leipziger Innung für Willer, ausgestellt am 5. September 1768 vom amtierenden Obermeister Andreas Christoph Breitsprach, noch von einem weiteren Arbeitgeber genutzt. Am 20. März 1769 notierte ein Tischlermeister Johann Martin Missing auf dem Formular: »Dieser Geselle hat bey uns in Weimar 12. Wochen in Arbeit gestanden.«

tet und verurteilt, im Fall seiner Flucht über die Landesgrenzen Auslieferungersuchen gestellt werden. Blieben diese erfolglos, war als nächster Schritt die Requirierung seines gesamten Vermögens einschließlich aller zu erwartenden Erbschaften vorgesehen.

Über das weitere Verfahren beim Zuschicken geben die General-Innungsartikel von 1780 die beste Auskunft. Waren nämlich alle Dokumente in Ordnung, aber keine Arbeit vorhanden, wurde das auf der Kundschaft vermerkt und der Geselle erhielt ein »auf Vier bis Fünf Groschen sich belaufendes Geschenk, oder statt dessen hinlängliches Essen und Trinken: und muß derselbe hierauf ohnverweilt weiter wandern.«<sup>36</sup> »Wird ihm hingegen an dem Orte, wo er einwandert, Arbeit zugesaget, so muß er solche noch desselben Tages ohne Wiederrede antreten, und sodann seinen Geburts- und Lehrbrief ... sammt der Kundschaft, dem Ober-Aeltesten, zur verwahrlichen Aufbewahrung bey der Innung und Beylegung in der Lade, übergeben.«<sup>37</sup>

Ähnlich wie bei der Lehrlingsausbildung gab es eine vierzehntägige Probezeit, nach der sich der Geselle zu entscheiden hatte, ob er bei dem entsprechenden Meister bleiben oder sich nach einem anderen Arbeitgeber umschauchen wollte.<sup>38</sup>

Die Gesellen nutzten aber das Zuschicken auch dazu, unbeliebten Tischlern ihre Ablehnung zu zeigen. In einer Anweisung des Rates an die Gesellen vom 27.7.1802 wurden diese aufgefordert, beim Umschauen und Umschicken nach Arbeit nicht anderen Gesellen die Arbeit bei einem Meister zu verbieten, sich einzelnen Meistern gegenüber nicht ungebührlich zu verhalten oder Lohn für nicht geleistete Arbeit zu fordern.<sup>39</sup>

Jenseits der Pflicht des Zuschickens hatte die Gesellenschaft bis ins 18. Jahrhundert hinein das Recht, aller vier Wochen eigene Versammlungen, die sogenannten Umfragen, abzuhalten. Dort ging es darum, Vergehen anderer Gesellen zur Sprache zu bringen und Auseinandersetzungen zu schlichten. Bei der Umfrage waren die zwei jüngsten Meister auch mit zugegen, die zusammen mit zwei dafür gewählten Altgesellen die Versammlungen leiteten und bei Abstimmungen zu Streitfragen eine Sperrminorität bilden konnten. Wurde bei schwereren Problemen keine Einigung erzielt, musste die Angelegenheit durch den amtierenden Obermeister entschieden werden.

Im Übrigen waren die äußeren Bedingungen denen der Quartalsversammlungen der Meister sehr ähnlich: die Gesellenschaft war nur bei geöffneter Lade beschlussfähig, das Tragen von Waffen war verboten, zu spät Kommende wurden mit Geldbußen belegt. Im Gegensatz aber zur Meisterschaft, in deren Ordnung die folgenden Punkte still-

36 StA D, Codex Augusteus, Band 5, Sp. 768, Art. 4.

37 Ebd., Band 5, Sp. 768, Art. 6.

38 Ebd., Band 5, Sp. 768, Art. 7.

39 StadtAL, Inn Ti A 4 »Anweisung des Rates an die Gesellen, 1802«, S. 1 f. Die Namen von Meistern, die sich, aus welchem Grunde auch immer, bei der Gesellenschaft unbeliebt gemacht hatten, wurden in sogenannten »Schimpfbriefen« den Gesellen anderer Städte mitgeteilt. Wies nun ein einwandernder Handwerksbursche die Kundschaft eines solchen Meisters in einer anderen Stadt vor, hatte er schlechte Karten, denn der Zuschickgeselle verweigerte ihm die Vermittlung und Annahme einer Arbeit.

schweigend übergangen wurden, gab man den Gesellen 1558 für den angenehmeren Teil der Versammlungen noch einige Ratschläge mit auf den Weg: »Item, daß keiner den andern nöthige mit Zu trincken, und sich ein jeder hüte, sein Gottes Lästung, und unzüchtigen gebehren, und groben Sitten, auch für unzüchtigen Tantzen und dann solches wider Gottes Geboth, so will es unser Löbl. Churfürst, und nachfolgend wie der Rath nicht leiden, wie dann darauf gegen die, so beichtig gefunden, eine schwere Straffe gesetzet«. <sup>40</sup>

Im Jahr 1803 erhielten die Leipziger Tischlergesellen neue Innungsartikel.<sup>41</sup> Mit diesen Artikeln gehörten die Zusammenkünfte der Gesellen, die damit verbundenen regelmäßigen Einnahmen zugunsten ihrer Kasse und ihr Mitspracherecht in der Innung der Vergangenheit an. Die Verwaltung der Gesellen-Verpflegungskasse unterstand von nun an dem Beisitzer des amtierenden Obermeisters, sämtliche Gerätschaften wurden verkauft und der Erlös daraus zur Begleichung der offenbar beträchtlichen Schulden verwandt: ein großer Teil des Eigenlebens der Gesellenschaft wurde damit beseitigt.

Ein königliches »Mandat, die Abstellung verschiedener Innungsgebrechen betreffend« aus dem Jahr 1810 bekräftigte die in Leipzig bereits wirksamen einschneidenden Maßnahmen und führte zudem neue Bestimmungen zu verschiedenen Aspekten der Gesellenwanderung ein. Die Herbergen sollten sich, so weit als möglich, nicht mehr in Gasthäusern befinden, die Herbergsväter selbst waren durch die Obrigkeit zu bestätigen. Das Einmieten der Gesellen in privaten Unterkünften, den sogenannten Wäschen, war nur noch mit der Erlaubnis des Herbergsvaters bei Überfüllung der Herberge erlaubt, wohl um die Freizeit der Gesellen nicht unkontrolliert verstreichen zu lassen.

Gleichzeitig war das Führen einer Gesellenherberge nunmehr mit einer Anzahl von Pflichten verbunden. Der Herbergsvater sollte den Einwandernden als Ansprechpartner für deren Fragen und Probleme zur Verfügung stehen, hatte die aus der Arbeit getretenen Gesellen aus der Stadt zu geleiten und war verpflichtet, arbeitslose Gesellen dem Obermeister der Innung anzuzeigen. Größere Ansammlungen der ihm Anvertrauten waren durch ihn zu unterbinden und gegebenenfalls der Obrigkeit zu hinterbringen, ebenfalls natürlich auch jegliche Anzeichen von Aufruhr oder die Abfassung und Versendung verdächtiger Schreiben.<sup>42</sup>

Anstelle der schriftlichen Kundschaften, deren Vordrucke und sogar Druckvorlagen illegal käuflich waren, wurden Wanderbücher eingeführt. Diese sollten, durch Bindung und Siegelung vermeintlich fälschungssicher, persönliche Angaben zum Gesellen und sämtliche Arbeitsbeurteilungen enthalten. Der Handwerker stellte diese zunächst handschriftlich aus, der Geselle musste sie danach von einem Vertreter der Obrigkeit,

40 StadtAL, Tit. LXI, 182 »Acta Die Tischler-Innungs-Articul betreffend«, S. 84 ff.

41 StadtAL, Inn Ti C 1 »Innungs-Artikel wegen der Tischler-Gesellen allhier zu Leipzig, wie solche höchsten Orts, nach einigen allda für gut gefundenen Veränderungen, genehmiget worden.«, S. 1 ff.

42 Vgl. StA D, Codex Augusteus, Band 7, S. 482, Cap. II, § 1 und 2.



beispielsweise dem Deputierten des Rates, eintragen und abstempeln lassen. Genauso wie früher die Kundschaften und der Gesellenbrief waren jetzt die Wanderbücher vor Arbeitsantritt dem Obermeister zur Verwahrung in der Innungslade zu übergeben und wurden erst zum Eintrag der Beurteilung wieder ausgehändigt.<sup>43</sup>

Auch sollte schärfer kontrolliert werden, ob Gesellen, ohne tatsächlich Arbeit anzunehmen, zwischen verschiedenen Orten hin- und herzögen und sich durch Betteln oder erschlichene Innungsgeschenke, die sonst beim Fehlen von Arbeit gewährt wurden, über Wasser hielten. Bestätigte sich dieser Verdacht, sollten sie ins sächsische »Landarbeitshaus zu Colditz« verbracht werden.<sup>44</sup>

Ebenso wurde zum wiederholten Mal das Feiern der »blauen« oder »guten Montage« verboten.<sup>45</sup> Der Ursprung dieses Brauches liegt in einer Zeit, da die Handwerker montags zu Frondiensten gegenüber der städtischen Obrigkeit verpflichtet waren. War keine Arbeit zu verrichten, blieb der Tag frei.

Das fortgesetzte Feiern der blauen Montage, das bereits in den Innungsartikeln von 1534, der Gesellenordnung von 1558, den Mandaten von 1731, 1772 und den General-Innungsartikeln verboten wurde, zeigt exemplarisch die Zähigkeit der Gesellen in ihrem Ringen um die Bewahrung ständischer Rechte des ausgehenden Mittelalters in der Neuzeit.<sup>46</sup>

### 3. Erlangung des Meisterrechts

Zur Meisterwerdung bestimmte die Tischlerordnung, dass ein Geselle sich zunächst zu legitimieren und seine Kundschaften (Arbeitsbescheinigungen) vorzuzeigen hatte. Dann konnte er um das »Losamnt anhalten« (Status vor der Lossprechung zum Meister) und musste ein Jahr lang vierteljährlich einen bestimmten Betrag »muthen« (mauten, also Gebühren zahlen). Im 3. Quartal durfte er mit der Zeichnung und dem Bau der Meisterstücke beginnen. Meistersöhne und in einen Handwerksbetrieb einheiratende Gesellen

43 Ebd., S. 484 f., Cap. III, § 3–10.

44 Ebd., S. 487 f., Cap. III, § 12.

45 Ebd., S. 489, Cap. IV, § 2.

46 StadtAL, Tit. LXIV, 182, S. 88 ff. (Art. XIII), S. 84 ff. (Absatz »Vom guten Montag«) und StA D, Codex Augusteus, Band 3, Sp. 585, Band 5, Sp. 673 und 768. Zuweilen wird der »blaue Montag« auch mit der stets montags stattgefunden habenden Blaufärbung von Textilien mit dem Pflanzenfarbstoff Waid in Verbindung gebracht. Dies wäre so zu verstehen, dass nach dem Färbeprozess an diesem Tag nichts mehr zu tun gewesen wäre. Ein solcher Erklärungsversuch ist jedoch mit Fragezeichen zu versehen, da diese Art der Färbung sicher nur lokal bekannt war und kaum ein Synonym hervorbringen konnte, das in ganz Deutschland Verwendung fand. Vielmehr erscheint es logisch, den Begriff in dem Sinne zu deuten, wie er beim »Ausflug ins Blaue« oder der »blauen Ferne«, in die man wandern kann, verwendet wird. Hier wird »blau« zum Begriff des Himmels, der räumlichen Freiheit, gleichsam als Gegenteil zur Enge geschlossener Räume, wie es eine Werkstatt nun einmal war und ist.

waren davon befreit und mussten zudem auch nur eines der Meisterstücke anfertigen. In den General-Innungsartikeln wurden 1780 das Muthjahr sowie diese Vergünstigungen für Meistersöhne und Heiratskandidaten bei der Meisterstücksfertigung abgeschafft.<sup>47</sup>

Die Meisterstückszeichnung stellte dabei oft ein Problem dar, da Zeichenunterricht kein Bestand der Lehrlingsausbildung war. Die nötigen Zeichenkenntnisse mussten also auf anderem Wege erworben werden. Ab 1792 durfte interessierten Gesellen sonntags nach Beendigung des Gottesdienstes abends unter Aufsicht des Obermeisters Zeichenunterricht erteilt werden.<sup>48</sup> Dieser diente nicht zuletzt der Vorbereitung auf die anzufer-tigende Zeichnung des Meisterstücks.

Eine ähnliche Möglichkeit existierte seit 1765 an der Leipziger Kunstakademie. Die unterste Zeichenklasse bot für Handwerker die Möglichkeit des Zeichenunterrichts an. In der 1805 in Leipzig eingerichteten Bürgerschule war er bereits fester Bestandteil des Unterrichts. Der Tischlermeister Christian Gottfried Pompper annoncierte zudem im Leipziger Adresskalender im Jahr 1815, Zeichenunterricht für Handwerker, »welche mit Zirkel und Maasstab umgehen«, zu geben. Ab 1835 war er in gleicher Funktion am Leipziger Kunst- und Gewerbeverein, dessen Gründungsmitglied er war, tätig.

Auch in der Freimaurerloge Balduin zur Linde konnten Lehrlinge und Gesellen seit 1816 sonntags nach dem Gottesdienst kostenlosen Zeichenunterricht erhalten.<sup>49</sup> 1829 wurde die Polytechnische Lehranstalt eröffnet, der ebenfalls eine kostenlose Sonntags-schule für Lehrlinge und Gesellen angeschlossen war.<sup>50</sup> Die Spezial-Innungsartikel von 1843 geben Auskunft darüber, dass es bereits Lehrlingen erlaubt war, auf deren eigenes Verlangen hin während der Arbeitszeit an der Leipziger Zeichenakademie Unterricht zu nehmen.<sup>51</sup>

Die Modalitäten zur Ausgabe der Maße und Anfertigung der Zeichnung werden in einem Dokument aus dem Jahr 1801 beschrieben.<sup>52</sup> Dem Stückmeister wurde, nachdem er einen Kartonriss und einen Brettriss in Originalgröße mit allen wichtigen Details anhand der Beschreibung fertiggestellt und abgeliefert hatte, der Musterriss der Innung übergeben. Er hatte nun, als reine Zeichenübung, nach der ausgehändigten Vorlage einen Riss in Originalgröße herzustellen. Hatte der Stückmeister diesen beendet, wurde auch die Musterzeichnung wieder kassiert und in der Innungslade verschlossen.

47 StA D, Codex Augusteus, Band 5, Sp. 772, Art. 5 und 6.

48 StadtAL, Inn Ti C 42/3, S. 62.

49 Katrin Heise, *Sächsische und thüringische Biedermeiersekretäre*, Weimar 2001, S. 44f.

50 Hartmut Zwahr, *Revolutionen in Sachsen. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte (Geschichte und Politik in Sachsen 1)*, Köln, Weimar, Wien 1996, S. 150.

51 StadtAL, II. Sektion, T 912 »Special-Artikel für die Tischlerinnung zu Leipzig, 1837–1843«, S. 103 ff.

52 StadtAL, Inn Ti B 4, S.111–113.

Die Zeit zur Fertigung der Meisterstücke wurde seit dem 18. Jahrhundert mit 26 Wochen bemessen.<sup>53</sup> Dabei wurde wöchentlich von zwei wechselnden Meistern kontrolliert, ob der Kandidat nicht etwa fremde Hilfe dabei in Anspruch nahm.<sup>54</sup>

Wurde das Meisterstück für tauglich erachtet, waren nochmals im Verlauf der Jahrzehnte verschieden hohe Gebühren, die der allgemeinen Verwendung im Handwerk dienen sollten, zu zahlen.

Zuletzt musste, vor der Ernennung zum Tischlermeister, vom Kandidaten noch eine bestimmte Summe »zu dem gewöhnlichen Bürgerrechte in die Handtwercks Lade« eingezahlt werden. Diese war recht hoch, sie betrug beispielsweise 20 Reichstaler im Jahr 1658.<sup>55</sup> Nun erst war er, »nach vorgängigem Angelöbniß, daß er denen Landes-Gesetzen, denen Ordnungen der Stadt oder des Orts, da er sich niederzulassen gedenke, und« den »seiner Kunst oder seines Handwerks Special-Articuln sich gemäß verhalten wolle, ohne weiteren Anstand und Weigerung, nach erlangtem Bürger-Recht, zum Innungs- oder Mitmeister angenommen«.<sup>56</sup>

Zwischen den Bestimmungen der Zunftordnung zur Erlangung des Meisterrechts und deren tatsächlicher Handhabung bestanden gewisse Differenzen. Auffällig groß ist die Anzahl der Fälle, die auf Ungleichbehandlung der Kandidaten in der Praxis hinweisen. Die landesherrliche Gesetzgebung versuchte zwar im Verlauf des 18. Jahrhunderts, fleißigen und geschickten Handwerkern den Weg zur beruflichen Selbstständigkeit zu ebnen und ihre weitere Entwicklung zu fördern. Die Handwerker beharrten jedoch ihrerseits auf den spätmittelalterlichen, ständischen Privilegien, die den in gewissem Maße egalitären Vorstellungen des Feudalabsolutismus entgegenstanden. Während die Herrschenden, durchaus in Erwägung daraus für sie selbst entstehender Vorteile, versuchten, das Niveau der handwerklichen Produktion zu heben und damit Voraussetzungen für die Entstehung des Manufakturismus zu schaffen, handelten die Handwerker diesem Bestreben entgegen und nahmen dabei das Aufblühen von Intrige, Mittelmäßigkeit, Missgunst und Kleingeist in Kauf.

Einerseits war es möglich, protegiert durch einflussreiche Freunde, das Meisterrecht zu erkaufen. So findet sich in einer Akte von 1659 der Hinweis, »daß Christian Bartholomäus Meister worden, hat alle drey stücken gemacht, ist aber mit keinem bestanden, hat keines nach seiner mas und theilung gemacht, also daß er 86 mängel hat an seynen stücken gehabt, auch hat durch seine stücken nicht können meister werden, sondern nur durch bittentliche leuthe«.<sup>57</sup>

53 StadtAL, Inn Ti C 43, S. 14.

54 StadtAL, Inn Ti C 9, S. 1 ff.

55 StadtAL, Inn Ti C 46 vom 18.7.1658.

56 StA D, Codex Augusteus, Band 5, Sp. 774, Art. 13.

57 StadtAL, Inn Ti C 41, Nr. 43.

Häufiger waren aber die Hinderungen an der Meisterwerdung. Es wurden Anlässe gesucht und gefunden, aufgrund derer man den Bau des Meisterstücks nicht beginnen durfte oder anderweitig die Meisterwürde versagt bekam. Die Innung, manchmal sicher auch nur einzelne Meister, ging dabei auf verschiedenste Weise vor. Den Akten des Leipziger Stadtarchivs sind dabei unterschiedliche Vorgehensweisen zu entnehmen.

Eine erste Möglichkeit war, die Meisterwerdung durch Nichtanerkennung der bereits gezahlten Muthung zu verhindern. Weiterhin konnte man die Ausgabe der Maße zum Meisterstück verweigern, wenn man von Seiten der Innung mit der Wahl der Unterkunft durch den Stückmeister nicht einverstanden war, auch wenn diese ansonsten die Meisterkandidaten den Ort für die Anfertigung der Meisterstücke frei wählen ließ. Vorgebliche oder tatsächliche Fehler im Kartonriss wurden ebenfalls gern zum Anlass für die Nichtzulassung zum Bau des Meisterstücks genommen.

Daneben gab es Fälle, wo Stückmeistern unzumutbare Arbeitsräume zugewiesen wurden. So schrieb Johann Gottfried Hubert 1741 an den Leipziger Rat, dass die Tischlerinnung »die Stube bey Meister Francken, unter denen, so mir vorgeschlagen wurden, vor die Beste befunden; so stehet dennoch dahinter eine besondere List und Verheimlichung der eigentlichen Wahrheit. Denn anstatt daß sie wie der Bescheid lautet, in der Werkstadt bey Meister Francken meine Stücken zu verfertigen, mir solche Werkstadt eingeräumt werden solle, gehet derer mir nicht wohl gesinnten Meister Absicht dahin, daß ich im Gasthoffe zum 3. Schwanen, wo Mstr. Francke eine Treppe hoch heraus wohnt, bey dem Gastwirte eine Stube unten im Hoffe an der Erde hintenaus miethen, und mich darin behelfen möge«. Diese befand sich »neben den Pferdeställen, wo alles feuchte, auch dabey nicht durchgängig genugsames Licht vorhanden ist, überdies welche Stube mehrgedachter Gastwirth zum Waschen auch zu einer beständigen Leichen-Cammer vor die Wirth-Leuthe und fremde im Hause bißanhero brauchen laßen. Außer anderen Zufällen, so mir darinnen begegnen könnten, ist das meinige und mein mit sehr schweren Kosten angeschaffte und bereits mit vieler Mühe drockengemachtes Geholtze nicht sicher, auch dabey sinnlicher weisen unmöglich, daß ich an solch einem Orte ein beständig gutes Stücke vollbringen und conserviren könne, welches nicht schwinde, aufspringe und weiche; Worüber endlich nicht allein meiner vielen Kosten Mühe und Arbeit verlohren gehen, sondern auch vor mich Schimpff, Schande und Handwercks-Straffe erfolgen müßte«. <sup>58</sup>

Zuweilen nutzte die Innung schließlich auch die angespannte finanzielle Situation von Meisteranwärtern aus, um die Meisterwerdung nach allen überstandenen Schwierigkeiten noch im letzten Moment zu verhindern. Aktenkundig ist ein Verbot, den Kandidaten das nötige Geld für das (in der Innungsordnung nicht einmal vorgesehene) Meistertessen durch einige Aufträge verdienen zu lassen, eine ansonsten durchaus übliche

---

58 StadtAL, II. Sektion, T 488, S. 1 ff.

Praxis.<sup>59</sup> Tatsächlich waren diese Essen eine recht schwierige finanzielle Hürde, ohne die jedoch keine Aufnahme in den Kreis der Handwerksmeister erfolgte.

Die Leipziger Tischlerzunft, die offiziell keine Zulassungsbeschränkungen für Meisterkandidaten besaß, nutzte also indirekte Mittel, um nicht genehme Meisteranwärter nicht zuzulassen oder anderweitig von der Erlangung des Meisterrechts abzuhalten. So verständlich dieses Handeln in Bezug auf die Regulierung der Innungsgröße ist, so ungerecht war es für die Stückmeister, die sich nach teilweise bereits erheblichen zeitlichen und finanziellen Aufwendungen um den Lohn ihrer Bemühungen betrogen sahen.

Nicht mehr zu überbieten ist aber der Fall des Meisterkandidaten Johann Caspar Rüdiger.<sup>60</sup> Dieser wandte sich 1693 an den Rat. Er führte aus, Meister Peter Hennigs, der ihn, nach geäußertem Wunsch, Meister zu werden, entlassen habe, sei derzeit der einzige Büchschächter in Leipzig. Er, Rüdiger, sei bereit, die üblichen 3 Meisterstücke der Tischler anzufertigen, dies aber ohne Verzug durch ein weiteres Arbeitsjahr und ein Muthjahr.

Doch selbst nach dreimaliger diesbezüglicher Anordnung des Rats, zweimaligem kurfürstlichem Befehl und einer Bitte der Büchschmiede, Rüdiger ohne ein weiteres Arbeitsjahr und Muthjahr unmittelbar zum Meisterstück zuzulassen, waren die Tischler nicht dazu bereit. Sie beriefen sich auf ihre Innungsartikel und lehnten jede Ausnahme ab. Bezüglich der wiederholten Anordnungen aus Dresden äußerten sie unbeeindruckt: »Und wenn sie es zehnmahl sagten, wir tun es nicht.«

Nachdem Rüdiger die Meisterstücke schließlich doch bauen durfte, wandte er sich nach deren Fertigstellung nochmals an den Rat und berichtete von weiteren Demütigungen seitens der Tischler. Rüdiger gab die ihm bisher entstandenen Unkosten mit 37 Talern und 6 Groschen an, darunter zum Beispiel 7 Taler Strafgeld, obwohl an den Stücken kein einziger Fehler gefunden worden war – mit der Begründung seitens der Innung, »daß sie alle hätten straffe geben müssen, und damit ich mich nicht vor andern etwas rühmen möchte, müßte ich auch geben 7 Thaler«. – Da er eine noch hinzukommende Forderung von 5 Talern außerstande war zu begleichen, wurde er von seinem eigenen Meisteressen ausgeschlossen und ihm nur die Gnadenmeisterschaft zuerkannt, die ihn von allen Meisterrechten und den Quartalsversammlungen ausschloss. (Gnadenmeistertum bedeutete die Erteilung des Meisterrechts trotz nicht erbrachter Leistungen und nur aufgrund des guten Willens der Innung, wie es beispielsweise bei Christian Bartholomäus der Fall gewesen war.)

Man muss sich dabei vor Augen führen, was Rüdiger, der denselben Status wie der offenbar völlig unfähige Bartholomäus einige Jahre zuvor erhielt, für ein brillanter Handwerker gewesen sein muss: alle drei Meisterstücke ohne einen einzigen Fehler ab-

<sup>59</sup> StadtAL, Inn Tl C 42/1, Nr. 51.

<sup>60</sup> StadtAL, II. Sektion, R 166 »Johann Caspar Rüdiger gegen das Tischerhandwerk zu Leipzig wegen verweigerten Meisterrechts, 1693«, S. 1 f., S. 23 ff.

genommen zu bekommen, grenzt auf dem Hintergrund der Einstellung des Handwerks gegen ihn an ein Wunder. Immerhin war er zuvor mit schwersten Geschützen gegen die Innung aufgefahren und hatte sich damit ihren Unmut zugezogen. Als wohl einziger Grund für seine wiederholte Ablehnung darf der Wunsch von Peter Hennigs vermutet werden, die Niederlassung eines weiteren Büchschäfters in Leipzig zu verhindern. Deswegen entließ er Rüdiger wohlweislich, als dieser die Absicht geäußert hatte, Meister zu werden, und wollte danach seine Interessen mit Hilfe des Rechtsbeistandes, den die Innung ihren Mitgliedern gewährte, durchsetzen.

#### 4. Die geforderten Meisterstücke<sup>61</sup>

Meisterstücke sind insofern besondere Möbel, als sie die Vorstellungen einer Innung repräsentieren. An ihnen lassen sich bestimmte Einstellungen ablesen, in ihrer Ausführung sind verschiedenste technische Erkenntnisse und gestalterische Vorgaben gleichsam gebündelt und konzentriert verarbeitet. Sie zeigen zugleich die Wandlung des Zeitgeschmacks durch die sich ändernde Favorisierung bestimmter Möbeltypen und Gestaltungsdetails. Im fortschreitenden 19. Jahrhundert geben sie in einer von Industrialisierung und Anonymisierung geprägten Umgebung oftmals die letzten sicheren Hinweise auf einen noch vorhandenen lokalen Gestaltungswillen.

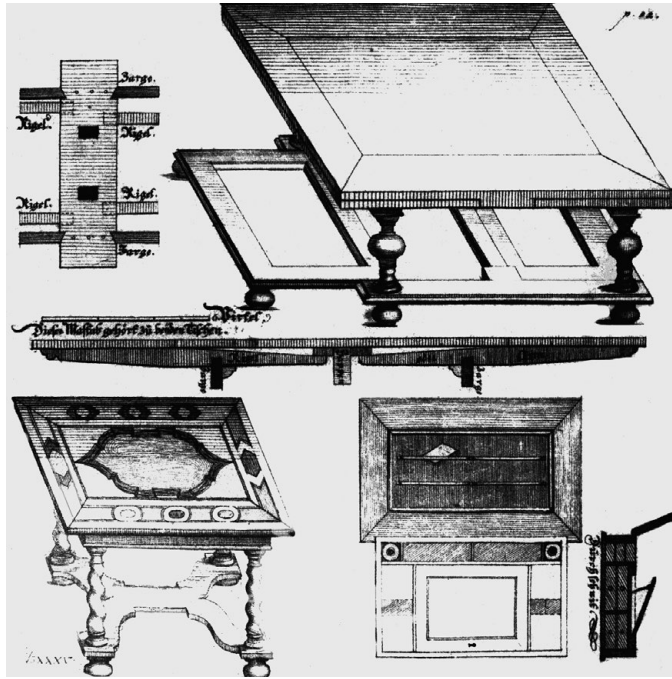
Die ältesten Vorgaben zum Leipziger Meisterstück befinden sich in der Innungsordnung der Tischler von 1534. Damals hatten die Meisteranwärter u. a. einen »verschlossenen Tisch« zu bauen, der einem Kupferstich geähnelt haben dürfte, der in einer Veröffentlichung des Leipziger Tischlers und Rats-Musterschreibers Johann Christian Senckeisen aus dem Jahr 1707 zu sehen ist (*Abb. 2*).<sup>62</sup> Er zeigt in der unteren Bildhälfte einen Tisch mit nach oben aufklappbarem Blatt, das eine verschließbare, anklappbare Schreibunterlage und verschiedene Fächer, u. a. für Schreibfedern, Tintenfass und Streusandbüchse, freigibt. An der Unterseite des Blattes sind Lederriemen zum Einstecken von Papieren und Korrespondenzen angebracht. Im Innern des Tisches, nur bei geöffneter Schreibfläche zugänglich, befinden sich nochmals mehrere kleinere Schubfächer. Daneben waren noch eine Truhe mit geschnitzten Pilastern oder Säulen im Stil der Gotik oder frühen Renaissance und ein eichener, vierflügeliger Futterahmen für ein Fenster zu bauen, zu deren Aussehen sich leider nichts Konkretes sagen lässt.<sup>63</sup>

<sup>61</sup> Vgl. Christian Schatt, *Leipziger Möbel des 18. Jahrhunderts*, in: *Arbeitsblätter für Restauratoren* (2000) 2, S. 155–165.

<sup>62</sup> Johann Christian Senckeisen, *Leipziger Architectur-Kunst- und Seulen-Buch*, Leipzig 1707, Abb. XXXV.

<sup>63</sup> In der Bautischlerei werden Blend- und Futterahmen unterschieden. Der erstere wird auf die Fensteröffnung aufgeblendet, also aufgesetzt, der hier beschriebene, kompliziertere, dagegen in das Gewände eingebaut.

Abb. 2: Verschleißbarer Tisch und Ausziehtisch, Entwurf von Johann Christian Senckeisen (aus: Senckeisen 1707 [Anm. 62], Taf. XXXV)



In »Zedlers Universal-Lexikon«, das im Verlauf des 18. Jahrhunderts in Halle und Leipzig erschienen ist, befinden sich ebenfalls Meisterstückbeschreibungen. Da am Ende des Beitrags die kurfürstliche Konfirmierung der Leipziger Innungsartikel und weitere, die Leipziger Tischler betreffende Aussagen enthalten sind, handelt es sich hier mit hoher Wahrscheinlichkeit auch um Leipziger Vorgaben. So heißt es dort:

»Der Schreiner von alters her gewöhnliche Meisterstücken bestehen

- 1) in einem Gewandkasten, nach zierlicher Architectur ausgetheilet, mit zwölf Seulen oder mit Bildern, ... Die Höhe muß accurat neuntehalb Schuh haben. Die Breite achtehalben Schuh, die Tiefe zwey Schuh, ein Beyflügel fünfzehn Zoll.
- 2) muß er machen einen Schreibetisch viertelhalb Schuh lang, die Höhe drey Schuh weniger drey Zoll, die Tiefe zwey Schuh weniger vier Zoll.«<sup>64</sup>

Es sollte sich hier um Festlegungen in Abänderung der Bestimmungen von 1534 handeln, wobei das Jahr ihres Inkrafttretens unbekannt ist.

<sup>64</sup> Johann Heinrich Zedler, Grosses vollständiges Universal-Lexikon, Band 38, Halle, Leipzig 1745, Stichwort »Tischer«.



*Abl. 3: Ratsaktenschrank, Gregor Ansoerge zugeschrieben, Leipzig 1592 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Foto Christian Schatt)*

Der »Schreibetisch« dürfte mit dem bereits beschriebenen »verschlossenen Tisch« identisch oder ihm ähnlich sein und wurde also beibehalten. Die Kleidertruhe wurde nicht mehr gefordert, stattdessen sollte ein »Gewandkasten« gebaut werden. Dabei scheint es sich um einen noch von der Renaissance geprägten, viertürigen und zweigeschossigen, ungefähr 270 cm x 240 cm x 60 cm großen Schrank zu handeln, wie er etwa im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig als Ratsaktenschrank von Meister Gregor Ansoerge aus dem Jahr 1592 existiert, geziert mit den erwähnten zwölf Säulen, vielfarbigen Marketerien in Schweifformen des ausgehenden 16. Jahrhunderts und teilweise beschnitz-

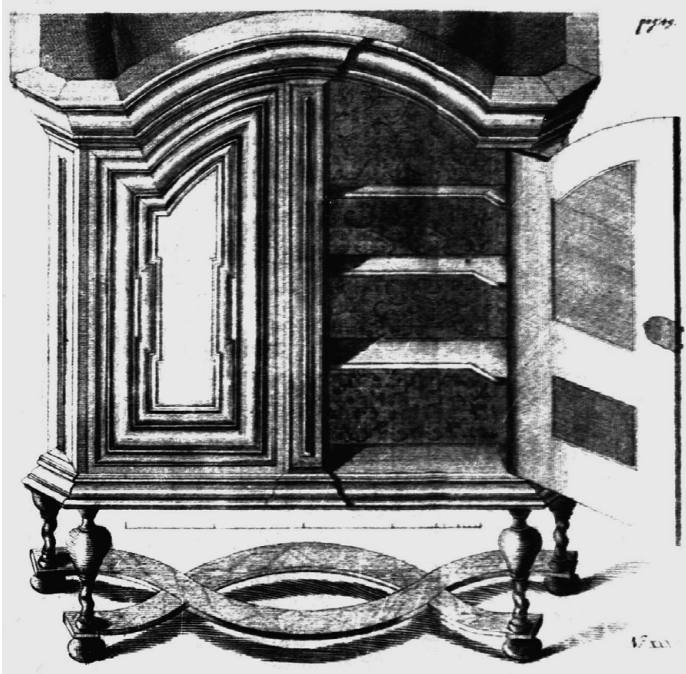




*Abb. 4: Kleiderschrank, Meisterstück nach den Vorgaben der Tischlerinnung, Leipzig, Anfang 18. Jahrhundert (Kunstauktionshaus Zeller, 70. Bodenseeauktion, Lindau 2003)*

ten Hermaplastern (*Abb. 3*).<sup>65</sup> Möglicherweise ist dieser Schrank sogar ein derartiges Meisterstück, oder dieses wurde nach einem Möbeltyp formuliert, von dem uns hier ein Repräsentant gegenübertritt. Dessen Maße von 233 cm x 270 cm x 52 cm stehen nur

<sup>65</sup> Zur Ermittlung der Maße: Sechs Schuh waren drei Ellen. Legt man dem die damals wohl gültige sächsische Elle zugrunde, 1 Elle = 56,638, also rund 56,6 cm (Meyers Konversationslexikon, Leipzig, Wien 1905, Bd. 5, Stichwort »Elle«), dann hat das Möbel die oben angeführten Ausmaße gehabt. Unter Zugrundelegung derselben Umrechnungen war der Schreibtisch übrigens rund 78 cm hoch und damit nur 2 cm niedriger als in Senckeisens Stich.



*Abb. 5: Stollenschrank,  
Entwurf von Johann  
Christian Senckeisen  
(aus: Senckeisen 1707  
[Anm. 62], Taf. XXXII)*

scheinbar im Widerspruch zu dieser Vermutung. Auch die Meisterstücken des 18. Jahrhunderts weisen, die Außenmaße und das Höhen-Breiten-Verhältnis betreffend, größere Differenzen auf, während die Binnengliederungen praktisch identisch sind.

Zur weiteren Entwicklung ist der älteren Forschungsliteratur zu entnehmen: »Als der Churfürst 1679 in einer Verordnung dem Rat bedeutete, auf Abschaffung der unnötigen Kosten der Meisterstücken hinzuwirken, wendete er sich sofort an die Tischler mit der Aufforderung, billigere und verkäufliche Meisterstücke vorzuschlagen und mehr Gewicht auf die Ausführung der Arbeit zu legen.«<sup>66</sup> Einen Bericht des Rates vom 14.12.1688 ansprechend, heißt es weiter: »das eine Meisterstück, ein Ausziehtisch«, sei vorgeschrieben gewesen, das zweite hätte dagegen eine »Köthe oder Schrank mit Nussbaum oder andern feinen Holz oder ein furniert schreibcomtoir oder thresor« sein können.<sup>67</sup>

<sup>66</sup> Ratsarchiv Leipzig, Abt. 64, Nr. 63. Es handelt sich um eine nicht mehr gültige Signatur. Da der Verbleib dieser Akte nicht nachverfolgt werden konnte (wohl Kriegsverlust), wurden die Angaben der Autorin ungeändert übernommen.

<sup>67</sup> Hildegard Birch-Hirschfeld, Die Holzverarbeitenden Gewerbe in Leipzig von 1500–1800. Diss., Universität Leipzig, Phil. Fak. 1920, S. 73.

Das genaue Jahr der Einführung der neuen Meisterstücke ist unbekannt. Der älteste Hinweis auf den Bau des zweitürigen Kleiderschranks als Meisterstück ist in einer Anordnung des Rates gegenüber der Innung vom 17.11.1682 zu sehen, »daß sie Ludwig Buchfischen die zu seinem Meisterstück aufgegebene Köthe nach beyliegenden Rissen fertigen lassen solle«. <sup>68</sup> Die Innung reagierte also recht eigenwillig auf die kurfürstliche Verordnung. Sie führte zwar den in Mode gekommenen zweitürigen Kleiderschrank (*Abb. 4*) als Meisterstück ein, der sicher gut verkäuflich war, dessen Fertigungskosten jedoch, zugerechnet denen für den Ausziehtisch, ganz bestimmt nicht niedriger waren als die der alten Meisterstücke.

Mit »schreibcomtoir oder thesor« könnte zunächst einmal wieder ein Tisch gemeint sein, wobei »thesor« hier nichts weiter als eine andere Bezeichnung wäre, die den Hinweis auf dessen Verschließbarkeit enthielte. Die Bezeichnung »Schreibcomtoir« lässt die Vorstellung des traditionellen verschließbaren Tisches also durchaus zu. <sup>69</sup> Wahrscheinlicher ist aber, dass es sich um einen Stollenschrank handelte, der damals auch als »Tressur« bezeichnet wurde (*Abb. 5*). Dafür spricht, dass die Anfertigung eines Tisches und eines Behältnismöbels, also eines Kleider- oder Stollenschrankes, die Fertigkeiten eines Tischlers viel umfassender zeigen konnte als der Bau zweier verschiedener Tische. Der geforderte Ausziehtisch ist sicher einem Möbel ähnlich, das zusammen mit dem oben gezeigten verschließbaren Schreibtisch im Jahr 1707 von Johann Christian Senckeisen abgebildet wurde. <sup>70</sup>

Mehrmals forderte der Gesetzgeber im 18. Jahrhundert die Anfertigung sinnvoller, nicht zu aufwändiger Meisterstücke. Es sollte, so zu lesen im kurfürstlichen Mandat zur Abstellung der Missbräuche im Handwerk von 1731, sogar möglich sein, auf dem Amtsweg die Anerkennung eines in diesem Sinne gefertigten, von einer Innung nicht anerkannten Meisterstücks, durchzusetzen. <sup>71</sup> Die Leipziger Tischler rangen sich aber keineswegs dazu durch, etwa den Schreibschrank, als dieser gegen 1730 in Mode kam, als Meisterstück zuzulassen. Stattdessen wurde lediglich 1756 das Aussehen des Kleiderschranks modifiziert, indem die aufgeblendeten Ädikulen zugunsten modernerer Formen ersetzt, aber weiterhin mit gezeichnet werden mussten. <sup>72</sup>

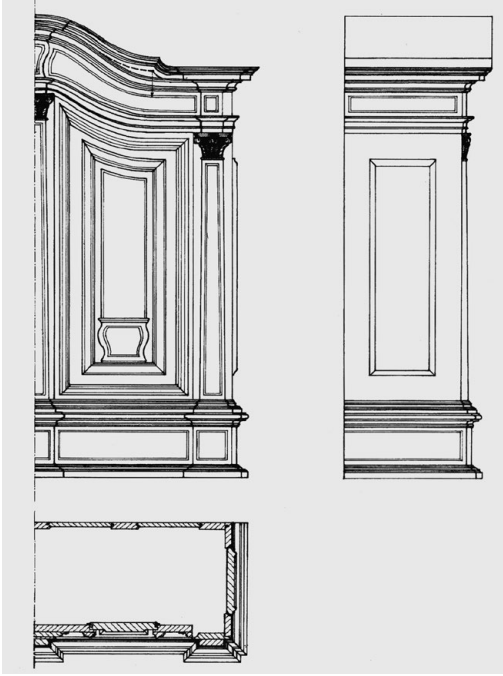
68 StadtAL, Inn Ti C 42/3 Nr. 48.

69 In derselben Art wurde zumindest das andere Wahlstück aufgeführt. Die Worte »Köthe oder Schrank« bezeichnen ein und dasselbe Möbel.

70 Senckeisen, Leipziger Architectur (Anm. 62), Abb. XXXII.

71 StA D, Codex Augusteus, Band 3, Sp. 587, Art. XII.

72 StadtAL, Inn Ti C 55 »Unser gewöhnliches Meisterstück zu Leipzig Anno 1788 Monath Julius«, S. 1: »Auf die Thüren hat sonst das kleine Werck mit zwey Columnen und einer Bogen-Verdachung mit der nähmlichen Einrichtung der Glieder wie in dem großen ausgearbeitet werden müssen. Doch hat das Handwerk seit Anno 1756 dieses dem Stücke-Meister nachgelaßen, mit dem Vorbehalt, daß er bey dem Reißen des kleinen Rißes neben dem großen mit aufgezeichnet werden muß, weil es um seiner schönen Ansicht halber und auch bey gegenwärtigen Zeiten zur Reißkunst mit nöthig ist.« Zu dieser Verfahrens-



*Abb. 6: Kleiderschrank, Zeichnung von Christian Schatt nach den schriftlichen Vorgaben von 1788*

Erst im Jahre 1788 wurde neben dem Kleiderschrank (*Abb. 6*) noch ein frühklassizistischer Schreibsekretär als Meisterstück zugelassen. Anhand der vorhandenen Akten des Leipziger Stadtarchivs lässt sich dieser Vorgang genau nachzeichnen.<sup>73</sup> Im Jahr 1788 erschien Johann Gottfried Krell, ein abgedankter Soldat und gelernter Tischler, in der Leipziger Ratsstube. Er erklärte, er habe 19 Jahre gedient und hätte nun seine Frau und 14 Kinder zu ernähren. Er führte aus, er habe sich »wegen Erlangung des Meister Rechts heute bei dem Tischerhandwercke gemeldet. Dieses wolle ihn auch annehmen, verlange aber von ihm, daß er das gewöhnliche Meisterstück, welches in einem grossen Schrank bestehe, fertigen solle.

Wenn er nun aber darüber 26. Wochen und länger arbeiten müsse, dieses Stück auch schwer an Mann zu bringen sey und er die darzu erforderlichen Kosten nicht aufbringen könne; so wolle E. E. Hochw. Rath er hiermit gehorsamst bitten, das Tischerhandwerck allhier zu bescheiden, daß es ihm ohne Fertigung dieses kostbaren auch schwer an Mann zu bringenden Meisterstücks zum Meisterrechte zulasse. Jedoch verlange er nicht ganz,

weise vergleiche auch die oben gezeigte Meisterstückszeichnung von Joachim Friedrich Leonhardt vom 3. Juli 1777.

<sup>73</sup> Christian Schatt, Leipziger Meisterstücke. Zur Einführung des Schreibschrankes als Meisterstück in Leipzig Ende des 18. Jahrhunderts, in: *Weltkunst* (2006) 1, S. 46–49.

ohne ein Stück zu fertigen, angenommen zu werden und wolle sich deswegen hiermit erbieten eine Schreibe Commode zum Meisterstück zu fertigen.« Die Innung ließ jedoch vor dem Rat durch zwei ihrer Obermeister erklären, »daß in Ansehung Krells keine Ausnahme gemacht werden möchte und die Articul verändert würden, besonders daß es ein Beispiel für andere werden würde, und mehrere in der Zukunft sich auf Krellen berufen und ebenfalls ein ander Meisterstück fertigen wollen würden.«

Daraufhin bot Krell vor dem Rat an, »daß er einen Schreibschrank, bestehend in einer Kommode, einem Schreibepult und einem Aufsatz, fertigen wolle.« Die Abordnung der Innung erklärte sich daraufhin bereit, bei der nächsten Handwerksversammlung die Sache zur Sprache zu bringen, und beauftragte Krell, eine Zeichnung des von ihm gewünschten Schreibschrankes anzufertigen.

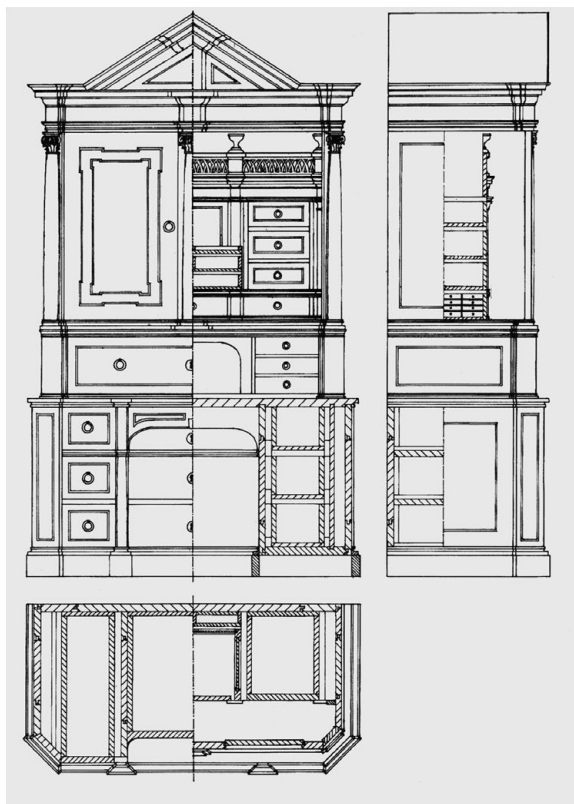
Einen Monat später erschienen sämtliche Obermeister der Tischlerinnung<sup>74</sup> auf der Ratsstube und gaben an, es sei »das Handwerck ... versammelt gewesen, und demselben Johann Gottfried Krells Suchen und gethaner Vorschlag wegen Fertigung eines Schreibschrankes bekannt gemacht worden. Hierbey wären das Handwerck und sämtliche gegenwärtig gewesen Meister einig geworden, das es in künftige einem ieden, der Meister werden wolle, freystehen solle, entweder das bisher gewöhnliche Meisterstück einen Kleiderschrank, oder einen Schreibschrank, nach einem von dem Handwercke entworfenen und genehmigten Riße, welchen sie mit übergeben, zu fertigen.«

Baudirektor Dauthe<sup>75</sup>, von der Tischlerinnung zur Begutachtung herangezogen, schrieb am 20. Mai 1788: »Obzwar die Zeichnung ... nicht ganz nach dem besten Geschmacke ausfällt, so enthält sie doch etwas mehr als gewöhnliche und alltägliche Arbeit; da in selber viele Kröpfungen und Gehrungen vorkommen, die wenn sie nach der Zeichnung und denen dabey angegebenen Maaßen fleißig und scharf an einem gut furnierten Schranke zusammen gesetzt sind, alsdann für ein Meisterstück anerkannt werden möchten.«

Krell entgegnete, der durch die Tischler vorgelegte Riss wäre genauso kompliziert wie der des Kleiderschranks, die Herstellung des Schreibschrankes ebenso teuer und nütze ihm, da er kein Vermögen besitze, jedoch Frau und Kinder zu ernähren habe, nichts. Er entschloss sich daher, da sein eigener Riss sowohl von der Innung als auch von Dauthe als für ein Meisterstück ungeeignet abgelehnt wurde, keines der Stücke anzufertigen. Krell erhielt daraufhin die Erlaubnis, »auf eigene Hand arbeiten« zu dürfen, also als Tischler ohne Angestellte tätig zu sein. Obermeister Joseph bekam am 31. Mai

74 Eine Handwerksinnung wurde in Abhängigkeit von der Zahl ihrer Mitglieder von zwei, vier oder mehr Meistern geleitet. Der Leipziger Tischlerinnung standen 1788 drei Obermeister sowie drei Beisitzer vor.

75 Johann Carl Friedrich Dauthe (1746–1816) gehörte zu den führenden Architekten des deutschen Klassizismus. Die Heranziehung Dauthes zur Begutachtung des neuen Meisterstücks resultiert aus dem Selbstverständnis der Tischler, den Architekten und ihrem Schaffen nahe zu stehen.



*Abb. 7: Schreibschrank, Zeichnung von Christian Schatt nach den schriftlichen Vorgaben von 1788*

1788 den Riss der Innung für einen Schreibschrank mit dem kleinen Ratssiegel, der Genehmigung für dessen Herstellung, zurück.<sup>76</sup>

Leider hat sich diese Zeichnung nicht erhalten. Nach der vorhandenen Beschreibung konnte jedoch der Schreibschrank von 1788 gezeichnet werden (*Abb. 7*).<sup>77</sup> Es handelt sich um ein Möbel, das durch eine allmähliche Abwendung vom Rokoko und die Hinwendung zum Zopfstil gekennzeichnet ist.

In Kontinuität zu den ältesten Festlegungen von 1534 taucht auch im Jahr 1788 der Fensterrahmen wieder in den Forderungen zum Meisterstück auf, wohl nicht zuletzt, um seine Zugehörigkeit zum Arbeitsbereich der Tischler erneut zu bekräftigen.

Die Einführung modernisierter, klassizistischer Meisterstücke erfolgte bereits wenige Jahre später, im Jahr 1801. Die Innung war selbst zur Ansicht gelangt, dass der Klei-

<sup>76</sup> StadtAL, Inn Ti C 42/2, S. 47 ff.

<sup>77</sup> StadtAL, Inn Ti C 56 »Beschreibung des neuen Meisterstücks zu Leipzig, 1788«, S. 1 ff.

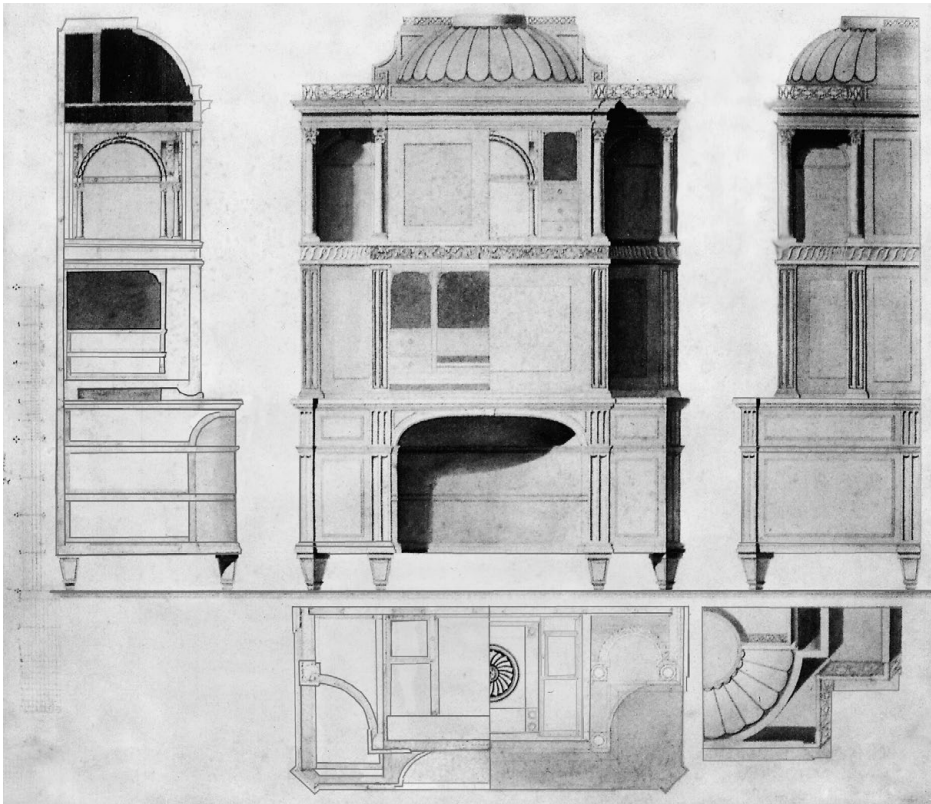


Abb. 8: Klassizistischer Schreibschrank, Entwurfszeichnung der Innung von 1801 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Foto Christian Schatt)

derschrank in der vorliegenden Form nicht mehr gebaut werden sollte, »immassen ein angehender Meister alle und zu sothanem Stück erforderlichen Zeichnungen, Modelle und Patronen sehr leicht von einem, oder dem andren seiner Vorgänger, zu erlangen, Gelegenheit findet, mithin dieser Schrank keines Weges anjetzt noch für ein Probestück angesehen ...werden kann. Hiernächst ist sothaner Schrank wegen seiner großen und unmodernen Form sehr schwer an den Mann zu bringen und mehrere der gleichen bisher zum Meisterstück gefertigte Schränke sind, bis jetzt noch unverkauft, vorhanden, auch wird bey dem Verkaufe derselben gar öfters gar der vierte Theil des darinne befindlichen wahren Wertes erlangt«.<sup>78</sup>

<sup>78</sup> StadtAL, II. Sektion, T 718 »Ersuchen der Tischlerinnung um Veränderung des Meisterstücks, 1801«, S. 1 ff.

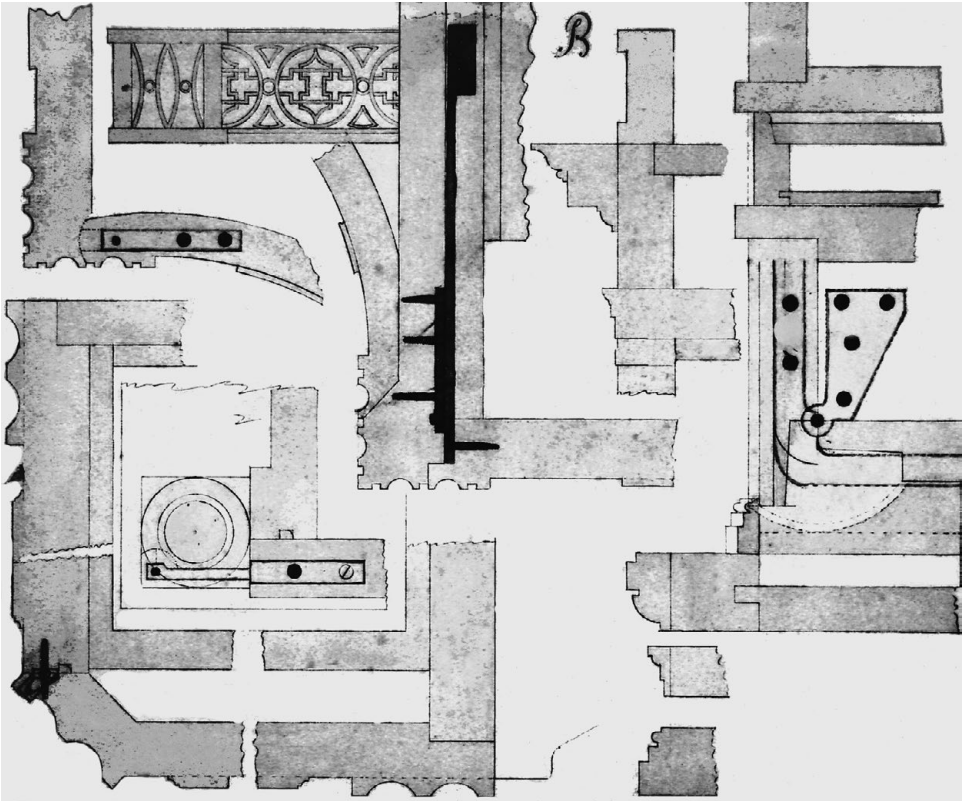


Abb. 9: Aufmaß der Profile zum Schreibschrankentwurf von 1801 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Foto Christian Schatt)

Unter Berufung auf die General-Innungsartikel von 1780 zur Fertigung moderner, gut verkäuflicher Stücke reichte die Innung die Zeichnungen eines Schrankes und eines Sekretärs im klassizistischen Stil mit der Absicht ein, diese Möbel wechselweise bauen zu lassen (Abb. 8 und Abb. 10).<sup>79</sup> Im Falle des Schreibschrankes ist außerdem die Vorlage zum Aufmaß aller wichtigen Profile im Maßstab 1:1 erhalten geblieben (Abb. 9). Sie vermittelt eine Vorstellung von der Funktion und dem möglichen Aussehen des schon

<sup>79</sup> Vgl. Wolfgang Schneider, *Dokumente und Bilder zur Kulturgeschichte*, Leipzig 1990, S. 220. Schneider hielt die Musterzeichnung des Schreibschrankes fälschlicherweise für eine Meisterstückszeichnung aus dem 18. Jahrhundert. Ein Vergleich mit der »Beschreibung des Haupt Maßes des Schreib Tisches Sub B. zum Meisterstück 1801« zeigt jedoch, dass es sich um das dort beschriebene Möbel handelt (Stadt-AL, Inn Ti C 57). Die erstmalige Auseinandersetzung mit diesen Möbeln sowie die unkommentierte Veröffentlichung der Musterzeichnung des Kleiderschrankes erfolgte durch Heise: *Biedermeiersekretäre* (Anm. 49), S. 62 f. und S. 168.



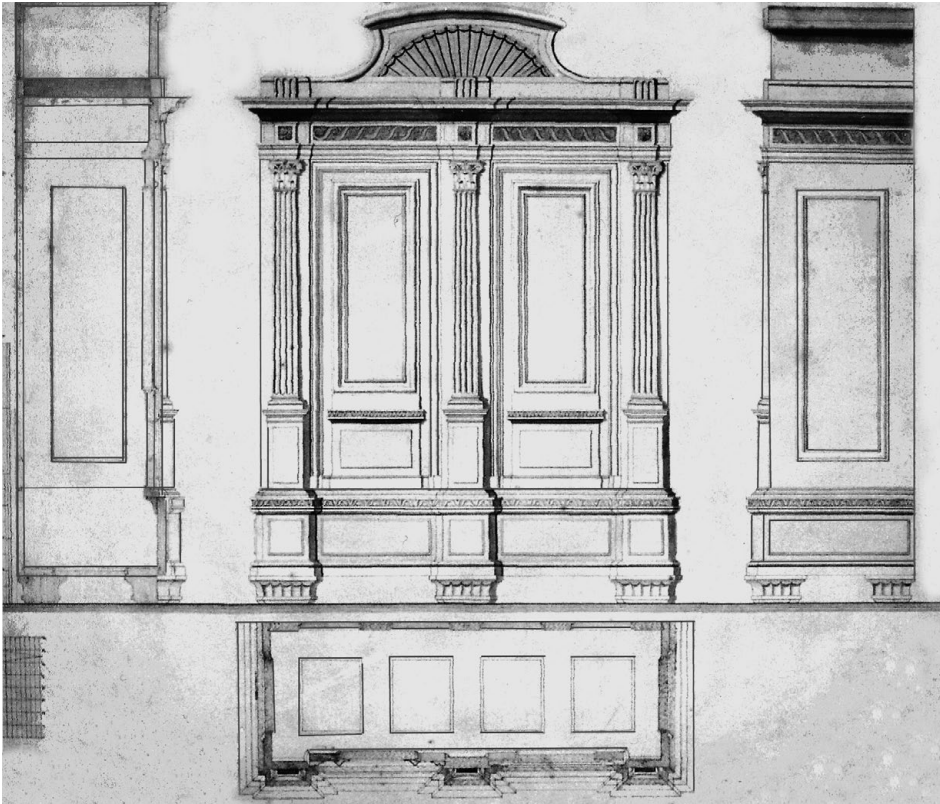


Abb. 10: Klassizistischer Kleiderschrank, Entwurfszeichnung der Innung von 1801 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Foto Christian Schatt)

erwähnten Brettrisses, der neben der eigentlichen Zeichnung durch den Stückmeister anzufertigen war.

Ein wiederum bei Baudirektor Johann Carl Friedrich Dauthe in Auftrag gegebenes Gutachten pflichtete der Innung in ihrem Bemühen um sinnvolle Meisterstücke bei, sprach aber die Notwendigkeit aus, diese der sich verändernden Mode anzupassen. Das Gutachten wurde den Ober- und Beisitzmeistern der Innung auf der Ratsstube verlesen mit der Bemerkung, den Bau des jeweiligen Stückes dem Gefallen der Meisterkandidaten zu überlassen. Die Innung erhielt zudem die von ihr eingereichten Zeichnungen gesiegelt zurück.<sup>80</sup>

Merkwürdigerweise war 1801 keine Rede mehr vom Schreibschrankentwurf des Jahres 1788. Neben der bereits ausführlich geschilderten Zulassung und Rückgabe der

<sup>80</sup> StadtAL, Inn Ti C 53, S. 14–16.

mit dem Ratssiegel versehenen Zeichnung gibt es aber eine weitere Erwähnung dieses Schreibsekretärs, die dessen tatsächliche Zulassung und Herstellung zweifelsfrei belegt. Anlässlich einer Auseinandersetzung mit der Tauchaer Tischlerinnung äußerten die Leipziger Tischler am 17. März 1791: »Wir haben daher« neben dem Kleiderschrank »noch ein neues Meisterstück, welches aber einem jeden freystehet, zu fertigen, oder nicht, und dieses besteht in einem Schreibeschränk, ebenfalls nach den Regeln der Baukunst ausgeführet.«<sup>81</sup>

Im Jahre 1819 beschwerte sich die Innung über die große Zahl zu schlecht ausgebildeter Tischler. Pro Quartal würden sich vier bis fünf Gesellen zur Meisterwerdung anmelden, die kaum über 25 Jahre alt wären. Diese hätten sich oft gleich nach der Lehre auf eine mehrjährige, aber letztlich nutzlose Wanderschaft begeben, kämen nun heiratslustig zurück und bemühten sich daher, das Meisterrecht zu erwerben. Zudem seien die Zeichenkenntnisse stark unterentwickelt. Viele Stückmeister würden kurz vor der Anmeldung die zum Meisterstück notwendige Zeichnung regelrecht auswendig lernen, um diese dann eben gerade so erbringen zu können. Die Kenntnisse in der Architekturtheorie seien mehr als mangelhaft. Daher sollte kein Kandidat unter 30 Jahren mehr Meister werden dürfen. Weiterhin sollten der Riss eines Möbels sowie eines Portals, einer Fassade mit Säulen oder Pilastern nach vorgegebener Ordnung, also eine Architekturzeichnung, nach den Angaben des Obermeisters angefertigt werden.

Daraufhin äußerte sich der Deputierte Carl Einert in einem Gutachten zu dem Begehren der Tischler dergestalt, dass der Ansatz zwar lobenswert sei, man aber nicht über das Ziel hinausschießen solle. Die starke Betonung der Zeichenkenntnisse bewirke, dass die künstlerischen Aspekte zu sehr in den Vordergrund gerückt würden, was der tatsächlichen Tätigkeit der Tischler nicht entspreche.

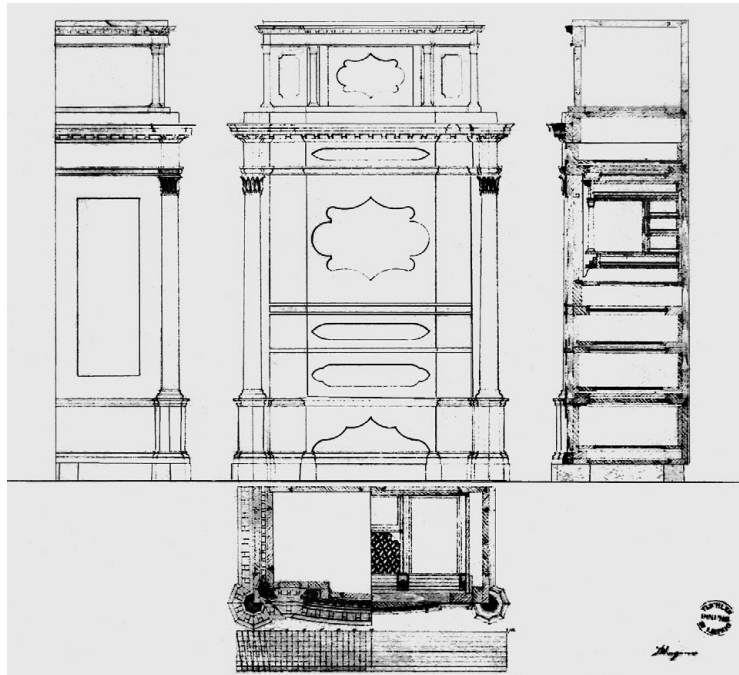
Einert meinte weiter, der Verfall im Tischlerhandwerk wäre gewiss nicht mit den fehlenden zeichnerischen Fähigkeiten der Stückmeister begründbar, ihm persönlich würde es genügen, wenn die Tischler gute Möbel bauten, und schlug daher einen Kompromiss vor: Die Zeichnung zum Sekretär sollte vom Stückmeister in mehreren Varianten gefertigt werden, von denen eine, eventuell mit weiteren Veränderungen, von der Innung favorisiert würde. Danach wäre ein endgültiger, für das Meisterstück verbindlicher Riss anzufertigen. Ein Alterslimit festzulegen, lehnte er ab. Im März 1820 nahmen die Tischler dies mit dem Vorbehalt einer Erklärung dazu zur Kenntnis.<sup>82</sup>

Ein Entwurf neuer Spezial-Innungsartikel aus dem Jahr 1837 enthält neue Meisterstücksfestlegungen, welche 1843 in den endgültigen Text aufgenommen wurden. Im entsprechenden Dokument heißt es, die Voraussetzungen zum Erwerb des Meisterrechts bestünden:

<sup>81</sup> StadtAL, Inn Tl C 43 I, II, S. 14 f.

<sup>82</sup> StadtAL, II. Sektion, T 826 »Die von der Tischler-Innung in Antrag gebrachte Verbeßerung hinsichtlich des Alters und der Prüfung aufzunehmender Innungsmitglieder, 1820«, S. 1 ff.

Abb. 11: Entwurfszeichnung eines Schreibsekretärs, Christian Gottbelf Wagner, 1835 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Foto Christian Schatt)



- »1. In der Fertigung von Entwurfsrissen zu einem Schreibeschränk (Secretär), einer Hausthorthür, einem Fensterrahmen und einem Stuhl, welcher Entwurf stets von dem andern Einwerbenden vorher gefertigten verschieden sein muß.
2. In der Ausführung des zum Schreibeschränk gefertigten Entwurfsrisses, wenn solcher geprüft und genehmigt worden ist, in natürlicher Größe und in Anfertigung Eines kunstfertigen Reißbretes hinzu, endlich
3. in der wirklichen Ausführung des Schreibeschranks, des Fensterrahmens und des Stuhles.«<sup>83</sup>

Über den genauen Zeitpunkt der Einführung des neuen Schreibsekretärs können keine Angaben gemacht werden. Die früheste erhaltene Entwurfszeichnung eines spätbiedermeierlichen Meisterstücks stammt von Christian Gottbelf Wagner, der am 31.3.1836 Tischlermeister wurde (Abb. 11). Nimmt man wie früher eine minimale Fertigungszeit des Sekretärs von 26 Wochen an, hat Wagner seine Zeichnung bereits 1835 eingereicht. Die jüngste erhaltene Entwurfszeichnung nach den älteren Vorgaben von 1801 wurde

83 StadtAL, II. Sektion T 912 »Spezial-Artikel für die Tischlerinnung zu Leipzig, 1843«, S. 104 ff., Art. 7.

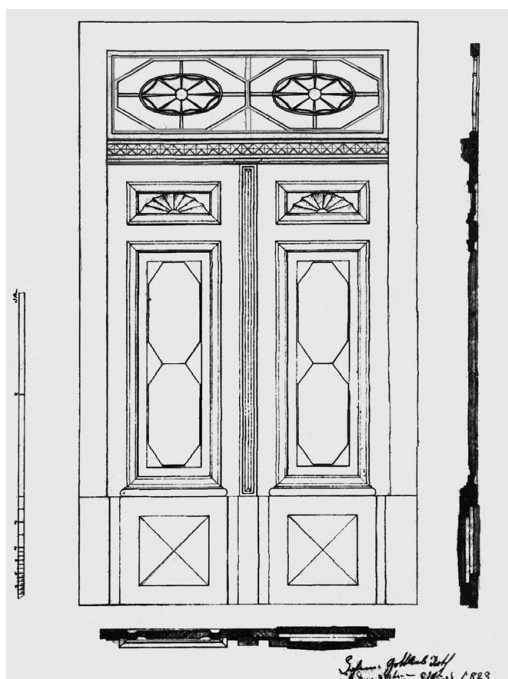


Abb. 12: Entwurf einer Hauseingangstür, Johann Gottlieb Roth, 1823 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Foto Christian Schatt)

1828/29 angefertigt,<sup>84</sup> der spätbiedermeierliche Sekretär also nach 1829 eingeführt und spätestens seit 1835 gebaut.<sup>85</sup>

Die älteste Zeichnung der erwähnten »Hausthorthür« stammt dagegen von Johann Gottlieb Roth und ist mit dem 29. März 1823 datiert (Abb. 12).<sup>86</sup> Offenbar bereits im Ergebnis der Beschwerde der Innung von 1819/20 wurde die »Architekturzeichnung« zusätzlich in die Voraussetzungen zum Erwerb des Meisterrechts aufgenommen.

Im Jahr 1846 führte der Möbelpolierer Wilhelm Gräfe anlässlich einer Auseinandersetzung mit der Tischlerinnung aus, dass das »Meisterstück eines Tischlers ... in der

84 Es handelt sich um einen Kleiderschrank. Auf der Vorderseite der Zeichnung befinden sich 3 Namen. Unten links: Carl Süß und August Truthe. Carl Süß ist nicht nachweisbar, vielleicht handelt es sich um Georg Wilhelm Süß, Meister seit 1818 (StadtAL, II. Sektion, T 1039 »Die Leichenkasse der Tischlerinnung zu Leipzig betreffend, 1850«, S. 16 ff.). August Truthe war seit 1824 Meister (StadtAL, II. Sektion, T 1039). Unten rechts: A. W. Lenk, der hier wahrscheinlich der Stückmeister war. Er taucht erstmals 1829 in den Leipziger Adressbüchern auf (vgl. StAL, Adressbücher).

85 Eine anonyme Meisterstückszeichnung stammt von 1837. Sie ist auf der Vorderseite gezeichnet mit J. G. Möbius und G. M. Lange, 1. September 1837. Johann Gottlieb Möbius war seit dem 22.1.1817, Gustav Moritz Lange seit dem 18.5.1828 Meister (StadtAL, II. Sektion, T 1039 »Die Leichenkasse der Tischlerinnung zu Leipzig betreffend, 1850«, S. 16 ff.).

86 Roth wurde am 13. September 1824 Tischlermeister (StadtAL, II. Sektion, T 1039 »Die Leichenkasse der Tischlerinnung zu Leipzig betreffend, 1850«, S. 16 ff.).

Anfertigung eines Risses zu einem Secretair, eines Ausführungsrisse, der wirklichen Ausführung eines Schreibschranke, eines Fensterrahmens, eines Stuhls« bestehe.<sup>87</sup>

Ob Gräfe den Türentwurf zu erwähnen vergaß oder ob dieser nicht mehr angefertigt werden musste, kann nicht gesagt werden. Da seine Formulierung ansonsten fast identisch mit der in den Spezial-Innungsartikeln der Tischler von 1843 ist, sollten die restlichen Festlegungen wenigstens bis ins Jahr 1846, sicher aber auch noch darüber hinaus, Gültigkeit besessen haben.

Es konnte gezeigt werden, wie die Leipziger Tischlerinnung, meist auf äußere Anlässe hin, ihre Vorgaben zum Meisterstück veränderte oder modifizierte. Dabei wurde ihr Selbstverständnis als architektonisch gestaltendes Handwerk und, im Festhalten an einmal geforderten Möbeltypen, auch ein nicht übersehbarer Konservatismus sichtbar.

#### IV. Die Tischler und ihre Konkurrenz

Nachdem die rechtlichen Grundlagen für die Arbeit der Leipziger Innungstischler, der berufliche Werdegang sowie die Herstellung der Meisterstücke und deren Aussehen im Verlauf von vier Jahrhunderten erläutert wurden, soll nunmehr das Berufsbild der Tischler näher untersucht werden. Das schließt die eigentliche Tätigkeit und die dabei hergestellten Produkte ebenso ein wie die Beziehungen zu anderen holzverarbeitenden Gewerben und das Verhalten gegenüber auswärtiger Konkurrenz.

##### 1. Das Tischlerhandwerk und seine Produkte

Jenseits aller Arten von Möbeln, von denen einige vorgestellt wurden und deren alleinige Herstellung den Tischlern nicht streitig gemacht werden konnte, war es vor allem der bautischlerische Bereich, den dieses Handwerk, wie schon bei den Meisterstückfestlegungen ersichtlich war, stets aufs neue für sich behauptete. Aus diesem Grund lieferten sich die Tischler mit den Zimmerleuten jahrelange Auseinandersetzungen. Über den Inhalt der dabei geschlossenen gerichtlichen Vergleiche wird weiter unten detailliert zu berichten sein.

Auch Johann Christian Senckeisen, Leipziger Tischler und Verfasser des 1707 erschienenen Architektur-, Kunst- und Säulenbuches, nannte und erläuterte verschiedene Beispiele hochwertiger bautischlerischer Arbeit.<sup>88</sup> Sowohl die Gestaltung von Predigtkanzeln und Altären als auch von Alkoven, Hauseingangstüren und Toren, Fenstern,

<sup>87</sup> StadtAL, II. Sektion, T 1000 »Die Tischlerinnung gegen den Möbelpolierer Wilhelm Gräfe wegen der Herstellung von Kutschkästen und Wagenjalousien, 1846«, S. 12.

<sup>88</sup> Senckeisen, Leipziger Architectur (Anm. 62), S. 23–26.

Erkern, Parkettfußböden und Wandvertäfelungen fanden in seinem Buch Erwähnung und zeugen vom breiten Spektrum möglicher Betätigung.

Spätestens in der Mitte des 19. Jahrhunderts gab es Betriebe, die bereits industriell produzierten und sich auf ganz bestimmte Erzeugnisse spezialisiert hatten. Im Jahr 1847 erteilte die Königlich Sächsische Kreisdirektion dem Tischlermeister Herrmann Krieger ein fünfjähriges Privileg zur Herstellung von Parketts und Holzmosaiken.<sup>89</sup> Nach Kriegers Beschreibung ging es dabei um ein »Verfahren, Holzmosaik nach Art der Römischen Steinmosaiken in ganzen oder durchschnittenen Quadraten unter Anwendung einer eigenthümlich dimensionierten Längentheilmachine zu fertigen.«

Dabei handelte es sich offenbar darum, dass durch Verleimung verschiedener Hölzer miteinander ein Block hergestellt wurde, dessen Aufschnitt quer zur Wuchsrichtung des Holzes erfolgte. Das Verfahren garantierte nach zunächst hohen Investitionskosten in die erwähnte Maschine eine äußerst effektive Herstellung großer Mengen von Parkettfußböden mit identischen Querholzsegmenten.

## 2. Inkorporierte und assoziierte Handwerke

Neben dem Tischlerhandwerk existierten seit jeher noch weitere Holz verarbeitende Gewerbe. Die Leipziger Tischler hatten sich ein differenziertes System geschaffen, das verschiedene Möglichkeiten des Umgangs mit der Konkurrenz durch diese Handwerke beinhaltete. Während sie beispielsweise friedlich neben den Böttchern und einvernehmlich mit den Drechslern zusammenarbeiteten (zumindest sind keinerlei diesbezügliche gerichtliche Auseinandersetzungen aktenkundig), gab es mit den Zimmerern lang andauernde Verhandlungen über die Abgrenzung der Tätigkeitsbereiche beider Professionen voneinander.

Außer der weiter unten zu besprechenden Aufteilung der Arbeitsbereiche gab es für die Tischler auch die Möglichkeit der Integration anderer Handwerke in die eigene Innung und der Schaffung assoziativer Beziehungen untereinander.

### Büchsenschäfter

Eine bestehende Vereinigung dieses Handwerks mit dem der Tischler ist für das Jahr 1645 nachweisbar, wo im Titel einer Akte »Das Tischer- und Büchsenschaffter Handtwerck« genannt werden.<sup>90</sup> Letzteres Handwerk, das sich ausschließlich mit der Herstellung von Gewehrschäften beschäftigte, war zahlenmäßig sehr klein. In der er-

<sup>89</sup> StadtAL, II. Sektion, K 1501 »Gesuch des Tischlermeisters Herrmann Krieger um Erteilung eines Privilegs auf die von Prof. Buschmann erfundenen Holzmosaik, 1847«, S. 1 ff.

<sup>90</sup> StadtAL, II. Sektion, T 5 »Das Leipziger Tischer- und Büchsenschäfterhandwerk wegen Differenzen, 1645«, S. 1 ff.

wähnten Quelle von 1645 sind drei Meister erwähnt, 1693 existierte nur noch ein Vertreter dieses Handwerks.<sup>91</sup> Normalerweise war für den neu aufzunehmenden Meister die Vollmitgliedschaft in der Tischlerinnung vorgesehen, was, wie einem Fall aus dem Jahr 1816 zu entnehmen ist, normalerweise auch mit dem Bau von deren Meisterstücken verbunden war.<sup>92</sup>

### Bildschnitzer

Im 16. Jahrhundert schlossen sich die Bildschnitzer der Tischlerinnung an und unterwarfen sich dabei deren Reglement. In der Folge waren wenigstens eine gewisse Zeit lang die Bildschnitzer vollwertige Mitglieder der Tischlerinnung. Valentin Silbermann, Schöpfer der 1586 geschaffenen Kanzel der Johanniskirche (*Abb. 13*), ist von 1618 bis 1621 als Mitglied der Tischlerinnung nachweisbar und war in diesen Jahren sogar mehrmals ihr Ältester Obermeister.<sup>93</sup> Auch wurde im Jahr 1667 ein Meister Reinhold Johannes als Tischler und Holzbildhauer bezeichnet. Aus dem Dokument geht hervor, dass einem Bildschnitzer normalerweise genau wie einem Tischler Gesellen zugeschickt wurden.<sup>94</sup> Andererseits klagten die Tischler 1675, also nur kurze Zeit später, gegen den Bildhauer Georg Lubich wegen der Verfertigung von Tischlerarbeit. Aufgrund dieses Vergehens forderten die Tischler, »daß Er der Tischerarbeit gänzlich müßig gehen«, sich also dieser Tätigkeiten nunmehr völlig enthalten sollte.<sup>95</sup>

Offensichtlich war also die Aufnahme der Bildschnitzer in die Tischlerinnung, trotz der Anfertigung der entsprechenden Meisterstücke durch diese, an die Forderung gebunden, zum überwiegenden Teil Arbeiten auf dem Gebiet der Holzbildhauerei auszuführen, um damit die Konkurrenz für die Tischler zu verringern. Das war für die Schnitzer natürlich mit einem gewissen Risiko verbunden: ob nun der tischlerische oder holzbildhauerische Teil an einem Auftrag überwog, war manchmal gewiss schwer einzuschätzen. Für die Bildschnitzerarbeit in der Empore der Kirche des Zucht- und Waisenhauses in Leipzig (*Abb. 14*) waren beispielsweise beträchtliche tischlerische Vorarbeiten vonnöten. Falls diese vom Holzbildhauer ausgeführt wurden, könnte es durchaus zu Differenzen mit den Tischlern gekommen sein.

Möglicherweise war es aber auch nicht immer der Schnitzer selbst, der die Tischlerarbeit erledigte: So war es nach Aussage des Obermeisters Johann Gotthelf Joseph im 18. Jahrhundert üblich, Bildschnitzern zwar Tischlergesellen zuzuschicken, sie aber

91 StadtAL, II. Sektion, R 166, S. 1 ff.

92 Ebd.

93 Vgl. Schneider, Dokumente (Anm. 79), S. 125 und StadtAL, Inn Ti B 1/I »Rechnungsbücher der Leipziger Tischler«, 1618–1621.

94 StadtAL, II. Sektion, I 10 »Reinhold Johannes, Tischler und Holzbildhauer, Geht nicht mit zur Leiche, 1667«, S. 1 ff.

95 StadtAL, II. Sektion, T 72 »Die Leipziger Tischler gegen den Bildhauer Georg Lubich wegen Verfertigung von Tischlerarbeit, 1675«, S. 1 ff.



*Abb. 13: Kanzel der Johanniskirche mit tragender Mosesfigur, Valentin Silbermann, 1586 (aus: Wolfgang Schneider, Dokumente und Bilder zur Zeitgeschichte, Leipzig und Weimar 1990, S. 125, Abb. 146)*

nicht in die Tischlerinnung zu integrieren.<sup>96</sup> Indem nun diese Gesellen vielleicht die nötigen Tischlerarbeiten ausführten, könnte eine Aufteilung der Arbeitsbereiche im Sinne der Innung erreicht worden sein.

#### Musikinstrumentenbauer

Im Fall der Musikinstrumentenbauer wurden Vereinbarungen zum gegenseitigen Nutzen geschlossen. Im 16. und 17. Jahrhundert durften Musikinstrumentenbauer gegen Entrichtung einer Gebühr an die Tischlerinnung deren Gesellen beschäftigen.<sup>97</sup> Doch die lose Assoziierung mit den Tischlern war mit gewissen Unsicherheiten für den Instrumentenbauer verbunden, zumal, wie ein Dokument aus dem Jahr 1782 zeigt, dieser ohne den Rechtsbeistand der Innung auf sich selbst gestellt war und im Zweifelsfall Mühe hatte, seine Rechte gegen die Übermacht der Tischler geltend zu machen.

<sup>96</sup> StadtAL, Tit. LXII, H 10 »Das Leipziger Tischlerhandwerk gegen den Instrumentenbauer Carl Daniel Hildebrand, 1782.«, S. 1 ff.

<sup>97</sup> Birch-Hirschfeld, Die holzverarbeitenden Gewerbe (Anm. 67), S. 34.



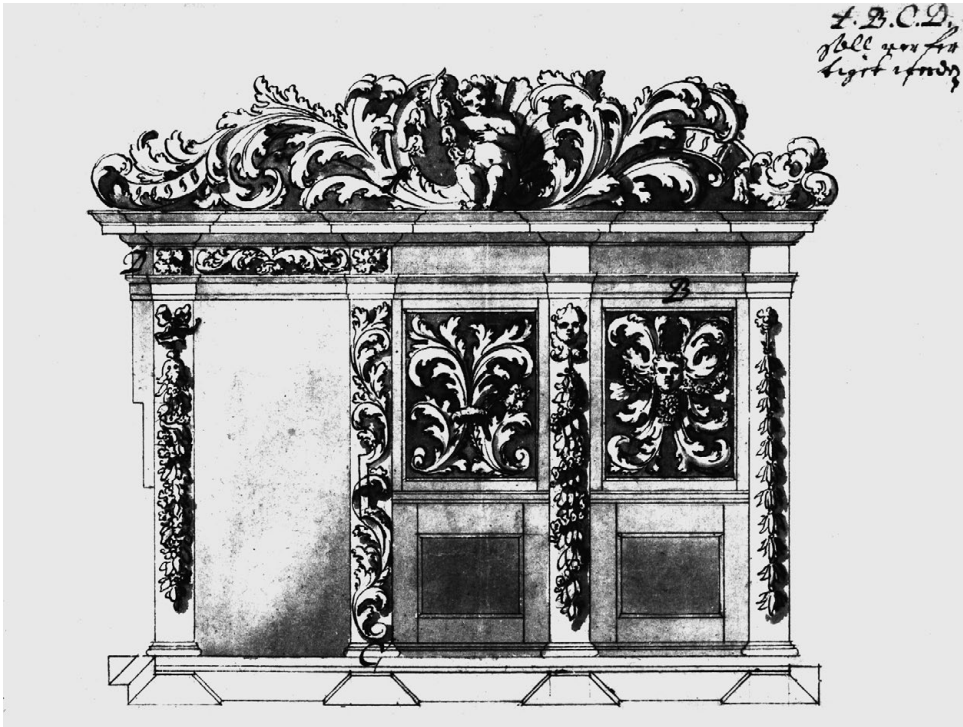


Abb. 14: Entwurf zu Bildschnitzerarbeiten im Zucht- und Waisenhaus Leipzig, 1703 (StadtAL, Ratsrissabteilung [F] 463)

Der Tischlergeselle und Instrumentenbauer Carl Daniel Hildebrandt klagte gegen den Obermeister der Tischlerinnung, Johann Gotthelf Joseph, wegen Streichung aus der Meistertafel und der Gesellenwahltafel und wegen Wegnahme seines Brandzeichens. Joseph äußerte dazu, Hildebrandt dürfe sich zwar bei Notwendigkeit einen Gesellen zuschicken lassen, hätte sonst aber keine Verbindung zur Innung.<sup>98</sup> Er wäre einzig und allein in der sogenannten Gesellenwahltafel eingeschrieben, was die Voraussetzung für deren Zuschickung in die Werkstätten war. Diese Verfahrensweise werde im Falle von Instrumenten- und Orgelbauern, nach Aussage der Tischler aber inzwischen auch bei Holzbildhauern praktiziert.

Hildebrandt stellte seine Situation jedoch völlig anders dar. Er sagte vor dem Rat aus, er wäre vor 5 Jahren der Innung bei Zahlung einer Aufnahmegebühr von 30 Thalern beigetreten, hätte seitdem regelmäßig an den Quartalsversammlungen teilgenommen

<sup>98</sup> StadtAL, Tit. LXII, H. 10, S. 1 ff.



*Abb. 15: Orgel der Marienkirche  
zu Großenhain, 1776–1778  
(Foto Christian Schatt)*

und sei sowohl in der Meistertafel als auch der Gesellenwahltafel eingetragen gewesen. Hildebrandt forderte nunmehr von Joseph, ihn in den vorherigen, ihm jetzt verweiger-ten Stand mit den damit verbundenen Rechten zurückzusetzen.

In der Folge denunzierte das Tischlerhandwerk Hildebrandt plötzlich als Pfuscher, der mit den zugeschickten Gesellen größere Mengen Möbel hergestellt und verkauft hätte. Die Tischler drohten, Hildebrandt würde bei weiterer Pfuscherei des Rechtes auf Gesellenmitarbeit beim Instrumentenbau verlustig gehen.

Die Akte endet mit dem Verweis auf weitere nötige Anhörungen. Hildebrandts Äu-ßerungen erscheinen dabei durchaus glaubhaft. Es entsteht der Eindruck, er sollte mit der Behauptung der Pfuscherei unter Druck gesetzt werden, um seine Klage gegen Obermeister Joseph fallen zu lassen.

Im Jahr 1785 erschienen dagegen die Tischler mit einer Beschwerde vor dem Rat, die weitere interessante Aspekte der Zusammenarbeit zwischen diesen und den Instru-

mentenbauern offenbart. Sie gaben an, die Orgelbauer und Instrumentmacher Matthias Vogler und Christian Heinrich Wolf würden Tischlerarbeit anfertigen. Sie hätten bei den Instrumentenbauern Tischlerwerkzeuge entdeckt, zudem hätten bei Vogler zwei, bei Wolf aber ein Tischlergeselle in Arbeit gestanden.<sup>99</sup> Matthias Vogler entgegnete, er wäre zwar in der Lage, Tischlerarbeit auszuführen (er gab später an, selbst drei Jahre bei einem Tischler gelernt zu haben), ließe diese aber von Tischlern anfertigen und berief sich hierbei auf Meister Schulze, der erst kürzlich für insgesamt 15 Taler Möbel und hölzerne Orgelteile für ihn angefertigt hätte. Allerdings räumte er ein, einen Orgelbauer und auch einen Tischlergesellen zur Herstellung von Pfeifen, Windladen, Blasebälgen und anderem zu beschäftigen. Zudem könne er als Orgelbauer so viel Gesellen beschäftigen wie er wolle.

Später äußerte sich Vogler nochmals schriftlich und beschrieb das Erscheinen des Obermeisters Joseph mit einem Gerichtsdiener sowie die Wegnahme seines Tischlerwerkzeugs und dessen Abtransport. Er vertrat die Ansicht, ein Orgelbauer dürfte die Arbeiten eines Baumeisters, Tischlers, Bildhauers, Drechslers, Zinngießers und Drahtziehers selbst verrichten und dazu auch üblicherweise Tischlergesellen anstellen.

Er führte an, der hiesige Orgelbauer Köttlich hätte zum Beispiel stets ein bis zwei Tischlergesellen in Arbeit, der Instrumentenmacher Kranert, der im Hällischen Pförtchen gegenüber Schultze wohne, hätte von diesem bereits einige Gesellen bei sich in Arbeit gehabt, weswegen er keinesfalls jemals Schwierigkeiten gehabt habe. Vogler beantragte schließlich die Herausgabe seines Werkzeugs, ersuchte den Rat um Schutz vor den Tischlern und verlangte deren Bestrafung.

Die Tischler argumentierten daraufhin, die Orgel- und Instrumentenbauer seien in ihrer Berufsausübung tatsächlich eng mit ihnen verwandt, dürften aber nur Tischlerarbeit im Inneren der Instrumente ausführen, während die äußere Gestaltung wie die der Gehäuse allein ihnen selbst, den Innungstischlern, zustünde.

Als Beispiele wurden die Orgelgehäuse in der Pauliner- und der reformierten Kirche in Leipzig genannt, die der Tischlermeister Weise seinerzeit als Geselle für die Instrumentenbauer Schweinfleisch und Maurer miterrichtet hätte. Meister Großmann habe hingegen das Gehäuse der Maurer-Orgel in der Kirche zu Großenhain gebaut (*Abb. 15*). Auch seien Orgel- und Instrumentenbauer früher der Tischlerinnung nach Erwerb des hiesigen Bürgerrechts angehörig gewesen oder hätten sich bei der Innung Gesellen gemietet. Da aber deren Zahl stark angestiegen sei, sei es immer mehr dazu gekommen, dass diese sich unter Zuhilfenahme von Tischlergesellen und unter Umgehung des Bürgerrechtserwerbs ausschließlich oder fast ganz der Tischlerarbeit verschrieben hätten und somit eine illegale Konkurrenz darstellten. Die Innung ersuche daher darum, die

---

99 StadtAL, II. Sektion, T 653 »Das Tischerhandwerck allhier, contra Die Orgelbauer und Instrumentmacher Matthias Voglern und Christian Heinrich Wolfen, Anno 1785«, S. 1–71.

Instrumentenbauer das Bürger- und Meisterrecht erwerben zu lassen oder andernfalls alle Tischlergesellen aus ihren Diensten zu verabschieden und die Holzteile von Instrumenten durch einheimische Tischlermeister fertigen zu lassen.

Vogler und Wolf antworteten auf die Äußerungen der Tischler, wenngleich diese aus Holz gefertigt wären, sei die Herstellung von Pfeifen und anderen mechanischen Teilen keine Tischlerarbeit. In Anbetracht dieser Tatsache hätten ja diese auch nur den Bau der Gehäuse für sich beansprucht, der jedoch ebenfalls der vorherigen Zeichnung durch den Orgelbauer bedürfe. Den Orgelbauern sei der Besitz von Tischlerwerkzeugen und die Holzbearbeitung im Zusammenhang mit dem Instrumentenbau unbedingt zuzugestehen.

Das Leipziger Bürgerrecht zu erwerben sei auch deswegen widersinnig, da gerade Orgelbauer Wanderhandwerker seien, deren Wohnsitz sich nach den auszuführenden Aufträgen richte. Es sei nun einmal Brauch, dass Tischlergesellen bei Orgelbauern arbeiteten, da es wenig Orgelbauergesellen gebe, wie übrigens auch die ansässigen Tischlermeister Hofmann und Dettlev auf ihrer Wanderschaft bei Orgel- und Instrumentenbauern gearbeitet hätten. Auf das daraufhin vorgebrachte Argument, der inzwischen verstorbene Instrumentenbauer Wahnschaff sei aber Mitglied der Innung gewesen, entgegneten sie, dieser hätte während der Wanderschaft bei Orgel- und Instrumentenbauern gearbeitet und wäre später nach Leipzig zurückgekehrt, Tischlermeister geworden, hätte aber mithilfe seiner erworbenen Kenntnisse auch Klaviere und andere Instrumente gebaut.

Vogler und Wolf beantragten nunmehr, die Tischlermeister für ihr ungebührliches Verhalten zu bestrafen und sie alle Unkosten des Verfahrens tragen zu lassen. Im Januar 1790, fünf Jahre nach Beginn der Auseinandersetzung, trat die Tischlerinnung den geordneten Rückzug an. Sie beantragte, wegen des Wegzugs von Christian Heinrich Wolf und des nur noch gelegentlichen Aufenthalts Matthias Voglers in Leipzig das Verfahren einzustellen.

Es zeigte sich, dass die Tischlerinnung entweder, wie bei den Büchschäfflern und Bildschnitzern, zeitweise auch den Musikinstrumentenbauern, bereit war, fremde Handwerker in den eigenen Berufsverband zu inkorporieren und dafür die Bedingungen zu diktieren, oder, wie beschrieben, Vereinbarungen auf gegenseitigen Vorteil abzuschließen. Deren genauer Inhalt ist im Nachhinein jedoch kaum nachzuvollziehen, da bei Gerichtsverhandlungen jede Seite ihre eigene Wahrheit präsentierte. Stets war die Innung darauf bedacht, dass aus derartigen Vereinbarungen keine Konkurrenz für sie selbst entstand. Gerichtliche Auseinandersetzungen scheint sie nicht nur in Notfällen, sondern auch präventiv angestrebt zu haben. In solchen Situationen bestand durchaus die Bereitschaft, Tatsachen den eigenen Interessen unterzuordnen und Fakten selektiv zu verwenden.

Die einzige Sicherheit bestand letztlich darin, wie am Fall Heinrich Bernhard Wahnschaffs deutlich wurde, unter allen dazugehörigen Mühen die Vollmitgliedschaft in der

Tischlerinnung zu erwerben, um dann auf sicherem rechtlichem Boden auch die verwandten Gewerbe ausüben zu können.

### 3. Konkurrenz Holz verarbeitender und anderer Gewerbe

Neben den Handwerken, die in die Tischlerinnung inkorporiert werden konnten oder mit denen es Absprachen über mehr oder weniger enge Zusammenarbeit gab, existierten auch Gewerbe, mit welchen sich die Tischler in teilweise scharfem Konkurrenzkampf befanden, zumal es zwischen diesen Handwerken sich überschneidende Tätigkeitsbereiche gab, die jeder Berufszweig für sich allein beanspruchen wollte.

#### Zimmerleute

Der Beruf der Tischler trennte sich von dem der Zimmerer erst im 13. Jahrhundert. Dadurch waren sich beide Handwerke in Teilen ihrer Arbeitsbereiche auch später noch recht ähnlich, was in der relativ geschlossenen Gesellschaft des ausgehenden Mittelalters mit ihren Zünften, die auch in den Berufswettbewerb regulierend eingriffen, zu Spannungen führen musste. Bereits in der Tischlerordnung von 1534 ist der Artikel 16 gegen die Zimmerleute gerichtet, wo es heißt: »Item niemands sol sich unterstehen, geleimte Arbeit zu machen was Tischerhandwergk belanget, als Thor, Thüre, Stuben Taffeln, Deckenn vnd dergleichenn.«<sup>100</sup>

In der Folge kam es zu mehreren Vergleichen zwischen Zimmerern und Tischlern, die den bautischlerischen Bereich betrafen. Im Dokument von 1655 wurde ein vorangegangenes Verfahren erwähnt, das bereits von 1595 bis 1619 gedauert hatte. Ziel dieser Auseinandersetzungen war es, die den Zimmerleuten und Tischlern zustehenden Arbeiten genau zu spezifizieren.<sup>101</sup>

Allgemein ausgedrückt war es so, dass den Zimmerleuten die Verleimung von mehr als drei Brettern versagt blieb, die ihnen zugewiesene Verbindungsart war die durch Eisennägel. Sie durften den größeren Teil der Ausstattung der Häuser mit Holzteilen (Täfelungen, Fußböden, Bänke, Gesimse, einfache Türen, bestimmte Fensterrahmen, Verschalungen von Gewölben, Erker und Giebel, Balkendecken, auch Geländer, Dachstühle und Portale) besorgen, aber auch Gebrauchsgegenstände wie Bänke mit ange nagelten Beinen und Wassertröge herstellen. Die Fertigung von hölzernen Messbuden gehörte ebenfalls zur Arbeit der Zimmerer.

<sup>100</sup> StadtAL, Tit. LXIV, 182 »Tischer-Ordenunge der Meister und Gesellenn«, 1534/1653, S. 88 ff., Kurfürstliche Konfirmation 1653, zu Art. 27.

<sup>101</sup> StadtAL, II. Sektion, T 912 »Beilage zu den Spezial-Innungsartikeln der Tischlerinnung, die Erneuerung derselben mit anderen Handwerken betr.«, in: »Spezial-Artikel für die Tischlerinnung zu Leipzig«, 1837–1843, S.103 ff.

Der Bau einiger Produkte war bis ins letzte Detail beschrieben. So heißt es zur Herstellung verschiedener Pressen: »die großen Pressen deren sich die Färber, Tuchmacher, Tuchbereiter und andere gebrauchen sollen allein die Zimmerleute verfertigen, was aber die Tischtücher- und Brief-Pressen anbelangt, solche sind den Tischlern allein, die Saft-Pressen aber verbleiben beiden Handwerken zugleich.«

Für uns heute eher kurios, wurde auch der Bau verschiedener Bereiche der Toiletten genau reglementiert: »die Röhren in die Heimlichkeiten zu machen, stehet dem Zimmerhandwerke allein zu, die Sitze aber darauf beiden Handwerken zugleich.«

Den Tischlern stand dagegen der Bau der hochwertigeren verleimten Fenster und Türen, die Anfertigung von geraden Treppen zu, aber auch die Herstellung von Grabkreuzen und Ausschmückung von Begräbnisstätten mit Zierteilen sowie die Verzierung von Bauteilen, beispielsweise mit Kragsteinen und Zahnschnittleisten. Der Bau sämtlicher mobiler Einrichtungsgegenstände blieb ihnen ebenfalls vorbehalten. Packkisten (man denke an den Gütertransport im Zusammenhang mit den Leipziger Messen) und, nicht zu unterschätzen, Särge durften ebenfalls allein die Tischler herstellen.

Die getroffene Vereinbarung wurde aber offensichtlich von beiden Seiten so häufig missachtet, dass 1682 ihre Neuabfassung mit fast identischem Text für nötig befunden wurde.<sup>102</sup>

Ein nochmaliger Anhang des Vergleiches von 1655 an die Spezial-Innungsartikel der Tischler von 1843 dürfte als ein eher formaler Akt der Aufrechterhaltung tradierter Handwerksrechte gesehen werden.

### Glaser

In der Tischlerordnung von 1534 heißt es zur Herstellung von Fenstern: »Item es sol sich auch niemand vnterstehen, gefutterte Fensterrahmen zu machen, weder Fichten, Kieffern noch Tannen, er sey denn Meister auff dem Tischerhandtwerge, vnd Bürger alhier.«

In der kurfürstlichen Bestätigung der Innungsartikel von 1653 wurde modifizierend dazu formuliert: »daß nun hierführo die Glaser keine Eichene Fenster-Rähmen, sie seyn gefüttet oder nicht, weder in die Stadt noch aufs Land machen sollen, aber Kieferne und Thännene Rahmen gefüttet und ungefüttet die Stadt und aufs Land ohne Eintrag und Verhinderung der Tischer wol fertigen mögen: so ist es auch anjetzo nochmals allerdings bewendet und geblieben.«<sup>103</sup> Weitere Auseinandersetzungen zwischen Tischlern und Glasern sind nicht bekannt.

<sup>102</sup> StadtAL, Inn Tl 106, S. 1 ff.

<sup>103</sup> StadtAL, Tit. LXIV, 182 »Tischer-Ordnung der Meister und Gesellenn«, 1534/1653, S. 88 ff., Kurfürstliche Konfirmation 1653, zu Art. 28.

### Stellmacher

Im Jahre 1846 führte die Tischlerinnung einen Prozess gegen den Möbelpolierer Wilhelm Gräfe wegen der Herstellung von Kutschkästen und Wagenjalousien.<sup>104</sup>

Gräfe gab zu, diese Teile angefertigt zu haben, wunderte sich aber über die Anzeige der Tischler, da er den Auftrag seitens zweier Stellmacher erhalten habe, in deren Arbeitsgebiet diese Sachen doch fielen. Allein die Stellmacher seien berechtigt, Anzeigen bezüglich von ihm gebauter Wagenteile zu erheben, da deren Herstellung allein unter deren Gerechtsame falle. In einer beigefügten Erklärung sind die Stellmacher auch damit einverstanden, dass Gräfe die Kutschkästen und Jalousien weiter fertigen solle.

Die Tischlerinnung erhob die zunächst allein gegen Gräfe geführte Klage nunmehr zu einem Problem der allgemeinen Innungsgerechtsame, indem sie das Argument zu entkräften versuchte, allein die Stellmacher seien zur Herstellung der streitgegenständlichen Produkte berechtigt. Das Königliche Kreisgericht gab, wie auch bereits vorher das Leipziger Schöffengericht, den Tischlern recht, indem es ausführte, es dürfe ihnen der Bau von Kutschkästen nicht verwehrt werden, da die Tischler deren Herstellung hinsichtlich des Materials, der Werkzeuge und der Technologie beherrschten. Sie dürften daher auch auf Unterlassung des Baues dieser Gegenstände klagen, sofern innungsfremde Personen sich damit beschäftigten.

## V. Probleme des Warenabsatzes

Nach den vorangegangenen Ausführungen zur Konkurrenz verwandter Gewerbe soll die Aufmerksamkeit nunmehr dem Verkauf der Möbel zugewandt werden. Auch hierbei handelt es sich um einen Bereich, den die Leipziger Tischler durch Verordnungen und Gesetze zu regulieren versuchten, was jedoch besonders im Verlauf des 19. Jahrhunderts immer weniger gelang. Dabei lassen sich Aussagen zur potentiellen und tatsächlichen Kundschaft der Leipziger Tischler, zu den sich ändernden Modalitäten des Möbelverkaufs und zur Konkurrenzsituation während und außerhalb der Messen im Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts treffen.

### 1. Auftraggeber und Kundschaft der Leipziger Tischler

Zunächst soll versucht werden, die potentielle Kundschaft in Leipzig und seiner Umgebung in Bezug auf ihre finanziellen Möglichkeiten zum Kauf von Möbeln zu son-

---

<sup>104</sup> StadtAL, II. Sektion T 1000 »Die Tischlerinnung gegen den Möbelpolierer Wilhelm Gräfe wegen der Herstellung von Kutschkästen und Wagenjalousien«, 1846, S. 1 f., S. 13 und S. 28 f.

dieren. Anhand der Erfassung von Nachlässen Verstorbener in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts lässt sich ein recht gutes Bild von der Einrichtung, auch Möblierung, der Leipziger Bürgerwohnungen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zeichnen.<sup>105</sup>

So hinterließen einfache Handwerker, Soldaten und Bedienstete, die entweder zur Miete in meist zwei Räumen oder in kleinsten Häusern vor den Stadttoren wohnten, recht wenig Mobiliar. Größerer Wert wurde auf Kleidung gelegt, niemals fehlte ein Spiegel als Luxusartikel. Allgemein lässt sich über die Möblierung dieser zahlenmäßig größten Schicht der Leipziger Stadtbevölkerung sagen, dass die Wohnungen meist einige wenige Stühle, nicht mehr als zwei Schränke aus Nadelholz, diese oft »mit Oelfarbe« gestrichen und als »alt und gar schlecht« eingeschätzt, enthielten. Nicht immer waren Betten zu finden, in diesem Fall diente ein Strohsack als Schlafstatt.

Die Mittelschicht bestand aus Handelsleuten und Handwerkern. Sie machte etwa 20% der Stadtbevölkerung aus und wohnte in Häusern oder Wohnungen mit Vorsaal, Alkoven, Kammern und meist zwei Zimmern, Küche und Kinderzimmer. Die Wohnungseinrichtung bestand, abgesehen von einer Anzahl billiger Stücke wie den oben benannten, auch bereits aus anspruchsvolleren, kaum aber furnierten Möbeln, so beispielsweise Auszugstischen, Bücherschränken oder einfacheren Schreischränken. Diese kann man sich in farbig gefasstem Nadelholz, aber auch in Laubhölzern wie Nussbaum oder Eiche gebaut, vorstellen.

Die Oberschicht des Leipziger Bürgertums, bestehend aus wenigen reichen Handelsherren und Kaufleuten, stellte neben den Gutsbesitzern der näheren und weiteren Umgebung einen Teil der zahlenmäßig nicht eben großen Kundschaft für die qualitativ hochwertigen, nun auch furnierten Möbel der Leipziger Tischler dar.

Das 18. Jahrhundert zeigt somit ein Spektrum von vielen praktisch unmöblierten Behausungen bis hin zu wenigen Anwesen, die mit Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen recht üppig bestückt gewesen sein müssen.

Wie ist aber die Qualität der Möblierung für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts im Vergleich zum 18. Jahrhundert einzuschätzen? Zwar verringerten sich, hervorgerufen durch die fortschreitende Industrialisierung, die Herstellungskosten für Furniere und Möbel, wodurch besonders der Absatz einfacher furnierter Stücke ohne Zweifel anstieg. Trotzdem muss die Ausstattung der Leipziger Haushalte differenziert betrachtet werden. Für das beginnende 19. Jahrhundert existieren schriftliche Quellen, die von der Möblierung bürgerlicher Haushalte ein recht anschauliches Bild vermitteln. Dabei wird klar, dass sich die Gewichtung und Kaufkraft einzelner sozialer Schichten gegenüber dem vorangegangenen Jahrhundert nur sehr zögerlich veränderte.

---

<sup>105</sup> Vgl. Michael Holtkötter, Die Ausstattung des Leipziger Bürgerhauses in der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Leipzig – Aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte 4 (1986), S. 95–113.



Bei den auf Aquarellen und Stichen gezeigten Interieurs handelt es sich oftmals um arrangierte »gesellschaftlich akzeptierte Orientierungsvorgaben, die jedoch nur von einer Minderheit vorgelebt werden konnten, während sich die Mehrheit der bürgerlichen Familien abmühte, sie in Teilen umzusetzen«.<sup>106</sup> So zeigten die Ensembles oftmals Möbel, deren Preis die finanziellen Verhältnisse des Handwerkers, mittleren Beamten und Angehörigen des Klein- und Mittelbürgertums überstiegen hätte.

Der größere Teil der Leipziger Stadtbevölkerung im untersuchten Zeitraum kam also nur in sehr beschränktem Maße als Kundschaft der dortigen Tischler in Betracht. Das betrifft sowohl die Anzahl als auch die Qualität und die daraus resultierenden niedrigen Preise der Möbel. Die Innung besaß jedoch nach eigener Aussage neben der kaufkräftigeren innerstädtischen eine beträchtliche auswärtige Kundschaft, die vor allem aus den Gutsbesitzern der weiteren Umgebung bestand. Im Jahr 1791 führten die Vertreter der Leipziger Tischlerinnung anlässlich eines Rechtsstreites aus, dass diese ihren »hauptsächlichen Gewinn und Nahrung durch auswärtige Bestellungen« erziele.<sup>107</sup>

Eine genauere Untersuchung dieser Aussage ergab den Nachweis, dass tatsächlich vor allem die Herrenhäuser und Schlösser des Leipziger Umlandes mit Möbeln aus der Messestadt beliefert wurden. Seltener gelangten Leipziger Stücke hingegen in den übrigen sächsisch-thüringischen Raum, wobei eine gewisse Häufung in Westsachsen zu erkennen ist.

## 2. Warenabsatz auf den Messen

Absatzmärkte wie die im vorigen Kapitel von den Leipziger Tischlern beschriebenen wollen errungen und erhalten werden, zumal die Anzahl potentieller Kunden für anspruchsvolle furnierte, gut bezahlte Möbel relativ gering war. Es bedurfte innungsgesetzlicher Bestimmungen und Verordnungen, diese zu sichern und die auswärtige Konkurrenz abzuwehren. Das traf insbesondere für den lukrativen Freiverkauf von Möbeln auf den Leipziger Messen zu.

Das im 18. Jahrhundert noch geringe flüssige Kapital (Tischler konnten in der Regel das Material für Kundenaufträge nicht vorfinanzieren) wurde für die Herstellung von Stücken verwendet, mit deren Verkauf man sich am Messhandel beteiligte. Auch in der Phase der beginnenden manufakturiellen Möbelherstellung war aufgrund der zahlreich vorhandenen Kundschaft der Messverkauf eine wichtige Absatzquelle der Tischler.

Dabei war es leider nicht möglich, verlässliche Aussagen zum überregionalen Absatz von Leipziger Möbeln zu treffen. Die große Anzahl der von hier stammenden Stücke,

---

<sup>106</sup> Achim Stiegel, *Berliner Möbelkunst vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, München, Berlin 2003, S. 231.

<sup>107</sup> StadtAL, Inn Ti C 43, I und II, Nr. 100, S. 14.

die in den vergangenen Jahren im deutschen Kunst- und Auktionshandel angeboten wurde, lässt aber den Schluss zu, dass der Möbelverkauf an auswärtige Messkunden auch im 18. Jahrhundert nicht unbedeutend gewesen sein wird.

Die Leipziger Messen brachten es aber ganz selbstverständlich auch mit sich, dass auswärtige Tischler ihre Waren anboten und verkauften. Darüber hinaus nutzten diese teilweise die Gelegenheit, um auch außerhalb der Messzeit ihre Produkte an den Mann zu bringen. Die erste erhaltene schriftliche Beschwerde der Tischler hierüber an den Rat zu Leipzig stammt aus dem Jahre 1610, eine weitere existiert von 1667.<sup>108</sup>

Der Rat reagierte daraufhin mit einem Dekret, das zu jeder Messe öffentlich bekannt gemacht werden sollte. Es wollte »allen und ieden frembden Tischern, so die Jahrmärkte allhier hinführo zu bauen gedenken, bei vermeidung unnachlässiger straffe, nochmahls aufferleget haben, sich mehrgedachten unsren Abschieden gemäß zu verhalten, und hinführo keine Tischer Arbeit, ehe der Markt eingeleutet, anhero zu führen, noch zu feilem Kauff auszusezen, und sich des Zusammensetzens der Wahren, welche sie stückenweise anführen möchten, bey Verlust derselben, gänzlich zu enthalten, Darnach sich ein ieder zu achten, und vor straffe zu hüten wird wissen.«

In einer wörtlichen Wiederholung dieses Erlasses wurde den Tischlern 1687 zudem gestattet zu überwachen, ob fremde Handwerker ihre Waren vorzeitig montieren oder verleimen.<sup>109</sup> Dass diese Versuche, sich der Konkurrenz von außerhalb zu erwehren, von geringem Erfolg gekrönt waren, belegen spätere Akten.

Auch sind einzelne Fälle illegalen Möbelhandels außerhalb der Messen belegt, so zum Beispiel im Jahr 1757 im Fall eines Landkaufmanns Johann Jacob Klebert, der in seinen Geschäftsräumen in der Ritterstraße illegal mit auswärtig hergestellten Möbeln handelte.<sup>110</sup>

Trotz dieser Erscheinungen waren aber die Messen auch in der Folge dem wirtschaftlichen Fortkommen der Leipziger Handwerker ausgesprochen förderlich und wirkten positiv auf deren Produktion zurück. Im Protokoll über die Leipziger Michaelismesse von 1792 heißt es dazu verallgemeinernd: »Die Fabrication feiner Tischlerwaaren breitet sich in Leipzig von Zeit zu Zeit weiter aus.«<sup>111</sup> So nahmen Volumen und Attraktivität dieser Waren bis zum Ende des 18. Jahrhunderts kontinuierlich zu. Andererseits bildete der Messverkauf den Ausgangspunkt und die Basis für den sich im 19. Jahrhundert entwickelnden ganzjährigen Freiverkauf von Möbeln über Warenkataloge und in gemeinschaftlichen Verkaufsräumen.

---

<sup>108</sup> StadtAL, Inn Tt C 18, S. 1 ff.

<sup>109</sup> Ebd.

<sup>110</sup> StadtAL, II. Sektion, I 541, S. 1 ff.

<sup>111</sup> StA D, Loc. 11 123.

### 3. Verkauf über Kataloge und in Möbelmagazinen

Einigen Handwerkern war es im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts durch berufliches Geschick und Geschäftstüchtigkeit möglich geworden, Möbel in größerem Maße als bisher auf Vorrat herzustellen, die sie nunmehr mit gänzlich neuen Formen des Absatzes auf den Markt zu bringen suchten.

Im Jahr 1771 erschien in Leipzig erstmals ein Möbel-Angebotskatalog des Tischlermeisters Heinrich Bernhard Wahnschaff, der vorhatte, diese Stücke während der Michaelismesse in einer Auktion meistbietend zu verkaufen.<sup>112</sup> Anlässlich seiner Anhörung vor dem Stadtrat antwortete er auf die Einschüchterungsversuche der Innung, »ob er von der auction absteigen wolle«, recht forsch und geschäftig, »er könne mit dem Seinen machen was er wolle, und könne sich von dem Handwerke nicht vorschreiben lassen, was er tun solle«.

Das Sortiment des Katalogs von 1771, ein weiterer folgte 5 Jahre später, war offensichtlich direkt an der Kundennachfrage orientiert. Die Existenz furnierter, aber auch aus Massivholz gearbeiteter Möbel lässt auf eine gewisse Preisstaffelung schließen. Die Anzahl von jeweils etwa 80 aufgelisteten Einzelposten setzt eine manufakturielle Produktion in Wahnschaffs Werkstatt voraus. Über die Herkunft der dazu nötigen finanziellen Mittel, etwa die Aufnahme von Darlehen, ist nichts bekannt.

Wahnschaffs Aktivitäten zeigen, wie ein Leipziger Tischler erstmals ein warenhausartiges Angebot an Möbeln auf Vorrat herstellen ließ. Dabei ist Heinrich Bernhard Wahnschaff nicht nur als Tischler, sondern auch als Möbelentwerfer oder Kopist modernen Mobiliars im französischen und englischen Stil anzusehen. Das Erstaunliche daran ist, dass er diese Aktivitäten höchstwahrscheinlich mit maximal vier Gesellen bestreiten musste, da es zur Beschäftigung von mehr Tischlern einer Sondergenehmigung bedurft hätte, von der jedoch an keiner Stelle die Rede ist.

Bekannter als Wahnschaff ist der Leipziger Tischler und Manufakturist Friedrich Gottlob Hoffmann.<sup>113</sup> Er wurde 1770 als Meister in die Leipziger Tischlerinnung aufgenommen. Am 12. Februar 1788 wandte er sich an Kurfürst Friedrich August von Sachsen mit der Bitte, ihm einen Kredit von 2000 Thalern für die Erweiterung seines Betriebes zu gewähren. Schon am 12. August 1788 wurde ihm das Darlehen, allerdings nur in halber Höhe, bewilligt. Zur Neujahrsmesse 1789 erschien ein bebildeter Produktkatalog, der erste heute noch bekannte in Deutschland überhaupt. Ein weiterer Produkt- und Versandkatalog ist aus dem Jahr 1795 erhalten. Im darauf folgenden Jahr konnte Hoffmann das ihm gewährte Darlehen vollständig zurückzahlen und hatte den

---

<sup>112</sup> StadtAL, II. Sektion, T 611, S. 1 ff.

<sup>113</sup> Vgl. Kornelia Krull, *Leben und Wirken des Tischlers Friedrich Gottlob Hoffmann – ein Beitrag zur Geschichte der Leipziger Tischlerinnung*, Abschlussarbeit, Fachschule Museologie Leipzig, 1988, S. 3–22.

Höhepunkt seines Schaffens erreicht. Er konnte steigende Umsätze in einem ausgedehnten Exportgeschäft verzeichnen, beschäftigte 42 Lohnmeister und Gesellen und wurde schließlich zum Hoftischler ernannt.

Am Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelte sich neben dem Verkauf und Versand über Kataloge eine weitere Absatzform von Tischlerwaren, nämlich der Verkauf in Möbelmagazinen, die im Gegensatz zu Wahnschaffs Möbelauktionen während der Leipziger Messe und Hoffmanns auch auf den Messhandel konzentrierten Verkaufskatalogen ganzjährig zum Kauf von Möbeln einluden. Doch stieß diese Erscheinung nicht auf die ungeteilte Zustimmung aller Innungsmitglieder, wie eine gerichtliche Auseinandersetzung aus dem Jahr 1810 zeigt.<sup>114</sup>

Einige Tischler hatten sich kurz nach Jahrhundertbeginn gemeinsam ein Lokal in Reichels Garten angemietet und nicht nur ihre, sondern auch auf ihre Rechnung gefertigte Möbel anderer, zum Teil auswärtiger Tischler, so aus Taucha, zum Verkauf angeboten. Diese Tischler betrachteten sich nach Aussage der Kläger als eine geschlossene Gesellschaft, die keine anderen Meister aufzunehmen bereit war. Selbstverständlich, so wurde weiter dargelegt, wäre der Handel mit anderswo hergestellten Möbeln seit jeher verboten, weiterhin brächte es die Ansammlung vieler Erzeugnisse mit sich, dass Kunden in großer Zahl das Magazin aufsuchten, weil sie dort alle ihre Wünsche auf einmal erfüllen könnten, ohne von Handwerker zu Handwerker laufen zu müssen. Erschwerend käme für die nicht beteiligten Tischler die danieder liegende Bautätigkeit hinzu, sodass sie bei Umsatzeinbußen im Möbelbau nicht in den bautischlerischen Bereich ausweichen könnten.

Abgesehen davon nähme die Anzahl der Magazine noch zu, neben dem in Reichels Garten wäre durch eine Teilung infolge von Zwistigkeiten ein zweites Magazin in der Petersstraße zustande gekommen, ein drittes vor dem Peterstor sei gerade im Begriff zu entstehen. Dadurch käme es auch zu Preisunterbietungen zwischen den verschiedenen Magazinen, die die nicht beteiligten Meister umso schwerer belasteten.

Weiterhin wäre natürlich die gemeinsame Anmietung größerer Räume günstiger als die Bereitstellung von Räumen durch einzelne Meister, die etwa auf Vorrat produzieren wollten. Weitere kleinere Magazine hielten die klagenden Tischler wegen der sich verschärfenden Konkurrenz nicht für sinnvoll, plädierten vielmehr für ein gemeinsames, allen Tischlermeistern zugängliches Magazin und die Auflösung der bisher bestehenden.

In ihrer Antwort beschuldigen die angesprochenen Tischler ihrerseits die Meister Runge und Petutschnigk, sie würden Handel mit fremden und auswärtigen Möbeln betreiben, und nicht sie, die Magazin-Tischler. Petutschnigk beispielsweise böte etwa ein Drittel fremder Tischlerwaren in seinem Magazin zum Verkauf an.

---

114 StadtAL, II. Sektion, T 761 »Irrungen wegen verschiedener Möbelmagazine und Vorschlag der Errichtung eines gemeinsamen Möbelmagazins, 1810«, S. 1 ff.

Die Errichtung von Magazinen zum Verkauf selbst gefertigter Erzeugnisse sei dagegen keinesfalls verboten; Dettlev, Petutschnigk und Runge würden beispielsweise seit teilweise mehr als 20 Jahren in ihren Wohnungen eigene Warenmagazine unterhalten. Die in den Verkaufsgemeinschaften der Möbelmagazine zusammengeschlossenen Tischler hätten eben nicht das Geld, jeder für sich eigene Räume anzumieten, und täten das mit gutem Recht gemeinsam. Ebenso sei es unwahr, dass die nicht beteiligten Meister mit den Magazinpreisen nicht mithalten könnten, zumindest soweit sie denn mit nicht allzu hohen Gewinnerwartungen herangingen. Meister würden, soweit sie entsprechende Qualität lieferten, gern aufgenommen, einige hätten sie sogar ausdrücklich aufgefordert, sich mit ihnen zu assoziieren. Alle Meister jedoch ganz wörtlich genommen unter einem Dach zu vereinigen, wäre aufgrund des dafür nötigen Raumes unmöglich, daher sollten doch die interessierten Tischler eigene Magazine eröffnen. Man sei überzeugt, dass sich zwar zugegebenermaßen der Gewinn der einzelnen etwas verschmälern, diese aber nicht zugrunde gehen würden.

Nicht der Verkauf an sich, entgegnete die Partei der Kläger nunmehr einlenkend, sondern dessen Art und Weise schmälere den Mitmeistern den eigenen Gewinn, wodurch der Sinn der Innung (maximaler Gewinn in möglichst gleicher Verteilung für alle Innungsverwandten) in Frage gestellt und die Innungsregeln verletzt würden. So hätte beispielsweise Meister Merker zwei zu 16 Taler ausgepreiste Spieltische für 12 Taler verkauft, also würde die Konkurrenz sehr wohl die Preise drücken.

Weiter, warfen die Kläger ein, hätten Meister Thieme und Portmann zum Beispiel sich am Möbelmagazin in Reichels Garten beteiligen wollen, seien aber abgelehnt worden. Nochmals warben sie daher für ein gemeinsames Magazin, das der Innungsgerechtigkeit entsprechen und jedem Mitmeister dieselben Chancen einräumen würde und zudem insgesamt billiger wäre als einzelne kleinere Magazine.

Trotz einer getroffenen Einigung, nach der die Mehrheit der Tischler für die Errichtung eines gemeinsamen Magazins stimmte, kam ein solches letztlich nicht zustande.

Über die Leipziger Adressbücher ließ sich die Existenz weiterer Möbelmagazine verfolgen. Neben den schon erwähnten befanden sich gemeinschaftliche Magazine ab 1812 im Brühl und von 1824 an in der Feuerkugel auf dem Alten Neumarkt. Ein weiteres bestand seit 1818 und ab 1830 als zeitweilig einziges Magazin dieser Art im Hallischen Zwinger. Im Jahr 1840 sind ein »Haupt-Meubles-Magazin« am Markt sowie zwei weitere auf der Hainstraße und »am untern Park« nachweisbar.

Das früheste Einzelmagazin betrieb der Tischlermeister Johann Christian Runge, der auch mit Importhölzern und -furnieren handelte, ab 1807 im Hallischen Pfortchen, welches sein Sohn August Wilhelm nach dem Tod des Vaters im Jahr 1814 weiterführte.

Eigene Möbelmagazine besaßen auch Johann Jacob Petutschnigk in der Schulgasse (ab 1814), Karl Friedrich Thieme in der Gewandgasse (ab 1825), Johann Heinrich Ker-

kow auf dem Neukirchhof (1830), Johann Christoph Mercker in der Windmühlengasse (1830) sowie Johann Georg Werner in der Fleischergasse (1830).

Gemischte Möbel- und Sargmagazine unterhielten Gottfried Heinrich Riedel in Reichels Garten (1814–1825), Ernst Ferdinand Riemann ab 1829 in der Petersstraße und August Zimmer (1830). Reine Sarglager besaßen Christian Gottfried Pompper (ab 1827) im Hallischen Pförtchen und Gustav Moritz Lange (ab 1839) in der Nikolaistraße.

Carl Immanuel Dettlev schaltete von 1797 bis zu seinem Todesjahr 1813 in den Leipziger Adressbüchern Anzeigen über Herstellung und Verkauf von Billards in seiner Werkstatt und bot hierzu einen kostenlosen Produktkatalog an. Ein Lager von Billards, aber auch von Möbeln mit Marmorimitationen sowie auf Holz aufgezogenen und lackierten Kupferstichen in Reichels Garten zeigte Johann Heinrich Roth ab 1826 an.

Carl Wilhelm Neef besaß 1840 »ein Lager fabrikmäßig gearbeiteter Parquet-Fußböden« in Reichels Garten, während Hermann Krieger ein »Magazin feiner Holzarbeiten, und Einfassungen von Stickereien in Holz, auch Meubles-Magazin« auf dem Markt unterhielt.<sup>115</sup>

In Konkurrenz zu den bisher genannten gründeten sich auch Möbelmagazine, die nicht von Tischlern, sondern Händlern, sogenannten »Meubleuren«, betrieben wurden und sich von Handwerkern beliefern ließen. In einer frühen Anzeige Johann August Kriemichens im Leipziger Tageblatt heißt es bereits 1821: »Sekretairs, Bureaus, Kommoden ... alles in neuster Facon ... sehr billig zu verkaufen.« Dazu wurde die Vermutung geäußert, es könne sich hierbei um Importe aus dem westsächsischen Umland handeln.<sup>116</sup> Dass dies der Fall war, woher die Lieferanten kamen und inwiefern der umtriebige Meubleur an der Grenze der Legalität agierte, wird die Auswertung einer Gerichtsakte im folgenden Kapitel zeigen. Der Prozess konnte Kriemichen aber nicht aufhalten. Im Jahr 1830 inserierte er wiederum ein »Lager ausgezeichneter feinsten Mahagonymöbel, enthaltend alles zur vollkommenen Einrichtung der Prachtzimmer und ganzer Etagen Nothwendige, dessen Ansicht Jedermann frei gestattet ist.«<sup>117</sup>

115 Hermann Krieger darf zu den frühen Unternehmern unter den Leipziger Tischlern gerechnet werden: Am 8. Januar 1847 erteilte die königlich Sächsische Kreisdirektion Krieger ein fünfjähriges Privileg zur Herstellung von Parketts und Holzmosaiken. Es handelte sich dabei um ein Verfahren von Eduard Buschmann aus München, »das hinsichtlich seiner Neuheit und Eigenthümlichkeit bereits die Aufmerksamkeit mehrerer Staaten auf sich gezogen und überall die vollste Anerkennung gefunden hat, es ist dies nämlich das Verfahren, Holzmosaik nach Art der Römischen Steinmosaik im ganzen oder durchschnittenen Quadraten unter Anwendung einer eigenthümlich dimensionierten Längentheilmachine zu fertigen«. Die Spezialisierung auf ein Produkt wie das hier beschriebene und der dazu notwendige Ankauf einer Spezialmaschine lassen diesen Schluss zweifelsfrei zu (StadtAL, II. Sektion, K 1501 »Gesuch des Tischlermeisters Hermann Krieger um Erteilung eines Privilegs auf die von Prof. Buschmann erfundenen Holzmosaik, 1847«, S. 1 ff.).

116 Heise, Biedermeiersekretäre (Anm. 49), S. 38.

117 StadtAL, Adressbücher, 1830, Stichwort »Magazine«.

Auf dem Thomaskirchhof gab es Enders' Magazin für Hausgerät und Möbel, das sich 1830 auf der Reichsstraße befand. Friedrich August Kränzler betrieb in der Grimmischen Gasse ein »Lager finer Divans, Sophas und Stühle«, die Händler Merzdorf und Michael waren Inhaber von Stuhlmagazinen auf dem Markt und in der Hainstraße. Im Jahr 1821 ist erstmals ein auswärtiger Möbelhändler auf der Messe vertreten.<sup>118</sup> Das Leipziger Adressbuch von 1823 verzeichnet mit den Hamburger Möbelhändlern Wolff und Steffens erstmals niedergelassene Konkurrenz von außerhalb.<sup>119</sup>

Die Organisation des Transports der Möbel zu deren auswärtigen Käufern, wenn auch früher bereits möglich, verbesserte sich im 19. Jahrhundert noch einmal deutlich. 1834 bedienten Fuhrleute mit festen Ankunftstagen und Ausspanngasthöfen von Leipzig aus insgesamt 104 Routen vornehmlich im sächsisch-thüringisch-preußischen mitteldeutschen Raum.

In Leinwand gewickelt, auf Strohbällen gepackt, mit Gurten festgezurt und durch Planen regendicht abgedeckt, lohnte sich natürlich weiterhin mit Fuhrwerken nur der Transport von Möbeln hoher Qualität.

Interessant ist in diesem Zusammenhang der nachweisbare Transport von Leipziger Möbeln nach Preußen. So heißt es in einer Akte um einen Magdeburger Möbelhändler: Es »pflegen, ungeachtet des darauf liegenden Imports, verschiedene Magdeburger Einwohner ihre Meublen aus ... Dessau und Leipzig zu nehmen, indem diese Orte näher als Berlin gelegen, und in verschiedener Verbindung mit Magdeburg sind.«<sup>120</sup> Seit dem Wegfall der Einfuhrzölle, der 1818 zwischen Sachsen und Preußen vereinbart worden war, besaßen Sachsen und das inzwischen fast an der Landesgrenze liegende Leipzig nochmals günstigere Konditionen für den Verkauf von Möbeln in die nahe gelegenen preußischen Städte.

Es lässt sich also konstatieren, dass der Produktabsatz am Ende des 18. Jahrhunderts gänzlich neue Formen annahm. Beginnend mit sogenannten Auktionen während der Messen, entwickelte sich der Absatz vorgefertigter Möbel aus Warenlagern, zunächst noch um den Messhandel zentriert und zum Teil von Angebotskatalogen begleitet.

In einer nächsten Phase, beginnend kurz nach 1800, kam es zur Eröffnung anfangs meist gemeinschaftlicher, später immer mehr von Einzelbetrieben geführter Möbelmagazine. Dabei ließ sich eine fortschreitende Spezialisierung einzelner Betriebe feststellen, von denen einige ab etwa 1830 den Schritt hin zu moderner Möbelherstellung in Fabriken gingen. Parallel dazu begann sich auch in Anfängen ein eigenständiger Möbelhandel aus der juristischen Grauzone heraus hin zu offiziellen Formen zu entwickeln,

---

118 Henning Steinführer, *Menschen und Dinge. Die Leipziger Messe an der Wende zum 19. Jahrhundert im Spiegel der Leipziger Stadtadreibücher*, in: Thomas Topfstedt, Hartmut Zwar (Hrsg.), Leipzig um 1800. Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte, Beucha 1998, S. 71–93, hier S. 82.

119 StadtAL, Adressbuch von 1823, Stichwort »Magazine«.

120 Stiegel, *Berliner Möbelkunst* (Anm. 106), S. 213.

die, wie im folgenden Kapitel gezeigt werden wird, zunächst im Direktverkauf von Möbeln auswärtiger Hersteller ihren Ausdruck fanden.

#### 4. Auswärtige Konkurrenz

Neben den hier gefertigten Möbeln gelangten im Verlauf des 19. Jahrhunderts in Leipzig auch zunehmend solche aus anderen Städten zum Verkauf. Eine exponierte Stellung nahm dabei die Tischlerinnung des nahe gelegenen Städtchens Taucha ein.

Eine Akte des Leipziger Stadtarchivs gibt einen Fall aus dem Jahr 1790 wieder.<sup>121</sup> Heinrich August Kirchner, Oberältester und einer von 10 Tauchaer Tischlermeistern, war in Leipzig mit einem Stuhl unterwegs, den er einem Kunden als Muster für ein Dutzend anzufertigender Exemplare zeigen wollte. Unweit der Pleißenburg trat ihm der Leipziger Tischlermeister Großmann »in Weg, riß mir den Stuhl gewaltsamer Weise aus der Hand, und trug solchen, unter dem Anführen, daß ich ihn bei dem Obermeister finden würde, fort. Als ich nun diesem Manne auf der Stelle nacheilte ... auch über diese einem Straßen Raube ähnliche Behandlung mich beschwerte, eröffnete mir dieser geradezu, wie daß er und das Leipziger Tischer Handwerck dem Tauchaischen Tischer Handwerke die Einführung und den Verkauf unserer Tischer Arbeit nachher Leipzig außer denen Meßen fernerhin auf keine Weise gestatten würde ...«. Bei der Wegnahme des Stuhles und dem dabei geführten hitzigen Wortgefecht, führt Kirchner später aus, hätte sich ein Menschauflauf gebildet, er sei für einen Dieb gehalten, auch die Schildwache wäre bereits auf den Vorfall aufmerksam geworden.

Die damals seit etlichen Jahren übliche Praxis der Einfuhr von Tauchaer Tischlerwaren, insbesondere Sitzmöbeln, auch zwischen den Messen hatte die Leipziger Tischler nach eigener Aussage in Auftragsknappheit und eine schwierige finanzielle Situation gebracht, während die Tauchaer wiederum behaupteten, durch ihre Konkurrenz nur die Wartezeit der Kunden zu verkürzen und vor allem die ungeliebten Aufträge, wie das Anfertigen von Stühlen, auszuführen.

Die Leipziger Meister hielten dem entgegen, dass die billigen Produkte aus Taucha den Markt in Leipzig überschwemmen würden und bereits bei Händlern, Tapezieren, Täschnern und selbst dem Leipziger Tischlermeister Hofmann zu erwerben seien. Kirchner hätte gar in der Zeitung seine beim Meubleur Keßler ausgestellten vorrätigen Waren angeboten. Er würde bekannterweise zusammen mit seiner Frau täglich mit Möbeln hausieren gehen und hätte dies im vorliegenden Fall sogar an einem Sonntag zur

---

121 StadtAL, II. Sektion, T 667 »Die Leipziger Tischlerinnung gegen die Einfuhr von Tauchaer Tischlerwaren, 1790«, S. 1 ff.



Gottesdienstzeit getan.<sup>122</sup> (Sofern das stimmte, hatte es jedoch auch Großmann selbst verpasst, Gott am Sonntagmorgen die Ehre zu geben ...)

Philipp Jacob Keßel (Keßler) war im Jahr 1790 für die Tischler kein Unbekannter. Schon 1768 wurde er von der Leipziger Innung als Händler beschrieben, »welcher auch außer denen Meßen gantze Fuder auswärtig gefertigter Tischler-Waare nach Leipzig verschreibt und kömmen läßt, auch von denen frembden, hierher kömmanden Meß-Tischlern, Schränke, nußbaumene Commoden und dergleichen aufkauftet, außer denen Meß-Zeiten öffentlich damit trödelt, und handelt, hierzu Niederlagen hält, auch sothane Tischler-Waaren in dem hiesigen Intelligenz-Blatte No. 45 zum Verkauf öffentlich offeriret, und seinen Namen bekandt macht«.<sup>123</sup>

Die Leipziger Tischlerinnung konnte zwar im Ergebnis der Auseinandersetzung die Einfuhr von Tauchaer Tischlerwaren nicht ganz verhindern, aber wesentlich erschweren. Neben dem üblichen Torzoll waren nunmehr noch zusätzlich einige Groschen für ein geliefertes Möbelstück zu entrichten, außerdem hatte der Auftraggeber vor der Lieferung persönlich bei der Stadtverwaltung ein »gerichtliches Bekänntnis« über Art und Anzahl der zu liefernden Möbel ausfertigen zu lassen und beim Rat vorzuweisen. Danach war ein Schreiben an den entsprechenden Torschreiber zu verfassen. Dies war bei Lieferung der Möbel zu erledigen, und es kostete die Tauchaer Tischler meist stundenlanges Warten vor dem Stadttor.

Diese Bestimmungen, mit denen sich der Rat unter Umgehung eines direkten Einfuhrverbots zugunsten der Leipziger Tischler entschied, gestalteten die Einfuhren recht kompliziert und kostspielig und schmälerten den Gewinn der Tauchaer Handwerker erheblich. Deren Einspruch gegen diese Maßnahmen blieb ohne Erfolg. Dass sie dennoch weiter Waren nach Leipzig lieferten, zeigt eine Bemerkung Karl August Engelhardts im Jahre 1808, dass die dortigen Tischler »besonders Stuhlgestelle«, und dies sicher weiterhin nicht nur für die Kundschaft im Ort selbst, fertigen würden.<sup>124</sup>

Eine Auseinandersetzung zwischen der Täschner- und Tischlerinnung wegen gegenseitiger Eingriffe in die Innungsgerechtsame, die 1791, also nur ein Jahr später, geführt wurde, zeigt die Scheinheiligkeit der Argumentation der Tischler. Zugleich gibt dieser Rechtsstreit einen Einblick, welche komplexen juristischen Probleme im Ergebnis des Festhaltens an starren Berufsinhaltsbeschreibungen am Ende des 18. Jahrhunderts entstanden waren.<sup>125</sup>

---

<sup>122</sup> StadtAL, Inn Tt C 48, Nr. 99.

<sup>123</sup> StadtAL, II. Sektion, T 591, S. 1 ff.

<sup>124</sup> Karl August Engelhardt, *Erdbeschreibung des Königreichs Sachsen*, Band 7, Dresden, Leipzig 1808, S. 315.

<sup>125</sup> StadtAL, II. Sektion, T 670 »Auseinandersetzung zwischen Täschner- und Tischlerinnung wegen gegenseitiger Eingriffe in die Innungsgerechtsame, 1791«, S. 1–45.

Die Täschner beschwerten sich über einige Tischler, die Sofa- und Stuhlgestelle aus Taucha eingeführt hatten und Sofas, Tafelstühle, Kirchen- und Nachtstühle bei Täschnern polstern, mit Leder und Plüsch beziehen und beschlagen ließen, um sie dann selbst zu verkaufen. Konkret wurden dabei die Meister Wittig und Hofmann, Joseph und Runge genannt.

Die Tischler wollten hingegen die Täschner zwingen, ihre Stuhlgestelle und Hölzer für die Herstellung von Reisekoffern bei ihnen und nicht, wie seit Jahrzehnten üblich, bei auswärtigen Handwerkern zu bestellen. Die Täschner verwiesen darauf, dass die Herstellung von Stuhlgestellen gar nicht unbedingt in den Arbeitsbereich der Tischler gehöre, da es in vielen Städten eigene Innungen wie Sessel-, Stell- und Stuhlmacher oder Stuhlbauer gäbe, die diese Arbeiten ausführten.

Da die Kofferhölzer weder gezinkt noch geleimt wurden, gehörten sie, wenn überhaupt in einen fremden, eher in den zimmermännischen als tischlerischen Bereich. Die hiesigen Tischler könnten und wollten Stuhlgestelle und Kofferhölzer auch nicht in der nötigen Frist und für einen erträglichen Preis anfertigen.

Bei der nachfolgenden Anhörung gestand allein Runge, er habe in Taucha Stuhlgestelle auf Vorrat fertigen und von hiesigen Täschnern beschlagen lassen. Diese habe er jedoch beim Weiterverkauf niemals als seine eigene Ware ausgegeben. Die Täschner entgegneten, sie könnten auch ihre Behauptungen betreffs der anderen genannten Tischler sehr gut beweisen und behielten sich dies ausdrücklich vor.

Sie ersuchten um Verbot für die Konkurrenz der Leipziger Tischler beim Verkauf fertiger Sitzmöbel, beharrten auch weiter darauf, dass die Kofferhölzer von ihnen selbst hergestellt oder beschafft werden könnten, woher sie wollten, da dies eben keine Tischlerarbeit sei, ebenso wie sich auch Zimmerleute ihre Dielen und Türen und Glaser ihre Fenster selbst herstellten.

Daraufhin verfassten die Tischler ein Schreiben an den Rat. Sie versicherten, seit einiger Zeit würden sie ihre Stuhlgestelle selbst herstellen und nicht mehr aus Taucha beziehen, die Kofferhölzer hingegen würden sie zu einem sehr guten Preis anbieten, so dass die Einfuhr derselben nicht mehr nötig wäre. Da es kein spezielles Handwerk zu deren Herstellung gäbe, fiel diese Arbeit im Übrigen selbstverständlich automatisch ihnen zu.

So einigte man sich, dass die Tischler zukünftig die Kofferhölzer zu einem moderaten Preis herstellen, bis zur Ostermesse aber noch die auswärts bestellten Teile eingeführt werden dürften. Stuhlgestelle sollten fortan nur noch aus Leipzig selbst bezogen werden. Ein Jahr später wandten sich die Täschner jedoch wiederum an den Rat. Die Tischler seien erstens nicht in der Lage, die Bestellungen an Stuhlgestellen zu bedienen, zweitens verlangten sie so hohe Preise, dass ein gewinnbringender Endverkauf nach dem Polstern kaum noch möglich wäre. Sie ließen entgegen ihrer Zusage auch weiterhin, da die meisten von ihnen diese nicht selbst herstellten, Stuhlgestelle außerhalb

fertigen und verkauften sie dann mit Aufpreis als ihre eigenen Produkte an die Täschner weiter.

Der Fall zeigt deutlich, wie sich mit Aussicht auf zusätzlichen Gewinn rasch eine doppelte Moral einschleichen kann. Einerseits strebten die Tischler 1790 ein Einfuhrverbot von Tauchaer Stühlen an, andererseits, wenn es ihnen zum eigenen Vorteil gereichte, kauften sie diese selbst dort an, um sie mit Gewinn weiter zu veräußern. Somit traten sie als Zwischenhändler für Halbprodukte auf, was Handwerkern prinzipiell nicht gestattet war. Auch ihr Angebot, Brettchen zur Herstellung von Reisekoffern aushobeln zu wollen, also eine Arbeit weit unter Niveau auszuführen, darf aufgrund der dafür verlangten Preise mehr als vorsorgliche Sicherung eines Marktes zum Nachteil anderer denn als realistisches Angebot angesehen werden.

Neben den Tauchaer Tischlern drängten auch Berufskollegen verschiedener westsächsischer Landstädte auf den lukrativen Markt in Leipzig und versuchten ihre Waren dort an den Mann zu bringen. Eine Beschwerde der Leipziger Tischler im Jahr 1768 nennt dabei bereits Städte wie Zeitz, Naumburg, Wurzen, Eilenburg, Schkeuditz, Merseburg, Weißenfels, Borna, Pegau und Zwenkau.<sup>126</sup> Dies war, für den Fall, dass es sich um Bestellungen von Leipziger Bürgern handelte, nach Entrichtung eines Einfuhrzolls bei der Torwache auch erlaubt.

An Kunden gelangte man am besten unter Zuhilfenahme von Einwohnern Leipzigs, die die Geschäfte vermittelten, sich aber eventuell auch in illegaler Weise an ihnen beteiligten. Neben anderen kamen dafür vor allem die Meubleure in Betracht, die zunächst noch nicht mit neuen, sondern nur mit gebrauchten Waren handeln durften. Doch wenn das Geld lockt, nimmt man auch ein kleines Risiko gern in Kauf ...

Im Oktober 1821 trugen Vertreter der Leipziger Tischlerinnung vor dem dortigen Schöffengericht einen Fall vor, der den im vorangegangenen Kapitel erwähnten Johann August Kriemichen in einem nicht eben günstigen Licht erscheinen lässt.<sup>127</sup> Es seien verschiedene neue Möbel ohne Passierschein durch das Grimmaische Tor nach Leipzig gelangt, ein Teil davon bei Magister Siebeck auf dem Heumarkt abgeladen und dann zwei Bureaus in das Haus »Zum Blauen Stern« auf der Hainstraße zu Kriemichen gebracht worden, wo dieser, wie in den Leipziger Zeitungen am 4. und 9. Oktober angekündigt, einen Möbelhandel eröffnen wolle.

Der Torschreiber des Äußeren Grimmaischen Tores räumte auf Befragen den Einlass einer Aufsatzkommode, eines Bureaus mit Aufsatz, eines Pfeilerschranks und eines Waschtisches ein. Der Lieferant, ein Tischlermeister Naumann aus Wurzen, hätte

---

<sup>126</sup> StadtAL, II. Sektion, T 591.

<sup>127</sup> StadtAL, II. Sektion, K 1235 »Die Leipziger Tischlerinnung gegen den Meubleur Johann August Kriemichen und den Torschreiber Carl Gotthold Böttcher wegen des Hereinlassens von Möbeln ohne Passierschein«, S. 1 ff.

die fehlenden Passierscheine nachliefern wollen, weshalb er ihn durchgelassen habe. Kriemichen sagt hingegen aus, er hätte nur einem Tischler Schmidt aus Wurzen, nicht Naumann, das Unterstellen der Waren in seinen Räumen gestattet, sei aber dabei selbst nicht zugegen gewesen. Im Übrigen betreibe er nur während der Messen seinen Möbelhandel.

Die daraufhin befragten Träger sagten aus, sie hätten einen Wagen von Schmidt und Naumann aus Wurzen abgeladen. Etliche dieser Waren hätten sie am Nachmittag zu Naumanns Schwager, dem Gastwirt Schulze in der Fleischergasse, gebracht.

Ein Schneidermeister Friedrich Gottlob Burggraf sagte in diesem Zusammenhang aus, er habe bei Schmidt auf Empfehlung von Kriemichen auf der vergangenen Michaelismesse eine Wäsche- und eine Schreibkommode bestellt und diese nun von Schmidt, nicht vom Meubleur Kriemichen, gekauft.

Schließlich erscheint der Gastwirt Schulze mit der recht plausiblen Erklärung, er hätte drei Kommoden bei Naumann in Wurzen bestellt, der ja schließlich sein Schwager sei. Der Vermutung des Gerichts, dass die Möbel in Wirklichkeit bei Kriemichen gekauft worden wären, widerspricht er.

Burggraf und Schulze beeideten ihre Aussagen; Kriemichen, der vorsichtshalber einen Anwalt eingeschaltet hatte, war nichts nachzuweisen, wenn auch der Verdacht des illegalen Handels mit neuen Möbeln bestehen blieb.

Dieselbe Rechtslage bestand auch noch im Jahre 1837. Die Tischlerinnung prozessierte dieses Mal gegen den Goldschmied Johann Gottfried Schultze und den Meubleur Wilhelm Heinold, das Einbringen und Handeln mit neuen Stühlen betreffend.<sup>128</sup>

Nochmals wurde dort festgestellt, dass ein Meubleur nicht mit neuen Möbeln, sondern nur mit Trödel handeln dürfe. Schulze agierte nicht so geschickt wie Kriemichen, sondern räumte ein, sich auf der Ratsstube die Erlaubnis zur Einfuhr von 18 neuen Stühlen geholt zu haben, die er dann Heinold zum Weiterverkauf übergeben hätte.

Wenig später veränderte sich die Situation jedoch grundlegend. Im Jahr 1838 rang sich der Rat zu einer »Bekanntmachung, die Einbringung auswärts gefertigter Handwerks-Fabrikate in die Stadt Leipzig außer den Messen betreffend« durch, die auch den Handel mit auswärtig hergestellten Möbeln legalisierte. Sie hatte folgenden Wortlaut: »Das Einbringen auswärts gefertigter Handwerksartikel in die Stadt Leipzig, sie mögen nun zum Privatgebrauche der Einwohner oder zum Handel der Kaufleute und Innungs-genossen bestimmt seyn, ist ... fernerhin, auch außer den Messen gestattet. Der Eingang der für den Handel bestimmten dergleichen Artikel ist, so lange nicht eine Abänderung in dem Abgabewesen andere Maßregeln nöthig macht, nur der Aufsicht der Abgabenbehörde unterworfen. Wer aber zum Privatgebrauche Handwerksartikel ein-

---

<sup>128</sup> StadtAL, II. Sektion, T 915 »Die Tischlerinnung gegen den Goldarbeiter Johann Gottfried Schultze und den Meubleur Wilhelm Heinold, das Einbringen und Handeln mit neuen Stühlen betreffend, 1837«, S. 1 f.

bringen will, hat zuvor bei dem unterzeichneten Rathe dieser Stadt einen Passirzettel zu lösen. Die Passirzettel werden den Bestellern der Handwerksartikel gegen die auf ihre Bürgerpflicht, oder wenn sie nicht Bürger sind, an Eides statt abzugebende schriftliche Versicherung, dass die betreffenden Artikel zu ihrem Gebrauche tatsächlich bestimmt sind, und gegen eine Gebühr von 2 Groschen, auf 8 Tage gültig, ausgestellt.«<sup>129</sup>

Die neue Rechtslage spiegelt sich in einem Gerichtsverfahren gegen den Tischlermeister Carl Wilhelm Barthel aus Taucha aus dem Jahr 1838 wider.<sup>130</sup> Dieser hatte es verpasst, einen solchen Passierschein rechtzeitig ausstellen zu lassen, als Bettgestelle für den Wundarzt Christoph Haßfeld am Gasthof Zur Taube abgeladen wurden. Dem vorbeikommenden Tischlermeister Eduard Theodor Stephani konnte er nur dessen Erklärung vorweisen, »acht Bettstellen, einen Kleiderschrank und eine Commode« für seinen eigenen Gebrauch bestellt zu haben.

Interessant ist dabei, dass Barthel, der letztlich mit einer Verwarnung wegen des Versäumnisses davonkam, wiederum im Auftrag des Meubleurs Hoffmann in der Petersstraße handelte, also zu jenen Tischlern gehörte, die die »Einrichtungshäuser« belieferten.

##### 5. Nichtzünftige Konkurrenz: Landmeister, Pfuscher und Manufakturisten

Als »Pfuscher« oder »Störer« wurden solche Handwerker bezeichnet, die sich als Gesellen ohne Erwerb des Meisterrechts meistens auf dem Lande niederließen und oftmals sicher über Jahre hinweg in Ruhe, aber illegal ihre Waren herstellten. Fielen sie der Innung einer Stadt auf und betrachtete diese den nichtzünftigen Kollegen als Konkurrenz, endete ihre Tätigkeit in den meisten Fällen mit einem Berufsverbot. Ein kurfürstlicher Erlass regelte das Problem dergestalt, dass die überwiegende Zahl der Handwerke auf dem Lande fortan nicht mehr ausgeführt werden durfte, um den städtischen Handwerkern den Absatz ihrer Produkte zu sichern. Lediglich bereits existierende Betriebe genossen Bestandsschutz, durften aber nach dem Ableben ihres Inhabers nicht weitergeführt werden.<sup>131</sup>

Der Leipziger Rat erließ schon 1769 eine Verfügung, »daß nur bey denen in Städten wohnenden Tischler Meistern bestellte Tischler-Arbeit hereinzulaßen, keineswegs aber diejenige Arbeit, welche bey Tischlern so in Dörfern oder auf dem Lande wohnen, bestellet worden, in die Stadt zu passiren sey«.

---

129 StadtAL, II. Sektion, K 1235 »Die Leipziger Tischlerinnung gegen den Meubleur Johann August Kriemichen und den Torschreiber Carl Gotthold Böttcher wegen des Hereinlassens der Möbel ohne Passierschein, 1838«, S. 1 ff.

130 StadtAL, II. Sektion, T 924, S. 1 ff.

131 StadtAL, Inn Ti C 7, S. 1 ff.

Noch bis ins 19. Jahrhundert hinein wurden nichtzünftige Konkurrenten von den Leipziger Tischlern verfolgt. So erging es beispielsweise Karl Adolph Karl aus Möckern bei Leipzig im Jahr 1819.<sup>132</sup> Karl hatte Holzteile und Kisten für optische und mechanische Instrumente sowie Gehäuse für Stützhren für den Mechaniker und Optiker Wießner in Leipzig, den Drechslermeister Polle und den Uhrmacher Louis gefertigt, in der Annahme, damit keine Tischlerarbeit herzustellen. Die mit der Untersuchung beauftragten Vogelschen Gerichte zu Möckern tendierten zu der Ansicht, da die von Karl gefertigten Gegenstände im oben genannten Dekret nicht aufgeführt waren, diesem seine Tätigkeit weiterhin zu gestatten, waren sich aber diesbezüglich nicht ganz sicher, da dort ausdrücklich nicht alle von den Tischlern herzustellenden Gegenstände spezifiziert wurden. Im Ergebnis der Weiterreichung der Angelegenheit im Auftrag der Leipziger Tischlerinnung an das Berufsgericht in Dresden wurde Karl seine Tätigkeit untersagt.

Auch im Fall des Tischlergesellen Johann Nepomuck Haase machten die Leipziger Tischler keine Ausnahme.<sup>133</sup> Haase bat 1818 um die Konzession für die Herstellung und den Verkauf von Stuhlgestellen. Er war nach eigenem Bekunden 13 Jahre auf Wanderschaft gewesen und arbeitete nun seit 5 Jahren in Leipzig. Er habe sich schon vor Jahren auf den Bau von Stuhlgestellen spezialisiert und wolle nun gern die Erlaubnis zur Herstellung derselben erhalten. Seine »drückende Armuth« hindere ihn daran, die mit erheblichen Kosten verbundene Meisterprüfung abzulegen. Er führt dazu aus: »Da ich nun außer der vom Tischlerhandwerke erlernten gründlichen Kenntniß auch in der Fertigung schöner und dauerhafter Stuhlgestelle eine nicht unbedeutende Geschicklichkeit erlangt habe, und Leipzig gerade diese Art von Gegenständen aus Mangel tüchtiger und billiger Stuhlgestellfertiger großentheils von fremden Orten beziehen muß«, hatte er die Idee, sich um eine landesherrliche Sondererlaubnis zu bemühen. Die Tischlerinnung reagierte, wie nicht anders zu erwarten, mit einem negativen Gutachten. Haase könne nach 5 Jahren Arbeit in Leipzig genug Geld für die Meisterprüfung gespart haben, die Innungsgesetze erlaubten diese Ausnahme nicht und im Gegenteil wäre die Herstellung von Stuhlgestellen eine der Hauptverdienstquellen der Leipziger Tischler (was, wie bereits gezeigt wurde, nicht der Fall war). Haase sah die geringen Erfolgschancen zur Bewilligung seines Gesuchs ein und gab an, sich um das Leipziger Meisterrecht bemühen zu wollen. Er wurde als Tischlermeister jedoch niemals aktenkundig.

Anders verhielt es sich mit den Landmeistern. Diese konnten nach Erlangung ihres Meisterrechts mit Billigung einer Innung, der sie fortan nicht mehr mit allen Rechten angehörten, außerhalb einer Stadt arbeiten. Eine solche Entscheidung dürfte meistens

<sup>132</sup> StadtAL, II. Sektion, T 816 »Die Tischlerinnung zu Leipzig gegen Karl Adolph Karl zu Möckern wegen Fertigung von Uhrengewänden, 1819«, S. 1 ff.

<sup>133</sup> StadtAL, II. Sektion, H 1214 »Der Tischlergeselle Johann Nepomuck Haase bittet um Konzession zur Fertigung und Verkauf von Stuhlgestellen, 1819«, S. 2–6.

aus dem Wunsch des Kandidaten erwachsen sein, der höheren Besteuerung und den Lebenshaltungskosten der Stadt zu entgehen.<sup>134</sup>

Um sich keine unliebsame Konkurrenz zu schaffen, stellte man jedoch verschiedene Bedingungen an den zukünftigen Landmeister. Ein typischer Fall für die Vorgehensweise der Leipziger Innungstischler ist der 1723 mit Christoff Naumann abgeschlossene Vergleich: »Es hat sich gedachter Christoff Naumann, von seynen Willen bey den gantzen Handwerke angemeldet und gebedhen, daß man Ihn als einen Landt-Meister, zu Groß-Schocher oder Linden-Nau auf und an Nehmen, da er in unser Handwerks Lade, vierundzwanzig Thaler erlegt.«<sup>135</sup> Naumann sagte zu, »das er in der Stadt noch Vor-Stadt einige Arbeit weder annehmen noch verfertigen wolle, bey straffe 10 Schock Groschen, so oft ihm solches erwiesen wird.«<sup>136</sup>

Er verlor also sein Arbeitsrecht in Leipzig, hatte aber weiterhin den Quartalsbeitrag zu zahlen und verpflichtete sich außerdem, illegale Landmeister und Pfuscher in der Stadt zu denunzieren, wenn ihm solche auffallen sollten. Seine Rechte bei der Lehrlingsausbildung und Gesellenhaltung waren eingeschränkt. Erlaubt wurden ihm hingegen der Verkauf seiner Waren auf den Messen und die Anstellung eines Gesellen, jedoch nur zur Ausführung bautischlerischer Aufträge.

Ganz anders erging es hingegen den kräftig Steuern zahlenden Manufakturisten, die bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert ganz modern auf der »grünen Wiese« produzierten. Zu ihnen heißt es im betreffenden Artikel eines kurfürstlichen Erlasses von 1767: »Was hiernächst die Manufakturen und Fabriquen so an keiner Innung gebunden sind, anbelangt: So können wir geschehen lassen, daß, wo dergleichen schon auf dem Lande vorhanden sind, solche fernerweit daselbst bleiben mögen. Neue aber sollten, ohne behörig erlangte besondere Conceßion, auf Dörfern nirgends eingerichtet werden. Dagegen haben diejenigen Fabriquanten, Manufakturisten und Künstler, so etwas vorzügliches, in Sonderheit durch neue Erfindungen leisten, wie überhaupt, also auch, wenn sie ihre Convenienz auf dem Lande finden, sich desfalls alle mögliche Erleichterung zu versprechen.«<sup>137</sup>

Insgesamt lässt sich sagen, dass auswärtige und nichtzünftige Konkurrenz nur ungern geduldet war. Stets hatten die Tischler ein wachsames Auge auf alle Aktivitäten außerhalb der Innung. Sei es, dass die Tischler sächsischer Landstädte und deren

---

134 Franz-Josef Christiani, Schreibmöbelentwürfe zu Meisterstücken Braunschweiger Tischler aus der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, Braunschweig 1979, S. 17. Der Autor führt in diesem Zusammenhang aus, der billigere Lebensunterhalt von Landmeistern im Braunschweiger Raum hätte durch eigene Landwirtschaft, geringere Miet- und Materialkosten sowie durch den Alleinmeisterstatus mit entfallenden Lohnkosten Möbelpreise ermöglicht, gegenüber denen die der Stadtmeister um bis zu 50% höher lagen.

135 StadtAL, Inn Ti C 41, Nr. 61.

136 Ein Schock sind 60 Stück. Da 1 Taler 24 Groschen sind, beläuft sich die Summe auf 25 Taler.

137 StadtAL, Inn Ti C 7, S. 6 f.

Zwischenhändler in Leipzig, die die preiswerteren Waren hier zu verkaufen suchten, mit Recht beargwöhnt und gerichtlich verfolgt wurden, oder dass man den Tauchaer Tischlern die stillschweigende Erlaubnis zum Bau von Stühlen und anderen Sitzmöbeln plötzlich entzog; ganz abgesehen von der leichten Übung, einem Tischlergesellen keine Konzession für die Herstellung einzelner Erzeugnisse zu erteilen, um die man sich sonst wohl niemals gekümmert hätte.

Trotzdem gab es genug Beispiele, wie die Waren der auswärtigen Konkurrenz in Leipzig an den Mann gelangten, ganz abgesehen von den innerzünftigen Konkurrenten, die ab etwa 1830 von sich reden machten und gegen die überhaupt nichts auszurichten war: den Besitzern der ersten Möbelfabriken in Leipzig.

## VI. Zusammenfassung

Historische Forschung vermittelt Fakten, impliziert aber auch Wandel und Entwicklung. So ist die Geschichte der Leipziger Tischlerinnung auf dem Hintergrund sich verändernder Rahmenbedingungen, seien sie politischer oder wirtschaftlich-technischer Art, zu sehen.

Die Innung, die mit einer ganzen Anzahl verbriefter Rechte aus der Zeit des späten Mittelalters in die Periode des Absolutismus und aufkeimenden Kapitalismus eintrat, musste sich verschiedensten Veränderungen stellen und anpassen. Zunächst ein unüberwindbarer und scheinbar bis in die Ewigkeit bestehender Berufsverband, wurde sie im 18. Jahrhundert schrittweise zu einem Instrument territorialstaatlicher Innen- und Wirtschaftspolitik umgeformt. Dem Aufbruch der tradierten politischen Ordnung durch die rasante Entwicklung der Produktivkräfte im darauf folgenden Jahrhundert konnte sie immer weniger entgegensetzen, was in letzter Konsequenz zu ihrer Auflösung führte.

Bis dahin aber nutzte sie alle Möglichkeiten, den Berufsalltag ihrer Mitglieder zu regeln und diese gegen Konkurrenz zu schützen. Das umfasste teilweise auch heute noch übliche Festlegungen zur Ausbildung von der Lehre bis hin zur Erlangung des Meisterrechts. Die wechselnden Bestimmungen zur Herstellung der Meisterstücke vermitteln dabei ein anschauliches Bild hinsichtlich der Vorstellungen der Leipziger Tischler von vorbildlicher Möbelgestaltung, die hier eher konservativ, jedoch stets architektonisch bestimmt waren.

Doch auch Aufgaben wie die Unterstützung sozial schwacher, besonders in Altersarmut lebender Innungsmitglieder oder die finanzielle Vorsorge für den Todesfall gehörten zu den Obliegenheiten des Berufsverbandes.

Der Hauptteil der Aktivitäten bestand allerdings darin, einmal verbrieft Rechte hinsichtlich des eigenen Tätigkeitsbereichs zu behaupten und möglichst zu erweitern sowie



Konkurrenz abzuwehren. Die Strategien reichten dabei von der Inkorporation anderer Handwerke über die friedliche Arbeitsteilung bis hin zu scharfer Konfrontation. Dabei wurde das eigene Berufsbild möglichst genau beschrieben und in zum Teil jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen von dem anderer Gewerke abgegrenzt. Eine besondere Rolle nahm hierbei der bautischlerische Bereich ein, der von der Arbeit der Zimmerleute teilweise nur schwer zu trennen war.

Ein weiterer wichtiger Aspekt war der Warenabsatz. Hier zeigte sich sehr anschaulich eine Entwicklung, beginnend mit der Herstellung von Einzelstücken nach Kundenaufträgen, die zunehmend durch die Fertigung weiterer Produkte für den Messverkauf ergänzt wurde. Zum Ende des 18. Jahrhunderts hin konnten die wirtschaftsstärksten Handwerksbetriebe schon eine breite Palette von Erzeugnissen auf Vorrat produzieren, die sie zunächst nur auf den Messen, später aber auch ganzjährig zum Verkauf anboten. Dies geschah am Beginn des 19. Jahrhunderts über gemeinsam oder allein betriebene Möbelmagazine, zuweilen ergänzt durch Produktkataloge. Dazu kam der Möbelhandel in ersten Einrichtungshäusern, die ihre Waren allerdings oftmals aus billiger produzierenden provinzstädtischen Tischlereien bezogen.

Die Geschichte der Leipziger Tischlerinnung ist von Kontinuitäten, teilweise aber auch gravierenden wirtschaftlichen sowie sozialen Veränderungen und Polarisierungen gekennzeichnet. Sie vermittelt uns ein lebendiges Bild menschlichen Handelns und Wirkens mit Stärken und Schwächen, mit Großzügigkeit, aber auch Mittelmaß und Kleingeist, mit Angst vor Verlust und Mut zur Veränderung.

## Wanderung nach dem Schlachtfelde von Leipzig im October 1813

Ein Augenzeugenbericht zur Völkerschlacht  
von Carl Bertuch

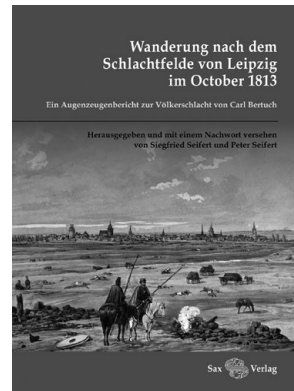
Siegfried Seifert, Peter Seifert (Hrsg.)

ISBN 978-3-86729-116-3

2. Auflage 2013, Format 14 x 19 cm

160 Seiten, gebunden

14,80 €



Ein Augenzeugenbericht vom Kampfplatz der Leipziger Völkerschlacht, den Weimars Verleger und Journalist Carl Bertuch von seiner Oktoberreise nach Leipzig niedergeschrieben hat. Er lag bereits Anfang 1814 gedruckt vor und ist bis heute die erste authentische Kunde vom Ort des Geschehens, von den Gesprächen Bertuchs mit den Kombattanten und seinen ersten Ideen zu einem Denkmal – der »Kapelle der Eintracht«.

Carl Bertuch nahm gezielt und systematisch Informationen über den Verlauf der Kämpfe und den Anteil einzelner Heeresteile und Kampfverbände auf beiden Seiten auf: Augenzeugenberichte, Befragungen von Offizieren, möglichst Stabs-offizieren, Beschaffung von offiziellen militärischen Bulletins zu den einzelnen Tagen der Schlacht, zu den Einzelheiten des Verlaufs der Kämpfe usw. Aus diesen Materialien wächst die sachliche, durch Karten veranschaulichte, Darstellung, die ein objektives, durch Daten und Fakten fundiertes Bild der Völkerschlacht, eine Art Statistik, ergibt. Hierin liegt die militärgeschichtliche Bedeutung dieses Buches. Man kann eigentlich nicht erklären, weshalb Carl Bertuchs Schilderungen zu den Kämpfen des deutschen Schicksalsjahres 1813 in der historischen und militärhistorischen Forschung bis zum heutigen Tag so gut wie keine Rolle gespielt haben.

Über die Autoren:

Siegfried Seifert war langjähriger Mitarbeiter der Klassik-Stiftung Weimar und kam bereits früh mit dem Verlegerwerk von Carl Bertuchs Vater, Friedrich Justin Bertuch, in Berührung. Von 1998 bis 2010 arbeitete Siegfried Seifert als Teilprojektleiter, später wiss. Berater für den Sonderforschungsbereich der Deutschen Forschungsgemeinschaft »Ereignis Weimar – Jena. Kultur um 1800« der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Dort entstanden vor allem Arbeiten zur Buch- und Verlagsgeschichte. Sohn Peter Seifert, langjähriger Berufssoldat, hat sich intensiv mit militärgeschichtlichen Themen beschäftigt.

## Die Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig im Jahr 1863

*Gerald Kolditz*

### Prolog

Die Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis 19. Oktober 1813 endete mit einem entscheidenden Sieg der verbündeten Österreicher, Russen, Preußen und Schweden über die Truppen Napoleons I. und beendete dessen Vormachtstellung in Deutschland und Europa. Mit über 500 000 beteiligten Soldaten aus rund 30 nationalen Ethnien und etwa 100 000 Toten ging sie als größte und verlustreichste Schlacht des 19. Jahrhunderts in die Geschichte ein. Nach den mehrtägigen schweren Kämpfen waren weitere zehntausende Verwundete und Kranke in der Stadt Leipzig und den umliegenden Ortschaften zu versorgen. Da die Militärlazarette und Hospitäler aber aus dem Frühjahrsfeldzug 1813 und zum Teil auch noch aus dem Russlandfeldzug von 1812 bereits ausgelastet waren, gestaltete sich die Situation mit Beginn des Herbstfeldzuges im August 1813 immer dramatischer. Nach neuesten Aktenauswertungen wurden im Leipziger Kreis im November 1813 unvorstellbare 434 530 »Versorgungstage« (medizinische Versorgung, Kleidung und Beköstigung) für verwundete und kranke Militärpersonen in Lazaretten oder bei den Einwohnern registriert.<sup>1</sup> Davon entfielen über 348 000 »Versorgungstage« (für 162 335 Alliierte und 194 147 Franzosen) allein auf das Amt Leipzig, zu dem damals neben vier Städten rund 100 Dörfer mit knapp 50 000 Einwohnern gehörten.<sup>2</sup> Bis zum März 1814 hatte sich diese Zahl zwar auf 98 742 Tagesrationen verringert, aber die Pflege und Ernährung zahlreicher Fremder blieb für Leipzig und Umgebung eine außerordentlich große Belastung. Hinzu kamen Ernteaufälle und enorme Verluste durch Zerstörungen, Ausplünderungen, Schulden und Seuchen im Kriegsjahr 1813, die zum Teil noch Jahrzehnte nachwirkten.

- 
- 1 Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig (im Folgenden: StA-L), 20002 Kreisstände des Leipziger Kreises, Nr. 582; diese Akte enthält Meldungen, Tabellen und Zusammenfassungen über die Anzahl der im Leipziger Kreis gepflegten und medizinisch behandelten Kranken in den Militärlazaretten zwischen dem 19. Oktober 1813 und dem 15. Juni 1814.
  - 2 Ebd.; bei den genannten Zahlen handelt es sich also nicht um absolute Personen, sondern um eine Addierung der Aufenthaltstage der in den Lazaretten und bei den Einwohnern täglich registrierten Verwundeten und Kranken der fremden Truppen in den 14 Ämtern des Leipziger Kreises. Da im lfd. Monat aber häufig Zu- und Abgänge durch Tod, Entlassung oder Verlegung vorkamen, sind daraus kaum genauere absolute Zahlen der Verwundeten zu ermitteln.

Dennoch oder vermutlich gerade deshalb fanden bereits ein Jahr nach der Völkerschlacht nicht nur in Leipzig, sondern auch in zahlreichen anderen deutschen Städten am 18. oder 19. Oktober 1814 Erinnerungsfeiern statt. Sie waren geprägt von Dankgottesdiensten, Freudenfeuern, Festreden und der Vorstellung erster Denkmalsentwürfe.<sup>3</sup> Schon nach wenigen Jahren schien das Interesse an solchen öffentlichen Erinnerungsfeiern aber merklich nachzulassen und erst zum 30-jährigen Völkerschlachtjubiläum 1843 trat der bereits 1814 in Leipzig gegründete Verein zur Feier des 19. Oktober wieder stärker an die Öffentlichkeit. Von nun an waren jährliche Gedächtnisfeiern in Leipzig geplant. Außerdem sollten an wichtigen Stellen des Schlachtfeldes Gedenksteine errichtet werden, von denen bis 1863 im Umfeld von Leipzig tatsächlich sieben, darunter die ersten Apel-Steine, aufgestellt wurden.<sup>4</sup>

### Die Vorbereitungen

Im Jahre 1862 gründete sich unter dem Vorsitz des Leipziger Bürgermeisters Dr. Karl Wilhelm Otto Koch ein »Ausschuss zur Vorbereitung der Feier der Leipziger Schlacht«, der die mit größerem Aufwand als bisher geplanten Jubiläumsfeierlichkeiten im Oktober 1863 organisieren wollte. Im Vorfeld dieser Feiern ergaben sich noch manche Diskussionen und Irritationen, da es für das offizielle Sachsen als Mitverlierer dieses Krieges an der Seite Napoleons auch angesichts der Folgen mit einer beträchtlichen Verkleinerung seines Staatsgebietes ab 1815 wenig Grund zum Feiern gab. Die demokratisch und liberal gesinnten Kräfte hingegen sahen vor allem wegen der Restauration der alten Feudalgesellschaft nach den Befreiungskriegen, der beharrlichen Verweigerung bürgerlicher Freiheiten und Grundrechte einschließlich verfassungsrechtlicher Mitbestimmung sowie der andauernden Zersplitterung Deutschlands keinen Anlass zum Feiern. Und schließlich galten auch die Hauptmächte der damaligen Allianz gegen Napoleon als Hort von Reaktion und Militarismus, zumal sich besonders Russland, Österreich und Preußen wenige Jahre zuvor bei der gewaltsamen Zerschlagung der revolutionären Bewegungen von 1848/49 hervorgetan hatten. Seit Mitte 1863 war Russland gerade dabei, den dritten Nationalaufstand der Polen für ihre Unabhängigkeit blutig zu unterdrücken. Andererseits gab es unter den Liberalen und Demokraten auch Kräfte, die solche Anlässe als Impuls für die in den 1860er-Jahren erneut anschwellende nationale Einigungsbewegung begrüßten und die den vor allem von den Turner-, Schützen- und Sängervereinen forcierten Drang zur Einheit Deutschlands damit befördern wollten.

---

3 Steffen Poser, Soll es gesehen werden, muß es groß und herrlich seyn ... Völkerschlacht-Erinnerung und Ideen für ein Völkerschlachtdenkmal, in: Völkerschlachtdenkmal, hrsg. vom Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig, Leipzig 2003, S. 44–63, hier S. 46.

4 Ebd., S. 54.

Bereits im August 1863 hatte die Deutsche Turnerschaft zu Ehren der 50. Wiederkehr der Befreiungskriege ihr nationales Turnfest in Leipzig veranstaltet. Einmal mehr beschworen tausende Turner aus allen Teilen Deutschlands die Einheit der deutschen Nation und gedachten der für dieses Ziel Gefallenen der Völkerschlacht.

An den Planungen für die Jubiläumsfeier im Oktober 1863 wurde daher festgehalten. Bereits am 1. November 1862 bildete man ein »Centralcomité für die Feier des 18. und 19. Oktober 1863«. An diesem Tag wurden namhafte Persönlichkeiten aus der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft wie der Leipziger Kreisdirektor Carl Ludwig Gottlob von Burgsdorff, Bürgermeister Dr. Carl Wilhelm Otto Koch, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Hermann Joseph, der Rektor der Universität Prof. Dr. Otto Linné Erdmann, Prof. Dr. Heinrich Wuttke, Dr. Theodor Apel, Gustav Harkort und Heinrich Brockhaus in das Zentralkomitee gewählt.<sup>5</sup> Dann vergingen viele Monate, ohne dass konkrete Schritte zur Vorbereitung der Veranstaltung in den Akten des Stadtrates nachweisbar sind. Erst reichlich einen Monat vor der Gedenkfeier lud der Rat der Stadt Leipzig gemeinsam mit dem Magistrat der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin am 14. September 1863 schriftlich über 100 Städte aus allen Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes einschließlich Österreich, Luxemburg und Lichtenstein für den 18. und 19. Oktober zu einem *Volksfest im höchsten Sinn des Wortes* auf dem Leipziger Schlachtfeld ein.<sup>6</sup> Wegen der knappen Zeit wurden nur die Landes- und Bezirkshauptstädte angeschrieben, diese jedoch darum gebeten, die übrigen Städte im jeweiligen Gebiet über die Einladung zu informieren bzw. diese weiter zu verteilen. Die Fristen waren nun außerordentlich kurz, denn schon am 23. September sollten sich ein bis zwei Vertreter jeder Stadt bei dem in Leipzig angesiedelten Zentralkomitee im Rathaus versammeln. Der von diesem Gremium eingerichtete Festordnungsausschuss hatte bereits ein detailliertes Programm ausgearbeitet, welches das Zentralkomitee am 24. September 1863 endgültig beschloss. Gleichzeitig wurde ein Ausschuss aus dem Kreis der angereisten Deputierten der Städte gebildet, der mit dem seit 1862 bestehenden lokalen Festkomitee die unmittelbare Organisation der Jubiläumsfeiern vornehmen sollte.<sup>7</sup> Mit den teilnehmenden Städten wurde vereinbart, dass sie sich entsprechend ihrer Einwohnerzahl anteilig an den Festkosten beteiligen. Bei den Beratungen des Zentralkomitees am 23. und 24. September 1863 in Leipzig waren zahlreiche Vertreter anderer Städte anwesend. Es wurde beschlossen, bis zu den Feierlichkeiten im Oktober 1863 sämtliche noch lebende deutsche Veteranen der Völkerschlacht von den teilnehmenden Städten ermitteln zu lassen und diese nach Leipzig einzuladen. Darüber hinaus konnten Persönlichkeiten, die sich während der Befreiungskriege um das »Vaterland« besonders verdient gemacht hatten, als Ehrengäste eingeladen werden. Für beteiligte Städte (»Festgeber«) unter 100 000 Ein-

5 Stadtarchiv Leipzig (im Folgenden: StadtAL), Tit. LXIII, Nr. 12 a.

6 StA-L., 20626 Stadt Taucha, Nr. 1595.

7 Ebd.

wohnern wurde die Personenzahl ihrer Abordnung (»Deputierte«) nach Leipzig gestaffelt. So durften Städte mit weniger als 20 000 Einwohnern nur zwei Deputierte, solche bis 50 000 vier und Städte zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern sechs Vertreter nach Leipzig entsenden.<sup>8</sup> Am 14. September 1863 wurde als Etat für Dekoration bzw. Festschmuck eine Summe von insgesamt 2 100 Talern veranschlagt. Dafür waren unter anderem 5 600 Ellen Schwellen, Säulen, Banden und Rahmen, 128 Zäune und Balken, 50 Fahnenstangen, 4 000 Ellen Fußboden und 1 700 Ellen Verschalung zu beschaffen.<sup>9</sup> Dieses Material sollte vor allem zum Bau einer rund 50 Meter langen und 25 Meter breiten Sänger- und Musikertribüne auf dem Marktplatz verwendet werden. Für diese Aufgaben war im Auftrag des Zentralkomitees ein Dekorationsausschuss zuständig. Am 25. September 1863 wurde vom Festausschuss, dessen Vorsitz nach wie vor der Leipziger Bürgermeister Dr. Koch innehatte, ein gedruckter Aufruf »An die Veteranen der Leipziger Völkerschlacht« verfasst, die mit herzlichen Worten nach Leipzig eingeladen wurden.<sup>10</sup> Dies galt jedoch nur für frühere Soldaten und Offiziere, die 1813 bis 1815 auf der »richtigen Seite« gekämpft hatten bzw. rechtzeitig vor oder während der Völkerschlacht ins Lager der Verbündeten übergetreten waren. Sofern dazu keine Urkunden vorlägen, sollten sie sich von ihren Gemeindebehörden eine Bescheinigung darüber ausstellen lassen, dass sie 1813 bei Leipzig in einem der verbündeten Heere gekämpft hatten.<sup>11</sup> Dieser Aufruf und das Programm wurden umgehend den »deutschen Gemeindebehörden und den Organen der deutschen Presse« mit der Bitte um schnellstmögliche Verbreitung zugeleitet.<sup>12</sup> Dass die Städte innerhalb von nur drei Wochen die noch lebenden Veteranen der Völkerschlacht in ihrem Einzugsbereich ermitteln und bis zum 8. Oktober in Leipzig anmelden sollten, ist ebenso erstaunlich wie die aus heutiger Sicht äußerst kurz bemessene Zeitspanne von einem Monat für die Vorbereitung der aufwändigen Jubiläumsfeiern. Aus der mitveranstaltenden Stadt Berlin meldeten sich immerhin 338 Veteranen der Völkerschlacht in Leipzig an, aus den kleineren Städten dagegen oft nur wenige. Aus dem benachbarten Halle lagen 17, aus Altenburg und Potsdam jeweils 16, aus Görlitz zwölf, aus Brünn und Eilenburg jeweils acht und aus Dessau fünf Anmeldungen von Veteranen vor. Relativ stark war die Beteiligung mit 23 Veteranen aus Stettin, während aus größeren Städten wie Hamburg, Darmstadt, Augsburg, Nürnberg, Bremen und Braunschweig nur ein bis zwei Personen ihre Teilnahme zusagten.<sup>13</sup> Diese geringe Beteiligung einiger Regionen resultierte zum einen aus dem Umstand, dass die Truppen der süd- und westdeutschen Rheinbundstaaten bis zum Herbst

---

8 Ebd.

9 StadtAL, Tit. LXIII, Nr. 12 a.

10 StA-L, 20626 Stadt Taucha, Nr. 1595.

11 Ebd. (Aufruf »An die Veteranen der Leipziger Völkerschlacht« vom 25. September 1863).

12 Ebd.

13 StadtAL, Tit. LXIII, Nr. 12 m.

1813 an der Seite Napoleons gekämpft und die nordwestdeutschen Territorien um Bremen und Hamburg seit 1810 zum Kaiserreich Frankreich gehört hatten. Daneben erreichten die Stadt Leipzig auch Briefe von Veteranen, die aus gesundheitlichen oder aus Kostengründen absagen mussten.<sup>14</sup> Schließlich war es dem Festordnungsausschuss nur in einigen Fällen gelungen, mit den außersächsischen Eisenbahndirektionen für die betagten Veteranen und Ehrengäste Fahrpreismäßigungen auszuhandeln.<sup>15</sup> Lediglich die sächsischen Staatsbahnen hatten den regulären Fahrplan durch zahlreiche Sonderzüge nach Leipzig erweitert und mit Genehmigung des Finanzministeriums für den Zeitraum vom 17. bis 21. Oktober allen Ehrengästen und Veteranen freie Rückfahrt gewährt und damit den Fahrpreis halbiert.<sup>16</sup>

Das am 24. September 1863 beschlossene Festprogramm sah für den 18. und 19. Oktober unter anderem Festgottesdienste, Musik- und Theateraufführungen, Auftritte von Männerchören, Festreden und gemeinsame Gesänge, Oktoberfeuer auf dem Schlachtfeld, einen Festzug, die Grundsteinlegung eines Nationaldenkmals zur Erinnerung an die Völkerschlacht, die Enthüllung des Friccius-Denkmal an der Stelle des früheren äußeren Grimmaischen Tores, gemeinsame Festmahle und einen abendlichen Fackelzug durch die Stadt vor.<sup>17</sup> In kürzester Zeit musste nun das um einige Mitglieder anderer Städte verstärkte Leipziger Organisationskomitee die Feinplanung und Organisation der Jubiläumsveranstaltung übernehmen. Dazu wurden weitere Spezial- und Unterausschüsse wie ein Festordnungsausschuss, ein Bauausschuss, ein Musikausschuss, ein Ausschuss für die Gestaltung des Festzuges sowie ein Frauenkomitee eingerichtet, in denen über 60 Leipziger ehrenamtlich an den Vorbereitungen mitwirkten.<sup>18</sup> Die Stadt Leipzig erklärte sich bereit, die Kosten für die Unterbringung der Gäste (Veteranen und Ehrengäste) und offiziellen Deputierten der Städte sowie für die Beleuchtung der städtischen Gebäude zu übernehmen. Die darüber hinaus anfallenden Kosten sollten paritätisch auf die beteiligten Städte aufgeteilt und diesen Anfang 1864 durch den Leipziger Rat in Rechnung gestellt werden.<sup>19</sup> Nicht alle angeschriebenen deutschen Städte signalisierten ihre Mitwirkung, wobei die Kostenbeteiligung nicht die entscheidende Rolle gespielt haben dürfte. So lehnten die Städte Hof, Landshut und Darmstadt ihre Teilnahme wegen der zu kurzfristigen Einladung als »verspätet« ab und andere Städte wie Rendsburg verwiesen auf eigene Oktoberfeiern zur Völkerschlacht.<sup>20</sup> Zudem bestanden teilweise grundsätzliche Bedenken oder politische Vorbehalte gegenüber dem bis zuletzt Napoleon treu ergebenen Königreich Sachsen, sodass manche Bundesstaaten oder

14 StadtAL, Tit. LXIII, Nr. 12 e.

15 StadtAL, Tit. LXIII, Nr. 12 d.

16 Dresdner Journal vom 16. Oktober 1863, S. 174.

17 StadtAL, Tit. LXIII, Nr. 12 d.

18 StadtAL, Tit. LXIII, Nr. 12 g.

19 StadtAL, Tit. LXIII, Nr. 12 d.

20 StadtAL, Tit. LXIII, Nr. 12 b, Vol. 1.

Städte die geplanten Jubiläumsveranstaltungen gerade hier nicht unterstützen wollten. Trotz der tatsächlich kurzen Frist von knapp fünf Wochen sagten jedoch viele Städte ohne Umschweife ihre Beteiligung zu. Dazu gehörten Eisenach, Karlsruhe, Mainz, Offenbach, Hannover, Graz, Oldenburg, Rostock, Tübingen, Stargard, Wiesbaden und Pforzheim.<sup>21</sup> Allein aus Wien hatten zehn Veteranen von 1813, die später einen Generalsrang bekleideten (bzw. Feldzeugmeister und Feldmarschalleutnants), ihre Anreise nach Leipzig angekündigt.<sup>22</sup> Aus dem Königreich Bayern beteiligten sich nur Augsburg und Kaiserslautern<sup>23</sup> und aus Köln beklagte sich ein Veteran von 1813 darüber, dass seine Stadt nur aus Furcht, die Franzosen zu verletzen, nicht an den Gedenkfeiern in Leipzig teilnehmen wollte.<sup>24</sup> Die meisten Deputierten kamen aus sächsischen und preussischen Städten. Allerdings sagten auch in Sachsen mehrere Städte ihre Teilnahme aus verschiedenen Gründen ab. So entschieden z.B. die Stadträte von Werdau, Meißen, Meerane, Bautzen, Schneeberg, Zittau und Löbnitz, sich nicht an der Leipziger Feier zu beteiligen.<sup>25</sup> Die Stadt Hohenstein beschloss, anstelle einer eigenen Feier oder einer Abordnung nach Leipzig »eine öffentliche Speisung von Ortsarmen zu veranlassen«.<sup>26</sup> Die ganze Zerrissenheit in der Frage der Teilnahme an bzw. Durchführung von Oktoberfeiern in Sachsen zeigen die Beispiele Chemnitz und Löbau. In Löbau hatte der Stadtrat mehrheitlich beschlossen, sich an der Feier in Leipzig zu beteiligen und eine Deputation zu entsenden, aber die Stadtverordneten lehnten dieses Vorhaben wenig später mit »... Rücksicht auf die trüben Erinnerungen, die sich für Sachsen an diese Feier knüpfen« ab.<sup>27</sup> In Chemnitz wurde eine eigene Oktoberfeier mit zahlreichen Einzelveranstaltungen geplant und daher eine Teilnahme an der zentralen Gedenkveranstaltung in Leipzig abgesagt, was wiederum zu Protesten und tätlichen Angriffen auf einzelne Mitglieder des Ratskollegiums führte.<sup>28</sup>

Unabhängig davon wurde schon ab Ende September damit begonnen, zentrale Leipziger Plätze, Straßen und Gebäude mit Fahnen, Girlanden und Kränzen zu schmücken. Binnen weniger Tage wurden Ehrenpforten, Schmuckkandelaber und Fahnenmasten aufgerichtet, um der Stadt ein festliches Gepräge zu verleihen. Entlang der Promenaden rund um die Innenstadt waren durch Girlanden aus Moos die Namen von 26 deutschen Militärführern und Patrioten des Befreiungskrieges wie Blücher, Bülow, Scharnhorst, Schill, Kleist, Lützow, Körner, Schwarzenberg, Fichte, Arndt, Jahn, Humboldt, Stein und York geformt worden. Besonders markant war ein großer hölzerner Siegesbogen,

---

21 Ebd.

22 *Dresdner Journal* vom 15.10.1863, S. 969.

23 *StadtAL*, Tit. LXIII, Nr. 12 m.

24 *Dresdner Journal* vom 22. Oktober 1863, S. 993.

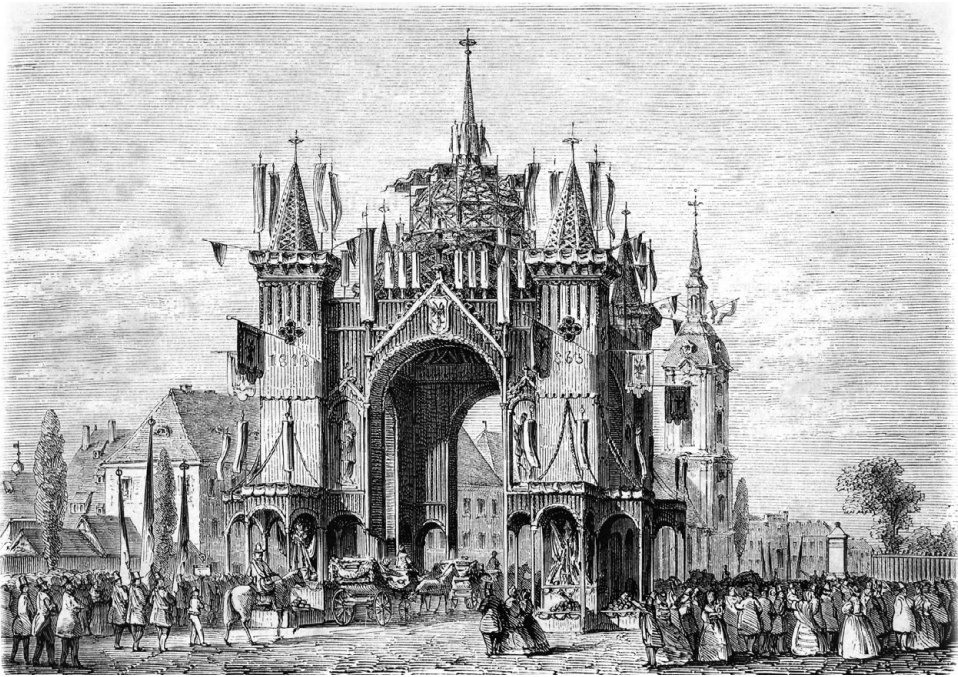
25 *Dresdner Journal* vom 6. bis 14. Oktober 1863.

26 *Dresdner Journal* vom 16. Oktober 1863, S. 973.

27 *Dresdner Journal* vom 8. Oktober 1863, S. 945.

28 *Dresdner Journal* vom 9. Oktober 1863, S. 949.





*Abb. 1: Ehrenpforte (Siegesbogen) am Standort des früheren äußeren Grimmaischen Tores (Die Gartenlaube Nr. 46/1863, S. 725)*

der nach Entwürfen und unter Anleitung des Leipziger Architekten Oskar Mothes an der Stelle des alten Grimmaischen Tores errichtet worden war. Dieser wurde von vier Türmen flankiert, die mit Laubgewinden, Girlanden und schwarz-rot-goldenen Fahnen sowie dem Reichsadler [I] dekoriert waren und damit eine deutliche nationalstaatliche Symbolik offenbarten (*Abb. 1*). In unmittelbarer Nähe des Siegesbogens, der auch als Ehrenpforte bezeichnet wurde, befand sich das zu Beginn der Festlichkeiten noch verhüllte Denkmal für die Königsberger Landwehr, die am 19. Oktober 1813 unter Major Carl Friedrich Frickius als erste Einheit der Verbündeten an dieser Stelle durch das Äußere Grimmaische Tor in die Stadt eindrang. Das Denkmal selbst stiftete die Stadt Leipzig, während das bronzenes Porträtmedaillon mit Major Frickius vom Bildhauer Hermann Schievelbein geschaffen und von der Stadt Berlin finanziert wurde.<sup>29</sup> Bereits seit 1861 hatte der Leipziger Rechtsgelehrte und Literat Dr. Theodor Apel (1811–1867) auf seine Kosten an markanten Orten des Schlachtgeschehens rechteckige Säulen aus Sandstein (ähnlich den Marksteinen) herstellen lassen, welche die Standorte der franzö-

29 Steffen Poser, *Denkmale zur Völkerschlacht*, Leipzig 2009, S. 74.

sischen oder der verbündeten Truppen mit Angaben zu deren Stärke und Bezeichnung, deren Heerführer und dem Datum der Kämpfe auswiesen. Bis 1864 waren bereits 44 solcher »Apelsteine« rund um Leipzig aufgestellt worden. Theodor Apel wurde für diese Initiative und seine sonstigen Verdienste um die Geschichte der Völkerschlacht im Zuge des 50-jährigen Jubiläums am 16. Oktober 1863 von fünf bekannten Leipzigern privat mit einem silbernen Eichenkranz und einer von mehreren hundert Verehrern unterzeichneten Adresse geehrt.<sup>30</sup> Vom 16. bis 21. Oktober wurde vom Verein zur Feier des 19. Oktobers in den Räumen der Leipziger Stadtbibliothek, die sich damals im Gewandhaus befand, eine bis dahin einmalige Sammlung von zwei bis dreitausend Dokumenten und Erinnerungstücken zur Völkerschlacht gezeigt. Der Vereinsvorsitzende Dr. Emil Naumann war zugleich Stadtbibliothekar und konnte neben Stücken aus »seiner« Bibliothek auf bedeutende Sammlungen von Leipziger Bürgern zurückgreifen, die bereitwillig ihre Exponate zur Verfügung stellten.<sup>31</sup> Neben zahlreichen Aufrufen, Befehlen, Erlassen und Handschriften von Regenten, Heerführern und sonstigen Persönlichkeiten aus der Zeit der Befreiungskriege waren hier deren Porträts, Schlachtdarstellungen und Schlachtpläne, Karikaturen und Spottgedichte, Uniformen, Waffen, Munition, Dekorationen, Orden, Medaillen, Münzen, Amulette und zeitgenössischer Hausrat gegen eine Eintrittsgebühr von fünf Neugroschen zu sehen. Darunter befanden sich auch die Totenmaske Napoleons, der Dolch seines Leibmamelucken Rustam, eine Laute Theodor Körners und ein von seiner Schwester Emma gemaltes Porträt als Lützower Jäger.<sup>32</sup> Als besondere Trophäen wurden Napoleons silbernes Essbesteck, welches er auf seinem Rückzug von Leipzig im thüringischen Vacha zurückgelassen hatte, sowie zwei Hufeisen seines Schimmels gezeigt.<sup>33</sup> Zahlreich waren auch die Veröffentlichungen anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiungskriege in Form von illustrierten Büchern und Mappen mit den Porträts von bedeutenden Persönlichkeiten dieser Zeit sowie Schlachtdarstellungen. Sie wurden seit dem Frühjahr und verstärkt im Herbst 1863 in Leipziger Tageszeitungen und überregionalen Zeitschriften offeriert. Genannt seien hier stellvertretend das großformatige Porträtalbum »Männer aus den Freiheitskriegen«, das illustrierte Musikalbum »Der achtzehnte October« mit vaterländischen Liedtexten und das »Gedenk-Blatt zur Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig am 16. bis 19. October 1813« mit Originalzeichnungen von August Beck.<sup>34</sup> Der Verlag Otto Spamer in Leipzig gab in zweiter Auflage »zum Gedächtnis an die September- und Octobertage 1813« ein »Vaterländisches Ehrenbuch« mit Schilderungen der Befreiungskriege 1813 bis 1815

30 Illustrierte Zeitung vom 31. Oktober 1863, S. 318.

31 Ebd., S. 319.

32 Ebd.

33 Wissenschaftliche Beilage der Leipziger Zeitung, Nr. 85 vom 22. Oktober 1863, S. 367 f. Im Übrigen bemühte sich der Verein zur Feier des 19. Oktober im Anschluss um die Einrichtung einer dauerhaften Ausstellung der umfangreichen Zeugnisse aus dem Jahr 1813 in Leipzig.

34 Illustrierte Zeitung vom 19. September 1863, S. 220.

Abb. 2: Festkarte für Deputierte, hier für Bürgermeister Lindner aus Taucha (StA-L, 20626 Stadt Taucha, Nr. 159)



und 160 Abbildungen heraus und im Verlag Meinhold & Söhne aus Dresden erschien wegen der großen Nachfrage bereits in dritter Auflage die Gedenkschrift »Feldmarschall Blücher und der deutsche Befreiungskrieg«.<sup>35</sup> Auch der Vorsitzende des Vereins zur Feier des 19. Oktober Emil Naumann legte im Auftrag seines Vereins 1863 ein Buch mit dem Titel »Die Völkerschlacht bei Leipzig. Nebst Nachrichten von Zeitgenossen und Augenzeugen über dieselbe« vor. Außerdem wurden auf Privatinitiative Gedenkmedaillen und »Denkmünzen« in Gold, Silber, Bronze und Zinn als Erinnerungszeichen herausgegeben.<sup>36</sup>

### Die Gedenkfeiern

Bereits am Abend des 16. Oktober 1863 wurden trotz Regenwetter fünf große Freudenfeuer an markanten Punkten des Schlachtfeldes vom 16. Oktober 1813 bei Wachau, auf dem Galgenberg, auf dem Liebertwolkwitzer Berg, auf dem Kolmberg und auf der Höhe bei Möckern entzündet. In Möckern selbst fand an diesem Tag noch eine gesonderte Gedenkfeier mit den Gesangvereinen der umliegenden Ortschaften statt.<sup>37</sup>

Die meisten Deputierten, Ehrengäste und Veteranen waren bereits im Verlauf des 17. Oktober 1863 in Leipzig eingetroffen (Abb. 2). Sie wurden an den Bahnhöfen von Turnerknaben erwartet und durch diese zu ihren Quartieren begleitet. Der Empfang

<sup>35</sup> Dresdner Journal vom 16. Oktober 1863, S. 174.

<sup>36</sup> StadtAL, Tit. LXIII, Nr. 12 a.

<sup>37</sup> Dresdner Journal vom 20. Oktober 1863, S. 985.

soll besonders für die betagten Veteranen der Völkerschlacht äußerst herzlich gewesen sein. Zeitgenössischen Berichten zu Folge begegneten ihnen die Leipziger mit großer Ehrfurcht und erwiesen ihnen jegliche Hilfe.<sup>38</sup> Sie wurden z.B. kostenlos mit Fiakern befördert, bekamen ihr Gepäck getragen und erhielten meistens freie Kost und Logis von ihren Quartierwirten. Auch unmittelbare materielle Hilfe wurde bedürftigen Veteranen in Leipzig zuteil. So trafen am Vortage der Gedenkfeiern zwei anonym gebliebene Herren einen ärmlich gekleideten Veteranen auf der Straße, sprachen ihn an und nahmen ihn in ein Kleidermagazin mit. Dort ließen sie ihn völlig neu einkleiden und kauften ihm noch Stiefel und Mütze dazu.<sup>39</sup> Am Abend des 17. Oktober fand ein erstes geselliges Beisammensein mit rund 800 Veteranen im Schützenhaus an der Wintergartenstraße statt. Einige Teilnehmer der Völkerschlacht begegneten den früheren Kameraden ihrer Einheit erstmals nach fünf Jahrzehnten wieder.

Programmgemäß wurden die Feierlichkeiten am Sonntag, dem 18. Oktober, 6 Uhr morgens »durch Weckruf und Geläute aller Glocken«, das Trommeln des Turnerkorps und Geschützböller eröffnet. Danach fanden ab 9 Uhr die Festgottesdienste in den Leipziger Kirchen aller Religionsgemeinschaften statt, bevor mittags auf dem Marktplatz ein »Te Deum« (christlicher Lob-, Dank- und Bittgesang) durch die vereinigten Leipziger Männergesangsvereine erklang.<sup>40</sup> 25 000 bis 30 000 Zuhörer erlebten hier unter der Leitung von Kapellmeister Karl Reinicke den Chorgesang von 800 Männerstimmen, für deren Auftritt eine riesige Tribüne an der Ostseite des Marktes errichtet worden war. Neben den Leipziger Chören waren noch solche aus Berlin und Dresden angereist. Danach sangen die Damen der gemischten Chöre das »Halleluja« aus Georg Friedrich Händels »Messias« und zum Schluss erklang der von Ernst Moritz Arndt gedichtete und von Hans Georg Nägeli 1813 komponierte Lobgesang »Nun danket alle Gott«, der von dem versammelten Publikum mit angestimmt wurde.<sup>41</sup> Eine zweite Gesangsaufführung am gleichen Ort folgte 15 Uhr, bei der vor allem »vaterländische Lieder« von Ernst Moritz Arndt und Theodor Körner sowie Militärmärsche aus den Befreiungskriegen erklangen<sup>42</sup> (*Abb. 3*). Unter dem Vorsitz des Leipziger Vizebürgermeisters Paul Theodor Cichorius versammelten sich 16 Uhr die Städtevertreter zu einer Sitzung im Saal der ersten Bürgerschule, um über die Modalitäten zur Errichtung eines großen Denkmals bei Stötteritz zur Erinnerung an die Völkerschlacht zu beraten. Dazu wurde ein Ausschuss aus Vertretern von 22 Städten, darunter Leipzig und Dresden, acht preußischen und drei österreichischen Großstädten, gebildet. Auf dieser Tagung berichtete der Leipziger Bürgermeister Dr. Otto Koch über den Plan zur Gründung

38 Die Gartenlaube Nr. 45/1863, S. 712f.

39 Illustrierte Zeitung vom 31. Oktober 1863, S. 322.

40 StA-L, 20626 Stadt Taucha, Nr. 159.

41 Die Gartenlaube Nr. 45/1863, S. 715.

42 Illustrierte Zeitung vom 31. Oktober 1863, S. 316f.

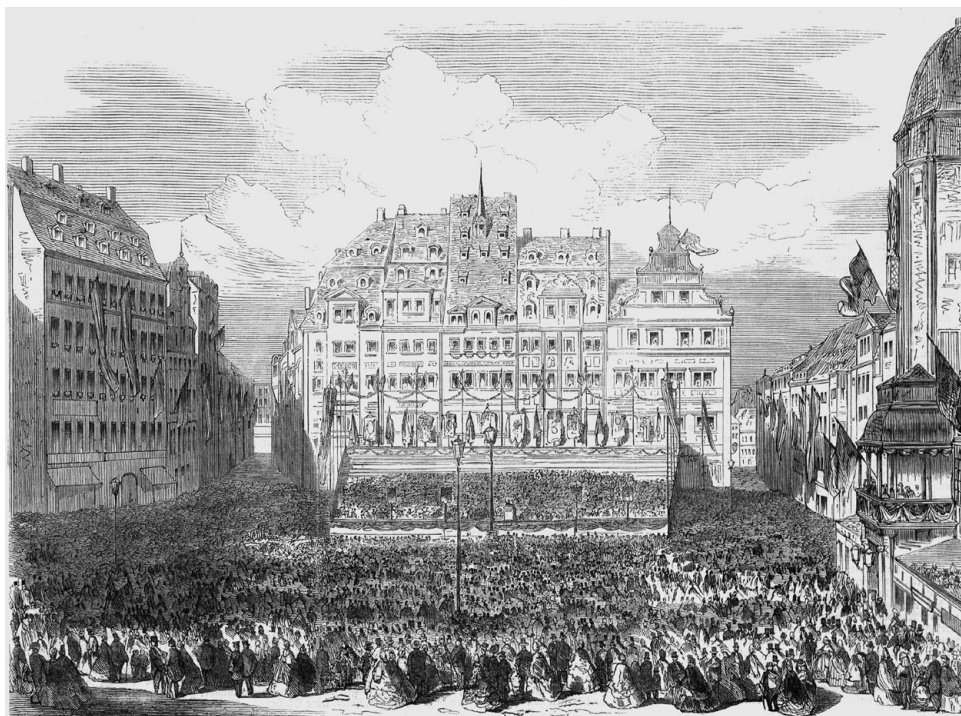


Abb. 3: Tribüne für die Gesangsdarbietungen am 18. Oktober 1863 auf dem Markt (Illustrierte Zeitung Nr. 1061/1863, S. 316)

eines deutschen Städtetages, »um in die Verwaltung der Städte mehr Übereinstimmung zu bringen, namentlich an dem Grundsatz der Selbstverwaltung festzuhalten und auf diesem Wege die Idee der deutschen Einheit zu fördern«.<sup>43</sup> Dabei sollten die Städte untereinander in Erfahrungsaustausch treten, um das Gute der einen Stadt auch in anderen Städten zur Anwendung bringen zu können. Nach längerer Verhandlung wurde Dr. Koch mit den notwendigen Vorarbeiten zur Gründung eines solchen Gremiums bestimmt, der die Vertreter der Städte Wien, Berlin, Hannover, Kassel, Mainz, Karlsruhe, Stuttgart, Augsburg, Weimar und Oldenburg in das Vorbereitungskomitee berief.<sup>44</sup> Somit wurde Leipzig auch zur Wiege des bis heute bestehenden Städte- und Gemeindetages, auch wenn dessen eigentliche Gründung erst lange nach der Reichseinigung im Jahr 1903 in Dresden erfolgte.

<sup>43</sup> Ebd., S. 318.

<sup>44</sup> Dresdner Journal vom 21. Oktober 1863, S. 988.



*Abb. 4: Brückensprengungsdenkmal im Jahr seiner Einweihung 1863 (Illustrierte Zeitung Nr. 1059/1863, S. 288)*

Ab 17.30 Uhr begann die Festvorstellung im Theater, zu der sämtliche Deputierten der Städte und Veteranen freien Eintritt hatten, mit der »Jubel-Ouvertüre« von Carl Maria von Weber. Im Hauptprogramm lief das patriotische Drama »Die Hermannsschlacht« von Heinrich von Kleist.<sup>45</sup> Da das Theater nicht alle Festgäste aufnehmen konnte, fanden zur gleichen Zeit im Gewandhaus und in der Zentralhalle musikalische Aufführungen mit Werken von Mendelssohn, Beethoven und Weber statt.<sup>46</sup> Danach folgte ein großer Fackelzug mit knapp 10000 Teilnehmern (auch mit Windlichtern und schwarz-rot-goldenen Lampions) durch die Straßen der Stadt, der von Organisationen aus Leipzig und Umgebung durchgeführt wurde. Er führte an der mit den Veteranen besetzten Tribüne vorbei zum Augustusplatz. Von mehreren Punkten des früheren Schlachtfeldes rund um Leipzig ertönten Böllerschüsse und leuchteten zahlreiche weithin sichtbare symbolische Wachfeuer auf kleinen Erhebungen.

<sup>45</sup> Letztere erlebte erst 1860 ihre Uraufführung und wurde wegen der Bezüge zur Befreiung von der »Franzosenherrschaft« von den Veranstaltern für diesen Anlass ausgewählt.

<sup>46</sup> Illustrierte Zeitung vom 31. Oktober 1863, S. 318.

Der 19. Oktober (Montag, ein Feiertag mit Arbeitsruhe) begann zunächst mit einem Zug von Vertretern des lokalen Vereins zur Feier des 19. Oktober durch das Stadtzentrum zum Ranstädter Steinweg/Ecke Thomasiusstraße, um hier nahe der kleinen Funkenburg am linken Ufer des Elstermühlgrabens gegen 8 Uhr ein vom Verein gestiftetes Denkmal zur Erinnerung an die verhängnisvolle Sprengung der Elsterbrücke vor 50 Jahren zu enthüllen. Am Brückensprengungsdenkmal hielt der Vereinsvorsitzende Dr. Emil Wilhelm Robert Naumann eine kurze Ansprache, übergab das Denkmal offiziell der Stadt Leipzig, wofür sich ein anwesender Stadtrat bedankte. Nach der Weihe des Denkmals durch einen Geistlichen endete die Feier mit dem gemeinsamen Gesang der Anwesenden<sup>47</sup> (*Abb. 4*). Zu diesem Zeitpunkt waren in der Innenstadt bereits zahlreiche Schaulustige unterwegs, um sich gute Plätze an der Wegstrecke des ab 10 Uhr beginnenden großen Festzuges zu sichern. Der aus rund 20 000 Teilnehmern bestehende Festzug sammelte sich auf dem Königsplatz und Rossplatz und zog unter dem Jubel von über 100 000 Zuschauern zunächst durch die Innenstadt. An seiner Spitze ritten die Mitglieder des Festausschusses mit schwarz-rot-goldenen Schärpen, gefolgt von den Leipziger Reitvereinen, den Turnvereinen, Schulen und Gymnasien. Nach den Schülern und Lehrern folgten 50 weiß gekleidete und grün bekränzte Ehrenjungfrauen, welche den begeistert begrüßten und mit Blumen und Kränzen beworfenen Veteranen von 1813 voranschritten. Die ältesten und schwächsten Veteranen fuhren in 77 festlich geschmückten offenen Wagen, die Privatleute aus Leipzig und Umgebung zur Verfügung gestellt hatten (*Abb. 5*). Der größere Teil der Veteranen machte den anderthalbstündigen Festzug zu Fuß mit. Auch zwei alte Marketenderinnen und die Bauersfrau Johanna Häusser, die Theodor Körner nach seiner Verwundung in Kitzen am 17. Juni 1813 in ihrem Haus in Großzschocher versteckt und gepflegt hatte, befanden sich inmitten des Zuges. Als einer der prominentesten Vertreter der Veteranen war der fast 84-jährige preußische General Ernst von Pfüel aus Berlin angereist.<sup>48</sup> Auf die Veteranen folgten die Mitglieder des Leipziger Schützenbundes mit ihren Fahnen und die Vertreter der beteiligten Städte in schwarzer Festkleidung mit weißen Krawatten, wobei die Wiener, Berliner und Leipziger Deputationen von Stadtdienern in Galauniform begleitet wurden. Danach schlossen sich die Leipziger Geistlichen, die Professoren und Studenten der Leipziger Universität sowie Abgeordnete anderer Universitäten mit ihren Fahnen, die Vertreter der Landgemeinden der 1813 umkämpften Orte, die Leipziger Innungen, Korporationen, Vereine und Gesellschaften mit ihren Gewerbe- und Vereinszeichen

47 Illustrierte Zeitung vom 31. Oktober 1863, S. 318.

48 Ernst Heinrich von Pfüel (1779–1866) befehligte 1813 in russischen Diensten ein Kosakenkorps, war 1815 im Generalstab von Feldmarschall Blücher sowie zeitweise Kommandant von Paris und Köln. Er galt als liberaler Reformator, Begründer des Militärschwimmsports sowie als Erfinder des Brustschwimmens. 1848 wurde er kurzzeitig Gouverneur von Berlin und im September des gleichen Jahres preussischer Ministerpräsident und Kriegsminister. Er war einer der höchst dekorierten preussischen Generale und galt 1863 in Leipzig als Vorkämpfer für die deutsche Einheit.



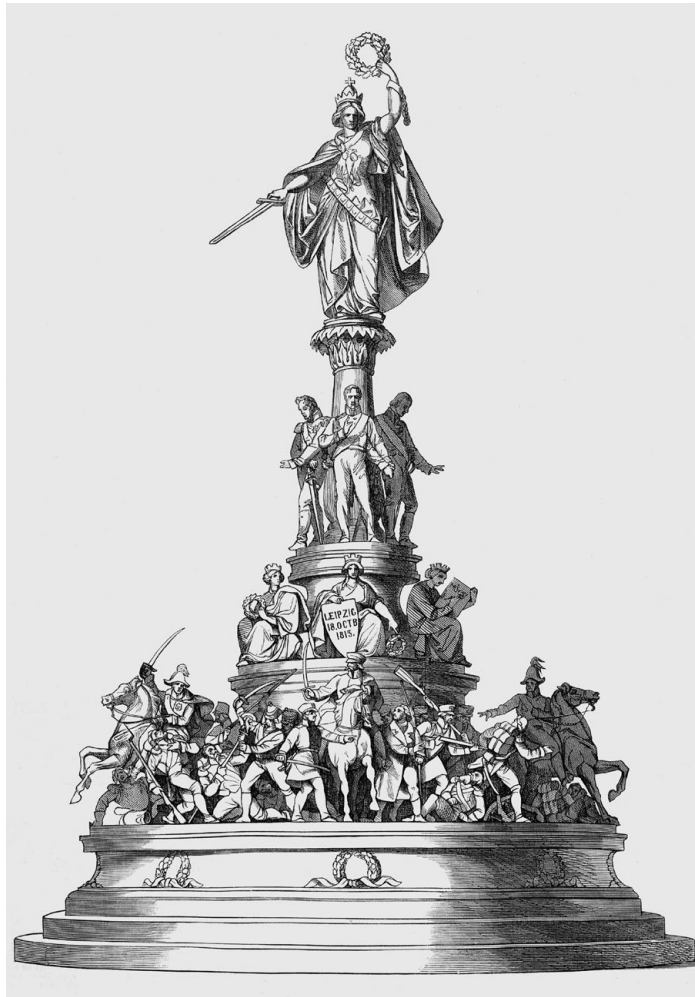
Abb. 5: Veteranen im Wagen während des großen Festzuges am 19. Oktober 1863 (Die Gartenlaube Nr. 46/1863, S. 733)

an. Zwischen den Gruppen marschierten, musizierten und sangen 26 Orchester und 38 Musikchöre.<sup>49</sup> Einige Vereine und Innungen hatten sich etwas Besonderes einfallen lassen. So präsentierten die Buchbinder ein überdimensionales prächtig ausgestattetes Buch mit dem Titel »Die Völkerschlacht bei Leipzig« und die Zimmerleute trugen ein kleines im Bau befindliches Haus als Symbol für die unvollendete deutsche Einheit.

49 Dresden Journal vom 21. Oktober 1863, S. 989; Illustrierte Zeitung vom 31. Oktober 1863, S. 319.



*Abb. 6: Entwurf des Berliner Professors und Architekten Hermann Schiesselbein für ein monumentales Völkerschlacht-Nationaldenkmal in Leipzig aus dem Jahr 1863 (Illustrirte Zeitung Nr. 1059/1863, S. 280)*



Zahlreiche kostümierte Fahnen- und Innungszeichenträger sorgten zudem für ein farbenprächtiges Erscheinungsbild. Der Festzug führte von der Petersstraße über den Markt, die Grimmaische Straße und den Augustusplatz aus der Innenstadt hinaus, durch die Dresdner Straße, die Hospitalstraße, vorbei an den Thonbergstraßenhäusern zum Platz auf der Stötteritzer Höhe, auf der ein monumentales Denkmal zur Erinnerung an die Völkerschlacht errichtet werden sollte.<sup>50</sup> In ihrer Ausgabe vom 17. Oktober 1863

<sup>50</sup> Ebd.

hatte die wöchentlich immer am Sonnabend erscheinende (Leipziger) »Illustrierte Zeitung« einen Entwurf für ein Nationaldenkmal zur Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig im Großformat abgebildet und kurz beschrieben. Diesen ersten Entwurf hatte die Zeitschrift selbst initiiert und hielt zunächst noch den Schöpfer in der Annahme geheim, dass in Kürze eine öffentliche Konkurrenzausschreibung erfolgen würde. Der Denkmalsentwurf zeigte auf der unteren Ebene wichtige Szenen der Schlacht sowie die Feldherren Fürst Schwarzenberg, den Erbprinzen von Hessen-Homburg, Barclay de Tolly, Blücher, Gneisenau und den Freiherrn vom Stein. Auf der zweiten Ebene saßen vier allegorische Frauenfiguren mit Angaben zu den wichtigsten Schlachtplätzen und darüber standen die verbündeten Herrscher von Österreich, Russland und Preußen. Die Spitze bekrönte eine überlebensgroße und von den Fesseln befreite Germania, den Siegerkranz erhebend.<sup>51</sup> Das Denkmal war auf bescheidene 16 Meter Höhe veranschlagt und von dem Berliner Bildhauer und Architekten Prof. Hermann Schievelbein (1817–1867) entworfen worden (*Abb. 6*). Nachdem sich der Zug hier aufgestellt hatte, intonierten die Männergesangsvereine das von A. Härtel komponierte Lied »Der 19. Oktober« (Text von Prof. Held), das mit den Zeilen

*Seht ihr die Wogen des Kampfes erbrausen!*

*Hört ihr die Kugeln die Lüfte durchsausen? ...*

begann. Danach folgten gemeinsame Gesänge, worauf der Leipziger Bürgermeister Dr. Otto Koch in seiner Festrede die Opfer der Befreiungskriege würdigte und die Herstellung der deutschen Einheit heraufbeschwor. Kritische Worte fand er für die Rolle der Fürsten nach den Befreiungskriegen, die statt einer freien Verfassung und Einheit »die Patrioten, welche für die Befreiung des Vaterlandes ihr Blut vergossen hatten, und an die gegebenen Versprechungen erinnerten, ... verfolgt, eingekerkert oder verbannt ... hatten.«<sup>52</sup> Anschließend weihte er den Grundstein für das Denkmal durch die üblichen drei Hammerschläge mit folgenden Worten ein: »Der erste Schlag gilt dem Erwachen des deutschen Volks in seinem nationalen Bewusstsein; gilt allen denen, welche dafür gekämpft, gelitten und geblutet haben! Der zweite Schlag gilt dem treuen Ausharren in der begonnenen Arbeit für die großen Endziele deutscher Nation! Der dritte Schlag gilt dem endlichen des deutschen Volks im Ringen nach nationaler Macht und Größe, Einheit und Freiheit des heißgeliebten Vaterlandes!«<sup>53</sup> Unmittelbar danach wurde der Grundstein gelegt, der sich rund 800 Meter nördlich des heutigen Standortes des Völkerschlachtdenkmals befand. Weitere Ehrengäste bzw. österreichische und preußische Veteranen von 1813 wie General von Pfüel und die Vertreter der Städte Augsburg, Berlin, Bremen, Dresden, Hannover, Mainz, Stuttgart und Wien weihten den Grundstein mit jeweils drei Hammerschlägen. Nach einem abschließenden gemeinsamen Gesang

51 Illustrierte Zeitung vom 17. Oktober 1863, S. 279 f.

52 Die Gartenlaube, Nr. 46/1863, S. 733 f.

53 Illustrierte Zeitung vom 31. Oktober 1863, S. 319.

des Festliedes von Robert Putz («Gedenkt der Todten unterm Moos, der ruhmgekrönten Ahnen!») formierte sich der Zug wieder und bewegte sich in Richtung Innenstadt zum Siegesbogen am früheren Äußeren Grimmaisichen Tor, um hier die feierliche Enthüllung des Friccius-Denkmal vorzunehmen. In seiner kurzen Ansprache würdigte der Leipziger Stadtverordnetenvorsteher Dr. Hermann Joseph die Verdienste der Königsberger Landwehr unter Major Carl Friedrich Friccius bei der Erstürmung Leipzigs am 19. Oktober 1813. Anschließend dankte der Vertreter der Stadt Königsberg für diese bleibende Erinnerung und bat unter großem Jubel die letzten zwölf überlebenden und weit gereisten Veteranen der Königsberger Landwehr zur Aufstellung am Denkmalssockel. Danach bedankte sich ein Sohn von Friccius am Fuße des Denkmals für die seinem Vater erwiesene Ehre.<sup>54</sup> Der Festzug löste sich wenig später nach fast sieben Stunden zwischen 16 und 17 Uhr am Augustusplatz auf, wobei eine kleinere Gruppe noch zu dem 1863 erneuerten Kugeldenkmal an der Chopinstraße, Ecke Poechestraße (damals nahe der hart umkämpften »Milchinsel«) zog.

Am Nachmittag begann die vom Verein zur Feier des 19. Oktober getragene offizielle Festveranstaltung mit 800 Teilnehmern, darunter den Honoratioren der Stadt Leipzig und dem Dresdner Polizeipräsidenten, im großen Saal des Schützenhauses. Dabei wurde ein von Dankgebeten, Tischreden, Chorälen und Böllerschüssen begleitetes mehrgängiges Festessen serviert.<sup>55</sup> Da hier jedoch längst nicht alle Ehrengäste, Deputierten und Veteranen unterzubringen waren, fanden ähnliche Veranstaltungen ab 17 Uhr im Hotel de Pologne, im Odeon, in der Zentralhalle und im Tivoli statt. Im Hotel de Pologne waren beide Säle mit den »deutschen Farben und lebensgroßen Bildnissen der Helden der Leipziger Schlacht« geschmückt.<sup>56</sup> Die Veteranen wurden als Ehrengäste überall frei bewirtet, wofür insgesamt 2088 Taler aufgewendet wurden.<sup>57</sup> In allen Sälen wurden Festreden, unter anderem von den Bürgermeistern von Berlin, Leipzig und Danzig, Wien, Brünn und Stuttgart gehalten sowie zahlreiche Trinksprüche ausgebracht.<sup>58</sup> Einige Reden waren offensichtlich zu lang und bei dem Getöse, welches bei mehreren hundert trinkenden und sich unterhaltenden Gästen nun mal entsteht, bald nur noch im näheren Umfeld des Redners zu verstehen. Bereits damals war jedoch in der Presse bemängelt und von vielen Teilnehmern vermisst worden, »daß von all den Rednern keiner der russischen Kameraden gedachte, die den Sieg bei Leipzig mit errungen haben! 22000 Tode und Verwundete zählten die Russen in der Völkerschlacht, die meisten von den Verbündeten. Und wollte man der Lebenden nicht gedenken, so hätte

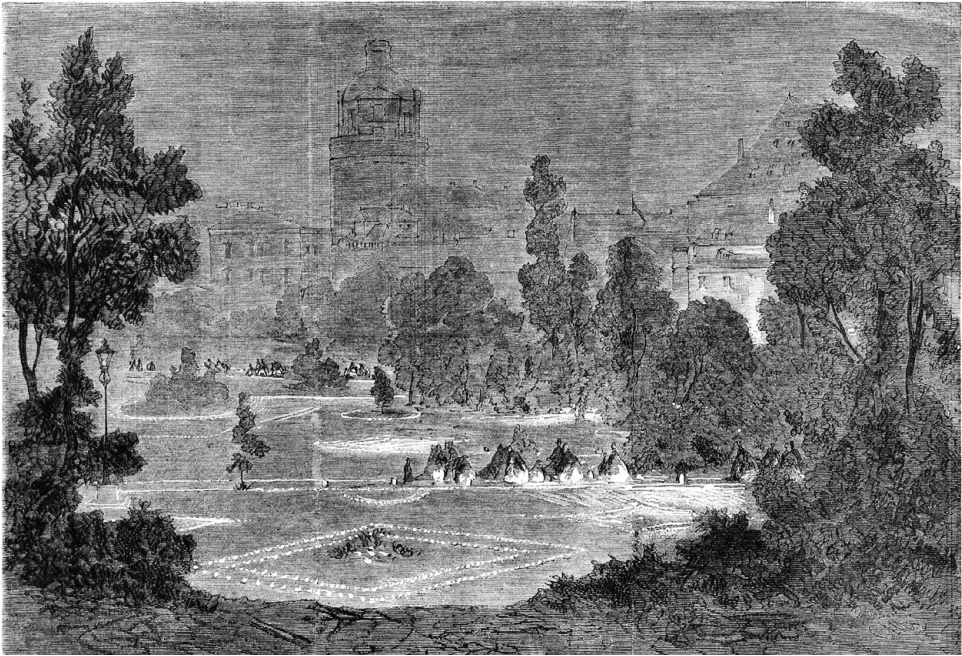
54 Ebd.

55 Dresdner Journal vom 22. Oktober 1863, S. 993.

56 Ebd.

57 StadtAL, Ratsstube, Nr. LXIII 12 g.

58 Illustrierte Zeitung vom 31. Oktober 1863, S. 319.



*Abb. 7: Nächtliche Beleuchtung der Leipziger Parkanlagen am 19. Oktober 1863 (Illustrierte Zeitung Nr. 1061/1863, S. 325)*

man der Gefallenen sich erinnern sollen!«<sup>59</sup> Lediglich ein in Memel lebender Russe, der während der Völkerschlacht in einem preußischen Linienregiment gekämpft hatte, ist als Veteran in Leipzig bekannt geworden. Er wurde von einem russischen Fürsten aus Petersburg auf dessen Kosten nach Leipzig gesandt und dort von derselben Familie als Gast beherbergt, in deren Haus er 50 Jahre zuvor einquartiert war.<sup>60</sup>

Als die Festgäste und Veranstalter nach dem Festmahl ins Freie traten, waren Straßen, Plätze und viele Gebäude bereits beleuchtet. Allein zur Illumination der städtischen Gebäude und Anlagen sollen 180 000 Lampen verwendet worden sein.<sup>61</sup> Außerordentlich beeindruckend muss nach den detaillierten und begeisterten Schilderungen in der zeitgenössischen Presse diese »verschwenderische Pracht und Fülle« der Beleuchtung in der Innenstadt gewesen sein. An Stelle der sonst üblichen Lichter kamen tausende kleine Näpfchen mit Leuchtmitteln zum Einsatz, die jedes Haus wie von mehreren Lichtkränzen umgeben erscheinen ließen. Die 24 großen Kandelaber auf dem Augustusplatz waren jeweils von zwei Lichtkränzen umgeben und durch Lichtergirlanden miteinander

<sup>59</sup> Ebd., S. 319 und 322.

<sup>60</sup> Ebd., S. 322.

<sup>61</sup> Ebd.

verbunden. Auf dem Promenadenring waren die Namen von 26 verdienstvollen Persönlichkeiten der Befreiungskriege durch Lämpchen erhellt; zeitweise wurden Plätze und Anlagen noch durch farbige Flammen zusätzlich erleuchtet. In den Parkanlagen um die Innenstadt erstrahlte jede Baum- und Buschgruppe, jeder Weg und jedes Blumenbeet durch unzählige Flämmchen und selbst die Rasenflächen wurden mit wie Diamanten glänzenden Nachbildungen des Eisernen Kreuzes erhellt (*Abb. 7*). »Alles flimmerte und strahlte, wohin man das Auge wandte, selbst der alte Nikolaithurm und der Thomasturm trugen hoch oben einen Lichterkranz. Nur die Pleißenburg lag dunkel da. Kein Licht, kein Schimmer erhellte sie und fast unheimlich düster zeichneten sich ihre Umrisse am blauen Himmel ab.« So schilderte an diesem 19. Oktober 1863 ein begeisterter Redakteur der »Illustrierten Zeitung« den Ausklang der 50-Jahrfeier der Völkerschlacht als »unstreitig das Schönste, was wir in der Weise gesehen haben«. <sup>62</sup> Und die bekannte Familienzeitschrift »Die Gartenlaube« sprach von einem »zauberischen Feuermeere, vor Allem aber die neuen Parkanlagen, die an die Feenwelt alter Märchen erinnerten«. <sup>63</sup> Etwa 100 000 Menschen sollen an diesem Abend in euphorischer Stimmung durch die Stadt gezogen sein, ohne dass es dabei zu großem Gedränge oder Stockungen gekommen ist. Erstmals fand in Leipzig der tags zuvor per Anschlag empfohlene Rechtsverkehr für Fußgänger und Fahrzeuge mit Erfolg Anwendung. <sup>64</sup>

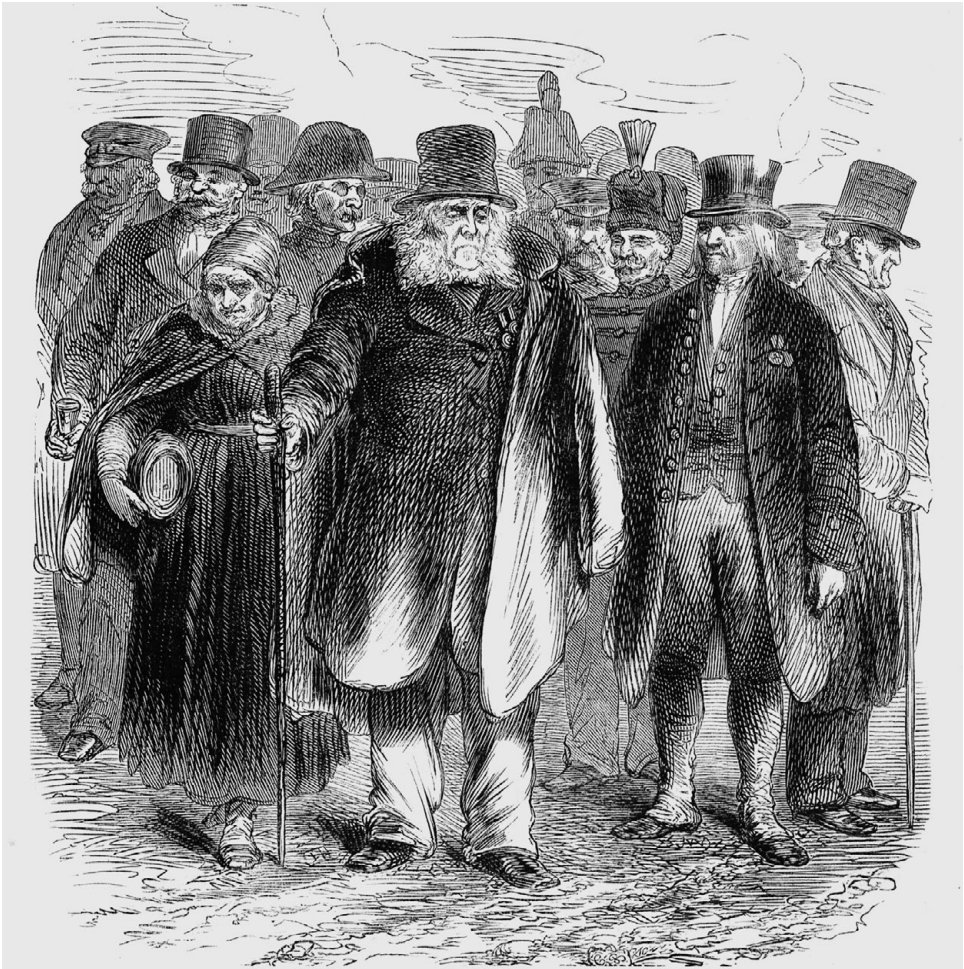
### Ausklang und Nachwirkungen

Am 20. Oktober 1863 verließen die meisten Veteranen, Ehrengäste und Deputierten der Städte Leipzig und kehrten in ihre Heimatorte zurück. Dankbarkeit soll auf beiden Seiten, sowohl bei den so herzlich aufgenommenen Veteranen als auch bei den Leipziger Gastgebern, das vorherrschende Gefühl gewesen sein. Dabei wollte man es aber nicht bewenden lassen, denn mehr als die Hälfte der angereisten Veteranen hinterließ einen eher ärmlichen und elenden Eindruck (*Abb. 8*). So konstatierte wiederum »Die Gartenlaube« noch im Oktober 1863: »Was hast du für jene heldenmüthigen Kämpfer gethan, welche dich vom Joche fremder Unterdrückung befreien? – Eine leider höchst traurige Antwort hat das Bild so vieler Veteranen gegeben, die der Aufforderung, sich an dem Jubelfeste des glorreichen Sieges zu betheiligen, gefolgt waren. Nur durch Unterstützung einiger Städte oder Gemeinden war es ihnen möglich geworden, die Reise zu unternehmen, und hier erschienen sie, ein Bild der Entbehrung und Armuth. Unter den etwa 1 400 Veteranen, welche nach Leipzig gekommen waren, bestand die weit größere Hälfte aus Männern, die daheim den Rest ihrer Lebensstage in Kummer und Elend

<sup>62</sup> Ebd.

<sup>63</sup> Die Gartenlaube, Nr. 46/1863, S. 734.

<sup>64</sup> Illustrierte Zeitung vom 31. Oktober 1863, S. 322.



*Abb. 8: Veteranengruppe zu Fuß während der Festtage im Oktober 1863 in Leipzig (Illustrierte Zeitung Nr. 1061/1863, S. 317)*

fristen! Ordenszeichen hat ihnen wohl das dankbare Vaterland nach Recht und Gebühr verliehen, aber man hat leider vergessen, diesen ehrenvollen Auszeichnungen auch noch – Brod hinzuzufügen.«<sup>65</sup> Daran schloss sich ein Aufruf zur Sammlung von Geld und Sachspenden an, um den Veteranen von 1813/15 mit »Liebesgaben« den verbleibenden »kurzen Abend ihres Lebens« erträglicher zu gestalten.<sup>66</sup> Dieser Appell fügte sich in die

<sup>65</sup> Die Gartenlaube, Nr. 46/1863, S. 734.

<sup>66</sup> Ebd.

gleichfalls von Seiten des Festkomitees und anderer Stellen laufenden Sammlungen für die ärmsten der Veteranen ein. Für diese Sammlungen wurde in Leipzig ein Veteranen-Ausschuss (in einigen Quellen auch Veteranen-Comité genannt) eingerichtet, der die eingehenden Spendengelder erfasste und auf Antrag im 1. Halbjahr 1864 an bedürftige Veteranen verteilte. Dafür kamen jedoch nur solche Personen in Frage, die nachweisen konnten, dass sie zwischen 1813 und 1815 in den verbündeten Heeren gekämpft und ihren Wohnsitz aktuell in Sachsen hatten.<sup>67</sup> Außerdem durften sie nicht Träger der 1857 für Mitkämpfer in den Armeen Napoleons I. von Frankreich gestifteten St.-Helena-Medaille sein. Bei den Sammlungen kamen bis zum Frühjahr 1864 immerhin 4217 Taler zusammen. Davon wurden auf schriftlichen Antrag der Veteranen, unter denen auch frühere Offiziere waren, und unter Beifügung von glaubwürdigen amtlichen Bescheinigungen jeweils einmalige Beträge in Höhe von 10 Talern je Antragsteller per Postschein zugestellt.<sup>68</sup> Mit diesem Geld konnte zwar keiner der Bedürftigen längere Zeit seinen Unterhalt finanzieren, aber für einmalige Anschaffungen, Medikamente oder Arztrechnungen dürfte dieser Betrag auf jeden Fall hilfreich gewesen sein. Im Stadtarchiv Leipzig hat sich ein Band mit »Sammelbögen für die Veteranen 1863« erhalten, in dem etwa 1500 Spender namentlich aufgeführt sind, welche meistens Beträge zwischen 5 und 20 Neugroschen, mitunter auch einen Taler und in Einzelfällen bis zu fünf Taler für die bedürftigen Veteranen spendeten. Insgesamt sind in diesem Band 281 Taler und 15 Neugroschen als Sammlungsergebnis nachgewiesen.<sup>69</sup>

Gemessen an den Gesamtausgaben für die Gedenkveranstaltungen an den Tagen vom 17. bis 19. Oktober 1863 waren die Hilfgelder für die Veteranen allerdings ein vergleichsweise kleiner Posten, der zudem aus Privathand kam. Nach einem im Stadtarchiv Leipzig überlieferten »Cassa-Buch, die Feyer des 18. und 19. Oct. 1863 betr.« summierten sich die Ausgaben für die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen auf 35 826 Taler und umfassten 546 Einzelpositionen. Allein für die Auftritte von 86 Chören mit 1 778 Sängern und Musikern fielen 4 618 Taler an.<sup>70</sup> Dem standen Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten für Veranstaltungen (z. B. im Gewandhaus und Theater) und vom Verkauf verschiedener Gegenstände und Dekorationen nach der Feier in Höhe von 2 650 Talern gegenüber.<sup>71</sup> So wurden z. B. im Januar 1864 im Städtischen Museum Gipsabgüsse von 44 Büsten von Fürsten, Feldherren und weiteren Persönlichkeiten der Befreiungskriege versteigert.<sup>72</sup> Bis Ende Januar hatte der Rat der Stadt Leipzig die Festkosten, die anteilig von den beteiligten 207 Städten zu tragen waren, mit

67 StadtAL, Tit. LXIII, Nr. 12 c.

68 Ebd.; 10 Taler von 1863 entsprechen etwa der heutigen Kaufkraft von 200 bis 300 Euro.

69 StadtAL, Tit. XLVII, Nr. 47 c.

70 StadtAL, Tit. LXIII, Nr. 12 g.

71 StadtAL, Ratsstube, Nr. XLVII 47 a.

72 StadtAL, Ratsstube, Nr. LXIII 12 g.

23022 Talern, 25 Neugroschen und 9 Pfennigen genau berechnet. Dabei übernahm die Stadt Leipzig die Kosten für die Unterbringung der Gäste, die Beleuchtung der Stadt und das Friccius-Denkmal (außer dem Bronzemedailleon) allein.<sup>73</sup> Bei den Berechnungen für die Anteile der beteiligten Städte ging der Stadtrat von insgesamt 3838300 Einwohnern aus, wonach sich auf 1000 Einwohner ein Beitrag von 6 Talern und für 100 Einwohner 18 Neugroschen (zu je 10 Pfennigen) ergab. Für die kleine Nachbarstadt Taucha mit damals 2480 Einwohnern betrug der an die Stadtkasse Leipzig zu zahlende Betrag somit 15 Taler, der mit Schreiben des Rates der Stadt Leipzig vom 1. Februar 1864 in Rechnung gestellt wurde.<sup>74</sup> Für die Großstadt Berlin mit über 600000 Einwohnern fiel ein Finanzierungsanteil von 3600 Talern an. Dennoch hatte die Stadt Leipzig am Ende ein Defizit zu verzeichnen, woran allerdings die alleinige Finanzierung der Beleuchtungs- und Quartierkosten einen beträchtlichen Anteil hatte.

Die Gedenkfeier zum 50. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig reihte sich in die Kette großer überregionaler Veranstaltungen seit Ende der 1850er-Jahre ein (z.B. die vielerorts begangenen nationalen Schillerfeiern zu dessen 100. Geburtstag im November 1859), welche letztlich die Herstellung der nationalstaatlichen Einigung als Ziel manifestierten. Dazu trugen diese Tage im Oktober 1863 in Leipzig ebenso bei wie das im August 1863 am gleichen Ort mit 20000 Turnern aus 14 deutschen Ländern veranstaltete Dritte Allgemeine Deutsche Turnfest und die zuvor und danach veranstalteten Massenfeste des Deutschen Sängerbundes (1865 erstes deutsches Sängerbundesfest in Dresden), der Schützenvereine (Deutsche Bundesschiessen) und anderer Korporationen, die der Wille zur deutschen Einheit unter Einschluss Österreichs beseelte. Zurückgeworfen wurde diese Bewegung durch die sogenannten Reichseinigungskriege von 1864 und vor allem den deutschen Bundeskrieg von 1866, bei dem die entscheidenden Weichen für den von Preußen favorisierten kleindeutschen Weg zur deutschen Einheit unter dessen Hegemonie mit »Eisen und Blut« gestellt wurden.

Was blieb von den euphorischen Tagen in Leipzig mit tausenden Gästen aus nah und fern? Sichtbares Zeichen sind bis heute die drei 1863 neu errichteten bzw. erneuerten Denkmale zur Erinnerung an die Völkerschlacht (Brückensprengungsdenkmal, Friccius-Denkmal, Kugeldenkmal) geblieben. Der Bau eines großen und zentralen Völkerschlacht-Nationaldenkmals auf dem am 19. Oktober 1863 gelegten Grundstein wurde angesichts der fehlenden Mittel und der weiteren politischen Entwicklung jedoch nicht in Angriff genommen. Fünfzig Jahre später beklagte Karl Hildebrand in seinem Aufsatz »Die frühen Versuche zur Ausführung eines Völkerschlachtdenkmals und ihre Gegenüberstellung zum fertigen Denkmal« im »Leipziger Kalender« von 1913 dieses trotz

---

73 StA-L., 20626 Stadt Taucha, Nr. 159.

74 Ebd.



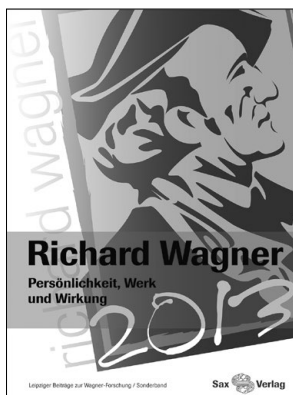
Begeisterung und Opferfreudigkeit verhängnisvolle Steckenbleiben einer großen Denkmalsidee und begründete dies mit den nachfolgenden Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71.<sup>75</sup> Es vergingen weitere 25 Jahre, bis anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Völkerschlacht 1888 die Erinnerung an die Pläne und Vorarbeiten von 1863 neu belebt wurden. Die Leipziger Architektenfirma Ludwig & Hülssner hatte für diesen Anlass ein neues Denkmalprojekt mit einer kunstvollen turmartigen Säule auf einem imposanten Festplatz mit Hallen und Kuppeln vorgelegt, aber auch daraus wurde nichts. Hildebrand stellte 1913 dazu nüchtern fest: »Man sammelt; – aber diesmal fehlt die Begeisterung und Opferfreudigkeit von 1863! 19000 Mark ist das Ergebnis eines Aufrufes an ganz Deutschland!«<sup>76</sup> Erst der auf Initiative des Leipziger Architekten Clemens Thieme (1861–1945) im Frühjahr 1894 gegründete »Deutsche Patriotenbund zur Errichtung eines Völkerschlachtdenkmals« realisierte nach 15-jähriger Bauzeit bis zum Oktober 1913 ein nach seinem Selbstverständnis monumentales Völkerschlacht-Nationaldenkmal als Ehrenmal für die Gefallenen, als Ruhmesmahl für das deutsche Volk und als Mahn- und Wahrzeichen für die Lebenden und kommenden Generationen.

Aber das ist bereits eine andere Geschichte.

---

<sup>75</sup> Leipziger Kalender. Illustriertes Jahrbuch und Chronik 10 (1931), S. 121–136.

<sup>76</sup> Ebd., S. 135.



Richard Wagner.  
Persönlichkeit, Werk und Wirkung  
Leipziger Beiträge zur Wagner-Forschung/  
Sonderband

Richard-Wagner-Verband Leipzig e. V.,  
H. Loos (Hrsg.)

ISBN 978-3-86729-113-2

1. Auflage 2012, Format 21 x 28 cm  
480 S. mit 100 Abb., geb. mit Schutzumschlag  
80,00 €

»Der 200. Geburtstag eines der größten musikalischen Genies des 19. Jahrhunderts bietet die willkommene Gelegenheit, den zwischenzeitlich vermeintlich verloren gegangenen, wohl aber eher verstoßenen Sohn der Stadt Leipzig, Richard Wagner, in den Schoß der musikalischen Familie zurückzuholen und zu integrieren. Dies geschieht mit gutem Recht und fast zwingender Notwendigkeit, denn eine der bedeutendsten Musikstädte Europas kann sich wissentlich diese Fehlstelle, vor allem bei einem tatsächlichen Sohn dieser Stadt, nicht leisten. Richard Wagners Geburt in Leipzig darf man durchaus als zufällig bezeichnen, sein Wachsen und Werden als Musiker und Komponist wohl nicht. Dazu bot ihm die Bürger- und Universitätsstadt Leipzig nicht nur den Humus und das notwendige Personal, sondern auch die geeigneten Rahmenbedingungen. Hier kam er mit den theoretischen Grundlagen der Musik und deren praktischer Umsetzung in Berührung.« Soweit ein Auszug aus dem Grußwort von Thomas Krakow, dem Vorsitzenden des Richard-Wagner-Verbandes Leipzig e. V.

Der Tagungsband zur Internationalen Musikwissenschaftlichen Konferenz vom 19. bis 25. Mai 2013 anlässlich des 200. Geburtstages Richard Wagners in Leipzig vermittelt einen repräsentativen Überblick über die internationale Wagner-Forschung. In 58 Beiträgen widmen sich Wissenschaftler aus Deutschland, der Schweiz, Österreich, Großbritannien, Frankreich, den USA, Russland, Estland, Lettland, Litauen, der Ukraine, Polen, der Slowakei, Slowenien, Rumänien, Serbien und Tschechien den Themen »Rezeptionsgeschichte«, »Früh- und Hauptwerk«, »Kompositorische Aspekte« und »Wagner als Musikschriftsteller«.

Zahlreiche Illustrationen von Arthur Rackham aus dem »Ring-Zyklus« bereichern den Band.

## Wagner im Schatten – Die Geschichte des Richard Wagner-Denkmals in Leipzig

*Marie-Louise Monrad Møller*

*»Jede Zeit interpretiert die Geschichte auf ihre Weise,  
diese Interpretationen verzinsen sich sozusagen,  
so daß die Summe sich dauernd verändert.«*

*Stephan Balkenhol, 1984*

An einem regnerischen Vormittag im Mai 2013 wurde in Leipzig ein Denkmal enthüllt, dessen Vorgeschichte über ein Jahrhundert zurück reicht. Es ist das Denkmal für einen Komponisten, der in Leipzig geboren wurde und außerhalb der Stadt zu Weltruhm gelangte – Richard Wagner. Es ist ein Denkmal, dem hitzige Diskussionen vorausgegangen sind, denn kaum ein Komponist polarisiert heute stärker als Richard Wagner. Der am 22. Mai 1813 in Leipzig geborene Sohn des Polizeiaktuars Carl Friedrich Wagner und der Bäckerstochter Johanna Rosine Wagner, geb. Pätz, führte bis zu seinem Tod am 13. Februar 1883 ein Leben, das so reich an Turbulenzen, zufälligen Wendungen und Überraschungen war, dass von einer wahrlich bewegten Vita die Rede sein kann. Das künstlerische Selbstbewusstsein Wagners, sein abenteuerlicher Lebenslauf und die unter verschiedensten Umständen komponierten Werke, die ihn zu einem musikgeschichtlich bedeutsamen Komponisten machten, zogen eine durchaus bewegte Rezeptionsgeschichte nach sich. Als Avantgardist<sup>1</sup>, Antisemit<sup>2</sup>, Erlöser<sup>3</sup>, Tierfreund<sup>4</sup>, Frauenheld<sup>5</sup>, Selbstdarsteller<sup>6</sup>, Schmarotzer<sup>7</sup> und musikalisches Genie<sup>8</sup> beschrieb und erforschte man ihn in den vergangenen einhundertfünfzig Jahren.

Unmittelbar nach Wagners Tod schloss die Satire-Zeitschrift *Kikeriki* mit ihren Lesern eine Wette darauf ab, dass in der näheren Zukunft mindestens zehn Wagner-Mo-

<sup>1</sup> Vgl. z. B. Theodor W. Adorno, Versuch über Wagner, Berlin, Frankfurt am Main 1952.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. Heinz-Klaus Metzger, Rainer Riehn (Hrsg.), Richard Wagner. Wie antisemitisch darf ein Künstler sein? (Musik-Konzepte 5), München 1978.

<sup>3</sup> Für Beispiele siehe u. a. Veit Veltzke, Der Mythos des Erlösers. Richard Wagners Traumwelten und die deutsche Gesellschaft 1871–1918, Stuttgart 2002.

<sup>4</sup> Vgl. z. B. Solveig Müller, Peps und Papo. Richard Wagner, etliche Hunde und drei Papageien, Frankfurt am Main 2011.

<sup>5</sup> Vgl. z. B. Julius Kapp, Richard Wagner und die Frauen. Eine erotische Biographie, Berlin 1912.

<sup>6</sup> Vgl. z. B. Hans Hintz, Liebe, Leid und Größenwahn. Eine integrative Untersuchung zu Richard Wagner, Karl May und Friedrich Nietzsche, Würzburg 2007, S. 195 ff.

<sup>7</sup> Vgl. z. B. Hanjo Kesting (Bearb.), Das Pump-Genie. Richard Wagner und das Geld, Frankfurt am Main 1993.

<sup>8</sup> Vgl. z. B. Edith Roberts, Richard Wagner. Musical Genius, London 1908.

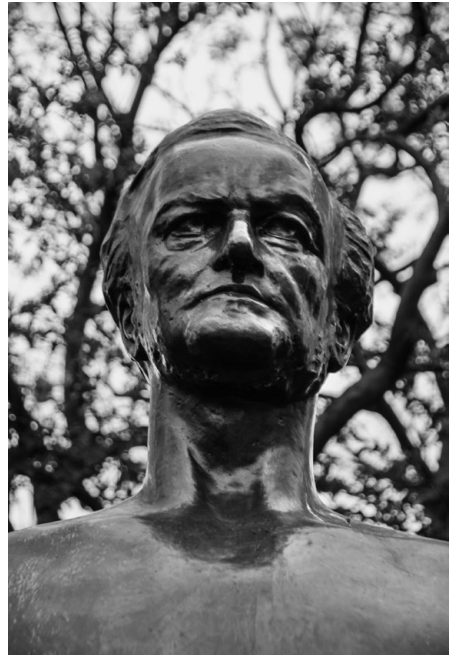
numente entstehen und verschiedene Städte dafür überragende Ungetüme modellieren würden.<sup>9</sup> In Leipzig, der Geburtsstadt des Komponisten, sollte es allerdings bis 1983, dem hundertsten Todesjahr des Komponisten, dauern, bis ein erstes öffentliches Denkmal eingeweiht wurde. Mit der Aufstellung einer bereits 1904 von Max Klinger entworfenen Büste hinter der Leipziger Oper (*Abb. 1*) handelte es sich dabei jedoch kaum um ein öffentliches Wagner-Monument, das das Ausmaß jener Denkmalsbestrebungen erahnen lässt, die in Leipzig zuvor sehr wohl existiert hatten. So waren in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwei weitaus monumentaler ausgerichtete Wagner-Denkmäler für Leipzig entworfen worden. 1913 feierte die Stadt die Grundsteinlegung eines von Max Klinger entworfenen Wagner-Denkmal; 1934 legte Adolf Hitler den Grundstein des Richard-Wagner-Nationaldenkmals. Obwohl beide Entwürfe offiziell zur Ausführung bestimmt worden waren, existieren sie heute nur als historische Relikte in Gestalt von Modellen und Zeichnungen, die skizzenhaft einen Eindruck von den unterschiedlichen Annäherungen an den zu Ehrenden liefern. Auf den ersten Blick lassen sich die durch die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert hervorgerufenen logistischen und finanziellen Probleme für das Ausbleiben der Errichtung dieser beiden Denkmäler verantwortlich machen. Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass allein diese Umstände nicht ursächlich für die ausgebliebenen Denkmalserrichtungen waren. Vielmehr unterlag auch der erinnerungskulturelle Kontext des Komponisten Richard Wagner im Verlauf des 20. Jahrhunderts Veränderungen, wodurch ein Festhalten an gewissen Denkmalskonzepten obsolet wurde.

Da Erinnerungen einem ständigen Wandel unterzogen sind und die Urheber der einzelnen Initiativen für ein Leipziger Wagner-Denkmal nicht immer dieselben waren, wird hier davon ausgegangen, dass inhaltlicher Wandel auch künstlerisch-konzeptueller Wandel bedeutet und dass die Legitimationen, Aussagen und Funktionen des geplanten Leipziger Wagner-Denkmal sich in den vergangenen einhundert Jahren dementsprechend verändert haben. Als Entwürfe für öffentlich zu errichtende Kunstwerke verraten sie nicht nur künstlerisch-stilistischen Zeitgeist, sondern auch die jeweiligen ideologischen und politischen Anforderungen, die im Laufe des 20. Jahrhunderts mit der Person Richard Wagner verknüpft worden sind. So ermöglicht die Geschichte um das Leipziger Richard Wagner-Denkmal einen exemplarischen Blick auf den Einfluss von gesellschaftlichen Entwicklungen, (kultur-)politischen Ideologien und individuell künstlerischen Herangehensweisen auf die Konzeption von Denkmälern, denn die öffentliche Ehrung derselben Person sollte im Laufe der vergangenen einhundert Jahre nie dieselbe Gestalt annehmen.

---

9 Vgl. Grit Hartmann, Richard Wagner gepfändet. Ein Leipziger Denkmal in Dokumenten 1931–1955, Leipzig 2003, S. 20 und Solveig Weber, Das Bild Richard Wagners. Ikonographische Bestandsaufnahme eines Künstlerkults, 2 Bände, Mainz 1993, S. 146.

*Abb. 1: Max Klinger, Richard Wagner-Büste, entworfen 1904, aufgestellt 1983 am Schwanenteich hinter der Leipziger Oper, Bronze (Foto Birgit Röbling, Markkleeberg)*



### Früheste Leipziger Bestrebungen für ein Richard Wagner-Denkmal

Die Geschichte eines Leipziger Denkmals für Richard Wagner beginnt Ende des 19. Jahrhunderts. Richard Wagner war am 13. Februar 1883 in Venedig verstorben, in seiner Geburtsstadt Leipzig hatte er da schon seit über vierzig Jahren nicht mehr gelebt. In Leipzig hatten ihm in jungen Jahren einflussreiche Lehrer und das rege Konzertleben des Gewandhausorchesters zwar eine musikalische Umgebung geboten, die ihn künstlerisch stimulierte und »zum Musiker reifen ließ«<sup>10</sup>, zu einem wirklichen Zentrum seines künstlerischen Schaffens wurde die Stadt jedoch nie. Die letzten zwanzig Jahre seines Lebens war dies vor allem Bayreuth.

Drei Monate nach Wagners Tod verkündete ein erstes Leipziger Denkmalkomitee sein Vorhaben zur Errichtung eines öffentlichen Denkmals für Richard Wagner und berief sich dabei vor allem auf Leipzigs Bedeutung als Geburtsort des Komponisten.<sup>11</sup>

10 Helmut Loos, Richard Wagner. Zum 125. Todestag am 13. Februar 2008, in: Jubiläen 2008. Personen. Ereignisse, hrsg. vom Rektor der Universität Leipzig, Leipzig, S. 9–15, hier S. 13.

11 Siehe Aufruf des ersten Richard Wagner-Denkmal-Komitee, Leipzig 1883, zitiert nach Carl Friedrich Goerdeler, Die Geschichte des Richard Wagner-Denkmal in Leipzig, in: Festschrift zur Aufführung »die Meistersinger« am Tage der Grundsteinlegung des Richard Wagner Nationaldenkmals des Deutschen Volkes, hrsg. vom Neuem Theater Leipzig, Leipzig 1934, S. 1.

Sieben Jahre später reichten mehrere Künstler erste Entwürfe ein. Während Hans Dammann ein Denkmal in Gestalt eines Brunnens vorschwebte, sollte für Gustav Adolf Kietz, den Freund Wagners, das Denkmal des Komponisten »in kolossaler Größe«<sup>12</sup> ausgeführt werden. Augenscheinlich herrschte auch mehrere Jahre nach Gründung des Denkmalausschusses noch kein Konsens darüber, welche Form das Denkmal überhaupt annehmen sollte. Der zeitgenössischen Presse ist außerdem zu entnehmen, dass die Denkmalsangelegenheit in der Leipziger Bevölkerung nur auf geringes Interesse stieß.<sup>13</sup>

Den schleppenden Umständen entsprechend waren die Erwartungen des Denkmalausschusses im Laufe der Jahre immer geringer geworden, sodass sich der Ausschuss, »um nun endlich die Sache zum Abschluss zu bringen, [...] mit dem bescheidensten Project begnügen«<sup>14</sup> wollte. Es folgte die Auftragsvergabe an den Berliner Bildhauer Fritz Schaper. Dessen Entwurf zeigte Wagner in ein Gewand gehüllt auf einem Postament sitzend. Der Entschluss, diesen Entwurf zur Ausführung zu bringen, stieß bei einigen Wagner-Verehrern auf Kritik. Im Schaper-Entwurf sehe man weder Wagners künstlerischen Geist plastisch vertreten, noch erkenne man darin eine ästhetische Bereicherung des öffentlichen Raumes.<sup>15</sup> Beides müsse für die Errichtung eines angemessenen Richard Wagner-Denkmal jedoch Voraussetzung sein, schreibt der Dramaturg Hugo Dinger. Unter der Überschrift »Zur Frage des Richard Wagner-Denkmal« befasst er sich 1890 in zwei Ausgaben des *Musikalischen Wochenblatts* näher mit den Hintergründen des Leipziger Denkmalkomitees und geht der Frage nach, warum es bisher noch nicht zur Ausführung eines öffentlichen Standbilds Wagners gekommen ist. Zunächst merkt er an, dass Wagner die Kunstwelt in »zwei entgegengesetzte Lager« spalte: »hier glühender Enthusiasmus, dort fanatischer Hass«.<sup>16</sup> Weiter bezeichnet er den Schaper-Entwurf als »gedankenlos, naiv und stereotyp«,<sup>17</sup> er wolle »durch einen gewissen decorativen Putz« über »seine öde Nüchternheit«<sup>18</sup> hinwegtäuschen. Das erste Richard Wagner-Denkmal das errichtet werde, müsse jedoch »die Manifestation eines neuen, lebendigen Kunstgeistes werden«,<sup>19</sup> nur dann habe es ein Recht auf Dasein, nur dann dürfe es ein Wagner-Denkmal sein. Folglich plädiert Hugo Dinger dafür, die Leipziger

12 Kietz zitiert nach: Gunter Metken, »Wahn, Wahn! Überall Wahn!« Max Klingers unvollendetes Wagnerdenkmal, nebst Vorstufen und Folgen, in: Dieter Gleisberg (Hrsg.), Max Klinger, 1857–1920. Städtische Galerie im Städelschen Kunstinstitut Frankfurt am Main, 12. Februar bis 7. Juni 1992, Leipzig 1992, S. 50–56, hier S. 52.

13 Siehe auch Hugo Dinger, Zur Frage des Richard Wagner-Denkmal. Ein Beitrag zum Denkmal-Fonds, in: *Musikalisches Wochenblatt. Organ für Musiker und Musikfreunde* 1890, S. 609–610, 625–628, hier S. 610.

14 Ebd.

15 Siehe z. B. Dinger, Zur Frage (Anm. 13), S. 625–628.

16 Dinger, Zur Frage (Anm. 13), S. 609.

17 Ebd., S. 610.

18 Ebd., S. 626.

19 Ebd.

Denkmalvorhaben ruhen zu lassen, »so lange Wagner noch Streitobject« sei. Abgesehen von fehlenden finanziellen Mitteln, fehlenden geeigneten Entwürfen und einem fehlenden Interesse der Leipziger Bevölkerung handle es sich bei der Errichtung eines Richard Wagner-Denkmal um eine »künstlerische Principienfrage«, die erst zu betrachten sei.<sup>20</sup>

Die Kritik der Wagnerianer und der Mangel an Geldern trugen schließlich dazu bei, dass es nicht zur Ausführung des Entwurfs von Schaper kam. Stattdessen stellte man sich auf den hundertsten Geburtstag des Komponisten ein. Dann würde »vielleicht der Wagner'sche Geist schon mehr Früchte getragen haben als jetzt, dann wird aus diesem Geiste auch ein dementsprechendes und der Nation würdiges Denkmal entstehen!«<sup>21</sup>

### Wagner als Visionär – Max Klingers Wagner-Denkmal

Nachdem die ersten Bestrebungen zur Errichtung eines Richard Wagner-Denkmal in Leipzig Ende des 19. Jahrhunderts zu keinem Ergebnis gelangt waren, verstummte die Diskussion um selbiges vorerst. Erst am 21. Mai 1903 rief ein neu gegründetes Komitee abermals zur Spendensammlung auf.<sup>22</sup> Zu den Unterzeichnenden gehörten u. a. der Oberbürgermeister Carl Bruno Tröndlin, Hofrat Prof. Dr. Paul Richard Wülcker sowie der Leipziger Justizrat Dr. Lohse. Das Vorhaben, ein Denkmal zu errichten, entsprang nun also keinem privaten Wagner-Freundeskreis mehr, sondern wurde erstmals zu einem kommunalen Anliegen erklärt. Dieses gesteigerte Interesse an der Errichtung eines Wagner-Denkmal in Leipzig hatte auch überregional politische Hintergründe, denn im Herbst des Jahres 1903 sollte es in Berlin zur Einweihung des ersten öffentlichen Richard Wagner-Denkmal kommen. Als Geburtsstadt des nunmehr europaweit gefeierten Komponisten sah sich Leipzig zusehends im Zugzwang, die von Oberbürgermeister Tröndlin eingeforderte »Abtragung einer alten Ehrengschuld«<sup>23</sup> zu begleichen, und zwar in deutlicher Abgrenzung zum Berliner Wagner-Denkmal.

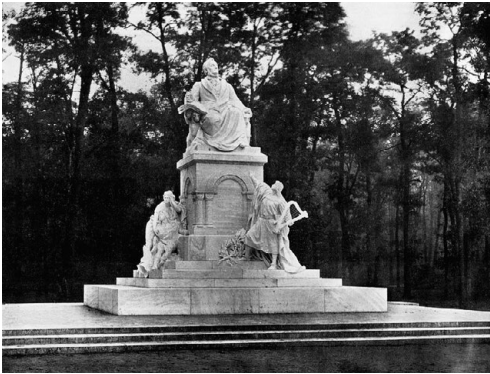
Im Gegensatz zur 1903 in Leipzig ausgerufenen Spendenaktion ging die Berliner Denkmalserrichtung auf die rein private Initiative des wohlhabenden Kosmetikproduzenten und ehemaligen Wagner-Sängers Ludwig Lechner zurück. Seit 1898 hatte dieser sich öffentlich für die Errichtung eines Denkmal für seinen Lieblingskomponisten engagiert. 1898 initiierte er eine Musikausstellung im Berliner Messepalast, um mit dem Viertel des Erlöses aus dem Verkauf der Eintrittskarten den Grundstock eines

<sup>20</sup> Ebd., S. 627.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Spendenauf Ruf siehe Carl Bruno Tröndlin u. a., Aufruf zur Errichtung eines Rich. Wagner-Denkmal in Leipzig, in: Musikalisches Wochenblatt. Organ für Musiker und Musikfreunde 34 (1903) 21, S. 286.

<sup>23</sup> Ebd.



*Abb. 2: Gustav Eberlein, Richard Wagner-Denkmal, 1903, Marmor, Berlin Tiergarten. Historische Aufnahme*

finanziellen Fonds für das Berliner Wagner-Denkmal zu legen. Darüber hinaus trug ein im Dezember 1898 im neuen Königlichen Opernhaus abgehaltenes Wagner-Fest mit einem Erlös von 33000 Mark aus dem Kartenverkauf wesentlich zum Berliner Spendenfonds bei.<sup>24</sup> Diese Form der Spendensammlung stieß bei den beiden in Berlin und Berlin-Potsdam ansässigen Wagner-Vereinen jedoch auf Kritik. Die Bazaars, Lotterien und Tanzveranstaltungen missfielen den Ansichten der Wagner-Vereine zutiefst. »Wenn der Meister dieses Sammelsurium von Vorträgen, lebenden Bildern, Bazar, Lotterie und Tanzvergnügen erlebt hätte – die blutigsten Witze wären ihm da sicher entschlüpft!«,<sup>25</sup> schreibt der Wagnerianer Julius Erich 1901. Nicht zuletzt war es aber der auszuführende Entwurf des Berliner Denkmals, der kaum den Vorstellungen jener Wagner-Liebhaber, die sich intensiv mit Wagners theoretischen Kunstschriften auseinandergesetzt hatten, entsprach. Der Berliner Bildhauer Gustav Eberlein war nach vorangegangenen Wettbewerb 1901 von Julius Lechner mit der Ausführung des Werkes betraut worden, er zählte zu den bedeutendsten Vertretern der Staatskunst im Sinne Kaiser Wilhelms II. Trotz heftiger Attacken gegen die Berliner Denkmalinitiative, an denen sich nun auch die Wagner-Witwe Cosima Wagner persönlich beteiligte,<sup>26</sup> wurde das Denkmal im Rahmen einer fünftägigen Feier im Herbst 1903 im Berliner Tiergarten eingeweiht. Das in Marmor ausgeführte Richard Wagner-Denkmal zeigt eine 2,70 Meter hohe Figur des Komponisten auf einem Sockel thronend. Der Sockel steht auf einem vierstufigen Unterbau, auf dem vier Assistenzfiguren platziert sind, die allesamt Charaktere aus Wagners Musikdramen darstellen (*Abb. 2*). Während das wagnerische Gesamtkunstwerk laut Inge Baxmann beansprucht, »mehr zu sein als ein Kunstwerk, nämlich ein Kul-

<sup>24</sup> Vgl. Weber, *Das Bild Richard Wagners* (Anm. 9), S. 149.

<sup>25</sup> Julius Erich, *Ein Wort zum Berliner Wagner-Denkmal*, in: *Die Musik* 1 (1901) 5, S. 421, zitiert nach: Weber, *Das Bild Richard Wagners* (Anm. 9), S. 149.

<sup>26</sup> Näheres hierzu siehe Weber, *Das Bild Richard Wagners* (Anm. 9), S. 149.



turmodell auf der Basis neuer Wahrnehmungsmuster«,<sup>27</sup> wurden im Berliner Wagner-Denkmal derartige neue Wahrnehmungsmuster nicht angestrebt. Vielmehr fügt es sich in eine Riege anderer Persönlichkeitsdenkmäler ein, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts deutschlandweit aufgestellt wurden, was die künstlerische Qualität dieser Gattung durch sich wiederholende Allegorien und massenhaftes Kopieren ähnlicher Motivik und Stilstika nicht unbedingt positiv beeinflusste.<sup>28</sup> Ebenso wenig handelte es sich bei der Entstehung des ersten öffentlichen Wagner-Denkmal um einen Prozess, dem neue Kulturmodelle zugrunde lagen, denn die Einweihung war vor allem ein gesellschaftliches Ereignis ersten Ranges, das in direkter Verbindung zu Kaiser Wilhelm II. stand, in dessen Auftrag es durch den Maler Anton Werner auch in einem Gemälde festgehalten wurde. Damit entsprang das erste öffentliche Richard Wagner-Denkmal nicht nur stilistisch, sondern auch in seinem gesellschaftspolitischen Entstehungshintergrund genau jenen Kreisen, die Wagner einst für reaktionär gehalten hatte. Entsprechend erschienen weder Cosima Wagner noch Repräsentanten der Berliner Wagner-Vereine zu den Feierlichkeiten, denn ein würdiges Wagner-Denkmal sei nur durch das Empfinden der »Innerlichkeit echten Wagnertums« zu errichten, es käme darauf an, »in den Geist Wagner's und der Bayreuther Kunst einzudringen!«<sup>29</sup>

Die durch das Berliner Wagner-Denkmal entstandenen Streitigkeiten und Diskussionen lassen das polarisierende Potenzial der Figur Richard Wagner bereits vermuten, das sich nun auch im öffentlichen Raum widerspiegelte. War in den 1890er-Jahren kaum öffentlich über Wagner-Denkmalen debattiert worden, erhitzten sich »nun am Wagner-Monument im Berliner Tiergarten wieder die Fragen, wo und in welcher Form ein Denkmal zu errichten sei.«<sup>30</sup> So mögen die erneut aufgenommenen Leipziger Denkmalsbestrebungen nicht nur im Zusammenhang mit einem städtepolitischen Konkurrenzverhältnis zu Berlin gesehen werden. Indem das Leipziger Richard Wagner-Denkmalkomitee den Auftrag am 8.7.1904 an Max Klinger vergibt,<sup>31</sup> kann dies auch als kulturpolitisches Votum für eine neue, erweiterte Kunstanschauung verstanden werden.

1902 hatte der Leipziger Künstler Max Klinger im Rahmen einer am wagnerischen Gesamtkunstwerk orientierten<sup>32</sup> Beethoven-Ausstellung in der Wiener Secession ein

27 Inge Baxmann, Verbindung der Künste und Verknüpfung der Sinne. Zur Wagner-Rezeption der Avantgarde in Frankreich, in: Annegret Fauser, Manuela Schwartz (Hrsg.), Von Wagner zum Wagnérisme. Musik, Literatur, Kunst, Politik. Leipzig 1999, S. 513–534, hier S. 513.

28 Vgl. Ina Gayk, Max Klinger als Bildhauer. Unter Berücksichtigung des zeitgenössischen französischen Kunstgeschehens (Schriften zur Kunstgeschichte 32), Hamburg 2011, S. 208 ff.

29 N.N., Zum Streit um das Berliner Wagner-Denkmal, in: Musikalisches Wochenblatt. Organ für Musiker und Musikfreunde 34 (28. Mai 1903) 22/23, S. 306 f., hier S. 307.

30 Weber, Das Bild Richard Wagners (Anm. 9), S. 149.

31 Gayk, Max Klinger (Anm. 28), S. 219.

32 Vgl. Thomas Strobel, Beethoven – Das Kunstwerk der Zukunft im Geiste Richard Wagners, in: Pavla Langer, Zita Á. Pataki, Th. Pöpper (Hrsg.), Max Klinger – Wege zur Neubewertung (Schriften des Freundeskreises Max Klinger e. V. 1), Leipzig 2008, S. 234–252.

Beethoven-Denkmal geschaffen und damit großes Aufsehen erregt. Das polychrome, monumentale Werk, das einen nackten, thronenden Beethoven zeigt, brach in seiner Gesamtkonzeption mit den typusorientierten Gelehrten- bzw. Künstlerdarstellungen der bisherigen europäischen Denkmallandschaft. Eine Skulptur Richard Wagners hatte Max Klinger zwei Jahre nach der Wiener Secessionsausstellung auf der Weltausstellung in St. Louis 1904 ausgestellt. Für die dortige Ausgestaltung des Leipziger Musikzimmers beteiligte er sich mit zwei Monumentalbüsten, so hatte er neben Richard Wagner dessen Förderer Franz Liszt dargestellt. Komponisten schienen demnach zu einem bevorzugten Sujet Klingers zu zählen. Hierbei mag seine eigene Musikalität eine Rolle gespielt haben. Als Sohn eines wohlhabenden, künstlerisch interessierten Seifensieders erhielt er neben der Förderung seines Zeichentalents schon früh Musikunterricht und sollte sich auch auf diesem Gebiet als begabt erweisen. Vor allem das Klavierspielen war ihm Zeit seines Lebens neben der bildenden Kunst ein wichtiges künstlerisches Ventil. Zu Studienzeiten betätigte er sich begeistert in diversen kammermusikalischen Besetzungen und in sein späteres Leipziger Atelier ließ er sich einen Flügel liefern, um in seinen Schaffenspausen darauf spielen zu können (*Abb. 3*). Dabei zählten vor allem Beethoven, Schumann und Brahms zu seinen bevorzugten Komponisten.<sup>33</sup> Der Musik Richard Wagners stand er distanzierter gegenüber. Über einen Besuch der *Meistersinger* schrieb er 1913 an den Leipziger Verleger Georg Hirzel, dass ihm das Werk wie ein »Moderner – Renaissance – Bierpalast« (sic)<sup>34</sup> vorgekommen sei: »Die letzte Stunde habe ich mich gewunden mit innerlichen und äußeren Schmerzen. Du kennst ja das. Man ist völlig an Aufnahmefähigkeit erschöpft und dann rinnt es noch eine Stunde an einem runter wie bei einer Regentonnen – Da helfen nur einige Glas Bier und das schöne Schimpfen.«<sup>35</sup>

Vielmehr interessierte Klinger sich für die theoretischen Schriften Richard Wagners.<sup>36</sup> Dies hatte er durch sein Beethoven-Denkmal, das im Kontrast zum wilhelminischen Denkmalsstil stand, signalisiert, weshalb er neben seiner musikalischen Sensibilität für die Ausführung eines Leipziger Wagner-Denkmal prädestiniert gewesen zu sein schien. Dass er zudem wie Wagner gebürtiger Leipziger war, konnte den Entschluss, letztlich ihn mit der Ausführung des Denkmals zu betrauen, nur untermauern: »Die Stadt Leipzig wird sich nicht den Ruhm nehmen lassen, aus eigenen Kräften ihrem größten musikalischen Sohne ein Standbild errichtet zu haben. Und dem in Leipzig geborenen Meister soll ein Leipziger Meister das Monument schaffen.«<sup>37</sup>

33 Siehe z.B. den Brief Max Klingers an Leo Liepmannssohn aus dem Jahr 1880, abgedruckt in: Max Klinger, Hans Wolfgang Singer, Briefe von Max Klinger aus den Jahren 1874 bis 1919, Leipzig 1924, S. 29.

34 Max Klinger in einem Brief an Georg Hirzel vom 23.5.1913, in: Klinger, Singer, Briefe (Anm. 33), S. 199.

35 Ebd., S. 198.

36 Vgl. Strobel, Beethoven (Anm. 32), S. 239.

37 N. N., ohne Titel, in: Leipziger Tageblatt vom 25.04.1909.



Abb. 3: Max Klingers Atelier in Leipzig, historische Aufnahme (Joachim Kossmann/Brabms-Museum Hamburg)

Für das Leipziger Wagner-Denkmal fertigte Klinger aus Zwecken des Studiums im Rahmen der Entwurfsentwicklung zunächst ein nacktes Modell Richard Wagners in Lebensgröße an. Anhand der Gipsmodelle Wagners konnte er nicht nur die Schrittstellung und den Habitus der Figur ausarbeiten, auch den Faltenwurf des geplanten Gewands studierte er daran.<sup>38</sup> Neben der zeichnerischen und plastischen Durchbildung der Figur schuf Klinger ein Modell des Denkmals in halber Größe, stellte es in seinem Garten auf und ließ es dort fotografieren. Anschließend überarbeitete er die Fotografien, um sich so die Wirkung des geplanten Denkmals vergegenwärtigen zu können.

Wie es bereits beim Beethoven-Denkmal der Fall gewesen war, entschied sich Klinger im Material auch bei der Ausführung des Wagner-Denkmal für Marmor. Im Gegensatz zum vielfarbig gestalteten Beethoven sollte das Wagner-Monument monochrom weiß gehalten werden. Als Material bestellte Klinger darum einen knapp viereinhalb Meter hohen Marmorblock aus den Brüchen von Laas im Vintschgau in Südtirol. Nachdem der in Laas gebrochene Stein Leipzig Ende 1905 erreicht hatte, musste Klinger am 3. Ja-

38 Vgl. Gayk, Max Klinger (Anm. 28), S. 222.

nuar 1906 dem Bürgermeister jedoch mitteilen, »daß der in Aussicht genommene Block zwar freigelegt worden ist, aber sich als fehlerhaft und möglicherweise unbrauchbar erweist«. <sup>39</sup> Er war von einer dunklen Ader durchzogen.

Dieser erste Block war noch für ein Denkmal bestimmt, das, wie zunächst geplant, vor dem Alten Theater in der Nähe des Geburtsortes Richard Wagners am Brühl aufgestellt werden sollte, wo sich dann eine über vier Meter hohe, in einen bodenlangen Mantel gehüllte Statue des Komponisten auf einer mehrstufigen Estrade erhoben hätte. 1911 wurde der erste Standort-Plan auch »auf Klingers eigene Veranlassung« <sup>40</sup> hin verworfen und man entschied sich stattdessen »für die Stelle unterhalb des Matthäikirchhofes, in den Anlagen am Fleischerplatze«. <sup>41</sup> Da »die Umgebung aber hier bei weitem größer und weiter war, ließ Klinger in Laas einen zweiten Block brechen, der 5,30 Meter hoch war und an Ort und Stelle, auch der hohen Transportkosten wegen, punktiert werden sollte«. <sup>42</sup> Aufgrund dieser Veränderung entwarf Klinger ein Denkmal, das die bisher geplanten Maße überstieg. Er änderte seinen Entwurf »dahingehend ab, daß die etwa 530 cm hohe Wagner-Figur jetzt auf einem mit Reliefs versehenen Sockel inmitten einer Treppenanlage stehen sollte«. <sup>43</sup>

Klingers endgültiger Entwurf sah schließlich eine auf einem knapp drei Meter hohen Sockel platzierte, mehr als fünf Meter messende Figur Wagners vor. Eingefasst in eine Treppenanlage sollte der Sockel mit einer Seitenlänge von jeweils zwei Metern dort auf halber Höhe positioniert werden und so der monumentalen Statue des Komponisten als reliefgeschmücktes Postament dienen. In diesem Entwurf ist der aufrecht auf dem vordersten Drittel des Sockels stehende Komponist in ein schlichtes, Toga-ähnliches Gewand gehüllt, das er mit dem linken Arm auf Brusthöhe ein wenig nach oben rafft. Diese Haltung des Arms ruft einen einfachen, geradlinigen Faltenwurf an der Vorderseite des Gewandes hervor. Wagners linker Fuß ist sehr leicht vorgestellt, wodurch eine Schrittstellung suggeriert wird. Er blickt mit ernster Miene und festem Blick geradeaus in die unbestimmte Ferne. Die Sockelreliefs stellen jeweils Figuren aus Wagners Musikdramen dar. So zeigt die Vorderseite des Blocks drei nackte Frauengestalten, die sowohl als die drei Rheintöchter aus der Oper *Rheingold* als auch als eine versinnbildlichende Darstellung von Musik, Dichtung und Schauspiel gesehen werden können. Links davon

39 Max Klinger an Bruno Tröndlin, zitiert nach Karl-Heinz Mehnert, »Die unendliche Geschichte«. Das Leipziger Richard-Wagner-Denkmal von Max Klinger, in: Triangel. Das Radio zum Lesen (2005) 9, S. 6–22, hier S. 10.

40 Julius Vogel, Max Klinger und seine Vaterstadt Leipzig. Ein Kapitel aus dem Kunstleben einer deutschen Stadt, Leipzig 1923. S. 60.

41 Ebd.

42 Ebd.

43 Claudia Klugmann, Dietulf Sander, Bestandskatalog der Bildwerke, Gemälde und Zeichnungen, in: Herwig Guratzsch (Hrsg.), Max Klinger. Bestandskatalog der Bildwerke, Gemälde und Zeichnungen im Museum der bildenden Künste Leipzig, Leipzig 1995, S. 82.

*Abb. 4: Modell des Entwurfs für das Richard Wagner-Denkmal von Max Klinger, historische Postkarte um 1913*



sind Siegfried, Mime und der erlegte Drache, rechts der Gralswächter Parsifal und die Gralshüterin Kundry zu sehen (*Abb. 4*).

Laut Ina Gayk war sich Klinger des einheitlichen Denkmalstils, der sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland entwickelt hatte, durchaus bewusst, suchte allerdings in seinen Werken dezidiert »nach alternativen Ideen und Lösungen, die dem erzählerischen Pathos und dem hohlen Symbolkanon seiner Zeit etwas entgegensetzen konnten.«<sup>44</sup> In seiner Schrift »Malerei und Zeichnung« hält Klinger fest: »Allegorien, Kostüme und Fahnen, Helme und Waffen, die so lächerlich anspruchsvolle und doch leere historische und archäologische Treue, an die wir bis zur Naivität glauben, verschwemmen jede gesunde Darstellung von dem, was doch den Kernpunkt aller Darstellung ausmacht: den Menschen.«<sup>45</sup>

Mit dieser Einstellung traf Klinger auch den Geschmack der Hinterbliebenen Wagners. Nach photographischer Sichtung des ersten Entwurfs 1905 schrieb Eva Wagner im Auftrag ihrer Mutter Cosima einen Dankesbrief an Max Klinger. Darin heißt es u. a.: »Sogleich beim ersten Anblick der eingesandten Abbildungen frappierte Einem die grosse, edle Schlichtheit – welche wir als ›Erhabenheit‹ im Kunstwerk bezeichnen dürfen – dieser Klinger'schen Conception! Die Wohlthat keine Allegorien, kein Beiwerk weder Lorbeer noch Lyra anzutreffen war gross, und die belebte Ruhe, von der das Ganze erfüllt scheint, entspricht wundervoll der Aufgabe.«<sup>46</sup>

Um Klinger bei der Ausgestaltung des Kopfes der Wagnerfigur die Arbeit an einer höchst möglichen physiognomischen Ähnlichkeit zu erleichtern, stellte ihm Cosima Wagner desweiteren ein Familien-Fotoalbum zur Verfügung.

<sup>44</sup> Gayk, Max Klinger (Anm. 28), S. 208 ff.

<sup>45</sup> Max Klinger, *Malerei und Zeichnung*, Leipzig, 3. Auflage, 1899, S. 42.

<sup>46</sup> Brief Eva Wagners an Max Klinger vom 08.04.1905, Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, A/1638/2010.

Richard Wagner hatte 1850 in seiner Schrift »Das Kunstwerk der Zukunft« selbst den Menschen als Mittelpunkt der Bildhauerkunst verstanden<sup>47</sup> und gleichzeitig bemängelt, dass mittlerweile lediglich eine wie versteinerte, künstliche Plastik von »monumentaler Bewegungslosigkeit«<sup>48</sup> existiere. Obwohl es Klinger in seinem Richard Wagner-Denkmal nicht darum gegangen sein mag, den durch stilistische Moden beeinflussten Typus eines Komponisten darzustellen – eine »monumentale Bewegungslosigkeit« lässt sich darin dennoch entdecken. Durch die nur angedeutete Schrittstellung und die vertikale Ausrichtung der Wagner-Figur bekommt der Entwurf einen durchaus statischen Ausdruck. 1902 hatte Klinger sich im Rahmen der Konzeption seiner Beethoven-Figur und ihrer Präsentation innerhalb der Wiener Secessionsausstellung noch explizit konzeptionell an Wagners Gesamtkunstwerkgedanken orientiert, in seinem Wagner-Denkmal aber suchte er den Geist jenes Komponisten offenbar anders auszudrücken: Weniger formal als psychologisierend. So entspricht das von Max Klinger entworfene Wagner-Denkmal keiner konzeptionellen Umsetzung der Wagnerschen Kunstideologie. Da Klinger Wagner nie persönlich begegnet war, konnten ihm, neben Überlieferungen, allein die Werke Wagners ein Persönlichkeitsbild des Komponisten liefern. Die monumentalen Ausmaße des geplanten Denkmals könnten insofern als Analogie zu den sehr groß besetzten, mehrere Stunden langen Musikdramen Wagners betrachtet werden. Der Ausdruck der Wagner-Darstellung wird dagegen weniger auf die Musik Wagners als auf Klingers Lektüre von dessen Schrift »Das Kunstwerk der Zukunft« zurückzuführen sein. Diese ist durchzogen von einem auf die Zukunft gerichteten Erlösungsgedanken, den Klinger in seinem Wagner-Denkmal vermutlich darzustellen versucht hat. So ist anzunehmen, dass Klinger Wagner sich gen jenes »Land der Menschen der Zukunft«<sup>49</sup> wenden lässt, in dem dessen Kunstideologie vollkommene Wirklichkeit werden würde. Hier ist auch die damalige Situation des Denkmalstandortes einzubeziehen, der diese »zukunftsgewandte« Aussage untermauert haben mag. 1913 stellten die Promenadenanlagen einen Eingang zum Stadtzentrum dar. Der geplante Standort des monumentalen Denkmals bedeutete, dass Wagner der Stadtbevölkerung auf dem Weg ins Zentrum entgegen treten würde. Die Figur Wagners ist dabei zwar schlicht und naturalistisch gehalten, die monumentalen Maße, die erhöhte Positionierung und der in die Ferne gerichtete Blick der Skulptur drücken jedoch eine starke Distanz zum Betrachter aus und sein in die Ferne gerichteter Blick und die angedeutete Schrittstellung suggerieren auch ein Entfernen aus eben diesem Stadtzentrum, aus Leipzig. So kann der Klingersche Wagner auch als jener Wagner betrachtet werden, der von Leipzig aus in die Welt aufbrach, um außerhalb dieser Stadt sein Werk zu schaffen.

---

47 Richard Wagner, *Das Kunstwerk der Zukunft*, Leipzig 1850, S. 164.

48 Ebd., S. 153.

49 Ebd., S. 92.

### Künstlerische Komplikationen in Klingers Schaffensprozess

Insgesamt fertigte Max Klinger für das Richard Wagner-Denkmal so viele Vorarbeiten und Studien an wie zu keinem anderen seiner Bildhauerwerke. Günter Metken meint darin die Unsicherheit des Künstlers gegenüber dem Auftrag zu erkennen, laut Ina Gayk lässt sich dies »anhand der Studien selbst jedoch nicht verifizieren«.<sup>50</sup> Sie fügt an: »Im Gegenteil, Klinger schien sich sehr schnell über sein Projekt im Klaren zu sein und wollte nur bei dessen kolossaler Umsetzung kein Risiko eingehen.«<sup>51</sup> Tatsächlich hatte Klinger bisher kaum Erfahrungen mit Skulpturen unter freiem Himmel gemacht, wodurch ein gründlicheres Vorstudium durchaus naheliegend gewesen sein mag. Die von Metken interpretierte Unsicherheit Klingers lässt sich dennoch nachvollziehen. Sie mag auch als latenter Unmut dem Projekt gegenüber gedeutet werden, denn der Arbeitsprozess am Wagner-Denkmal sollte in den folgenden Jahren durch unterschiedliche Umstände stetig verzögert werden. Gleich zu Beginn der Arbeiten stiegen durch den ungeeigneten ersten Marmorblock und die dadurch erzwungene Beschaffung eines Ersatzes die Kosten. Zugleich kam die Nachricht, »daß die Firma Zeller u. Co. Wien, die Besitzerin der Laaser Brüche ist, Concurs angesagt hat«.<sup>52</sup> Der Wert der dortigen Bestellung betrug 40 000 Kronen. Da eine Baranzahlung über ca. 21 000 Kronen bereits getilgt war, beauftragte Klinger einen Rechtsanwalt mit der Klärung des Vorganges. Erst im Mai 1907 teilte der Künstler Oberbürgermeister Tröndlin mit, dass »der Concurs der Laaser Marmorwerke [...] nunmehr geordnet« sei, »der neue Besitzer [...] in den mit seinem Vorgänger geschlossenen Contrakt eintrete, alle geleisteten Zahlungen anerkenne und den Block im Laufe des Sommers liefern zu können hoffe«.<sup>53</sup> Anwaltskosten, die später neu entschiedene Standortfrage und die damit verbundene größer angelegte Konzeption Klingers bedeuteten ein weiteres, zusätzliches Überschreiten des ursprünglich geplanten finanziellen Etats, womit die Finanzierungsgarantie nicht mehr gewährleistet war.<sup>54</sup>

Als Rudolf Dittrich 1908 nach dem Tod des Oberbürgermeisters Bruno Tröndlin im selben Jahr den Ehrenvorsitz des Richard Wagner-Denkmalkomitees übernimmt, drängt er Klinger zur Weiterarbeit an dem Denkmal. Ein Protokoll des Komitees hält jedoch fest: »Herr Prof. Klinger bemerkt hierzu, er hoffe, bis 1913 fertig zu werden, der Block liege allerdings noch in Laas, sei aber nunmehr sein Eigentum. Sein Atelier in Plagwitz könne er [...] nicht zeigen, weil er nichts zu zeigen habe [...], das Wagner-Denk-

<sup>50</sup> Gayk, Max Klinger (Anm. 28), S. 222.

<sup>51</sup> Ebd.

<sup>52</sup> Max Klinger in einem Brief an Bruno Tröndlin vom 03.01.1906, zitiert nach Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 10.

<sup>53</sup> Ebd.

<sup>54</sup> Vgl. Weber, Das Bild Richard Wagners (Anm. 9), S. 161.

mal sei noch nicht soweit [...].<sup>55</sup> Dieser Verzug war jedoch nicht allein auf bürokratische Umstände zurückzuführen.

Klingers bildhauerische Aufmerksamkeit galt bis 1909 vor allem einem anderen künstlerischen Projekt. Im Mai 1904, also drei Monate bevor man ihn in Leipzig mit der Ausführung des Richard Wagner-Denkmal betraute, hatte er in Hamburg einen Vertrag mit einem Denkmalkomitee abgeschlossen, das sich mit der Errichtung eines Denkmals für den Komponisten Johannes Brahms befaste. Der Anstoß zu diesem Denkmal kam vom damaligen Direktor der Hamburger Kunsthalle Alfred Lichtwark. Es sollte für die im Bau befindliche Musikhalle geschaffen werden, einem Konzerthaus, dessen Errichtung auf das alleinige Mäzenatentum der Eheleute Laeisz zurückzuführen war. Verschiedene Aspekte mögen dazu geführt haben, dass Klinger die Arbeit an diesem Denkmal priorisierte. Zum einen war die Errichtung des Hamburger Brahms-Denkmal finanziell viel stärker abgesichert als die des Leipziger Wagner-Denkmal, dessen Komitee sich ständig um Spenden zu bemühen hatte. Zum anderen sollte das Brahms-Denkmal für einen Innenraum geschaffen werden, dessen Kontext allein musikalischer Natur war. Das Denkmal in Leipzig sollte hingegen im öffentlichen Stadtraum errichtet werden, weshalb die an die Stadtverwaltung gebundenen Wagner-Denkmalinitiatoren sowohl das Interesse der Bürger, des Stadtrats, der Wagnerianer und der Wagner-Hinterbliebenen zu beachten hatten. Stand im Falle des Hamburger Brahms-Denkmal der bloße Wunsch nach einer Hommage an den Komponisten und Ehrenbürger der Stadt im Vordergrund, sprach man bei den Leipziger Wagner-Denkmalplänen im Jahr 1883 von Anfang an von der Erfüllung einer Leipziger »Ehrenpflicht«, die 1904 nunmehr gar zu einer »Ehrendschuld«<sup>56</sup> herangewachsen war. Das Nachkommen von Pflicht und Schuldigkeit begleitete demnach die Leipziger Wagner-Denkmalpläne, was den mit der Errichtung des Denkmals beauftragten Klinger nicht unbedingt in seiner Schaffenskraft gefördert haben dürfte. So schrieb er am 4. Juli 1905 in einem Brief an seinen Freund Alexander Hummel: »Es ist zuviel zu thun. Soviel, daß ich daran denke mir einiges abzuwälzen um freiere und ruhigere Hand für das Übrige zu bekommen und ein wenig Zeit für mich. Ich hab' mir schon geschworen, Aufträge nehme ich nicht wieder an. Nur selbst und für sich selbst arbeiten! Das ist vielleicht falsch, sogar wahrscheinlich falsch – aber schon der leiseste Zwang nimmt mir die Luft.«<sup>57</sup>

Auch wenn es sich bei dem Hamburger Brahms-Denkmal um einen Auftrag handelte, mag Klinger dieser Auftrag einen größeren persönlichen Schaffensantrieb geboten haben als die Leipziger Denkmalpläne, zumindest wenn man von Elsa Asenijeffs Feststellung ausgeht, die besagt, dass Klinger in seinem Schaffen immer durch »das Entzü-

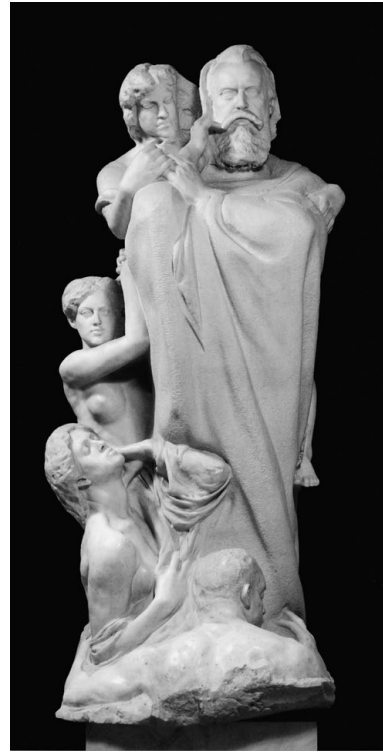
55 Aus dem Protokoll des Denkmalkomitees, zitiert nach Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 11.

56 Tröndlin, Aufruf zur Errichtung (Anm. 22), S. 286.

57 Klinger, Singer, Briefe (Anm. 33), S. 163 ff.



Abb. 5: Max Klinger, *Johannes Brahms-Denkmal*, 1908/09, Laeiszhalle Hamburg (Joachim Kossmann/Brahms-Museum Hamburg)



cken für Werke grosser Komponisten zu deren plastischer Verherrlichung<sup>58</sup> gedrängt wurde. Demnach mag ihm die Arbeit an einem Denkmal für Brahms leichter gefallen sein als die an einem Werk zu Ehren Wagners, denn Klinger war vor allem ein großer Bewunderer der Musik von Johannes Brahms. 1877 hatte er dem in Wien lebenden Komponisten erstmals eine Liedillustration gewidmet, 1885 gestaltete er rückwirkend auf eine Idee des Verlegers Fritz Simrock die Titelzeichnungen für die Druckausgaben einzelner Brahms-Werke.<sup>59</sup> Diese Titelzeichnungen regten Klinger schließlich zu einem Graphikzyklus an, den er als Brahmsphantasie betitelte und dem Komponisten widmete. Hatte Klinger Brahms seine Bewunderung in den 1870er-Jahren noch »regelrecht aufgedrängt«<sup>60</sup>, worauf Brahms damals dementsprechend zurückhaltend reagierte, sollte sich daraus später eine auf gegenseitiger Hochachtung basierende Freundschaft entwickeln. Im Hamburger Brahms-Denkmal konnte Klinger somit nicht nur der Er-

58 Elsa Asenijeff, Das Musikalische in Max Klinger's Schaffen, in: Musikalisches Wochenblatt. Organ für Musiker und Musikfreunde 36 (13. April 1905) 15, S. 313–315, hier S. 314.

59 Vgl. Dietrich Erben, Komponistenporträts. Von der Renaissance bis zur Gegenwart, Stuttgart 2008.

60 Ebd. S. 112.

füllung eines Auftrags nachgehen, sondern zugleich auch seiner persönlichen Ehrerbietung für Brahms neben seinem graphischen Werk nun auch in einem öffentlich zugänglichen Raum Ausdruck verleihen. So bildet die Brahms-Statue Klingers den »Endpunkt einer lebenslangen Auseinandersetzung des Malers und Bildhauers mit dem Werk von Brahms«<sup>61</sup> (*Abb. 5*), wohingegen es sich bei dem Leipziger Wagner-Denkmal »um einen offiziellen Auftrag [handelte], der durch finanzielle Probleme, Standortfragen und sicher auch durch fehlendes Engagement des Künstlers über Jahre belastet war.«<sup>62</sup>

Die Brisanz der parallelen Beschäftigung mit einem Denkmal für Johannes Brahms und Richard Wagner erschließt sich nicht zuletzt in einem Blick auf die damalige Rezeptionsgeschichte der beiden Komponisten. So ist zu beachten, dass sich Mitte des 19. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum ein Musikstreit entwickelte, der in der Hauptsache um Richard Wagner und Johannes Brahms kreiste. Seit den 1850er-Jahren war es zu offen diskutierten Differenzen zwischen den Verfechtern der absoluten Musik, also der von außermusikalischen Vorgaben und Einflüssen freien, reinen Tonkunst, und jenen Komponisten und Kritikern gekommen, die sich als »Neudeutsche« bezeichneten und für die Entwicklung der Sinfonischen Dichtung und des Musikdramas eintraten. Zu den Vertretern der absoluten Musik zählten Robert Schumann und Johannes Brahms, der Kreis um die »Neudeutschen« wurde insbesondere durch Franz Liszt und Richard Wagner geprägt. Wagners Schrift »Das Kunstwerk der Zukunft« sollte der Diskussion um die »Zukunftsmusik« entscheidende Impulse geben. Hatte Robert Schumann sich 1834 selbst noch als »romantische[n] Revolutionär [verstanden], der für den Fortschritt der Kunst und Kunstkritik kämpfte«, war ihm der Begriff Zukunft knapp zwanzig Jahre später zu negativ besetzt »und zu einer verschlissenen Vokabel geworden«.<sup>63</sup> Ganz anders Richard Wagner, dem »die Frage nach dem ›Fortschritt‹ und der ›Zukunft‹ [...] längst keine rein künstlerische, rein musikalische mehr, sondern eine gesellschaftspolitische« geworden war.<sup>64</sup> Gemeinsam mit anderen revolutionär gesinnten Nationalisten kritisierte er die Romantiker und die Idee der absoluten Musik. Für Schumann galt es nun, »an die alte Zeit und ihre Werke mit allem Nachdruck zu erinnern«<sup>65</sup> und er hielt schließlich seinen jungen Freund Johannes Brahms dazu berufen, »die Tradition der Romantik fortzuführen«.<sup>66</sup> Schumann gab damit den Anstoß für eine Brahms-Rezeption, die den Komponisten jahrzehntelang als den großen Antipoden Richard Wagners

61 Ebd.

62 Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 10.

63 Ulrich Tadday, Tendenzen der Brahms-Kritik im 19. Jahrhundert, in: Wolfgang Sandberger (Hrsg.), Brahms-Handbuch. Stuttgart 2009, S. 112–127, hier S. 113.

64 Ebd., S. 115.

65 Schumann 1854 zitiert nach Tadday, Tendenzen der Brahms-Kritik (Anm. 63), S. 113.

66 Tadday, Tendenzen der Brahms-Kritik (Anm. 63), S. 116.

verstand.<sup>67</sup> Brahms selbst wandte sich ab 1860 dezidiert »gegen die geschichtsphilosophischen und gesellschaftsutopischen Parolen der Konkurrenz«,<sup>68</sup> mit konkreter und öffentlicher Kritik an Richard Wagner hielt er sich dabei zwar zurück, der folgende Brief an seinen Freund Joseph Joachim macht seine wahre Einstellung jedoch recht unverhohlen deutlich: »Beklage ich bloß die ›Verirrungen wie sie in Werken vorkommen‹, so beklage ich Wagner, Berlioz, alle möglichen. [...] Über ›Verirrungen‹ usw. kann man debattieren und sich streiten. Eben wir können und brauchen uns durchaus solchem Scheißzeug gegenüber auf keine wissenschaftlichen Erörterungen einzulassen. Ich wünschte hauptsächlich, wir könnten den Namen Liszt anbringen, damit man uns nicht Verstocktheit gegen Wagner usw. vorwerfen kann.«<sup>69</sup>

Der Streit zwischen den »Neudeutschen« und den »Konservativen« entwickelte sich fortan in einen Kampf der »Wagnerianer« gegen die »Brahminen«, auch »Brahmiten« genannt. Brahms wurde als der »norddeutsche Melancholiker, dessen Werke in Wien den Zeitgeist des ›Fin de Siecle‹ spiegelten«,<sup>70</sup> betrachtet, also als Vertreter genau jener Mode, die Wagner widerstrebte.

Nun lag die Hochphase dieses Musikstreits Anfang des 20. Jahrhunderts bereits zurück, doch die Rollen des »traditionalistischen Brahms« und des »revolutionären Wagners« hafteten den Komponisten nach wie vor an.

Jan Brachmann weist außerdem darauf hin, dass sich aus der Kommunikation zwischen Klinger und Brahms ein »sehr allgemeiner, indirekter Rückschluß über das Kunstideal beider Künstler gewinnen«<sup>71</sup> ließe. Es fände sich »[...] sowohl bei Klinger als auch bei Brahms, analog zur Sakralisierung einer prinzipiell unmittelbaren Innerlichkeit, die Erhebung des Kunstwerkes, besonders der Musik, zum Organ des Absolut-Unsagbaren. [...] Kunst selbst wird zudem immer noch betrachtet als *Erhebung* in eine bessere, höhere, eigentliche Wirklichkeit«.<sup>72</sup>

67 Innermusikalisch analysiert Carl Dahlhaus die jeweiligen Zuschreibungen der entgegengesetzten Lager, also »konservativ« und »revolutionär«, folgendermaßen: »Wenn man [...] unter ›konservativ‹ das Verfahren einer Weiterentwicklung innerhalb eines in den Grundlagen unangefochtenen Systems versteht, so trifft dies für Brahms' kompositorisches Verfahren zweifellos zu. Wagners Werke dagegen neigen zu einer Grenzüberschreitung; sie weisen über das bestehende System des – zu seiner Zeit – kompositorisch Anerkannten und Möglichen hinaus und können somit in der Tat als ›fortschrittlich‹ bezeichnet werden.« Carl Dahlhaus, »Wagnerianer« und »Brahminen«, in: Sabine Ehrmann-Herfort, Ludwig Finsscher, Giselher Schubert (Hrsg.), Europäische Musikgeschichte, Band 2, Kassel 2002, S. 881–902, hier S. 881.

68 Tadday, Tendenzen der Brahms-Kritik (Anm. 63), S. 114.

69 Johannes Brahms in einem Brief vom 09.05.1860 an den Freund Joseph Joachim, zitiert nach Tadday, Tendenzen der Brahms-Kritik (Anm. 63), S. 122.

70 Wolfgang Sandberger, Bilder, Denkmäler, Konstruktionen – Johannes Brahms als Figur des kollektiven Gedächtnisses, in: Sandberger, Brahms-Handbuch (Anm. 63), S. 1–22, hier S. 3.

71 Jan Brachmann, Ins Ungewisse hinauf ... Johannes Brahms und Max Klinger im Zwiespalt von Kunst und Kommunikation (Musiksoziologie 6), Kassel 1999, S. 117.

72 Ebd.

Brachmann fügt allerdings an, und dies ist entscheidend, dass diese Erhebung »keineswegs geschichtsphilosophisch-utopisch (als Vor-Schein einer besseren Zukunft) zu denken [sei] – da beide nicht mehr an einen fortschrittsoptimistischen Geschichtsfinalismus glauben –, sondern allenfalls noch (besonders bei Brahms) metaphysisch-anagogisch in einem quasi-religiösen Sinne«<sup>73</sup> zu verstehen sei. Genau jenen »fortschrittsoptimistischen Geschichtsfinalismus« charakterisierte jedoch die Kunstideologie Wagners. Womöglich mag dieser Unterschied zwischen Wagner und Brahms dazu beigetragen haben, dass Klingers gleichzeitiges Schaffen für Denkmale beider Komponisten letztlich nur in der Fertigstellung des Brahms-Denkmal mündete. Wenn die Intensität der Beziehungen zwischen der Musik und den bildenden Künsten seit Mitte des 19. Jahrhunderts »mehr denn je auf gemeinsamen ästhetischen Überzeugungen oder analogen Kunstanschauungen basierte«,<sup>74</sup> mag Klinger als Kenner und Befürworter des Wagnerschen Gesamtkunstwerkgedankens und gleichzeitiger Liebhaber der Brahms'schen Musik in gewisser Weise also auch zwischen diesen beiden ideologischen Polen gestanden haben. Dieses intellektuelle »Dazwischenstehen« Klingers mag das zeitgleiche Arbeiten an Denkmalen für beide Komponisten nicht unbedingt erleichtert haben. Zumindest beschäftigte Klinger sich erst 1911 wieder intensiver mit dem Richard Wagner-Denkmal.

### Vom Wagner-Denkmal zum Klinger-Sockel – die gescheiterte Fertigstellung

Auch sieben Jahre nach der Beauftragung Max Klingers mit der Schaffung eines Leipziger Richard Wagner-Denkmal hatte das Projekt keine über den Entwurf hinausgehende konkrete Gestalt angenommen. Schließlich legte die Stadt kurzerhand eine Enthüllung des Denkmals für 1913 fest. Sie sollte im Rahmen der offiziellen Leipziger Richard Wagner-Feier anlässlich des 100. Geburtstages des Komponisten stattfinden. Trotz unklarer Finanzierungsverhältnisse (»An Kosten kalkulierte der Künstler für das mit 8,30 m Gesamthöhe gewaltige Ensemble inzwischen 175 000 Mark, wobei damals erst rund 80 000 Mark zusammengekommen waren.«<sup>75</sup>) bestellte Klinger angesichts der nun zügig fertigzustellenden Arbeit 1912 neue Marmorblöcke in Laas und begann mit der Arbeit an Gipsmodellen für die Sockelreliefs. Die originalgroßen Gipsmodelle wurden anschließend nach Laas überführt, um dort in Stein übertragen zu werden. Auch der Block für die Wagner-Statue sollte in Laas punktiert werden, um zu hohe Transportkosten zu vermeiden.

<sup>73</sup> Ebd.

<sup>74</sup> Erben, *Komponistenporträts* (Anm. 59), S. 112.

<sup>75</sup> Stefan Voerkel, *Richard-Wagner-Denkmal* (Postament), in: *Leipziger Denkmale*, hrsg. vom Leipziger Geschichtsverein e. V., Beucha 1998, S. 77–79, hier S. 78.

Am 22. Mai 1913 kam es jedoch lediglich zur Grundsteinlegung. Seine anlässlich der Feierlichkeiten gehaltene Festrede schloss Kommerzienrat Friedrich Wilhelm Dodel mit den Worten: »So erhoffen wir denn, daß in nicht allzulanger Zeit sich hier das Standbild des deutschesten Wort- und Tondichters unserer Tage erheben wird, aufgefaßt und zur Darstellung gebracht nach seinen eigenen Worten: Der Denker ist der rückwärts-schauende Dichter, der wahre Dichter ist aber der vorverkündende Prophet zum Andenken an die zwei berühmten Söhne unserer teuren, vielgeliebten Vaterstadt Leipzig: den großen Meister Richard Wagner und den Schöpfer des Erinnerungsdenkmals, Max Klinger.«<sup>76</sup>

Die Erinnerung an Richard Wagner in Leipzig zu verfestigen wurde 1913 außerdem durch die Namensgebung der Richard-Wagner-Straße und des Richard-Wagner-Platzes angestrebt. Zudem organisierte das Denkmalkomitee in Zusammenarbeit mit dem Leipziger Stadtgeschichtlichen Museum eine Richard Wagner-Gedächtnisausstellung, um »innerhalb der Vaterstadt Wagners durch die Schaustellung einer sorgfältigen Auswahl erlesener Erinnerungstücke für die Jahrhundertfeier seines Geburtstages Stimmung zu machen und das Verständnis und die Verehrung für seine große Persönlichkeit und sein weltumspannendes Wirken als Denker, Dichter und Tonsetzer zu vertiefen.«<sup>77</sup> Aus dieser Formulierung Kurzwellys kann man schließen, dass die Erinnerung an Richard Wagner in Leipzig offenbar noch nicht eindeutig etabliert war und erst vertieft werden sollte. Klinger selbst jedenfalls suchte angesichts des Trubels der Richard-Wagner-Feierlichkeiten das Weite: »Hier war inzwischen [...] der Richard-Wagner-Teufel dazu los. ›Eröffnung‹, ›Grundsteinlegen‹, ›Eröffnen‹ – Na heut bin ich ausgerissen.«<sup>78</sup>

Im Juni 1914 »waren die Arbeiten soweit gediehen, dass der Sockelblock mit den Figurenreliefs fertig punktiert war und der passende Block für die Wagner-Figur gefunden wurde.«<sup>79</sup> Nun verhinderte jedoch der Ausbruch des Ersten Weltkriegs den Abtransport des Blocks nach Leipzig und Klinger riet dringend von einem Versuch der Materialüberführung ab: »Der Ort Göflan im Etschtal gehört zum engsten Kriegsgebiet. Ueber den beschneiten Berghöhen ist bereits die Italienische Grenze. An Arbeiten oder selbst nur Besuchen dort ist nicht zu denken. Es ist seit Kriegsbeginn kein Arbeiter mehr dort, die Marmorausfuhr aus Oestreich ist gesperrt. Zu dem Transport der beiden Marmorcolosse sind Kanonenwagen der Krupp'schen oder Skoda Werke erforderlich. Und die

76 Zitiert nach: Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 13.

77 Aus der Einführung von Albrecht Kurzwelly, in: Richard Wagner Gedächtnis-Ausstellung aus Anlaß des hundertjährigen Geburtstages Richard Wagners, veranstaltet vom Komitee für das Leipziger Richard-Wagner-Denkmal und dem Stadtgeschichtlichen Museum zu Leipzig, hrsg. vom Stadtgeschichtlichen Museum zu Leipzig, Leipzig 1913, S. VI.

78 Max Klinger in einem Brief an Georg Hirtzel vom 23.05.1913, in: Klinger, Singer, Briefe (Anm. 33), S. 198.

79 Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 16.

sind jetzt nicht erhältlich. Da muss erst der Friede geschlossen sein. Jedem Versuch eines Transportes würde ich entschieden widerraten. Wir müssen damit zufrieden sein, im Besitze des in solchen Ausmassen selten schönen Materials zu sein. Ich selbst habe keinen Marmorarbeiter, der meine ist in Oestreich eingezogen [...].«<sup>80</sup>

Das anhaltende Ausbleiben der Denkmalserrichtung stieß bei Teilen der Leipziger Bevölkerung offenbar auf Kritik. So weist Karl-Heinz Mehnert darauf hin, dass das Leipziger Tageblatt am 29. Juni 1916 aufkommende Gerüchte zu entschärfen suchte, die besagten, dass der Marmorblock gar nicht vorhanden sei. Um die tatsächliche Existenz des Marmorblocks zu beweisen und »das Unsinnige dieser Gerüchte darzutun«, wurden »in dem Schaufenster Ecke Augustusplatz und Johannisgasse mehrere Bilder von dem für das Denkmal bestimmten Marmorblock«<sup>81</sup> ausgestellt.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs ruhten die Denkmalpläne, bis Ende April 1920 die Firma Eduard Hauser aus Laas im Vinschgau mitteilte, »dass ein Transport der Marmorblöcke nach Leipzig möglich sei, die Kosten aber durch die neue Grenzziehung nach dem Friedensschluss von Saint-Germain im Jahre 1919 in Lire zu entrichten wären.«<sup>82</sup> Klinger schreibt daraufhin an den neuen Leipziger Oberbürgermeister Karl Rothe, der mittlerweile auch den Ehrenvorsitz des Denkmalkomitees innehatte, dass der aus Vinschgau eingetroffene Brief einen vor die Wahl stelle, »die Arbeit fortzusetzen oder zu lassen. Eine schwere Wahl, da wir ebensoviel im einen wie im anderen Sinne verlieren.«<sup>83</sup> Obwohl Klinger mittlerweile gesundheitlich angeschlagen war – er hatte 1919 einen Schlaganfall erlitten –, riet er dazu, die begonnene Arbeit fortzusetzen. Dem standen jedoch der »furchtbar teure Rücktransport und schließlich die Aufstellungskosten in Leipzig« gegenüber.<sup>84</sup> Da die Stadt im Mai 1920 keinerlei finanzielle Mittel für die Errichtung zur Verfügung stellte,<sup>85</sup> lagerte der Block zum Zeitpunkt des Todes Max Klingers am 4. Juli des gleichen Jahres noch immer im Vinschgau.

Nach Klingers Tod veränderte sich der Umgang mit dem zu errichtenden Wagner-Denkmal in Leipzig. Auffallend ist das Abflauen der Begeisterung für den ursprünglich von Klinger geplanten monumentalen Entwurf. So teilt Stadtbaurat Carl James Bühring am 4. Mai 1921 Karl Rothe mit, er halte den Entwurf Klingers für »verfehlt

80 Mitteilung Max Klingers an das Richard Wagner-Denkmalkomitee vom 03.06.1916, zitiert nach: Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 17.

81 Leipziger Tageblatt vom 29.06.1916, zitiert nach: Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 17.

82 Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 17.

83 Max Klinger in einem Brief an Leipzigs Oberbürgermeister Karl Rothe vom 3. Mai 1920, zitiert nach Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 17.

84 Ebd.

85 Ebd., S. 18.

und unkünstlerisch«,<sup>86</sup> weshalb er auch vermute, dass Klinger selbst nicht mit seinem Wagner-Denkmal zufrieden gewesen sein könnte. Nachdem der Vorsitzende des Denkmalkomitees Friedrich Wilhelm Dodel versucht hatte, das »Eigentumsrecht an den in Laas befindlichen Klingerschen Modellen zu erwerben«,<sup>87</sup> schlug der Verleger Max Brockhaus schließlich vor, nur die Herausgabe des Sockelblocks zu betreiben und diesen dann an der für das Denkmal vorgesehenen Stelle aufzustellen. Die Wagnerfigur habe sowieso nicht den allgemeinen Beifall gefunden, und es werde »die kunstliebenden Kreise Leipzigs gar nicht schmerzlich berühren, wenn die Wagnerfigur nicht aufgestellt«<sup>88</sup> würde. Im direkten Bezug auf eine eher gleichgültige Leipziger Bevölkerung relativiert Brockhaus die künstlerische Qualität der Wagnerfigur, die zusätzlich dadurch gemindert werde, dass Klinger selbst »noch gar nicht mit der Bearbeitung des Wagnerblocks begonnen« habe. Dagegen sei der Sockel künstlerisch sehr wertvoll, und es werde freudig begrüßt, »wenn wir wenigstens dieses hochbedeutende künstlerische Werk in unserer Stadt aufstellen könnten«.<sup>89</sup>

Als der Klingersammler und Befürworter der Errichtung des Klingerschen Wagner-Denkmal Gustav Kirstein am 9. und 10. Mai 1921 nach Laas reist, um sich dort ein eigenes Bild der Materialien zu machen, lässt auch er in einem anschließenden Schreiben an das Denkmalkomitee Zweifel an der künstlerischen Vollendung des Sockels verlauten. So schreibt er unter anderem die folgenden Zeilen: »Diese Gipsmodelle sind viel skizzenhafter als sie nach der Fotografie vermutet werden können. Man hat den bestimmten Eindruck, daß Klinger sich die Gestaltung der Einzelheiten der Oberfläche vorbehalten wollte, bis er die Reliefs in der Rohform vor sich sah [...] Die Aufgabe, diese Reliefs in Marmor zu vollenden, bedeutet also eine selbständige künstlerische Arbeit, für die der Ausführende die selbständige künstlerische Verantwortung zu tragen hat [...]«.<sup>90</sup>

Kirstein spricht hier einen Punkt an, der die Argumente der Gegner einer Errichtung des Klinger-Entwurfs genährt haben mag, nämlich dass eine posthume Ausführung nicht mit einer Ausführung durch die Hand des Meisters selbst gleichzusetzen sei, sondern dass bei der Vollendung des Denkmals ein zweiter Künstler herangezogen werden müsse, der dem Denkmal durch seine »selbständige künstlerische Verantwortung« einen eigenen, von Klinger unabhängigen künstlerischen Ausdruck verleihen würde. Zum einen spricht aus dieser Denkweise ein mit Klinger in Zusammenhang gebrachter Originalitätsanspruch – nur ein Werk, das tatsächlich von seiner Hand stammt, kann als wertvoll erachtet werden –, zum anderen wurde es schlichtweg auch als pietätlos

86 Carl James Bühring, zitiert nach: Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 19.

87 Zitiert nach ebd., S. 18.

88 Max Brockhaus, zitiert nach: Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 18.

89 Ebd.

90 Gustav Kirstein, zitiert nach: ebd., S. 20

erachtet, das Werk durch jemand anderen als Klinger selbst zur Vollendung bringen zu lassen. Dies geht auch aus folgender Aussage des Kustos des Museums der bildenden Künste Hermann Voß hervor: »An der Tatsache, daß Leipzig eines Wagnerdenkmals von Klingers Hand für ewig entbehren muß, ist heute nichts zu ändern. Alle Versuche mit Hilfe der vorhandenen Modelle, Einzelteile, Zeichnungen usw. etwas zusammenzustückeln, wofür der verstorbene Meister niemals die Verantwortung übernommen hätte, sind nicht nur anfechtbar –: sie widersprechen auch einer richtig verstandenen Pietät gegenüber den Manen Klingers.«<sup>91</sup>

Auf Veranlassung des Museumsdirektors Julius Vogel fertigte man 1921 schließlich einen Bronzeguss des vom Zerfall bedrohten Gipsentwurfes der Aktfigur Wagners an. 1924 wurde der Sockelblock von Laas nach Leipzig transportiert. Hier überarbeitete ihn der Leipziger Bildhauer Johannes Hartmann, bevor man den Block an einen neu beschlossenen, provisorischen Standort transportierte.<sup>92</sup> Der Sockel wurde im südlichen Teil des Leipziger Vergnügungsparks Palmengarten, der 1917 den Namen *Klingerhain* erhalten hatte, aufgestellt. Er wurde somit zum Ausstellungsstück innerhalb einer Parkanlage, die vor allem Max Klinger gewidmet war. Damit verwandelte die neue Lage die ursprüngliche Aussage des Denkmals. Der zentrumsferne Standort spiegelte weniger die ursprünglich intendierte Ehrung Wagners, als vielmehr eine Ehrung Klingers wider, denn seine ursprüngliche Funktion als Sockel für ein Denkmal, das an das Werk Richard Wagners erinnern sollte, büßte der Sockel in der neuen Umgebung ein, ja »in der Nachbarschaft von gläserner Kuppelhalle mit tropisch wuchernden Pflanzen, Ballsaal, Restaurants, Pavillons, Wasserspielen und Bootsverleih«<sup>93</sup> mag er bestenfalls zum bloßen Dekorationsstück geworden sein.

Der von Klinger entworfene Sockel für das Wagner-Denkmal sollte bis ins 21. Jahrhundert an seinem Standort im Palmengarten bleiben. Dass seine inhaltliche Konnotation, also seine Verknüpfung mit Klinger statt Wagner, dabei über Jahrzehnte erhalten geblieben ist, verdeutlicht folgende Äußerung Stefan Voerkels aus dem Jahr 1998: »Selbst wenn man berücksichtigt, daß es sich um ein aus dem geplanten Denkmal-Zusammenhang gelöstes, unvollendetes und nicht von Klinger selbst ausgeführtes [...] Teilstück handelt, [...] bildet der Marmorblock einen gewissen Ersatz für ein 1921 im Klingerhain geplantes und nie verwirklichtes Denkmal für Max Klinger selbst.«<sup>94</sup>

Diese auf Richard Wagner bezogene erinnerungskulturelle Abschwächung mag seine Ursachen auch im weiteren Verlauf der Leipziger Geschichte um ein Wagner-Denk-

91 Herman Voß vermutlich um 1920, da er von 1912–1921 in Leipzig tätig war, zitiert nach: Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 19.

92 Näheres zur Bearbeitung des Sockels siehe Andreas Schödel, Max Klingers Richard-Wagner-Denkmal für die Stadt, Magisterarbeit (Ms.), Universität Leipzig, 2005.

93 Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 22.

94 Voerkel, Richard-Wagner-Denkmal (Anm. 75), S. 79.



mal haben, denn nach dem gescheiterten Großprojekt Klingers sollten in Leipzig – nur wenige Jahre später – weitaus monumentalere und ideologisch aufgeladenere Pläne für ein Wagner-Denkmal in Angriff genommen werden, die den nachträglichen Umgang mit Klingers Denkmal beeinflusst haben mögen – das Richard Wagner-Nationaldenkmal des Deutschen Volkes.

### Wagner als Erlöser – Das Richard Wagner-Nationaldenkmal des Deutschen Volkes

Das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen um ein Richard Wagner-Denkmal in Leipzig war 1924 die Aufstellung eines unfertigen Denkmals an einem anderen Standort als dem ursprünglich geplanten. So stand die Stadt 1924 erneut vor der Frage: »Wie ehrt Leipzig seinen großen Sohn Richard Wagner?«<sup>95</sup> Diese Frage sollte in den kommenden Jahren in einer Zeit wieder aufgegriffen werden, die von der Machtübernahme der Nationalsozialisten geprägt wurde. Daraus ergibt sich eine Entwicklung im weiteren Verlauf der Geschichte des Leipziger Richard Wagner-Denkmal, die exemplarisch für die Beeinflussung von künstlerisch-ästhetischen Konzeptionen durch politische Ideologien ist.

Am 31. Mai 1930 wurde der aus Ostpreußen stammende Carl Friedrich Goerdeler zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig gewählt, der zum damaligen Zeitpunkt Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei war, 1931 aber aus dieser austrat und fortan parteilos blieb.<sup>96</sup> Goerdeler beschäftigte sich gleich zu Beginn seiner Amtszeit mit dem auf der Strecke gebliebenen Wagner-Denkmal. 1931 gründete er ein neues Denkmalkomitee, dessen Mitglieder u. a. der Verlagsbuchhändler Max Brockhaus, Stadtbaurat Moritz Wolf sowie ein Verteidiger des ehemals geplanten Klingerprojekts, Gustav Kirstein, waren. Am 3. Juli 1931 besichtigte das Komitee zunächst den von Klinger geschaffenen Denkmalsockel im Palmengarten sowie den ursprünglich dafür vorgesehenen Denkmalplatz unterhalb der Matthäikirche. Eine bis dahin noch in Erwägung gezogene eventuelle Vollendung des Klinger-Entwurfs wurde nun abgelehnt, stattdessen sollte ein Wettbewerb für ein neues Denkmal ausgeschrieben werden, dem die Stadt möglicherweise Zuschüsse liefern könne.<sup>97</sup> Über die Formen des neu zu errichtenden Wagner-Denkmal verhandelte man erst, als der Stadtbaurat die Aufmerksamkeit auf die

<sup>95</sup> Mehnert, »Die unendliche Geschichte« (Anm. 39), S. 19.

<sup>96</sup> Vgl. Horst R. Sassin, Carl Goerdeler. Hitlers Widersacher in der Solinger Kommunalpolitik 1911 bis 1920, Göttingen 2013, S. 136.

<sup>97</sup> Im Falle einer Ablehnung der Stadt sollte jedoch wenigstens der Klingerblock unterhalb der Matthäikirche aufgestellt werden, oder selbigem sollte im Palmengarten ein anderer Platz zugewiesen werden. Siehe Dokument zur Besichtigung des Klingerblocks aus dem Jahr 1931, dokumentiert in: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 41.

Frankfurter Wiesen, ein Gelände am Elsterflutbett, lenkte. Hier könne im Zuge einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme ein landschaftliches Schönheitsideal verwirklicht werden, indem man einen Richard Wagner-Hain anlege und darin ein Denkmal errichte.

Im Oktober 1932 schrieb das Komitee schließlich einen Ideenwettbewerb an alle »reichsdeutschen Künstler und deutschen Künstler im deutschen Sprachgebiet«<sup>98</sup> aus. Am 13. Februar 1933 teilte Goerdeler der Öffentlichkeit das neue Denkmalsvorhaben mit. Dies geschah im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 50. Todestages Richard Wagners, die im Leipziger Gewandhaus abgehalten wurden. In seiner Festrede wies er auf »die gewaltige, auf ein ganz bestimmtes Ziel gerichtete Gestaltungskraft Richard Wagners« hin, die »in besonderer Weise der Nachwelt symbolisch nahegebracht werden«<sup>99</sup> müsse. Das Denkmal solle »entstehen in jugendfrischem Idealismus zu Schöpfung und Tat [...] In ihm soll Wagner, der einst an einem Wendepunkt deutscher geschichtlicher Entwicklung seinen Einfluß auf den Bayernkönig im Sinne des deutschen Zusammenschlusses einsetzte, uns ein Mahner werden!«<sup>100</sup> Vergleicht man diese Äußerung Goerdelers mit der Ankündigung des allerersten Leipziger Wagner-Denkmalkomitees aus dem Jahr 1883, wird deutlich, dass die seitdem einhergegangene gesellschaftliche Entwicklung ein offenbar pathetischeres Verhältnis zu Richard Wagner begünstigte. 1933 wird nicht mehr hauptsächlich die »Würdigung des großen Tondichters«<sup>101</sup> angestrebt, Wagner sollte nun zum »Mahner« eines Volkes werden. So legitimiert Goerdeler die Errichtung eines Wagner-Denkmals nicht allein durch Wagners künstlerisches Schaffen, sondern auch indem er Wagner als geeignete Leitfigur für die gegenwärtige, von Krisen betroffene Gesellschaft betrachtet.

Als Ehrengast der Leipziger Richard Wagner-Gedächtnisfeier am 13. Februar 1933 saß der neue Reichskanzler Adolf Hitler in der ersten Reihe. Schon vor seiner Machtübernahme als Reichskanzler hatte Hitler seine enthusiastische Wagner-Verehrung kenntlich gemacht.<sup>102</sup> Während Goerdelers Verknüpfung des Komponisten mit der »Wiedergewinnung von Ehre, Wahrheit und Wohlfahrt«<sup>103</sup> keinen rassenideologischen Gedanken verfolgte, sondern vor dem Hintergrund der empfundenen Demütigung des Deutschen Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg zu betrachten ist und Goerdeler durch seine Denkmalsbemühung der niedergeschlagenen Stimmung der Krisenzeit womög-

98 Siehe Ausschreibung »Ideen-Wettbewerb für ein Richard Wagner-Denkmal in Leipzig« vom Oktober 1932, dokumentiert in: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 50.

99 Goerdeler, Geschichte (Anm. 11), S. 2.

100 Ebd.

101 Aufruf des ersten Leipziger Wagnerdenkmal-Komitees vom 22. Mai 1883, zitiert nach Goerdeler, Geschichte (Anm. 11), S. 1.

102 Seine Wagner-Verehrung erwähnt Hitler bereits 1925 im 1. Kapitel von »Mein Kampf«, vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf. Jubiläumsausgabe anlässlich der Vollendung des 50. Lebensjahres des Führers, München 1939, S. 25. Siehe außerdem Klaus Backes, Hitler und die bildenden Künste. Kulturverständnis und Kunstpolitik im Dritten Reich, Köln 1988, S. 44.

103 Goerdeler, Geschichte (Anm. 11).

lich durch kulturelle Errungenschaften »überzeitliche« Werte entgegensetzen wollte, knüpfte Adolf Hitler im Gegensatz dazu auf radikale Art an die bereits bestehende nationalistisch-völkische Wagner-Rezeption an. Nicht nur in den monumental angelegten Musikdramen Wagners ließen sich Leitmotive für die nationalsozialistische Kulturideologie finden, auch die Biographie Wagners und dessen Schriften prägten Hitlers Weltanschauung. So konnte Hitler bei Wagner »alle Versatzstücke seines kulturellen Feindbildes«<sup>104</sup> finden. In Anbetracht dessen mag es darum wenig überraschen, dass die Konzeption des Leipziger Richard Wagner-Denkmal nach Hitlers Machtübernahme nationalsozialistisch beeinflusst werden sollte. Diese Entwicklung rührte jedoch nicht nur daher, dass die NSDAP im November 1932 mit 18 Abgeordneten nach den Sozialdemokraten die zweitgrößte Fraktion im Stadtparlament stellte,<sup>105</sup> sondern sie bekam einen entscheidenden Anstoß direkt durch den parteilosen Oberbürgermeister Goerdeler, wie im Folgenden dargelegt werden soll.

### Emil Hippius Entwurf als Nationaldenkmal

Nachdem 658 Wettbewerbsbeiträge im April 1933 das Denkmalkomitee erreicht hatten, ging im Mai 1933 der 1893 in Stuttgart geborene Künstler Emil Hippius als Sieger hervor. Studienaufenthalte hatten den parteilosen Hippius zwar nach Rom, Florenz und in die Schweiz geführt, auch hatte er Aufträge im außereuropäischen Ausland bekommen, zu den bekannteren Künstlern Deutschlands zählte er bei Erhalt des Auftrags zur Gestaltung des Richard Wagner-Denkmal jedoch nicht. Die Entscheidung für den Entwurf Emil Hippius war in Übereinstimmung mit Winifred Wagner getroffen worden, die in Hippius Entwurf offenbar den »richtigen Weg« einer Wagner-Ehrung, die »nur in monumentaler Gestaltung möglich«<sup>106</sup> sei, gefunden hatte.

Hippius Entwurf sah zunächst einen 10 x 10 Meter breiten und 4,5 Meter hohen »reliefgeschmückten monumentalen Block in Natursteinausführung«<sup>107</sup> vor, der auf einem dafür zu errichtenden Platz am Elsterflutbecken platziert werden sollte. Die Reliefs sollten dabei keine Personendarstellung Wagners wiedergeben, sondern den Stimmungscharakter der Wagnerschen Werke symbolisieren.<sup>108</sup> (Abb. 6) So bezeichnete Hippius die vier

104 Backes, Hitler und die bildenden Künste (Anm. 102), S. 47.

105 Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 37.

106 Siehe Protokoll der Denkmals-Ausschusssitzung vom 17. Mai 1933, dokumentiert in: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 86.

107 Sitzungsprotokoll der Stadtverordneten vom 31. Mai 1933, zitiert nach: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 87.

108 Vgl. Alain de Benoist, Der Bildhauer Emil Hippius und sein Werk das Richard Wagner-Denkmal für Leipzig, Tübingen 1990, S. 12.



Abb. 6: Emil HIPP, Modell des Denkmalblocks für das Richard Wagner-Nationaldenkmal in Leipzig, Reliefseite: »Erlösung«, nach 1934 (aus: Alain de Benoist, *Der Bildhauer Emil Hipp und sein Werk das Richard Wagner-Denkmal für Leipzig*, Tübingen 1990, S. 35)

Themen der Blockwände als »Schicksal, Mythos, Erlösung und Bacchanal.«<sup>109</sup> Überhaupt war im ganzen Denkmal keine porträtierende Darstellung Wagners vorgesehen, vielmehr solle er durch eine symbolische Darstellung seines Werks vertreten werden.

Die geplanten Kosten zur Errichtung dieses Blocks wurden mit 200 000 Reichsmark berechnet.<sup>110</sup> In Anbetracht dieser großen Summe wandte sich Goerdeler daraufhin an die Reichsregierung, von der er sich, die große Wagner-Verehrung Hitlers bedenkend, finanzielle Unterstützung erhoffte. Am 25. Juni 1933 bewilligte ihm die Berliner Reichskanzlei für den Denkmalfond zunächst einen Beitrag in Höhe von 10 000 RM. Aus Gründen anhaltender finanzieller Engpässe schrieb Goerdeler im Oktober 1933 erneut an den Staatssekretär Hans-Heinrich Lammers in Berlin und bot dort eine per-

<sup>109</sup> Ebd.

<sup>110</sup> Siehe Mitteilung der »Arbeitsgemeinschaft für Entwurfsbearbeitung und Ausführung des Richard Wagner-Denkmal« an die Stadtverordneten Leipzigs vom November 1933, dokumentiert in: Hartmann, *Richard Wagner gepfändet* (Anm. 9), S. 92 ff.

sönliche Erörterung des geplanten Denkmals an.<sup>111</sup> Nachdem Goerdeler auf Einladung Hitlers im November schließlich nach Berlin gefahren war, um dem Reichskanzler den Entwurf vorzustellen, veränderten sich die ursprünglichen Denkmalpläne, denn Hitler zeigte sich in einem solchen Maße angetan von der Denkmals-Initiative, dass er veranlasste, die Anlage zu erweitern und das Denkmal als Nationaldenkmal zu konzipieren. Emil Hipp hatte seinen Entwurf nun den Wünschen des Reichskanzlers entsprechend zu verändern. Bisher war lediglich der reliefgeschmückte Block vorgesehen, jetzt sollte die gesamte Anlage jedoch von einer etwa 430 Meter langen und 3 Meter hohen Mauer eingefasst werden, die »Reliefschmuck in Gestalten aus Wagners Werken erhalten« sollte. Des Weiteren sollte das noch unbestimmte Natursteinmaterial »edelstem«<sup>112</sup> Marmor weichen. Die Kosten stiegen entsprechend, wurden nun zu einem großen Teil aber auch vom Staat getragen.<sup>113</sup> Nach der Überarbeitung des Entwurfs hoffte Emil Hipp »furchtbar unruhig [...] auf die Grösse des Führers«.<sup>114</sup> Am 23.11.1933 teilte ihm der Leipziger Stadtbaurat Moritz Wolf schließlich mit: »Der Führer hat zugestimmt. Herzlichen Glückwunsch.«<sup>115</sup> Ein kurzer Briefwechsel, der verrät, wie stark sich die Einstellung der Entscheidungsträger des Richard Wagner-Denkmal innerhalb eines Jahres gewandelt hatte. Erst die Befürwortung des Entwurfs durch Hitler bevollmächtigte Hipp schließlich zur Errichtung des Werkes; das Leipziger Denkmalkomitee hatte seine Macht als Entscheidungsträger hingegen mittlerweile stark eingebüßt. So löste sich das Denkmalsprojekt aus seiner regionalen Verankerung und wurde zu einem nationalen Anliegen erklärt. Tatsächlich ließ Hitler später verlauten, er selbst habe den Entwurf von Hipp zur Ausführung bestimmt.<sup>116</sup> Eine Pressemitteilung der Reichskanzlei vom 16. Dezember 1933 trug dementsprechend die Überschrift: »Der Wille des Führers. Errichtung eines Nationaldenkmals für Richard Wagner in Leipzig.«<sup>117</sup>

111 Siehe Brief Goerdelers an die Reichskanzlei am 6. Oktober 1933, in: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 89.

112 Mitteilung der »Arbeitsgemeinschaft für Entwurfsbearbeitung und Ausführung des Richard Wagner-Denkmal« an die Stadtverordneten Leipzigs von Ende November 1933, dokumentiert in: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 92ff.

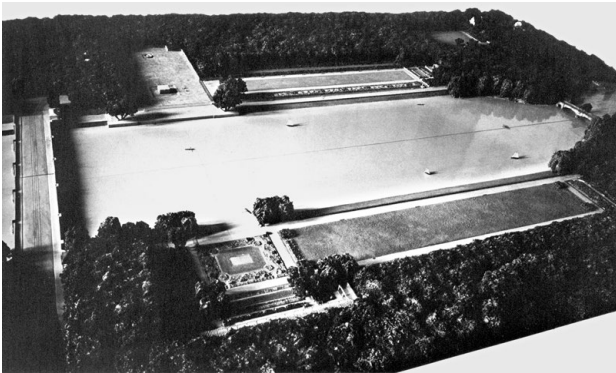
113 Nach einer neuen, von der Bauleitung überreichten Kostenaufstellung betrugen die Gesamtkosten für das Denkmal im Jahr 1935 rund 4 Millionen Reichsmark. 1938 wurden die Gesamtkosten mit 4,5 Millionen RM veranschlagt. Davon trug die Stadt Leipzig 2,5 Millionen Reichsmark, das Land Sachsen 500000 Reichsmark. Die übrige Summe wurde durch das deutsche Reich finanziert. Siehe Näheres zum Verlauf der Finanzierung bei Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 112, 128.

114 Emil Hipp an Stadtbaurat Wolf am 20. November 1933, zitiert nach: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 91.

115 Stadtbaurat Wolf an Emil Hipp am 23. November 1933, zitiert nach: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 91.

116 Hitler-Überlieferung von Albert Speer in dessen Spandauer Tagebüchern, zitiert nach Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 61.

117 Siehe eine entsprechende Pressenotiz der Reichskanzlei vom 16. Dezember 1933, zitiert nach Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 95.



*Abb. 7: Modell der Gesamtanlage des Richard Wagner-Nationaldenkmals am Leipziger Elsterflutbett (aus: Alain de Benoist, Der Bildhauer Emil Hipp und sein Werk das Richard Wagner-Denkmal für Leipzig, Tübingen 1990, S. 13)*

Der Ende des Jahres 1933 zur Ausführung bestimmte Denkmalsentwurf von Emil Hipp stellte eine Kombination aus städtebaulicher Architektur und Bildhauerei dar. Er gliederte sich in eine L-förmige Anlage am Ufer der Elster in »einer Ausdehnung von etwa 9400 qm Fläche«,<sup>118</sup> die von einer 430 Meter langen und 3 Meter hohen reliefgeschmückten Mauer eingerahmt werden sollte (Abb. 7). Die Fläche des Denkmalplatzes sollte die Maße 125 x 75 Meter haben und mit Natursteinplatten ausgelegt sein. In der Mitte dieses Platzes sollte der quadratische, reliefgeschmückte Denkmalblock platziert werden. Handwerklich lag Hipps Arbeitsschwerpunkt bei diesem Großauftrag also vor allem in der Anfertigung von Reliefs. Zu diesem Zwecke siedelte er in die Nähe des beauftragten Marmorwerks nach Kiefersfelden um, wo er in einem eigens errichteten Atelierhaus den nötigen Platz für die Erstellung der Modelle fand.

Angelehnt an griechisch-antike (Abb. 8) oder germanische Stilistik (Abb. 9), stellten die für die Mauer entworfenen 19 Marmorreliefs verschiedene Szenen aus Wagner-Opern dar. An der rechten Stirnwand des Platzes sollte als Symbol des *Ring der Nibelungen* ein Brunnen mit Skulpturen der Rheintöchter stehen. Das Zentrum der Anlage bildete jedoch der Denkmalblock. Laut Hipp sei die Strukturierung des Denkmals nirgends »willkürlich«, sondern ganz darauf abgestimmt, den »Beschauer durch die fortlaufenden Bilder literarisch« einzuführen, ihn »durch den Rhythmus der abgewogenen Proportionen in diesem Raum« zu »Beschaulichkeit und Andacht« zu stimmen und ihn so das Gesamtwerk Wagners »zutiefst erleben«<sup>119</sup> zu lassen. Auf eine porträtierende Darstellung Wagners verzichtete Hipp in seinem architektonisch strukturierten Denkmal also auch zugunsten seiner Intention, für den Betrachter im Denkmal die Wagnerschen Werke

<sup>118</sup> Mitteilung der »Arbeitsgemeinschaft für Entwurfsbearbeitung und Ausführung des Richard Wagner-Denkmals« an die Stadtverordneten Leipzigs von Ende November 1933, dokumentiert in: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 92.

<sup>119</sup> Emil Hipp, zitiert nach Benoist, Der Bildhauer Emil Hipp (Anm. 108), S. 64.

Abb. 8: Emil Hipp, Relief »Parzifal tötet den Schwan« für das Richard Wagner-Nationaldenkmal in Leipzig, entworfen 1933 (aus: Alain de Benoist, *Der Bildhauer Emil Hipp und sein Werk das Richard Wagner-Denkmal für Leipzig*, Tübingen 1990, S. 63)



Abb. 9: Emil Hipp, Relief »Walküre« für das Richard Wagner-Nationaldenkmal, entworfen 1933 (aus: Alain de Benoist, *Der Bildhauer Emil Hipp und sein Werk das Richard Wagner-Denkmal für Leipzig*, Tübingen 1990, S. 51)



erfahrbar zu machen.<sup>120</sup> Abgesehen davon, dass Hipps Reliefs stilistisch mit den Arbeiten des später von Hitler favorisierten Bildhauers Arno Breker vergleichbar sind, mag die von Hipp angestrebte stimmungsbeflussende Wirkung des Wagner-Denkmal, also sein Wunsch, den Betrachter »Beschaulichkeit und Andacht« empfinden zu lassen, ebenso Hitlers Geschmack entsprochen haben,<sup>121</sup> des Weiteren entsprach Hipps Äußerung, »in einer heroischen Zeit« zu leben und das Denkmal mit »monumentaler Wucht«<sup>122</sup> wirken zu lassen, genau den Vorstellungen der Nationalsozialisten.

Um der Frage nachzugehen, ob das Denkmal Hipps als nationalsozialistisch zu bewerten ist, müssen jedoch genauere Betrachtungen vorangestellt werden, da Hipps ers-

<sup>120</sup> Vgl. ebd.

<sup>121</sup> Vgl. hierzu Kubizeks Beschreibung von Hitlers Wagner-Rezeption in: Adolf Hitler – Mein Jugendfreund [1953], S.100f., zitiert nach Backes, *Hitler und die bildenden Künste* (Anm. 102), S. 44.

<sup>122</sup> Emil Hipp zitiert nach Benoist, *Der Bildhauer Emil Hipp* (Anm. 108), S. 64.

ter Entwurf für den Denkmalblock keinesfalls als Beitrag für einen nationalsozialistisch ausgelobten Wettbewerb entstanden war. Allerdings wurde sein Entwurf in Zeiten eines politischen Kontextes ausgewählt, der, als es zur Festigung des nationalsozialistischen Regimes kam, das Denkmalwesen laut Helmut Scharf vor die Fragen stellte: »Welche Denkmäler der Weimarer Republik konnten zu eigenen propagandistischen Zwecken übernommen werden und welche mussten eliminiert werden? Wie sollte das neu geschaffene nationalsozialistische Denkmal aussehen?«<sup>123</sup>

Interessant ist daher die Tatsache, dass Emil Hippius' Entwurf nicht zu den eliminierten gehörte, sondern im Gegenteil durch Hitler persönlich gefördert wurde. Es muss hier also der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich der Entwurf Hippius' in die nationalsozialistische Ideologie einfügen ließ.

### Nationalsozialistische Kunstideologie im Richard Wagner-Nationaldenkmal

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten galten viele stilprägende Kunstrichtungen, die in den vergangenen Jahren entstanden waren, »in den Augen vieler NS-Kulturtheoretiker plötzlich als »volksfremd«, ja als »volksfeindlich.«<sup>124</sup> Die Diffamierung der Künste schlug sich dabei insbesondere auf zahlreiche moderne Strömungen der Malerei nieder, wie etwa den Expressionismus, den Dadaismus, Kubismus und Fauvismus. Die Bildhauerei hingegen war schon in der Weimarer Republik vorrangig durch das »Prinzip des Realistischen«<sup>125</sup> bestimmt worden, sodass zahlreiche Bildhauer nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten »relativ ungestört weiterarbeiten« konnten.<sup>126</sup> Jost Hermand bemerkt, dass sich bei diesen Bildhauern nach 1933 zwar eine stärkere Tendenz ins Idealisierende beobachten lässt, »jedoch ohne daß es hierbei bereits zu deutlich wahrnehmbaren Anpassungen an die nazifaschistischen Kunstmaximen gekommen wäre.«<sup>127</sup>

Auch der erste Entwurf Emil Hippius' ist zunächst vor dem bildhauerischen Hintergrund der Weimarer Republik zu betrachten. Nach der Einflussnahme Adolf Hitlers auf den Entwurf des Leipziger Richard Wagner-Denkmal hatte Hippius jedoch einen öffentlichen, nationalen Auftrag zu erfüllen und damit dezidiert der nationalsozialistischen Denkmalspolitik zu folgen, deren Charakteristika der deutsche Kunsthistoriker Hubert Schrade 1934 in einer Abhandlung über »das deutsche Nationaldenkmal« verdeutlicht.<sup>128</sup>

123 Helmut Scharf, *Kleine Kunstgeschichte des deutschen Denkmals*, Darmstadt 1984, S. 291.

124 Jost Hermand, *Kultur in finsternen Zeiten: Nazifaschismus, innere Emigration, Exil*, Köln 2010, S. 73.

125 Ebd., S. 88.

126 Ebd.

127 Ebd.

128 Hubert Schrade, *Das Deutsche Nationaldenkmal. Idee, Geschichte, Aufgabe*, München 1934.



Schrade, Mitglied des Kampfbunds für deutsche Kultur und glühender Verfechter des Nationalsozialismus, erörtert darin Gründe und Intentionen des nationalsozialistischen Denkmalbaus. Auf bautypologischen Grundlagen, die den Traditionen der germanischen Kultur oder der Hochzeit des antiken Griechenlands entlehnt wurden, galt es großflächige Denkmalsanlagen zu entwickeln, die dem Volk einen »Neubeginn« durch die nationalsozialistische Großmacht vermitteln sollten. Die Architektur, laut Schrade die »staatlichste aller Künste«<sup>129</sup>, dient dabei nicht allein als repräsentatives Symbol staatlicher Größe, sondern übernimmt einen funktionalen Aspekt, denn platzumspannende Baueinheiten konnten für Aufmärsche und andere Großereignisse genutzt werden und somit dem Bestreben dienlich sein, »auf ausschließlich emotionale und sentimentale Weise soziale und nationale Einheit«<sup>130</sup> zu suggerieren. Wenn die nationalsozialistischen Denkmäler häufig als Platzanlagen konzipiert sind, dann also auch, weil Hitler die Massenversammlung als den »einzige[n] Weg einer wirklich wirkungsvollen, weil unmittelbar persönlichen Beeinflussung und dadurch allein möglichen Gewinnung großer Volksteile«<sup>131</sup> sah. Entsprechend entstanden zu Zeiten des NS-Regimes auch wesentlich weniger porträtierende Persönlichkeitsdenkmäler, als es in den vorangegangenen Jahrzehnten der Fall gewesen war. Dies erklärt sich aus dem generellen, politisch motivierten Wunsch nach einer Vereinheitlichung der Massen und dem Bestreben, die Idee eines abstrakten Leitgedankens für die Bevölkerung, der eben nicht personifizierbar ist, auszudrücken. Die nationalsozialistischen Denkmalbauten zielten also konkret auf die psychologische Ebene des Betrachters und sollten die NS-Ideologie und das Erlebnis, Teil einer größeren Gemeinschaft zu sein, im Denkmal direkt erfahrbar machen.<sup>132</sup> Das nationalsozialistische Denkmal sei laut Schrade als ein Ort der Versammlung und Einheit zu verstehen, es werde so zum »Sinnbild eines Daseins in der Gemeinschaft [...]«, die das vereinzelte Individuelle aufhebt.<sup>133</sup> Daraus geht hervor, dass das nationalsozialistische Denkmalsideal, verglichen mit dem Persönlichkeitsdenkmal des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, also nicht nur eine Veränderung der Stilistik anstrebt, sondern auch einen Wandel der Denkmals-Rezeption, denn für den einzelnen Betrachter sei die nationalsozialistische »Denkmalsarchitektur nicht geschaffen. Der Einzelne würde in ihr keinen Ort finden, er würde sich ortlos in ihr verlieren.«<sup>134</sup>

Entsprechend dieser Denkmalsideologie hat nun auch das Wagner-Denkmal Hipps, verglichen mit dem von Max Klinger entworfenen Persönlichkeitsdenkmal Richard Wagners, eine andere Funktion zu erfüllen. Die Motivation, ein figürliches Abbild

129 Ebd., S. 103.

130 Scharf, *Kleine Kunstgeschichte* (Anm. 123), S. 294.

131 Hitler, *Mein Kampf* (Anm. 102), S. 112.

132 Vgl. hierzu Schrade, *Das Deutsche Nationaldenkmal* (Anm. 128), S. 106.

133 Ebd., S. 10.

134 Ebd., S. 9.

wider das Vergessen zu schaffen, weicht dem Bestreben, das Denkmal als Mittel zur parteipolitischen Ideologisierung zu instrumentalisieren. So lässt sich die in der nationalsozialistischen Denkmalsideologie zum Ausdruck kommende Monumentalisierung und Entindividualisierung auch in Emil Hipps erweitertem Entwurf für das Richard Wagner-Nationaldenkmal wiederfinden. Die auf Hitlers Wunsch veranlasste architektonische Strukturierung, die auf mehreren von Mauern gerahmten Plätzen beruht, stimmt mit dem Bestreben überein, einen begehbaren Ort für »die Gemeinschaft«<sup>135</sup> zu schaffen. Die Aufhebung des Individuellen kommt gleichzeitig auch in Hipps Reliefs selbst zum Ausdruck. Sämtliche dargestellte Figuren sind frei von individualistischen Zügen und stattdessen in einem vereinheitlichenden idealtypischen Stil ausgearbeitet. Dabei orientiert Hipp sich unweigerlich an eben jener griechisch-antiken Stilistik, die Hitler als nachahmenswert propagierte.<sup>136</sup> Hipp hatte die Reliefs für den Denkmalblock zwar vor der Einflussnahme Hitlers auf das Denkmalprojekt entworfen, dass Hitler an ihnen jedoch besonderen Gefallen fand und Hipp schließlich mit der Erweiterung der Anlage beauftragte, mag damit zusammenhängen, dass sie dem Ideal nackter Figuren folgten, die »als rassetypische Vertreter eines nordischen, in paradiesischer Ursprünglichkeit dem Elementaren hingegebenen Menschengeschlechts [...] häufig Motive einer völkisch-sektiererischen Kunst«<sup>137</sup> waren. Gleichzeitig ist festzustellen, dass jene Reliefs, die Emil Hipp nachträglich im Auftrag Hitlers für die platzumspannenden Mauern schuf, die in staatlichem Auftrag also ausdrücklich dem nationalsozialistischen Ideal zu entsprechen hatten, dieses Ideal noch eindeutiger widerspiegeln. So werden jene Reliefs vor allem durch männliche Aktpplastiken bestimmt, die in ihrer stark muskulösen, kantigen Gestalt keinerlei emotionale Züge zeigen, sondern Ideale wie Kraft, Kampfbereitschaft und Heldentum verkörpern. Damit fügen sie sich nahtlos in eben jene Bildsprache ein, die dem nationalsozialistischen Heroenkult dienen sollte.<sup>138</sup>

Zwei jüngere Publikationen nehmen den Versuch einer Einschätzung des Hipp-Entwurfs vor. Neben dem politisch rechts orientierten Autor Alain de Benoist, der in einer reichlich bebilderten Monographie<sup>139</sup> über den künstlerischen Wert des Hipp-Entwurfs schwadroniert, vertritt die Leipziger Publizistin Grit Hartmann in ihrem genau dokumentierenden Buch<sup>140</sup> über die Geschichte des Hipp-Entwurfs die Ansicht, Hipps Re-

135 Vgl. Ebd., S. 9 ff.

136 Zu Hitlers griechisch-antik inspiriertem Schönheitsideal siehe außerdem Hitler, *Mein Kampf* (Anm. 102), S. 401.

137 Klaus Wolbert, *Die Nackten und die Toten des »Dritten Reiches«*. Folgen einer politischen Geschichte des Körpers in der Plastik des deutschen Faschismus (Kunstwissenschaftliche Untersuchungen des Ulmer Vereins 12), Gießen 1982, S. 109.

138 Vgl. Daniel Zaidan, *Bildende Künste im Dritten Reich*. Eine kritische Auseinandersetzung mit einem vernachlässigten Kapitel deutscher Kunstgeschichte, Hamburg 2008, S. 55.

139 Benoist, *Der Bildhauer Emil Hipp* (Anm. 108).

140 Hartmann, *Richard Wagner gepfändet* (Anm. 9).

liefs würden »nichts über die Zeit verraten, in der sie entstanden sind«, sondern »frei von Ambivalenzen« sein und stattdessen als »Nachhall einer vergangenen Epoche«<sup>141</sup> auftreten. Aller Wahrscheinlichkeit nach orientiert sich Hartmann in ihrer Verneinung der nationalsozialistischen Aspekte in Hipps Wagner-Denkmal an der angeblichen politischen Neutralität des parteilosen Hipp, der nach eigenen Aussagen nie aus nationalsozialistisch-ideologischem Antrieb gearbeitet hat. Doch obwohl er verlauten ließ, »in der Zeit von 1933–1945 genauso wenig politisch tätig« gewesen zu sein »wie vor dieser Zeit«, <sup>142</sup> berief man ihn 1936 als Professor an die Akademie der Bildenden Künste nach Weimar, ein Karrieresprung, der ohne eine gewisse ideologische Konformität mit der NS-Partei zum damaligen Zeitpunkt wohl kaum mehr möglich gewesen sein dürfte. Dies wird aus einer Mitteilung des nationalsozialistischen Politikers und Architekten Paul Schultze-Naumburg an den Oberregierungsrat in Weimar deutlich. Am 13. November 1936 teilt Schultze-Naumburg diesem mit, dass Hipp zwar kein Parteimitglied sei und sich »offenbar auch bisher noch nicht um Politik gekümmert«<sup>143</sup> habe, »da er ein ganz verträumter Künstler« sei, aber seiner »gesamte[n] Gesinnung« nach »so völlig deutsch [ist], daß er ganz zu uns gehört. Auch seine völlig ablehnende Stellung gegen die Kunst der Systemzeit ist hierfür ein Beweis.«<sup>144</sup> So sollte Hipp in den kommenden Jahren eine Reihe nationalsozialistischer Aufträge erhalten, die er auch annahm. Ab 1936 schuf er im persönlichen Auftrag des Reichsjugendführers Baldur von Schirach die bildhauerische Ausgestaltung der Braunschweiger Akademie der Jugendführung der Hitlerjugend. Hierfür entwarf er u. a. Figuren, die »Kraft, Einigkeit und Zuversicht der nationalsozialistischen Jugend«<sup>145</sup> symbolisieren sollten. So bestätigt nicht zuletzt die Auftragsvergabe Baldur von Schirachs, dass sich Hipps Arbeiten kompromisslos in jene nationalsozialistische Kunstideologie einfügen ließen, in der die nackte Körperlichkeit zum Symbol eines reinen, erstrebenswerten Urzustandes stilisiert wurde, der der Propagierung von Hitlers Rassenideologie des »arisch gesunden Menschen«<sup>146</sup> diene. Die bewusste Annahme ausdrücklich nationalsozialistischer Aufträge impliziert schließlich, dass Hipp diese Ideologisierung selbst auch zuließ. Obwohl seine Werke eigenen Aussagen nach nie aus nationalsozialistischem Antrieb heraus entstanden seien, ist sein Schaffen somit doch als offenkundig opportunistisches Handeln zu verstehen. Abgesehen davon ist das Richard Wagner-Nationaldenkmal per se nicht unter rein ästhetischen

141 Ebd., S. 60.

142 Vgl. Emil Hipps Brief an das Dezernat Bauwesen Leipzig vom 23. Januar 1947, zitiert nach: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 205.

143 Paul Schultze-Naumburg in einem Schreiben an Oberregierungsrat Herfurth vom 13. November 1936, zitiert nach: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 115.

144 Ebd.

145 Siehe Jürgen Schultz, Die Akademie der Jugendführung der Hitlerjugend in Braunschweig (Braunschweiger Werkstücke A, 15), Braunschweig 1978, S. 104, 289.

146 Siehe hierzu z. B. Hitler, Mein Kampf (Anm. 102), S. 391–402.



*Abb. 10: Grundsteinlegung des Richard Wagner-Nationaldenkmals in Leipzig, 6. März 1934 (Bundesarchiv, Bild 102-15592 / Foto Georg Pahl)*

Gesichtspunkten zu beurteilen, sondern wie jedes Denkmal vor dem politischen Hintergrund seiner Entstehung. »Frei von Ambivalenzen«<sup>147</sup> kann Emil Hipps Arbeit für das Richard Wagner-Nationaldenkmal in Leipzig deshalb nicht sein.

Dass sich das geplante Denkmal kompromisslos in die nationalsozialistische Ideologie einfügen ließ, verdeutlichen nicht zuletzt die Feierlichkeiten anlässlich der Grundsteinlegung am 6. März 1934. »Ungeduldige Erwartungsfreude«<sup>148</sup> hatte die Leipziger Bevölkerung ergriffen, denn Adolf Hitler persönlich sollte anreisen, um den Grundstein für das Richard Wagner-Denkmal zu legen. Vor mehreren tausend Zuschauern (*Abb. 10*) versammelten sich »Ehrenstürme« von SS und SA, Abordnungen der Reichswehr mit Stahlhelm, 120 Bannerträger der NSDAP und der vaterländischen Verbände,<sup>149</sup> mehrere Minister sowie Winifred und Wieland Wagner. Das musikalische Rahmenprogramm wurde u. a. gestaltet durch einen mit 1600 Sängern besetzten Chor, der nicht nur das Deutschlandlied, das Horst Wessel-Lied und den Eingangschor aus Wagners Oper »Das Liebesmahl der Apostel« sang, sondern auch den Halleluja-Chor aus Georg Friedrich Händels Oratorium »Der Messias«.<sup>150</sup> Schon der Entschluss, einen Auszug aus Wagners

147 Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 60

148 Leipziger Neueste Nachrichten vom 6. März 1934, dokumentiert in: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 102ff.

149 Vgl. Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 61.

150 Vgl. Weber, Das Bild Richard Wagners (Anm. 9), S. 178.

einzigem geistlichem Werk aufführen zu lassen, mag dazu gedient haben, dem Ereignis sakralen Charakter zu verleihen, der Halleluja-Chor von Händel lässt jedoch noch deutlicher auf den nun eindeutig messianisch aufgeladenen Stimmungsgehalt der Wagner-Verehrung schließen. Ist Händels Halleluja-Chor im ursprünglichen Werkzusammenhang Ausdruck einer freudigen Erwartung auf eine Zukunft durch die Erlösung durch Jesus, wird er im Kontext der Grundsteinlegungsfeier zur Verherrlichung Richard Wagners. Ihm wird nun die Lobpreisung des göttlichen Erlösers gesungen, er wird zum Messias. Diese Inszenierung Wagners bietet gleichzeitig Hitler die ideale Plattform einer Selbstinszenierung als »Führer«, schließlich legitimiert Hitler die Relevanz Wagners für das gegenwärtige Deutschland nicht zuletzt im Sinne der NS-Ideologie. Dies kommt auch in seiner Rede anlässlich der Grundsteinlegung in Leipzig zum Ausdruck: Richard Wagner verkörpere »das beste Wesen unseres Volkes in sich«, er sei »von nationaler deutscher Größe zu übernationaler Bedeutung emporgestiegen«.<sup>151</sup> Darum werde er, Hitler, den Grundstein legen im Namen »[...] unzähliger bester deutscher Männer und Frauen, die in mir ihren Sprecher und Führer sehen und deren tiefe Gefühle ich in diesem Augenblicke versuchen will zum Ausdruck zu bringen. Denn die heutige deutsche Generation sucht nach jahrzehntelangem Irren, geläutert und erzogen durch grenzenloses Leid, wieder den Weg zu ihren eigenen großen Meistern.«<sup>152</sup>

Es geht während dieser Grundsteinlegungsfeier nur noch hintergründig um die Ehrung des Komponisten, sondern vor allem um die Beschwörung einer durch die NS-Partei propagierten vermeintlich besseren Zukunft, also um die Erlösung durch den Nationalsozialismus bzw. durch Adolf Hitler. Insgesamt kann die Grundsteinlegungsfeier des Richard Wagner-Nationaldenkmals auch als Akt innerhalb einer »Sakralisierung«<sup>153</sup> von Politik betrachtet werden, in deren Rahmen sich Richard Wagner als kulturelle Projektionsfläche eines politisch motivierten Erlösungsgedankens eignete. Dieser, dezidiert für ein bestimmtes Volk, proklamierte Erlösungsgedanke charakterisiert das von Hitler geförderte Richard Wagner-Denkmal schließlich auch als Nationaldenkmal.

### Die Verbannung Wagners aus der Leipziger Denkmallandschaft

Die im Denkmal anvisierte nationalsozialistische Zukunft spiegelte sich nicht in dessen Schicksal wider. Bereits 1933 schreibt ein anonymen Verfasser in einem Brief an Goer-

151 Adolf Hitlers Rede anlässlich der Grundsteinlegung des Richard Wagner-Nationaldenkmals in Leipzig am 6. März 1934, zitiert nach: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 105

152 Ebd.

153 Klaus Vondung legt diese Bezeichnung als Ergebnis einer ausführlichen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Fest- und Ritenkultur nahe. Siehe Klaus Vondung, *Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus*, Göttingen 1971, S. 140.

delere folgende denkwürdige Zeilen: »Das Denkmal fällt der Vergessenheit anheim, noch ehe es errichtet ist! Die Einweihung wird allerdings mit großem Pomp vor sich gehen, aber dann wird der Hain nur noch ein Stelldichein verschämter nächtlicher Liebespaare werden, ein Tummelplatz für Kinder und der blutgierigen Schnaken, die den späteren wenigen Besuchern den Aufenthalt noch vollends verleiden werden. Diese Sucht nach dem Monumentalismus« nimmt nachgerade ungesunde Formen an.«<sup>154</sup>

Diese Kritik sollte sich bestätigen, denn das Richard Wagner-Nationaldenkmal wurde nie vollendet. Noch 1934 hatte das Leipziger Hochbauamt den 22. Mai 1937 – den 124. Geburtstag Richard Wagners – als Enthüllungstag des Richard Wagner-Nationaldenkmals vorgesehen, doch nach der Grundsteinlegung begann für Emil Hipp ein Arbeitsprozess, der sich immer wieder verzögern sollte.<sup>155</sup> Ursachen hierfür waren sowohl logistische als auch finanzielle Probleme und offenbar auch persönliche Gründe.<sup>156</sup> Erst 1944 wurden die Denkmalsteile größtenteils fertiggestellt. Zu diesem Zeitpunkt konnten die einzelnen Reliefs infolge des Kriegsverlaufs jedoch nicht mehr nach Leipzig gebracht werden. Bei Kriegsende lagerten sie deshalb noch immer auf dem Marmor-Industriegelände in Kiefersfelden.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs entfachte sich ein mehrere Jahre währender Rechtsstreit bezüglich der Errichtung des von Hipp entworfenen Denkmals. Das mittlerweile unter der Verwaltung der sowjetischen Besatzungsmacht stehende Leipzig weigerte sich nun strikt, das von der vorherigen Stadtverwaltung bestellte und bezahlte Denkmal zu übernehmen. Gleichzeitig summierten sich die Lagerkosten für das immer noch im Marmorwerk befindliche Denkmal. 1947 kündigte die Stadt Leipzig daraufhin sämtliche noch bestehenden Verträge mit Emil Hipp und dem Marmorwerk. Dieser bemühte sich bis kurz vor seinem Tod im August 1965 um die Aufstellung seines Werks. Doch ohne Einfluss auf den Verbleib der Reliefs ausüben zu können, musste er sich den neuen politischen Umständen beugen und dem Verkauf einzelner Denkmalsteile an diverse Abnehmer zusehen. Eine Errichtung des Denkmals in Leipzig kam nicht mehr in Frage, denn unmittelbar nach Kriegsende entstand der entschiedene Impuls, sich eindeutig von der nationalsozialistischen Kulturpolitik lösen zu wollen. War Richard Wagner gerade in Leipzig durch die Pläne eines dort zu errichtenden Wagner-Nationaldenkmals für große Teile der Bevölkerung unweigerlich mit der nationalsozialistischen Kulturideologie verbunden, stand eine Ehrung desselbigen in Zeiten des Wiederaufbaus und der Distanzierung vom Nationalsozialismus nicht zur Debatte. Es

154 Anonymer Autor in einem Brief an Stadtbaurat Wolf und Oberbürgermeister Goerdeler zum Neujahr 1933, zitiert nach: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 52.

155 Detaillierte Ausführungen zu Gründen der Verzögerung siehe z.B. Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 160 ff.

156 Näheres siehe Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 162 ff.

solle »Schluß mit dem monströsen Wagnerkult«<sup>157</sup> sein. Von einer Wagner zu erweisen- den »Ehrenschild«, wie im Jahr 1903, war nun kaum mehr die Rede. So konstatierte auch das Leipziger Hochbauamt im März 1947, die Person Richard Wagner sei »infolge des kurzen Abstandes seit der Umwälzung ab 1945 noch zu umstritten, um die Fort- setzung einer in diesem Umfange begonnenen Ehrung der Öffentlichkeit gegenüber verantworten zu können«.<sup>158</sup> Der Stadtrat beschloss daher, den Richard Wagner-Hain und die »mit großen Geldmitteln hergerichtete Platzanlage am Flutkanal« zunächst für »andere Zwecke«<sup>159</sup> als ein Richard Wagner-Denkmal zurückzustellen.

Die von Hipp bzw. den Nationalsozialisten im Denkmal thematisierte Symbolmacht des erlösenden, volksvereinenden Richard Wagner war nach 1945 von einer eklatanten Diffe- renz zwischen Vergangenheit und Gegenwart eingeholt worden. Diese Differenz führte in den folgenden Jahrzehnten schlussendlich zu einer, im Vergleich mit anderen (Wahl-) Leipziger Komponisten, geringen Präsenz Richard Wagners im öffentlichen Raum der Stadt. Stattdessen widmete Leipzig schon bald nach Kriegsende dem Komponisten Fe- lix Mendelssohn-Bartholdy ein Denkmal. Ebenso wie der Entschluss, Richard Wagner vorerst aus der Öffentlichkeit zu verbannen, signalisiert die nun vorgenommene Eh- rung Mendelssohns eine unmittelbare Abwendung von der vorangegangenen Diktatur. Nicht nur, weil es sich bei Felix Mendelssohn-Bartholdy um einen jüdisch-stämmigen<sup>160</sup> und darum ehemals verfeimten Komponisten handelte, sondern auch, weil diesem die öffentliche Präsenz durch ein Denkmal während des NS-Regimes in Leipzig konkret ge- nommen worden war. So hatten am 9. November 1936 Mitglieder der nationalsozialisti- schen Leipziger Stadtverwaltung (ohne das Wissen des Oberbürgermeisters Carl Fried- rich Goerdeler) in einer nächtlichen Aktion das seit 1892 bestehende, von Werner Stein geschaffene Mendelssohn-Denkmal vor dem Gewandhaus abgerissen. Diese Aktion hatte den empörten Goerdeler damals zum Rücktritt bewogen. Die heimlich vollzogene Denkmalsschleifung bewirkte damals also nicht nur die symbolische Stürzung eines ge- neralen antisemitischen Feindbildes, sondern brachte mit Goerdelers Kündigung auch einen konkret existierenden Widersacher des Nationalsozialismus zu Fall. Die Tatsache, dass der 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzte neue Leipziger Ober-

157 Überschrift eines Artikels von Max Schwimmer über die »Liquidierung« des Denkmals in der Leipziger Zeitung vom 23. Oktober 1947, zitiert nach Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 211.

158 Vorschlag des Hochbauamts Leipzig 7. März 1947, zitiert nach: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 207.

159 Vorschlag des Hochbauamts Leipzig an Oberbürgermeister a. D. Dr. Rothe vom 7. März 1947, zitiert nach: Hartmann, Richard Wagner gepfändet (Anm. 9), S. 208.

160 Entgegen dem vielfach verbreiteten Glauben war Felix Mendelssohn-Bartholdy kein Jude. Er wurde protestantisch getauft und von seinen jüdischen Eltern im protestantischen Glauben erzogen. Vgl. hierzu u. a. Jens Malte Fischer, Richard Wagners »Das Judentum in der Musik«. Eine kritische Doku- mentation als Beitrag zur Geschichte des Antisemitismus, Frankfurt am Main 2000, S. 54.

bürgermeister Erich Zeigner sich unmittelbar nach Kriegsende mit der Errichtung eines Denkmals für Mendelssohn befasste, ist darum nicht als bloße Komponistenverehrung zu verstehen, sondern ebenso stark an das Bestreben geknüpft, neue bzw. zu Zeiten des Nationalsozialismus verschmähte moralisch-ethische Werte (wieder-)herzustellen.

Zu einer ersten öffentlich manifestierten Ehrung Richard Wagners in Leipzig kam es erst 1970. In diesem Jahr brachte man eine Wagner-Gedenktafel an das Kaufhaus am Brühl an, die auf den dortigen ehemaligen Standort des Geburtshauses von Richard Wagner hinwies. Im selben Jahr riss man die von Max Klinger entworfene Treppe am ehemaligen Matthäi-Kirchhof ab, die dem Anbau der Bezirkszentrale des Ministeriums für Staatssicherheit zu weichen hatte.

Erst 1983 kam es in Leipzig zur Errichtung eines ersten öffentlichen Denkmals für Richard Wagner. Hundert Jahre nach Wagners Tod und mehrere Jahrzehnte nach zwei gescheiterten Großprojekten wurde im Februar 1983 anlässlich des 100-jährigen Todestages Wagners im Auftrag der Stadt Leipzig eine Bronzestatue hinter der Oper aufgestellt. Bei der von der Leipziger Bronzegießerei Noack gegossenen Statue handelte es sich jedoch nicht um einen neuen Entwurf, sondern um einen Abguss der 1904 von Max Klinger entworfenen Wagner-Statue. Auch der Standort am sogenannten Schwanenteich im Park hinter der Oper lässt auf eine nur zaghafte Annäherung denkmalersicher Wagner-Rezeption schließen, wird die auf einem etwa 2,30 Meter hohen Sandsteinsockel platzierte 0,96 Meter hohe Wagner-Darstellung dort doch regelrecht in den Schatten des Gebäudes gestellt.

### **Ein Leipziger Richard Wagner-Denkmal zum 200. Geburtstag des Komponisten – Ideen und Entscheidungsträger**

Am 22. Mai 2013 sollte sich der Geburtstag Richard Wagners zum 200. Mal jähren. Dieses Jubiläum war Anlass dafür, die Bestrebungen für ein Wagner-Denkmal in Leipzig erneut aufzugreifen. Drei, zwischen 1983 und 2005 unabhängig voneinander gegründete Wagner-Vereine wurden nun zu wesentlichen Akteuren innerhalb der neu aufkeimenden Diskussion um die Erinnerungskultur an Richard Wagner in Leipzig: der Richard-Wagner-Verband Leipzig, der Wagner Denkmal e. V. und die Richard Wagner Gesellschaft 2013.

Die Tatsache, dass sich gegenwärtig drei Vereine in derselben Stadt mit Richard Wagner auseinandersetzen, zeugt von dem, auch innerhalb der Kreise der Wagner-Verehrer, stark polarisierenden Potenzial Wagners, denn bei näherer Betrachtung der Tätigkeiten der Vereine wird deutlich, dass sie die Erinnerungskultur um Richard Wagner verschieden pflegen, unterschiedliche Schwerpunkte setzen und dementsprechend auch nicht die gleiche Vorstellung von einem Wagner-Denkmal hatten. Um einen genaueren Ein-



druck der verschiedenen Akteure zu bekommen, sollen die auf ein Wagner-Denkmal bezogenen Bestrebungen der einzelnen Verbände im Folgenden kurz erläutert werden.

Am 22. Mai 1983 gründete sich im Kulturbund der DDR der »Freundeskreis Richard Wagner«, aus dem nach der Auflösung des Kulturbunds im Jahr 1990 der Richard-Wagner-Verband Leipzig als eingetragener Verein hervorging. Seit 2008 wird er von Thomas Krakow, Leiter des Referats für Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Stadt Leipzig, geleitet. Ziel des Richard-Wagner-Verbandes ist es, »den größten Sohn Leipzigs in seiner Genialität [...] in das Bewusstsein seiner Geburtsstadt zurück[zuh]olen«.<sup>161</sup> In Bezug auf ein Wagner-Denkmal für Leipzig hält der Verband es im Jahr 2010 »[...] anlässlich des 200. Geburtstages von Richard Wagner im Jahr 2013 für unumgänglich, sich den nicht vollendeten Denkmalsprojekten für 1913 und 1938 zuzuwenden und sie für Leipzig, Leipziger und ihre Gäste zu erschließen. Das ist Leipzig sich selbst, seinen Bürgern und seinen großen Künstlern schuldig. Beide stehen für eine Zeitspanne, in der Leipzig wirtschaftlich wie kulturell seine Blütezeit erlebte und können somit im besonderen Maße Identität stiftend wirken.«<sup>162</sup>

So spricht der Richard-Wagner-Verband den nicht errichteten Denkmälern von Max Klinger und Emil Hippi auch im 21. Jahrhundert noch angemessene Wirkungsmöglichkeiten zu. Es gelte, »eine Wunde im Stadtbild zu schließen«.<sup>163</sup> Die mögliche inhaltliche Problematik einer verspäteten Vollendung des Hipp-Entwurfs thematisiert der Verband dabei nicht, die inhaltliche Ausrichtung des Richard-Wagner-Verbandes Leipzig kann also vor allem als restaurativ bezeichnet werden. Dies geht nicht zuletzt daraus hervor, dass der Verband seine Position in der Denkmalsdiskussion im Jahr 2010 mit Rückgriff auf Worte des »großen Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl-Friedrich Goerdeler«<sup>164</sup> begründete und dessen 1933 gesprochenen Worte aus dem Aufruf zur Unterstützung eines Wagner-Denkmal für selbiges Vorhaben im Jahr 2013 geltend machte.<sup>165</sup>

Im November 2002 gründete sich unter Vorsitz des Regisseurs Philipp J. Neumann die Richard Wagner Gesellschaft Leipzig 2013, die in Ausrichtung auf das 200. Jubiläumsjahr Richard Wagners »weder angestaubt noch in blinder Huldigung [...] eine Auseinandersetzung mit dem zwiespältigen Genie« anstrebt, um »in den kommenden Jahren

161 Richard-Wagner-Verband Leipzig e.V., Der Verband. Online verfügbar unter [www.wagner-verband-leipzig.de/index.php?verband](http://www.wagner-verband-leipzig.de/index.php?verband) (Aufruf am 21.02.2012).

162 Richard-Wagner-Verband Leipzig e.V., Zum Umgang mit den Bestandteilen des Richard-Wagner Denkmals für Leipzig zum 100. Geburtstag des Leipziger Komponisten 1913 nach den Entwürfen von Max Klinger, [www.wagner-verband-leipzig.de](http://www.wagner-verband-leipzig.de) (Aufruf am 21.02.2012), S. 2.

163 Richard-Wagner-Verband Leipzig e.V., Der Richard-Wagner-Verband Leipzig und sein Denk-Mal-Projekt, [www.wagner-verband-leipzig.de/index.php?denkmal,denkmal\\_506](http://www.wagner-verband-leipzig.de/index.php?denkmal,denkmal_506) (Aufruf am 24.02.2012).

164 Siehe Anm. 162.

165 Siehe dazu Carl Friedrich Goerdeler, zitiert in: Richard-Wagner-Verband Leipzig e.V. (Anm. 162), S. 2.

eine Lücke in der kulturellen Landschaft Leipzigs zu schließen und den Komponisten Richard Wagner in seine Heimatstadt zurückzuziehen«.<sup>166</sup>

Ziel dieses eingetragenen Vereins ist es »kritische, moderne, geistreiche, unkonventionelle, multimediale Veranstaltungen« zu konzipieren, die »auch die kontroversen Facetten der Musik und des Lebens Richard Wagners berücksichtigen«.<sup>167</sup> In Bezug auf ein Wagner-Denkmal spricht sich dieser Verein, der seit April 2010 unter dem Vorsitz des Universitätsmusikdirektors David Timm wirkt, im Jahr 2012 weniger dezidiert für ein Denkmal im herkömmlichen Sinne aus, als vielmehr für eine »multifunktionale Spiel- und Begegnungsstätte«, die »Wagners Vorstellung von der Zusammenführung verschiedener Künste und Gewerke zu einem Gesamtkunstwerk versinnbildlichen«<sup>168</sup> soll. Das Hauptanliegen der Wagner Gesellschaft ist demnach weniger die Errichtung eines Denkmals als die aktive musikalisch-künstlerische Auseinandersetzung mit Wagner in Leipzig sowie die Einbeziehung einer jüngeren Zielgruppe.

Eine entscheidende Rolle in der Denkmalsdebatte um Richard Wagner in Leipzig sollte der Wagner Denkmal e.V. bekommen. Der Verein gründete sich im Oktober 2005 unter Vorsitz von Dr. Markus Käbisch, um sich explizit für die Errichtung eines zeitgenössischen Wagner-Denkmals in Leipzig einzusetzen. So spricht der Wagner Denkmal e.V. einer verspäteten Errichtung des Entwurfs von Emil Hipp seine heutige Legitimation ab, da Hipps Denkmalskonzept aus dem damaligen Zeitgeist hervorgegangen sei, dessen konservative Formensprache Richard Wagners Rolle als Nationalkomponist hervorheben sollte.<sup>169</sup> Der Wagner Denkmal e.V. wirft stattdessen die Frage auf, welches Bild die heutigen Leipziger Richard Wagner geben könnten, und »plädiert für einen Wagner, bei dem sowohl sein großes Genie als auch seine menschlichen und intellektuellen Verfehlungen berücksichtigt werden«.<sup>170</sup> Im Gegensatz zum Richard-Wagner-Verband betrachtet der Wagner Denkmal e.V. die vergangenen Jahrzehnte in der Leipziger Denkmalsgeschichte um Wagner dementsprechend auch nicht als »Kultur des Scheiterns«,<sup>171</sup> sondern wertet ihren Verlauf nach 1945 als »Weg, den die Musikstadt Leipzig beschreiten musste, um ein aus zeitlicher Distanz und geschichtlicher

166 Richard Wagner Gesellschaft 2013 e.V., Verein, [www.wagner-festtage.com/cms/index.php?option=content&task=view&id=15](http://www.wagner-festtage.com/cms/index.php?option=content&task=view&id=15) (Aufruf am 21.02.2012).

167 Ebd.

168 Ebd.

169 Vgl. Wagner Denkmal e.V., Newsletter Mai 2011, [www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/images/file/Wagner%20Denkmal%20e.V.\\_%20Newsletter%20Mai%202011.pdf](http://www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/images/file/Wagner%20Denkmal%20e.V._%20Newsletter%20Mai%202011.pdf) (Aufruf am 30.04.2011), S. 3.

170 Vgl. Wagner Denkmal e.V., Newsletter November 2009, [www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/downloads/Wagner%20Denkmal%20e.V.%20Newsletter%20November%202009.pdf](http://www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/downloads/Wagner%20Denkmal%20e.V.%20Newsletter%20November%202009.pdf) (Aufruf am 30.04.2012), S. 4.

171 Richard-Wagner-Verband Leipzig e.V. 2010, S. 1

Erfahrung reifes Wagner-Bild zu finden«<sup>172</sup>: »Kein überkommenes traditionelles Bildhauerwerk kann dieses schwierige Verhältnis wiedergeben, weil darin die Sicht unserer heutigen geschichtlichen und kulturpolitischen Erfahrungen fehlt.«<sup>173</sup>

So spricht sich der Wagner Denkmal e.V. für »eine Beachtung der gegensätzlichen Seiten des Menschen Wagner« aus, denen nur durch ein neu zu schaffendes Kunstwerk in einer differenzierten Darstellung Ausdruck verliehen werden könne.<sup>174</sup> Nur wenige Jahre nach seiner Gründung sollte diesem Verein von städtischer Seite eine entscheidungstragende Rolle in der Denkmalsdebatte zugeteilt werden.

Am 22. April 2009 machte die CDU-Fraktion der Stadt Leipzig offiziell den Vorschlag zur Errichtung eines Denkmals für Richard Wagner. Es solle an Richard Wagner, »den berühmten Sohn Leipzigs [...] mit einem unserer Stadt als Geburtsstadt angemessenen Denkmal erinnert werden.«<sup>175</sup> Im Leipziger Stadtbild seien »bisher nur verschiedene Fragmente/Versuche der Erinnerung an Wagner zu finden.«<sup>176</sup> Keiner dieser Orte schaffe es jedoch »[...]tatsächlich, die Erinnerung an Wagner als Sohn der Stadt in gebührender Weise wach und lebendig zu halten. [...] Andere Städte inszenieren Wagner, obwohl er dort nur kurze Zeit weilte. In Leipzig gelingt es bisher nicht, den ganzen Wagner in Erinnerung zu halten und zu ehren. Ein Ansatzpunkt könnte die Jugend Wagners und seine ersten Inspirationen zu seinem künftigen Wirken sein, um mit namhaften Künstlern eine allgemeingültige Form der Erinnerung zu finden.«<sup>177</sup>

Am 16. September 2009 stimmte der Leipziger Stadtrat dem Vorschlag für ein Richard Wagner-Denkmal zu. Das Denkmalgremium bildeten nach einem Beschluss des Stadtrats nun Vertreter des Stadtrats (Fachausschuss Kultur und Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau bzw. Umwelt und Ordnung), der Oberbürgermeister (Dezernat III, IV und VI), das Sachverständigenforum »Kunst am Bau und im öffentlichen Raum« sowie der Wagner Denkmal e. V. Dass nun dem Wagner Denkmal e. V., nicht aber dem Richard-Wagner-Verband eine so erhebliche Rolle im Prozess der Denkmalsfindung zugeteilt wurde, mag daran liegen, dass der Wagner Denkmal e. V. in seiner vorangegangenen Arbeit stets ein deutliches Bewusstsein für die in der Erinnerungskultur um Wagner verankerte Ambivalenz signalisiert hatte, denn der Denkmalvorschlag war auch

172 Wagner Denkmal e. V., Newsletter Mai 2011, [www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/images/file/Wagner%20Denkmal%20e\\_V\\_%20Newsletter%20Mai%202011.pdf](http://www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/images/file/Wagner%20Denkmal%20e_V_%20Newsletter%20Mai%202011.pdf) (Aufruf am 30.04.2011), S. 2.

173 Wagner Denkmal e. V., Newsletter November 2009, [www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/downloads/Wagner%20Denkmal%20e.V.%20Newsletter%20November%202009.pdf](http://www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/downloads/Wagner%20Denkmal%20e.V.%20Newsletter%20November%202009.pdf) (Aufruf am 30.04.2012), S. 4.

174 Vgl. Wagner Denkmal e. V. (Anm. 172), S. 2.

175 Stadt Leipzig, CDU Fraktion (2009): Denkmal für Richard Wagner. Antrag Nr. IV/A 320 vom 22.04.09, [http://notes.leipzig.de/appl/laura/wp4/kais02.nsf/docid/A5F89BFA85F2D166C12575A100460C4F/\\$FILE/IV-a-320-bsdbl-rv.pdf](http://notes.leipzig.de/appl/laura/wp4/kais02.nsf/docid/A5F89BFA85F2D166C12575A100460C4F/$FILE/IV-a-320-bsdbl-rv.pdf), zuletzt geprüft am 1.3.2012, S. 1.

176 Ebd.

177 Ebd.

in der Stadtratssitzung zuvor durchaus kontrovers diskutiert worden. Markus Käbisch zufolge wurde »vor allem [...] die antisemitische Attitüde Wagners sehr kritisch hinterfragt, welche einer vorbehaltlosen Würdigung durch ein Denkmal im Wege steht.«<sup>178</sup> Wenn sich der Wagner Denkmal e. V. für »eine Beachtung der gegensätzlichen Seiten des Menschen Wagner«<sup>179</sup> aussprach, denen nur durch ein neu zu schaffendes Kunstwerk in einer differenzierten Darstellung Ausdruck verliehen werden könne, mag dies den geteilten Meinungen im Stadtrat also am ehesten entsprochen haben.

Die Standortbestimmung für das neu zu schaffende Denkmal ergab sich aus der Tatsache, dass die Stadt Leipzig bereits 2007 bestimmt hatte, dass die 1970 abgerissene Treppe von Max Klinger im Jahr 2010 an ihrem ursprünglichen Standort am ehemaligen Matthäi-Kirchhof wiedererrichtet werden solle. Die für den Bau der Stasi-Bezirkszentrale abgetragene Treppe galt nach ihrer Entfernung als verschollen, bis sie 1991 von Mitarbeitern des Grünflächenamts, in Einzelteile zerlegt, auf der Leipziger Mülldeponie an der Leinestraße wiedergefunden wurde.<sup>180</sup> Aus Anlass ihrer Wiedererrichtung an ihrem ursprünglichen Standort sollte hier nun auch der einst für diese Umgebung von Klinger entworfene Sockel des Wagner-Denkmal eingefügt werden. Am 26. November 2010 weihte Oberbürgermeister Burkhard Jung die Klingertreppe ein, der mit 90-jähriger Verspätung nun auch der restaurierte Denkmalsockel eingefügt worden war.<sup>181</sup> Zum damaligen Zeitpunkt waren die Denkmalsdiskussionen mittlerweile so weit vorangeschritten, dass das Denkmalgremium beschlossen hatte, den Klinger-Sockel in den Entwurf eines zeitgenössischen Wagner-Denkmal zu integrieren.

Die aus der Standortbestimmung hervorgehende Verbindung eines neuen Denkmal mit dem alten Klinger-Entwurf forcierte die bereits zuvor verlaute Verärgerung des Richard-Wagner-Verbandes über den Beschluss eines zeitgenössischen Wagner-Denkmal. Da »die Idee der Vervollkommenung des einst von Emil Hipp entworfenen Werkes für den Wagner-Hain [...] reine Utopie zu sein«<sup>182</sup> scheine, favorisierte der Verband nun die verspätete Verwirklichung von Klingers Entwurf. Es stünde »außer Frage, dass das ursprüngliche Denkmal nach Plänen und Vorlagen von Max Klinger [...] vollendet werden«<sup>183</sup> müsse. »Statt dessen mit temporär bekannten zeitgenössischen Künstlern

<sup>178</sup> Wagner Denkmal e. V. (Anm. 173), S. 4.

<sup>179</sup> Vgl. Wagner Denkmal e. V. (Anm. 172), S. 2.

<sup>180</sup> Vgl. Sylvia Hüggelmeier, Wagner ans Licht – ein Richard-Wagner-Denkmal für Leipzig zum 200. Geburtstag, Jena 2010, Nr. 52. Online: [www.tabularasa-jena.de/artikel/artikel\\_2142/](http://www.tabularasa-jena.de/artikel/artikel_2142/), zuletzt aktualisiert am 30.05.2010 (Aufruf am 11.10.2011).

<sup>181</sup> Die Kosten des Wiederaufbaus der Treppe beliefen sich auf 470 000 Euro. Näheres zur Finanzierung siehe u. a. Thomas Mayer, Die Treppe im Sonnenlicht. Max-Klinger-Bauwerk wird wiedererrichtet/Bis 2013 soll ein Wagner-Denkmal das Areal ergänzen, in: Leipziger Volkszeitung, 08.04.2010.

<sup>182</sup> Thomas Mayer, Jeder macht Seins für Wagner. In Leipzig mühen sich gleich drei Vereine um den Komponisten und sorgen auch mal für Irritationen, in: Leipziger Volkszeitung, 21.05.2010.

<sup>183</sup> Thomas Krakow, Vorsitzender des Richard-Wagner-Verbandes Leipzig, zitiert nach: Mayer, Die Treppe (Anm. 181).

zu dieser Thematik neue Werke zu schaffen, würde vom Ausblenden der Geschichte, mangelnder Weltsicht und Identitätsdefiziten zeugen.«<sup>184</sup>

Ungeachtet dieser Kritik hielt das Denkmalgremium an seinem Beschluss, das neue Wagner-Denkmal in eindeutiger Verbindung mit dem bereits vorhandenen Klinger-Sockel entwerfen zu lassen, fest. Diesen Entschluss legitimierte es nun nicht mehr allein mit der Überzeugung, dass nur ein neuer Entwurf der gegenwärtigen, von Ambivalenzen geprägten Erinnerungskultur um Richard Wagner gerecht werden könne, sondern auch indem es verstärkt auf Klingers eigene Zweifel am Entwurf seines Wagner-Denkmal hinwies: »Die heute noch vorhandenen Zeichnungen, Einzelteile und das einzig übrig gebliebene Gipsmodell geben kein zusammenhängendes Bild, welches für eine autorisierte Nachbildung der Wagner-Figur im Sinne Klingers Berechtigung gäbe. Eine Nachempfingung bliebe immer anfechtbar, zumal Klinger selbst mit den Entwürfen stets unzufrieden war.«<sup>185</sup>

Diese Auffassung wurde auch vom Leipziger Freundeskreis Max Klinger e. V. unterstützt, der, vertreten durch dessen Vorsitzenden Rainer Ilg, nun aus gegebenem Anlass in die Diskussion der Wagner-Denkmalfrage einbezogen wurde. Gemeinsam mit dem Leipziger Museum der bildenden Künste bzw. dessen Direktor Hans-Werner Schmidt bildeten der Freundeskreis und der Wagner Denkmal e. V. schließlich jene drei verantwortlichen Akteure, die für die Durchführung eines Künstlerwettbewerbs zuständig waren. Dieser Wettbewerb wurde im Laufe des Jahres 2010 ausgelobt.

### Wagner als Mensch – Stephan Balkenhol's Wagner-Denkmal

Markus Kabisch zufolge herrschte unter allen Beteiligten des Wettbewerbskomitees »sofort Einhelligkeit darüber, dass ein zeitgenössisches Kunstwerk den Sockel krönen«<sup>186</sup> solle. So werde durch die »bewusste Vermeidung einer ›klassischen‹ Fortsetzung verbreiteter Wagner-Darstellungen« ein »einzigartiger Akzent« gesetzt, der sich gerade aus dem »Kontrast zwischen Klinger-Entwurf und freier zeitgenössischer Gestaltung«<sup>187</sup> ergeben könne. Der Standort des Denkmals solle schlussendlich dazu beitragen, »dem Stadtteil um den Brühl ein Gesicht zu geben. Wie Bach das Areal um die Thomaskirche, Mendelssohn das Areal um das Gewandhaus prägt, so soll Wagner den Brühl durch das Denkmal prägen.«<sup>188</sup> Dies solle jedoch nicht in einer »Verklärung« Wagners »zum ferti-

184 Richard-Wagner-Verband Leipzig e. V. (Anm. 162), S. 1.

185 Wagner Denkmal e. V., Newsletter Mai 2010, [www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/downloads/Wagner\\_Denkmal\\_eV\\_Newsletter\\_Mai\\_2010.pdf](http://www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/downloads/Wagner_Denkmal_eV_Newsletter_Mai_2010.pdf) (Aufruf am 30.04.2012), S. 4.

186 Wagner Denkmal e. V. (Anm. 170), S. 5.

187 Zitat aus dem Projektexposé des Wagner Denkmal e. V., <http://wagner-denkmal.com/node/5> (Aufruf am 25.02.2012).

188 Ebd.

gen Musikgenie« stattfinden, sondern es sollten stattdessen »Anklänge an den Menschen Wagner« gefunden werden, wie sie sich vorzugsweise in dessen Leipziger Studentenzeit ausgedrückt haben mochten.<sup>189</sup> So betrachtete das Wettbewerbskomitee Wagner nicht als »Messias«, sondern als einen »kleinen ›Hallodria‹, aufbegehrend, etwas verwildert« und mit einem »Hang zum Dissidententum«.<sup>190</sup> Ansichten, die sich eindeutig von der in den vorangegangenen Denkmalsprojekten präsenten Erlösungsthematik entfernen und im Gegensatz dazu eine Entmythologisierung Wagners signalisieren.

Das Denkmalgremium initiierte schließlich einen geschlossenen Wettbewerb, in dem am 14. Juni 2010 insgesamt neun, Käbisch zufolge »international hoch renommierte«<sup>191</sup> Künstler um einen Entwurf gebeten wurden. Finanziell wurde die Realisierung der Entwürfe durch die Stadt Leipzig und den Wagner Denkmal e. V. ermöglicht.<sup>192</sup> Fünf der von Hans-Werner Schmidt angesprochenen Künstler sagten dem Entwurfswettbewerb zu. Es handelte sich hierbei um Otto Bernd Steffen (Leipzig), Carsten Nikolai (Berlin), Stephan Balkenhol (Karlsruhe), Stephan Huber (München) und Neo Rauch (Leipzig). Stephan Huber und Neo Rauch zogen ihre Teilnahme im Laufe des Wettbewerbs jedoch wieder zurück, letzteren hatte die Lokalpresse zuvor bereits umfangreich als potenziellen Wettbewerbssieger proklamiert.<sup>193</sup> So lieferten am 21. April 2011 die drei verbliebenen Teilnehmer Otto Bernd Steffen, Carsten Nikolai und Stephan Balkenhol ihre Entwürfe. Den Vorsitz der durch das Denkmalgremium bestimmten Jury übernahm die Direktorin der Kunsthalle Karlsruhe Prof. Dr. Pia Müller-Tamm. Weitere Mitglieder waren u. a. der Direktor des Kölner Museums Ludwig, Prof. Kasper König, der Chefdirigent der Dresdner Staatskapelle Christian Thielemann, der Leipziger Kulturbürgermeister Michael Faber, der Ehrenpräsident des Leipziger Richard-Wagner-Verbandes Prof. Dr. Werner Wolf sowie der Universitätsmusikdirektor und Vorsitzende der Leipziger Richard Wagner-Gesellschaft 2013 David Timm. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde am 14. Juni 2011 der als bester Entwurf geachtete Denkmalsvorschlag ausgewählt und zur Ausführung bestimmt. Als Wettbewerbssieger ging der Künstler Stephan Balkenhol hervor, der ein hölzernes Modell und zwei Entwurfszeichnungen eingereicht hatte. Die Finanzierung des Denkmals werde zwar »nicht ganz billig«,<sup>194</sup> sie solle dennoch allein durch Spenden und den Erlös aus Bene-

189 Vgl. ebd.

190 Projektexposé des Wagner Denkmal e. V. (Anm. 187).

191 Wagner Denkmal e. V., Newsletter November 2010, [www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/images/file/Wagner%20Denkmal%20e\\_V\\_%20Newsletter%20Mai%202011.pdf](http://www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/images/file/Wagner%20Denkmal%20e_V_%20Newsletter%20Mai%202011.pdf) (Aufruf am 30.04.2012).

192 Vgl. Wagner Denkmal e. V. (Anm. 170), S. 4.

193 LVZ-Online, Neo Rauch entwirft Leipziger Wagner-Denkmal – fünf Künstler reichen Vorschläge ein, [www.lvz-online.de/kultur/news/neo-rauch-entwirft-leipziger-wagner-denkmal--fuenf-kuenstler-reichen-vorschlaege-ein/r-news-a-82732.html](http://www.lvz-online.de/kultur/news/neo-rauch-entwirft-leipziger-wagner-denkmal--fuenf-kuenstler-reichen-vorschlaege-ein/r-news-a-82732.html), zuletzt aktualisiert am 05.04.2011 (Aufruf am 27.02.2012).

194 Markus Käbisch zitiert nach: Hüggeleier, Wagner ans Licht (Anm. 180).

fizveranstaltungen<sup>195</sup> gelingen. Im Februar 2011 versprach der Vorsitzende des Wagner Denkmal e. V. jedenfalls in der Leipziger Volkszeitung: »Das Denkmal kostet die Stadt keinen Euro.«<sup>196</sup> Tatsächlich sollten die Kosten allein durch den vom Wagner Denkmal e. V. vorgenommenen Verkauf von Stifterbriefen sowie einen privaten Zuschuss des Künstlers selbst getragen werden.<sup>197</sup>

Der ausgewählte Entwurf Stephan Balkenhol's bestand aus einer Kombination aus dem bereits bestehenden Sockel des Klinger-Entwurfs mit einer neukonzipierten Wagner-Darstellung (*Abh. 11*). Der 2,90 Meter hohe Sockel dient dabei einer von Stephan Balkenhol entworfenen, 1,80 Meter hohen figürlichen Bronzedarstellung Wagners als Postament. An der hinteren Kante des Sockels befindet sich des Weiteren eine etwa vier Meter hohe stählerne Schattensilhouette, die dem figürlichen Standbild als unmittelbarer Hintergrund dient und deren Umrisse dem Entwurf der Wagner-Skulptur Klingers nachempfunden sind. Die Gesamthöhe des Denkmals beträgt somit ca. sieben Meter. Die vom Wettbewerbskomitee geäußerte Forderung, im Denkmal »Anklänge an den Menschen Wagner«<sup>198</sup> darzustellen, findet in Balkenhol's Entwurf zunächst einmal in der Größe der Wagner-Figur Ausdruck. So positioniert er den Komponisten in Lebensgröße auf den beinahe doppelt so hohen Sockel. Zudem ist seine Wagnerfigur mit einem, der Alltagsmode der männlichen bürgerlichen Bevölkerung des 19. Jahrhunderts entlehnten dunkelblauen Jackett bekleidet, das er geöffnet über einem weißen Hemd und einer gräulichen Hose trägt. Die Alltäglichkeit der Mode spiegelt sich auch in Wagners Pose wider, die – geht man davon aus, dass Posen besonders affektgeladene, bewusst inszenierte Körperhaltungen implizieren – hier kaum mehr als solche bezeichnet werden kann; vielmehr mutet die Haltung Wagners wie eine Momentaufnahme alltäglicher Bewegung an. Balkenhol befreit Wagner also von jeglichem Pathos, das etwa zu einer allegorisierenden Deutung verleiten könnte.

Spiele die Gesten in Balkenhol's Schaffen häufig eine untergeordnete Rolle,<sup>199</sup> besitzen die Positionierungen seiner Skulpturen eine umso entscheidendere Bedeutung

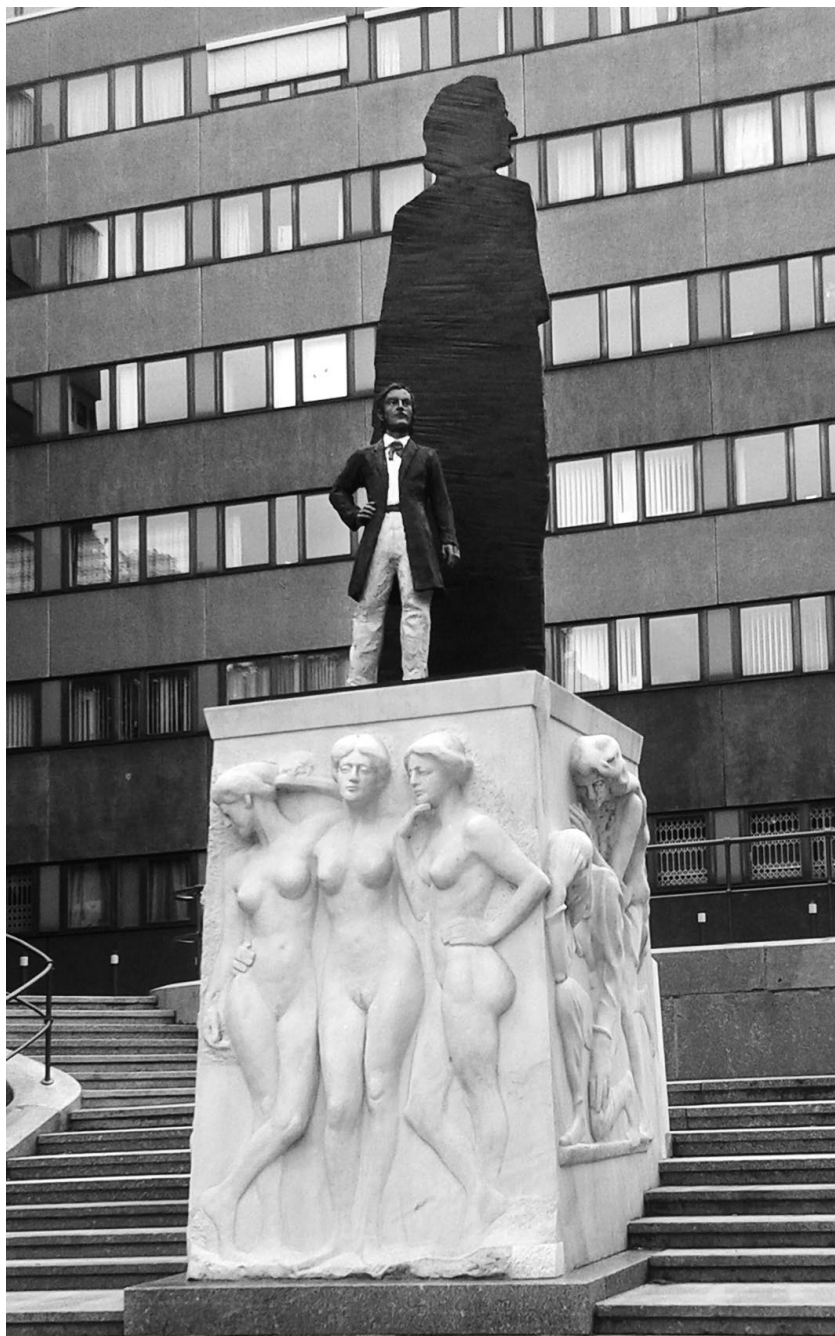
195 Wagner Denkmal e. V., Newsletter November 2010, [www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/images/file/Wagner%20Denkmal%20e\\_V\\_%20Newsletter%20Mai%202011.pdf](http://www.wagner-denkmal.com/sites/default/files/images/file/Wagner%20Denkmal%20e_V_%20Newsletter%20Mai%202011.pdf) (Aufruf am 30.04.2012), S. 5 ff.

196 Thomas Mayer, Gemeinsam für Richard. Warum die drei Leipziger Wagner-Vereine mit Blick auf 2013 mehr als bisher zusammen agieren, in: Leipziger Volkszeitung, 05.02.2011.

197 Vgl. Interview mit Stephan Balkenhol, in: Stern/Online am 22.5.2013, [www.stern.de/kultur/musik/wagner-denkmal-in-leipzig-im-schatten-des-eigenen-ruhms-2014333.html](http://www.stern.de/kultur/musik/wagner-denkmal-in-leipzig-im-schatten-des-eigenen-ruhms-2014333.html) (Aufruf am 28.11.2013).

198 Wagner Denkmal e. V., Errichtung eines zeitgenössischen Wagner-Denkmal's in Leipzig Projekt-Exposé, [wagner-denkmal.com](http://wagner-denkmal.com) (Aufruf am 30.04.2012), S. 19.

199 Vgl. Stephan Balkenhol, Thomas Schütte, Gespräch Stephan Balkenhol – Thomas Schütte, September 1992, in: Stephan Balkenhol, Mat Verberkt (Hrsg.), Stephan Balkenhol über Menschen und Skulpturen. Unter Mitarbeit des center for contemporary art Rotterdam de Witte With, Stuttgart 1992, S. 72–79, hier S. 74.



*Abb. 11: Stephan Balkenhol, Richard Wagner-Denkmal, 2013, Promenadenring Leipzig (Foto Markus Kabisch)*



für den Inhalt, der durch sie ausgedrückt werden soll.<sup>200</sup> Dies zeigt sich auch im Entwurf für das Wagner-Denkmal. So bedeutet nicht nur die lebensgroße Ausgestaltung der Wagner-Figur eine Annäherung an einen »menschlichen« Ausdruck; auch durch die Positionierung auf dem fast doppelt so hohen Sockel und die Kontrastierung, die durch den überdimensionalen Schatten hervorgerufen wird, wirkt Wagner in seiner proportional untergeordneten Statur kleiner und eben auch menschlicher. Überhaupt zeichnet sich die Gesamtkonzeption des Entwurfs durch Kontraste aus. Formal bleiben an der Oberfläche von Balkenholts Wagner-Darstellung beispielsweise die Spuren des Bildhauerwerkzeugs sichtbar, wodurch ein Gegensatz zur glatten Oberfläche des massiven Marmorsockels entsteht. Seiner monochromen Gestaltung wird des Weiteren die farbig ausgearbeitete Wagner-Figur entgegengesetzt. Insgesamt ergeben sich die formalen Kontrastwirkungen des Denkmals also durch die Kombination unterschiedlicher Materialien, den daraus hervorgehenden verschiedenartigen Oberflächenwirkungen und dem Zusammenspiel unterschiedlich angelegter Proportionen. Grundlage all dessen bildet nicht zuletzt das kontrastierende Zusammenwirken zweier, aus verschiedenen Jahrhunderten stammenden Ästhetiken. Diese geben schließlich auch Anlass dazu, unterschiedliche, nicht minder kontrastierende *inhaltliche* Ebenen im Balkenhol-Entwurf zu erkennen.

Indem das Denkmalkomitee den Wunsch formulierte, das Denkmal für 2013 in Kombination mit dem Klinger-Sockel entwerfen zu lassen, forderte es unweigerlich dazu auf, einen Bezug zu einem älteren Denkmal herzustellen. Den offensichtlichsten Bezug zu dem Klinger-Entwurf stellt Balkenhol, wie bereits erwähnt, durch den Schatten her. Dieser funktioniert jedoch nicht nur als Hinweis auf das ältere Denkmalskonzept, sondern ebenso als materielle Vorlage, um sich von eben diesem zu distanzieren und ihm, einem zeitgenössischen Geschichtsverständnis entsprechend, relativierend zu begegnen. So sollte Wagner laut der Wettbewerbsausschreibung im Denkmal als Mensch dargestellt und ein Bewusstsein für das ambivalente zeitgenössische Wagner-Bild signalisiert werden. Somit funktioniert der Schatten auch als materielle Vorlage, die die Konfrontation und anschließende Relativierung mit der ursprünglichen Denkmalsaussage möglich macht. Ein ähnliches dialogisches Verhältnis geht die Wagner-Figur mit dem Klinger-Sockel ein. Als Fundament von Balkenholts Entwurf funktioniert der hohe Sockel nicht nur als stilistisches, äußerliches Kontrastmittel, sondern forciert, wie es vom Denkmalkomitee angedacht war, auch die inhaltliche »Kontrastierung eines alten Wagner-Verständnisses zu dem zeitgenössischen der Skulptur.«<sup>201</sup> So mag der Sockel als

200 Vgl. Michael Brunner, Stephan Balkenhol: männliche Figur 2000, in: Manfred Sailer, Michael Brunner, Christoph Bauer (Hrsg.), *HIER DA UND DORT. Kunst in Singen. Internationales Kunstprojekt im öffentlichen Raum Singen am Hohentwiel 5. Mai – 8. Oktober 2000. Aufsätze zur Kunst im öffentlichen Raum und Dokumentation des Projekts, Darmstadt 2000*, S. 83–90, hier S. 83.

201 Wagner Denkmal e. V. (Anm. 199), S. 22.

Hinweis auf die ehemals stattgefundene buchstäbliche Überhöhung Wagners gesehen werden, der man heute seine Vermenschlichung entgegensetzt, denn Balkenhol spricht dem Sockel seine ursprünglich angedachte Funktion als überhöhendes Element ab, indem er eine proportional untergeordnete Figur darauf platziert. Dadurch entsteht eine durchaus ironisch anmutende Umkehrdarstellung, die auch auf eine Umwertung der Denkmalsikonographie hindeutet.<sup>202</sup> Insofern der Sockel eine metrisch fassbare Entfernung zum Betrachter herstellt,<sup>203</sup> mag Balkenhol in seinem Denkmalskonzept auch den Typus des traditionellen Persönlichkeitsdenkmals in Frage stellen. Denn einerseits kommt die »menschliche« Darstellung Wagners gerade durch den unproportionalen Kontrast zwischen Sockel und Figur zum Ausdruck, andererseits kann durch die Positionierung einer solchen Darstellung auf dem Sockel keine wirkliche Annäherung zwischen Betrachter und dem zu Ehrenden suggeriert werden, wenn für gewöhnlich »durch den Sockel [...] das Denkmal nämlich zugleich auch sein Verhältnis zum Betrachter«<sup>204</sup> definiert. Im Balkenhol-Entwurf wird also die Funktion des Sockels als überhöhendes, nicht aber als distanzierendes Medium gebrochen. Im Gegenteil – dieser Aspekt kommt nun nur noch deutlicher zum Tragen. Somit hinterfragt Balkenhol die Möglichkeit einer nachträglichen Komplettierung des Klinger-Entwurfs nicht nur inhaltlich, sondern auch formal und die Wagner-Figur übernimmt eine relativierende Rolle, wenn sie die ursprünglich intendierte Aussage des Klinger-Entwurfs und das verzerrte Geschichtsbild, das dieses heute vermitteln würde, zurechtrückt.

Balkenhol selbst lässt verlauten, dass er bei der Konzeption seines Entwurfs versucht habe, »Wagners Pathos« bewusst »die Selbstüberschreitung« eines Menschen entgegenzustellen, der vor seinem großen Werk steht, das wie ein Schatten »über ihn hinaus wächst«.<sup>205</sup> Aus diesem inhaltlichen Aspekt habe sich auch die Idee eines reizvollen skulpturalen Spannungsfelds zwischen der kleinwüchsigen Person Wagner ergeben, die eben doch einen großen Schatten werfe.<sup>206</sup> Der aus diesem Gedanken hervorgegangene Entwurf der vier Meter hohen Schattensilhouette kann demnach nicht allein als Reminiszenz an den Klinger-Entwurf betrachtet werden, sondern als vielfältig zu interpretierendes Symbol. Gerade die Rezeption der Nationalsozialisten stellt den Kom-

202 Vgl. hierzu auch Brunner, Stephan Balkenhol (Anm. 201), S. 85 und James Lingwood, Reluctant monuments, in: Balkenhol, Verberkt, Stephan Balkenhol über Menschen (Anm. 200), S. 60–63, hier S. 61.

203 Vgl. Peter Springer, Rhetorik der Standhaftigkeit. Monument und Sockel nach dem Ende des traditionellen Denkmals, in: Peter Springer (Hrsg.), Denkmal und Gegendenkmal, Bremen 2009, S. 245–296, hier S. 250.

204 Ebd.

205 Vgl. Zitat Balkenhol bei Tobias Ossyra, Kleiner Mensch, großer Schatten: Siegerentwurf für Leipzigs Wagner-Denkmal vorgestellt, in: Leipziger Volkszeitung, [www.lvz-online.de/leipzig/citynews/kleiner-komponist-grosser-schatten-siegerentwurf-fuer-wagnerdenkmal-vorgestellt/r-citynews-a-97576.html](http://www.lvz-online.de/leipzig/citynews/kleiner-komponist-grosser-schatten-siegerentwurf-fuer-wagnerdenkmal-vorgestellt/r-citynews-a-97576.html) (Aufruf am 03.03.2012).

206 Vgl. Leipzig Fernsehen, Wagnerdenkmal für Leipzig, [www.leipzig-fernsehen.de/default.aspx?ID=5846&showNews=992708&showSearch=5883](http://www.leipzig-fernsehen.de/default.aspx?ID=5846&showNews=992708&showSearch=5883) (Aufruf am 03.03.2012).

ponisten heute in ein fahles Licht und vermag eine vorbehaltlose Erinnerung an ihn zu überschatten. Insofern kann die Schattensilhouette auch als Symbol der nationalsozialistischen Wagner-Rezeption betrachtet werden, die nicht zuletzt in Leipzig konkrete Ausformung annehmen sollte. Damit thematisiert der Balkenhol-Entwurf nicht nur Wagner selbst, sondern in doppelter Hinsicht auch die Leipziger Denkmalsgeschichte um ihn, nämlich dann, wenn die Schattensilhouette einerseits in Anlehnung an den unvollendeten Entwurf Klingers entstanden ist, zugleich aber auch als Symbol eines niemals errichteten, nationalsozialistisch intendierten Wagner-Denkmal in Leipzig gesehen werden kann. Darüber hinaus wurde Wagners eigener Antisemitismus nicht zuletzt dadurch geschürt, dass er zu Lebzeiten im Schatten einiger Zeitgenossen stehen sollte, und zwar nicht zuletzt in Leipzig, denn das Wirken des hier tätigen Kapellmeisters Felix Mendelssohn-Bartholdy begünstigte sein eigenes Fortkommen in dieser Stadt nicht unbedingt.<sup>207</sup> So ließe sich im überdimensionalen Schatten mit etwas Phantasie auch ein Bezug zu Mendelssohn herstellen, dessen drei Meter hohes Standbild nur einige hundert Meter entfernt vor der Thomaskirche aufgestellt ist, wobei es sich um die 2008 errichtete Rekonstruktion des 1936 geschliffenen Denkmals handelt. Somit verbindet Balkenholts Entwurf die gegenwärtige, überregional polarisierte Wagner-Rezeption mit einer konzeptionellen und inhaltlichen Bezugnahme auf die lokale Denkmalsgeschichte der Leipziger Wagner-Verehrung. Der heutige Standort des Wagner-Denkmal vor der ehemaligen Stasi-Bezirkszentrale, mag in Anbetracht des von zahlreichen Schattierungen und Beschattungen gefärbten Wagner-Lebens und dessen Rezeption zudem einen wagen, ironischen Anstrich bekommen. Ob aus dieser Topographie in unmittelbarer Zeit die angestrebte Prägung des Ortes als Wagner-Ort<sup>208</sup> hervorgehen wird, scheint jedoch fraglich. Die Nähe zum Brühl, Wagners Geburtsort, ist zwar gegeben, jedoch ist dieser Ort bisher kaum als Leipziger Wagner-Gedenkstätte etabliert. Dies mag vor allem daran liegen, dass an ihm nicht die Möglichkeit einer konkreten Auseinandersetzung mit Wagners Schaffen gegeben ist, denn Wagner verließ den Brühl bereits als Kleinkind.

Die Tatsache, dass Balkenholts Entwurf mehrere Ebenen der Wagnerrezeption symbolisch darstellt und dabei gewissermaßen eine eklektische Ästhetik entsteht, die sich aus dem Zusammenwirken verschiedener Stilepochen ergibt, ergibt einen vielfach interpretierbaren Denkmalsentwurf, der auch als Sinnbild der zeitgenössisch postmodernen Gesellschaft gesehen werden kann. Peter Reichel stellt fest, »dass nicht nur totalitäre Staaten auf der einen und demokratische Staaten auf der anderen Seite, sondern auch verschiedene Gruppen innerhalb einer demokratischen Gesellschaft unterschiedliche

207 Vgl. hierzu auch John Deathridge, Wagner und Mendelssohn, in: Wilhelm Seidel (Hrsg.), *Dem Stolz und der Zierde unserer Stadt. Felix Mendelssohn Bartholdy und Leipzig*. Leipzig – Musik und Stadt – Studien und Dokumente, Leipzig 2004, S. 173–183.

208 Vgl. z. B. Wagner Denkmal e. V. (Anm. 199), S. 23.

Geschichtsbilder und Geschichtsbedeutungen entwickeln.«<sup>209</sup> Die parallele Existenz dreier unterschiedlicher Wagner-Vereine und die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit dieser Vereine<sup>210</sup> verdeutlichen dies. Gerade darum sollte ein zeitgenössisches Wagner-Denkmal in Leipzig im Jahr 2013 keine eindeutige Interpretation ermöglichen, sondern mehrere inhaltliche Facetten ansprechen. Ausgehend davon, dass Denkmäler immer auch Zeichen der Zeit sind, in der sie entstehen, mag es also zutreffend sein, wenn sich der Entwurf von Balkenhol vor allem durch Pluralität auszeichnet.

Nach Bekanntgabe des Siegerentwurfs entfachten sich in der Leipziger Lokalpresse Diskussionen um die Qualität des zu errichtenden Entwurfs. Obgleich die drei Leipziger Wagner-Vereine im Februar 2011 öffentlich verkündet hatten, im Hinblick auf das Wagner-Jahr 2013 näher zusammenzuarbeiten, als es bisher der Fall gewesen war,<sup>211</sup> stieß der Balkenhol-Entwurf auf Kritik des Richard-Wagner-Verbandes. So bemängelte dessen Ehrenvorsitzender Prof. Dr. Werner Wolf, der zugleich Mitglied des Preisgerichts war, dass »diese Figur nichts mit Wagner zu tun«<sup>212</sup> habe: »Sie lässt weder etwas von der ausgeprägten Kopfform noch von dem vielfach beschriebenen lebhaften Gesichtsausdruck Wagners ahnen. Und die schlaffe Körperhaltung deutet in keiner Weise auf die oft konstatierte, bis ins hohe Alter gebliebene körperliche Beweglichkeit Wagners hin.«<sup>213</sup>

Diese Mängelzuschreibung verrät die vollkommen verschiedene inhaltliche Wirkung, die sich der Richard-Wagner-Verband und das Denkmalgremium generell von einem Denkmal erhoffen. So plädiert Wolf hier eindeutig für eine porträtierende Darstellung Wagners, achtet demnach auf die formal-dekorativen Qualitäten, jedoch kaum auf die semantischen Funktionen des Denkmals.

Darüber hinaus äußern sich mehrere Leipziger Bürger in Leserbriefen über den neuen Entwurf und sprechen ihm den Respekt gegenüber Wagner ab. Mehrfach wird der Balkenhol-Entwurf hier als »alberner und simpler Einfall« mit »unfreiwillige[r] Komik«<sup>214</sup> beschrieben. Eine Leserin fordert: »Keinen Witz-Richard-Wagner auf den

209 Reichel paraphrasiert nach Dinah Wijsenbeek, Denkmal und Gedenkdenkmal. Über den kritischen Umgang mit der Vergangenheit auf dem Gebiet der bildenden Kunst (Forum Denkmal und Restaurierung 3), München 2010, S. 16.

210 Siehe bspw. N.N., Wem gehört Wagner? Zwei Leipziger Vereine streiten um das Erbe des Komponisten, in: Bild Zeitung Leipzig vom 18.05.2009.

211 Thomas Mayer, Gemeinsam für Richard. Warum die drei Leipziger Wagner-Vereine mit Blick auf 2013 mehr als bisher zusammen agieren, in: Leipziger Volkszeitung, 05.02.2011.

212 Werner Wolf, Die Figur hat nichts mit Wagner zu tun. Zum Interview mit Frank Zöllner über den Streit zum Wagner-Denkmal. Leserbrief, in: Leipziger Volkszeitung, 14.07.2011.

213 Ebd.

214 Vgl. Günter Richter, Ein alberner und simpler Einfall. Zum Thema »Wagnerdenkmal«, in: Leipziger Volkszeitung, 19.07.2011.

noblen Max-Klinger-Denkmalsockel«<sup>215</sup> Zum einen lassen solche Äußerungen vermuten, dass Humor und Gedenken sich offenbar nicht ohne weiteres verbinden lassen, zumindest den konservativen Wagner-Verehrern mag ein als »respektlos-witzig«<sup>216</sup> bezeichnetes Werk ihrer Forderung eines Gedenkortes nicht entsprechen. Zum anderen verraten diese Reaktionen abermals den sich innerhalb der letzten Jahrzehnte vollzogenen inhaltlichen Wandel des von Klinger entworfenen Denkmalsockels. So wird dieser nicht vordergründig – wie ursprünglich von Klinger intendiert – mit Wagner in Verbindung gebracht, sondern als »Max-Klinger-Denkmalsockel«<sup>217</sup> sogleich auch mehr oder weniger als genuines Denkmal für den Bildhauer verstanden. Dass der Sockel auch durch den Balkenhol-Entwurf seine ursprüngliche Funktion übernehmen würde, nämlich einer Wagner-Figur als Postament zu dienen, scheinen die Kritiker nicht zu akzeptieren, zumal Balkenhol's Entwurf »auf boshafte Art« nicht ehren, sondern entehren würde und deshalb auch Klinger »nicht gerecht«<sup>218</sup> werde. Vielmehr würde der Balkenhol-Entwurf »Max Klinger und Richard Wagner beschädigen«.<sup>219</sup>

Trotz ablehnender Reaktionen in der Leipziger Bevölkerung wurde das von Stephan Balkenhol entworfene Denkmal pünktlich zum geplanten Termin eingeweiht. Als ein morgendlicher Programmpunkt der Richard Wagner-Festtage 2013 fand die Einweihung des Denkmals am 22. Mai 2013, dem 200. Geburtstag Richard Wagners, bei strömendem Regen statt.

### Schlusswort

Wagner-Verehrer mögen das langjährige Ausbleiben eines Leipziger Denkmals für ihr Idol bedauern, kunsthistorisch ergibt sich aus eben dieser Tatsache jedoch das Geschenk eines Präzedenzfalls. So kann die Geschichte des Leipziger Richard Wagner-Denkmal als Beispiel für den politischen und gesellschaftlichen Einfluss auf die Gattung des Denkmals herangezogen werden, und zwar gerade deshalb, weil die Leipziger Ausführung mehrerer Entwürfe scheiterte und dementsprechend zu unterschiedlichen Zeiten neu aufgegriffen wurde. Der Verlauf der Bestrebungen für ein Richard Wagner-Denkmal in Leipzig zeigt, dass Persönlichkeitsdenkmäler nie nur als Abbilder wider

215 Brigitte Richter, Kein Witz-Wagner auf Klinger-Denkmalsockel. Zum Thema »Leipziger Denkmäler«, in: Leipziger Volkszeitung, 15.09.2011.

216 Vgl. Wolf-D. Krönig, Darum hat mein Wagner 'nen Schatten. Stephan Balkenhol schafft Leipzigs neues Denkmal, in: Bild Zeitung Leipzig, 16.07.2011.

217 Richter, Kein Witz-Wagner (Anm. 216).

218 Harald Otto, Entehrung auf boshafte Weise. Zur Gestaltung des Wagnerdenkmals. Leserbrief, in: Leipziger Volkszeitung, 11.07.2011.

219 Thomas Mayer, Plädoyer für den ganzen Klinger. Reinhardt Pfundt berichtet, wie er zu Richard Wagner kam und dessen Kunst seit Jahrzehnten schätzt, in: Leipziger Volkszeitung, 23.07.2011.

das Vergessen funktionieren, sondern als öffentlich errichtetes Kunstwerk stets auch einen, mehr oder weniger, politischen Hintergrund besitzen. Ausgangspunkt der Leipziger Bestrebungen für ein Richard Wagner-Denkmal war stets die gewünschte Ehrung derselben Person. Legitimiert wurde diese Ehrung in den vergangenen einhundert Jahren jedoch nicht immer durch dieselben Inhalte, sondern entsprechend der jeweiligen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Umstände. Der Entwurf von Stephan Balkenhol spiegelt dementsprechend die polarisierten Meinungen zu Richard Wagner wider, die für die gegenwärtige politisch pluralistische Gesellschaft charakteristisch sind. Das am 22. Mai 2013 eingeweihte Leipziger Richard Wagner-Denkmal sollte folglich nicht als das Ende eines langen, erinnerungskulturellen Prozesses verstanden werden, sondern als ein Ausdruck des sich immerwährend im Wandel befindlichen historischen Bewusstseins.

## Die Aktion »Entartete Kunst« im Museum der bildenden Künste Leipzig<sup>1</sup>

*Thomas Stein*

Die Nationalsozialisten beanspruchten nach der »Machtergreifung« 1933 die Durchdringung aller Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens mit ihrer Weltanschauung. Dieser totalitäre Machtanspruch verlangte, auch die deutsche Kulturlandschaft nach den nationalsozialistischen Vorstellungen umzuformen und in den Dienst der »nationalen Revolution« zu stellen: Die beabsichtigte Aufhebung künstlerischer Autonomie bedeutete nicht nur die Einschränkung des Kunstschaffens im Deutschen Reich, sondern auch die gezielte Beseitigung alles »Artfremden« und »Undeutschen« zur Förderung *einer* »deutschen Kunst«, die einer nunmehr völkisch und rassistisch definierten Identität Ausdruck verleihen sollte.<sup>2</sup> Die Argumentation Hitlers und seiner Parteideologen griff dabei auf die in der deutschen Gesellschaft verbreitete kulturpessimistische Haltung zurück, die seit der Jahrhundertwende die Szenarien des kulturellen Untergangs bestärkt hatte. Unter antibolschewistischem und rassistischem Vorzeichen setzten die Nationalsozialisten die Debatte um diesen Verfallsprozess fort, entwarfen Feindbilder, in denen sich ihre antisemitischen und antimodernen Einstellungen widerspiegelten, und entwickelten Lösungsvorschläge auf der Grundlage ihrer Blut- und Boden-Ideologie.<sup>3</sup>

Bildende Künstler, Musiker, Schauspieler, Schriftsteller und andere Personen, die mit ihrem Schaffen die Kultur mitgestalteten, aber nach nationalsozialistischem Urteil zur »Entartung« der Künste beigetragen hatten, denunzierte das Regime öffentlich in mannigfacher und brutaler Weise – wobei die Anmutung ideologischer Uniformität jedoch kaum dem politischen Tagesgeschäft entsprach.<sup>4</sup> Die bis zur unmenschlichen Verachtung angewachsenen Ressentiments gegenüber der Avantgarde »kultivierten« die Natio-

1 Dieser Beitrag behandelt einen Teilaspekt des Dissertationsprojektes des Verfassers »Untersuchungen zu städtischem Bürgertum, kommunaler Politik und kulturgeschichtlichen Museen – Leipzigs Museum der bildenden Künste und Stadtgeschichtliches Museum in Weimarer Republik und Nationalsozialismus« bei Prof. em. Ulrich von Hehl am Historischen Seminar der Universität Leipzig.

2 Vgl. Bernd Jürgen Wendt, Deutschland 1933–1945. Das »Dritte Reich«, Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995, S. 306 f.

3 Vgl. Hildegard Brenner, Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus (Rowohlts Deutsche Enzyklopädie 167/168), Reinbek 1963, S. 11–13.

4 Vgl. Hans Protingheuer, Hitlers fromme Bilderstürmer. Kirche und Kunst unterm Hakenkreuz, Köln 2001, S. 86. Zur Ambivalenz der nationalsozialistischen Kulturpolitik siehe u. a.: Konrad Dussel, Der NS-Staat und die »deutsche Kunst«, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft (Bonner Schrif-

nalsozialisten auch im Bereich der bildenden Künste mit entsprechenden Aktionen: Sie umfassten neben den Möglichkeiten zum personellen Austausch in den staatlichen Kulturinstitutionen auf der Grundlage des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 auch erste Femeschauen in den deutschen Museen, die als »Schreckenskammern« den »Kulturbolschewismus« anprangerten.<sup>5</sup>

Am 30. Juni 1937 bevollmächtigte Hitler zudem den Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste Adolf Ziegler, aus allen deutschen Museen und Galerien »die noch vorhandenen Produkte der Verfallszeit zu beschlagnahmen« und konfrontierte Museumsdirektoren, Künstler und Publikum abermals mit der Auflösung bestimmter, als missliebig erachteter Kunstsammlungen, in denen die Werke der »Verfallskunst« noch dominierten.<sup>6</sup> Bereits zuvor hatten Joseph Goebbels und Ziegler unmittelbar nach der Veröffentlichung von Wolfgang Willrichs Pamphlet »Säuberung des Kunsttempels« Anfang 1937 begonnen, aus den wichtigsten Sammlungen der Kunst der Moderne – u. a. aus der Neuen Abteilung der Nationalgalerie Berlin, dem Dresdner Albertinum und dem Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe – Kunstwerke für eine geplante Ausstellung in München anzufordern.<sup>7</sup>

Auch das Leipziger Museum der bildenden Künste verlor durch die Aktion »Entartete Kunst« einen wesentlichen Teil seiner modernen Sammlung unwiederbringlich, sodass bis heute die Auswirkungen des nationalsozialistischen Bildersturms zu spüren sind. Eine »Kommission von Sachverständigen« konfiszierte am 20. August 1937 im Auftrag der sächsischen Landesleitung der Reichskammer der bildenden Künste 394 Werke der Leipziger Kunstsammlung, Wertvolle Gemälde, Plastiken und Grafiken,

---

ten zur Politik und Zeitgeschichte 23), Düsseldorf 1992, S. 256–272; Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich* (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 17), München 2009, S. 244.

- 5 Vgl. Christoph Zuschlag, »Entartete Kunst«. Ausstellungsstrategien im Nazi-Deutschland (Heidelberger kunstgeschichtliche Abhandlungen, Neue Folge 21), Worms 1995, S. 58–130. Zu den ersten Städten zählten Mannheim, Erlangen, Nürnberg und Chemnitz, in denen mit plakativen Titeln und einer abwertenden Präsentation von Werken die Diffamierung der künstlerischen Moderne ihren Anfang nahm.
- 6 Archiv des Museums der bildenden Künste (im Folgenden: AMdbK), Karton 71, Entartete und belanglose Kunst 1937, unpaginiert (Abschrift eines Eilboten-Einschreibens von der Reichskammer der bildenden Künste, Landesleitung Sachsen, an das Museum der bildenden Künste bezüglich der Verfallskunst, Dresden, den 6. August 1937).
- 7 Vgl. Michael Anton, *Rechtshandbuch Kulturgüterschutz und Kunstrestitutionsrecht. Band 1: Illegaler Kulturgüterverkehr*, Berlin, New York 2010, S. 984; Katrin Engelhardt, Die Ausstellung »Entartete Kunst« in Berlin 1938. Rekonstruktion und Analyse, in: Uwe Fleckner (Hrsg.), *Angriff auf die Avantgarde. Kunst und Kunstpolitik im Nationalsozialismus* (Schriften der Forschungsstelle »Entartete Kunst« 1), Berlin 2007, S. 89–188, bes. S. 159–188; Alfred Hotzen, *Die Berliner Nationalgalerie im Bildersturm*, Köln 1971; Christoph Zuschlag, *Die Dresdener Ausstellung »Entartete Kunst« 1933 bis 1937*, in: *Dresdener Hefte* 77 (2004), S. 17–25; Zuschlag, »Entartete Kunst« (Anm. 5), S. 177–180.





*Museum der bildenden Künste Leipzig (Stadtarchiv Leipzig)*

die eine Epoche mannigfaltiger künstlerischer Ausdrucksformen bezeugt hatten, gingen größtenteils verloren.<sup>8</sup>

Das Ziel dieses Beitrags ist es, die Ereignisse und Folgen der nationalsozialistischen Kunstpolitik für das Museum der bildenden Künste nachzuzeichnen.<sup>9</sup> Die Indienstnahme der Kunst für die Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie seit 1933 muss dabei ebenso thematisiert werden wie die Genese der Sammlung Kunst der Moderne in Leipzig. In der 1937 zur Reichsmessestadt erhobenen Pleißenmetropole genossen die Werke der Klassischen Moderne zwar nicht den hohen Stellenwert wie in Berlin, Dresden oder an anderen Zentren des Kulturlebens, aber das Museum der bildenden Künste erwarb dennoch zwischen 1919 und 1934 bedeutende Arbeiten von Künstlern wie Emil Nolde, Max Beckmann, Otto Mueller, Oskar Kokoschka, Karl Hofer und

8 Eine Liste der beschlagnahmten Werke findet sich bei: Karl-Heinz Mehnert, 1937 beschlagnahmte Kunstwerke aus dem Museum der bildenden Künste Leipzig, in: Renate Hartleb, Dieter Gleisberg (Hrsg.), Karl Hofer. Tischgesellschaft (Patrimonia 40), Leipzig 1992, S. 55–72.

9 Außer in einem Aufsatz von Karl-Heinz Mehnert und in einem Beitrag von Dietulf Sander stand die Aktion »Entartete Kunst« in Leipzig bisher kaum im Blickpunkt der Forschung. Vgl. Karl-Heinz Mehnert, Die entartete Aktion, in: 150 Jahre Museum der bildenden Künste 1837–1987. 150 Jahre Sammeln Zeitgenössischer Kunst, Ausstellung zum Jubiläum des Museums der bildenden Künste Leipzig, 20. Nov. 1987 bis 31. Jan. 1988, Hrsg. vom Museum der bildenden Künste Leipzig, Leipzig 1987, S. 33–38; ergänzt in: Hartleb, Gleisberg, Karl Hofer (Anm. 8), S. 17–26; Dietulf Sander, Gefordert war mutiges Bekennen, nicht unsicheres Abwarten. Ausstellen und Sammeln der Klassischen Moderne in Leipzig zwischen 1910 und 1937, in: Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins (2004) 1, S. 30–44, bes. S. 41–44.

Rüdiger Berlit.<sup>10</sup> Warum Leipzig trotzdem in der öffentlichen und wissenschaftlichen Wahrnehmung selten mit den künstlerischen Entwicklungen des Expressionismus und anderen Stilrichtungen der Moderne in Verbindung gebracht wird, gilt es ebenso zu hinterfragen wie den Umgang der Leipziger Kunstwelt mit den kunstfeindlichen Aktionen der Nationalsozialisten. Die ebenfalls zu untersuchende personelle Entwicklung im Amt des Museumsdirektors vor und nach 1933 und die Rolle des Leipziger Kunstvereins geben darüber hinaus Einblicke in die Leipziger Museumslandschaft von 1933 bis 1938/1939.<sup>11</sup>

### Die Kunstauffassung und Kunstpolitik der Nationalsozialisten

Bereits 1925 lieferte Hitler mit seinen Ausführungen über den Zusammenhang zwischen kulturellem »Verfall« und den Kunststilen der Moderne Grundlagen für die Kunstauffassung der Nationalsozialisten und thematisierte in »Mein Kampf« die kunstpoltische Rolle des Staates:

»Der Bolschewismus der Kunst ist die einzig mögliche kulturelle Lebensform und geistige Äußerung des Bolschewismus überhaupt. Wem dieses befremdlich vorkommt, der braucht nur die Kunst der glücklich bolschewisierten Staaten einer Betrachtung zu unterziehen, und er wird mit Schrecken die krankhaften Auswüchse irrsinniger und verkommener Menschen, die wir unter den Sammelbegriffen des Kubismus und Dadaismus seit der Jahrhundertwende kennenlernten, dort als die offiziell staatlich anerkannte Kunst bewundern können. Selbst in der kurzen Periode der bayerischen Räterepublik war diese Erscheinung schon zutage getreten. Schon hier konnte man sehen, wie die gesamten offiziellen Plakate, Propagandazeichnungen in den Zeitungen usw. den Stempel nicht nur des politischen Verfalls, sondern auch den des kulturellen an sich trugen. [...] es ist Sache der Staatsleitung, zu verhindern, daß ein Volk dem geistigen Wahnsinn in die Arme getrieben wird.«<sup>12</sup>

10 Zu den Ankäufen der Kunstwerke vgl. Herwig Guratzsch, Zur Genesis des zweifachen Erwerbs des Kokoschka-Gemäldes durch das Leipziger Museum 1930 und 1993, in: ders., Oskar Kokoschka. Genfer Seelandschaft von 1923, *Patrimonia* 77), Berlin 1993, S. 16–20, hier S. 16 f.; Renate Hartleb, Karl Hofer, Tischgesellschaften. Wandlungen eines Bildmotives, in: Hartleb, Gleisberg, Karl Hofer (Anm. 8), S. 7–15, hier S. 7, sowie in diesem Beitrag S. 172–181.

11 Eine gründliche, zusammenhängende Untersuchung der Leipziger Museen zwischen 1918 und 1945 ist bisher ein Desiderat.

12 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München <sup>851</sup>1943, S. 283. Zum »Inhalt« von Hitlers Kunstauffassung vgl. Thomas Mathieu, Kunstauffassungen und Kulturpolitik im Nationalsozialismus. Studien zu Adolf Hitler, Joseph Goebbels, Alfred Rosenberg, Baldur von Schirach, Heinrich Himmler, Albert Speer, Wilhelm Frick, Saarbrücken 1997, S. 18–42, bes. S. 30–38; Gerhard Wagner, »Säuberungskrieg«. Adolf Hitlers Rede über »entartete Kunst« im kulturpolitischen Kontext des Jahres 1937, in: Heidi Beutin, Wolfgang Beutin, Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Holger Malterer (Hrsg.), Ernst Barlach (1870–1938).

Auffallend an den Äußerungen gegenüber den Kunststilen der Moderne ist eine immer wiederkehrende Verbindung von biologischen, politischen und künstlerisch-ästhetischen Argumenten, weil die Inhalte der Streitschriften stark von der Rassentheorie und Rassenhygiene geprägt waren.<sup>13</sup> Begriffen wie »krankhaft«, »pathologisch«, »minderwertig« und »entartet« wurden »gesund«, »germanisch« und »arisch« gegenübergestellt, um aus Sicht der Kritiker den niederen Wert des Verurteilten deutlich zu machen. In den diffamierten Kunstwerken sahen die vermeintlichen Mahner gesellschaftliche Verfallserscheinungen, für die bereits Arthur de Gobineau in seinem Werk »Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen« in der Mitte des 19. Jahrhunderts rassistische Erklärungsmuster entwickelt hatte.<sup>14</sup> Erweitert durch sozialdarwinistische Denkmuster modifizierte Houston Stewart Chamberlain – ein gebürtiger Engländer, der als erfolgreicher Schriftsteller antisemitische und pangermanische Ideen propagierte – die Rassentheorie Gobineaus. In seinem viel beachteten, 1899 erschienenen Werk »Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts« prophezeite er die Rettung der westlichen Kultur durch die arische Herrenrasse.<sup>15</sup> Die Gegenüberstellung von scheinbar kultureller Hoch- und Minderwertigkeit als wesentliches Charakteristikum dieser Argumentation bestimmte auch die fortgeführte Diskussion um die Werke der modernen Kunststile im Deutschen Reich. Alfred Rosenberg, »Chefideologe« der Nationalsozialisten, sah im Impressionismus das Machwerk »des allzersetzenden Intellektualismus«, um mit »bastardischen Ausgeburten,

---

Sein Leben, sein Schaffen, seine Verfolgung in der NS-Diktatur (Bremer Beiträge zur Literatur- und Ideengeschichte 56), Frankfurt am Main u. a. 2009, S. 37–46.

- 13 Vgl. Reinhard Merker, *Die bildenden Künste im Nationalsozialismus. Kulturideologie, Kulturpolitik, Kulturproduktion*, Köln 1983, S. 56–66.
- 14 Vgl. Arthur de Gobineau, *Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen*, 4 Bände, Stuttgart 1939 f. Allgemein zu Gobineaus Bedeutung als »Wegbereiter« der Rassentheorie vgl. Christian Geulen, *Wahlverwandte. Rassendiskurs und Nationalismus im späten 19. Jahrhundert*, Hamburg 2004, S. 62–71; George L. Mosse, *Die Geschichte des Rassismus in Europa*, S. 76–82; Patrik von zur Mühlen, *Rassenideologie. Geschichte und Hintergründe*, Bonn 1979, S. 52–73.
- 15 Vgl. Houston Stewart Chamberlain, *Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts*, Zweiter Teil, München 1912, S. 859 f./961; zur Bedeutung Chamberlains (1855–1927) als »Prophet« der Nationalsozialisten: Gerd-Klaus Kaltenbrunner, *Wahnfried und die »Grundlagen«*. Houston Stewart Chamberlain, in: Karl Schwedhelm (Hrsg.), *Propheten des Nationalsozialismus*, München 1969, S. 105–123; Anja Lobenstein-Reichmann, *Houston Stewart Chamberlains rassentheoretische Geschichts-»philosophie«*, in: Werner Bergmann (Hrsg.), *Antisemitische Geschichtsbilder (Antisemitismus 5)*, Essen 2009, S. 139–166. In das engere und vorwiegend auf einen – teilweise radikalen – Antisemitismus stark beschränkte Umfeld der »Vordenker« nationalsozialistischer Weltanschauung gehören ebenso Paul le Lagarde (1827–1891), Georg Ritter von Schönerer (1842–1921), Adolf Josef Lanz (1874–1954) sowie später neben Rosenberg (1893–1946) auch Hans Günther (1891–1968) und Paul Schultze-Naumburg (1869–1949). Zu den nationalsozialistischen Vorläufern im Völkischen Spektrum vgl. Justus H. Ulbricht, *Kulturrevolution von rechts. Das völkische Netzwerk 1900–1930*, in: Detlev Heiden, Gunter Mai (Hrsg.), *Nationalsozialismus in Thüringen*, Köln, Wien 1995, S. 29–48, sowie die Beiträge in: Uwe Puschner, Walter Schmitz, Justus H. Ulbricht (Hrsg.), *Handbuch zur »Völkischen Bewegung« 1871–1918*, München 1999.

erzeugt von geistiger Syphilis« eine »mythenlose Welt« zu schaffen, die ihren »Höhepunkt« mit der »Spottgeburt des Expressionismus« erreichte.<sup>16</sup>

Aus dem ideologischen Spektrum der nationalsozialistischen Weltanschauung entwickelten die Handlungsträger der kunstpolitischen Neuordnung ihre Auffassung über die Künste und bestimmten, welche Werke als sogenannte Nichtkunst zu gelten hatten. Diesen wurde unterstellt, zur »Zersetzung« der deutschen Kultur beigetragen zu haben – ein abwegiger Vorwurf, der sich vor allem an Vertreter des deutschen Expressionismus richtete. Die Nationalsozialisten führten dabei eine bereits vor 1900 ausgelöste Debatte um die bildenden Künste in radikalisierte Form weiter. Als sogenannte Nichtkunst wurden die Werke von Künstlern bezeichnet, die bereits vor 1933 polarisierten. Gelten Werke von Künstlern wie Paul Klee, Georg Grosz, Emil Nolde, Otto Dix und Max Beckmann heute als Meisterwerke, bezeichneten die Nationalsozialisten sie als die Arbeiten von »Irren« und »Geisteskranken«.<sup>17</sup>

Einer der prominentesten Fälle nationalsozialistischer »Kunstbarbarei« war die bereits 1930 vom thüringischen Minister für Inneres und Volksbildung, Wilhelm Frick, protegierte Zerstörung und Übermalung der Wandgestaltung Oskar Schlemmers im Van-de-Velde-Bau in Weimar.<sup>18</sup> Frick, der als erster Nationalsozialist einer deutschen Landesregierung angehört hatte, beriet sich über die Beseitigung des Wanddekors mit seinem engsten Vertrauten in künstlerisch-ästhetischen Fragen, Paul Schultze-Naumburg, den er nach seinem Amtsantritt zum Leiter der Weimarer »Vereinigten Staatlichen Kunstlehranstalten« ernannte.<sup>19</sup> Zeitgleich begann auf Empfehlung Schultze-Naumburgs die Aussortierung von Werken Barlachs, Feiningers, Klees und anderer Avantgardisten aus dem Schlossmuseum der Goethestadt – Paul Klee forderte daraufhin den

16 Vgl. Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit*, München 1934, S. 299. Zu Rosenberg allg. vgl. Ernst Piper, Alfred Rosenberg – Hitlers Chefideologe, München 2005, bes. S. 179–231.

17 Vgl. Rosenberg, ebd.

18 Vgl. Brenner, *Kunstpolitik* (Anm. 3), S. 22–25; Wulf Herzogenrath, *Fanal einer neuen Zeit. Die Zerstörung von Oskar Schlemmers »Bauhaus-Fresken« im Jahr 1930*, in: Uwe Fleckner (Hrsg.), *Das verfeimte Meisterwerk. Schicksalswege moderner Kunst im »Dritten Reich«* (Schriften der Forschungsstelle »Entartete Kunst« 4), Berlin 2009, S. 245–257, hier S. 254; Mario-Andreas von Lüttichau, »Deutsche Kunst« und »Entartete Kunst«. Die Münchener Ausstellungen 1937, in: Peter-Klaus Schuster (Hrsg.), *Die »Kunststadt« München 1937. Nationalsozialismus und »Entartete Kunst«*, München 1988, S. 83–118, hier S. 93; Stefan Schweizer, »Unserer Weltanschauung sichtbaren Ausdruck geben«. Nationalsozialistische Geschichtsbilder in historischen Festzügen zum »Tag der Deutschen Kunst«, Göttingen 2007, S. 268–275.

19 Vgl. Holm Kirsten, »Weimar im Banne des Führers«. Die Besuche Adolf Hitlers 1925–1940, Köln u. a. 2001, S. 127 f. Zu den Personen vgl. Norbert Borrmann, Paul Schultze-Naumburg 1869–1949. Maler, Publizist, Architekt – Vom Kulturreformer der Jahrhundertwende zum Kulturpolitiker im Dritten Reich, Essen 1989; Günter Nebila, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates – Eine politische Biographie, Paderborn 1992; Gerhard Schulz, Art. Wilhelm Frick, in: *Neue Deutsche Biographie* 5 (1961), S. 432 f.; Christian Welzbacher, Art. Paul Eduard Schultze-Naumburg, in: *Neue Deutsche Biographie* 23 (2007), S. 709–711.

Direktor des Schlossmuseums auf, alle Kunstwerke von ihm, die das Museum nicht erworben hatte, umgehend zurückzuschicken.<sup>20</sup>

Aus dem Lager der Nationalsozialisten kam in der Folgezeit für solche Aktionen hingegen nur Zustimmung: Bettina Feistel-Rohmeder, die Herausgeberin der »Deutschen Kunstkorrespondenz« – später »Deutscher Kunstbericht« – forderte im März 1933 nicht nur das Verbot und die »Ausrottung« der marxistischen und kommunistischen Geistesströmungen, sondern auch die Vernichtung der »bolschewistischen Unkunst und Unkultur«.<sup>21</sup> Dabei sei es die »Ehrensache des Staates«, die »erprobten Soldaten dieses Kulturkampfes in die vorderste Reihe zu stellen!«<sup>22</sup> In ihrer Hetzschrift griff Feistel-Rohmeder die von Hitler bereits 1925 thematisierte Rolle des Staates zur »Bekämpfung« des »Kunstbolschewismus« wieder auf und verlangte: »[...], daß aus den Deutschen Museen und Sammlungen alle Erzeugnisse mit weltbürgerlichen und bolschewistischen Vorzeichen entfernt werden. Man kann sie vorher in einer Häufung der Öffentlichkeit vorführen, kann diese mit den dafür aufgewandten Summen, den Namen der dafür verantwortlichen Galeriebeamten und Kultusminister bekannt machen – worauf die Werke der Unkunst nur noch einen Nutzwert haben können: nämlich als Heizmittel öffentliche Gebäude zu erwärmen.«<sup>23</sup>

Dem Manifest Feistel-Rohmeders zur »Beseitigung« alles »Undeutschen« in der Kunst folgten zeitgleich in verschiedenen deutschen Städten »Säuberungsaktionen« der Nationalsozialisten. Aus den Ausstellungsräumen vieler Museen – darunter die Städtische Kunsthalle Mannheim, die Badische Kunsthalle Karlsruhe und das Städtische Museum Chemnitz – entfernten die neueingesetzten, regimekonformen Funktionäre die Kunstwerke der Klassischen Moderne und inszenierten Schandausstellungen, in denen u. a. der Expressionismus als »kulturbolschewistisches Machwerk« denunziert wurde.<sup>24</sup>

Die kulturpolitischen Maßnahmen betrafen in den Anfangsjahren u. a. die deutschen Universitäten und andere staatliche Kultureinrichtungen, in denen die personelle Umstrukturierung darauf abzielte, dass regimefeindliche und missliebige Personen aus ihren Ämtern enthoben wurden.<sup>25</sup> Die Entfernung von Kunstwerken aus deutschen

---

20 Vgl. Maike Steinkamp, Das unerwünschte Erbe. Die Rezeption »entarteter« Kunst in Kunstkritik, Ausstellungen und Museen in der SBZ und frühen DDR (Schriften der Forschungsstelle »Entartete Kunst« 2), Berlin 2008, S. 52 f.

21 Vgl. Bettina Feistel-Rohmeder, Was die Deutschen Künstler von der Regierung erwarten?, in: Dies., Im Terror des Kunstbolschewismus. Urkundensammlung des »Deutschen Kunstberichtes« aus den Jahren 1927–33, Karlsruhe 1938, S. 181–184, hier S. 181.

22 Ebd.

23 Ebd., S. 182.

24 Vgl. Paul Ortwin Rave, Kunstdiktatur im Dritten Reich, Hamburg 1949, S. 44–48; Zuschlag, »Entartete Kunst« (Anm. 5), S. 58–100.

25 Zu den politisch motivierten Entlassungen an der Universität Leipzig vgl. Ronald Lambrecht, Politische Entlassungen in der NS-Zeit. Vierundvierzig biographische Skizzen von Hochschullehrern der Universität Leipzig (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 11), Leipzig 2006;

Museen, das Verbot bestimmter Musikrichtungen und die Beschlagnahmung und Verbrennung unerwünschter Bücher forcierten die Nationalsozialisten zeitgleich zur personellen Gleichschaltung nach ihrer Machtübernahme 1933.<sup>26</sup> Der nationalsozialistische »Bildersturm« beschränkte sich jedoch nicht allein auf die Kunstwerke, sondern auch auf jene Museumsdirektoren und – mit einigem zeitlichen Versatz – Galeristen, die bereit gewesen waren, ihre Magazine und Ausstellungsflächen der avantgardistischen »Nichtkunst« zu öffnen: Die Abläufe dieser Entlassungsaktionen ähnelten sich stark. Auf die Neubesetzung des Direktorenamtes mit einer regimekonformen Person folgten kurz darauf Ausstellungen, welche die ersten sogenannten »Schreckenskammern« inszenierten.<sup>27</sup>

Die ersten Aussonderungen von Kunstwerken aus den Museen und Galerien des Deutschen Reiches, die von verschiedenen Kreisen der nationalsozialistischen Machthaber angeordnet wurden, erfolgten jedoch ohne eine rechtliche Grundlage. Erst am 31. Mai 1938 wurde durch das »Gesetz über Einziehung von Erzeugnissen entarteter Kunst« widerrechtliches Vorgehen gegen die Werke diffamierter Künstler nachträglich legitimiert.<sup>28</sup> In § 1 des Erlasses wurde festgelegt, dass alle bisher beschlagnahmten Bildwerke ohne Entschädigung der Besitzer eingezogen blieben. Zudem behielt sich der Reichskanzler die letzte Urteilsentscheidung über die Kunstwerke vor. Der dritte und letzte Paragraph der Verordnung ermächtigte den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda im Einvernehmen mit anderen Reichsministern zur Durchführung der Aktion »Entartete Kunst«. Obwohl durch diesen Erlass weder eine klare Kompetenzverteilung auf Reichsebene geregelt, noch eine genaue Definition für »Entartete Kunst« gegeben wurde, bildete die Verordnung die gesetzliche Grundlage des ideologischen Kulturvandalismus im »Dritten Reich«. Eine Kommission zog auf der Grundlage des »Gesetzes über Einziehung von Erzeugnissen Entarteter Kunst« vom 31. Mai 1938

Michael Parak, Politische Entlassungen an der Universität Leipzig in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Ulrich von Hehl (Hrsg.), Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Universität Leipzig vom Kaiserreich bis zur Auflösung des Landes Sachsen 1952 (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 3), Leipzig 2005, S. 241–262; Ders., Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen. Elitenaustausch an sächsischen Hochschulen 1933–1952 (Geschichte und Politik in Sachsen 23), Köln, Wien 2004.

26 Vgl. Hans-Ernst Mittag, »Entartete Kunst«, »zersetzendes Schrifttum«, »entartete Musik«. Aktionen im Vergleich, in: Hanns-Werner Heister (Hrsg.), Antimoderne, Faschismus, modernisierte Reaktion (Musik, Gesellschaft, Geschichte 1), Berlin 2005, S. 61–80.

27 Vgl. Gesa Jeuthe, Kunstwerke im Wandel. Die Preisentwicklung der deutschen Moderne im nationalen und internationalen Kunstmarkt 1925–1935 (Schriften der Forschungsstelle »Entartete Kunst« 7), Berlin 2011, S. 233 f.; Ludwig Justi, Der Zwickauer Skandal, in: Museum der Gegenwart 1 (1930) 2, S. 49–60; Ulrike Wendland, Biographisches Handbuch deutschsprachige Kunsthistoriker im Exil. Leben und Werk der unter dem Nationalismus verfolgten und vertriebenen Wissenschaftler, Band 1, München 1996, S. 261–266.

28 Vgl. Reichsgesetzblatt 1 (1938), S. 612.

weitere Werke ein, die der ersten Beschlagnahmungswelle durch den Erlass Hitlers im Vorjahr entgangen waren.<sup>29</sup>

### Kunstpoltische Institutionen

1934 existierten zwei größere nationalsozialistische Kulturverbindungen, die für die Verbreitung der eigenen Ideologie eintraten. Die »Nationalsozialistische Gesellschaft für deutsche Kultur« war offiziell auf Betreiben von Alfred Rosenberg, Franz Ritter von Epp, Heinrich Himmler, Gregor Strasser und Phillip Bouhler im Januar 1928 gegründet worden.<sup>30</sup> Sie richtete sich gegen die gesellschaftlichen Kreise, die durch ihr Gedankengut dem Feindbild der Nationalsozialisten entsprachen. 1929 wurde die Gesellschaft in »Kampfbund für deutsche Kultur« umbenannt. Zu diesem Zeitpunkt zählte der Bund ca. 300 Mitglieder. Bis zum 1. Januar 1933 stieg die Zahl auf 6000 an und hatte ihren Höhepunkt im Oktober 1933 mit 38000 Mitgliedern.<sup>31</sup> Jene, die nicht die sogenannte »reine deutsche Kultur« vertraten, sollten durch den Kampfbund von der Verbindung zwischen Deutschtum, Rasse, Kunst und Wissenschaft überzeugt werden. Im Mai 1932 rief der Kampfbund zum »Aufbau eines neuen deutschen Kulturlebens und Schutz unserer Kulturgüter vor dem Kulturbolschewismus mit allen seinen gefährlichen Zersetzungserscheinungen« auf.<sup>32</sup> Zeitgleich beschimpfte und denunzierte die Parteizeitung »Mitteilungen des deutschen Kampfbundes für deutsche Kultur« missliebige Künstler – darunter Ernst Barlach, Georg Grosz und Käthe Kollwitz.

Als parteiinterne Organisation für den Kulturbereich wurde 1934 das »Amt des Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP« eingerichtet.<sup>33</sup> Leiter wurde ebenfalls Ro-

29 Vgl. Hans Henning Kunze, *Restitution »Entarteter Kunst«*. Sachenrecht und internationales Privatrecht, Berlin, New York 2000, S. 42 f.; Gerhard Strauss, *Dokumente zur »entarteten Kunst«*. Staatliche Kunstsammlungen Dresden, in: Ders. (Hrsg.), *Festgabe an Carl Hofer zum 70. Geburtstag*, 11. Oktober 1948, Potsdam 1949, S. 53–60.

30 Vgl. Brenner, *Kunstpoltik* (Anm. 3), S. 8 f.; Jürgen Gimmel, *Die politische Organisation kulturellen Ressentiments. Der »Kampfbund für Deutsche Kultur« und das bildungsbürgerliche Unbehagen an der Moderne* (Schriftenreihe der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung 10), Münster 2001, S. 13 f.

31 Vgl. Reinhard Giersch, *Kampfbund für deutsche Kultur*, in: Dieter Fricke (Hrsg.), *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*, Band 3, Köln 1985, S. 169–171, hier S. 169.

32 Vgl. Harald Lönnecker, »... Boden für die Idee Adolf Hitlers auf kulturellem Felde gewinnen«. Der »Kampfbund für Deutsche Kultur« und die deutsche Akademikerschaft, in: GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte 6 (2002), S. 121–144, hier S. 125 f.

33 Vgl. Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Stuttgart 1970, S. 73 f.; Piper, *Rosenberg* (Anm. 16), S. 386–398, besonders S. 392 f.

senberg, der damit zwei wichtige kulturpolitische Ämter unter seine Kontrolle brachte. Durch die Umformung des »Kampfbundes für deutsche Kultur« im gleichen Jahr entstand die »Nationalsozialistische Kulturgemeinde«, die die Leitung des kulturellen Freizeitbereichs der »NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude« übernahm.<sup>34</sup>

Joseph Goebbels war ebenfalls von Anfang an bestrebt, den Prozess der politischen Gleichschaltung auch auf die einzelnen Zweige der Kultur auszudehnen. Das Reichskulturkammergesetz vom 22. September 1933 enthielt daher Bestimmungen über die Einrichtung der Reichskammern für Schrifttum, Presse, Rundfunk, Theater, Musik und bildende Künste.<sup>35</sup> Die Bestimmung in § 5 des Gesetzes legte fest, dass der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda zugleich der Leiter der Reichskulturkammer sei.<sup>36</sup> Somit wurden zwei signifikante Kulturämter in der Person Joseph Goebbels vereint. Wie beim Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums verfolgte man mit der Einrichtung der einzelnen Kulturkammern eine möglichst lückenlose Kontrolle und Überwachung der Künste im Reich bzw. der jeweiligen Kammermitglieder. Goebbels sicherte sich somit das Monopol zur Gestaltung der öffentlichen Meinung und die Hoheit über die Kultur.

### Kunstwerke der Klassischen Moderne in Leipzig

Bevor die einzelnen Ereignisse der Aktion »Entartete Kunst« in der Messestadt behandelt werden, müssen zuerst einige relevante Punkte zur Kunst der Moderne in den Blickpunkt rücken, die den Stellenwert der Modernen Kunststile in Leipzig verdeutlichen sollen. Auch aus heutiger Perspektive ist durchaus die Frage berechtigt: Welche künstlerische Bedeutung hatte die Moderne in Leipzig? Im Vergleich zu anderen bedeutenden Kunstsammlungen des Deutschen Reiches, in denen besonders die Kunstwerke des Expressionismus die Bestände erweiterten, blieb die Leipziger Kunstwelt eher zurückhaltend, in einigen Fällen auch ablehnend gegenüber der »neuen« Kunst. Im Hinblick auf die regionalen Besonderheiten – in Dresden, Chemnitz und Halle waren die

<sup>34</sup> Vgl. Gimmel, Organisation (Anm. 30), S. 108–111.

<sup>35</sup> Vgl. Volker Dahm, Anfänge und Ideologie der Reichskulturkammer. Die »Berufsgemeinschaft« als Instrument kulturpolitischer Steuerung und sozialer Reglementierung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 34 (1986) 1, S. 53–84, hier S. 56–58; Uwe Julius Faustmann, Die Reichskulturkammer. Aufbau, Funktion und Grundlagen einer Körperschaft des öffentlichen Rechts im nationalsozialistischen Regime, Aachen 1995; Joseph Wulf, Die bildenden Künste im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Frankfurt (Main) 1983, S. 102–111. Zur kulturpolitischen Rolle von Joseph Goebbels vgl. Klaus Backes, Hitler und die bildenden Künste. Kulturverständnis und Kunstpolitik im Dritten Reich, Köln 1988, S. 64–71.

<sup>36</sup> Vgl. Reichsgesetzblatt 1 (1933), S. 661.





*Emil Nolde, Verspottung Christi (1909) (Brücke Museum Berlin)*

Museumsleiter durchaus bestrebt, expressionistische Kunstwerke in die Sammlungen aufzunehmen – gilt es, die Umstände in Leipzig zu hinterfragen.<sup>37</sup>

<sup>37</sup> Zu den modernen Abteilungen in Halle, Chemnitz und Dresden vgl. u.a. Beatrice Baumann, Max Sauerlandt. Das kunstkritische Wirkungsfeld eines Hamburger Museumsdirektors zwischen 1919 und 1933, Hamburg 2002; Birgit Dalbajewa, Hans Posse und sein Wirken für die »Moderne Galerie« in Dresden. Zu Forschungsansätzen, in: Jahrbuch der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden 36 (2012), S. 184–191; Gudrun Dudek, Schreiber-Weigand, Friedrich Wilhelm, in: Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V., bearb. von Martina Schattkowsky, Online-Ausgabe: <http://www.isgv.de/saebi/> (7.9.2013); Rudolf Fahrner (Hrsg.), Paul Thiersch. Leben und Werk, Berlin 1970; Alexis Joachimides, Die Museumsreformbewegung in Deutschland und die Entstehung des modernen Museums 1880–1940, Dresden 1996; Hans Posse, Die Dresdener Galerie der neueren Meister, in: Das Schöne Sachsen. Monatsschrift für sächsische Kultur, Wirtschaft und Verkehr 1 (1931), S. 11–15; Peter Romanus (Hrsg.), Im Kampf um die moderne Kunst. Das Schicksal einer Sammlung in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts, Halle (Saale) 1985; Christian Sachrendt, »Die Brücke« zwischen Staatskunst und Verfemung. Expressionistische Kunst in der Weimarer Republik, im »Deutschen Reich« und im Kalten Krieg (Pallas Athene 13), Stuttgart 2005.

Die Zurückhaltung der Museumsleitung beim Erwerb zeitgenössischer Werke belebte in den Jahren der Weimarer Republik die Debatte zwischen Museumsdirektoren, einheimischen Künstlern, Kritikern und Publikum. In einer programmatischen Denkschrift an den Rat der Stadt rechtfertigte der Direktor des Museums der bildenden Künste Julius Vogel die ausbleibenden Ankäufe mit der belastenden Raumnot und den geringen Mitteln, die für Neuerwerbungen zu Verfügung standen.<sup>38</sup> Trotz dieser Einschränkungen gelang es ihm zwischen 1918 und 1923, bedeutende Werke zeitgenössischer Künstler für das Museum zu erwerben, mit denen die Abteilung der Moderne kontinuierlich und qualitativ erweitert werden konnte.

1921 veranstaltete der Leipziger Kunstverein im Museum der bildenden Künste zum zweiten Mal nach 1919 eine Ausstellung zu Emil Nolde und präsentierte dem Leipziger Publikum Gemälde, Grafiken und Aquarelle des bedeutenden Expressionisten.<sup>39</sup> Julius Vogel hatte anschließend im Verwaltungsausschuss den Kauf eines Gemäldes für die Sammlung angeregt und trat in Verhandlungen mit dem Künstler: In einem Brief an Nolde lobte der Museumsdirektor die »volle Wirkung« der Sonderausstellung und äußerte den Wunsch, das Gemälde »Grablegung Christi« zu kaufen.<sup>40</sup> Der Künstler hatte jedoch schon bei früheren Anfragen zu diesem Werk betont, dass es unverkäuflich sei. Nolde bot Vogel daraufhin dessen Zweitwunsch – die »Verspottung Christi« – zum Kauf an.<sup>41</sup>

Obwohl die konservativen Kreise des Leipziger Publikums eine ablehnende Haltung einnahmen, blieb die große Kritikwelle aus. Dass die Kritik am Erwerb des Gemäldes aber bis zum Vorabend der nationalsozialistischen »Machtergreifung« nicht abbrach, unterstreicht der Kommentar des Leipziger Malers Max Schwimmer, der noch am 28. Januar 1932 mit leichtem Hohn in der »Leipziger Volkszeitung« anmerkte: »In der Abteilung der Nachimpressionisten hängt das viel belästerte und heute noch von vielen missverstandene Bild Emil Noldes. Dass es bis heute noch Museumsfreunde gibt, die immer wieder gegen dieses Bild Sturm laufen, vermögen wir nicht zu verstehen.«<sup>42</sup>

Außer dem umstrittenen Werk Noldes, das zu den Hauptwerken der modernen Sammlung zählte, erwarb Julius Vogel von 1919 bis zum Eintritt in den vorzeitigen

38 Vgl. AMdbK, Karton 9, Akten, Verhandlungen mit dem Rate im Jahre 1920–1924, Bl. 36–52 (Denkschrift Vogels über das Museum der bildenden Künste an den Rat der Stadt, Leipzig, im Januar 1920).

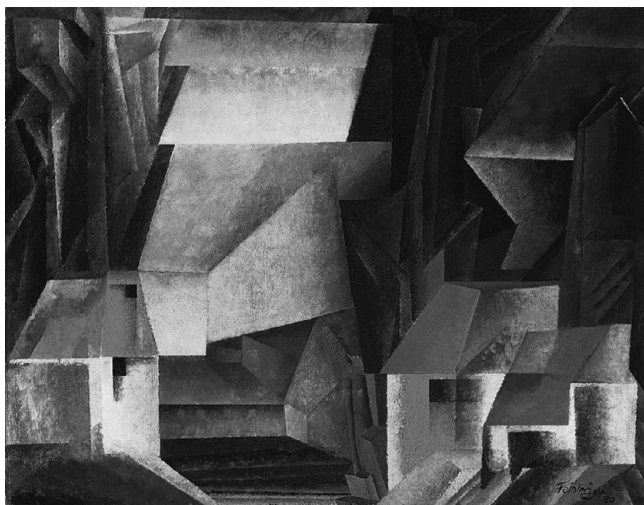
39 Zum Ausstellungswesen des Kunstvereins und der Moderne in Leipzig allgemein vgl. Sander, Gefordert war mutiges Bekennen (Anm. 9), S. 36 f.

40 AMdbK, Karton 9, Akten, Verhandlungen mit dem Rate im Jahre 1920–1924, Bl. 163 (Brief Vogels an Emil Nolde bezüglich des Ankaufs der »Grablegung Christi« oder »Verspottung Christi«, Leipzig, den 9. Juli 1921).

41 Vgl. AMdbK, Karton 9, Akten, Verhandlungen mit dem Rate im Jahre 1920–1924, Bl. 165 (Brief Vogels an Emil Nolde mit dem Bescheid des Kaufes der »Verspottung Christi«, Leipzig, den 18. Juli 1921).

42 Artikel v. Max Schwimmer in: Leipziger Volkszeitung, 28. Januar 1932; vgl. hierzu: Mehnert, Die entartete Aktion (Anm. 9), S. 17.

Lyonel Feininger, *Hopfgarten*  
(1920) (Minneapolis Institute  
of Arts)



Ruhestand 1923 u. a. Rüdiger Berlits »Findung Mosis«, Max Pechsteins »Morgenstunde – Dörfchen am See«, Lyonel Feiningers »Hopfgarten« sowie Erich Heckels »Landschaft mit Turm« für insgesamt 55 400 Mark.<sup>43</sup> Der Direktor des Museums der bildenden Künste war dem Expressionismus gegenüber weitaus aufgeschlossener als einige meinungsstarke Mitglieder der Leipziger Museumsszene. Die späte Erkenntnis, dass der Expressionismus nur mit wenigen Werken im Museum vertreten sei, bestärkte Vogel, sich über das Urteil Einzelner hinweg für die Bedeutung der modernen Kunst in einer öffentlichen Sammlung auszusprechen: »Es ist die Aufgabe des Museums, einen Überblick über das künstlerische Schaffen der Zeit zu geben und so zu sammeln, dass künftige Generationen sich in unserer Sammlung diesen Überblick über alle maßgebenden künstlerischen Richtungen zu verschaffen vermögen. Im Interesse der Öffentlichkeit soll ein Gesamtbild des künstlerischen Strebens unserer Zeit zum Ausdruck gebracht werden.«<sup>44</sup> Als am 8. Juni 1922 der Ankauf von Feiningers »Hopfgarten« verhandelt wurde, betonte der Museumsdirektor abermals in einer Sitzung des gemischten Verwaltungsausschusses, dass es die Pflicht des Museums sei, auch Gemälde der neuesten

43 Vgl. Sächsisches Staatsarchiv – Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, 10736 Ministerium des Innern, Nr. 17321/1, Bl. 33–36 (Aufstellung des Museums der bildenden Künste Leipzig zur Anfrage des Reichspräsidenten der Reichskammer für bildende Kunst vom 30. September 1937 über die Geldmittel, die für den Ankauf »entarteter beschlagnahmter Kunst« verwendet wurden, Leipzig, den 18. Oktober 1937).

44 AMdbK, Karton 9, Akten, Verhandlungen mit dem Rate im Jahre 1920–1924, Bl. 6 f. (Brief Vogels an den Rat der Stadt bezüglich eines Ankaufs der Gemälde »Gärtnerei im Winter« und »Morgenstunde« von Pechstein, Leipzig, den 10. Februar 1920).

Kunstrichtung zu sammeln.<sup>45</sup> Nach der gemeinsamen Besichtigung des Werkes durch Stadtbaurat Carl James Bühring, den Stadtverordneten Freytag und Vogel beschloss das Gremium einstimmig, die Kaufverhandlungen mit dem Maler fortzuführen und aus den Erträgen der Theobald-Petschke-Stiftung die Kaufsumme in Höhe von 13 500 Mark bereitzustellen.<sup>46</sup>

Nachdem Julius Vogel das Amt des Direktors niedergelegt hatte und Richard Graul 1924 übergangsweise die Leitung des Museums übernahm, stagnierte die Erweiterung der modernen Abteilung. Die Gründe für die einsetzende Zurückhaltung lassen sich jedoch nur unbefriedigend mit den vermeintlich fehlenden finanziellen Mitteln in den Jahren nach der Inflation erklären, da die Preise für zeitgenössische Kunstwerke durchaus im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Museums lagen. Aussagekräftiger sind hingegen die Äußerungen Grauls in den Verhandlungen des gemischten Verwaltungsausschusses.

Dem Vorschlag zum Ankauf von Gemälden junger Künstler, den der Stadtverordnete Frenzel im Mai 1928 aufgrund der niedrigen Preise angeregt hatte, entgegnete der Museumsdirektor, dass er solchen Ankäufen skeptisch gegenüberstehe, weil in den letzten 15 Jahren ein außerordentlicher Wechsel in der Bedeutung moderner Künstler stattgefunden habe.<sup>47</sup> Ein halbes Jahr später – im Januar 1929 – konkretisierte Graul sein Verhältnis zu den modernen Kunstrichtungen in einem Brief an Stadtrat Barthol: »Meines Erachtens muß auch ein öffentliches Museum für moderne Kunst auf der Tradition fußen und das als mustergültig erkannte und im Abstände eines oder zweier Jahrzehnte Bewährte zu erfassen suchen. Museen, die in den Ankäufen den sogenannten modernen Richtungen folgen, die nichts anderes sind als dem schnell wechselnden Tagesgeschmack unterworfenen modische Erscheinungen, werden eine Qualität im Sammeln nicht erreichen. Aber darauf allein kommt es an. Infolgedessen sollten die dem Ausschuß beigegebenen Sachverständigen Persönlichkeiten sein, die durch persönliches künstlerisches Gefühl für ein solches Amt befähigt sind oder sich als Sammler hochwertiger moderner Kunst bewährt haben.«<sup>48</sup> Bei den Werken, die für das grafische Kabinett des Museums angekauft werden sollten, argumentierte Richard Graul außerdem, dass dem Museum der provinzielle Charakter nur durch Steigerung der Qualität genom-

45 Vgl. Stadtarchiv Leipzig (im Folgenden: StadtAL), Kap. 31, Nr. 45, Bd. 1, Bl. 209 (Sitzung des gemischten Verwaltungsausschusses für das Museum der bildenden Künste, Leipzig, den 8. Juni 1922).

46 Vgl. ebd.

47 Vgl. StadtAL, Kap. 31, Nr. 45, Bd. 1, Bl. 227 (Gemeinschaftliche Sitzung der gemischten Verwaltungsausschüsse für das Museum der bildenden Künste und das Kunstgewerbemuseum, Leipzig, den 8. Mai 1928).

48 StadtAL, Kap. 31, Nr. 91, Bh. 1, Bl. 14 (Brief von Prof. Dr. Graul an Stadtrat Dr. Barthol bezüglich der Kompetenzfrage in den Ausschüssen, Leipzig, den 31. Januar 1929).



Oskar Kokoschka, *Genfer Seelandschaft* (1923) (Museum der bildenden Künste Leipzig)

men werden könne.<sup>49</sup> Er sei gern nach einer gewissen zeitlichen Distanz gegenüber der Hochflut von Angeboten moderner Werke bereit, die Mittelmäßigkeit der grafischen Sammlung zu steigern.<sup>50</sup>

Bezeichnenderweise fällt die zweite Phase von Ankäufen zeitgenössischer Gemälde in die Zeit nach Richard Grauls Direktorat. Die jahrelange Diskussion um eine Lösung der »Leipziger Museumsfrage« führte 1929 zur Berufung Werner Teupfers, der vorerst jedoch nur die Betreuung der Museumssammlung übernahm.<sup>51</sup> Teupser war seit 1923 als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Museums und als künstlerischer Leiter und Bibliothekar im Leipziger Kunstverein gut mit den Begebenheiten des städtischen Kunstlebens vertraut und empfahl sich durch seine Fachkenntnis, seinen Arbeitseifer und sein Organisationstalent für die Leitung des Museums. Im Zuge der unter ihm seit 1929 weitergeführten Neuordnung der Sammlung stellte sich wiederum die Frage nach dem Ausbau der Abteilung »Moderne«, denn die Museumsleitung hatte durch ihre

49 Vgl. StadtAL, Kap. 31, Nr. 45, Bd. 1, Bl. 214 f. (Sitzung des gemischten Verwaltungsausschusses für das Museum der bildenden Künste, Leipzig, den 18. Juli 1927).

50 Vgl. ebd.

51 Vgl. StadtAL, Kap. 31, Nr. 45, Bd. 1, Bl. 227 (Sitzungsprotokoll der gemischten Verwaltungsausschüsse für das Museum der bildenden Künste und das Kunstgewerbemuseum, Leipzig, den 8. Mai 1928).



*Otto Mueller, Liebespaar (1919)*  
*(Museum der bildenden Künste*  
*Leipzig)*

vorsichtige Erwerbungspolitik seit der Mitte der zwanziger Jahre deutliche Lücken in der Dokumentation zeitgenössischer Malerei entstehen lassen. Teupser versuchte trotz seines fachlichen Schwerpunktes, der auf der deutsch-römischen Malerei des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts lag, die Sammlung mit mustergültigen Stücken zeitgenössischer Kunst weiter auszubauen.<sup>52</sup>

1930 ergab sich für das Museum die Möglichkeit, das Gemälde »Genfer Seelandschaft« von Oskar Kokoschka anzukaufen. In der Besprechung des Verwaltungsausschusses beschloss das Gremium den Ankauf, der mit Mitteln aus der Fritz-von-Harck-Stiftung finanziert werden sollte. Teupser bezeichnete den Kaufpreis von 12000 Reichsmark als günstig, da durch den internationalen Ruf des Künstlers die Preise für seine Werke in den vorangegangenen Jahren deutlich gestiegen seien.<sup>53</sup> Außerdem besitze das Museum noch kein Werk von Kokoschka und »sei verpflichtet, von diesem

<sup>52</sup> Vgl. Mehnert, Die entartete Aktion (Anm. 9), S. 17.

<sup>53</sup> Vgl. StadtAL, Kap. 31, Nr. 45, Bd. 2, Bl. 1 f. (Sitzungsprotokoll der Sitzung des gemischten Verwaltungsausschusses für das Museum der bildenden Künste, Leipzig, den 3. Februar 1930).

bedeutenden Maler der lebenden Generation ein qualifiziertes Werk in ihre Sammlung aufzunehmen.<sup>54</sup> Der Direktor betonte zudem, dass die Hamburger Kunsthalle und die Staatsgalerie München für Gemälde Kokoschkas einen weitaus höheren Preis bezahlt hätten.<sup>55</sup> Im gleichen Jahr erwarb das Museum für die Abteilung der Moderne Edvard Munchs »Bildnis des Malers Dörenberger«. Außerdem gelang es Teupser innerhalb weniger Jahre zumindest punktuell, die moderne Abteilung mit hochwertigen Stücken zu erweitern – zwischen 1930 und 1933 kaufte das Museum Max Beckmanns »Großes Stilleben mit Fernrohr«, Otto Muellers »Liebespaar«, Karl Hofers »Tischgesellschaft« und Erich Heckels »Stilleben mit Lilien«.

Die von vielen Zeitgenossen als schmerzlich empfundenen Lücken konnten jedoch nur bedingt durch diese Ankäufe geschlossen werden. Als im November 1930 über den Kauf von Karl Schmidt-Rottluffs Aquarell »Arcagno« beraten wurde, erwog Teupser die Schaffung einer Sammlung moderner Aquarelle. Im Protokoll der Sitzung sind folgende Gedanken Teupsters wiedergegeben: »Das Leipziger Museum sei zurzeit nicht in der Lage, die erforderlichen hohen Mittel für den Ausbau der modernen Gemäldesammlung, wie es in Chemnitz und Halle geschehen ist, aufzubringen, deshalb halte er es für zweckmäßig, größten Wert auf die Anlegung einer modernen Aquarellsammlung zu legen, die geeignet sei, eine besondere Note der Leipziger Sammlung zu schaffen.«<sup>56</sup>

Die Leipziger Kunstwelt konnte mit solchen Plänen indes nur vorübergehend befriedigt werden. Kritische Stimmen in der Leipziger Presse bemängelten stets die ängstliche Haltung und Passivität beim Ankauf zeitgenössischer Werke.<sup>57</sup> Auch die bereits erwähnten Hinweise auf moderne Sammlungen, die beispielsweise in Berlin von Ludwig Justi oder im benachbarten Halle erst unter Max Sauerlandt und später von Alois Schardt aufgebaut wurden, fanden nur wenig Gehör im Museumsumfeld.<sup>58</sup> Vor allem die zur Verfügung gestellten Ankaufsmittel begrenzten den Handlungsspielraum des Museumsdirektors. Der Leiter des städtischen Museumsamtes, Professor Alfred Jeremias, bemängelte 1932 in einem Schreiben an Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler abermals die geringen städtischen Mittel: »[...] Das beigefügte Zahlenmaterial aus den Haushaltsplänen einzelner deutscher Großstädte muß natürlich stets im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Anordnung benutzt werden, aber selbst bei diesem Vorbehalt ergibt sich eine ganz besonders ungünstige Lage der Leipziger Museen. Dafür lassen sich

---

54 Ebd.

55 Vgl. ebd.

56 StadtAL, Kap. 31, Nr. 45, Bd. 2, Bl. 7–10 (Sitzungsprotokoll des gemischten Verwaltungsausschusses für das Museum der bildenden Künste, Leipzig, den 17. November 1930).

57 Vgl. Sander, Gefordert war mutiges Bekennen (Anm. 9), S. 39 f.

58 Vgl. StadtAL, Kap. 31, Nr. 45, Bd. 2, Bl. 9 (Sitzungsprotokoll des gemischten Verwaltungsausschusses für das Museum der bildenden Künste, Leipzig, den 17. November 1930).

unschwer einzelne Beispiele zusammenstellen.«<sup>59</sup> Dem Museum der bildenden Künste Leipzig standen 1930 von Seiten der Stadt 17 791 Reichsmark für Neuerwerbungen zur Verfügung – im gleichen Jahr belief sich die Summe in München auf 150 000, in Essen auf 30 000 und in Chemnitz auf 40 000 Reichsmark.<sup>60</sup> Vor diesem Hintergrund wirken die Ankäufe Werner Teupers wie ein halbherziger Versuch der Stadt, verlorenes Terrain aufzuholen und der Kunst der Moderne einen repräsentativen Platz im Museum der bildenden Künste zu verschaffen.

Um dem Publikum trotz der geschilderten Umstände einen charakteristischen Überblick zum künstlerischen Schaffen der Gegenwart geben zu können, war die Museumsleitung auf die Fürsorge Leipziger Kunstfreunde angewiesen. Einer von ihnen, der 1885 in Leipzig geborene Kunsthistoriker und Galerist Karl Lilienfeld, überlies dem Museum 1924 leihweise Stücke seiner beachtlichen Privatsammlung.<sup>61</sup> Die Leihgabe bildete in den zwanziger Jahren den Grundstock der Abteilung lebender Künstler im Museum der bildenden Künste und wertete die eigenen modernen Bestände mit bedeutsamen Werken spürbar auf. Durch sie konnte ein qualitätsvoller Ausschnitt zeitgenössischer Kunst u. a. von Heckel, Kirchner, Pechstein, Nolde und Marc gezeigt werden. Bereits in der Zeit zwischen 1912 und 1915 hatte sich Lilienfeld als Geschäftsführer des Leipziger Kunstvereins um die Anerkennung jener Künstler bemüht, die mit ihrem künstlerischen Schaffen – nach Meinung mancher Kritiker – polarisierten.

Der Kunstverein setzte bereits in der Spätphase des Kaiserreichs kaum Impulse für die Würdigung und öffentliche Verbreitung der Gegenwartskunst. Die konservative Haltung eines Großteils der Vorstandsmitglieder blockierte die selbstgestellte Aufgabe des Vereins, durch thematische Sonderausstellungen einzelne Künstler oder aktuelle Tendenzen des Kunstschaffens vorzustellen und auf Sammlungsdefizite im Museum hinzuweisen.<sup>62</sup> Die nach 1918 verstärkt einsetzende Kritik, der Kunstverein sperre sich gegen die Präsentation jüngster Kunst, führte zu einer personellen Umstrukturierung, von der besonders die konservative Vereinsführung betroffen war.<sup>63</sup> Außerdem bewirkte die öffentliche Kritik an der Vereinsarbeit in der Folgezeit eine Veränderung des thematischen Programms: Ab 1921 organisierte der neuberufene Ausstellungsleiter Erich Wiese wirksame und qualitativ nachhaltige Expositionen, die ein breites künstlerisches Spektrum abdeckten und dem Publikum zeitlich begrenzte Einblicke in die verschie-

59 StadtAL, Kap. 31, Nr. 92, Bd. 1, Bl. 38 (Brief des Theater- und Musikamtes an den Oberbürgermeister Dr. Goerdeler über Ankaufsmittel der Leipziger Museen im Vergleich zu anderen deutschen Museen, Leipzig, den 9. Dezember 1932).

60 Vgl. ebd.

61 Vgl. Sander, Gefordert war mutiges Bekennen (Anm. 9), S. 39 f.

62 Zu den Aufgaben des Vereins siehe Abgeänderte Satzungen des Leipziger Kunstvereins, hrsg. vom Leipziger Kunstverein, Leipzig 1920, S. 2.

63 Vgl. Jahresbericht des Leipziger Kunstvereins 1917–1919, hrsg. vom Leipziger Kunstverein, Leipzig 1919, S. 2.



denen künstlerischen Stile seit dem Impressionismus geben konnten.<sup>64</sup> Wiese wurde dabei auch von Leipziger Bürgern unterstützt, indem beispielsweise 1922 vorwiegend einheimische Sammler die Ausstellung »Moderne Kunst aus Privatbesitz« beschickten – zu ihnen gehörten u. a. Max von Bleichert, Max Hermann Heine, Hermann Ahlswede und Henri Hinrichsen.<sup>65</sup> Sie zeugten davon, dass trotz eines im Leipziger Bürgertum der Weimarer Zeit verbreiteten demokratieskeptischen Antimodernismus bei einem Großteil der Kunstfreunde ein, wenn auch gemäßigtes, Interesse an der Gegenwartskunst vorhanden war.

### Erste kunstfeindliche Aktionen der Nationalsozialisten in Leipzig

1932 beschmutzten Angehörige der Hitlerjugend einige Gemälde des Museums der bildenden Künste mit Hakenkreuzen und schmähten das Werk »Die lustige Gesellschaft« von Dirck Hals, das um 1630 entstanden war, mit der Aufschrift »Judengesellschaft«. Nahezu zeitgleich beklagte das Museum für Völkerkunde an Bildern und Kartenskizzen von den früheren deutschen Kolonien Hakenkreuze.<sup>66</sup> Das überregionale Presseecho zu den Aktionen war einhellig: Die Kölnische Zeitung sprach bei der Veröffentlichung der Leipziger Vorgänge von einer Tat, bei der sich Unbekannte in übler Weise politisch betätigt hätten. Auch das Lokalorgan der KPD, die Sächsische Arbeiterzeitung, empörte sich über den nationalsozialistisch motivierten Vandalismus in Leipziger Museen, wohingegen die Museumsleitung von einem Jugendstreich unpolitischer Kinder sprach.<sup>67</sup>

Dass die Rückforderung der Sammlung Lilienfels 1932 in direkter Verbindung zu den Aktionen stand, bleibt indes nur zu vermuten, weil die genauen Umstände aufgrund der schlechten Aktenlage nicht zu rekonstruieren sind. Den schweren Verlust dieser bedeutenden Sammlung der Kunst der Moderne konnte Werner Teupser trotz der Ankäufe von Otto Muellers »Liebespaar« oder Erich Heckels »Stilleben mit Lilien« noch im Jahr 1933 nicht kompensieren. Zunächst ermöglichten zwar die von Teupser veranlassten Umhängungen weiterhin die Besichtigung zeitgenössischer Kunst. Bis Oktober 1936 verschwanden jedoch alle Kunstwerke aus der Schausammlung, die von den Nationalsozialisten als nicht mehr ausstellungswürdig bezeichnet wurden.<sup>68</sup>

64 Vgl. Sander, Gefordert war mutiges Bekennen (Anm. 9), S. 38.

65 Vgl. ebd.; Ausstellung moderner Kunst aus Privatbesitz April/Mai 1922, hrsg. vom Leipziger Kunstverein, Leipzig 1922.

66 Vgl. Mehnert, Die entartete Aktion (Anm. 9), S. 19.

67 Vgl. ebd.

68 Vgl. AMdbK, Karton 71, Entartete und belanglose Kunst 1937, unpaginiert (Brief Teupsters an das Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bezüglich der Anfrage Schwarzes zur Verfallskunst, Leipzig, den 26. Juli 1937).

Politisch motivierte Entlassungen, die u. a. in Chemnitz Friedrich Schreiber-Weigand als einen der ersten Museumsdirektoren trafen, gab es im Museum der bildenden Künste nicht. Sowohl der Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums Friedrich Schulze als auch der Direktor des Museums der bildenden Künste Werner Teupser blieben über das Jahr 1933 hinaus in ihren Ämtern. Die Stelle des Direktors, die Teupser seit 1929 lediglich kommissarisch geleitet hatte, ging nun sogar endgültig an ihn, obwohl sich seine Ankaufstätigkeit offen gegenüber expressionistischer Kunst gezeigt hatte. Es liegt in diesem Zusammenhang die Vermutung nahe, dass sich Leipzigs Oberbürgermeister Goerdeler für die personelle Kontinuität im Direktorenamt des Museums einsetzte, zumal er ab Februar 1933 persönlich die Leitung des Museumsamtes übernahm.<sup>69</sup>

Die Gründung des Kulturamtes in der städtischen Verwaltung 1934, an dessen Spitze der Leiter der kulturpolitischen Abteilung der NSDAP, Friedrich Hauptmann, trat, erweiterte jedoch den nationalsozialistischen Einfluss auf alle kulturellen Angelegenheiten der Stadt.<sup>70</sup> Dass Hauptmann die eingangs geschilderten nationalsozialistischen Einstellungen gegenüber dem Kunstschaffen der klassischen Moderne teilte, belegt eine dokumentierte Aussage: Demnach sei er froh gewesen, dass »die Zeiten vorbei sind, wo man derartige Entgleisungen der Kunst öffentlich in Museen zur Schau stellen konnte. Es ist unsere jetzige Aufgabe, die Bevölkerung zur wahren Kunst und nicht ständig wieder zu Geschmacksverirrungen und Entartungen früherer Zeiten hinzuführen«.<sup>71</sup>

Hauptmann erweiterte kontinuierlich seinen Einfluss auf die städtischen Museums-sammlungen. Er war maßgeblich am Geschäft mit der Galerie Matthiesen in Berlin beteiligt, als Max Liebermanns Gemälde »Simson und Delila« – allerdings mit der Zustimmung von Werner Teupser – gegen ein Werk von Adriaan van de Velde getauscht wurde.<sup>72</sup> 1939 verkaufte das Museum ebenfalls unter Beteiligung Hauptmanns ein Gemälde des als Nichtarier denunzierten französischen Impressionisten Camille Pissarro. Der Museumsdirektor, der sich offenbar nach anfänglicher Distanziertheit schnell an die neuen Bedingungen anpasste, trat jedoch nie als Verfechter der neuen Kunstauffassung in Erscheinung.

Weitaus radikaler hatte die NSDAP die Gleichschaltung des Leipziger Kunstvereins forciert. Am 31. Mai 1933 kamen die Vorstandsmitglieder des Leipziger Kunstvereins

69 Vgl. StadtAL, Kap. 31, Nr. 92, Bd. 1, Bl. 55 (Brief des Hauptverwaltungsamtes an das Museumsamt bezüglich der Verteilung der Dezernate, Leipzig, den 22. Februar 1933).

70 Vgl. StadtAL, Kap. 31, Nr. 97, Bl. 113 (Bekanntgabe Oberbürgermeister Goerdelers über die Einrichtung des Kulturamtes in der Stadtverwaltung, Leipzig, den 16. Juni 1934). Zur Umstrukturierung der städtischen Kulturverwaltung vgl. Thomas Höpel, Von der Kunst- zur Kulturpolitik. Städtische Kulturpolitik in Deutschland und Frankreich 1918–1939 (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung 7), Stuttgart 2007, S. 80–82.

71 StadtAL, Kap. 31, Nr. 92, Bd. 3, Bl. 144 (Antwortschreiben des Kulturamtes an Hans Grahl bezüglich seiner Anregung, die Ausstellung »Entartete Kunst« in Leipzig als Museum einzurichten, Leipzig, den 8. Juni 1938).

72 Vgl. Mehnert, Die entartete Aktion (Anm. 9), S. 24.

im Museum der bildenden Künste zusammen, um über die »Anpassung des Kunstvereins an die neue Lage« zu verhandeln.<sup>73</sup> Im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie beabsichtigte die NS-Machtelite die Umstrukturierung des Vereins nach Maßgabe des Führerprinzips und der Durchdringung mit einem sogenannten »reinen deutschen Geist«. Die systematische Eingliederung des Kunstvereins in den Kulturapparat der NSDAP organisierten Kreishauptmann Curt von Burgsdorff<sup>74</sup> und Kulturamtsleiter Hauptmann. Die thematische Vielfalt des Vereinsprogramms musste der Einschränkung auf nationalsozialistische Künstler und Themen weichen. Am 5. September 1933 hielt beispielsweise der Leipziger Professor für Kunstgeschichte Leopold Bruhns einen Vortrag mit dem Thema »Die schöpferische Kraft der deutschen Kunst und ihre Sendung in Europa«.<sup>75</sup> Die Themeninhalte orientierten sich an den Vorstellungen einer »Herrenrasse« und der geistigen und politischen Überlegenheit des deutschen Volkes.

### Die Aktion »Entartete Kunst« 1938 in Leipzig<sup>76</sup>

Die Eröffnung der Ausstellung »Entartete Kunst« am 19. Juli 1937 in München, die parallel zur Eröffnung des Hauses der Deutschen Kunst stattfand, markierte eine wei-

73 Vgl. Horst Thieme, Über die letzten Jahre des Leipziger Kunstvereins. Ein Kapitel faschistischer Kulturpolitik nach Akten des Stadtarchivs Leipzig, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 15 (1988) 2, S. 174–186, hier S. 174.

74 Curt von Burgsdorff (1886–1962), der zuvor die Amtshauptmannschaft Löbau geleitet hatte, war im März 1933 zum kommissarischen Kreishauptmann für Leipzig ernannt worden und wusste sich den neuen Machthabern durch den raschen Eintritt in SA und NSDAP zur weiteren Verwendung zu empfehlen. Seine Karriere führte ihn daraufhin zunächst ins sächsische Innenministerium nach Dresden, nach einem Zerwürfnis mit Gauleiter Martin Mutschmann dann aber wieder nach Leipzig und schließlich 1938 in das Amt des Reichsstatthalters in Wien unter Arthur Seyß-Inquart. Von dort aus wechselte er 1939 als Unterstaatssekretär in das Reichsprotektorat Böhmen und Mähren und wurde ab 1943 mit verschiedenen Verwaltungsaufgaben in den besetzten Gebieten Osteuropas betraut. Zur Person von Burgsdorff vgl. Tuvia Friedman (Hrsg.), Die höchsten Nazi-Beamten im General-Gouvernement in Polen in den Kriegs-Jahren 1939–45, o. S.; Ilse von Massow, Curt von Burgsdorff. Verwaltungsbeamter im Wandel der Systeme, Starnberg 1991; Bogdan Musial, NS-Kriegsverbrecher vor polnischen Gerichten, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte (1999) 1, S. 25–56, hier S. 39/48–51; Hans Frank/Werner Präg (Hrsg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Stuttgart 1975, S. 946; Andreas Wagner, Machtergreifung in Sachsen. NSDAP und staatliche Verwaltung 1930–1935 (Geschichte und Politik in Sachsen 22), Köln 2004, S. 185.

75 Vgl. Thieme, Über die letzten Jahre (Anm. 73), S. 179.

76 Zur Aktion »Entartete Kunst« im Städelischen Kunstinstitut Frankfurt vgl. Nicole Roth, »Schwere Verstümmelung und sehr merkbare Rangminderung der Sammlung«. Die Beschlagnahme »entarteter« Kunstwerke im Städel 1936–1937, in: Uwe Fleckner/Max Hollein (Hrsg.), Museum im Widerspruch. Das Städel und der Nationalsozialismus (Schriften der Forschungsstelle »Entartete Kunst« 6), Berlin 2011, S. 201–240, bes. S. 204–212. Zur Aktion in München vgl. Peter-Klaus Schuster (Hrsg.), Dokumentation zum nationalsozialistischen Bildersturm am Bestand der Staatsgalerie Moderner Kunst in München, München 1987.

tere Zäsur für die deutschen Kunstsammlungen und Galerien. In einem Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Direktor Teupser vom 21. Juli 1937 übersandte Regierungsrat Schwarz eine Liste mit Künstlern, die in der Münchener Femeschau ausgestellt waren: »[...] Auf der Ausstellung von Verfallskunst in München werden Werke folgender Künstler gezeigt: Adler, Bauknecht, Baumeister, Barlach, Beckmann, Belling, Camenich, Campendonk, Chagall, Corinth, Dixel, Dix, Drexel, Max Ernst, Feibusch, Felixmüller, Fuhr, Gies, George Gross, Heckel, Heckenroth, Hoerle, Hofer, Hoffmann (Bildhauer), Kahlheimer, Kallmann, Kandinski, Katz, Kirchner, Klee, Kleinschmidt, Kokoschka, Krestod (Bildhauer), Lissitzki, Lütj, Gerhard Marks, Meidner, Metzinger, Moll, Molzahn, Otto Müller, Nagel, Nay, Nolde, Pechstein, Pfeifer-Watenphul, Rau, Emmy Roeder, Rohlf, Segall, Schlemmer, Werner Scholz, Schwitters, Schmidt-Rottluff, Voll, Wollheim [in der Akte sind die im Bestand des Museums der bildenden Künste vorhandenen Künstler unterstrichen – T. S.]«<sup>77</sup> Teupser antwortete, dass die Museumsleitung seit 1933 sämtliche Werke der vorgenannten Künstler abgehängt habe, außer drei Gemälden von Corinth und Kokoschkas »Genfer Seelandschaft«.<sup>78</sup> Außerdem schrieb Teupser, dass für die Ausstellung »Entartete Kunst« keine Werke aus den Museumsbeständen nach München gesandt wurden und bis Juli 1937 keine Kommission der Reichskammer der bildenden Künste in Leipzig erschienen sei, um Kunstwerke des Museums zu beschlagnahmen.<sup>79</sup> Hingegen hatte die Museumsleitung im Frühjahr 1937 das Gemälde »Hopfgarten« von Feininger und eine Lithografie von George Grosz nach Berlin an das Deutsche Propaganda-Atelier abgeben müssen. Beide Werke wurden auf der ebenfalls 1937 veranstalteten Berliner Schau mit dem Titel »Gebt mir vier Jahre Zeit« ausgestellt und anschließend nach München übersandt.<sup>80</sup>

Der Kritiker und promovierte Kunsthistoriker Egbert Delpy nahm die Münchener Ausstellung zum Anlass, in den Leipziger Neuesten Nachrichten einen Beitrag zur »Museumsreinigung« zu veröffentlichen, der ganz im Zeichen der völkischen Kunstauffassung stand. Er resümierte, dass vielen Deutschen »[...] erst die unheimlich beredte Schreckensschau im Hause der Deutschen Kunst ›Entartete Kunst‹ die Augen geöffnet [habe], als sie erfuhren, daß die meisten der hier ausgestellten Absurditäten – aus öffent-

77 AMdbK, Karton 71, Entartete und belanglose Kunst 1937, unpaginiert (Brief des Regierungsrats Schwarz, Reichs- und Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Direktor Teupser bezüglich der Anfrage nach Kunstwerken verfeimter Künstler, Berlin, den 21. Juli 1937).

78 Vgl. AMdbK, Karton 71, Entartete und belanglose Kunst 1937, unpaginiert (Brief Teupfers an das Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bezüglich der Anfrage Schwarzes zur Verfallskunst, Leipzig, den 26. Juli 1937).

79 Vgl. ebd.

80 Vgl. AMdbK, Karton 71, Entartete und belanglose Kunst 1937, unpaginiert (Brief Direktor Teupfers bezüglich der Anfrage der Reichskammer der bildenden Künste zu drei Werken aus dem Museum, Leipzig, den 29. Dezember 1937).

lichen deutschen Kunstsammlungen stammten ... Um so mehr begreift man nun, daß der Erlaß des Ministerpräsidenten Göring, der kategorisch die endgültige Reinigung der Museen von allen Werken ungesunder Kunst im Sinne der Richtlinien anordnet, die der Führer in seiner großen Münchener Rede am Tage der Eröffnung des Hauses der deutschen Kunst gab, notwendig war.<sup>81</sup>

Anfang August 1937 erhielt das Museum vom sächsischen Landesleiter der Reichskammer der bildenden Künste ein Schreiben über die von Hitler und Goebbels beschlossenen Maßnahmen. Mit diesem Schreiben ermächtigte Hitler den Präsidenten der Reichskammer Adolf Ziegler, »[...] aus allen in Reichs-, Länder- und Kommunalbesitz befindlichen Museen, Galerien und Sammlungen die noch vorhandenen Produkte der Verfallszeit zu beschlagnahmen«.<sup>82</sup> Gleichzeitig erging ein von Goebbels unterzeichnetes Verbot, die Bestände der Museen durch Verkauf, Tausch und Rückgabe von Leihgaben zu verändern. Außerdem sollten Ausstellungskataloge und Eingangs- und Ankauflbücher über Kunstwerke für die Kontrollkommission bereitgehalten werden.<sup>83</sup>

Im August erschien die »Kommission von Sachverständigen«, um die angekündigte Beschlagnahmung diffamierter Kunstwerke durchzuführen. Ein genaues Datum konnte aus den Akten nicht ermittelt werden, da in der Überlieferung im Archiv des Museums der bildenden Künste vermutlich Aktenstücke fehlen, die zwischen dem 8. und 22. August 1937 ausgestellt wurden. Auf den 22. August 1937 datiert die Liste mit den beschlagnahmten Gemälden – u. a. von Beckmann, Berlit, Macke, Mueller, Kokoschka und Nolde, Plastiken von Lehmbruck und Mataré sowie Zeichnungen von Barlach, Dix, Grosz, Kirchner, Schmidt-Rottluff, Klee und anderen. Insgesamt fielen 20 Gemälde, zwei Plastiken, 49 Zeichnungen und Aquarelle sowie 323 grafische Werke der Beschlagnahmung zum Opfer.<sup>84</sup>

Unter den beschlagnahmten Kunstwerken befanden sich jedoch nicht nur Stücke, die das Museum angekauft hatte, sondern auch Schenkungen Leipziger Bürger und des Kunstvereins. Acht der zwanzig Gemälde waren durch wohlwollende private Zuwendungen in den Besitz des Museum gekommen. Die Kunstwerke, die das Gremium erfasst hatte, sollten von der Berliner Spedition Knauer in die Reichshauptstadt transportiert werden. Das Gemälde »Gärtnerei« von Rüdiger Berlit und die Plastik »Die Kniende« von Ernesto de Fiori wurden fotografiert, um einen späteren Beschluss aus Berlin abzuwarten. Beide Werke zog man im November 1937 durch die sogenannte

81 Egbert Delpy, Museumsreinigung, in: Leipziger Neueste Nachrichten, Nr. 21 vom 5. August 1937.

82 AMdbK, Karton 71, Entartete und belanglose Kunst 1937, unpaginiert (Abschrift eines Eilboten-Einschreibens von der Reichskammer der bildenden Künste, Landesleitung Sachsen, an das Museum der bildenden Künste bezüglich der Verfallskunst, Dresden, den 6. August 1937).

83 Vgl. ebd.

84 Vgl. AMdbK, Karton 71, Entartete und belanglose Kunst 1937, unpaginiert (Einschreiben der Reichskammer der bildenden Künste, Landesleitung Sachsen, an das Museum der bildenden Künste bezüglich der Liste beschlagnahmter Werke, Dresden, den 22. August 1937).

»Beschlagnahmeaktion von Produkten der Verfallskunst« dennoch ein. 1939 wurde die Arbeit Fioris vom Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda wieder freigegeben und zurück nach Leipzig geschickt.<sup>85</sup>

Über die weitere Verfahrensweise mit den Kunstwerken aus Leipziger Besitz entschied die Reichskammer für bildende Künste und das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda in Berlin. Lehmbrucks Plastik »Mutter und Kind« sowie die »Genfer Seelandschaft« von Kokoschka wurden 1938 vom Propagandaministerium zum Verkauf ins Ausland freigegeben. Mit der Transaktion beauftragte das Ministerium den Kunsthändler Karl Buchholz, welcher das Museum vom anstehenden Verkauf der zwei Werke in Kenntnis setzte.<sup>86</sup> Der Museumsdirektor Werner Teupser wiederum informierte Hauptmann vom möglichen Verkauf Leipziger Gemälde und Grafiken: »[...] Nach meiner persönlichen Kenntnis sollen eine Reihe der seinerzeit beschlagnahmten Werke voraussichtlich Ende Juni durch die Galerie Fischer in Luzern versteigert werden. Eine offizielle Mitteilung darüber ist an das Museum auch nicht gelangt. Auch sonst ist Näheres über die Art der Verwendung hier nicht bekannt geworden.«<sup>87</sup> Hauptmann fragte daraufhin beim Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an, ob bereits Kunstwerke aus der Messestadt verkauft seien und ob mit einer Erstattung des Erlöses zu rechnen sei.<sup>88</sup> Zwei Wochen später entgegnete ein Sekretär des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, dass sich der »Führer persönlich« in dieser Sache die Entscheidung vorbehalte.<sup>89</sup> 1942 erhielt das Museum der bildenden Künste 110 Reichsmark aus dem Fonds, der mit den Verkaufserlösen beschlagnahmter Werke aufgebaut worden war.

Einen Ausschnitt der über 16 000 im Deutschen Reich beschlagnahmten Kunstwerke präsentierte ein letztes Mal 1938 die Wanderausstellung »Entartete Kunst«. Für das Publikum war es die einmalige Möglichkeit, bedeutsame Kunstwerke der Moderne zu sehen, bevor die Nationalsozialisten die Werke entweder ins Ausland verkauften, einlagerten

85 Vgl. AMdbK, Karton 71, Entartete und belanglose Kunst 1937, unpaginiert (Lieferschein der Firma Gustav Knauer Spedition über die Lieferung von 2 Plastiken, Berlin, den 10. März 1939).

86 Vgl. AMdbK, Karton 71, Entartete und belanglose Kunst 1937, unpaginiert (Brief von Karl Buchholz, Inhaber der Buchhandlung und Kunstaussstellung, an Direktor Teupser bezüglich der Maße der beschlagnahmten Bildwerke, Berlin, den 7. Oktober 1938).

87 StadtAL, Kap. 31 A, Nr. 4, Bl. 41 (Brief Dr. Teupers an das Kulturamt der Stadt Leipzig bezüglich der Erlöse aus dem Verkauf beschlagnahmter Kunstwerke, Leipzig, den 6. Mai 1939). Zur Versteigerung in Luzern vgl. Stefan Frey, Die Auktion der Galerie Fischer in Luzern am 30. Juni 1939 – ein Ausverkauf der Moderne?, in: Eugen Blume/Dieter Scholz (Hrsg.), Überbrückt. Ästhetische Moderne und Nationalsozialismus, Köln 1999, S. 275–289, hier S. 278–281.

88 Vgl. StadtAL, Kap. 31 A, Nr. 4, Bl. 44 (Brief des Kulturamtes an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bezüglich des Erlöses aus dem Verkauf beschlagnahmter Kunstwerke, Leipzig, den 4. Juli 1939).

89 StadtAL, Kap. 31 A, Nr. 4, Bl. 45 (Brief des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den OBM der Reichsmessestadt Leipzig bezüglich der Verwendung von Mitteln aus dem Fonds »Entartete Kunst«, Berlin, den 19. Juli 1939).

oder zerstörten. Nachdem die Ausstellung in München und Berlin gezeigt worden war, organisierten die Veranstalter die Femeschau vom 13. Mai bis 6. Juni 1938 im Leipziger Grassimuseum – der nächsten Station der Wanderausstellung.<sup>90</sup> Aus der Sammlung des Museums der bildenden Künste wurden zwei zuvor beschlagnahmte Gemälde gezeigt. Werner Teupser beteuerte in einem Schreiben an Kulturdezernent Hauptmann, dass das ausgestellte Werk »Verspottung Christi« von Emil Nolde seinerzeit nicht aus Planmitteln des städtischen Haushalts angekauft worden sei.<sup>91</sup> Diese bewusste Falschaussage Teupsters zeigt entweder, wie sich die Einstellung des Museumsdirektors geändert hatte, oder vielmehr, wie anpassungsfähig er war. Der Direktor hob außerdem hervor, dass »die Leipziger Künstlerschaft im Vergleich zu anderen Städten nie in hemmungsloser Weise die Elemente der Verfallkunst in ihren Schaffungsprozess aufnahm«.<sup>92</sup> Die Leipziger Presse sprach anlässlich der Schau von der »diabolischen Zerstörungstendenz des jüdischen Kulturbolschewismus« und präsentierte in einer Reihe von Beiträgen die verachtenden Meinungen des gewünschten kulturellen Zeitgeistes.<sup>93</sup>

Werner Teupser nahm nach 1938 weiterhin seine gemäßigte Haltung gegenüber den nationalsozialistischen Kunstvorstellungen ein. Die Neuerwerbungen der folgenden Jahre belegen, dass der Direktor Werke akzeptierter Kunststile ankaufte und unter anderem die Max-Klinger-Sammlung im Museum weiter ausbaute.<sup>94</sup> Mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges veränderten sich die Bedingungen für den städtischen Museumsbetrieb ohnehin. Bis zur Zerstörung großer Teile des Museumsgebäudes 1943 konzentrierten sich die alltäglichen Geschäfte auf die Pflege und Aufarbeitung der Sammlungsbestände.

Nach 1945 ergaben sich für die Rückkehr der Gemälde, Grafiken und Plastiken an ihren ursprünglichen Standort mehrere unlösbare Schwierigkeiten. Die Kunstwerke hatten mitunter durch Verkauf rechtmäßig ihren Besitzer gewechselt. Zusammenhängende museale Sammlungen blieben damit für die Nachwelt nicht erhalten, und viele Werke gingen unwiederbringlich verloren.

Drei der 1937 im Museum beschlagnahmten Gemälde befinden sich heute jedoch wieder in Leipzig, wohingegen andere ehemalige Stücke der Sammlung entweder in Privatbesitz übergingen oder jetzt in anderen Museen ausgestellt werden. Nach 1945 tauchten einige Werke aus ehemaligem Leipziger Besitz im internationalen Kunsthan-

---

90 Vgl. Katrin Engelhardt, Die Ausstellung »Entartete Kunst« in Berlin 1938, in: Fleckner (Hrsg.), Angriff (Anm. 7), S. 99–102; Lüttichau, »Deutsche Kunst« (Anm. 18), S. 92–112; Zuschlag, »Entartete Kunst« (Anm. 5), S. 248–250.

91 Vgl. AMdbK, Karton 71, Entartete und belanglose Kunst 1937, unpaginiert (Brief Teupsters an Stadtrat Hauptmann bezüglich der Ausstellung »Entartete Kunst« im Grassimuseum, Leipzig, den 12. Mai 1938).

92 Ebd.

93 Art. »Entlarvung des Kunstbolschewismus«, in: Leipziger Neueste Nachrichten, Nr. 134 vom 14. Mai 1938, S. 7.

94 Vgl. 150 Jahre Museum (Anm. 9), S. 148–155.

del auf. Max Beckmanns »Großes Stilleben mit Fernrohr« hatte das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda noch 1939 mit dem österreichischen Maler Emanuel Fohn getauscht, der es 1964 als Schenkung der Bayerischen Staatsgemäldesammlung übergab. Lyonel Feiningers Gemälde »Hopfgarten«, das sehr wahrscheinlich noch vor 1945 von den Nationalsozialisten ins Ausland verkauft wurde, befindet sich heute im Institute of Arts in Minneapolis.<sup>95</sup>

Auch Emil Noldes »Verspottung Christi« ist heute wieder in einer öffentlichen Sammlung zugänglich. Das Gemälde hatte sich bis 1961 in Südamerika befunden, bevor es im Stuttgarter Kunstkabinett verkauft wurde. Zuvor hatte das Auktionshaus auch dem Leipziger Museum der bildenden Künste das Gemälde zum Kauf angeboten. 1980 ermöglichte die Karl und Emy Schmidt-Rottluff Stiftung die Übergabe des Werkes an das Brücke-Museum in Berlin.<sup>96</sup>

Die drei Werke, die sich heute wieder im Besitz des Museums der bildenden Künste befinden, wurden nach 1990 mit staatlicher Unterstützung erneut angekauft. Auf der ersten Auktion, die Sothebys Deutschland in Berlin veranstaltete, kam Karl Hofers »Tischgesellschaft« zur Versteigerung.<sup>97</sup> Erst einige Tage vor der Auktion konnte festgestellt werden, dass es sich bei dem Los Nummer 57 um jenes Werk des Künstlers handelte, das 1937 von der NS-Kommission in Leipzig beschlagnahmt worden war. Die Kulturstiftung der Länder, der Freistaat Sachsen und das Kunstantiquariat C. G. Boerner in Düsseldorf unterstützten die Rückkaufaktion finanziell. Der tatkräftigen Unterstützung des Freistaates Sachsen, des Bundesministeriums des Innern, der Kulturstiftung der Länder, der Stadt Leipzig und zahlreichen Sponsoren verdankte das Museum außerdem die Wiedererwerbung von Otto Muellers »Liebespaar« und Oskar Kokoschkas »Genfer Seelandschaft«.<sup>98</sup>

## Resümee

Die kunstfeindlichen nationalsozialistischen Maßnahmen führten nicht erst nach 1933 zu Zerstörung, Denunziation und einer beispiellosen Hetze gegenüber allen »nicht-ari-schen« Auffassungen in der deutschen Kunst- und Kulturlandschaft. Mit Entlassungen,

<sup>95</sup> Vgl. Mehnert, *Die entartete Aktion* (Anm. 9), S. 26.

<sup>96</sup> Vgl. ebd.; Magdalena M. Moeller (Hrsg.), *Brückemuseum Berlin. Malerei und Plastik, Sammlung der Karl und Emy Schmidt-Rottluff Stiftung – kommentiertes Verzeichnis der Bestände*, München 2011, S. 212–215.

<sup>97</sup> Vgl. Dieter Gleisberg, *Rückkehr nach 54 Jahren – Karl Hofers »Tischgesellschaft« wieder im Museum der bildenden Künste Leipzig*, in: Hartleb, Gleisberg, Karl Hofer (Anm. 9), S. 5 f.

<sup>98</sup> Vgl. Guratzsch, *Genesis* (Anm. 10), S. 18–20; Renate Hartleb (Red.), *Otto Mueller – Liebespaar (Patrimonia 104)*, Berlin 1996.



Karl Hofer, *Tischgesellschaft* (1923/1924)  
(Museum der bildenden Künste Leipzig)



Berufsverboten und verunglimpfenden Kampagnen trieben die Nationalsozialisten ihnen missliebige Schriftsteller, Gelehrte, Musiker, bildende Künstler sowie jene, die eine nationalsozialistische (Kultur-)Haltung nicht teilten, in die innere und äußere Emigration – oder sie fielen den »Säuberungsaktionen« zum Opfer.

Für die deutschen Museen bedeuteten die restriktiven Handlungen den Verlust eines Großteils ihrer Werke, die unter dem weitgefassten Begriff »Kunst der Moderne« subsumiert werden. Die Nationalsozialisten begannen, aus den Museumsbeständen Gemälde, Plastiken, Aquarelle, Zeichnungen und Graphiken auszusortieren, um sie zu zerstören, einzulagern oder später im Ausland gegen Devisen einzutauschen. Bei vielen der zwischen 1933 und 1945 entfernten Kunstwerken verlaufen sich die Spuren mit den Beschlagnahmungen vor Ort, die von verschiedenen Kommissionen genauso willkürlich durchgeführt wurden wie die Festlegung der Nationalsozialisten, was »entartet« und daher nicht mehr »ausstellungswürdig« sei.

Für das Museum der bildenden Künste Leipzig und seinen Bestand an Werken der Moderne wirkte sich die Aktion »Entartete Kunst« verheerend aus, auch wenn »nur« 394 der ca. 20 000 in deutschen Museen beschlagnahmten Kunstwerke – so die Angabe der Forschungsstelle »Entartete Kunst« an der Freien Universität Berlin – im hiesigen Museum ausgesondert wurden: Die Zurückhaltung der Museumsleitung in den 1920er-Jahren, expressionistische u. a. »moderne« Kunst anzukaufen, hatte – mit wenigen Ausnahmen während der Amtszeiten von Julius Vogel und Werner Teupser – zu einer dürftigen Dokumentation des zeitgenössischen Kunstschaffens geführt, wobei der Gemäldebestand des Museums von dieser Entwicklung am stärksten betroffen war. Trotz der Distanz gegenüber solchen Ankäufen, deren Ursachen nur vage in den finanziellen Mitteln, jedoch vielmehr in Richard Grauls Vorbehalt lagen, versuchte die Museumsleitung bis 1924 und dann nach 1930, die als schmerzlich empfundenen Lücken in der Sammlung der Gegenwartskunst teilweise zu schließen. Bis zur Rückforderung 1932

bot zudem die Leihgabe des Kunsthändlers Karl Lilienfeld dem Publikum die Möglichkeit, über den geringen Bestand des Museums hinaus einen Ausschnitt zeitgenössischer Werke zu sehen.

Dass die Rückgabe der »Sammlung Lilienfeld« in enger Verbindung mit den ersten nationalsozialistisch motivierten Bildbeschädigungen im Museum der bildenden Künste stand, kann zwar nicht mehr anhand der Quellenüberlieferung rekonstruiert werden, aber die von vielen als »Jugendstreiche« abgetanen Aktionen zeugten recht wohl von der bevorstehenden »Kunstbarbarei«. Bis zur Gründung des Leipziger Kulturamtes 1934 gelang es Werner Teupser, der sich nach anfänglicher Skepsis über die »neue« Kunstpolitik letztlich assimilierte, die Magazinierung »kritischer Werke« aufzuschieben. Bis zur Beschlagnahme von »entarteter Kunst« am 20. August 1937 hatte Teupser, beeinflusst von Kulturdezernent Friedrich Hauptmann, mit dem Verkauf von Liebermanns »Simson und Delila« bereits begonnen, die Museumssammlung umzugestalten. Die im August 1937 in Leipzig erschiene Kommission konfiszierte die wenigen, aber hervorragenden Kunstwerke von Otto Mueller, Max Beckmann, Oskar Kokoschka, Karl Hofer, Alexander Kanoldt u. a. Vertretern der Avantgarde und ordnete deren Abgabe nach Berlin an. Bis auf einige grafische Arbeiten und drei Gemälde, die sich heute wieder in Museumsbesitz befinden, verlor Leipzig den Großteil seiner »Sammlung der Moderne« unwiederbringlich.

## »Daß der ›Schwarze Peter‹ eine Ruine ist ...« Von der Dramatik der Rettung der Leipziger Peterskirche seit ihrer Bombardierung im Zweiten Weltkrieg 1943\*

*Jens Trombke*

### Vom Krieg in den Frieden – Die ersten Jahre

Wie viele andere Gebäude in Leipzig war auch die sogenannte Neue Peterskirche – man denke an die Bombenangriffe der Alliierten vom 4. Dezember 1943, vom 27. Februar 1945 und vom 6. April 1945 – während des Zweiten Weltkriegs schwer in Mitleidenenschaft gezogen worden. »Der Luftangriff vom 4. Dezember 1943 zerstörte das Hauptdach der Peterskirche, so dass der Petersgemeinde ihr großer Gottesdienstraum genommen wurde. Sie verlor daneben ihr Gemeindehaus in der Emilienstraße sowie neben Altargeräten auch ihre aktuellen Kirchenbücher, die nach dem Krieg nur sehr mühsam und lückenhaft rekonstruiert werden konnten. 1945 brannte auch die Taufkapelle aus, die bis dahin der Gottesdienstgemeinde noch als Zuflucht gedient hatte.«<sup>1</sup>

Infolge der Bombenschäden war das Kirchgebäude den Wetterelementen ausgeliefert und eben dadurch ließ nach und nach der poröse Stein einen erheblichen Substanzverlust erkennen. »Bereits im Dezember 1943 bat der Kirchenvorstand das Landeskirchenamt um Hilfe bei der Sicherung des Gewölbes, da Schnee und Regen in die Kirche eindringen. Zur gleichen Zeit bemühte sich der Kirchenvorstand um eine notdürftige Reparatur und Sicherung beschädigter Fenster und Türen.«<sup>2</sup> Ausführlich berichtete der Pfarramtsleiter, Oberkirchenrat Fröhlich, zugleich Superintendent von Leipzig-Land, dem Landeskirchenamt Sachsen in Dresden über das Kreiskirchenamt Leipzig am 17. Dezember 1943: »Wie ich bereits [...] berichtet habe, ist bei dem Terrorangriff auf Leipzig am 4. Dez. der ganze Dachstuhl der Peterskirche in Flammen aufgegangen. Gottlob hat das Gewölbe gehalten und hat nur ein einziges größeres Loch. Das Kirchenschiff ist also im allgemeinen erhalten. Gleichwohl droht ihm große Gefahr, weil jetzt die Feuchtigkeit von oben hereintropft und weil durch Schnee und Regen das Ge-

---

\* Der Beitrag bezieht sich in Teilen auf die unveröffentlichte Studie des Autors »Notizen zu den Bemühungen um die Erhaltung der Peterskirche Leipzig vom VI. Evangelischen Kirchentag bis zur Jahrhundertwende«, Leipzig 2009.

1 Johannes Toasperm, Zur Geschichte der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde St. Petri Leipzig, in: 125 Jahre Peterskirche Leipzig (Arbeitshefte des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen 15), hrsg. vom Landesamt für Denkmalpflege Sachsen in Zusammenarbeit mit der Vereinigung zur Förderung von Aufbau und Erhaltung des Peterskirchgebäudes e. V., Dresden 2010, S. 12–17, hier S. 14.

2 Gerhart Pasch, Gestalterisch-denkmalflegerische Aspekte bei der Wiederherstellung der Peterskirche, in: 125 Jahre Peterskirche (Anm. 1), S. 98–103, hier S. 98.

wölbe weich zu werden droht. Kommt dann noch Frost dazu, erhöht sich die Gefahr, dass alles gesprengt wird. Damit aber würde unheilbarer Schaden entstehen. Es scheint mir deshalb dringlich geboten, dass sofort irgendein Schutz angebracht wird.«<sup>3</sup> Drei Wochen später wiederholte Fröhlich seine Bitte um Unterstützung zur Sicherung des Gebäudes, indem er dem Kirchgemeindeverband Leipzig vorschlug, entweder das alte Dach zu erneuern, was allerdings eine erhebliche Menge Holz und Schiefer erfordern würde, oder aber als Ausweichvariante erst einmal die vorhandenen Rinnen mit Asche aufzufüllen und das Gewölbe anschließend mit einem schrägen Zementdach zu versehen und unter Umständen alles mit Teerpappe zu überziehen.<sup>4</sup>

Die Antwort des Kirchgemeindeverbandes allerdings war ernüchternd. Bei genereller Zustimmung zu den Notmaßnahmen wurde nur ein finanzieller Vorschuss zur Kostendeckung in Aussicht gestellt. Ansonsten sollten öffentliche Stellen angesprochen werden.<sup>5</sup> Daraufhin stellte Fröhlich am 14. Januar 1944 beim Amt für Kriegsschäden den Antrag, das Kirchenschiff mit einem Schutzdach zu überziehen. Am selben Tag setzte er sich mit Architekt Zweck aus Leipzig wegen der Anbringung eines provisorischen Daches und des Einsetzens neuer Türen in Verbindung. Zweck beantwortete das Schreiben abschlägig.<sup>6</sup>

Am 1. August 1944 schließlich fand eine umfassende Begehung der Kirche mit Vertretern des nunmehr zuständigen Amtes für Sofortmaßnahmen statt. »Man nahm folgende Massnahmen in Aussicht: das ganze Gewölbe von dem jetzt schadhafte Putz zu befreien, nach Möglichkeit auch die Fugen zwischen den Steinen auszubestrichen und alles mit einer Zementschicht zu versehen, die dann noch mit einem wasserabstoßenden Anstrich bestrichen werden soll. Im unteren Teil der Wölbung hofft man dann eine schiefe Ebene herstellen zu können, auf der das Wasser in die bestehenden Dachrinnen abgeleitet wird.«<sup>7</sup> Dringender Handlungsbedarf wurde also erkannt, obwohl die Kirchgemeinde bezüglich der Sicherung des Gotteshauses aus denkmalpflegerischer Sicht wegen seiner Erbauung 1882 bis 1885 als nicht unterstützungswürdig befunden worden war.<sup>8</sup>

Nach ergebnislosen Erhaltungs- und Sicherungsbemühungen seitens der Kirchgemeinde im Kontakt mit kirchlichen und öffentlichen Stellen musste Pfarrer Fröhlich

3 Pfarrarchiv St. Petri Leipzig (im Folgenden: PFA St. Petri), Nr. 511-7 »Wiederaufbau der Peterskirche 1943–1947«, Band 1, unfoliiert, Schreiben des Kirchenvorstands an das Landeskirchenamt vom 17.12.1943 (Abkürzung im Original).

4 Ebd., Schreiben des Kirchenvorstands an den Kirchgemeindeverband Leipzig vom 07.01.1944.

5 Ebd., Schreiben des Kirchgemeindeverbandes Leipzig vom 10.01.1944.

6 Ebd., Schreiben des Kirchenvorstands an das Amt für Kriegsschäden vom 14.01.1944; Schreiben des Kirchenvorstands an Architekt Carl William Zweck vom 14.01.1944; Schreiben von Architekt Carl William Zweck vom 16.01.1944.

7 Ebd., Niederschrift von Oberkirchenrat Fröhlich nach der Begehung vom 01.08.1944.

8 Ebd., Abschrift des Schreibens von Architekt Curt Funcke aus Dresden vom 07.02.1944.

im Oktober 1944 resigniert feststellen: »Seit dem Terrorangriff am 4. Dez. 43 habe ich mich unausgesetzt bemüht in irgend einer Form das Dach wieder herzustellen. Es ist im ganzen vergangenen Winter aller Schnee und Regen durch das Gewölbe gelaufen, sodass unten die Bänke vermodern und von dem fortwährend herabstürzenden Kalk zerfressen werden. Ausserdem besteht die Gefahr, dass im nächsten Winter, bei einigermaßen vorhandenem Frost das Gewölbe zusammenstürzt. Wir haben glücklich das Kirchenschiff gerettet und es ist mir ein unerträglicher Gedanke, dass das schöne Gotteshaus doch noch in Trümmer sinken soll.«<sup>9</sup>

Alle Bemühungen, Baumaterial und Arbeitskräfte – anfangs war sogar an den Einsatz von (Kriegs-)Gefangenen gedacht worden – zu beschaffen, waren erfolglos.<sup>10</sup>

Da der Erhalt des Kirchgebäudes keine Kriegswichtigkeit darstellte, wurde keine der geplanten Maßnahmen vorangetrieben. Allerdings wollte das Stadtplanungsamt zu gegebener Zeit bei Lockerung der angespannten allgemeinen Lage unter Umständen wenigstens Teilabdeckungen des Dachstuhls vornehmen lassen.<sup>11</sup>

Das Kirchgebäude nahm immer weiter Schaden, vor allem die Taufkapelle durch den Bombenangriff auf Leipzig vom 27. Februar 1945. Dazu kamen schließlich die Folgen des letzten Bombenangriffs vom 6. April 1945, wodurch die bis dahin einigermaßen intakten Fenster zu großen Teilen zerstört wurden.<sup>12</sup>

Sowohl nach Kriegsende Mitte April 1945 als auch nach dem Wechsel der Besatzungsmacht Anfang Juli 1945 wurden der Aktenlage zufolge keine Erhaltungs- und Sicherungsarbeiten an dem Kirchgebäude veranlasst, obwohl es Schreiben an die Superintendentur Leipzig-Stadt und an eine Glaserei mit der Bitte um Unterstützung gab.<sup>13</sup> Sicherlich war dies in erheblichem Maße der nur langsamen Normalisierung des öffentlichen Lebens, der Vorrangstellung der Wiederherstellung von Wohnraum, Fabriken und öffentlichen Gebäuden sowie der Materialknappheit und -zuteilung geschuldet. Erst für 1946 sind entsprechende Erhaltungsaktivitäten zu verzeichnen. So liefen Kosten für Instandsetzungsarbeiten in der Kirche und im Gemeindehaus, für die Instandsetzung der Buntglasfenster in den Kapellen 6 und 7, für Fensterpappe und für die Reparatur des Orgelmotors in Höhe von insgesamt 1 609,32 RM auf. Eingeplant waren weitere

9 Ebd., Schreiben von Oberkirchenrat Fröhlich an das Landeskirchenamt vom 09.10.1944 (Abkürzungen im Original).

10 Ebd.

11 Ebd., Schreiben des Stadtplanungsamtes Leipzig vom 07.10.1944.

12 Ebd., Niederschrift von Oberkirchenrat Fröhlich nach der Begehung vom 01.08.1944; Schreiben von Oberkirchenrat Fröhlich an das Landeskirchenamt vom 09.10.1944; Schreiben des Pfarramtes St. Petri an die Superintendentur Leipzig-Stadt vom 16.03.1945; Andreas Kimme, Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten von 1943 bis 1990, in: 125 Jahre Peterskirche (Anm. 1), S. 92–97, hier S. 92.

13 PfA St. Petri, Nr. 511-7 »Wiederaufbau der Peterskirche 1943–1947«, Band 1, unfoliiert, Schreiben des Pfarramtes St. Petri an die Superintendentur Leipzig-Stadt vom 16.03.1945; Schreiben von Oberkirchenrat Fröhlich an Glasmaler C. G. Müller, Zöbiger, bei Pfarrer Fritsche vom 21.06.1945; Schreiben des Kirchenvorstands an den Kirchgemeindeverband Leipzig vom 19.10.1945.

2000,00 RM für Instandsetzungsarbeiten im Pfarrhaus und wiederum in der Kirche, allerdings ohne die notwendige Kirchendacheindeckung.<sup>14</sup>

Die Gemeinde konnte für die geplante Instandsetzung der Kirche, des Pfarrhauses und des Gemeindehauses Baumeister Missbach aus Leipzig gewinnen, der auf Anfrage sich bereit erklärt hatte, die Gemeinde als Fachmann ehrenamtlich zu beraten und auch im Frühjahr 1946 entsprechende Ratschläge zur Sicherung des Kirchgebäudes erteilte, auf deren Basis der Materialbedarf ermittelt werden konnte. Der Kostenvoranschlag für die Instandsetzung der Dachkonstruktion belief sich schließlich auf 17 369,92 RM, unter anderem für etwa 104 m<sup>3</sup> Holz und etwa 388 kg Eisen.<sup>15</sup>

Auch hatte die Peterskirchgemeinde Ende März 1946 das Architektenbüro Edler und Dybwad aus Leipzig gebeten, einen durchführbaren Vorschlag zur Erhaltung des Kirchgebäudes zu erarbeiten. Das Architektenbüro unterbreitete schließlich am 3. Oktober 1946 einen Vorschlag zur Notsicherung, die aber trotzdem geschätzte Kosten in Höhe von etwa 30 000,00 RM verursachen würde.<sup>16</sup> Diese Summe konnte die Gemeinde nicht aufbringen, weshalb der Kirchgemeindeverband Leipzig um finanzielle Unterstützung gebeten wurde. Obwohl die Sicherungsmaßnahmen von dort als positiv eingeschätzt wurden, verwies man die Kirchgemeinde auf den Weg der Aufnahme eines Darlehens bei gleichzeitiger Kontaktierung der Stadt Leipzig zum Zweck einer kommunalen Beteiligung. Schließlich hätte das Rathaus mehrfach sein Interesse an einer Erneuerung der Kirche bekundet.<sup>17</sup>

Daraufhin wandte sich die Peterskirchgemeinde an den Rat der Stadt mit der Bitte um Unterstützung von vorerst 10 000,00 RM. Hinhaltend kam von dort zunächst die Forderung, wegen Materialknappheit und Materialzuteilung umgehend eine genaue Baustoffauflistung über einen Bauantrag beim Bauaufsichtsamt vorzulegen.<sup>18</sup>

»Da die Bemühungen um die Beschaffung des für den Dachstuhl notwendigen Bauholzes scheiterten, wurde im Gutachten des Leipziger Baudirektors a. D. Behrens vom 2.12.1946 vorgeschlagen, das Hauptgewölbe mit einem schützenden und stabilisierenden Zementestrich und die Seitenschiffe einschließlich der Gewölbezwickel mit einer flachen Notverdachung zu versehen. Diese Lösung [...] hat zwar sicher zur Rettung des Gewölbes beigetragen, aber auch zu bauphysikalischen Problemen geführt, auf die der

14 Ebd., Schreiben des Kirchenvorstands an den Kirchgemeindeverband Leipzig vom 22.02.1946.

15 Ebd., Schreiben des Kirchenvorstands an Baumeister Curt Missbach, Leipzig, vom 04.04.1946; Schreiben von Baumeister Curt Missbach vom 11.05.1946; Niederschrift von Kirchenvorstands-Mitglied A. F. nach der Begehung mit Baumeister Missbach vom 27.05.1946; Schreiben von Baumeister Otto Rommel, Inh. des Zimmer- und Baugeschäfts Richard & H. Jurisch – Holzhandlung – vom 01.07.1946. Schließlich war es aber der Gemeinde unmöglich, das Bauholz aufzubringen.

16 Ebd., Schreiben der Architekten Richard Edler und Erling Dybwad vom 03.10.1946.

17 Ebd., Schreiben des Kirchenvorstands an den Kirchgemeindeverband Leipzig vom 05.10.1946; Schreiben des Kirchgemeindeverbands Leipzig vom 14.10.1946.

18 Ebd., Schreiben des Pfarramtes St. Petri an den Rat der Stadt Leipzig vom 18.10.1946; Schreiben des Dezernates Bauwesen der Stadt Leipzig vom 31.10.1946.

kirchliche Baupfleger und Baumeister Felix Lamm bereits 1949 hingewiesen hat. Die Kondenswasserbildung im Gewölbe wirkt seitdem durchfeuchtend und damit schädigend [...]«<sup>19</sup>

Am 7. März 1947 erteilte das Bauaufsichtsamt die Baugenehmigung.<sup>20</sup> Aber »Firmen, welche die Ausführung zugesagt hatten, mussten wegen der sich immer weiter verschlechternden Materialsituation wieder absagen. Von April bis September 1948 wurde diese erste Sicherungsmaßnahme mit Mitteln des Hilfswerkes der Evangelischen Kirchen in Deutschland in Höhe von 30 000 RM unter der Bauleitung von Architekt Edler ausgeführt. Um den Abfluss des Regenwassers zu gewährleisten, wurden die Hohlräume zwischen den Gewölbekuppeln überwölbt sowie mit Betonestrich und Bitumenanstrich versehen. Durch Risse in dieser Betonschale kam es infolge der Durchnässung bald wieder zu Steinschlägen im Kirchenraum [...]«<sup>21</sup>

Trotzdem konnte Architekt Edler über die erfolgreichen Instandsetzungsarbeiten im August 1948 vermelden: »Die Schutzmaßnahmen zur Erhebung der Peterskirche sind bis auf kleinere Nebenarbeiten fertiggestellt. Die Arbeiten waren schwierig, gefährvoll aber auch besonders anstrengend, da das gesamte Material durch Handwinde hochgebracht werden musste. Die Benutzung eines elektrischen Aufzuges wurde wegen Strommangels nicht gestattet.«<sup>22</sup> Der Kirchenvorstand befasste sich am 19. September 1949 mit dem Abschluss der Bauarbeiten am Kirchendach.<sup>23</sup>

Den Chorraum konnte die Gemeinde für ihre Gottesdienste nutzen. Und so finanzierte sie die Erneuerung der fünf Chorraumfenster selbst mit 7 000,00 DM. Die Einbauarbeiten der Altarraumfenster waren am Reformationstag 1950 abgeschlossen. »Im Januar 1952 wurden vom Landeskirchenamt Sachsen nach einer Besichtigung 35 000 DM zur Sicherung der freistehenden Dachgiebel, Kuppeln und Eisenbinder bewilligt.«<sup>24</sup>

19 Pasch, Gestalterisch-denkmalflegerische Aspekte (Anm. 2), S. 98.

20 PfA St. Petri, Nr. 511-7 »Wiederaufbau der Peterskirche 1943–1947«, Band 1, unfoliiert, Genehmigungsschreiben des Bauaufsichtsamtes der Stadt Leipzig vom 07.03.1947.

21 Kimme, Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten (Anm. 12), S. 92. Die Mittel stammten aus dem Finanzplan Ost II; vgl. PfA St. Petri, Nr. 511-7 »Wiederaufbau der Peterskirche 1948–1954«, Band 2, unfoliiert, Schreiben des Bevollmächtigten für das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen in Deutschland im Landeskirchenamt Sachsen vom 08.03.1948.

22 PfA St. Petri, Nr. 511-7 »Wiederaufbau der Peterskirche 1948–1954«, Band 2, unfoliiert, Schreiben von Architekt Richard Edler vom 17.08.1948.

23 PfA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 20.11.1947–11.10.1953«, unfoliiert, Protokoll vom 19.09.1948.

24 Kimme, Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten (Anm. 12), S. 93 (Zitat dort). Die eingesetzten Chorraumfenster waren einfache Bleiglasfenster ohne Glasmalerei. Nur das Ostfenster über dem Altar enthielt ein violettes Kreuz. Später erhielten alle schadhaften Fenster lediglich Notverglasungen.

Ein Gutachten von Architekt Edler anlässlich einer Ortsbesichtigung am 31. Januar 1952 veranschlagte dann eine Gesamtsumme von 347 000,00 DM für die Arbeiten zur Erhaltung der Kirche.<sup>25</sup>

Im Februar 1953 erbat das Bezirkskirchenamt Leipzig auf Anforderung durch das Landeskirchenamt Sachsen von allen Kirchgemeinden – zunächst für statistische Zwecke – eine Aufstellung notwendiger und bereits ausgeführter Bau- und Instandsetzungsarbeiten seit 1945, wobei die Beseitigung von Kriegsschäden gesondert gekennzeichnet werden sollte. Die Erhebung diente dazu, einen Überblick über »vordringliche Bauvorhaben des kommenden Haushaltjahres und deren Förderung aus einer etwa zu erwartenden Bauverfügungssumme der Bezirkskirchenämter zu gewinnen. Grundsätzlich sollen nur vordringliche Vorhaben benannt werden, für die auch die erforderlichen Baustoffe voraussichtlich zu beschaffen sind. Die Auswahl der gemeldeten Vorhaben wird nach dem Grad der Dringlichkeit, dem Umfang der möglichen Eigenfinanzierung, dem vorhandenen Material und dem Umfang der zur Verfügung gestellten Baubeihilfemittel in gemeinsamer Beratung mit den Herren Superintendenten erfolgen«.<sup>26</sup>

Die Peterskirchgemeinde berichtete daraufhin, seit Juni 1945 würden Arbeiten an der Kirche, an der Kanzlei und am Gemeindesaal sowie seit 1946 am Gemeindehaus erfolgen. Seit 1947 jedoch zögen sich Instandsetzungsbemühungen an den Kuppeln und am Kirchendach hin; allerdings sei die Fensterverglasung weitgehend abgeschlossen. 1951 hätte man den Schornstein repariert und auch das Turmzifferblatt sei seit 1947 wieder intakt. Die für diese Vorhaben notwendigen Mittel hätte die Gemeinde bis März 1952 durch eigene Haushaltsmittel, durch Spenden, durch Beihilfen des Bezirkskirchenamtes, des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen, aber auch durch staatliche und kommunale Beihilfen (1947) aufgebracht. Für 1953/54 plane die Gemeinde die Beschaffung von Zement für eine Reparatur der Heizungsanlage und eines Vorraums. Außerdem wolle man zwei Sakristeien instand setzen. Dazu plane man Mittel in Höhe von 10 000,00 DM ein. Die Gemeinde wies darauf hin, dass die Finanzierung der Vorhaben noch keineswegs gesichert sei. Im Übrigen würde die Kirche seit dem Krieg nur noch über eine Glocke verfügen. Auch sei keine Orgel mehr vorhanden.<sup>27</sup>

---

25 PfA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 20.11.1947–11.10.1953«, unfoliiert, Protokoll vom 13.03.1952.

26 PfA St. Petri, Nr. 131 »Kirchenvorstand, Allgemeiner Schriftwechsel, 1938–1962«, unfoliiert, Schreiben des Bezirkskirchenamtes Leipzig vom 16.02.1953.

27 Ebd., Schreiben an den Kirchenamtsbezirk Leipzig Stadt vom 16.02.1953. Die erwähnte Glocke war die Betglocke.



## Der VI. Evangelische Kirchentag 1954 als Chance

In das Jahr 1954 fielen die Vorbereitungen auf den VI. Evangelischen Kirchentag, der in Leipzig stattfinden sollte. Gemeindeglieder der Peterskirchgemeinde hatten sich diesbezüglich bemerkenswerte Gedanken gemacht. So kam ein Gemeindeglied in einem Brief an den Kirchenvorstand zu dem Schluss, dass der Kirchentag der Gemeinde unter Umständen eine Gelegenheit für größere Reparaturen am Kirchgebäude bieten könne. Denn die drei großen Stadtkirchen würden nicht ausreichen, die Kirchentagsbesucher aufzunehmen. Also würde die große und zentral gelegene Peterskirche gebraucht werden. Natürlich könne man aus zeitlichen Gründen bis dahin die Kirche nicht vollständig überholen. Aber man könne das Kirchenschiff so sicher machen, dass keine Steine und kein Putz mehr abfielen. Man könne das Kircheninnere gründlich reinigen und sämtliche Fenster mit einfachem Glas versehen. So sollte der Kirchentag genutzt werden, Mittel für die weitergehende Erhaltung des Kirchgebäudes zu beschaffen.<sup>28</sup>

Zur Nutzbarmachung der Kirchenräume für den Kirchentag wandte sich dann der Kirchenvorstand an das Bezirkskirchenamt Leipzig und erbat eine großzügige Beihilfe von 20000,00 DM für unbedingt notwendige Bauarbeiten. Nur fünf Wochen vor Beginn des Kirchentags erhielt die Gemeinde die Mittel. Ob diese allerdings noch vollständig für die Vorhaben verwendet werden konnten, erscheint fraglich. Denn der Kirchenvorstand berichtete an die Kirchentags-Geschäftsstelle Leipzig, dass nur der Altarraum beleuchtet werden könne, der Rest des Gebäudes (einschließlich der Notbeleuchtung) abgeschaltet sei und eine Lautsprecheranlage seit dem Kriege auch nicht mehr vorhanden sei. Im Kirchenschiff seien jedoch drei Kronleuchter vorhanden, die man auf Sicherheit prüfen könne. Zum Schutz der noch zu reparierenden Fenster erbat man von der Geschäftsstelle die Überlassung von Maschendraht, da Kinder ständig Fenster einwerfen würden. Außerdem würde man gern die Pfeiler unter Verwendung von Kirchentagsmitteln abstrahlen lassen. Aus dem Bericht ging weiter hervor, dass in der Kirche insgesamt etwa 1800 Plätze zu Verfügung stehen würden, wenn die Geschäftsstelle 750 Stühle bereitstellen würde.<sup>29</sup>

Allerdings wurde die Geschäftsstelle auch davon unterrichtet: »Die Kirche mußte 1951 wegen des Herabfallens kleiner Stücke von Kapitell-Verzierungen baupolizeilich gesperrt werden; bis 1948 hatten die Gewölbezwickel alles Wasser in die Pfeiler geleitet; beim Austrocknen nach der Abdeckung sind einzelne Sandsteinteilchen mürbe gewor-

---

28 Ebd., Schreiben von Friedrich R. vom 30.12.1953.

29 PfA St. Petri, Nr. 155 »Kirchentag 1954, 07.–11.07.1954«, unfoliiert, Schreiben an die Kirchentags-Geschäftsstelle vom 31.03.1954; Schreiben an das Bezirkskirchenamt Leipzig vom 01.06.1954. Bisher waren mehr als 100000,00 DM über Landeskirche, Hilfswerk der Evangelischen Kirche Deutschlands und andere Spenden zur Erhaltung des Kirchgebäudes eingesetzt worden, wie Pfarrer Meigen mitteilte.

den und abgefallen; dieser Prozeß ist nach Ansicht des Architekten beendet. Aber aus Sicherheitsgründen müssen die Pfeiler abgestrahlt werde[n].«<sup>30</sup>

In der Zeit vom 7. bis 11. Juli 1954 fand der VI. Evangelische Kirchentag in Leipzig statt. Etwa 65 000 Christen nahmen an ihm teil; über das Wochenende wurden sogar rund 300 000 Gäste erwartet.<sup>31</sup> Und in der Peterskirche sollten tatsächlich einige Veranstaltungen stattfinden. Die baupolizeiliche Sperrung war demnach aufgehoben worden. Offenbar waren die Pfeiler abgestrahlt, die eisernen Dachbinder konserviert, freistehende Giebel verputzt, eine neue Beleuchtung installiert und die Gewölbe geprüft worden.<sup>32</sup> So war geplant, dass in der Kirche die Arbeitsgruppe VI zu den Themen »Das Friedensreich Christi« und »Wer baut die letzte Stadt?« tagen sollte. Ein Festgottesdienst zum Abschluss des Kirchentages und die Spendung des Hl. Abendmahls sollten ebenfalls in St. Petri – wie in den anderen Leipziger Kirchen auch – stattfinden.<sup>33</sup>

»In der Peterskirche sprach Professor D. Gloege, Jena, zu den Teilnehmern der Arbeitsgruppe VI. Seine Ausführungen [zum Thema »Das Friedensreich Christi« – J. T.] wurden in die Kongreßhalle und in die Michaeliskirche übertragen, wo ebenfalls Tausende von Kirchentagsteilnehmer den Ausführungen des Referenten lauschten. Professor Gloege führte aus, daß Gott ein Friedensreich verheißt, welches Jesus Christus in seinem Kern erfüllt hat. Er habe jedoch die Rahmenverheißung, die Verheißung des wiederkehrenden Paradieses, noch offengelassen, denn Jesus Christus hat uns zwar Gottes Gerechtigkeit gebracht, aber noch nicht das Glück der vollendeten Welt. Aufgabe der Kirche nun sei es, das Friedensreich Jesu Christi zu verkünden, das bedeutet, daß die Kirche sich selbst und der Öffentlichkeit aller Länder einen Spiegel vorhält.« Das Ziel der Erreichung eines irdischen Friedens, an dem die Christen der Welt aktiv national wie international mitwirken könnten, sei mehr als eine bloße Pause zwischen zwei Kriegen – es müsse das Resultat politischer wie sozialer Gerechtigkeit sein.<sup>34</sup> Das waren starke und aufrüttelnde Sätze im Kontext der deutschland- und europaweiten Diskussionen um Wiederbewaffnung, zu den Plänen der Schaffung einer Europa-Armee mit Abschluss des Pariser Vertragswerks zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, zu den Auswirkungen des Korea-Krieges und zur Blockgebundenheit der beiden deutschen Staaten.

Den Teilnehmern der Arbeitsgruppe VI bzw. den Besuchern des Festgottesdienstes bot sich in der Peterskirche nach einem Zeitungsbericht folgendes Bild: »Allenthalben noch tiefe Wundmale des Bombenhagels. Die Fenster nur zum Teil ausgebessert, die

30 Ebd., Schreiben an die Kirchentags-Geschäftsstelle vom 31.03.1954.

31 Leipziger Volkszeitung vom 08.07.1954.

32 Kimme, Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten (Anm. 12), S. 93.

33 Seid fröhlich in Hoffnung. Ein Buch der Erinnerung vom Leipziger Kirchentag, Berlin 1956; Die Union vom 11.07.1954. Rektor von Rhoden aus Ilsenburg hielt seinen Vortrag »Wer baut die letzte Stadt?« allerdings in der Heilandskirche. Zum Festgottesdienst am 11.07.1954 waren in der Peterskirche 1500 Christen versammelt.

34 Die Union vom 10.07.1954 (Zitat dort).

Decke gefahrdrohend rissig, schwere Schrammen an den schlanken Säulen, klaffende Spalten in den Wänden. Wissen es die aufmerksam Lauschenden, daß kein festeres, sicheres Dach sich über ihnen schließt? Ahnen sie etwas, daß es unter einem Notdach mehr Geborgenheit gibt als im splittersicheren Luftschutzraum? Der Redner auf der Kanzel vermag es, von allem Abschweifen fernzuhalten. Ihm ist es gegeben, mit eindringlicher Schlichtheit zu sprechen.«<sup>35</sup>

### Wiederweihe 1965

Hatten die Besucher des Kirchentags noch nicht viel mehr als ein Notdach gesehen, konnte die Gemeinde im August des Jahres 1954 infolge der Bewilligung von 110 000,00 DM durch das Landeskirchenamt Sachsen mit der Dacherneuerung beginnen. »Das benötigte Material wurde aus dem Kontingent des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Leipzig bereit gestellt, das die Regierung der DDR genehmigt hatte. Bereits am 5. November 1954 konnte Richtfest gefeiert werden. Das Hauptdach hatte eine einfache Pappdeckung. Wegen Beschaffungsschwierigkeiten konnten die Schiefereindeckung und der Einbau der Dachrosettenfenster erst im Herbst 1955 abgeschlossen werden. Die Dachdecker verwendeten mangelhaft verzinkte Eisennägel. Dadurch erfolgte eine rasche Zerstörung der neuen Schiefereindeckung.«<sup>36</sup> Trotzdem lud die Gemeinde stolz für den 5. November 1954 wegen des neu aufgesetzten, immerhin zweitgrößten Leipziger Kirchendaches zu einer Feier in den Altarraum ein.<sup>37</sup>

Noch bewirkten die fehlenden Dächer über den Anbauten und die großen Schutberge in den Ruinen eine starke Durchfeuchtung des Mauerwerks im südöstlichen Kirchenraum und in der Taufkapelle. Immerhin aber konnte die Gemeinde zwischen 1958 und 1960 einfach verglaste Kirchenfenster einbauen.<sup>38</sup> Trotzdem war die Zukunft der Kirche nach wie vor ungewiss.

Ein vom Kirchenvorstand in Auftrag gegebenes erneutes Gutachten lag im Frühjahr 1957 vor. Der Bausachverständige Doorentz kam darin zu dem Ergebnis, das Kirchenschiff wegen der Baustofflage erst einmal wie bisher zu nutzen. Begründet wurde diese Meinung durch die Tatsache, dass infolge Überbetonierung des Gewölbes eine ausreichende Tragfähigkeit erreicht sei. Da nach Aufbringen des Daches drei Jahre vergangen seien und die Teilaustrocknung obendrein auch etwa sechs Jahre betragen habe, könne

---

35 Die Union vom 11.07.1954. Der Bericht scheint journalistisch überhöht, denn baulich sicher war das Kirchgebäude und die zerstörten Fenster hatten zumindest teilweise eine Notverglasung erhalten.

36 Kimme, Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten (Anm. 12), S. 93. 1974 wurde infolge der fortschreitenden Zerstörung eine erneute Dacheindeckung nötig, nachdem bereits 1965 vor der Wiederweihe der Kirche Reparaturen am Hauptdach durchgeführt worden waren.

37 Leipziger Volkszeitung vom 04.11.1954.

38 Kimme, Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten (Anm. 12), S. 94.

man davon ausgehen, dass die Kuppeln sicher seien. Problematisch seien jedoch die ständigen Putzabbröckelungen im Inneren. Jedoch seien diese durch ständig erfolgende Reinigungsarbeiten im Grunde als relativ unbedenklich einzuschätzen. Um einem Zerfall zuvorzukommen, müssten jedoch schnellstmöglich Mittel beschafft werden, damit die Südostsakristei überdacht und instand gesetzt werden könne. Die dort bestehenden Nässeschäden seien verursacht durch außen anliegende Trümmer- und Schutthaufen, sodass zunächst ein Zugang freizulegen sei, um eine Austrocknung zu ermöglichen. Ebenfalls durch außen anliegenden Schutt sei der Altarraum-Innenputz an der Südseite feucht. Die Beseitigung auch dieser Feuchtigkeit könne problemlos durch Schuttberäumung erfolgen.<sup>39</sup>

Demzufolge war also der Kriegsschutt noch immer nicht beseitigt worden, was dem heutigen Betrachter befremdlich erscheinen muss. War die Gemeinde mit den Aufgaben zur (völligen) Wiederherstellung der Kirche überfordert? Bestanden Zweifel an der Machbarkeit oder gar an der Nutzung des Kirchgebäudes als Gotteshaus?

Schließlich hatte bereits im Juni 1951 Pfarrer Friedrich in einem Schreiben an das Landeskirchenamt die Frage aufgeworfen, ob wegen des erheblichen finanziellen Aufwands zur Erhaltung des Kirchgebäudes und der verhältnismäßig geringen Gemeindemittel nicht das Landeskirchenamt Mittel bereitstellen könne, die Peterskirche als gemeinsame Kirche beider christlichen Konfessionen nutzbar zu machen, um dann vom römisch-katholischen Bistum Meißen ebenfalls Finanzmittel für den Wiederaufbau des Gebäudes zu erhalten.<sup>40</sup>

Jedenfalls wurde wiederum ein Gutachten erstellt, dieses Mal von Kirchbaupfleger Felix Lamm, das am 14. März 1959 vorlag. Bemerkenswert in dieser Hinsicht ist die darauf folgende Ortsbesichtigung der Kirche, die unter anderem das Ziel hatte, konkrete Vorschläge für eine Instandsetzung des Innenraumes zur Einrichtung eines geeigneten gottesdienstlichen Raumes zu erarbeiten. Es stand die Frage an, ob man weiterhin Gelder für die Instandsetzung der Kirche aufbringen wollte oder wie man sonst mit dem Gebäude verfahren sollte. Schließlich machten die andauernden Witterungsschäden und der erhebliche Steinschlag, nunmehr vor allem vom Turm auf die Riemannstraße, und die daraus resultierende Gefährdungssituation der Gemeinde zu schaffen. »Die Zerstörung durch Wasserschäden, vor allem infolge der Bauschäden in den Sakristeien, macht sich bis in das Innere des Chorumganges bemerkbar. Der Sandstein bildet Salpeter und zerfällt zu Staub, so daß auf die Dauer mit einer Standfestigkeit des ganzen Raumes nicht mehr gerechnet werden kann, wenn die Wasserschäden nicht behoben werden.« Man

39 PFA St. Petri, Nr. 511-7 »Wiederaufbau der Kirche und Instandsetzungsarbeiten an kirchlichen Gebäuden 1955–1963«, unfoliiert, Gutachten von Baudirektor Doorentz über die Peterskirche vom 03.05.1957.

40 PFA St. Petri, Nr. 511-7 »Wiederaufbau der Peterskirche 1948–1954«, Band 2, unfoliiert, Schreiben an das Landeskirchenamt vom 30.06.1951.

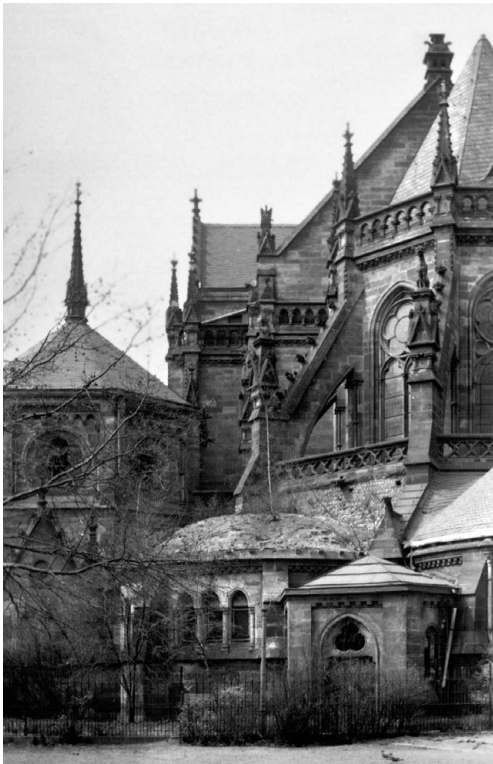
*Zerstörte Kanzleiräume, Aufnahme um 1960  
(Pfarrarchiv St. Petri)*



kam übereinstimmend zu dem Schluss, im Chorraum zunächst betroffene Sandsteinflächen freizulegen und schadhaften Putz abzuschlagen, weil so das Mauerwerk besser austrocknen könne. Als Beispiel dafür sah man dieselbe Vorgehensweise am Gemeindehaus seit 1952 an. Weiterhin erwog man, gegebenenfalls das Kircheninnere in einen gottesdienstlichen Raum, für den man zum Beispiel den Chorraum hätte nutzen können, und gegebenenfalls andere kirchliche Nutzräume zu unterteilen, weil die Ausmaße der Kirche für die Gemeinde zu groß seien. Angedacht war, wie ein Bezug zu einer Nachbesprechung mit dem Superintendenten von Leipzig-Stadt ausweist, den dadurch entstehenden »Gemeinderaum horizontal aufzugliedern und damit neben einem größeren Gemeindesaal im Gewölbegeschoß mehrere andere Nutzräume zu schaffen«.<sup>41</sup>

Zunächst wurde im Jahr 1960 das 75. Jubiläum der Weihe der neuen Peterskirche begangen. Ein anlässlich des Kirchenjubiläums Ende Dezember 1960 erscheinender Zei-

41 PfA St. Petri, Nr. 131-3 »Kirchenvorstands-Bauausschüsse«, Band 6, unfoliert, Protokoll vom 23.04.1959 zur Ortsbesichtigung vom 20.04.1959 (Zitate dort).



*Beschädigter Kapellenkranz, Aufnahme um 1960  
(Pfarrarchiv St. Petri)*

tungsbeitrag verwies darauf, wie die Kriegszerstörungen und die unbrauchbare Orgel der Gemeinde zu schaffen machten. Weil die Heizungsanlage noch nicht wiederhergestellt sei, könne sie lediglich in den Sommermonaten die Kirche für Gottesdienste nutzen.<sup>42</sup> Allerdings fanden die Jubiläumsfeierlichkeiten schon im Juni 1960 ihren öffentlichen Höhepunkt, als in der Sakristei die Ausstellung »75 Jahre neue Peterskirche« eröffnet wurde. Die »mit viel Liebe und Sachkenntnis zusammengestellte Ausstellung erzählt auch von den Wunden, die der Peterskirche durch den Krieg geschlagen wurden. Viele von ihnen sind heute noch zu erkennen. Durch die tatkräftige Hilfe der Gemeinde konnte das Kirchenschiff nach der Zerstörung des Daches jedoch bald wieder regendicht gemacht und für den gottesdienstlichen Gebrauch freigegeben werden. Auch die herrlichen Glocken raubte der Krieg. Da sie zu groß waren, um sie durchs Schalloch abzutransportieren, wurden sie im Turm zerschlagen. Die grässlichen Schreie, die sie dabei ausstießen, gellen den in der Nähe Wohnenden heute noch als Mahnung in den Ohren«.<sup>43</sup>

<sup>42</sup> Die Union vom 30.12.1960.

<sup>43</sup> Die Union vom 30.06.1960. Bekanntlich war nur die Betglocke der Gemeinde geblieben.

Im April 1960 bereits hatte Architekt Steudtner aus Dresden dem Vorstand der Peterskirchgemeinde im Verfolg der zu planenden Baumaßnahme zur Erhaltung des Kirchengebäudes schriftlich über den zwischenzeitlichen baulichen Zustand und über die Ausbau- sowie Verwendungsmöglichkeiten der Kirche berichtet. Steudtner schätzte zwar den Gesamtkomplex als in baulicher Hinsicht gesichert ein. Vor allem seien die Fenster wieder verglast und das Dach wieder eingedeckt. Nach wie vor aber lägen die Anbauten um die Sakristei und die Beichtstube in Trümmern.

»Von dieser Seite dringt starke Feuchtigkeit von den anliegenden Dächern und den Ruinen in den Chorraum. Die Zentralheizung ist unbrauchbar, desgleichen ist die Orgel vollständig ausser Gebrauch gesetzt. Die Ausleuchtung des Kirchenraumes ist gleichfalls nicht mehr benutzbar. Putzschäden an den Wänden und Gewölben sind an allen Stellen vorhanden. Das Gestühl ist noch brauchbar. Trotzdem kann aber die Kirche in ihrem jetzigen Zustand für kirchliche Handlungen nicht benutzt werden. [...] Der Glockenturm ist bis zur Spitze in Sandstein errichtet. [...] Durch die Bombenangriffe ist mit Sicherheit anzunehmen, dass sich die Steine weiter gelockert haben und in Auflösung begriffen sind.« Da bis zur umfassenden Sicherung des Bauwerks und seiner Rekonstruktion die Finanzierungsfragen zu klären und die Genehmigungsverfahren abzuschließen seien, kommt der Bericht lapidar zu der Empfehlung, vorerst zur Absicherung etwaiger Unfälle durch herabstürzende Bauteile eine Unfallversicherung abzuschließen, über die Ruinenteile Schutzdächer zu bauen, den Schutt wegzuräumen (!) und überhaupt dafür Sorge zu tragen, dass eindringende Feuchtigkeit keine weiteren Schäden anrichten kann. Ohne extremen Eingriff in die architektonische Gestaltung des Kirchenraumes könnten eine Wand und eine Decke mit Oberlicht in das Kirchenschiff eingefügt werden, um bei gleichzeitiger Veränderung der Position des Altars so eine Art »Kleinkirche« mit Zugangsmöglichkeit in den großen Kirchenraum von der Turmseite her zu errichten. Dabei könne auch die Heizung neu erbaut werden. Außerdem schlug der Architekt den Einbau eines Gemeindesaals im Kirchenschiff vor. Dieser Saal könne dann von der Gemeinde sogar vermietet werden. Denn bisher sei es stets so gewesen, dass die Gemeinde für die Unterhaltungs- und Reparaturkosten hätte aufkommen müssen, selbst jedoch keinen (finanziellen) Nutzen daraus hätte ziehen können.<sup>44</sup>

Diese Planung, die stark an die erwähnten Vorschläge anlässlich der Ortsbesichtigung vom März 1959 erinnert, wurde seitens der Verantwortlichen begrüßt, aber vorerst zurückgestellt.<sup>45</sup> Vielmehr fasste 1961 der Kirchenvorstand einen folgenschweren Beschluss, dessen Auswirkungen noch heute sichtbar sind: »Die Kreuzgänge nördlich, südlich und westlich des Kirchenschiffes, der Emporenbrüstungen, sowie der dazugehöri-

44 PFA St. Petri, Nr. 110 »Chronikalische Sammlung«, unfoliiert, Bericht von Architekt Steudtner über den baulichen Zustand und über die Ausbau- und Verwendungsmöglichkeiten der Peterskirche zu Leipzig vom 14.04.1960 (Zitat dort).

45 Pasch, Gestalterisch-denkmalpflegerische Aspekte (Anm. 2), S. 99.

gen Säulen in sonstigen Architekturen sollen durch Sandstrahlgebläse abgestrahlt u. die Sandsteinglieder durch Bildhauerarbeiten nachgearbeitet, zum Teil neu ergänzt werden. Es ist dazu notwendig, die alten Heiz- u. Lichtenanlagen zum Teil zu entfernen, mehrere Bankreihen abzunehmen u. wieder zu montieren. [...] Die Arbeiten werden einschl. Gerüst, Sicherungsarbeiten, Reinigungsarbeiten u. Schutträumung auf ca. 40 000,-- [DM] geschätzt. Das BKA [Bezirkskirchenamt – J. T.] ist mit der Inangriffnahme dieser geplanten Arbeiten einverstanden, das LKA [Landeskirchenamt – J. T.] wird noch informiert werden. [...] Der Kirchenvorstand gibt zur Durchführung des Sandstrahlgebläse-Objektes einstimmig seine Genehmigung.«<sup>46</sup> Ein mit Baufragen befasstes Kirchenvorstandsmitglied sollte um Bewilligung weiterer Beihilfegelder beim Landeskirchenamt nachsuchen. Die Arbeiten sollten dann 1962 beginnen. Dabei stellte sich jedoch heraus, dass allein das Gerüst Kosten von 41 500,00 DM verursachen würde und außerdem bis Anfang 1963 für etwa 20 000,00 DM das Kirchgebäude von Gleich- auf Wechselstrom umgestellt werden musste.<sup>47</sup>

»In drei Abschnitten wurde unter der Leitung von Baumeister Felix Lamm der Kirchenraum vom Altarraum beginnend eingerüstet. Gewölbe, Rippen, Säulen und Kapitelle wurden mit einem Sandstrahlgebläse abgestrahlt. Der Putz wurde teilweise erneuert, getüncht und zweimal geweißt. Sandsteinarchitekturen wurden zum Teil erneuert oder ausgebessert.«<sup>48</sup> Die Wiederherstellung des Kirchenraumes wurde gleichsam als Modernisierung empfunden; denkmalpflegerische Gesichtspunkte wurden daher zeitgemäß nicht berücksichtigt. Die Innenraumrenovierung der Kirche wurde vom Landeskirchenamt Sachsen durch eine Zuweisung von 80 000,00 DM ermöglicht.<sup>49</sup>

In einer Art Architekten- oder Baumeisterbericht an den Kirchenvorstand berichtete Lamm im August 1962 über den »1. Bauabschnitt 1960/62«. Dem Bericht vorangestellt war die Mitteilung, dass durch jahrelangen Nässeinfluss infolge fehlender Bedachung das Innere der Kirche gelitten habe, und zwar sowohl bezüglich der Verputzung als auch, was schwerwiegender war, der gesamten Sandsteinarchitektur. Dann erst bezieht sich der Bericht auf den Kirchenvorstandsbeschluss, vor allem den Altarraum durch Austrocknung, Abstrahlen der Wand- und Gewölbeflächen sowie Weißkalken der Flächen wieder so instand zu setzen, dass er für Gottesdienste nutzbar gemacht werden konnte. Ausdrücklich wurde festgestellt, dass im Kirchenschiff die Ölbemalung auf dem Sandstein durch Luftundurchlässigkeit diesem geschadet habe und deshalb der Sandstein abgestrahlt werden musste, damit der Stein wieder freiliegen konnte. Bei den groben

46 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 17.11.1958–15.12.1965«, Protokoll vom 25.09.1961, Bl. 75 (Abkürzungen im Original).

47 Ebd., Protokoll vom 10.10.1962, Bl. 107. Die Stromumstellung allerdings war auch im Herbst 1966 noch nicht realisiert worden; vgl. PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 14.01.1966–10.12.1975«, Protokoll vom 22.09.1966, Bl. 13.

48 Kimme, Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten (Anm. 12), S. 94.

49 Ebd., S. 94.



Sandsteinflächen wäre dies kein Problem, aber die feinen Bildhauerarbeiten müssten in Handarbeit nachgearbeitet werden. Und hier würden mehrere Handwerker, also vor allem Steinmetze und Bildhauer, jahrelang in der Kirche arbeiten müssen, was bei der Finanz- und Arbeitskräftesituation unmöglich sei. Lamm wollte versuchen, wegen der Innenraum-Bemalung Kontakt mit dem Kunstmaler und Bildhauer Alfred Brumme in Leipzig (der hatte 1937 das Kriegererehnenmal für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges am Triangelportal geschaffen) aufzunehmen, um Gestaltungsmöglichkeiten zu eruieren. Lamm plante, in den Wintermonaten die Arbeiten im Kirchenschiff fortzuführen, um die Saalkonstruktion der weit gespannten Gewölbe und die Sandsteinarchitektur so weit zu sanieren, dass sie wieder in ihrer ursprünglichen Natürlichkeit erstrahlen konnten.<sup>50</sup>

Zum Pfingstfest Anfang Juni 1965 war die Peterskirche so weit hergerichtet, dass eine feierliche Wiederweihe stattfinden konnte: »Es ist keine Frage, daß heute unser aller Dank zuerst GOTT gebührt dafür, daß er dieses Werk der Renovierung dieser großen Kirche gegen alle Widerstände und Schwierigkeiten der Zeit so gnädig hat gelingen lassen. Er hat alle, die dabei mit Hand angelegt haben, freundlich vor Unfall und Gefahr bewahrt. [...] Die Landeskirche hat den Großteil der finanziellen Mittel, die nötig waren, in den zurückliegenden Jahren immer wieder zur Verfügung gestellt. Das heißt aber, daß viele Brüder und Schwestern, die wir von Angesicht zu Angesicht gar nicht kennen, mitbeteiligt sind an diesem Bau.«<sup>51</sup>

Die Freude währte allerdings nicht sehr lange. Für den 2. Oktober 1968 wurde Pfarrer Seumel ins Landeskirchenamt eingeladen, um über das Schicksal der Peterskirche zu sprechen. Man kam zu dem Schluss, die Kirche zu erhalten. Verschiedene Nutzungsvarianten sollten besprochen werden.<sup>52</sup>

### Intermezzo zu den Versuchen der Anschaffung einer Orgel

Der bereits erwähnte Zeitungsartikel anlässlich des Kirchenjubiläums Ende Dezember 1960 hatte angedeutet, dass die große Sauer-Orgel der neuen Peterskirche nach dem Bombardement vom 3./4. Dezember 1943 lange Zeit ungeschützt den Wetterelementen ausgesetzt und dadurch der Zerstörung preisgegeben war.<sup>53</sup> Und dies war in der Tat auch vom künstlerisch-technischen Standpunkt aus gesehen ein großer Verlust. »Das

50 PFA St. Petri, Nr. 511-7 »Wiederaufbau der Kirche und Instandsetzungsarbeiten an kirchlichen Gebäuden 1955–1963«, unfoliiert, Schreiben von Baumeister Felix Lamm vom 10.08.1962.

51 PFA St. Petri, Nr. 131 »Kirchenvorstand, Allgemeiner Schriftwechsel, 1964–1978«, unfoliiert, Abkündigung am Pfingstsonntag, den 6. Juni 1965, zur Wiederweihe der Peterskirche (Hervorhebung im Original).

52 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 14.01.1966–10.12.1975«, Protokoll vom 19.06.1968, Bl. 47; Protokoll vom 29.10.1968, Bl. 51.

53 Die Union vom 30.12.1960.

Werk der 1886 durch die Firma Sauer errichteten repräsentativen Orgel wurde zu großen Teilen von Unbekannten ausgebaut. Es muss ein außerordentliches Instrument gewesen sein, da es der Firma in der Folgezeit zwei weitere Aufträge, in der Leipziger Heilandskirche und in der Thomaskirche, einbrachte.«<sup>54</sup> Der damalige Organist Karl Stiller berichtete schon Anfang 1886 in der Zeitschrift für Instrumentalbau ausführlich über diese Orgel. Seinen Worten zufolge war die Sauer-Orgel ein Meisterstück ersten Ranges, und zwar in jeder Hinsicht: Klang, Intonation, Material, Wirkung, Anwendung einiger orgelbaulicher Neuerungen, Kosten.<sup>55</sup>

Als Pfarrer Seumel auf der Kirchenvorstandssitzung vom 22. Januar 1960 erleichtert verkündete, dass das Landeskirchenamt am Erhalt des Peterskirchgebäudes interessiert sei, die Kirchgemeinde im Umgang mit der im französischen Kathedralstil errichteten Kirche also nicht allein stehen würde, beschloss der Vorstand erstaunlicherweise, dass vor einer Kirchenrenovierung unbedingt eine neue Orgel angeschafft werden müsse.<sup>56</sup> Die Orgelbaufirma Eule aus Bautzen hatte schon im März 1959 die Reste der ehemals 60 Register umfassenden Sauer-Orgel und das Kirchenschiff besichtigt und war zu dem Schluss gekommen, dass die Orgel nicht reparabel sei. Die Firma wollte das Pfeifenmaterial gegen Bezahlung übernehmen. Stattdessen sollte eine Kleinorgel durch die Firma gebaut werden, deren Kosten sich dann auf 10 000,00 bis 12 000,00 DM belaufen sollten.<sup>57</sup>

Im Jahre 1962 schrieb man Orgelbaufirmen unter anderem in Bautzen, Dresden, Rochlitz, Zittau und Potsdam an, um Preise und Lieferzeiten zu erfahren. Dabei stellte sich heraus, dass die Preise pro Register bei allen Firmen um die 2 000,00 bis 2 300,00 DM lagen. Die Lieferzeit hingegen schwankte beträchtlich von zweieinhalb bis vier Jahren. Das Gutachten eines Dresdner Kantors kam zu dem Schluss, dass bei der Größe der Kirche die Orgel nicht weniger als 40 Register haben sollte. Man musste also mit Kosten von über 100 000,00 DM für die neue Orgel rechnen!<sup>58</sup> Diese Summe war zum damaligen Zeitpunkt nicht aufzubringen und deshalb »wartet das leere Gehäuse mit dem Spieltisch seitdem auf ein neues Pfeifenwerk im Sinne einer Rekonstruktion oder einer moderneren Disposition«. <sup>59</sup> Der Gemeindekantor war 1962 sogar nach Mühlhausen und Gotha gefahren, um in dortigen Kirchen sogenannte Schulze-Orgeln zu besichtigen und zu spielen. Zwischenzeitlich hatten sich auch zwei der befragten Or-

54 Stephanie von Aretin, Thomas Klemm, Nikolaus Müller, Leipzig und seine Kirchen, Leipzig 2006, S. 45.

55 Winfried Schrammek, Die Orgeln in der Peterskirche, in: Die Peterskirche in Leipzig, hrsg. vom Kirchenvorstand der Peterskirche Leipzig, Leipzig 2007, S. 20–22, hier S. 21.

56 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 17.11.1958–15.12.1965«, Protokoll vom 22.01.1960, Bl. 27.

57 Ebd., Protokoll vom 13.03.1959, Bl. 10; Protokoll vom 15.06.1961, Bl. 68.

58 Ebd., Protokoll vom 01.03.1962, Bl. 90f.

59 Schrammek, Die Orgeln (Anm. 55), S. 21.

gelbaufirmen, unter ihnen erneut die Firma Eule, dem Gutachten des Dresdner Kantors angeschlossen. Sie empfahlen weiterhin, beim Bau der Orgel einen Architekten zu Rate zu ziehen.<sup>60</sup>

Bis zum Herbst 1966 waren die Diskussionen und die Bemühungen um die Anschaffung einer Orgel nicht beendet. Die Vorstellungen gingen nun dahin, eine kleinere Orgel für 40 000,00 MDN oder für bis 30 000,00 MDN eine Markkleeberger Orgel anzuschaffen, wobei der Zwickauer Domorganist beratend zur Seite stehen sollte. Dieses Vorhaben war jedoch nicht realisierbar.<sup>61</sup> So orientierte der Vorstand im Jahre 1967 auf die Anschaffung einer Ladegast-Orgel von der Kirchgemeinde Polditz (bei Leisnig). Allerdings entschied die dortige Gemeinde, die Orgel nicht abzugeben, weshalb auch dieses Vorhaben fehlschlug.<sup>62</sup>

Trotz allem hatte die Peterskirchgemeinde bereits seit einigen Jahren einen Orgelfonds über immerhin 20 000,00 MDN eingerichtet.<sup>63</sup>

Für 1969 war geplant, dass die Firma Eule aus Bautzen mit der Aufstellung einer kleinen Orgel, über deren genauen Standort man allerdings noch nicht entschieden hatte, beginnen sollte.<sup>64</sup> Aber auch dazu sollte es in den nächsten Jahren nicht kommen.<sup>65</sup>

Schließlich konnte die Peterskirchgemeinde Leipzig die im Jahre 1968 aus der gesprengten Universitätskirche St. Pauli gerettete kleine Jahn-Orgel mit acht Registern von der Firma Eule erwerben, die die Orgel auch restauriert hatte, und ab 1973 im Gemeindesaal für ihre Gottesdienste nutzen. Diese Orgel verkaufte die Peterskirchgemeinde dann 1994 an den Förderverein der Universität Leipzig, der sie ihr im gleichen Jahr aber über einen Dauerleihvertrag zur Nutzung überließ. Zwischenzeitlich war diese Orgel von der Firma Bochmann aus Kohren-Salis nochmals restauriert worden.<sup>66</sup>

Die Firma Bochmann stellte der Kirchgemeinde im Übrigen auch eine neue Kleinorgel mit vier Registern für ihre rekonstruierte Taufkapelle zur Verfügung.<sup>67</sup>

60 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 17.11.1958–15.12.1965«, Protokoll vom 10.10.1962, Bl. 107.

61 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 14.01.1966–10.12.1975«, Protokoll vom 14.11.1966, Bl. 15 f.

62 Ebd., Protokoll vom 05.04.1967, Bl. 21v; Protokoll vom 20.09.1967, Bl. 25.

63 Ebd., Protokoll vom 05.04.1967, Bl. 21v; Protokoll vom 01.06.1967, Bl. 24v; Protokoll vom 20.09.1967, Bl. 25. Schon 1962 standen für die Anschaffung einer neuen Orgel 20 000,00 DM zur Verfügung; vgl. PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 17.11.1958–15.12.1965«, Protokoll vom 24.05.1962, Bl. 99.

64 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 14.01.1966–10.12.1975«, Protokoll vom 20.02.1969, Bl. 59v.

65 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 05.01.1976–20.04.1983«, unfoliiert, Protokoll vom 28.04.1976. Die Firma Eule sagte wegen Arbeitsüberlastung ab.

66 Schrammek, Die Orgeln (Anm. 55), S. 22; Hinweis von Verwaltungsmitarbeiter Andreas Kimme vom 16.07.2009 an den Autor. Etwa zwei Jahrzehnte lang erklang die Jahn-Orgel im Gemeindesaal der Peterskirchgemeinde. 1995 wurde sie im Kirchenschiff aufgestellt.

67 Der Sonntag vom 17.02.2005.

Allerdings war damit die Beschaffung einer repräsentativen großen Orgel noch nicht vom Tisch. Der Gemeindegantor informierte im Oktober 1978 beispielsweise den Kirchenvorstand von einer nicht genutzten Orgel in Dessau, um die man sich bemühen könnte. Dem Vorstand erschien die zu erwartende Investition von etwa 15 000,00 Mark der DDR aber nicht vertretbar.<sup>68</sup>

Die Jahn-Orgel nutzt die Peterskirchgemeinde noch heute. Denn inzwischen hat man entschieden, erst auch den Innenraum der Kirche zu restaurieren, ehe der Einbau einer neuen großen Orgel erfolgen soll. So gründete sich 1995 ein Orgelförderkreis, wurden Expertenmeinungen eingeholt, wurde die wöchentliche Andachtsreihe »Orgel-Punkt-Zwölf« ins Leben gerufen, wurden Konzerte im leeren Inneren der Sauer-Orgel und Benefizkonzerte zu Gunsten einer neuen großen Orgel veranstaltet. Alles mit dem nunmehr ausgegebenen Ziel, »ein französisch-symphonisches Instrument, streng angelehnt an die Instrumente des bedeutendsten Orgelbauers des 19. Jahrhunderts«, Aristide Cavallé-Coll, mit 60 Registern zu entwickeln und anzuschaffen.<sup>69</sup>

### Exkurs zu drei Nutzungsinitiativen für die Erhaltung der Kirche

Obwohl, wie beschrieben, verschiedentlich Ideen über eine Nutzung der Kirche diskutiert und auch durch Baugutachten ins Gespräch gebracht worden waren: Eine umfassende Planung für den Wiederaufbau der Kirche und eine Nutzungskonzeption für den Kirchen-Innenraum gab es im Grunde auch ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende für die Peterskirche nicht. Im Jahre 1971 machte die Kirche im Inneren wohl einen einigermaßen guten Eindruck. »Anders war es, wenn man vom Turm auf das Kirchendach schaute: Fast alle Dachschiefer lagen in den großen Kehlen. Die Dachschalung – offensichtlich schon länger dem Wetter ausgesetzt – begann schon morsch zu werden. [...] So war Ende der sechziger Jahre bei einem Sturm das Dach abgedeckt worden. Bald zeigten sich auch im Inneren der Kirche die ersten Spuren des langsamen Verfalls.«<sup>70</sup> Allgemeine Ratlosigkeit machte sich breit und wieder stand die Frage nach der Zukunft des Gebäudes im Raum: Erhalt oder Aufgabe – Abriss, vielleicht Sprengung? Konnte

68 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 05.01.1976–20.04.1983«, unfoliiert, Protokoll vom 19.10.1978.

69 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 25.01.2000–25.11.2002«, Protokoll vom 25.01.2000, Bl. 4; Peterskirche Leipzig, hrsg. vom Verein zur Förderung von Aufbau und Erhalt des Peterskirchgebäudes e. V., Leipzig 2002, Folienteil »Orgel«, S. 2–4, hier S. 2, 4 (Zitat S. 3).

70 Christian Schreier, Meine Dienstzeit an der Peterskirche zu Leipzig 1971 bis 1980, in: 125 Jahre Neue Peterskirche. Geschichte in Geschichten, hrsg. vom Kirchenvorstand der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde St. Petri, Leipzig 2010, S. 87–106, hier S. 93.

die sächsische Landeskirche die Kirchengemeinde von der Last der Verantwortung befreien? Stand möglicherweise etwa ein Verkauf zur Disposition?<sup>71</sup>

»Da der Kirchenraum für die immer kleiner werdende Kirchengemeinde nunmehr viel zu groß war, wurden verschiedene Ideen verfolgt, um gemeinsam mit anderen potenten Partnern die Kirche zu nutzen und die Kosten für den Wiederaufbau sowie die Erhaltung und den laufenden Betrieb zu sichern.«<sup>72</sup> Insgesamt drei Nutzungsvarianten zeichneten sich ab.

Nach Sprengung der evangelischen Universitätskirche St. Pauli 1968 suchte die römisch-katholische Propsteigemeinde Leipzig, die infolge der Zerstörung und des Abbruchs ihrer eigenen Kirche im und nach dem Zweiten Weltkrieg dort Asyl gefunden hatte, nach Räumlichkeiten zur Abhaltung ihrer Gottesdienste. Als im Oktober 1968 eine Abordnung der Peterskirchengemeinde zu Gesprächen über die Zukunft der Kirche im Landeskirchenamt Dresden weilte, wurde sie auch darüber informiert, dass die Propsteigemeinde bereit war, die Petrus geweihte Kirche zu pachten.<sup>73</sup> Nun musste über die längerfristige Mitnutzung des Gotteshauses durch Angehörige der katholischen Konfession beraten werden, was geraume Zeit in Anspruch nahm. Der Kirchenvorstand verständigte sich schließlich in seiner Sitzung vom 18. Dezember 1969 sehr konkret darüber, wie sich eine Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Gemeinde zur Nutzung des Kirchgebäudes ausgestalten ließe. Zur Debatte standen dabei zwei von einer gemeinsamen Besprechung vom 9. Dezember des Jahres herrührende Vorschläge: Erstens könnte ein Nießbrauchsvertrag abgeschlossen werden, wobei zwar die Peterskirchengemeinde weiterhin der Eigentümer wäre, aber die katholische Gemeinde das Kirchgebäude in Besitz nehmen und es mit allen Rechten verwalten und nutzen würde. Zweitens könnte ein Mietvertrag zwischen beiden Gemeinden abgeschlossen werden, wobei die Peterskirchengemeinde sich an den Baukosten zur Erhaltung des Kirchgebäudes beteiligen würde, im Gegenzug dafür das Recht auf einen Sonntagsgottesdienst in der Zeit von 08.30 bis 09.30 Uhr erhalten könnte. Verständlicherweise gab es gegen beide Vorstellungen erhebliche Einwände. Aber der entscheidende Punkt, nämlich die Frage der Kosten für eine umfassende Sicherung und Sanierung der Kirche, konnte noch immer nicht befriedigend geklärt werden, zumal das Landeskirchenamt signalisiert hatte, in absehbarer Zeit keine nennenswerte finanzielle Unterstützung gewähren zu können.<sup>74</sup> Schließlich wurde 1970 ein rechtskräftiger Nießbrauchsvertrag unterzeich-

<sup>71</sup> Ebd., S. 94.

<sup>72</sup> Kimme, Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten (Anm. 12), S. 92. So wurde auch der Einbau eines kleineren Gottesdienstraumes in den großen Kircheninnenraum diskutiert.

<sup>73</sup> PfA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 14.01.1966–10.12.1975«, Protokoll vom 29.10.1968, Bl. 51. Die Propsteigemeinde wollte sich die Option des Neubaus einer eigenen Kirche offen halten. Das Landeskirchenamt selbst stand auf dem Standpunkt, das Kirchengebäude nach Möglichkeit zu erhalten und nicht ohne Not zu verkaufen.

<sup>74</sup> Ebd., Protokoll vom 18.12.1969, Bl. 79.

net. Der Nießbrauch wurde im Grundbuch eingetragen und sollte einen Zeitraum vom 1. Januar 1971 bis 31. Dezember 2020 umfassen.<sup>75</sup> Doch schon im Januar 1971 erreichte den Kirchenvorstand ein Schreiben des Propstes der katholischen Gemeinde, in dem dieser den Nießbrauchsvertrag rundweg ablehnte. Als Grund wurde angegeben, dass die Stadt die notwendige Reparaturgenehmigung für das Kirchgebäude nicht erteilen würde. Es war nämlich vereinbart worden, dass die katholische Gemeinde bei der Stadt einen Antrag auf Ausbau der Peterskirche stellt. Und auch der vom Propst gestellte Antrag auf einen Fernheizungsanschluss für die Kirche war von der Stadt abgelehnt worden.<sup>76</sup>

Enttäuscht musste die Peterskirchgemeinde Anfang 1972 nach offenbar einigen weiteren Verhandlungsbemühungen feststellen, dass auf die Erfüllung des Nießbrauchvertrages nicht gehofft werden konnte.<sup>77</sup>

Sicherlich kann man sich die Dramatik der Situation vorstellen. Die Gemeinde suchte prinzipiell trotz eines Stimmungstiefs an ihrer Kirche festzuhalten, brauchte aber infolge fehlender finanzieller Mittel starke Partner. Die Alternative wäre die Aufgabe des Kirchgebäudes gewesen. Dass der Kirchenvorstand sich in seiner Sitzung vom 14. Februar 1972 im Prinzip für den Erhalt der Kirche aussprach, hing an einer Stimme: »Die Stimme des Vors[itzenden] gab den Ausschlag.«<sup>78</sup> Noch ein Jahr zuvor hatte der Kirchenvorstand erwogen, das Kirchgebäude unter Umständen aufzugeben, denn die Zerstörung der Bausubstanz war erheblich fortgeschritten!<sup>79</sup>

Nach dem Misserfolg der Verhandlungen mit der katholischen Propsteigemeinde<sup>80</sup> gab es jedoch weitere Hoffnung für den Erhalt des neogotischen Kirchenbaus. Spätestens Ende 1974 hatten inoffizielle Gespräche mit dem Theologischen Seminar (eine theologische Ausbildungseinrichtung der sächsischen Landeskirche) stattgefunden. Das Theologische Seminar bekundete Interesse an einer Mitnutzung nach einer komplexen

<sup>75</sup> Pasch, Gestalterisch-denkmalspflegerische Aspekte (Anm. 2), S. 103, Anm. 9, 10.

<sup>76</sup> PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 14.01.1966–10.12.1975«, Protokoll vom 21.02.1966, Bl. 3; Protokoll vom 22.09.1966, Bl. 13; Protokoll vom 20.02.1969, Bl. 59v; Protokoll vom 24.04.1969, Bl. 65; Protokoll vom 04.01.1971, Bl. 98v. Ursprünglich war die Verlegung einer Fernheizungsstrasse in der Riemannstraße unter Einschluss der Kirche geplant. Dann aber sollte die Kirche doch nicht mit versorgt werden. Nach einem Hinweis des Verwaltungsmitarbeiters Andreas Kimme vom 16.07.2009 an den Autor erfolgte der Anschluss an das Fernwärmenetz erst nach 1977.

<sup>77</sup> Ebd., Protokoll vom 01.02.1972, unfoliiert. Auch einige Jahre später spielte der Gedanke der gemeinsamen Kirchennutzung entsprechend dem im Grunde juristisch gültigen Nießbrauchsvertrag noch immer eine Rolle.

<sup>78</sup> Ebd., Protokoll vom 14.02.1972, unfoliiert. Der Vorstand hatte beschlossen, sämtliche Fenster der Kirche zu reparieren. Dieser Beschluss machte nur Sinn, wenn an der Kirche in Gänze festgehalten werden würde.

<sup>79</sup> Kimme, Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten (Anm. 12), S. 94.

<sup>80</sup> Im Juni 1977 erbat die katholische Propsteigemeinde nochmals schriftlich und endgültig die Aufhebung des Nießbrauchsvertrags von 1970; vgl. PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 05.01.1976–20.04.1983«, unfoliiert, Protokoll vom 22.06.1977.

räumlichen Um- und Neugestaltung.<sup>81</sup> Und nahezu zeitgleich, spätestens im Frühjahr 1975, war es zu Vorgesprächen zwischen dem Landeskirchenamt und dem VEB Deutsche Schallplatte gekommen, um diesem die Nutzung der Peterskirche als »Großstudio für Schallplattenaufnahmen« vertraglich zu ermöglichen.<sup>82</sup>

Der Kirchenvorstand hatte die Idee der Zusammenarbeit mit dem Theologischen Seminar praktisch von Beginn an favorisiert, wollte aber nicht ohne konkrete Gesprächskonzeption in offizielle Gespräche eintreten. Jedenfalls sollte Architekt Peter Weeck aus Halle/Saale einen möglichst überzeugenden Entwurf für die Unterbringung des Theologischen Seminars erarbeiten. Dafür war man im Juni 1975 sogar bereit, die Summe von 3 000 Mark der DDR zu investieren.<sup>83</sup>

Die dann 1976 existierenden Vorstellungen zum Kirchenumbau hätten es schließlich ermöglicht, das Gebäude sowohl durch die Gemeinde zu nutzen als auch »das Seminar mit seinen Vorlesungsräumen in der Kirche unterzubringen (Urteil eines Architekten eingeholt; Studien zum Projekt anfertigen lassen, wie Vorlesungs-, Bibliotheks- und Verwaltungsräume eingebaut werden könnten)«. Aber: »Der Baudezernent beim LKA [Landeskirchenamt – J. T.] hält diesen Plan für undurchführbar [...]«<sup>84</sup>

Vielleicht lag das Taktieren des Kirchenvorstands 1975/76 aber auch an einer Information des Baureferenten im Landeskirchenamt, der schon im Januar 1975, als die offiziellen Gespräche mit dem Theologischen Seminar aufgenommen wurden, mitgeteilt hatte, dass ein so gewaltiges Vorhaben wie der angedachte Kirchenumbau nicht vor 1980 diskutabel sei.<sup>85</sup> Das Gutachten des Architekten Weeck lag immerhin seit 23. Juni 1975 vor. An das Landeskirchenamt appellierte man, dieses Gutachten bei den Entscheidungen über die bauliche Zukunft der Peterskirche zu berücksichtigen. Der Kirchenvorstand wollte, wie er es auch in einem Gespräch mit dem Leipziger Superin-

81 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 14.01.1966–10.12.1975«, Protokoll vom 05.01.1975, unfoliiert.

82 PFA St. Petri, Nr. 131 »Kirchenvorstand, Allgemeiner Schriftwechsel, 1964–1978«, unfoliiert, Stellungnahme Pfarrer Christian Schreier »An alle Kirchenvorsteher und Mitarbeiter unserer Gemeinde zur Weitergabe an interessierte Gemeindeglieder als Einladung zum verantwortlichen Mitdenken in der Frage der Zukunft der Peterskirche«, [1976] (Zitat dort).

83 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 14.01.1966–10.12.1975«, Aktennotiz vom 11.06.1975, unfoliiert. Im Übrigen gab es noch weitere Nutzungsvorstellungen, wie z.B. den Einbau einer Hochgarage in das Gotteshaus, Einrichtung von Magazinräumen für die Universität Leipzig (früher Karl-Marx-Universität) oder Ausrichtung zu einem ephoralen Großgottesdienst-Ort; vgl. PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 05.01.1976–20.04.1983«, unfoliiert, Beilage zum Protokollbuch, Erledigungsanzeige vom 18.09.1980.

84 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 05.01.1976–20.04.1983«, unfoliiert, Beilage zum Protokollbuch, Protokoll über die Kirchgemeindeversammlung der Peterskirchgemeinde im Kirchgemeindesaal vom 11.10.1976 (Zitate dort).

85 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 14.01.1966–10.12.1975«, Protokoll vom 05.01.1975, unfoliiert.

tendenten zum Ausdruck brachte, in jedem Fall eine Reaktion des Landeskirchenamtes abwarten, ehe über weitere Schritte beraten werden sollte.<sup>86</sup>

Jedenfalls wären die Eingriffe in die denkmalgeschützte Bausubstanz gravierend gewesen, auch von der Statik her. Ebenso war nicht klar, inwieweit die Kirchgemeinde aus der Nutzung der Kirche durch das Theologische Seminar – auch hier stand die Frage im Raum, ob der Gebäudeumbau sinnvoll sein würde – einen finanziell verwertbaren Vorteil erzielen würde. Somit war eine ablehnende Haltung des Landeskirchenamtes gegenüber diesem Plan nur folgerichtig.<sup>87</sup> Aber auch aus bilanzrechtlicher Sicht war die Unterbringung des Theologischen Seminars in der Peterskirche nicht möglich. Für das Landeskirchenamt war der Plan der Unterbringung des Theologischen Seminars dann spätestens Mitte 1975 vom Tisch.<sup>88</sup> Und im Laufe des Jahres 1976 schien sich auch das Theologische Seminar von den gemeinsamen Plänen abzuwenden.

Das Landeskirchenamt seinerseits hatte sich im Grunde schon am 7. April 1975 festgelegt. Es erwartete auch von der Peterskirchgemeinde die Kontaktaufnahme mit dem VEB Deutsche Schallplatte, um eine künstlerisch-kulturelle (Mit-)Nutzung der Peterskirche zu erreichen.<sup>89</sup>

Zu dieser Frage hatte sich in der Gemeinde bis zum Herbst 1976 erheblicher Diskussionsbedarf angestaut. Der Nutzungsvertrag mit dem VEB Deutsche Schallplatte sollte relativ hohe Mieteinnahmen generieren – allerdings um den Preis des Umbaus der Kirche in ein »Tonstudio«. Die Einnahmen sollten genutzt werden für die Sanierung und Rekonstruktion der Kirche. Allerdings war es wohl auch so, dass die Gemeinde die Kosten für die Sanierung der Außenfassaden selbst hätte aufbringen müssen, und zwar sowohl bezüglich des Vertrages mit dem VEB Deutsche Schallplatte als auch bei einer Nutzung des Gebäudes durch das Theologische Seminar. In den diesbezüglichen Entwurfsplanungen war immerhin vorgesehen, dass die Gemeinde an hohen kirchlichen Feiertagen die Kirche weiter nutzen sollte. Der VEB Deutsche Schallplatte hatte sich zudem bereit erklärt, für die Kirchgemeinde einen Raum mit bis zu 250 Plätzen einzubauen sowie einen weiteren größeren Raum der Gemeinde für Gottesdienste zur Verfügung zu stellen.<sup>90</sup>

---

86 Ebd., Protokoll vom 27.06.1975, unfoliert.

87 Pasch, Gestalterisch-denkmalflegerische Aspekte (Anm. 2), S. 100.

88 PfA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 14.01.1966–10.12.1975«, Protokoll vom 06.06.1975, unfoliert.

89 Ebd.

90 PfA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 05.01.1976–20.04.1983«, unfoliert, Beilage zum Protokollbuch, Protokoll über die Kirchgemeindeversammlung der Peterskirchgemeinde im Kirchgemeindesaal vom 11.10.1976. Und hier kam auch die katholische Propsteigemeinde wieder ins Spiel. Es gab die Vorstellung, ihr unter Kostenbeteiligung einen Raum für bis zu 40 Personen zur Verfügung zu stellen, da sie nunmehr die Überlassung nur eines Raumes in der Kirche anstrebte.



Verschiedene Gemeindeglieder meldeten schließlich in der notwendig gewordenen Gemeindeversammlung vom 11. Oktober 1976 Bedenken an, ob der VEB Deutsche Schallplatte tatsächlich einen solchen Vertrag unterzeichnen würde und ob die Baukosten den Aufwand überhaupt rechtfertigen würden. Wichtig erschien auch das Argument, dass bei einer solchen Nutzung die Gemeinde lediglich Gast in der eigenen Kirche sein würde. Es dürfe nicht sein, dass die Gemeindearbeit unter der Fremdnutzung leide. Wie aber sollte ein Kompromiss aussehen, obwohl der VEB Deutsche Schallplatte prinzipiell verhandlungsbereit war und auch bessere Konditionen zuzugestehen bereit war? Andererseits war man sich bewusst, dass die Kirchengemeinde eigentlich keinen so großen Raum wie das Kirchenschiff mit seinen bis zu 2500 Plätzen angesichts der geringen durchschnittlichen Besucherzahl benötigte. Es war eine emotionsgeladene Versammlung, die noch keinen endgültigen Weg aufzeigen konnte, wie mit dem Kirchgebäude weiter verfahren werden sollte.<sup>91</sup>

Im Vorfeld hatte Pfarrer Schreier seine Ansicht in einer schriftlichen Stellungnahme dargelegt: Sein Standpunkt war, dass bei einer zu erwartenden monatlichen Miete von 3000,00 Mark der DDR im Zeitraum 1980 bis 2000 zwar eine Gesamtsumme von 720000,00 Mark der DDR zusammenkommen würde, die allerdings schon lange vorher in die Kirchnerhaltung zu investieren wäre. Da die Gesamterhaltungssumme um ein Vielfaches höher sein würde, wäre der Vertrag mit dem VEB Deutsche Schallplatte für die Gemeinde also ein Verlustgeschäft. Außerdem würde die Gemeinde doch gerade die Kirchenanbauten rekonstruieren, um so eine Art Gemeindezentrum einrichten zu können. Ein bloßes Gemeindezentrum könne man jedoch billiger auf dem Grundstück des Pfarrhauses erbauen. Schreier meinte, das Gebäude müsse nicht um jeden Preis erhalten werden. Es müsse ein Nutzen daraus erwachsen. Die Frage, welchen Nutzen die Gemeinde durch einen Nutzungsvertrag mit dem VEB Deutsche Schallplatte mit dieser langen Laufzeit hätte, müsse also geklärt werden.<sup>92</sup>

Schreier argumentierte nachdrücklich: »Nach dem Jahre 2000 wird man die Verträge mit dem VEB D[eutsche] S[challplatte] kündigen können. Dann steht, falls es nötig sein sollte, der Kirche in Leipzig ein großes, gut erhaltenes Haus zur Verfügung. Unsere Nachkommen werden vielleicht gern darauf zurückgreifen und uns dankbar sein. Ich muß bekennen: Daran glaube ich nicht. Im Gegenteil: Unsere Nachkommen würden sich an die ›Schallplattenkirche‹ gewöhnen. Schon jetzt haben wir uns an vieles gewöhnt: Daß der ›Schwarze Peter‹ eine Ruine ist, daß die Kinder seine Fenster einwerfen und fast jedes Wochenende einbrechen, daß er langsam verfiel, weil es hineinregnete, daß wir ihn

<sup>91</sup> Ebd.

<sup>92</sup> PFA St. Petri, Nr. 131 »Kirchenvorstand, Allgemeiner Schriftwechsel, 1964–1978«, unfoliiert, Stellungnahme Pfarrer Christian Schreier »An alle Kirchvorsteher und Mitarbeiter unserer Gemeinde zur Weitergabe an interessierte Gemeindeglieder als Einladung zum verantwortlichen Mitdenken in der Frage der Zukunft der Peterskirche«, [1976].

bloß im Sommer hatten. Das alles tut uns schon lange nicht mehr sehr weh. Und die Freude über die großen baulichen Fortschritte ist nur gedämpft zu hören. Wir hängen als Gemeinde gar nicht so sehr an diesem Kirchbau. Jedenfalls nicht wie andere Gemeinden an ihrer Kirche. Daraus kann man uns keinen Vorwurf machen. Unser Leben hat sich seit dem Kriege so gut wie nicht in diesen Mauern abgespielt. [...] Darum sagen wir: Der ›Schwarze Peter‹ ist uns eine Last. [...] Und ich bin fest davon überzeugt: Daran ändert sich in den nächsten 25 Jahren nichts, wenn wir nicht heute wieder einziehen in diese Kirche, um in ihr und mit ihr zu leben. Entweder wir nehmen sie heute in Gebrauch oder sie wird auch im Jahre 2000 von niemandem mehr gebraucht.«<sup>93</sup>

Man kam in der Gemeindeversammlung schließlich überein, sich erst einmal die Projektunterlagen zu beschaffen und diese auf Machbarkeit und Nutzen zu prüfen. Denn eines war klar, um als christliche Gemeinde Außenwirkung zu erzielen, reichte der relativ schwer zugängliche Gemeindesaal, der ja auch für Gottesdienste genutzt wurde, nicht aus. Würde man die von Pfarrer Schreier angedeutete Fremdheit des Kirchgebäudes überwinden können oder sich für die Lösung der Vermietung entscheiden? Immerhin erkannte die Versammlung die Vorteile der Lage der Peterskirche für Kultur- und Großveranstaltungen: zentrale Lage, Hallenkirche, noch wenig Tourismus, viele andere Gemeinden und Kirchgruppen auf dem Gemeindeterritorium. Daran konnte man anknüpfen mit Jugendveranstaltungen, mit Ausstellungen, als Ökumenezentrum und anderes mehr. Dies allerdings setzte einen freien und flexibel gestaltbaren Innenraum voraus (also Stuhlbesatz, keine Bänke) und in jedem Fall eine Fußbodenheizung.

Die Bänke wurden dann 1978 tatsächlich gegen Stühle ausgetauscht. »Dazu kam es durch gewandelte Vorstellungen über die liturgische Nutzung des Raums. Dieser ließ sich nun außerdem für Ausstellungen und Konzerte flexibler gebrauchen.«<sup>94</sup>

Doch zunächst hatte sich der Kirchenvorstand in seiner außerordentlichen Sitzung vom 28. November 1976 mit den Ergebnissen der Kirchgemeindeversammlung vom 18. Oktober 1976 zu befassen. Das Landeskirchenamt hatte mitteilen lassen, dass es eine Entscheidung zur Weiternutzung der Kirche begrüßen würde – also keinen Abriss, aber wohl eben auch nicht unbedingt die ausschließliche Nutzung des Kirchgebäudes als Gemeindekirche. Dabei wurde im Übrigen deutlich, dass sich das Landeskirchenamt vorstellen konnte, in den Kirchenbau einen kleineren Gottesdienstraum einbauen zu lassen. Der Kirchenvorstand verwarf diesen Vorschlag jedoch. Der Kirchenvorstand verwarf auch die Vorstellung, mit dem VEB Deutsche Schallplatte einen Nutzungsvertrag abzuschließen, da die Gemeinde weiterhin als Bauherr erhebliche finanzielle Mittel zu beschaffen und aufzuwenden hätte, um das Kirchgebäude in seiner Gesamtheit zu erhalten: »Es ist ebenso wenig mit seiner Zustimmung zu entsprechenden Verträgen zu

<sup>93</sup> Ebd.

<sup>94</sup> Hartmut Mai, Die Peterskirche in Leipzig, in: Die Peterskirche (Anm. 55), S. 3–19, hier S. 9.

rechnen, wie mit einer irgendwie gearteten Beteiligung an der Durchführung der anstehenden Bauvorhaben, falls das LKA [Landeskirchenamt – J. T.] seinen Plan gegen den Willen des Kirchenvorstandes durchsetzt.«<sup>95</sup> Vielmehr stand der Kirchenvorstand auf dem Standpunkt, das Problem Nutzung der Peterskirche übergemeindlich im Rahmen des Kirchenbezirks Leipzig anzugehen.<sup>96</sup>

Damit war die Angelegenheit zunächst entschieden; Pfarrer Schreier und die Unverdrossenen hatten sich durchgesetzt. Die Peterskirche sollte Gemeindekirche bleiben bzw. wieder werden, wozu eine erhebliche Aufbauarbeit nötig war. Man war bereit, die Kirche anderen Einrichtungen zur Mitnutzung zu überlassen, wollte aber »Hausherr« bleiben und die Entscheidungshoheit in jedem Fall behalten.

### Auf dem Weg zum 100. Jahrestag der Kirchweihe 1985

Ein wichtiger Bauabschnitt am Kirchgebäude war die Wiederherstellung des im Zweiten Weltkrieges erheblich zerstörten Kapellenkranzes. Darauf hatte Pfarrer Schreier in seiner Stellungnahme anlässlich der Gemeindeversammlung vom Oktober 1976 verwiesen. »Dieses Vorhaben gelang durch Aufnahme der Peterskirche als erstes kirchliches Objekt des damaligen Bezirkes Leipzig in das so genannte Sonderbauprogramm des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR [mit dem DDR-Außenhandelsbetrieb LIMEX – J. T.], bei dem gegen Zahlung in westdeutscher DM-Währung staatliche Baukapazitäten (Firmen und erforderliche Materialien) bereitgestellt wurden.«<sup>97</sup> Ein Drittel der Bauleistung sollte allerdings auch auf der Grundlage der DDR-Währung erfolgen. Schließlich konnten »Bauleistungen und Materiallieferungen von ca. 370 000 DM für die Peterskirche in Anspruch genommen werden. [...] Im Rahmen dieses Programms sollte das Hauptdach, der Kapellenkranz, das Dach der Taufkapelle einschließlich der Heizungsanlage für den Kapellenkranz fertig gestellt werden.«<sup>98</sup>

1977 lief das Sonderbauprogramm aus, und außer dem Hauptdach war nichts vollständig fertig. Zwar hatte die Südostkapelle ein neues Dach, aber der Kapellenkranz mit seinen Anbauten war nur teilweise eingedeckt. Die Heizungsanlage war installiert, aber noch nicht betriebsbereit. Auch die Elektroinstallation des Kapellenkranzes war nicht vollständig realisiert. Da mit staatlicher Hilfe nun nicht mehr gerechnet werden konnte,

95 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 05.01.1976–20.04.1983«, unfoliiert, Beilage zum Protokollbuch, Anlage zum Protokoll vom 28.11.1976, Beschluß des Kirchenvorstandes in der Angelegenheit Mitnutzung der Peterskirche durch den VEB Deutsche Schallplatten (DS) (Zitat dort).

96 Ebd., Beilage zum Protokollbuch, Protokoll der außerordentlichen Sitzung vom 28.11.1976. Zwischenzeitlich hatten auch das Jugendpfarramt und das Amt für Gemeindedienst ein Nutzungsinteresse bekundet, wobei eine Finanzierungshilfe nicht geplant war.

97 Pasch, Gestalterisch-denkmalflegerische Aspekte (Anm. 2), S. 100.

98 Kimme, Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten (Anm. 12), S. 94.

gründete die Kirchgemeinde im November 1977 die sogenannte Bautruppe. In ihr vereinigten sich etwa 60 Ehrenamtliche, die an samstäglichem freiwilligen Arbeitseinsätzen notwendige bauliche Eigenleistungen zur Erhaltung des Gebäudes erbrachten.<sup>99</sup> Die sorgfältige Restaurierung der Taufkapelle blieb allerdings eine Aufgabe, die erst nach der deutschen Wiedervereinigung zum Abschluss gebracht werden konnte, und auch da brauchte es etwa zwölf Jahre, ehe ein Kleinod wiedererstanden war. Das Weihewort von Landesbischof Bohl »Aus einer Ruine ist ein Haus geworden, an dem wir Gott nah sein dürfen« galt prinzipiell nicht nur für die Taufkapelle, sondern für die ganze Kirche.<sup>100</sup>

Im Januar 1980 rang sich der Kirchenvorstand, da sich am Status quo bis dahin praktisch nichts geändert hatte, dazu durch, an das Landeskirchenamt in Dresden heranzutreten, um eine Entwicklungsperspektive für das Kirchgebäude zu erhalten. Man erkannte erneut, dass die finanziellen Probleme bei der Erhaltung des Gebäudes enorm sein würden, zumal sich Teile der Bausubstanz mit der Zeit durch Witterungs- und Umwelteinflüsse weiter verschlechtert hatten. Auch wenn in das vorhandene Baugefüge nicht eingegriffen werden sollte, sollte ein Mitnutzer gefunden werden, damit die Kirche als solche eine Existenzchance behielt. Im August des Jahres schließlich entschied man, in Kooperation mit der Superintendentur durch einen Architekten Varianten mit Kostenschätzungen zur Rekonstruktion des Kirchenschiffes erarbeiten zu lassen. Allerdings war bis Ende 1981 zur Nutzung des Kirchenschiffes noch keine Entscheidung gefällt. Diese musste aber schon deshalb dringend erfolgen, weil der Einbau einer Fußbodenheizung mit variabler Teilflächenheizung im großen Kirchenraum möglich wurde. Auch wenn zwischenzeitlich das Engagement der Gemeindeglieder am Bau ihrer Peterskirche zu erlahmen drohte – die Beteiligung an den samstäglichem Arbeitseinsätzen war zeitweise auf vier Mann zurückgegangen und man benötigte immer öfter Fachhandwerker –, konnte der Bauausschuss Ende 1981 vermelden, dass alle wesentlichen Bauarbeiten, also bezüglich Kapellenkranz, Heizung, Arbeits- und Sozialräume, bis Sommer 1982 abgeschlossen sein würden. Blieb noch die bereits erwähnte Sanierung der Taufkapelle. Unabhängig von den Kosten gab es hier allerdings Diskussionsbedarf, denn der Kirchenvorstand teilte die Vorgabe des Bezirkskirchenamtes Leipzig zu dem Zeitpunkt nicht, die Taufkapelle originalgetreu und denkmalgerecht zu sanieren. Diesen Beschluss fasste er erst im April 1982. Es standen aber auch perspektivische Probleme zur Diskussion. Sollte der Altarraum abgetrennt werden? Sollte die Taufkapelle erweitert ausgebaut werden? Sollte im großen Kirchenraum eine Fußbodenheizung mit variabler Teilflächenheizung eingebaut werden? Wie konnten die Belange der Gemeinde und die Vorgaben des Bezirkskirchenamtes hinsichtlich des Denkmalschutzes in Einklang gebracht werden?

---

<sup>99</sup> Ebd., S. 94 f.

<sup>100</sup> Leipziger Volkszeitung vom 21.02.2005 (Zitat dort).

Alle bisher in diesem Beitrag genannten wesentlichen, keineswegs vollständigen Maßnahmen und Pläne waren darauf ausgerichtet, die Peterskirche zumindest ganz überwiegend als Gemeindekirche zu nutzen. Aber alle Beteiligten waren sich einig, dass es noch an einem schlüssigen Nutzungskonzept fehlte. So wurde Architekt Weeck erneut beauftragt, Nutzungsvarianten und Kostenschätzungen zu erarbeiten, damit entsprechende Beihilfen beantragt werden konnten, insbesondere im Hinblick auf das neue Projekt Taufkapelle. Zielgerichtet sollte jetzt Maßnahme für Maßnahme angegangen werden, wobei die Maßnahmen in einzelne Bauabschnitte untergliedert werden sollten.<sup>101</sup>

Im Jahre 1985 schließlich feierte die Peterskirchgemeinde um die Zeit des Erntedankfests (6. Oktober 1985)<sup>102</sup> ihr 100. Weihejubiläum. Vom weithin sichtbaren Turm wehte eine Fahne mit violettem Kreuz. Die Stahlglocken der Ende der 70er-Jahre abgerissenen Markuskirche (Leipzig-Reudnitz)<sup>103</sup> läuteten eine ganze Festwoche ein. Plakate luden Gemeindeglieder und Passanten zum Besuch der Kirche, Gotteshaus und Baustelle zugleich, ein. Tenor der Jubiläumsfeierlichkeiten war: »Die Gemeinde hatte sich entschieden und ist seit 1954 dabei, mit großzügiger Unterstützung der Landeskirche und durch unermüdlichen Arbeitseinsatz über Jahre und Jahrzehnte hinweg das gewaltige Bauwerk zu sichern, den schönen Kapellenkranz wiederherzustellen und weitere Nebenräume benutzbar zu machen.«<sup>104</sup> Das Jubiläum konnte in einer akzeptablen Atmosphäre begangen werden.

Am Erntedanktag fand nach dem Aufziehen der neuen Kirchenfahne und dem musikalischen Auftritt des Posaunenchores ein feierlicher Gottesdienst statt. Im Kirchenschiff gab es eine Kunstausstellung. Der Altarraum, sonst als »Bauhütte« genutzt, war durch einen Vorhang abgegrenzt. Vor dem Altar wurden die Gaben und der Blumenschmuck drapiert. »Unter dem mächtigen Glockengeläut zogen wir beiden Pfarrer [Pfarrer Haeffner und Pfarrer König – J. T.] mit unserem Superintendenten in die Kirche ein, gefolgt vom Kirchenvorstand, den Mitarbeitern und den Christenlehrekindern.« Nachmittags fand das eigentliche Festprogramm statt. In der neuen Kanzlei hatte man eine kleine Ausstellung mit Dokumenten und Fotos aus vergangenen Zeiten aufgebaut. In einer Ecke des Kirchenschiffs befand sich ein Kinderspielplatz. Der Christenlehrerraum diente als Café. Und einen Basar gab es ebenfalls. Sogar ein Zauberkünstler

101 PfA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands--Protokolle, 05.01.1976–20.04.1983«, unfoliiert, Protokoll vom 28.03.1979; Protokoll vom 23.01.1980; Protokoll vom 27.08.1980; Protokoll vom 07.01.1981; Protokoll vom 25.11.1981; Protokoll vom 09.12.1981; Protokoll vom 20.04.1982.

102 Die Weihe der Neuen Peterskirche hatte am 27.12.1885 stattgefunden; vgl. Jens Trombke, St. Petri Leipzig, Zur Geschichte der Leipziger Peterskirche und ihrer Gemeinde, Beucha/Markkleeberg 2012, S. 43.

103 PfA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 14.01.1966–10.12.1975«, Protokoll vom 10.12.1975, unfoliiert. 1976 hatte die Peterskirchgemeinde die genannten Glocken von der Markuskirche erworben und seit 1983 im Geläut genutzt.

104 Der Sonntag vom 26.01.1985.

trat auf. Weiterhin wurden ein Lichtbildvortrag über die Arbeit der »Bautruppe« und ein Vortrag über die Baugeschichte der Kirche angeboten. Die Kirche selbst blieb eine Woche geöffnet und die angebotenen Führungen wurden rege genutzt.<sup>105</sup>

Es war eindrucksvoll gelungen, die Peterskirche zumindest vorübergehend in den Blickwinkel der Öffentlichkeit zu rücken.

### Aufbruchstimmung

Ein weiteres Mal sollte die Peterskirche anlässlich des Leipziger Kirchentags von 1989 in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geraten. Obwohl die Kirche immer noch eine Baustelle war, im Altarraum lagerten beispielsweise Baumaterial, ausgebautes Gestühl und Sperrmüll, war sie für eine große Kunstaussstellung vorgesehen. Am 5. Juli 1989 dann wurde die Kunstaussstellung »Christliche Kunst« feierlich eröffnet. Über 300 Werke von 114 Künstlern wurden bis zum 23. Juli 1989 gezeigt. Den Besucher sollte – die Kirche war ganztägig geöffnet – die Vielfalt des Geschaffenen, also Metall-, Textil-, Bildhauer-, Grafiker-, Foto- und Malerarbeiten, überraschen. Künstlerische Themen waren die biblische Überlieferung, das menschliche Zusammenleben, die Sorge über den Zustand der Welt. Dafür erwies sich der Kirchenbau als idealer, als wahrhafter Raum.<sup>106</sup>

Der Kirchentag selbst fand vom 6. bis zum 9. Juli 1989 statt. Er wurde anlässlich der 450-Jahr-Feier der Reformation unter dem Motto »Was ist der Mensch, daß Du seiner gedenkst?« auf dem (heute alten) Messegelände eröffnet.

»Die Staatsmacht hatte durch massive Einflußnahme auf die Kirchenleitung erreicht, daß kritische Basisgruppen aus dem offiziellen Programm ausgegrenzt wurden. 2500 Bürgerrechtler versammelten sich daraufhin in der Leipziger Lukaskirche [...] zu einem alternativen Statt-Kirchentag. Fast die gesamte Opposition der DDR war anwesend. In einem dort verlesenen »Brief an die DDR-Bevölkerung« prangerten einzelne Gruppen die »offen zutage tretende Gewalt staatlicher Organe in Leipzig« an und forderten den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. [...] Am Schlußtag des Kirchenfestes gelang es einigen Bürgerrechtlern, während des Abschlußgottesdienstes auf der Leipziger Pferderennbahn ihre Forderungen mittels Megaphon und Transparenten öffentlich zu machen. Von dort aus marschierten sie, durch bunte Bänder miteinander verbunden, in Richtung Innenstadt.« Die Staatsmacht setzte zur Einschüchterung einen

---

105 Horst König, *Mein Leben – eine Kette wundersamer Fügungen*, Band II, 1946–1993, Leipzig 2007, S. 415 f. (Zitat S. 415).

106 Die Union vom 12.07.1989; Die Union vom 18.07.1989.

tieffliegenden Hubschrauber ein. So wurde eine kleine Gruppe von etwa 150 Demonstranten in die nahe liegende Peterskirche abgedrängt.<sup>107</sup>

Und dort erinnert man sich noch gut an dieses Ereignis: Rolf K., der nach der Abschlussveranstaltung des Evangelischen Kirchentags nochmals in die Peterskirche gegangen war, erzählt, dass etliche Teilnehmer des »Kirchentages von Unten« singend und durch farbige Bänder miteinander verbunden in die Kirche eingezogen waren. Auch Kinder waren dabei. Unter die Kirchenbesucher hatten sich Leute gemischt, die infolge ihrer betonten Unauffälligkeit rasch als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit ausgemacht worden waren. Auch Pfarrer Haeffner berichtet, dass die Kirchentagsteilnehmer erst nach Diskussionen zwischen ihm, dem Synodalpräsidenten und den Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit unbehelligt die Kirche verlassen konnten.<sup>108</sup>

Der Kirchentag fiel in eine Zeit, als die Probleme der DDR schon unübersehbar waren. In Leipzig hatten seit Januar 1988 regelmäßig Fürbittgebete stattgefunden, waren Diskussionsgruppen entstanden, um die erkannten Umweltprobleme öffentlich zu benennen. Dies geschah unter dem Dach der Kirche(n). Seit 1982 bereits, nämlich mit der Ausrufung der kirchlichen Friedensdekade im September des Jahres, fanden montägliche Friedensgebete statt. Eine neue Qualität erhielt diese Protestbewegung, als sie 1989 aus der Zuflucht Kirche auf die Straße heraustrat.

Für den 9. Oktober 1989 hatte der Kirchenvorstand der Peterskirchgemeinde entschieden, dass auch die Peterskirche geöffnet sein sollte, Friedensgebete ab sofort auch in ihr stattfinden können. Außerdem sollte die Kirche für eventuelle Katastrophenfälle offen gehalten werden, wenn nämlich die Staatsmacht auf Demonstranten schießen würde – und angekündigt war, dass die Sicherheitsorgane dem sogenannten konterrevolutionären Treiben ein Ende bereiten sollten.<sup>109</sup> Nachdem nach dem 9. November 1989 – dem Tag des Falls der »Mauer« – die Stimmung auf den Montagsdemonstrationen gekippt war und die Rufe nach Wiedervereinigung immer lauter und deutlicher wurden, entschied der Kirchenvorstand, die Friedensgebete ab Mitte Dezember 1989 nicht mehr

107 Bernd Lindner, *Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90*, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 36 (Zitat dort). Die erwähnte Gewalt staatlicher Organe spielt auf die Verhaftung von gegen die manipulierte Kommunalwahl vom Mai 1989 Protestierenden auf dem Leipziger Marktplatz und die Einkesselung von Teilnehmern des Leipziger Straßenmusikfestivals vom Juni 1989 mit anschließender Treibjagd durch die Polizei an.

108 Pfa St. Petri, Interviewkassette mit Gemeindeglied Rolf K. vom 11.04.2006; Interviewkassette mit Pfarrer Johann Georg Haeffner vom 19.10.2005.

109 Pfa St. Petri, Interviewkassette mit Gemeindeglied Karl-Heinz M. vom 09.05.2006; Leipziger Volkszeitung vom 01.10.1994, Sonderausgabe »100 Jahre Leipziger Volkszeitung«, Beilage II. Vor allem der Aufruf der »Leipziger Sechs« und die Reaktion darauf verhinderten wohl die Anwendung von Gewalt und den Einsatz von Schusswaffen (alarmiert waren Polizei, Armee und Betriebs-Kampfgruppen) gegen die friedliche Montagsdemonstration. Tatsächlich fanden ab dem 16.10.1989 auch in der Peterskirche Friedensgebete statt.



*Eingerüsteter Kirchturm im Jahre 2007 vor  
Abnahme der Turmspitze (Foto Karl-Heinz  
Menzel, 2007)*

in St. Petri durchzuführen.<sup>110</sup> So wollte man sich wieder verstärkt der Gemeindearbeit und der baulichen Erhaltung des Kirchgebäudes widmen.

Bis 1989/90 konnte es wahrscheinlich im Wesentlichen bei allen baulichen Maßnahmen lediglich um Sicherung der Substanz gehen, auch wenn Möglichkeiten der Wiederherstellung genutzt wurden, wie die Arbeiten am Kapellenkranz verdeutlichen. Der heute sichtbare konservatorische und weitgehend originalgetreue Zustand vor allem der äußeren Hülle bzw. der Bausubstanz hätte bei Weiterbestand der DDR wohl nicht erzielt werden können.

Eine zudem übergemeindliche, außergemeindliche Nutzung konnte helfen, der Kirche eine Zukunftsperspektive zu verschaffen. Erst mit der politischen Wende in der DDR und der 1990 erfolgten Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sollten sich andere, bessere Möglichkeiten ergeben, dieses Gebäude, das in seinem Schiff den größ-

<sup>110</sup> PfA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 01.06.1983–27.11.1990«, unfoliiert, Protokoll vom 13.12.1983.



*Kirchturm nach Ende  
der Rekonstruktion  
2009 (Foto Jens  
Trombke, 2013)*



ten stützungsfreien Kirchenraum Leipzigs<sup>111</sup> birgt, in seiner historischen Substanz zu erhalten. Ein Konzept der baulichen Sanierung und Restaurierung der äußeren Hülle der Kirche einschließlich der Kirchenfenster, unterteilt in zehn einzelne Bauabschnitte, konnte nun erarbeitet und angegangen werden. Die Kirchgemeinde als Bauherr hatte unter diesem Gesichtspunkt eine Vielzahl von Aufgaben bei der Instandhaltung und Nutzung zu bewältigen.<sup>112</sup> Dazu gehörten die Realisierung einer systematischen Fassadenrestaurierung mit ihren Fialen und ihrem Figuren-Ensemble, die Durchführung von Stein-Restaurierungs- und Erneuerungsarbeiten, Arbeiten an den Balustraden und am Kapellenkranz, der Wiederaufbau und die Erneuerung des etwa 88 m hohen Turms mit Glockenstuhl und Uhrwerk, die Erneuerung der Außentreppen, die Sanierung der äußeren Entwässerung der Dachkonstruktion mit gegebenenfalls anschließender Dachinstandsetzung, die Erneuerung der Blitzschutzanlage sowie die Rekonstruktion der

<sup>111</sup> Gerhart Pasch, *Kirchen in Leipzig*, Leipzig 1996, S. 30.

<sup>112</sup> König, *Mein Leben* (Anm. 105), S. 498.

bunten Bleiglasfenster mit ihren alt- und neutestamentlichen Szenen. Im Innenraum musste an die Erneuerung des Gewölbeputzes unter Berücksichtigung einer effektiven Entsatzung und an die Verlegung von Bodenbelag nach überkommenen Vorgaben gedacht werden.<sup>113</sup>

Für 1999 konnte der Kirchenvorstand schon konstatieren, dass das Kirchgebäude nunmehr ganzjährig genutzt werden kann und dass das schlüssige Nutzungskonzept<sup>114</sup> erheblich dazu beigetragen hat und weiter beitragen wird, an der Kirche notwendige Baumaßnahmen durchzuführen, denn bei aller finanziellen Förderung durch Bund, Land, Kommune, Landeskirche und Stiftungen war von der Gemeinde immer ein gewisser Eigenanteil aufzubringen.<sup>115</sup>

Obwohl heute, im Jahre 2013, viel erreicht ist, ist die Restaurierung der Peterskirche Leipzig dennoch nicht abgeschlossen. Der aufwändigen und kostspieligen Restaurierung der Bauhülle des denkmalgeschützten Sakralbaus muss nunmehr die nicht minder komplizierte Restaurierung des Innenraumes folgen. Hierbei geht es auch um die Verlegung eines neuen Bodenbelags im Mittelschiff, um die Rekonstruktion der Wandmalereien und Anstriche, um eine Neugestaltung des Innenraumes unter Berücksichtigung moderner und zweckentsprechender audiovisueller Vorstellungen.<sup>116</sup>

Dankenswerterweise entschied der Kirchenvorstand im Kontext einer notwendigen Reinigung des vor dem Westportal aufgestellten Kriegererehnmals 1997, der Jahresangabe des Ersten Weltkriegs lediglich die Jahresangabe des Zweiten Weltkriegs hinzuzufügen – und nicht, wie bei vielen anderen Denk- oder Ehrenmalen geschehen, gleichzeitig den Opfern auch der SED-Herrschaft zu gedenken, denn dadurch wäre eine unzulässige Gleichsetzung von NS- und SED-Regime erfolgt.<sup>117</sup>

Durch die Initiative und das Engagement der Haupt- und Ehrenamtlichen konnte ein in Sachsen bedeutender Kirchenbau des Historismus erhalten bleiben. Bleibt zu hoffen, dass die Leipziger Öffentlichkeit die Bemühungen der Kirchgemeinde zu würdigen weiß – schließlich feierte die denkmalgeschützte Neue Peterskirche 2010 bereits ihr 125. Kirchenjubiläum.

113 Peterskirche Leipzig (Anm. 69), Folienteil »Fassade und Turm«, S. 1–4; Folienteil »Glasmalerei«, S. 1–4; Folienteil »Innenraum, Liturgisch-künstlerische Ausstattung und Beleuchtung«, S. 1–2, hier S. 2.

114 Dazu zählen u. a. Buchlesungen, Ausstellungen, Konzerte und Aufführungen, Tagungen, Nutzung der Kirche durch das Evangelische Schulzentrum, Beteiligung am Tag des offenen Denkmals; vgl. PfA St. Petri, Nr. 110 »Chronikalische Sammlung«, unfoliiert, Mappe zur Pressekonferenz vom 25. März 1993.

115 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 10.12.1996–14.12.1999«, unfoliiert, Protokoll vom 23.11.1999.

116 Peterskirche Leipzig (Anm. 69), Folienteil »Innenraum, Ausgestaltung und Einrichtung«, S. 1–2; Folienteil »Innenraum, Liturgisch-künstlerische Ausstattung und Beleuchtung«, S. 1–2.

117 PFA St. Petri, Nr. 131-2 »Kirchenvorstands-Protokolle, 10.12.1996–14.12.1999«, unfoliiert, Protokoll vom 05.03.1997.

## Zwischen friedlicher Revolution und freien Wahlen. Zur Arbeit des Runden Tisches der Stadt Leipzig und dessen Überlieferung im Stadtarchiv

*Birgit Horn-Kolditz*

### Entstehung und Aufgaben des Runden Tisches der Stadt Leipzig<sup>1</sup>

Im Herbst 1989 protestierten in Leipzig und vielen anderen Städten der DDR Tausende gegen die Politik der SED und die immer unerträglicher werdenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Auf die besondere Rolle Leipzigs im Prozess der friedlichen Revolution soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden, da dazu umfangreiche Publikationen und Forschungen vorliegen.<sup>2</sup>

Den Aktionen und Forderungen von Bürgerrechtlern und der neugegründeten Initiativen, Parteien und Aktionsbündnisse stand eine immer weniger handlungsfähige Staatsgewalt auf allen hierarchischen Stufen gegenüber. Die Phase bis zur Konstituierung demokratisch gewählter Parlamente auf zentraler und kommunaler Ebene im Frühjahr 1990 wurde in der gesamten DDR durch eine besondere Institution geprägt: den Runden Tisch.<sup>3</sup> Mit den Runden Tischen auf Landes- (Zentraler Runder Tisch der

- 1 Literaturauswahl zum Runden Tisch der Stadt Leipzig: Cornelia Liebold, Zwischen demokratischem Zentralismus und kommunaler Selbstverwaltung. Die Leipziger Stadtverwaltung und der Runde Tisch der Stadt Leipzig 1989/1990, Magisterarbeit Universität Leipzig (Ms.), 1995 (diese Arbeit enthält ein umfassendes Literaturverzeichnis und Kurzfassungen von Interviews Liebolds mit ehemaligen Teilnehmern des Runden Tisches der Stadt Leipzig). Gabriele Köhler, Vergangene Zukunft: Bildungspolitik am Runden Tisch der Stadt Leipzig, in: Leipziger Kalender 1999, S. 335–350; Claudio Marinow, Zwischen Revolution, Transformation und Assimilation. Der Runde Tisch in Leipzig 1989/90, München 2010.
- 2 Als Beispiele sollen hier nur genannt werden: Peter Förster, Leipziger Demontagebuch. Demo, Montag, Tagebuch, Demontage, hrsg. von Wolfgang Schneider, Leipzig 1990; Von Leipzig nach Deutschland, erarb. von Günter Eichler, Heike Gärtner, Hans Seidel, Leipzig 1991; Friedrich Winter (Hrsg.), Die Moderatoren der Runden Tische. Evangelische Kirche und Politik 1989/90, Leipzig 1999; Hartmut Zwahr, Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Beucha/Markkleeberg 2014; Tobias Hollitzer, Reinhard Bohse (Hrsg.), Heute vor 10 Jahren. Leipzig auf dem Weg zur friedlichen Revolution, Leipzig 2000; Beate Berger, Rückblicke Leipzig 1989–1999. Eine Chronik (Sonderband Leipziger Kalender 2000/2), Leipzig 2000; Michael Richter, Die friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, Göttingen 2009; Christian Führer unter Mitarbeit von Anne Acher, Patricia Holland, Und wir sind dabei gewesen. Die Revolution, die aus der Kirche kam, Berlin 2009.
- 3 Der Begriff »Runder Tisch« beruht auf der kulturgeschichtlichen Tradition der Idee der Gleichwertigkeit der Gesprächspartner im Austausch zu strittigen Meinungen, um eine von allen Seiten gewünschte Einigung zu erzielen (Konsens). Derartige Runde Tische entstanden in den politischen Umbruchjahren zuerst in Polen und Ungarn und etablierten sich außer in der UdSSR in allen osteuropäischen Ländern.



*Bürger informieren sich vor der Montagsdemonstration, ca. 15 Uhr, an der Dialogsäule am Karl-Marx-Platz 27.11.1989 (Stadtarchiv Leipzig, BA 1990/31572, Foto Dagmar Agsten)*

DDR)<sup>4</sup>, auf Bezirks- (Runde Tische der Bezirke) und auf kommunaler Ebene (Runde Tische der Kreise, Städte, Stadtbezirke in den Großstädten, Gemeinden)<sup>5</sup> sowie thematischen Runden Tischen zu Spezialfragen (u. a. Runder Tisch Umwelt)<sup>6</sup> entstanden 1989 während der friedlichen Revolution in der DDR neue Gremien zur Überwindung eines

4 Uwe Thaysen (Hrsg.), *Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokolle und Dokumente*, 5 Bände, Opladen 2000.

5 Vgl. Francesca Weil, *Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR* (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Berichte und Studien 60), Göttingen 2011, S. 14. Bei ihren Untersuchungen ermittelte Weil, dass es neben dem Zentralen Runden Tisch und den 15 Runden Tischen auf Bezirksebene mehr als 200 Runde Tische der Kreise und zahllose lokale und thematische Runde Tische gab, deren Anzahl und Struktur bislang nicht exakt festgestellt werden konnte.

6 Die thematisch ausgerichteten Gremien beschäftigten sich mit spezifischen Frauen-, Militär-, Bildungs-, Umwelt-, entwicklungspolitischen, Jugend- oder Sportfragen. In Leipzig arbeitete zum Beispiel auf Bezirksebene ein Runder Tisch Gesundheitswesen, siehe Weil, *Die Runden Tische der Bezirke* (Anm. 5), S. 19. Anfang 1990 wurde auf Stadtebene der »Runde Tisch Jugend« gegründet, dem überwiegend konfessionell gebundene Jugendliche angehörten (Stadtarchiv Leipzig, im Folgenden: StadtAL, Amtliche Druckschriften Nr. 1785). Außerdem gab es städtische Runde Tische für Sport und für das Bauwesen sowie Runde Tische in Betrieben wie z. B. bei den Leipziger Verkehrsbetrieben.

nationalen Notstandes. Die Runden Tische waren nicht durch Wahlen legitimiert, sondern konstituierten sich durch Übereinkunft zwischen Vertretern der Reformgruppen, der neu entstandenen Parteien oder Bürgerrechtsvertretungen, der Kirchen, Abgeordneten der alten Blockparteien und Massenorganisationen sowie Vertretern der zentralen und örtlichen staatlichen Verwaltung. In der Zeit der gesellschaftlichen Krise, in der sich die DDR zwischen Jahresende 1989 und Frühjahr 1990 befand, war die Verhinderung des Zusammenbruchs der kommunalen Verwaltungen die wichtigste Aufgabe der örtlichen Runden Tische. Dabei sollte für die Bevölkerung das Entstehen eines allgemeinen Chaos durch eine Sicherheitspartnerschaft zwischen den verschiedenen Gruppierungen vermieden werden. Gleichzeitig mussten die Grundversorgung und die Dienstleistungen, v.a. im medizinischen und handwerklichen Bereich, aufrechterhalten werden. Die Runden Tische bildeten ein Forum zur Artikulation und Klärung von gesellschaftlichen Konflikten, nahmen Sachauskünfte von Partei- und Verwaltungsorganen sowie den basisdemokratischen Kräften entgegen, fassten Beschlüsse zur Lösung der dringendsten Probleme und kontrollierten deren Durchsetzung. So sind die Runden Tische als Selbstorganisationen zu verstehen, die einerseits Anarchie und Gewalt verhinderten und andererseits Grundlagen für eine freiheitlich-demokratische Entwicklung schufen. Nach der Vorbereitung der Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 und den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 stellten die Runden Tische ihre Tätigkeit ein.

Im September und Oktober 1989 reagierten die Leipziger Stadtverordnetenversammlung und der Rat der Stadt auf die zunehmenden Massendemonstrationen und Forderungen der Bürger zunächst nicht nach Außen wahrnehmbar. Aus den Protokollen der Stadtverordnetensitzung wird allerdings deutlich, dass die Funktionsträger die veränderte gesellschaftliche Situation in der Stadt wohl zur Kenntnis nahmen.<sup>7</sup> Allerdings hielten sie an den bestehenden Strukturen fest, wie dies z.B. ein Abgeordneter der SED am 29. September 1989 vor dem Plenum der Stadtverordneten zum Ausdruck brachte: *Wir haben keinen Grund an der bewährten Politik unserer Partei, der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, der auf das Wohl unserer Bürger gerichteten Politik zu rühren.*<sup>8</sup> Im weiteren Verlauf der Tagung verurteilten einzelne Diskussionsredner die *antisozialistischen Proteste, die jeden Montag bei uns in der Stadt vor sich gehen.*<sup>9</sup>

7 StadtAL, Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt Leipzig 1945–1990 (im Folgenden: StVuR) Nr. 19564.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 825-jährigen Stadtjubiläums auf der gemeinsamen Tagung der Stadtverordnetenversammlung mit dem Stadtausschuss der Nationalen Front am 29.08.1989 wurden nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters neben Berichten über den »planmäßigen Verlauf« der Vorarbeiten durchaus auch kritische Worte z. B. über die Wohnungssituation im Leipziger Osten als »gesellschaftliches Problem« oder die Schwierigkeiten im Bereich Handwerk und Dienstleistungen laut.

8 StadtAL, StVuR Nr. 19565, Bl. 16.

9 Ebd., Bl. 26. Anfang September 1989 begannen nach einer Sommerpause die Friedensgebete in der Nikolaikirche wieder, an denen sich von Woche zu Woche immer mehr Menschen beteiligten. Sie waren

Erst auf der außerordentlichen Tagung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Oktober 1989 sprach der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Bernd Seidel zur Situation in der Stadt und stellte einen Forderungskatalog zum »neuen demokratischen Geist« in der Arbeit der Volksvertreter und der Verwaltung vor.<sup>10</sup> In der sechseinhalb Stunden dauernden Tagung der Stadtverordneten, die vom Sender Leipzig live im Radio übertragen wurde, kam es erstmals seit vielen Jahren zur freien Meinungsäußerung. Offen kritisiert wurden durch Stadtverordnete und mit Wortmeldungen zugelassene Gäste der massive Polizeieinsatz in den vorangegangenen Wochen bei den Montagsdemonstrationen bzw. in den Nachmittags- und Abendstunden des 7. Oktobers. Mehrere Redner thematisierten den sichtbaren Verfall der Bausubstanz sowie die immer schlechter werdende Versorgung der Bevölkerung, aber auch die Schwierigkeiten bei der medizinischen Betreuung. An diesem Tag wurde eine Kommission zur Entgegennahme von Vorschlägen der Leipziger Bürger gebildet sowie festgelegt, zu deren Unterstützung weitere *zeitweilige Arbeitsgruppen der Ständigen Kommissionen für die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Erneuerung der gesellschaftlichen Entwicklung der Stadt Leipzig* vorzuschlagen.<sup>11</sup> Außerdem verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung einen offenen Brief an die Leipziger Bevölkerung und dankte für die Besonnenheit, die einen friedlichen Verlauf der Demonstrationen in der Stadt garantierte.<sup>12</sup> In diesen Dank eingeschlossen waren im besonderen Maß auch die sechs Unterzeichner des Leipziger Aufrufs vom 9. Oktober zur Gewaltlosigkeit und Dialogbereitschaft.<sup>13</sup> In einem weiteren Schreiben an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR thematisierte die Stadtverordnetenversammlung insbesondere die Funktionsunfähigkeit der Stadt, den Verfall der technischen Infrastruktur und der Bausubstanz, die Schwierigkeiten im Wohnungswesen, die Versorgungs- und Dienstleistungsengpässe sowie die dramatische Arbeitskräftesituation in der zweitgrößten Stadt der DDR, die insbesondere durch die massenhafte »Republikflucht« ihrer Bewohner entstanden war. Nach einer Vielzahl von Wortmeldungen erhielt abschließend erstmals ein Vertreter des Neuen Forums das Wort in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung.<sup>14</sup>

der Ausgangspunkt für die Demonstrationen, die trotz des massiven Aufgebots und des repressiven Eingreifens der Sicherheitskräfte die wachsende Unzufriedenheit der Leipziger zum Ausdruck brachten.

10 StadtAL, StVuR 19567, Bl. 111–106. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass dieser Sitzung eine Vielzahl von Abgeordneten (19 von 275) und in Kommissionen berufenen Mitgliedern (92 von 221) unentschuldigt fernblieben.

11 Der Rat der Stadt schlug selbst als Schwerpunkte für die Vorschlagskommission verschiedene Themen vor, darunter den Umweltschutz, Vielfalt von Wissenschaft und Kunst, Gesundheitswesen, Rechtsfragen oder Entwicklung der technischen Infrastruktur. Ebd., Bl. 109–110. In den nächsten drei Wochen gingen bei der Vorschlagskommission über 450 Briefe von Leipziger Bürgern ein, Leipziger Volkszeitung (im Folgenden: LVZ) vom 22.11.1989.

12 Stadtverordnetentagung in der LVZ vom 30.10.1989.

13 StadtAL, Chronikdatenbank, Eintrag zum 09.10.1989; Abdruck des Aufrufs in den Mitteldeutschen Nachrichten vom 10.10.1989.

14 StadtAL, StVuR Nr. 19567, Bl. 97–99 und 108.

Schon im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung hatten der Oberbürgermeister, die Mitglieder des Rates der Stadt und Abgeordnete *interessierte Bürger zu einem Disput über aktuell-politische Fragen und die Entwicklung der Stadt Leipzig für Sonntag, den 29.10., 10 Uhr in den Festsaal des neuen Rathauses* eingeladen.<sup>15</sup>

Durch das allmähliche Aufweichen der bisherigen zentralistischen Weisungsebenen der SED und der staatlichen Organe befand sich auch der Rat der Stadt Leipzig in einer schwierigen Situation. Neben der Auseinandersetzung mit der kritischen Lage in der Stadt standen die Funktionsfähigkeit des Verwaltungsapparates sowie die Diskussionen über neue Strukturen und Arbeitsstile im Zentrum der Arbeit.<sup>16</sup> Leipzigs Oberbürgermeisters Bernd Seidel trat aufgrund der öffentlichen Kritik an seiner Person bereits am 3. November 1989 von seinem Amt zurück. Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters und Vorsitzende der Stadtplankommission Günther Hädrich wurde in der Sitzung des Rates der Stadt am 1. November 1989 mit der Führung der Amtsgeschäfte beauftragt.<sup>17</sup> Weitere Ratsmitglieder wie der 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Joachim Schilling, der wegen seines *autoritären und administrativen Arbeitsstils, seinem Ausweichen vor dringenden Entscheidungen und wegen überheblichen Verhaltens* seit Monaten auch intern in der Kritik stand, gaben ihre Funktionen ebenfalls auf.<sup>18</sup>

Nach den Veröffentlichungen über die Wahlfälschungen vom Mai 1989 löste sich schließlich am 26. Januar 1990 die Stadtverordnetenversammlung selbst auf.<sup>19</sup>

Bereits seit Oktober/November 1989 fand in Leipzig im Rahmen des allgemeinen »Dialogs« von Opposition und Staatsmacht eine Vielzahl von Gesprächen zwischen Vertretern der SED-Bezirks- und der SED-Stadtleitung, der Stadtverwaltung, der neuen politischen Gruppen und der Kirchen über die Einbindung demokratischer Kräfte in die Arbeit der Kommissionen der Stadtverordnetenversammlung und die Berufung in Ratsfunktionen, die bisher von Mandatsträgern der SED wahrgenommen wurden,

15 Ein weiteres Gespräch wurde mit dem Stadtbezirksbürgermeister von Südost im Rathaus Stötteritz für den 30.10.1989 angekündigt, LVZ vom 27.10.1989.

16 So wurden in der Stadtverordnetenversammlung vom 05.12.1989 durch Mitglieder des Rates u.a. Berichte zur Lage in der Stadt sowie zur Lösung des Wohnungsproblems vorgetragen, StadtAL, StVuR Nr. 19568.

17 StadtAL, StVuR Nr. 20943.

18 Das Amt des 1. Stellvertreters übernahm am 08.11.1989 Stadtrat Theo Ullrich, siehe Bericht des amtierenden Oberbürgermeisters vor der Stadtverordnetenversammlung am 08.12.1989. Für die Stadtverordnetenversammlung am 08.12.1989 war ursprünglich auch die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters vorgesehen. Diese Entscheidung wurde jedoch auf die nächste Sitzung vertagt, StadtAL, StVuR Nr. 19568, Bl. 10–11, 29. Nach Bekanntwerden der Wahlfälschungen vom Mai 1989 wurde die Neuwahl auf Vorschlag verschiedener Fraktionen jedoch bis zu den angekündigten Kommunalwahlen ausgesetzt, StadtAL, StVuR Nr. 19569, Bl. 13.

19 StadtAL, StVuR Nr. 19569; dazu auch Sitzung des Runden Tisches der Stadt Leipzig (im Folgenden: RTSL) Nr. 8 und Abschlussbericht der Untersuchungskommission (Kommission 23) des RTSL zur Wahlmanipulation im Mai 1989, StadtAL, RTSL Nr. 48.

statt. Am 29. November 1989 standen bei einem Gespräch mit dem amtierenden Oberbürgermeister im Neuen Rathaus, an dem die Ratsmitglieder sowie Vertreter aller basisdemokratischen Gruppen und Parteien teilnahmen, neben Fragen der materiell-organisatorischen Unterstützung der Stadtverwaltung für die oppositionellen Gruppen insbesondere die Überprüfung der massiven Polizeieinsätze am 7. (Tag der Republik) und am 9. Oktober nach dem Montagsgebet auf der Tagesordnung.

Zweck dieser »Rundtischgespräche« war zunächst die unmittelbare Sicherung des »normalen« Alltags in der Stadt, aber auch die Entwicklung neuer Konzepte für die städtische Zukunft im Zusammenwirken mit allen demokratischen Kräften.<sup>20</sup> Im Mittelpunkt stand allerdings die Frage der »Beteiligung an der Machtausübung«. Dazu schlug die Verwaltung zunächst vor, die Stadtverordnetenversammlung »zu öffnen« und 30 namentlich zu benennende Vertreter der Basisgruppen zu »integrieren«.<sup>21</sup>

In der Phase dieser Vorgespräche waren die beiden Gremien »Runder Tisch des Bezirkes Leipzig« und »Runder Tisch der Stadt Leipzig« (RTSL) noch nicht deutlich voneinander getrennt. Anfang Januar 1990 erklärte Superintendent Dr. Friedrich Magirius, der seit Dezember des Vorjahres am Runden Tisch des Bezirkes Leipzig mitarbeitete, seine Bereitschaft zur Übernahme der Moderation des RTSL. In dieser Zeit fanden bereits mehrere Beratungen über die Strukturierung der künftigen Arbeit des Runden Tisches statt und es wurden Vorarbeiten für eine Satzung geleistet.<sup>22</sup>

Mit seiner ersten informellen Sitzung am 17. Januar 1990 im Ratsplenarsaal des Neuen Rathauses konstituierte sich der RTSL.<sup>23</sup> Grundlage der Arbeit bildeten die Satzung und die Geschäftsordnung des RTSL, in denen die Zusammensetzung sowie die Arbeitsweise des Runden Tisches und seiner Kommissionen geregelt wurden.

Am RTSL nahmen 20 Stimmberechtigte, davon zehn Vertreter der neuen Parteien und Gruppierungen (Neues Forum, Demokratischer Aufbruch, Fraueninitiative Leipzig, Grüne Partei, Initiative Frieden und Menschenrechte, Sozialdemokratische Partei, Bürgerkomitee Leipzig) sowie zehn Vertreter der alten Parteien und Massenorganisationen (u. a. Demokratische Bauernpartei Deutschlands, Demokratischer Frauenbund Deutschlands, Christlich Demokratische Union, Nationaldemokratische Partei Deutschlands) teil. Die mit Stimm- und Antragsrecht am Runden Tisch zugelassenen Teilnehmer konnten jeweils zwei Vertreter entsenden, besaßen allerdings bei Abstimmungen laut

20 Das informelle Gespräch/Runder Tisch am 03.01.1990 wurde noch durch den amtierenden 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters Theo Ullrich geleitet.

21 Außerdem bot die Verwaltung an, bei Freiwerden der Stelle eines Ratsmitgliedes diese Stelle bis zur geplanten Neuwahl durch die Basisgruppen zu besetzen, vgl. Protokoll des Arbeitssekretariats des RTSL, StadtAL, RTSL Nr. 65, Bl. 2–3.

22 Die Protokollierung der Gespräche zum bzw. am Runden Tisch begann erst mit dem informellen Gespräch vom 03.01.1990, StadtAL, RTSL Nr. 5.

23 StadtAL, RTSL Nr. 6.



Geschäftsordnung nur eine Stimme.<sup>24</sup> Zwanzig weitere ständige Mitglieder ergänzten das Gremium, besaßen allerdings kein Stimmrecht (u. a. Ökolöwe-Umweltbund Leipzig, Initiative Freie Pädagogik, Volkssolidarität, Kulturbund, Behindertenverband).<sup>25</sup>

Der amtierende Oberbürgermeister nahm ständig am Runden Tisch mit Stimm- und Antragsrecht teil. Außerdem hatte der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 13. Dezember 1989 weitere Ratsmitglieder für die Teilnahme an den Beratungen des Runden Tisches festgelegt. Zu diesen Funktionsträgern gehörten neben dem amtierenden 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters der Stellvertreter für Inneres, der Stellvertreter für Energie, der Stadtrat für Kultur, der Stadtrat für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft, der Stadtrat für Finanzen und Preise sowie der Stadtrat für Jugend, Körperkultur und Sport. Ihre Aufgabe beschränkte sich jedoch auf die Berichterstattung ohne das Recht zur Abstimmung.<sup>26</sup>

Teilnahmeberechtigt, ohne Antrags- und Stimmrecht, waren darüber hinaus die sieben Stadtbezirkbürgermeister sowie die Vertreter der Nikolaikirche, der Reformierten Kirche, der Methodistischen Kirche und der Katholischen Kirche. Im Rahmen der vereinbarten Kooperation für Ordnung und Sicherheit wurden darüber hinaus Beauftragte des Volkspolizeikreisamtes und des Wehrkreiskommandos eingeladen.<sup>27</sup> Die Geschäftsordnung bestimmte zudem, dass im Bedarfsfall über diesen Personenkreis hinaus von Bürgern, Interessenvertretern oder Funktionsträgern am Runden Tisch Berichterstattungen entgegen genommen, Anträge eingebracht und Informationen eingefordert werden konnten. Bis Mai 1990 gehörten dem RTSL insgesamt Vertreter von 39 Gruppierungen und Parteien an, von denen 19 Stimmrecht besaßen. An den Sitzungen nahmen durchschnittlich zwischen 60 und 70 Personen teil. Anwesend waren in der Regel auch Pressevertreter, die über Inhalte und Beschlüsse der Tagungen berichteten.<sup>28</sup>

Der RTSL tagte im Ratsplenarsaal des Neuen Rathauses, jeweils mittwochs ab 17 oder 19 Uhr, oft bis weit nach Mitternacht. Dort gab es zwar keinen runden Tisch, aber die legitimierten Vertreter des RTSL nahmen auf Stühlen an einem aus Tischen gebildeten Quadrat Platz, um den sich weitere Stühle für Aktive und geladene Gäste gruppierten. Superintendent Friedrich Magirius, Pfarrer Hans-Jürgen Sievers von der Evangelisch-Reformierten und Pfarrer Gerhard Riedel von der Evangelisch-Methodistischen Kirche moderierten und leiteten die Sitzungen im Wechsel.<sup>29</sup> Im Zentrum des Zusammenwirkens zwischen den neuen politischen Gruppen, den etablierten Parteien und Organisationen sowie dem Rat der Stadt Leipzig stand das Funktionieren des städ-

24 StadtAL, RTSL Nr. 6, Bl. 10.

25 StadtAL, RTSL Nr. 16.

26 StadtAL, StVuR Nr. 20946, Bl. 7.

27 StadtAL, RTSL, Nr. 1.

28 Es ist zu berücksichtigen, dass die LVZ bis zum 18.01.1990 als Organ der SED erschien und sich erst mit der Ausgabe vom 19.01.1990 als »unabhängige Zeitung« verstand.

29 Die Festlegung der Moderatoren erfolgte in der Sitzung des RTSL am 17.01.1990, StadtAL, RTSL Nr. 6.



*Sitzung des Runden Tisches der Stadt Leipzig am 25. April 1990 im Ratssaal des Neuen Rathauses, moderiert von Friedrich Magirus (stehend) (Stadtarchiv Leipzig, BA 1990/30959, Foto Martin Naumann)*

tischen Alltags und die Vorbereitung des Übergangs zur kommunalen Selbstverwaltung. Trotz unterschiedlicher politischer Vorstellungen für eine künftige Entwicklung in der Stadt Leipzig war die Arbeit des RTSL von der Suche nach Konsens und der Lösung von Sachfragen geprägt.

Wie der Zentrale Runde Tisch der DDR in Berlin und die bezirklichen Runden Tische übte das Leipziger Gremium ursprünglich *keine parlamentarische oder Regierungsfunktion aus. Seine Empfehlungen und Vorschläge an das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung und an den Rat der Stadt sind zu berücksichtigen.*<sup>30</sup> Auch nach der offiziellen Bestätigung der Wahlmanipulationen in der Stadt Leipzig bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 beriet der RTSL in einer außerordentlichen Sitzung am 23. Januar 1990 über die daraus entstandenen Konsequenzen. Nach kontroversen Diskussionen verabschiedete das Gremium eine Stellungnahme, nach der die Stadtverordnetenversammlung trotz zweifelhafter Legitimation geschäftsführend bis zu einer möglichst bald durchzuführenden Kommunalwahl weiterarbeiten sollte. Als Bedingung wurde von den Stadtverordneten

<sup>30</sup> Vgl. Geschäftsordnung des RTSL vom 17.01.1990, ebd., Bl. 9.

gefordert, die Beschlüsse und Empfehlungen des RTSL zu beachten und eigene Vorlagen mit dem Runden Tisch abzustimmen.<sup>31</sup> Eine Umsetzung dieses Beschlusses in der Praxis kam jedoch nicht mehr zum Tragen, denn nach der Selbstauflösung der Leipziger Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 1990 übernahm der Runde Tisch alle legislativen Aufgaben bis zu der für das Frühjahr 1990 geplanten Kommunalwahl. Dem waren eine Loyalitätserklärung des Rates der Stadt gegenüber dem RTSL und das Ausscheiden einzelner politisch nicht mehr tragbarer Stadträte vorausgegangen. Damit wurde der RTSL zum eigentlichen politischen Entscheidungsgremium in der Stadt. Diese Konstellation war damals in der DDR offensichtlich ebenso einmalig wie die vorausgegangene Selbstauflösung der Volksvertretung.<sup>32</sup> Der RTSL definierte nach entsprechender Überarbeitung seiner Satzung die Funktion des Gremiums neu: *Nach Auflösung der Stadtverordnetenversammlung Leipzig nimmt der Runde Tisch alle legislativen Aufgaben bis zur Kommunalwahl wahr.*<sup>33</sup>

Der Rat der Stadt Leipzig erfüllte in den folgenden Wochen weiterhin seine exekutiven Aufgaben. Grundlage dafür war der Beschluss des RTSL vom 31. Januar 1990, mit dem *der Rat legitimiert ist, bis 6.5. geschäftsführend seiner Verantwortung nachzukommen.*<sup>34</sup> Die Stadträte waren nun gegenüber dem RTSL rechenschaftspflichtig. Ihr Entscheidungsrecht in Einzelfragen, wie zum Beispiel bei den Nutzungsrechten von Immobilien sowie bei der Klärung von Eigentumsfragen, wurde aufgehoben und dem RTSL übertragen.

Die Sitzungen des Rates der Stadt Leipzig, der sich ab Februar 1990 als „amtierend“ bezeichnete, später auch als »geschäftsführender Rat«, fanden weiterhin 14-tägig statt. Die Protokolle der Ratssitzungen enthalten keine Aufzeichnungen zu den mündlich vorgetragenen Informationen, wie u.a. zur allgemeinen und politischen Lage in der Stadt. Bemerkenswert ist, dass die Tagesordnung mit Vorlagen und Berichten für die Beratungen des RTSL inhaltlich in den Ratssitzungen vorbereitet wurden.<sup>35</sup> Im Februar 1990 war die Handlungsfähigkeit des Rates der Stadt durch Abberufungen, Rücktritte und Krankheit mehrerer Stadträte stark eingeschränkt.<sup>36</sup> Nach Aufforderung durch den

31 StadtAL, RTSL Nr. 7, Bl. 8. Diese Erklärung des Runden Tisches wurde auf der Tagung der Stadtverordneten am 26.01.1990, bei der Vertreter des RTSL sowie 173 Abgeordneten (nur 63 Prozent der Stadtverordneten), Mitglieder der Ständigen Kommissionen sowie die Stadtbezirksbürgermeister anwesend waren, verlesen, StadtAL, StVuR Nr. 19569, Bl. 113.

32 Grundsätzliche Darstellungen zum Verlauf der Stadtverordnetenversammlung vom 26.01.1990 bei Liebold, Zwischen demokratischem Zentralismus (Anm. 1), S. 53–58.

33 Geschäftsordnung vom 14.02.1990, StadtAL, RTSL Nr. 10, Bl. 16.

34 StadtAL, RTSL Nr. 8.

35 Die Vorbereitung der Tagesordnung für den RTSL ist erstmals im Protokoll der Ratssitzung vom 07.02.1990 festgehalten, StadtAL, StVuR(1) Nr. 20951.

36 Nicht besetzt waren zu diesem Zeitpunkt folgende Ratsbereiche: 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters (unbesetzt), Stadtrat für Planung (unbesetzt), Stadtrat für Finanzen (unbesetzt), Stadtrat für Kultur (Rücktritte), Stadtrat für Finanzen (Ermittlungsverfahren), Stadtrat für Inneres (Krankheit), Stadtrat für Umwelt (Übernahme einer Parteifunktion), Kreisarzt (Antrag auf Abberufung). Interview des amtierenden Oberbürgermeisters Günther Hädrich zur Situation im Rat der Stadt, in: LVZ vom 09.02.1990.

Rat der Stadt ernannte der RTSL in seiner Sitzung am 21. Februar 1990 aus den Reihen seiner politisch aktiven Oppositionellen, die persönlich und fachlich geeignet schienen, sechs zu Stadträten ohne eigenes Ressort. Vier weitere Mitglieder des RTSL übernahmen die vakanten Ratsfunktionen und die damit verbundene Leitung von Fachbereichen der Stadtverwaltung. Besetzt wurde die ebenfalls freie Stelle des 1. Stellvertreters des Oberbürgermeisters, allerdings mit einem »Altkader«, der bisher die Funktion des Stadtbezirksbürgermeisters Nordost innehatte.<sup>37</sup>

Außerdem ernannte der RTSL zwei Vertreter aus seinem Gremium als »Beauftragte des Runden Tisches beim OBM«. Ihre Hauptaufgabe bestand in der möglichst lückenlosen Kontrolle der Tätigkeit des amtierenden Oberbürgermeisters und der Stadträte. Dafür nahmen sie an den Sitzungen des amtierenden Rates der Stadt teil, erhoben gegebenenfalls im Namen des RTSL Einspruch gegen Verwaltungsentscheidungen bzw. zeichneten bei Zustimmung die Beschlussprotokolle der Sitzungen mit. Ähnliche Funktionen hatten die Stadträte ohne eigenes Ressort (außerordentliche Stadträte) zu erfüllen. Sie waren einzelnen Fachbereichen zugeordnet und besaßen hier ebenfalls Kontrollrechte. Dadurch sollten Entscheidungen in der Verwaltung für den RTSL und die Öffentlichkeit transparent und nachvollziehbar gestaltet werden. Allerdings war es den Vertretern des RTSL in der Praxis kaum möglich, alle fachinternen Abläufe innerhalb der Stadtverwaltung tatsächlich zu erfassen und zu kontrollieren. Als im Verlauf des Frühjahres 1990 die Auflösung der sieben Leipziger Stadtbezirke mit den Stadtbezirksversammlungen und den Räten der Stadtbezirke vorbereitet werden musste, wurde die Aufgabe ebenfalls den außerordentlichen Stadträten übertragen.

Am 7. Februar 1990 beschloss der RTSL die Bildung von 24 Kommissionen zur Beratung sachlicher Fragen, in denen etwa 320 Personen mitarbeiteten.<sup>38</sup> Diese Kommissionen nahmen teilweise Aufgaben der bisherigen Gremien der Stadtverordnetenversammlung wahr, wurden zum Teil auch entsprechend der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Interessen neu formiert. Neben Vertretern des RTSL selbst sowie beauftragten Mitgliedern aus allen Parteien und Gruppierungen gehörten zu ihnen zusätzlich interessierte Bürger der Stadt. In den Kommissionen war ähnlich wie am Runden Tisch selbst die Zahl der Stimmberechtigten beschränkt worden. Alle übrigen Kommissionsmitglieder fungierten beratend. Entsprechend der Satzung entsprach die Mitarbeit in einer Kommission des Runden Tisches dem Status eines provisorischen Volksvertreters, wodurch die Übernahme der Legislativfunktion durch den Runden Tisch nochmals verankert wurde. Jeder Kommission waren die entsprechenden Fachbereiche der Ratsverwaltung zugeordnet, u. a. Gesundheits- und Sozialwesen, Haushalt, Finanzen und Preise oder Sport- und Erholungswesen. Die Arbeit der Kommissionen

37 Die neuen Stadträte nahmen seit 07.03.1990 an den Ratssitzungen teil, StadtAL, StVuR Nr. 20953, Anwesenheitsliste, Bl. 4 und 7.

38 Vorschläge zur Bildung und personellen Besetzung der Kommissionen, vgl. StadtAL, RTSL Nr. 25.

war öffentlich, Beschlüsse und Vorlagen wurden damit öffentlich beraten und abgestimmt. Das Wirken der Kommissionen war vorrangig auf die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens in Leipzig gerichtet. Ein weiterer Schwerpunkt war die Aufdeckung und Öffentlichmachung der Strukturen des Polizei- und Überwachungsapparates wie der Organe der Staatssicherheit sowie der Untersuchung von Repressalien und begangenen Unrecht wie zum Beispiel im Bereich der Psychiatrie. Die Kommissionen fassten ihre Beratungsergebnisse in Protokollen und Beschlüssen zusammen und übergaben ihre Arbeitsergebnisse an den RTSL, der diese nach Beratung und Bestätigung an die Stadtverwaltung zur Umsetzung überwies.

Die Organisation der Arbeit des RTSL wurde im Wesentlichen durch den Rat der Stadt Leipzig getragen. Bereits am 27. Dezember 1989 richtete der Rat der Stadt Leipzig in den Räumen Markgrafenstraße 10 auf Antrag des Bürgerkomitees ein »Kontaktbüro« ein, das *Arbeitskontakte mit den basisdemokratischen Gruppen und Parteien zu realisieren sowie als Ansprechpartner in Bezug auf exekutive Problemstellungen zu wirken* hatte.<sup>39</sup> Entsprechend der veränderten Geschäftsordnung des RTSL gehörte der Leiter des Kontaktbüros ebenfalls zu den Teilnehmern am Runden Tisch.<sup>40</sup> Im Februar 1990 bestimmte eine weitere Vereinbarung zwischen dem Rat der Stadt und dem Bürgerkomitee, dass *ab sofort die gesamte Arbeit des Runden Tisches durch das Abgeordneten-kabinett und das Kontaktbüro vorbereitet wird*.<sup>41</sup> Nach und nach wurde das Kontaktbüro neben dem Abgeordneten-kabinett immer mehr in die Bewältigung der umfangreichen organisatorischen Arbeiten zur Vorbereitung der Sitzungen des RTSL einbezogen. Das Büro koordinierte die Erstellung, Drucklegung und Verteilung der umfangreichen Vorlagen und Beschlüsse für alle Teilnehmer, wertete die Sitzungsergebnisse aus und nahm Anträge und Vorschläge für die Tagesordnungen entgegen. Es arbeitete eng mit dem Rat der Stadt zusammen, leitete Beschlüsse und Aufträge des RTSL an die städtische Verwaltung weiter, beantwortete Anfragen und Eingaben von Bürgern und übernahm die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Nach Einrichtung der Kommissionen des RTSL erhöhte sich der Arbeitsaufwand immens, sodass schließlich alle Aufgaben in dem Anfang April 1990 neu organisierten Sekretariat (Bezeichnung auch »Arbeitssekretariat«) des RTSL zusammengefasst wurden, dass mit mehreren Mitarbeitern bis zum 31. Mai 1990 tätig war.<sup>42</sup>

Bis zu den Kommunalwahlen im Mai 1990 befasste sich der RTSL in seinen 18 Sitzungen mit Fragen aus allen Bereichen der städtischen Verwaltung und verabschiedete

39 StadtAL, RTSL Nr. 3, Bl. 5.

40 StadtAL, RTSL Nr. 6, Bl. 10.

41 StadtAL, RTSL Nr. 3; StVuR(1) Nr. 20951, Bl. 5.

42 StadtAL, RTSL Nr. 3, Bl. 15.

insgesamt 96 Beschlüsse.<sup>43</sup> Dabei standen folgende Probleme im besonderen öffentlichen Interesse und dadurch permanent auf der Tagesordnung des RTSL:

- die Weiterarbeit des Rates der Stadt Leipzig unter Berufung ehrenamtlicher, unentgeltlich arbeitender Stadträte bzw. neuer Dezernenten;
- die künftige Verwaltungsstruktur für die Stadt Leipzig;
- die Aufdeckung von Korruption (u. a. Im Bereich Wohnungswesen) und Wahlfälschung;
- die Sicherung der medizinischen Versorgung aufgrund des Ärzte- und Personalmangels;
- die Auflösung und Neuzuweisung der vom Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit und von der SED/PDS verwalteten Gebäude und Wohnungen;
- die Unterstützung für die neu etablierten Parteien und oppositionellen Gruppen (z. B. gemeinsame Nutzung des ehemaligen Gebäudes der SED-Bezirksleitung als Haus der Demokratie) sowie
- die Vorbereitung der Kommunalwahlen.

Spezielle Beratungsinhalte waren u. a.

- die Bausubstanz und die Wohnraumvergabe;
- die weitere Entwicklung der universitären Bildung;
- Wirtschaftskontakte zu Firmen in der BRD;
- der Aufbau bzw. die Pflege von Städtepartnerschaften;
- die Unterstützung in der Verwaltungsarbeit durch westdeutsche Kommunen;
- die Vorbereitung der Frühjahrsmesse 1990;
- die neue, noch heutige Nutzung des ehemaligen Gebäudes des VEB Chemieanlagenbau Leipzig durch die Stadtbibliothek.<sup>44</sup>

Regelmäßig wurde über Bürgeranfragen informiert, die inhaltlich eine breite Palette des städtischen Lebens betrafen wie die Sicherung der Müllentsorgung, die Auflösung der Betriebskindergärten oder die Wiedereingliederung psychisch Geschädigter. Darüber hinaus setzten sich die Teilnehmer am RTSL mit Angelegenheiten aus den Bereichen Kunst und Kultur, Ökologie und Energieversorgung, Dienstleistungen, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Gewerbe auseinander. Angesichts der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Leipzig hob der RTSL in seiner Sitzung vom 21. März 1990 die bereits vom Rat der Stadt Leipzig beschlossene Vorlage zur 825-Jahrfeier Leipzigs auf.<sup>45</sup> Zu den eher außergewöhnlichen Themen gehörte beispielsweise die Protest-

43 Einbezogen wurden in diese Zählung das Informelle Gespräch am 03.01.1990 sowie die außerordentliche Beratung am 31.01.1990, vgl. Sitzungsunterlagen des RTSL allgemein und Angaben im Abschlussbericht, StadtAL, RTSL Nr. 24.

44 Tagesordnungen und Protokolle der Sitzungen, StadtAL, RTSL Nr. 5–23.

45 StadtAL, RTSL Nr. 15.

aktion von Eltern gegen die Einrichtung eines Erotikmarktes in unmittelbarer Nähe zum Schulstandort.<sup>46</sup>

Aufgrund seiner heterogenen Zusammensetzung und dem Anspruch, sich nach außen hin für weitere Aktive zu öffnen, musste sich der RTSL ständig mit der eigenen Struktur und Arbeitsweise auseinandersetzen. In jeder Sitzung standen Änderungen zur Geschäftsordnung und Anträge zur Zulassung weiterer Parteien und Organisation mit Stimmrecht auf der Tagesordnung. Hier galt es, Entscheidungen zu treffen, die die Balance zwischen dem demokratischen Anspruch des Gremiums und seiner Arbeitsfähigkeit sicherten.

Viele Probleme konnten in der kurzen Zeit des Bestehens des RTSL allerdings nur aufgezeigt und diskutiert werden. Aufgrund fehlender neuer Rechtsnormen im gesamtstaatlichen Rahmen war wie im Bereich des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens für einzelne Fragen keine endgültige Lösung und Entscheidung möglich.

Als sich im Frühjahr 1990 der Termin für die Kommunalwahlen im Mai in Sachsen abzeichnete, war zu klären, ob und mit welchem Ziel, mit welcher Legitimation und in wessen Auftrag die Runden Tische weiterarbeiten können. Darüber wurde für das Gebiet der DDR einheitlich entschieden: die Runden Tische waren als legislatives oder exekutives Organ nach der ersten demokratischen Wahl von Kommunalvertretern nicht mehr vorgesehen. Über die entsprechenden zentralen Anweisungen im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen und der Frage des Weiterbestehens der Runden Tische informierte der Rat des Bezirkes Leipzig in einer Dienstberatung am 27. April 1990 die Räte der Städte und Kreise. Der amtierende 1. Stellvertreter des Rates der Stadt Leipzig führte am 7. Mai 1990 in der Sitzung des Rates der Stadt aus, dass auf kommunaler Ebene nach dem 6.5.90 keine (Runden Tische) mehr möglich sind. Der Runde Tisch der Stadt Leipzig tagt dementsprechend am 2.5.1990 letztmalig. Am 16. und 23.5.1990 ist die Übergabe zusammengefasster Materialien der einzelnen Kommissionen vorgesehen.<sup>47</sup>

Die Mitglieder des RTSL bereiteten dementsprechend die Übergabe ihrer Arbeitsaufgaben an die neuen Kommunalvertreter vor. Am 16. Mai 1990 berichteten die 24 Kommissionen des RTSL über ihre Arbeitsergebnisse. Diese Ausführungen fasste das Kontaktbüro/Arbeitssekretariat gemeinsam mit dem Abschlussbericht des RTSL in einem Beschlussprotokoll für die sich am 30. Mai neu konstituierende Stadtverordnetenversammlung zusammen.<sup>48</sup>

In der letzten Sitzung am 23. Mai 1990 erhielten alle Mitglieder diese Arbeitsergebnisse als abschließendes Dokument aus der gemeinsamen Tätigkeit überreicht und der

46 StadtAL, RTSL Nr. 66.

47 StadtAL, StVuR Nr. 20957, Bl. 9.

48 StadtAL, RTSL Nr. 50. Von der Kommission 23 – Untersuchungskommission – ist im Bestand kein Bericht überliefert.

RTSL löste sich offiziell auf. Zuvor dankte der amtierende Oberbürgermeister Günter Hädrich auf dieser Beratung allen, die im Bemühen um das Wohl der Stadt ein halbes Jahr lang miteinander gearbeitet und gestritten hatten und dabei viele wegweisende Entscheidungen für die künftige kommunale Selbstverwaltung sowie die Zukunft der Stadt Leipzig getroffen hatten. Er würdigte in erste Linie die Verdienste von Superintendent Magirius, Pfarrer Sievers und Pfarrer Riedel als Moderatoren des Runden Tisches. Friedrich Magirius selbst hielt das Schlusswort, in dem er als Besonderheit des Runden Tisches die breite und intensive Zusammenarbeit zwischen den verschiedensten Generationen, Gruppierungen und Schichten würdigte und diese Arbeitsatmosphäre auch dem neuen Stadtparlament, in das einzelne Vertreter des RTSL über die verschiedenen Fraktionen gewählt wurden, wünschte.<sup>49</sup> Weitere Mitglieder des RTSL übernahmen in der Folgezeit eine Tätigkeit in der Stadtverwaltung, u. a. als Dezernenten oder Amtsleiter. Friedrich Magirius wurde als Einzelkandidat 1990 ebenfalls zum Stadtverordneten gewählt und war von 1990 bis 1994 Stadtpräsident.<sup>50</sup>

### **Zur Quellenüberlieferung und der archivischen Bearbeitung im Stadtarchiv Leipzig**

Verschiedene Unterlagen des RTSL wurden bereits 1991 von ehemaligen Mitarbeitern des Kontaktbüros/Arbeitssekretariats des RTSL an das Stadtarchiv Leipzig übergeben. Im Dezember 1991 und Juli 1994 folgten weitere Akten und Einzeldokumente aus dem Büro der Stadtverordnetenversammlung sowie dem Büro des Stadtpräsidenten, die meist zu den Arbeitsunterlagen von Dr. Friedrich Magirius gehörten. Im Jahr 2000 konnte die gesamte Überlieferung im Stadtarchiv archivfachlich erschlossen und im Archivprogramm »Faust« inhaltlich verzeichnet werden.

Aufgrund der besonderen Bedeutung des Runden Tisches und der aus seiner Tätigkeit entstandenen Unterlagen legte die Bearbeiterin auf die Bildung möglichst vollständiger Sitzungsakten sowie die erweiterte Aufnahme aller Tagesordnungspunkte und relevanter Sachverhalte in den Datensätzen besonderen Wert. Der Schriftwechsel des Arbeitssekretariats und Kontaktbüros des RTSL ist teilweise sehr fragmentarisch über-

---

49 StadtAL, RTSL Nr. 23; LVZ vom 26./27.05.1990.

50 Die nachfolgenden Kommunalwahlen am 12.06.1994 fanden auf der Grundlage der neuen Sächsischen Gemeindeordnung statt. Die in Sachsen traditionelle Bezeichnung »Stadtverordnetenversammlung« für die Kommunalparlamente wurde durch den Begriff »Stadtrat« ersetzt. Gleichzeitig veränderte sich die Bezeichnung der Stadtverwaltung von »Rat der Stadt Leipzig« in »Stadt Leipzig«. Das Amt eines Stadtpräsidenten war im Mai 1990 v. a. zur Ehrung von Friedrich Magirius eingerichtet worden und entfiel durch die neue Gemeindeordnung.



liefert, sodass hier nur eine chronologische Ordnung der einzelnen Schriftstücke möglich war.

Der Bestand »Runder Tisch der Stadt Leipzig« umfasst Unterlagen zu folgenden Inhalten:

1. Zusammensetzung und Organisation
2. Protokolle, Vorlagen und Beschlüsse der Beratungen
3. Arbeit der Kommissionen
4. Einzelaufgaben sowie Zusammenarbeit mit Organisationen, Parteien, Institutionen und Bürgern
5. Zeitungsausschnittsammlung
6. Tonbandmitschnitte einzelner Beratungen.

Der Erhaltungszustand der Unterlagen hatte sich durch die häufige Benutzung erheblich verschlechtert. Einzelne Schriftstücke wiesen aufgrund der damals verfügbaren Druck- und Vervielfältigungstechnik bereits eine stark verblassende Schrift auf. Zur Erhaltung der einmaligen Unterlagen des RTSL kam deshalb nur die komplette Schutzverfilmung des Bestandes in Frage, die nach der Bestandsbearbeitung im Jahr 2001 erfolgte. Eine Benutzung des insgesamt 1,2 lfd. M. (90 Verzeichnungseinheiten) umfassenden Bestandes ist seitdem nur über Mikrofilm möglich.

### Überlieferungsschwerpunkte und Auswertungsmöglichkeiten

Die Überlieferung des RTSL enthält neben Unterlagen zur Zusammensetzung, zur Organisation und Arbeitsweise des Gremiums vor allem die Dokumentation zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Beratungen von Januar bis Mai 1990.

Während die Sitzungsunterlagen mit den Protokollen, Vorlagen und Beschlüssen nahezu vollständig überliefert sind, weisen die Akten einzelner Kommissionen erhebliche Lücken auf. Durch die Mitarbeit von Friedrich Magirius in verschiedenen anderen Arbeitsgruppen und Gremien befinden sich im Bestand RTSL auch Belege für die Tätigkeit der zeitweiligen Regierungskommission zur weiteren Entwicklung der Stadt Leipzig, des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig sowie über die entstehenden Partnerschaftsbeziehungen zu Verwaltungen und Organisationen in den westlichen Bundesländern. Ergänzt werden die Originaldokumente durch eine Zeitungsausschnittsammlung mit Artikeln über die Tätigkeit des RTSL, aber auch des Bürgerkomitees und zu lokalen Ereignissen in Leipzig.

Die Unterlagen des Runden Tisches besitzen innerhalb der Quellen zur Stadtgeschichte Leipzigs eine besondere Bedeutung. In der Phase zwischen friedlicher Revolution im Herbst 1989 und den demokratischen Kommunalwahlen am 8. Mai 1990 waren die Runden Tische in der DDR ein basisdemokratisches Gremium, das sich aus

der Übereinkunft zwischen neu entstandenen Parteien und Gruppierungen sowie der SED und den bisherigen Blockparteien und dem alten Staatsapparat auf allen Ebenen legitimierte. Mit der freien Wahl demokratischer Parlamente und der Einführung neuer Verwaltungsstrukturen verloren die Runden Tische ihre Existenzberechtigung. Den nur über einen relativ kurzen historischen Zeitraum agierenden Runden Tischen in der DDR kommt jedoch aufgrund ihrer Einmaligkeit in der deutschen Geschichte eine herausragende Stellung zu. Dies trifft insbesondere auf Leipzig zu, da hier ab Januar 1990 der einzige lokale Runde Tisch in der DDR sowohl legislative als auch exekutive Verantwortung in der Stadt Leipzig übernahm.

Bei Forschungsvorhaben zum Zeitraum 1989/90 sind im Stadtarchiv Leipzig vor allem die Unterlagen der Stadtverordnetenversammlung bis 1990 und ab Mai 1990 sowie die beim Rat der Stadt Leipzig geführten Akten zu einzelnen Verwaltungsbereichen mit heranzuziehen. Weitere Einzeldokumente befinden sich in der Zeitgeschichtlichen Sammlung des Stadtarchivs.

Darüber hinaus ist die Sichtung der im Staatsarchiv Leipzig überlieferten Unterlagen des Bezirkstages und des Rates des Bezirkes Leipzig sowie der SED-Stadt- und Bezirksleitung zur Stadt Leipzig zu empfehlen. Außerdem verwahrt das Staatsarchiv Leipzig neben den Dokumenten des Runden Tisches des Bezirkes Leipzig auch eine umfangreiche private Sammlung mit Flugblättern und Handzetteln aus der »Wendezeit«. Ebenso sollten die Dokumente im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig, im Archiv Bürgerbewegung e. V., des Leipziger Bürgerkomitees e. V. sowie im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Außenstelle Leipzig, einbezogen werden.

# Personalia

---

## Karl Czok zum Gedenken<sup>1</sup>

*Siegfried Hoyer*

Am 18. Juli 2013 verstarb nach langer schwerer Krankheit im Alter von 87 Jahren Prof. Dr. Karl Czok, sächsischer Landeshistoriker, bis zu seiner vorzeitigen Emeritierung 1987 Professor an der Sektion Geschichte der Karl-Marx-Universität und seit 1977 Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften.

Aus dem Zweiten Weltkrieg schwer verwundet zurückgekehrt, begann er 1949 an der Vorstudienanstalt seiner Heimatstadt Görlitz einen Kurs zur Erlangung des Abiturs, den er im folgenden Jahr an der ABF Leipzig erfolgreich beendete. Danach studierte er an der Universität Leipzig Geschichte, Germanistik und Philosophie. Schon als Student wurde er an dem 1951 neu gegründeten Institut für deutsche Geschichte in die Arbeit an spätmittelalterlichen Quellen einbezogen. Dies bestimmte wesentlich seine weitere akademische Entwicklung. Nach der Promotion (1957) über »Städtebünde und Zunftkämpfe in Deutschland während des 14. und 15. Jahrhunderts« war er Assistent, seit 1959 an der Abteilung Landesgeschichte, zu der nach der II. Hochschulreform (1951) das Institut für deutsche Landesgeschichte und Siedlungskunde herabgestuft worden war.

In den folgenden Jahren bemühte sich Karl Czok intensiv, die zugunsten der Nationalgeschichte verdrängte Orts- und Landesgeschichte in Lehre und Forschung stärker zur Geltung zu bringen. 1961 entstand mit durch seine Initiative die Arbeitsgemeinschaft »Heimat- und Landesgeschichte der deutschen Historikergesellschaft«. Ein erster Erfolg war die Herausgabe eines »Jahrbuches für Regionalgeschichte«, dessen erster Band 1965 als Beiheft zu den »Sächsischen Heimatblättern« erschien. Die folgenden Bände konnte er an den Böhlau-Verlag (Weimar) binden. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges insbesondere zwischen den beiden deutschen Staaten grenzte er gegen die in der Bundesrepublik weiter betriebene traditionelle Landesgeschichtsschreibung

---

<sup>1</sup> Zu Karl Czok vgl. ferner Manfred Unger: Ein Werk der Regional- und Landesgeschichte: Karl Czok zum 85. Geburtstag, in: Leipziger Stadtgeschichte. Jahrbuch 2011, S. 271–278.

eine Beschäftigung mit Regionalgeschichte in der DDR ab. Dieses Konzept und seine Umsetzung für alle Teile einer Region musste er gegen den Widerstand Berliner Instanzen durchsetzen, der erst in den siebziger Jahren allmählich aufhörte.

Karl Czok machte sich speziell auch um die Erforschung der Leipziger Stadtgeschichte verdient. Neben Monografien wie »Das alte Leipzig« (2. Aufl. 1985), »Leipzig – Geschichte der Stadt in Wort und Bild« (1978), »Die Nikolaikirche« (1992), »Die Nikolaikirche – offen für alle« (1995), die Mitherausgabe und Einführung zu »Leipzig – Photographie 1867–1929« erschienen aus seiner Feder eine Anzahl Aufsätze zur Geschichte dieser Stadt vom Mittelalter bis zur Gegenwart.

Auf Vorschlag der Kölner Stadtarchivarin Edith Ennen war er 1973 in die Internationale Kommission für Stadtgeschichte berufen worden. Er nutzte diese Verbindung u. a., um seine Kollegen und Schüler aus berufenem Munde mit der Forschung jenseits der Grenzen der DDR vertraut zu machen.

Wir verlieren mit Karl Czok einen engagierten Historiker, der sich um die Sächsische Landesgeschichte ebenso wie um die Stadtgeschichte verdient gemacht hat und unter den politischen Bedingungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts neue Wege beschritt, um diesen historischen Disziplinen Geltung zu verschaffen. Das fand nicht nur Beifall und Zustimmung, sondern auch Anwürfe durch jene, die Tradition vor Innovation setzen.

# REZENSIONEN

---

## Regesten der Urkunden des Hauptstaatsarchivs Dresden 1366–1380

*Bearbeitet von Eckhart Leisering*

(Veröffentlichungen des Sächsischen Staatsarchivs A 15)

Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2012, 476 Seiten, Ladenpreis: 50 Euro

ISBN 978-3-89812-949-7

Der hier anzuzeigende Band ist nunmehr der zweite, mit dem Eckhart Leisering die Urkunden des Sächsischen Staatsarchivs, Hauptstaatsarchiv Dresden mittels Regesten vorstellt. 2003 war der Band mit den Urkunden der Jahre 1350 bis 1365 erschienen. Damit schloss Eckhart Leisering seinerseits an die Regesten von Harald Schieckel an, die allerdings bereits 1960 erschienen waren und die Urkunden von 948 bis 1300 erfassten. Der »Schieckel« ist mittlerweile weit über Sachsen hinaus zum unentbehrlichen Arbeitsmittel geworden und die neuen Bände von Eckhart Leisering werden trotz vieler neuer digitaler Möglichkeiten ebenso zu den Grundlagenwerken für die Geschichtsforschung gehören. Die Überlieferung des Hauptstaatsarchivs Dresden zählt im Reigen der großen deutschen Archive zu den wichtigsten, gehörten doch die Wettiner, deren Überlieferung das Archiv maßgeblich prägt, zu den bedeutendsten politischen Kräften im Alten Reich. Unabhängig davon vereint das Hauptstaatsarchiv in Dresden jedoch Urkunden weiterer Provenienz, die aufgrund der Reformation oder als Depositum dahin gelangt sind. Folgerichtig stellt Eckhart Leisering die unterschiedlichen Bestände, die Originalurkunden enthalten, sowie die Provenienzen der registrierten Urkunden zusammen. Zu Beginn geht Leisering auf die Geschichte des Urkundenbestandes im Hauptstaatsarchiv Dresden ein und hebt wichtige Stücke des vorliegenden Bandes hervor. Darauf folgt eine »Anordnung der Registierungsangaben« mit Bemerkungen zu den einzelnen, für jede Urkunde abgehandelten Punkten. Diese wurden im Vergleich zum vorhergehenden Band zum Teil leicht verändert, jedenfalls da, wo es nötig war, präzisiert. Auf diese Weise ist nicht nur eine Gebrauchsanweisung für den vorliegenden Band entstanden, sondern vielmehr eine Handreichung für die Anfertigung von Urkundenregesten per se. Besonders hervorzuheben ist, dass eine »Übergangsform zwischen Kurz- und Vollregest angestrebt« wurde. Insbesondere Urkunden, die im Rahmen des Codex diplomaticus Saxoniae (regiae) bereits ediert wurden, sind nur relativ kurz wiedergegeben. Urkunden, die entweder gar nicht oder nur an entlegener Stelle ediert wurden, sind im Vollregest wiedergegeben. Einen Kunstgriff stellt es dar, wenn etwa die Namen von Zinspflichtigen aus Pertinenzformeln im Kleindruck wiedergegeben werden und damit der gesamte Personen- und Ortsnamenbestand einer Urkunde erschlossen werden kann. Es sollte für künftige Regestenbände überlegt werden, diese Angaben ebenfalls in den Haupttext des Regests zu übernehmen. Leisering benutzt für die Angaben zu Editionen oder Regesten noch die entlegensten Literaturangaben und verweist damit zum einen auf die Breite der sächsischen Geschichtsforschung, andererseits auf das Fehlen vieler notwendiger Volleditionen.

Der Hauptteil, die eigentlichen Regesten der Urkunden von 1366 bis 1380, umfasst 640 Nummern. Für das hier besonders interessierende Leipzig hält der Band 33 Betreffe bereit.

Von diesen sind bereits 23 als Volldruck oder Regest bekannt. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass für den Zeitraum die Leipziger Urkundenbücher (Stadt, geistliche Einrichtungen) vorliegen. Da im vorliegenden Band jedoch Fehllesungen und Irrtümer genau angegeben sind, lohnt ein Blick in das Regest auch bei vorliegender Volledition in jedem Falle. Beispielhaft sei das Regest Nr. 439 mit einer Urkunde des Leipziger Georgennonnenklosters Leipzig von 1376 genannt. Hier vermag Leisering etliche Lesungen Joseph Förstemanns zu verbessern und weitere Hinweise zu geben. Verwiesen sei auch auf die Nennung des Urkundenzeugen Johannes Pflückuff, dessen Zuname wohl Hinweis auf eine der bei Leipzig gelegenen Wüstungen gibt.

Die Regesten sind zum großen Teil ausführlich kommentiert worden, etwa zu Problemen bei der Datierung, zu abweichenden Lesungen bei Mehrfachausfertigungen und zur Begriffserläuterung. Mehrfach zieht Leisering bei beschädigten Urkunden die kopiale Parallelüberlieferung heran oder vergleicht den Text gar mit Ausfertigungen, die in anderen Archiven überliefert sind. Die Herangehensweise darf als vorbildhaft für weitere Regestenwerke gelten, zumal auch das kombinierte Personen-, Orts- und Sachregister hohen Ansprüchen genügt. Auf diesem Wege erschließen sich nicht nur für die Leipziger Geschichte zahlreiche neue Aspekte. Verwiesen sei etwa auf die Nennung einer Orgel, die im Kloster Alzelle vorhanden gewesen sein muss (Nr. 93). Eine Urkunde, die um 1369 entstand, belegt die Besichtigung von Mühlen im Umfeld des Klosters Heusdorf (Nr. 151). Für die Geschichte der Wettiner und ihrer Herrschaftsgebiete sind die zahlreichen Verpfändungen sowie die Verträge mit Kaiser Karl IV. herauszustellen. Insgesamt 10-mal wird Leipzig als Beurkundungsort angeführt – was weitere Erörterungen zu Leipzig als wettinische Residenz zulässt. Genannt sei auch der Kauf Wachaus durch das Zisterzienser-Kloster Buch 1377 (Nr. 485), das einen Einblick in die bunte herrschaftliche Struktur des Leipziger Landes gibt.

Neben den Originalurkunden ist an dieser Stelle auf die kopiale Überlieferung des Hauptstaatsarchivs Dresden zu verweisen, die in der wettinischen Kanzlei Mitte des 14. Jahrhunderts einsetzt. Leider ist der Erschließungsstand für diese Quellen nur sehr unbefriedigend. Viele Aspekte der Landes- und Stadtgeschichte bleiben dadurch zunächst verborgen bzw. erschließen sich schwer. Somit bleibt vor dem Hintergrund des vorzustellenden Bandes zu hoffen, dass die Dresdner Urkunden in originaler und kopialer Überlieferung künftig weiter erschlossen werden. Der vorgelegte Regestenband hat dafür Maßstäbe gesetzt. Die akribische Durchdringung selbst komplizierter Rechtshandlungen sowie die Wiedergabe als deutsche Regesten ermöglichen nicht nur dem Historiker, sondern auch dem interessierten Laien einen Zugang zu den Urkunden als wichtigsten Rechtsquellen des Mittelalters. Die avisierte Herausgabe der Regesten zu den Urkunden der Jahre 1301 bis 1350 richtet den Blick auf einen weiteren, bislang wenig beleuchteten Abschnitt der sächsischen Geschichte. Die Bearbeitung derartiger Bände ist höchst nötig, zumal für diese Zeiträume keine Bände des Codex diplomaticus Saxoniae vorliegen und in absehbarer Zeit nicht geplant sind. Die Orientierung der Regestenbände an den Zeiträumen, die durch das sächsische Urkundenwerk bearbeitet wurden, leuchtet indes nur zum Teil ein. Zu vielfältig sind die Provenienzen und damit die behandelten Themen und Orte, als dass die Dresdner Urkunden »nur« sächsische Urkunden sind. Eine weitere Bearbeitung der Überlieferung des Hauptstaatsarchivs, dies sei nochmals betont, ist auf dem hier vorgeführten Niveau daher höchst wünschenswert!

*Markus Cottin (Leipzig)*

## Das Leipziger Schöffebuch 1420–1478 (1491). Edition

*Bearbeitet von Jens Kunze*

(Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig, Bd. 4)

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2012, 425 Seiten, Ladenpreis: 64 Euro

ISBN 978 3-86583-650-2

Die vorliegende Edition des Leipziger Schöffebuches füllt in mehrfacher Hinsicht eine Forschungslücke. Von der Anregung Gustav Wustmanns im Jahre 1901, diese wichtige Quelle zur älteren Stadtgeschichte in gedruckter Form einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bis hin zur Realisierung dieses Wunsches mussten immerhin mehr als elf Jahrzehnte vergehen, in denen die stadtgeschichtliche Forschung zwar – namentlich in den zurückliegenden zwei Dezennien – weiter vorangeschritten ist, dennoch aber beständig auf zahlreiche Schwierigkeiten stößt, die insonderheit mit der Quellenüberlieferung im Allgemeinen und der Edition des Quellenmaterials im Besonderen zusammenhängen. Mit Blick auf die 1000. Wiederkehr der Ersterwähnung Leipzigs im Jahre 2015 und der aus diesem Anlass in Arbeit befindlichen neuen, immerhin vierbändigen Stadtgeschichte steht der Forschung und allen an der älteren Stadtgeschichte interessierten Laien nunmehr die in ihrer Bedeutung kaum hoch genug zu würdigende Edition des Leipziger Schöffebuches aus dem 15. Jahrhundert zur Verfügung.

Leipzig, das gerade im 15. Jahrhundert einen weitgehend (zumindest nach den Hussitenkriegen) stetigen, durch Universitätsgründung, Verdichtung des Fernhandels sowie Messeprivilegierungen hervorgerufenen Aufstieg erlebte, der sich auch in einer Zunahme der Bevölkerungszahl niederschlug, ist mit stadtgeschichtlich relevanten Quellen für das Spätmittelalter aus den allseits bekannten Gründen nicht übermäßig gesegnet. Nach der für das Jahr 1292 vorliegenden ältesten Nachricht über ein *liber civium* (dem frühesten Zeugnis in Sachsen überhaupt), dem ersten Leipziger Stadtbuch von 1359 sowie dem sog. Urfehdebuch für die Jahre 1390–1480, das Gustav Wustmann edierte, steht in zeitlicher Reihenfolge das Schöffebuch an vierter Stelle der erwähnten bzw. überlieferten Stadtbücher.<sup>1</sup> Zwar wurde in der Literatur wiederholt auf diese Quelle verwiesen bzw. diese für rechtsgeschichtliche Untersuchungen herangezogen, das Schöffebuch selbst jedoch blieb einer größeren Öffentlichkeit weitgehend verborgen.

Jens Kunze, der bereits 2008 eine grundlegende Arbeit über das Amt Leisnig im 15. Jahrhundert vorgelegt hat<sup>2</sup> und der über die mühevolle editorische Kleinarbeit am Projekt Leipziger Schöffebuch bereits auf einer Veranstaltung des Leipziger Geschichtsvereins 2012 eindrucksvoll zu berichten wusste, bietet in einer 15-seitigen Einleitung zunächst grundlegende Informationen zum historischen Kontext. Dies schließt die Rolle, Zusammensetzung und Funktionsweise des Leipziger Schöffentuhls bzw. die Zusammensetzung des Schöffengerichts ein, was für das Verständnis städtischer Rechtsprechung in Leipzig im 15. Jahrhundert große Bedeutung hat, zumal sich die Verpfändung der oberen und niederen Gerichtsbarkeit

<sup>1</sup> Vgl. hierzu die knappe Übersicht bei Henning Steinführer, Die Leipziger Ratsbücher 1466–1500. Forschung und Edition (= Quellen und Materialien zur Geschichte der Stadt Leipzig 1), 2 Bde, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2003 (hier S. XXXVII–XXXIX).

<sup>2</sup> Jens Kunze, Das Amt Leisnig im 15. Jahrhundert. Verfassung, Wirtschaft, Alltag, Leipzig 2008.

in Leipzig durch Kurfürst Friedrich I. an die Stadt Leipzig 1423 bzw. die erneute Verpfändung zehn Jahre später auch im Schöffebuch niederschlug. Der erste Eintrag stammt auf fol. 1r vom 9. Januar 1420, der letzte Eintrag auf fol. 149r–149v vom 13. Januar 1478. Zu diesen 149 Pergamentblättern, von neuzeitlicher Hand foliiert, kommt das nicht zum ursprünglichen Bestand zählende Blatt 150 als Nachtrag hinzu, das mit 1491 datiert ist. Aus der inhaltlichen Beschreibung des Schöffebuches geht hervor, dass das Schöffebuch in 519 jeweils auf den Gerichtstag datierte Einträge (fast ausschließlich in deutscher Sprache) gegliedert ist: Während sich in den ersten Jahren dabei jeweils nur vier oder fünf Einträge per annum finden, steigt die Zahl der Gerichtstage und damit der Einträge bald an, wobei auch die Komplexität der verzeichneten Vereinbarungen zunimmt.

Bei den aufgezeichneten Rechtshandlungen im Schöffebuch handelt es sich nahezu ausschließlich um Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit. An erster Stelle stehen Eheverträge, bei denen die Eheleute ihren in das gemeinsame Vermögen eingebrachten Besitz verzeichnen ließen. Ebenso zahlreich finden sich Angaben zum Wechsel von Grundbesitz. Diesen schließen sich – in der quantitativen Auflistung – die Aufnahme von Hypotheken und die damit verbundene Stellung eines Pfandes bzw. dessen Wiedereinlösung an. Gelegentlich erscheinen auch Testamente, Stiftungen und die Entlassung von Vormündern. Da das Schöffebuch mitunter recht detaillierte Angaben über die Aufteilung von ererbtem Besitz, über den Erwerb von Immobilien, Vormundschaftsangelegenheiten sowie vielfältige Familienbeziehungen enthält, gewährt es einen Blick in die spätmittelalterliche Lebenswelt der Stadt Leipzig.

Insgesamt erweist sich das Schöffebuch als unverzichtbare Quelle für orts-, siedlungs-, sozialgeschichtliche sowie genealogische Forschungen. So ist das Leipziger Schöffebuch die früheste bekannte Leipziger Quelle (das älteste Ratsbuch setzt erst 1466 ein), die in großem Umfang Personen nennt, die zudem häufig in einem familiären Zusammenhang erscheinen. Allein aus den ersten drei Dezennien sind dies etwa 2500 Personennamen, die deren Träger in einen Kontext stellen, aus dem sich wiederholt Familien rekonstruieren lassen, auch unter Hinzuziehung weiterer Quellen – etwa des auch online (im Rahmen des digitalisierten Codex diplomaticus Saxoniae) zur Verfügung stehenden Leipziger Urkundenbuches oder der von Henning Steinführer edierten Ratsbücher. Die im Schöffebuch auftauchenden Namen gehörten dabei in ihrer sozialen Zuordnung überwiegend zur Mittel- und Oberschicht der Messestadt. Aber auch Magister und Doktoren der Leipziger Universität finden sich im Schöffebuch. Zu ihnen gehört etwa der Leipziger Jurist und spätere Naumburger Bischof Dietrich von Bocksdorf.<sup>3</sup> Ebenso sind Geschäfte Leipziger Juden – allen voran Abraham (von Leipzig) mit 18 Einträgen – belegt.<sup>4</sup> Einleitend verweist Kunze zudem auf die Erstnennung von Leipziger Straßen und Plätzen im Schöffebuch, die wichtige Bausteine für Leipzigs nur in Grundzügen bekannte Topographie im Mittelalter liefern. Insgesamt werden so vielfältige Informationen nicht allein über den Rechtsalltag in Leipzig und damit die neue Stadtgeschichte geliefert, die

3 Zu diesem vgl. Marek Wejwoda, *Spätmittelalterliche Jurisprudenz zwischen Rechtspraxis, Universität und kirchlicher Karriere. Der Leipziger Jurist und Naumburger Bischof Dietrich von Bocksdorf* (ca. 1410–1466), Leiden 2012.

4 Damit können die von Maïke Lämmerhirt getroffenen Aussagen zu Abrahams Geschäftstätigkeit weiter konkretisiert werden. Vgl. Maïke Lämmerhirt, *Juden in den wettinischen Herrschaftsgebieten. Recht, Verwaltung und Wirtschaft im Spätmittelalter* (=Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe Band 21), Köln/Weimar/Wien 2007 (hier v.a. S. 410–423).



– z.B. mit Blick auf die Informationen zu den rund 5000 im Schöffnenbuch auftauchenden Personen – in einer gesonderten Datenbank zu erfassen sich lohnen würde, wofür auch der Editor plädiert.

Ein wertvoller Index zu Personen, Orten und ausgewählten Berufen sowie mehrere Farbabbildungen von Einträgen aus dem Schöffnenbuch beschließen diese vorbildhafte Edition. Insgesamt ist damit ein weiterer wichtiger Quellenbestand erschlossen und nach wissenschaftlichen Kriterien ediert worden, der für die Geschichte Leipzigs einen großen, ja fundamentalen Wert besitzt. Und zwar weit über das Jahr 2015 hinaus.

*Thomas Krzenek (Leipzig)*

**Leipzigs Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart.  
Akteure, Handlungsspielräume, Wirkungen (1400–2011)**  
(Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig, Band 3)

*Hrsg. von Susanne Schötz; Redaktion: Sebastian Kusche*

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2012, 504 S., Ladenpreis: 62 Euro

ISBN 978-3-86583-637-3

Nach den Bänden »Stadt und Universität« (2010) und »Schule in Leipzig« (2011) liegt nun mit »Leipzigs Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart« der dritte Band der in Vorbereitung auf das 1000-jährige Stadtjubiläum neu begründeten Schriftenreihe »Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig« vor. Wie seine Vorgänger beinhaltet diese gewichtige Publikation vor allem die am 3. Tag der Stadtgeschichte im Herbst 2011 gehaltenen Vorträge in einer meist etwas abgewandelten bzw. erweiterten Druckfassung. Mit dieser zweitägigen wissenschaftlichen Konferenz hatten sich die Veranstalter (Leipziger Geschichtsverein und Universität Leipzig) zum Ziel gesetzt, wesentliche Entwicklungslinien der Leipziger Wirtschaft in sechs Jahrhunderten, neue Forschungsergebnisse sowie bisher wenig beachtete Aspekte und Bereiche vorzustellen (vgl. Kurzbericht über die Tagung in Jahrbuch 2011, S. 5–8 von Sebastian Kusche). Dabei ist von den 24 Autoren ein außerordentlich breites und vielschichtiges Themenspektrum präsentiert worden. Es reicht von Handel, Handwerk und Gewerbe im Spätmittelalter, über die Bedeutung der Leipziger Messe in der frühen Neuzeit und in der NS-Diktatur, die Rolle des Stadtrates im Wirtschaftsleben und den »Wirtschaftsboom« im Industriezeitalter bis zur Entwicklung in einzelnen Branchen und Betrieben im 19. und 20. Jahrhundert. Dass es sich bei dem vorliegenden Band aber um weit mehr als »nur« den Protokollband der oben genannten wissenschaftlichen Tagung handelt, zeigt die zusätzliche Aufnahme von 12 Beiträgen weiterer Autoren, die beim Kolloquium nicht zu hören waren. Mit dieser umfangreichen Erweiterung des Konferenzbandes durch ebenso spannende wie wichtige Themen zur Leipziger Wirtschaft zeigt sich deutlich, wie viele Wissenschaftler ganz unterschiedlicher Institutionen oder Ausrichtung mit diesen Fragen befasst sind.

Aus der gebotenen quantitativen Beschränkung einer Rezension ist es jedoch nicht möglich, auf alle Aufsätze näher einzugehen. Der Rezensent muss sich im Folgenden auf einige ihm wichtige und ggf. für die Leser unseres Jahrbuches nützliche Informationen beschränken.

Wussten Sie beispielsweise, welche bedeutsame Rolle die bereits im ausgehenden Mittelalter global agierenden Fugger für Leipzig und seinen frühen Messehandel spielten? Aus dem Aufsatz von Enno Bünz, Professor für Landesgeschichte an der hiesigen Universität, erfahren Sie im Kontext von Messeplatz, Faktorei und landesherrlichem Hof mehr darüber. Daran schließt sich der gleichfalls von einem Leipziger Universitätsprofessor (Markus A. Denzel) verfasste Aufsatz über die internationale Ausstrahlung der Messestadt Leipzig als Marktplatz Europas in der frühen Neuzeit an. Hier ist unter anderem zu lesen, welche beträchtlichen Mengen an Textil-, Kolonial- und Metallwaren und welche enormen Summen an Bargeld im 18. Jahrhundert während der Leipziger Messen umgeschlagen wurden und wie sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Übergang von der Waren- zur Mustermesse vollzog.

Mit der Entwicklung Leipzigs als Messestadt befassen sich auch die Beiträge von Manfred Straube (»Über die Anfänge der Großen Märkte in Leipzig«), Markus Kaufhold (Die Rolle der Leipziger Oberbürgermeister im Verwaltungsrat der Leipziger Messe während des »Dritten Reiches«) und schließlich Martin Buhl-Wagner, der mit seinem Beitrag über »Messegesellschaften als zentrale Beziehungsmanager im weltweit vernetzten Business« die Jahre nach 1990 bis in die Gegenwart analysiert. Zudem stellen einige weitere Autoren spezielle Aspekte der Messegeschichte vor (z. B. Reclam-Verlag auf der Messe zwischen 1945 und 1990). Zwar wurde zur Leipziger Messe und Leipzigs Bedeutung als Buchstadt in den vergangenen Jahrzehnten schon viel geforscht und publiziert, dennoch enthält der Band auch zu letzterem durchaus neue Erkenntnisse, Wertungen und Fragestellungen (Thomas Keiderling: »Innovationen im Leipziger Buchhandel und Buchgewerbe 1800–1914«, Mario Gäbler: »Was bleibt von der Buchstadt? Die Entwicklung der Verlagslandschaft nach 1989«).

Weitere Schwerpunkte des Bandes bilden die Leipzig über mehrere Jahrhunderte prägenden Handwerkszünfte und die Kaufmannschaft. Bereits in dem ersten und mit 37 Seiten umfangreichsten Beitrag vermittelt Prof. Uwe Schirmer von der Universität Jena dazu für den Zeitraum 1250 bis 1650 einen fundierten Überblick. Speziellere Aspekte dieser Hauptprotagonisten des frühen Leipziger Wirtschaftslebens stellen Marcel Korge (»Das Leipziger Zunft-handwerk und die kollektive Sicherung bei Krankheit und Tod vor 1800«), Susanne Schötz (über Leipziger Handelsfrauen des 16. bis 19. Jahrhunderts) und Katharina Middell (»Hugenotten in der Wirtschaftsgeschichte Leipzigs«) vor. Zur Bedeutung des Leipziger Rates als Wirtschaftskraft am Beispiel der Betreibung der Ratsziegelscheunen vom 16. bis 19. Jahrhundert sowie dessen Rolle als Wirtschaftsförderer seit dem späten 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg steuern Carla Calov und Dr. Anett Müller vom Stadtarchiv Leipzig umfangreiche Aufsätze bei. Anhand bisher wenig beachteter Quellen ihres Stadtarchivs können sie zahlreiche Belege für das erfolgreiche wirtschaftliche Agieren des Stadtrates als wesentliche Voraussetzung für den Ausbau der Infrastruktur, die städtebauliche Entwicklung und letztlich für die Versorgung der Bevölkerung erbringen. Dies fand in breitem Rahmen bei der Großstadtwerdung Leipzigs mit der Modernisierung oder dem Neubau von Einrichtungen wie leistungsfähigen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, Krankenhäusern, Vieh- und Schlachthöfen, Markthallen und Verkehrswegen seine Fortsetzung. Von diesen wichtigen infrastrukturellen Maßnahmen hingen die Ansiedlung bzw. Erweiterung von Wirtschafts- und Handelsbetrieben,

von Verlagen, Banken, Versicherungen und Verwaltungseinrichtungen und damit ganz maßgeblich Entwicklung, Wachstum und Bedeutung Leipzigs ab.

Ein weiterer Abschnitt ist der Wirtschaft bzw. einzelnen Unternehmen im 20. Jahrhundert gewidmet, der acht Aufsätze im Umfang von insgesamt über 160 Seiten umfasst. In seinem Beitrag über die Bedeutung der Juden in der Leipziger Rauchwarenwirtschaft geht Steffen Held nochmal weit ins 19. Jahrhundert zurück. Er räumt dabei auch mit manchen sich bis heute haltenden Thesen auf, so z.B. dass die Juden bis 1938 den größten Teil des Leipziger Pelzhandels und der Pelzverarbeitung beherrschten.

Einem traurigen und erstaunlicherweise bislang nicht tiefer ausgeloteten Kapitel jüdischer Geschichte widmet sich Thomas Ahbe in seinem Aufsatz »Das Versteigerungshaus Hans Klemm und die Ausplünderung der Leipziger Juden im Dritten Reich. Opfer, Täter, Nutznießer«. Auf der Basis einer fundierten Auswertung der Akten des Versteigerungshauses Klemm, die sich im Staatsarchiv Leipzig befinden, macht der Autor an zahlreichen Beispielen die Praxis der Entrechtung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung Leipzigs deutlich. Das Auktionshaus Klemm versteigerte einen großen Teil des beweglichen Eigentums der jüdischen Bevölkerung vor deren Ausbürgerung oder Deportation. Es bereicherte sich an den erzielten Erlösen ebenso wie die »arischen Volksgenossen«, die zum kleinen Preis ihre Einrichtung oder ihren Hausrat mit »Judensachen« komplettierten. In der gleichen Zeit ist der Aufsatz von Ramona Bräu über die Leipziger Rüstungsfirma Hugo Schneider AG und dem dort in starkem Maße und mit brutaler Härte praktizierten Arbeitseinsatz ausländischer Zwangsarbeiter angesiedelt. Zum Thema Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges in Leipzig liegen bereits mehrere wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen vor. Vom Stadtarchiv und vom Staatsarchiv Leipzig wurden größere Ausstellungen gezeigt und nicht zuletzt durch die Aktivitäten der Gedenkstätte Zwangsarbeit in der Permoserstraße (auf früherem HASAG-Gelände) ist das Thema permanent präsent. Aufgrund der äußerst dürftigen Quellenlage bestehen jedoch gerade für den Leipziger Stammbetrieb der HASAG noch viele Informationslücken, die auch dieser Beitrag nur bedingt schließen kann.

Sehr realitätsnah und interessant stellt Dr. Francesca Weil den »Betriebsalltag in der DDR am Beispiel des Leipziger Arzneimittelwerkes« dar, wobei sie neben den umfangreichen Archivalien des früheren Betriebsarchivs (heute im Staatsarchiv Leipzig) auch zahlreiche Einschätzungen aus Interviews mit ehemaligen Betriebsangehörigen einfließen lässt. Einen deutlich kürzeren Beitrag über »Die Stadt Leipzig in der Planwirtschaft der DDR« steuert Oliver Werner bei und zeigt Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung im Korsett zentraler Planvorgaben zwischen Kriegsende und Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland auf. Die Bezirksbildung 1952 wird dabei als wichtige Zäsur ebenso herausgestellt wie der starke politisch-ideologische Einfluss der SED-Bezirksleitung (insbesondere des »Hardliners« Paul Fröhlich von 1952 bis 1970) bei Wirtschaftsfragen im Bezirk.

Thematisch etwas ungewöhnlich scheint auf den ersten Blick der Aufsatz »Von Rosenblüten, Banknoten und dem Schweizerbund – Quellen zu Leipziger Unternehmen im Staatsarchiv Leipzig« von Dr. Thekla Kluttig, Referatsleiterin unter anderem für die Wirtschaftsüberlieferung im Staatsarchiv Leipzig. Sie macht in einem ersten Abschnitt den Leser zunächst mit der Vielfalt und dem enormen Umfang der Wirtschaftsbestände im Staatsarchiv (469 Unternehmens- bzw. frühere Firmenarchive aus dem Bezirk Leipzig mit über 7 300 laufenden Metern Archivalien) bekannt und widmet sich dann in einem zweiten größeren Abschnitt exemplarisch drei ausgewählten, einstmals bedeutenden Leipziger Wirtschaftsunternehmen. Neben den in-

ternational agierenden Firmen Schimmel & Co. in Miltitz (ätherische Öle und Essenzen) und der 1852 gegründeten Wertpapierdruckerei Giesecke & Devrient wird die heute kaum noch bekannte Firma »Haus W.E.Z. Cigarrenfabrik Camenzind & Co« (gegründet 1911) vorgestellt. Der Beitrag macht deutlich, wie dicht die Archivüberlieferung zur Wirtschaft (zu berücksichtigen wären zudem noch die Bestände des Sächsischen Wirtschaftsarchivs e. V. in Leipzig) des Großraumes Leipzig trotz aller Kriegsverluste, Archivverlagerungen und Vernichtungen heute noch ist und welches gewaltige Forschungsfeld sich hier für Generationen von Historikern auftun würde.

Den Band runden die Aufsätze von Rita Fleischer und René Schumann zur wirtschaftlichen Entwicklung Leipzigs seit 1990 und der bereits erwähnte Beitrag von Martin Buhl-Wagner zur Entwicklung der Messegesellschaft ab, womit Gegenwart und Ausblick auf die kommenden Jahre Berücksichtigung finden.

Ein Personenregister erleichtert den Zugang zu der hier vermittelten Informationsfülle. Als Fazit lässt sich einschätzen, dass mit dem vorliegenden Band ein äußerst wertvoller Beitrag zur Leipziger Wirtschaftsgeschichte geleistet wurde, der jedem an der Stadtgeschichte Interessierten trotz seines relativ hohen Preises uneingeschränkt empfohlen werden kann.

*Gerald Kolditz (Leipzig)*

*Michael Maul*

»Dero berühmter Chor«.

### **Die Leipziger Thomasschule und ihre Kantoren (1212–1804)**

Lehmstedt Verlag, Leipzig 2012, 434 S., Ladenpreis: 29,90 Euro

ISBN: 978-3-942473-24-8

Der Band erschien im Jubiläumsjahr des Thomanerchors in der gewohnt guten, aufwändigen Gestaltung und Ausstattung mit Leineneinband, Schutzumschlag, Fadenheftung, Lesebändchen und mehreren farbigen Abbildungsteilen im Lehmstedt Verlag, wird aber darüber hinaus als ein Standardwerk zur Thomasschule und ihrer musikalischen Tradition Bestand haben. Der Autor, Musikwissenschaftler am Leipziger Bach-Archiv, legte schon mehrere Veröffentlichungen zur Musikgeschichte vor. Seit vielen Jahren forscht er in den verschiedensten Archiven und Einrichtungen zu seinen Themen und konnte dabei manch spektakulären Fund machen. Damit schuf sich der Verfasser gleichzeitig ein solides Fundament für seine musikgeschichtlichen Arbeiten.

Das Buch beginnt mit einem kurzen, sehr aner kennenden Geleitwort des Dirigenten und Bach-Kenners Sir John Eliot Gardiner, der ab 2014 als Stiftungs-Präsident des Bach-Archivs fungieren wird.

In einer kurzen Einleitung erläutert der Verfasser sein mit der Publikation verbundenes Anliegen. Er will auf »der Basis einer neuerlichen, breit angelegten Quellenstudie ... die Ge-

schichte des musikalischen Profils der Schule ergründen, eines Profils, an dessen Etablierung ... weniger die Obrigkeiten als viel mehr die Leipziger Bürger den entscheidenden Anteil hatten und um dessen Fortbestand in Schule und Rathaus auch immer wieder hart gerungen wurde«. (S. 9) Die 800-jährige Entwicklung der Thomasschule erscheint rückblickend wie eine kontinuierliche Erfolgsgeschichte, war in Wirklichkeit aber ausgesprochen wechselvoll. Die Anstellung des Thomaskantors wird dabei nicht isoliert betrachtet, sondern im Kontext der damaligen kulturpolitischen Entscheidungen und Entscheidungsträger.

Im Gegensatz zu den ersten zwei-, dreihundert Jahren ist die Quellenlage ab der Reformation sehr gut. Neben den Stiftungsakten der Thomasschule und -kirche und den ab Mitte des 17. Jahrhunderts vorhandenen Protokollen der Ratssitzungen resultiert der Erkenntnisgewinn auch aus der kompletten Durchsicht der ab dem Ende des 16. Jahrhunderts überlieferten Kirch- und Schulrechnungen im Stadtarchiv Leipzig.

Die Publikation ist in fünf Kapitel gegliedert. Das erste Kapitel »Von der Klosterschule zur zusätzlichen Stadtschule (1212–1593)« bildet mit 17 Seiten den kleinsten Teil des Buches. Es zeigt die Frühgeschichte der Schule und die frühen Stiftungen zugunsten der Thomasschule auf, die am Anfang einer langen Reihe bürgerlicher Stiftungen und Legate für Schule und Chor stehen, und reflektiert das stärkere Sichtbarwerden des Chors in der Stadt durch das ab 1581 eingeführte Kurrendesingen.

Das zweite Kapitel »Wie die Thomasschule ›Singschule‹ wurde (1594–1640) ist durch den Zuwachs an Quellen schon umfangreicher. In der Zeit des Kantorats von Sethus Calvisius steigt nicht nur die Anzahl der Alumnen, sondern auch die Qualität des Chors. Das musikfreundliche Klima der 1610/20er-Jahre hält beim Thomaskantor Tobias Michael nicht an. Anlässlich der Schulvisitation 1631 klagt er über den Verfall der Schulmusik. Durch die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges kommt auch die Schule in Bedrängnis. Ein Aufruf an die Einwohner zur Unterstützung bewirkt die Zunahme der Stiftungen und Legate für die Thomasschule.

In der ersten gedruckten Schulordnung von 1634 werden dann erstmalig die überdurchschnittlichen gesanglichen Fertigkeiten für die Aufnahme als Alumne festgeschrieben. Der musikalische Erfolg, der weitere Stiftungen bewirkt, sowie die Erzielung von Einnahmen durch den Gesang der Alumnen führen zur Ausrichtung des Stundenplanes mit dem Schwerpunkt Gesang und Musik. Die Thomasschule wird damit zur einzigartigen Musikinstitution. Maul weist nach, dass die der Musik zuträglichen Rahmenbedingungen die Anziehungskraft des Thomaskantorats ausmachten und dem Amtsinhaber Raum für seine künstlerische Entfaltung ließen.

Allerdings schreibt die Schulordnung auch weitreichende Kompetenzen für den Rektor fest, die sich auf den Chor und die Musik auswirken können. Dies bildet den Grundstein für die im 18. Jahrhundert auftretenden Differenzen zwischen Kantor auf der einen und Rektor sowie Stadtbürgerei auf der anderen Seite.

Das dritte Kapitel »Den Ruhm bey der ganzen musicalischen Welt« (1640–1701)« beleuchtet eine erste musikalische Hochzeit der Schule. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts gingen zahlreiche professionelle Musiker wie Johann Schelle, Christoph Graupner und Johann Friedrich Fasch aus der Schule hervor. Die Schule erhielt dadurch große Anziehungskraft für Sachsen und darüber hinaus. Maul untersucht die Entwicklung der Schule und des Chors unter den verschiedenen Rektoraten und Kantoraten. Dabei hat er immer das Verhältnis zum Rat und den für die Schule entscheidenden Vertretern im Blick. Das Verhältnis Johann Kuhnaus und Georg Philipp Telemanns wird neu gewertet.

Im vierten Teil »Eine wunderliche und der Music wenig ergebene Obrigkeit«. Die Thomasschule in der Krise (1701–1730)« belegt Maul anhand umfangreicher Zitate aus der Fülle der Eingaben an den Rat, wie sich der Konflikt mit den bei der Stadt Verantwortlichen zuspitzt. Dabei geht Maul detailliert auf die Funktion des Schulpfarrers ein und unterstreicht den entscheidenden Einfluss der Person und ihrer Einstellung zum musikalischen Profil der Schule. Nach der 1716 erfolgten Visitation sollte eine neue Schulordnung die Lehrinhalte beider städtischen Schulen angleichen und Forderungen der unteren Lehrer auf Besserstellung berücksichtigen. Gleichzeitig richtete sie sich aber gegen die bisherige besondere musikalische Ausrichtung der Thomasschule. Diese, im April 1723 noch unveröffentlichte Schulordnung erkannte auch Bach noch vor seiner endgültigen Wahl zum Thomaskantor an. Bach versuchte mit seiner ambitionierten Kirchenmusik Obrigkeit und Gemeinde in Leipzig von seinem musikalischen Schwerpunkt zu überzeugen.

Im fünften und letzten Kapitel »Gelehrtenschule oder »Musicalisches Seminarium? Ein immer währender Konflikt (1730–1804)« stellt Maul die sehr wechselhafte Entwicklung der Schule dar. Die Auseinandersetzung Bachs mit dem Rektor und dem Rat beleuchtet Maul detailliert und differenziert. Dabei zeigt er wieder persönliche Verflechtungen zwischen den Entscheidungsträgern auf, die sicher die eingeschlagenen Richtungen mitbestimmt haben. Als Fazit der Zeit Bachs als Thomaskantor formuliert Maul: »Niemand, wirklich niemand in Leipzig, zumal im Rat, dürfte gehant haben, was der unbeugsame Kantor der Stadt tatsächlich für ein musikalisches Erbe hinterlassen hatte – eines, das die Thomasschule dereinst gewissermaßen unter Bestandsschutz stellen sollte und das den zeitlosen Ruhm der Musikstadt Leipzig begründete.« (S. 261)

Die Auseinandersetzungen halten auch nach Bachs Tod an. Erst Ende des 18. Jahrhunderts findet Johann Adam Hiller im Bürgermeister Carl Wilhelm Müller einen dauerhaften Rückhalt für das besondere musikalische Profil der Schule. Maul kann anhand der Quellen nachweisen, dass Hiller bei Anträgen an den Rat bewusst immer die Regierungszeit Müllers wählte.

Mit der Gründung der Ratsfreischule 1792 fungiert die Thomasschule nicht mehr als städtische Armenschule. Die Schaffung eines Musiksaals in der Thomasschule unter dem Baudirektor Johann Carl Friedrich Dauthe, der auch zu den Vertrauten Müllers gehörte, ermöglicht öffentliche Konzerte des Thomanerchores. In dieser Zeit beginnt auch die bis heute bestehende Allianz des Thomanerchores mit dem Gewandhausorchester.

Ein kurzer Ausblick auf die Entwicklung der Schule und des Chors bis heute beschließt den Band. Die Zusammenstellung der Kantoren und Rektoren der Thomasschule, der Vorsteher der Thomasschule sowie der Thomas- und Nikolaikirche, eine Zeittafel und ein Personenregister sowie ein umfangreiches Literaturverzeichnis lassen die Publikation auch als Nachschlagewerk nutzen. Die mehr als 1 000 Anmerkungen bieten ein Mehr an Informationen, erschweren aber durch ihre Anordnung im Anhang durch häufiges Blättern die Lesbarkeit des Textes. Die zum größten Teil farbigen Abbildungen zeigen neben Porträts und Leipziger Ansichten auch verschiedene schriftliche Dokumente. Neben den umfangreichen Zitaten im Text erlauben sie dem Leser die Argumentation des Verfassers anhand der Quellen nachzuvollziehen.

*Carla Calov (Grimma)*

*Theresa Schmotz*

**Die Leipziger Professorenfamilien im 17. und 18. Jahrhundert.  
Eine Studie über Herkunft, Vernetzung und Alltagsleben  
(Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, Band 35.  
Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig)**

Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2012, 544 Seiten, Ladenpreis: 89 Euro  
ISBN 978-3-515-10255-1

Spätestens seit dem Jubiläum der Universität Leipzig im Jahr 2009 hat das Interesse der Forschung an der Leipziger Universitätsgeschichte stark zugenommen.<sup>1</sup> Das ist besonders insofern begrüßenswert, als dadurch einige seit langem tradierte Vorurteile auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft und zumeist widerlegt werden.

Dieser Aufgabe stellt sich auch Theresa Schmotz, die sich insbesondere mit dem Vorwurf, in Leipzig hätten »herrsüchtige, die Universität besetzende Professorenfamilien« dominiert, die »wirksam etwaige Berufungen von außerhalb«<sup>2</sup> verhinderten, auseinandersetzt. Die Behandlung dieses Vorurteils ergibt sich klar aus dem eigentlichen Hauptanliegen ihrer Arbeit: »die Untersuchung der sozialen Struktur des Lehrkörpers der Universität im 17. und 18. Jahrhundert und die Erforschung des Alltags von Leipziger Professoren in ausgewählten Kontexten«.<sup>3</sup> Damit kommt ihr das Verdienst zu, einen wissenschaftlichen Beitrag zur Erforschung der Sozialgeschichte der Gelehrten zu leisten, einem Gebiet, das trotz seiner Interessantheit von der Forschung noch immer kaum zur Kenntnis genommen wurde.

Zur Untersuchung des professoralen Alltagslebens entfaltet Schmotz ein beeindruckend facettenreiches Bild: Ihre Darstellung erstreckt sich vom familiären Leben (mit Ehefrau, Kindern und Gesinde, deren Lebensumstände jeweils wiederum aufgeführt werden) über die Fragen von Einkommen aus der Professur wie aus anderen Quellen bis hin zur Pflege des gelehrten Lebens außerhalb der unmittelbaren Lehr- und Forschungstätigkeit. Auf diese Weise wird ein Überblick über die Lebensumstände der Leipziger Professoren gegeben, der zwar nicht alle vorstellbaren Details umfaßt (was schlechterdings unmöglich wäre und von der Autorin auch nicht versprochen wird), aber doch ein beträchtliches Quantum an Informationen zusammenträgt. Jedes große wie auch untergeordnete Thema erhält einen einleitenden Absatz mit einer Hinführung und der Angabe einiger Forschungsarbeiten (wo möglich, bereits auf Leipzig bezogen) und trägt dann die Ergebnisse aus umfangreichem Aktenstudium zur Leipziger Professorenschaft zusammen. Als Beispiel für die Komplexität des Materials sei das Kapitel zu den »professoralen (Selbst-)Bildern« vorgestellt: Es geht hier um die Angemessenheit der Selbstrepräsentation zwischen den Polen der Prunksucht und des Verstoßes gegen die Standesehre, wobei Kleidung, Wohnungswahl (samt Einrichtung der Visitenstube), gesellschaftlich notwendige Visiten vs. Kaffeekränzchen, eigene Kapellen bzw. Kirchenstühle und Reisen zu gelehrten Kollegen betrachtet werden. Ähnlich weitgespannt ist das Spektrum auch in anderen Kapiteln.

1 Ich verweise nur auf die fünfbändige »Geschichte der Universität Leipzig«, hrsg. von der Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Leipzig 2009, den zweibändigen Katalog zur Ausstellung »Die Erleuchtung der Welt«, hrsg. von D. Döring und C. Hollberg, Dresden 2009, »Landesherrliche Bildungspolitik und bürgerliches Mäzenatentum« von Th. Rajtyszczak, Leipzig 2009, sowie »Stadt und Universität Leipzig«, hrsg. von D. Döring, Leipzig 2010.

2 Schmotz, Professorenfamilien, S. 16.

3 Ebd., S. 274.

Bei diesen detaillierten Ausführungen über eher private Aspekte entsteht freilich der Wunsch, mehr über die eigentliche Arbeitstätigkeit der Professoren, die sie ja erst zu solchen macht, zu erfahren. Leider war dies aufgrund der Quellenlage für die Leipziger Verhältnisse nicht möglich, da die Zeugnisse zu vereinzelt auftraten, um Schlüsse aus ihnen ableiten zu können.

Ein Verdienst der Arbeit ist es, wertvolles Material über die Lebensumstände der sonst eher unbeachteten Familienmitglieder, der Frauen und Kinder (hier besonders der Mädchen), vorzustellen. Selten wurden so konkret und zugleich umfassend Details zur alltäglichen Lebenswirklichkeit des weiblichen Geschlechts zusammengestellt. Allerdings wird dessen enge Einschränkung auf den häuslichen Bereich sehr stark betont. Dabei sticht gerade das Leipzig des hier gewählten Untersuchungszeitraums, im Vergleich zu anderen Zeiträumen und Orten des Alten Reichs, durch seine besondere Offenheit gegenüber überdurchschnittlicher Bildung von Frauen hervor – was in der Vorstellung zahlreicher bis dato unbekannter gelehrter Frauen und Töchter auch in der Arbeit selbst plastisch herausgearbeitet wird.

Sehr angenehm an der vorliegenden Studie ist ihre gute Lesbarkeit, die besonders durch die Fülle, aber auch die gute Auswahl der Textzeugnisse unterstützt wird. Zum Vergnügen der Leser tragen komische Details bei wie der unglückliche Antrittsbesuch Bahrds bei einer möglichen Ehegattin<sup>4</sup> oder auch nur hingeworfene Bemerkungen wie das häufige Vorhandensein von Kaffeetischen in den Professorenhaushalten.<sup>5</sup> Als ausführlicheres Beispiel (wenn auch satirisch überspitzt) sei eine Schilderung von enervierenden Höflichkeitsbezeugungen angeführt: »Nach mannigfaltigen Gesprächen wurde die Gesellschaft eingeladen, sich in ein anderes Zimmer zur Tafel zu verfügen. [...] Mein Hofmeister bekam zuerst einen Teller mit Speise, den er seiner Nachbarin überreichte, die aber darwider protestierte und appellierte; er mußte ihn also behalten. Die Reihe kam auch an mich, ich folgte meinem Hofmeister nach und reichte meinen Teller der Frau Kommissionsrätin, diese weigerte sich heftig, ihn anzunehmen ... hierauf wendete ich mich zu der Jungfer, die neben mir auf der andern Seite saß; auch hier ward mein Teller nicht angenommen, sondern sie ergriff meine andre Hand, druckte sie sanft und bat mich, sie zu verschonen. Indessen ward mein Teller so heiß, daß ich mir die Finger verbrannte.«<sup>6</sup>

In den einzelnen Kapiteln entsteht immer wieder der Eindruck, dass die Lebensverhältnisse der Professorenfamilien, abhängig von Lehrstuhl, Heiratschancen und persönlichen Glücksumständen, so unterschiedlich waren, daß kaum Verallgemeinerungen möglich seien. Und doch gelingt es Schmotz, einige Linien herauszuarbeiten, die allgemeinere Aussagen zulassen. Vor allem kommt sie in ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Professoren diejenige ist, die sich aus neu nach Leipzig gekommenen Studenten und Absolventen bildet und die »sich und ihre Nachkommen in die städtische Gesellschaft integrieren konnten«.<sup>7</sup> Demgegenüber ist die Zahl der »Alt-Integrierten«, also derjenigen, deren Familien bereits in Leipzig ansässig waren, viel geringer – womit zugleich das eingangs angesprochene Vorurteil, in Leipzig hätten nur Verwandte von Lehrstuhlinhabern arrivieren können, widerlegt ist. Betont wird darüber hinaus die enge Verflechtung der Professorenfamilien mit der städtischen Oberschicht (zumeist den Kaufleuten) und, daran orientiert, die Ähnlichkeit der Haushaltung, abhängig von den finanziellen Mitteln. Interessant ist die Feststellung, dass nur ein gewisser, oft nicht der größ-

4 Ebd., S. 93 f.

5 Ebd., S. 208.

6 Zitiert nach Schmotz, Professorenfamilien, S. 237. Beim Autor dieser Satire, »Baron von Ehrenhausen«, handelt es sich um den »Leipziger Theolog und Mediziner: Johann Georg Friedrich Franz« (Gustav Wustmann, Aus Leipzigs Vergangenheit. Gesammelte Aufsätze. Neue Folge. Leipzig 1898, S. 248).

7 Ebd., S. 274 f.



te, Teil des Einkommens unmittelbar von der Professur her stammt, sondern dass verschiedene (allerdings nur durch die Professur erreichbare) Nebeneinkommen durch universitäre Ämter oder aber durch z. B. Vermietung von Immobilien wesentlich zum Lebensunterhalt beitrugen. Nachdenkenswert ist dabei der Umstand, dass die Auszahlung der Professorengehälter unmittelbar von der finanziellen Lage des kurfürstlichen Hauses abhängig sein konnte.

Die überaus umfangreichen und sorgfältig recherchierten Stammbäume und die übersichtlich aufbereiteten Tabellen zu Themen wie »Herkunft und Integrationsstatus« oder auch Aufschlüsselungen zu Einkommen und Besitz bieten eine sehr gut handhabbare Grundlage für weitere Forschungen. Gegenüber den im Text vorgestellten markanten Einzelbeispielen bietet sich den Lesern hier eine breite Fülle an gut aufbereiteten Informationen, die verschiedene Wissenschaftsdisziplinen weiter erschließen können, wie die jeweils fachbezogene Wissenschaftsschichte, natürlich auch die allgemeine Universitätsgeschichte. Aber auch die Literaturwissenschaft profitiert von der Kenntnis scheinbar irrelevanter Hintergrunddetails literarischer Texte, deren Unkenntnis durchaus zu Fehlinterpretationen führen kann.

*Caroline Köhler (Leipzig)*

#### Sachsen und Leipzig in der napoleonischen Zeit 1806 bis 1813 Ausgewählte Publikationen aus dem Jubiläumsjahr 2013

Anlässlich des 200. Jahrtags der Völkerschlacht bei Leipzig und der Befreiungskriege im Entscheidungsjahr 1813 erschienen zahlreiche Bücher vom wissenschaftlichen Werk mit überregionaler Ausrichtung, Fach- und Sachbüchern zu bestimmten Zeitabschnitten oder lokalen Ereignissen über neu aufgelegte oder erstveröffentlichte Erinnerungsberichte von Zeitzeugen bis hin zu Biografien und historischen Romanen. Der Seemann Verlag brachte zudem ein originelles Skatenspiel zur Völkerschlacht mit den sich gegenüberstehenden Monarchen und Heerführern, Wappen der beteiligten Staaten und Schlachtorten heraus. Bereits zur Buchmesse im März 2013 waren in den Leipziger Buchhandlungen rund 20 Titel zu diesem Themenkreis im Angebot. Bei einer derartigen Fülle war eine repräsentative Auswahl der hier vorzustellenden Bücher unvermeidlich. Die Wahl fiel auf vier Publikationen, die aus der Sicht des Rezensenten ein breites Spektrum abdecken und für die Leser unseres Jahrbuchs sicher interessant und größtenteils empfehlenswert erschienen.

Der gesamten napoleonischen Zeit in Sachsen widmet sich *Roman Töppel* in **Die Sachsen und Napoleon. Ein Stimmungsbild 1806–1813**, erschienen als Band 8 der Dresdner Historischen Studien (2. durchgesehene Auflage, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2013, 359 S., Ladenpreis 44,90 Euro, ISBN 978-3-412-21080-9).

Das Buch basiert auf der Dissertation von Roman Töppel an der TU Dresden im Jahr 2007. Das gänzlich ohne Abbildungen und Karten auskommende Sachbuch ist durchgängig flüssig geschrieben, äußerst faktenreich und auch für historisch Interessierte ohne akademische Geschichtsausbildung gut lesbar. Nicht zuletzt daraus resultiert wohl die Entscheidung des renommierten Wissenschaftsverlages, nur fünf Jahre nach Erscheinen der Erstauflage eine zweite

Auflage auf den hart umkämpften Buchmarkt zu bringen. Geschickt verbindet Töppel die schon oft beschriebenen Ereignisse und Hintergründe der rund sieben Jahre von der Niederlage Sachsens an der Seite Preußens im Herbst 1806 bis zur Niederlage an der Seite Napoleons im Herbst 1813 mit der Alltagsgeschichte der sächsischen Bevölkerung, ihren Sorgen und Nöten, Hoffnungen und Stimmungen. Nach einem kurzen Vorwort des Herausgebers folgen einleitende Informationen zum Forschungsstand und zur Quellenlage, Erläuterungen zum formalen und methodischen Herangehen sowie Anmerkungen zur verwendeten Begrifflichkeit und Gliederung. Danach stellt der Autor in einem Kapitel die den Sachsen während des Untersuchungszeitraums gegenüberstehenden Vertreter der Hauptmächte im Kontext ihres Handelns und ihrer Wahrnehmung vor, also die Franzosen und ihre Verbündeten, die Österreicher, Preußen und Russen. Bereits in diesem ersten Hauptkapitel arbeitet Töppel Unterschiede und Gemeinsamkeiten sowie die aufgrund von militärischen und politischen Ereignissen, aber auch von Verhaltensweisen der durchziehenden oder stationierten Truppen verschiedener Länder abhängigen Stimmungsschwankungen in der sächsischen Bevölkerung bis 1813 heraus.

In einem zweiten und deutlich umfangreicheren Kapitel wird in 11 Teilabschnitten in chronologischer Folge die geschichtliche Entwicklung zwischen 1806 und 1813 in Verbindung mit der Stimmung der Zivilbevölkerung ausführlich dargestellt. Der Autor hat hierzu vor allem Briefnachlässe, Tagebücher und Berichte sächsischer Bürger unterschiedlichster Herkunft ausgewertet und diese zum Teil erstmals breiteren Kreisen zugänglich gemacht. Diese Zeugnisse von Adligen, Pfarrern, Beamten, Künstlern und Literaten, Kaufleuten und Bauern waren für die Fragestellung des Autors weit stärker relevant, als die schon häufig bemühte Deutung der »öffentlichen Meinung« anhand von Zeitungen, Karikaturen, Spottgedichten und Schmähschriften. Daneben nutzte Töppel in Archiven verwahrte Stimmungsberichte der Polizei, offizielle Lageberichte städtischer oder königlicher Behörden, Bekanntmachungen und Flugschriften sowie gedruckte zeitgenössische Quellen. Anhand zahlreicher Beispiele werden die drückenden Lasten der Einquartierungen, der Kontributionen, erzwungenen Sach- und Naturalleistungen wie Vorspanndienste, Aufbringung von Verpflegung und Futter, Stellung von Pferden und Fuhrwerken, von Arbeitskräften für Schanzarbeiten, die tätlichen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung, Plünderungen und sinnlose Zerstörungen wie die Sprengung der Dresdner Elbbrücke im Frühjahr 1813 durch die Franzosen oder der Brand Bischofswerdas als Hauptgründe für die wachsende antifranzösische Haltung in Sachsen hervorgehoben. Gerade solche Aktionen und Ereignisse waren für den Wechsel der Stimmung der Bevölkerung entscheidend, wenn sie das erträgliche Maß überschritten und häufig mit Willkür und Gewalt verbunden waren. Zudem wurde die Wechselwirkung von rigorosen Maßnahmen wie der Vernichtung englischer Handelswaren im Zuge der Kontinentalsperre oder die verlustreiche Beteiligung Sachsens an Napoleons Feldzügen zum Barometer für die Stimmungslage. Durch viele Zeugnisse Betroffener konnte der Autor deutlich machen, dass sich oft die verbündeten Truppen nicht besser als die Feinde Sachsens verhielten und hier vor allem im Kriegsjahr 1813 letzte Hemmschwellen fielen.

In einem dritten Hauptkapitel widmet sich Töppel der Stimmung innerhalb der sächsischen Armee, die sich oft deutlich von der der Zivilbevölkerung unterschied. Das sächsische Militär war in diesen Jahren unterschiedlichen Bündnissen und Feindbildern, einer umfassenden Militärreform nach französischem Vorbild, der bündnisbedingten Beteiligung an Napoleons Russlandfeldzug mit seinem katastrophalen Ausgang und schließlich den verheerenden Kriegseignissen 1813 im eigenen Lande mit seinen Folgen wie der Landes- und Heeresteilung 1815 ausgesetzt. Hier rückt der Autor insbesondere die Kriegsjahre 1806/07, 1809, 1812 und 1813 in den Fokus seiner Darstellung und kann gleichfalls anhand zahlreicher Briefe und Berichte sächsischer Militärs die Wandlungen der Stimmungslage in der sächsischen Armee nachzeichnen. Zunächst

durch militärische Erfolge und günstige Aufstiegschancen noch bis in die Anfangsphase des Russlandfeldzuges profranzösisch, kippte diese in der sächsischen Armee durch die furchtbaren Entbehrungen des Rückzuges Ende 1812 und die Brutalisierung des Krieges zunehmend selbst im höheren Offizierskorps und führte schließlich 1813 zu Befehlsverweigerungen und Desertionen ganzer Truppenteile.

Mit seiner Studie räumt Roman Töppel auch mit einer ganzen Reihe von Fehlurteilen oder nachträglichen Beschönigungen der Stimmungslage im Königreich Sachsen in der sächsischen Geschichtsschreibung auf und regt zu weitergehenden Forschungen an. Ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Orts- und Personenregister erleichtern den Zugriff und runden dieses empfehlenswerte Buch ab.

Einen ähnlich großen zeitlichen Bogen, jedoch auf die Stadt Leipzig begrenzt, schlägt Reinhard Münch mit seinem Buch **Vive l'Empereur – Napoleon in Leipzig**, das 2012 bereits in 3. Auflage bei Pro Leipzig erschien (112 S., Ladenpreis: 14,80 Euro, ISBN 978-3-936508-40-6).

Das reichlich mit schwarz-weiß-Abbildungen illustrierte Buch lässt in 10 Kapiteln Napoleons fünf Aufenthalte in Leipzig zwischen Juli 1807 und Oktober 1813 Revue passieren. Dabei ist der Leser bereits nach wenigen Seiten im Oktober 1813 angelangt, weil offensichtlich nur wenige Zeugnisse über die früheren Besuche Napoleons in Leipzig vorliegen oder hierzu nichts Substantielles vorgestellt werden kann. Der Autor schildert in erzählender Art auf den folgenden knapp 100 Seiten sehr detailliert Napoleons jeweilige Aufenthaltsorte an den Tagen der Völkerschlacht zwischen dem 14. und 19. Oktober 1813 und greift dabei auf zahlreiche Schilderungen aus der älteren und neueren Literatur zurück. Da es kein einleitendes Vorwort gibt, kann man nur ahnen, dass es sich bei den kursiv gesetzten Passagen um mehr oder weniger aus dem Zusammenhang gerissene Zitate von Zeitzeugen oder anderen Autoren handeln muss, denn Anmerkungen bzw. konkrete Quellenverweise dazu finden sich nicht. Napoleon wird vom Autor in den meisten Fällen positiv bewertet, zumal der Focus klar auf sein Umfeld ausgerichtet ist und überwiegend wohlmeinende oder zumindest vom Auftreten Napoleons und seiner Aura beeindruckte Personen zu Wort kommen. Wenn der Rezensent auch nicht grundsätzlich das vermittelte Napoleonbild im engeren Sinne in Frage stellt, wären wegen der Ausgewogenheit des Urteils im Kontext mit den enormen Lasten, Verlusten und Drangsalen im Herbst 1813 sicher auch einige solcher Zeugnisse sowie seiner politischen und militärischen Gegner angebracht gewesen. Mitunter wirken die Schilderungen in ihrem Aufbau etwas zusammenhanglos und weit hergeholt. Außerdem tut die wiederholt auftretende, etwas ungeschickte und teils missverständliche Wortwahl dem Buch ebenso Abbruch wie die stilistischen Eigenheiten sowie ein antiquierter Ausdruck und Satzbau. Von einem professionellen Historiker, der sich intensiv mit der Thematik befasst und dazu bereits mehrfach publiziert hat, ist zudem zu erwarten, dass die Fakten stimmen. Dass dies leider nicht immer der Fall ist, zeigen z.B. die unterschiedlichen Funktionsbezeichnungen für ein und dieselbe Person wie bei Graf Caulaincourt, der auf S. 30 als Oberstallmeister und dann (richtig) auf S. 103 als Großstallmeister Napoleons titulierte wird oder die Verwendung der fälschlicherweise zumeist in der älteren Literatur zu findenden, aber staatsrechtlich durch nichts zu belegenden Bezeichnung »Großherzogtum« (S. 106) statt »Herzogtum Warschau«. Solche Fehler hätten auch einer etwas gründlicheren Redaktion, zumal diese in den Händen eines weiteren studierten Historikers lag, bei der dritten Auflage auffallen können. So kann das vorliegende Buch in mancher Hinsicht nicht befriedigen und bleibt in Anspruch und Qualität hinter den Erwartungen und vielen bereits vorliegenden Sachbüchern zur Völkerschlacht bei Leipzig zurück.

Ebenfalls intensiv mit der Geschichte der Völkerschlacht und deren Umfeld beschäftigt sich **Steffen Poser** in seinem Buch **Die Völkerschlacht bei Leipzig. »In Schutt und Graus begraben«**; hrsg. vom Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig, Edition Leipzig 2013, 175 S., 100 mehr- und einfarbige Abb., Ladenpreis 19,90 Euro, ISBN 978-3-361-00691-1.

Als Kurator der Militaria-Sammlung sowie weiterer Bestände des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig und nunmehr seit über 20 Jahren Leiter des Völkerschlachtdenkmals kann er einerseits bei den Bild- und Textquellen »aus dem Vollen schöpfen« und wird andererseits seinem Ruf als einer der besten Kenner (quasi von Amts wegen) der Völkerschlacht und darüber hinaus der Napoleonzeit gerecht. Dies stellt Poser einmal mehr mit seiner gelungenen Darstellung von Vorgeschichte, Verlauf, Folgen und Bedeutung der Völkerschlacht für Leipzig, Sachsen und ganz Europa unter Beweis. Er schildert ebenso faktenreich wie spannend und gut lesbar die Ereignisse und Hintergründe der gesamten Franzosenzeit in Leipzig zwischen 1806 und 1813 und geht in einem abschließenden Kapitel auf die Monate bis zur sächsischen Teilung 1815 ein. Insofern bietet das Buch von Steffen Poser deutlich mehr, als der Titel vermuten lässt. Dabei besticht die übersichtliche und chronologische Gliederung des Buches (teilweise mit recht originellen bis flapsigen Kapitelbezeichnungen wie »Partnerschaft mit Schönheitsfehlern«, »Alles Deutschland oder was?« oder »Noch mehr Freiheitskämpfer«), an denen sich der Leser leicht orientieren kann. Mit rund 100 Seiten liegt der Schwerpunkt dennoch bei der Völkerschlacht, wobei der Autor jeden Tag ausführlich und anhand zahlreicher gedruckter und handschriftlicher Quellen schildert. In gelungener Synthese werden zeitgenössische Berichte an passender Stelle mit den instruktiven Beschreibungen kombiniert, entsprechend markiert und stets mit Quellenanmerkungen versehen. Neben häufiger publizierten bildlichen Darstellungen bereichern auch viele weniger bekannte kolorierte Stiche, Karikaturen und Dokumente in hervorragender Druckqualität (nur manchmal formatabhängig etwas klein geraten) die Publikation. Vermissen könnte man lediglich topografische Schlachtpläne zur besseren Orientierung über den Verlauf der Kämpfe im Oktober 1813, für die sich z. B. die ausklappbaren und leer gebliebenen Umschlaginnenseiten bestens geeignet hätten. Aber dies ist angesichts der anschaulichen Schilderungen und umfassenden Vermittlung von Fakten und Hintergründen kein wirklicher Makel. Allen, die sich einen genauen und dennoch kompakten Überblick über die Napoleonzeit 1806 bis 1815 unter besonderer Berücksichtigung Leipzigs verschaffen wollen, sei dieses von Inhalt, Ausstattung und Preis äußerst attraktive Buch empfohlen.

Das in erster Auflage bereits 1814 in Weimar erschienene Buch **Wanderung nach dem Schlachtfelde von Leipzig im Oktober 1813. Ein Augenzeugenbericht zur Völkerschlacht von Carl Bertuch** wurde nun zum Jubiläumsjahr 2013 im **Sax-Verlag** mit einem Nachwort von Siegfried und Peter Seifert neu herausgegeben (160 S., Ladenpreis 14,80 Euro; ISBN 978-3-86729-116-3).

Das hier vorzustellende Buch ist besonders deshalb zu begrüßen, weil es einen der authentischsten und zuverlässigsten Erinnerungs- und Augenzeugenbericht über die Völkerschlacht enthält und ansonsten nur antiquarisch für einen weit höheren Preis zu haben wäre. Es ist in seiner Erstauflage nur wenige Monate nach der Völkerschlacht erschienen und vermittelt mit seiner detailreichen Schilderung vom Kampfgeschehen und den akribischen Aufstellungen und Statistiken (Anhänge) über Truppenstärke und Verluste aller beteiligten Armeen einen sehr seriösen, fast amtlichen Eindruck. Bertuch nähert sich dem Thema in fünf Briefen, die zwischen dem 19. und 22. Oktober datieren und seine Eindrücke bei seinen Wanderungen von Zeit nach Leipzig sowie die dabei erhaltenen Informationen von Männern der kämpfenden Einheiten wiedergeben. Darauf folgt eine Darstellung der Schlachttage »aus zuverlässigen Quellen geschil-

dert, und durch zwei Pläne und mehrere Beilagen erläutert«, welche rund 60 Seiten umfasst. In einem Anhang stellt Carl Bertuch seinen mit Illustrationen versehenen Entwurf über »Die Kapelle der Eintracht auf dem Schlachtfelde von Leipzig« als National-Denkmal in Form einer neugotischen Kapelle mit einem unübersehbar hohen Turm vor. Dieser Vorschlag reihte sich in die zahlreichen anderen, oft von namhaften Architekten entworfenen Denk- und Mahnmale für die Völkerschlacht ein, von denen im Verlauf des 19. Jahrhunderts keiner umgesetzt werden konnte. In einem ebenfalls lesenswerten Nachwort von Siegfried und Peter Seifert erfährt man mehr über Carl Bertuch, der bereits relativ jung und nur ein Jahr nach dem Erscheinen seines Buches 1815 im Alter von 38 Jahren verstarb. Zudem wird über Entstehung und Struktur des Werkes sowie über Bertuchs Gedanken über Deutschland nach der Ära Napoleon informiert. Abschließend werden seine Darstellungen zum Ablauf der Schlacht im Kontext ihrer militärgeschichtlichen Bedeutung sowie sein Entwurf für ein Erinnerungsdenkmal im Vergleich zu anderen Ideen analysiert.

Die Publikation besticht auch gestalterisch und typografisch und vermittelt stellenweise den Charakter eines Reprints. Sie kann dem interessierten Leser ohne Abstriche als sehr gelungenes Buch zu einem günstigen Preis empfohlen werden. Alles in allem hat der Sax-Verlag mit der Herausgabe dieses handlichen Buches einen verdienstvollen Beitrag zum 200. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig geleistet.

*Gerald Kolditz (Leipzig)*

*Arntraut Kalborn*

**Alexander Neroslow. Ein Maler im Deutschland des 20. Jahrhunderts.**

**Eine biografische Collage**

*hrsg. von Gerd Albrecht*

Thomas Helms Verlag, Schwerin 2013, 180 Seiten mit mehr als 120 Abbildungen,  
Ladenpreis: 24,80 Euro, ISBN 978-3-940207-92-0

Es kommt immer wieder vor, dass Persönlichkeiten der Öffentlichkeit vergessen werden und, während sie noch im Bewusstsein der Zeitgenossen waren, von der Nachwelt nicht mehr wahrgenommen werden. Umso erfreulicher ist es, wenn sich dann Enthusiasten finden, die an sie erinnern und ihre Wiederentdeckung befördern. So auch hier.

Das Vineta-Museum der Stadt Barth widmete dem Maler Alexander Neroslow (1891–1971) vom 27. November 2012 bis 26. Mai 2013 eine beachtenswerte Ausstellung, die durch die vorliegende Publikation begleitet wurde.

Alexander Neroslow wurde 1891 in St. Petersburg geboren und wuchs dort in einer gutbürgerlichen Familie als Sohn eines vermögenden Kaufmannes in geborgenen Verhältnissen auf. Im Oktober 1911 kam Neroslow nach Deutschland und verließ es seitdem nicht mehr. Er begann ein Architekturstudium an der Technischen Hochschule in Dresden, ging aber seinen künstlerischen Neigungen und der Malerei nach. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde er als Zivilgefangener interniert und später durch die russische Revolution zum Staatenlosen. In der

Zeit der Internierung lernte er den litauisch-jüdischen Maler Lasar Segall kennen, ihre Zusammenarbeit und ihre Freundschaft beeinflussten sein weiteres Schaffen. Neroslow besuchte nach dem Krieg private Kunstschulen in Berlin und Dresden. Er suchte den geistigen Austausch und fand ihn in einer Gruppe fortschrittlicher Künstler und Musiker in Dresden, es gründete sich ein Künstlerkreis, die Gruppe »Werkstatt der Zeit«. Neroslow verkehrte mit Erwin Schulhoff, Segall, Otto Griebel, Theodor Däubler, Otto Dix, Johannes R. Becher, Georg Trakl, Edmund Kesting, Lea und Hans Grundig. 1920 heiratete er in Dresden die Wienerin Gertrud Meissner. Als freischaffender Maler stellte er schon bald in Berlin und Dresden aus, seine Werke zeigen Landschaften, oft mit urbanem und dörflichem Hintergrund und in expressiver Farbgebung. Von Reisen in das ostpreußische Nidden entstanden Aquarelle vom Kurischen Haff. Für Neroslow war es schwer, von seiner künstlerischen Tätigkeit leben zu können. Deshalb restaurierte er im Auftrag auch Ahnengalerien auf Gütern und fertigte Kopien der Alten Meister.

1930 trat er in die Assoziation revolutionärer bildender Künstler ein und engagierte sich u.a. beim Vertrieb der Zeitschrift »stoß nach links«. Auch erteilte er Russischunterricht an der Marxistischen Arbeiterschule in Dresden und hielt Vorträge über die russische Revolution. Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten nahm er mit seiner Frau gemeinsam die illegale Arbeit auf, arbeitete an der Herstellung einer illegalen Straßen-Zellen-Zeitung mit und unterstützte die Verhafteten. 1941 wurde Alexander Neroslow mit seiner Frau Gertrud verhaftet und zu lebenslanger Haft verurteilt, die beide im Zuchthaus Waldheim verbrachten. Nach der Befreiung blieben sie zunächst in der sächsischen Kleinstadt und beteiligten sich sehr engagiert am Aufbau des kulturellen Lebens. Alexander Neroslow fungierte u.a. als Dolmetscher und Berater beim Bürgermeister für das Sachgebiet Kunst und Kultur, Gertrud Neroslow leitete die Luther-Oberschule. Neroslow verstärkte auch wieder seine künstlerische Tätigkeit, aber trotz der vielen Ausstellungen, die er mit seinen Werken bestückte, und der Erfolge, die er künstlerisch und in Waldheim als Kulturfunktionär errang, vermisste er die Atmosphäre und Inspiration einer Großstadt. So siedelten die Neroslows 1952 nach Leipzig über, wo Gertrud Leiterin der Helmholtz-Oberschule und Alexander am 16. September 1952 zum Dozenten an der Staatlichen Hochschule für Graphik und Buchkunst berufen wird. Hier genoss Alexander den Besuch der Oper, von Konzerten, Ausstellungen, Lesungen und den geistigen Austausch, erlebt aber auch die Formalismus-Realismus-Debatte. Im März 1953 wurde ihm das Fach Porträt an der Hochschule übertragen. In den nachfolgenden Jahren malte er eine Reihe von aussagekräftigen und anerkannten, auch ausgezeichneten Bildnissen.

Im Sommer 1955 bat Neroslow um Freistellung von der Lehrtätigkeit, da er das Bedürfnis hatte, sich ungehindert künstlerisch zu betätigen, und sich auf seine eigene künstlerische Weiterentwicklung konzentrieren wollte. In dieser Zeit entstanden das Bild »Ehemaliger KZ-Häftling F. Hackel«, welches auf der 6. Bezirkskunstausstellung in Leipzig zu sehen war. Auf der Fünften Deutschen Kunstausstellung der DDR 1962/63 in Dresden war Neroslow mit dem großen Porträt von »Emil Nitzsche, ältester Schöffe der Republik« vertreten.

Seit 1946 unternahm Neroslow Reisen an die Ostsee. Er besuchte die Insel Poel, das Fischland, den Darß und die Halbinsel Zingst und hielt Motive fest – Fischer mit ihren Booten, den Strand, Wiesen und Wälder, Gehöfte. In Wieck, wo er seit 1953 regelmäßig weilte, lernte er Valeska Lenz kennen, die er nach dem Tod seiner Frau 1967 heiratete. Seine letzten Lebensjahre, Alexander Neroslow verstarb am 4. Januar 1971, verbrachte er pendelnd zwischen Wieck und Leipzig.

Dokumente, zeitgenössische Fotografien, persönliche Erinnerungen, Aufzeichnungen von Zeitzeugen und ungezählte Abbildungen seiner Werke lassen den Leser das Leben des Malers, der alle politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts erlebt hat, nachvollziehen. Es ist eine span-

nende und interessante Biografie, die aufgrund der Äußerungen der Weggefährten einen tieferen Einblick in das Leben, die Gründe und Motivationen und auch die Netzwerke und das Zeitgefühl gibt. Der Leser wird quasi einbezogen und es entsteht eine Form der Vertrautheit.

Das Mittel der Collage erscheint hier sehr passend, es bringt dem Leser auf eindrucksvolle Weise und anschaulich die Biografie und das Werk des Malers nahe, aber auch die Geschichte des ganzen Jahrhunderts. Ereignisse, die oftmals abstrakt und entfernt erscheinen, werden plastisch und greifbar und erhalten einen persönlichen Bezug.

Es ist eine Publikation, wie man sie sich wünscht und wie man sie vom Thomas Helms Verlag kennt – klar gegliedert, mit Anmerkungen zum Nachlesen, mit einem Bildnachweis, einem Literaturverzeichnis, einem Orts- und Personenregister, sorgfältig durchgesehen, mit zahlreichen und qualitätsvollen Abbildungen und in hervorragender Druckqualität und einer ordentlichen Bindung.

Die Lektüre kann nur empfohlen werden und dafür ist der Autorin, dem Herausgeber und dem Verlag zu danken.

Eine Wiederentdeckung des Malers und die kunsthistorische Auseinandersetzung mit seinen Werken ist also höchst wünschenswert und die vorliegende Publikation gibt dazu ganz bestimmt den Anstoß.

*Anett Müller (Leipzig)*

### **Daten und Fakten zur Leipziger Stadtgeschichte**

*Zusammengestellt und bearbeitet von Franke Gräntz*

(Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig, Band 5)

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2013, 505 Seiten + 1 CD, Ladenpreis: 69 Euro

ISBN 978-3-86583-721-9

Tabellen und Übersichten, gedruckt in schwarz/weiß/grau – was ist an scheinbar trockenen Statistiken so Besonderes? Genaue Zahlen spielten von je her eine entscheidende Rolle – ganz gleich, ob es sich dabei um die exakt ausgemessene Größe des Stadtgebietes, die genaue Zahl der Einwohner, die Aufwendungen für Arme und Kranke oder das Vorhandensein von Wohnungen oder sozialen und kulturellen Einrichtungen handelte. Ins Verhältnis gesetzt zu unterschiedlichen Komponenten lassen diese Zahlen Durchschnittswerte entstehen sowie Trends sichtbar werden und sind letztlich auch noch heute Grundlage für die Zuweisung finanzieller Mittel für öffentliche Aufgaben in der Kommune. Die dafür erforderlichen aktuellen Daten werden vom städtischen Amt für Statistik und Wahlen erhoben, aufbereitet und in thematischen oder jahrgangsweise zusammengefassten Berichten veröffentlicht. Doch wie verhält es sich mit Angaben aus den vergangenen Jahrzehnten oder Jahrhunderten? Leipzigs Vorreiterrolle auf statistischem Gebiet manifestierte sich bereits 1867 mit der Einrichtung eines Statistischen Büros beim Rat der Stadt, das 1883 zum Statistischen Amt aufgewertet wurde. Die kontinuierliche Datenerhebung ermöglichte neben der Bekanntgabe von Einzeldaten in den gedruckten Verwaltungsberichten des Rates der Stadt die Ausgabe des ersten Statistischen Jahrbuchs 1911. Eine Vielzahl von

ungedruckten statistischen Erhebungen ging durch die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg fast vollständig verloren.

Die von der Historikerin Dr. Frauke Gränitz aus verschiedenen Publikationen zusammengestellten und aus historischen Quellen teilweise neu erhobenen »Daten und Fakten zur Leipziger Stadtgeschichte« werden sicher auf breites Interesse stoßen. Dem stadtgeschichtlich Interessierten bleiben durch die Nutzung des 500 Seiten starken Bandes vielfach eigene aufwändige Recherchen erspart und er findet Details des städtischen Lebens, verpackt in über 300 Tabellen und Diagrammen. Wissenschaftlich fundiert erläutert die Autorin ihre Herangehensweise und liefert exakte Nachweise zu den vorwiegend im Stadtarchiv ausgewerteten Unterlagen. Der Gesamtband gliedert sich in elf unterschiedlich umfangreiche Kapitel, die jeweils mit einer zeitgenössischen Darstellung als Titelseite eröffnet werden. Auf weitere illustrierende Abbildungen wurde aus Platzgründen verzichtet. Jedes Kapitel beginnt mit einem allgemeinen Einleitungstext zu Auswahlkriterien bzw. zur Quellenlage. Nach topografischen Angaben zum Stadtgebiet folgen die klassischen Übersichten zu Einwohnerzahlen, zu speziellen Aspekten der Bevölkerungsentwicklung wie der Religionszugehörigkeit oder der Zahl der Eheschließungen. Zahlreiche Tabellen mit einer Fülle von Daten geben Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Infrastruktur der Stadt, zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsmarkt, zum Bau- und Wohnungswesen sowie zu den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Soziales, Gesundheits-, Bau- und Wohnungswesen. Die Zahlenreihen zeugen darüber hinaus vom sozialen Wandel in der Stadt, insbesondere nach gesellschaftlichen Umbrüchen wie mit den Angaben zu Arbeitslosen, Sozialhilfe- und Wohngeldempfängern ab 1990. Auch die Auflistung der Leipziger Partnerstädte fehlt nicht. Ebenfalls enthalten sind Übersichten zu den Eingemeindungen seit Ende des 19. Jahrhunderts, Informationen zum Wetter, zu den Naturdenkmälern oder zu den Leipziger Fluss- und Freibädern. Die Aufführung von Beispielen aus dem breiten Spektrum der Tabellen, Kurztexte und Diagramme ließe sich ohne weiteres fortsetzen.

Beim Blättern durch den Band wird man sicher weniger bekannte Facetten des städtischen Lebens wie die landwirtschaftliche Nutzung oder Viehhaltung im Stadtgebiet entdecken. Dahinter verbergen sich die zahlreichen Kleingärten und -siedlungen und die heutigen Leipziger Ortsteile mit den teilweise erhaltenen alten Dorfkernen sowie dem ländlichen Charakter aus dem Zeitraum vor der Eingemeindung ebenso wie die Landverteilung nach Kriegsende 1945 im Rahmen der Bodenreform an Flüchtlinge und Vertriebene. Die individuelle Kleintierhaltung war nicht nur in den ersten Nachkriegsjahren prägend für die Lösung von Versorgungs- und Rohstoffproblemen. Im sozialen Bereich lassen die Zahlen gesellschaftliche Neuerungen sichtbar werden. Wer weiß denn heute noch, dass die Stadt seit den 1880er- bis weit in die 1920er-Jahre eigene Ferienkolonien unterhielt, um den Großstadtkindern einen Aufenthalt in Heimen oder bei Privatpersonen in ländlicher Umgebung zu ermöglichen?

Die Ordnung der einzelnen Kapitel stellt sicher keine Wertung dar und ob nach den Angaben zum Stadtgebiet und zur Bevölkerung wirtschaftliche Zahlen folgen oder die Daten zu Verfassung, Verwaltung und Wahlen ist eher marginal. Kapitel IX beschränkt sich ohnehin im Wesentlichen auf Daten zum Stadtparlament, wie die Wahlergebnisse und die Zusammensetzung der Stadtverordneten bzw. des Stadtrates und die Oberbürgermeisterwahlen nach 1990. Bedauerlich ist, dass die Namen der Leipziger Bürgermeister mit ihrer jeweiligen Amtszeit nicht aufgenommen worden sind. Eher großzügig kann man jedoch über den Schreibfehler auf S. 498 hinwegsehen, wo die Akten der Stadtverordneten (1830/31 bis 1933) versehentlich dem städtischen Bestand nach 1945 zugeordnet wurden.

Eine Ergänzung zum Zahlenmaterial bietet die beiliegende CD mit dem »Plan der Stadt Leipzig 1913«, die einen Blick auf die Straßenführung und dichte Bebauung ermöglicht und hilft,



bestimmte Punkte topografisch zu verorten. Die Nutzer des Buches hätten es sicher begrüßt, wenn im vorderen und hinteren Bucheinband jeweils ein vergleichender Stadtplan vor und nach 1900 abgebildet worden bzw. ein zweiter Stadtplan auf der CD zu finden wäre.

Trotz der Material- und Faktenfülle wird der vorliegende Band nicht alle Detailfragen beantworten können und bietet damit durchaus Raum für weitergehende Forschungen. Deutlicher als zuvor offenbaren sich im vorliegenden Statistikband die Lücken für Daten und Information aus der späten DDR-Zeit, die nicht nur bei den Suiziden auffällig sind. Auch wenn nach zentralstaatlichen Vorgaben für die Stadt Leipzig keine gesonderten Statistiken mehr publiziert wurden, liegen diese, teilweise damals als »Nur für den Dienstgebrauch« klassifizierten Daten in der Überlieferung der Kreis- und Bezirksverwaltungen sowie bei der Zentralverwaltung für Statistik der DDR vor. Da das Stadtarchiv nicht über derartige Bestände verfügt, hätten entsprechende Unterlagen in den Staatsarchiven in Leipzig und Dresden sicher Ersatz bieten können, selbst wenn vermutlich nicht alle Einzelangaben für die Stadt Leipzig aus den Bezirksdaten zu filtern gewesen wären. Das Bundesamt für Statistik veröffentlichte zudem im Jahr 1996 nachträglich einige der in der DDR zwischen 1980 und 1989 erhobenen, aber aus verschiedenen Gründen nicht mehr veröffentlichten Zahlen wie die Selbstmordstatistik.

Dass sich Daten nicht immer eindeutig der Stadt Leipzig zuordnen lassen, zeigen die Arbeitslosenzahlen nach 1945, da der Arbeitsamtsbezirk zu dieser Zeit ein größeres Gebiet als das Stadtgebiet Leipzig umfasste. Bei den Opfern der Luftangriffe wäre eine Aufrechnung der Tabellenspalten wünschenswert gewesen, um eine Gesamtangabe zu ersehen. Allerdings ließe sich damit nach wie vor die Frage zur tatsächlichen Zahl der Leipziger Luftkriegsopfer nicht beantworten. Dazu wären zeitaufwändige Recherchen in den erst seit kurzem auf Lesefilm allgemein zugänglichen Leipziger Sterbebüchern, die jedoch nur die in Leipzig verstorbenen und beurkundeten Toten enthalten, erforderlich. Allerdings muss weiterhin von gewissen Lücken in der tatsächlichen Dokumentation ausgegangen werden.

Es ist verständlich, dass eine Reihe weiterführender Recherchen durch die Autorin im Rahmen des vereinbarten Projektes nicht geleistet werden konnten. Ohnehin kann der nur wenig mit der archivalischen Überlieferung Vertraute tatsächlich kaum ermessen, mit welchem Fleiß, mit welcher anhaltenden Geduld und mit welcher Akribie Frauke Gränitz bei der Vorbereitung der Drucklegung zu Werke ging, um in den publizierten und handschriftlichen Quellen die teilweise versteckten Zahlen zu ermitteln. Wie aus ihren Anmerkungen und Fußnoten deutlich wird, ging es ihr dabei nicht allein um das Übernehmen der vorliegenden Statistiken, sondern um eine systematische Erfassung unterschiedlichster Detailangaben sowie deren Darstellung in Zahlenreihen, Texten, Tabellen und Diagrammen, die eine vielfältige Auswertung und zahlreiche Vergleichsmöglichkeiten zulassen. Der in der Pressekonferenz zur öffentlichen Präsentation des Statistikbandes geäußerte Wunsch des Verwaltungsbürgermeisters Andreas Müller, dass »Der Gränitz« zum Standardwerk werden möge, wird sicher schnell in Erfüllung gehen. Für den auf dem Gebiet der Stadtgeschichte Arbeitenden dürfte sich der Band als unentbehrliches, wissenschaftlich fundiertes Nachschlagewerk etablieren.

*Birgit Horn-Kolditz (Borsdorf)*

**Religiöse Devianz in Leipzig. Monisten, Völkische, Freimaurer  
und gesellschaftliche Debatten. Das Wirken religiös devianter Gruppierungen  
im Leipzig des 20. Jahrhunderts**

*Hrsg. von Dirk Schuster und Martin Bamert*

ibidem-Verlag, Stuttgart 2011, 176 Seiten, Ladenpreis: 29,95 Euro  
ISBN 978-3-8382-0322-5

Der vorliegende Band entstand im Umfeld des Religionswissenschaftlichen Instituts der Universität Leipzig, in dem sich durch das Wirken Dr. Heinz Mürmels ein Forschungs- und Lehrschwerpunkt gebildet hat: die lokale Religionsgeschichte besonders kleinerer und devianter Gruppierungen, wobei sich die Arbeit vor allem auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts konzentriert. Mit dem Sammelband »Von Aposteln bis Zionisten«<sup>1</sup> liegt bereits ein Ergebnis vor, hier nun wird eine nächste Phase angegangen: Vor allem die Weimarer Republik steht zur Debatte. Allerdings wird sich der alternativreligiösen Szene nur ansatzweise genähert – man wünscht sich mehr historische Studien, die das Feld der Alternativreligion in Leipzig in höherem Maße erschließen. Aber, das wird in der Einleitung erklärt, die Autoren sind Studenten, Absolventen und Doktoranden des Instituts; die Arbeiten sind Ergebnis meist mehrerer Seminararbeiten, für die häufig in umfänglichen Archivrecherchen überhaupt erst das Material gehoben werden musste. Hierin liegt dann auch der vordergründigste Wert des Buches: Die meisten Artikel erschließen Quellen oder marginale Publikationen, welche die Forschung bislang nicht berücksichtigte. Und sie thematisieren Gruppen, die zum Teil aufgrund ihrer gesellschaftlichen Randständigkeit bislang keine wissenschaftliche Bearbeitung gefunden haben. So finden sich Artikel zur Ortsgruppe des freidenkerischen Deutschen Monistenbundes (Thomas Meißner), zu den Leipziger Freimaurerlogen (Franziska Böhl) und zur Gemeinschaft Hirt und Herde (Dirk Schuster).

Die Auswahl der Gruppen ist arbiträr – es hätte sicherlich noch andere oder mindestens ebenso interessante Gemeinden oder Bewegungen im Leipzig der zwanziger und dreißiger Jahre gegeben: die Neuapostolische Kirche, die Zeugen Jehovas, die Heiligen der Letzten Tage (Mormonen), Buddhisten, Okkultisten, das jüdische und das katholische Vereinsleben, die sich alle als Minderheitenvereine in einem nach wie vor protestantischen gesellschaftlichen Setting etablierten. Der Artikel zu Hirt und Herde mag hierfür instruktiv sein: Die christlich-neuoffenbarerische Gemeinschaft, die ihre Wurzeln im westsächsischen Raum hat und sich seit ihren Anfängen in einem angespannten Verhältnis zur Landeskirche befand,<sup>2</sup> geriet unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Konflikt mit den neuen Machthabern – ein Konflikt, der sich in der Härte der Verfolgung keinesfalls aus den unterstellten kommunistischen Verbindungen, ihrer numerischen Größe oder einer etwaigen Gefahr deuten lässt, sondern im Kontext des totalen Anspruchs der Nationalsozialisten auf die individuelle Lebensführung und Ideologie der Deutschen erklärbar wird. Im Falle von Hirt und Herde mit ihren insgesamt ca. 2000 Mitgliedern bzw. in den von Schuster recherchierten Quellen zeigen sich so auch die Möglichkeiten des Überwachungsstaats.

1 Von Aposteln bis Zionisten. Religiöse Kultur im Leipzig des Kaiserreichs. Hrsg. von Iris Edenheiser im Auftrag des Religionswissenschaftlichen Forums re.form e. V., Marburg 2010.

2 Das Verhältnis beruhte auf Gegenseitigkeit, immerhin beanspruchte ihr Gründer Friedrich August Hain, die Gegenwart des Heilands zu verkörpern – was direkt auf seine Einstellung zur Kirche als »entheiligt« Institution wie auch auf die Reaktion der Kirche, die Hain als Sektierer kritisierte, verweist.

Auch die Etablierung der verschiedenen Freidenkervereine und der generell zunehmend säkulare Zeitgeist der Republikjahre kommt etwas kurz (der Artikel zum DMB in Leipzig ist in dieser Hinsicht leider wenig explorativ, er gibt aber erste Hinweise für vertiefte Forschung). Die Rezensentin vermisst namentlich die »proletarischen Freidenker«, die im Leipzig der zwanziger und frühen dreißiger Jahre sicherlich relevanter gewesen sind als die bürgerlichen Freidenker, da sie zum einen die bei weitem höheren Mitgliederzahlen aufzuweisen hatten. Zum anderen prägten sie durch die Etablierung einer Sterbekasse die Debatte um Feuerbestattung als säkularer Bestattungsform maßgeblich, trieben deren Verbreitung voran und legten so die Grundlage für einen völlig anderen Umgang mit Tod und Bestattung, der heute in Leipzig als Standard zu gelten hat.<sup>3</sup>

Eine thematische Ergänzung bietet der Artikel über die Debatte um die Einführung des Religionsunterrichts in Sachsen um 1919 (Vanessza Heiland). Der Nexus Konfessionalität und Schule ist ein (nicht nur) zeitgenössisch prominentes Konfliktfeld um Fragen der Aushandlung von Gewissensfreiheit sowie Erziehungsanspruch und -kompetenzen vonseiten der Eltern wie des Staates. Oder mit Heilands Worten: Es »stellte die Entscheidung in dieser Frage doch gleichzeitig eine Festlegung über die künftige Gestalt der Gesellschaft als konfessionell oder säkular dar.« (S. 42) Das Feld lässt sich dabei nicht auf eine zentrale Frage zuspitzen, vielmehr konkurrieren hier mehrere Parameter: konfessioneller Religionsunterricht vs. konfessionsneutraler Unterricht in Moral und Religionsgeschichte; Religionsunterricht nach pädagogischen Maßgaben vs. kirchlich beaufsichtigter Religionsunterricht; nach (anerkannten) Religionsgesellschaften und Bekenntnissen getrennter Religionsunterricht vs. einheitlicher Ersatzunterricht. Die unterschiedlichen programmatischen Forderungen, die Heiland rekonstruiert, korrespondieren mit verschiedenen Positionen im Feld: Eltern, Lehrer, Administration, Klerus – eine Vielfalt, die durch weltanschauliche Differenzen noch multipliziert wird. Allein die kritischen Positionen reichen von »Gemäßigten«, die nur die Einführung eines Ersatzunterrichts für Dissidentenkinder forderten, bis zu »Radikalen«, die die Auflösung der konfessionellen Schule ersehnten. Bekanntlich setzten sich im »Roten Königreich« Sachsen in der Novemberrevolution die Radikalen durch und der Religionsunterricht wurde gestrichen – dass er binnen kurzem wieder eingeführt und konsolidiert wurde, zeichnet Heiland im gesellschaftlichen wie konkret politischen Kontext nach.

Der Band hält den Fokus »religiöser Devianz in Leipzig« leider nicht stringent durch – das ist dem Charakter des Bands als Werkstatt und Schaufenster in die studentische Forschungsarbeit geschuldet: Dem in den Quellen sehr explorativen Artikel über Frauenbilder unter den Völkischen (Sandra Groß) fehlt der Bezug zu Leipzig. Durch die Verquickung der bewegungseigenen Schriften und dem Überblick über völkische Frauenverbände gerät die Rückbindung ins Soziale etwas kurz: Dass die Völkischen nicht gerade Protagonisten der Emanzipation waren, ist bekannt – aber was verrät die Betrachtung ihrer Bilder, Stereotype und Programme über den konkreten historischen Kontext hinaus? Außerdem beinhaltet der Band noch einen Artikel zum Tora-Zentrum Leipzig (Julia Grob), der sich allerdings zeitlich von den anderen Artikeln abhebt und eine aktuelle Entwicklung in der israelitischen Kultusgemeinde Leipzigs thematisiert, nämlich das Engagement der Lauder-Stiftung in der Gründung eines orthodoxen, religiös gerahmten Jugendzentrums in der Leipziger israelitischen Gemeinde. Auch hier bleibt die Frage: Wie verortet sich das Erblühen des orthodoxen Judentums in Leipzig seit 1990 im Kontext von Globalisierung, Migration (ein Großteil der Gemeinde ist bekanntlich russischstämmig),

3 Aktuell werden in Leipzig knapp 95 Prozent der Verstorbenen kremiert und fünf Prozent erdbestattet. Vgl. Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch 2010 (= 41. Jahrgang), Leipzig 2010, online unter [http://www.leipzig.de/imperia/md/content/12\\_statistik-und-wahlen/lz\\_jb2010.pdf](http://www.leipzig.de/imperia/md/content/12_statistik-und-wahlen/lz_jb2010.pdf) (eingesehen am 30.08.2013), hier S. 200.

Identitätskonstruktion und -findung gerade bei Jugendlichen in Minderheiten-, Migrations- und Diasporasituationen?

Gerahmt wird der Band durch einen Beitrag von Henry Zimmermann, der eine theoretische Rahmung unternimmt. Was heißt eigentlich »religiös deviant«? Wie bekommt man Phänomene der sozialen Abweichung zu fassen? Und was sagen solche Phänomene aus?

Die Überlegungen dazu, wie man abweichendes Verhalten wissenschaftlich in den Blick bekommt und sinnvoll systematisiert, lassen erst das Konzept religiöser Devianz entstehen – denn das Phänomen »an sich« gibt es nicht, es bedarf mindestens zweier Akteure: des Handelnden und des Be- bzw. Verurteilenden. Der Fokus auf religiös oder weltanschaulich abweichendes Verhalten, wie er als Forschungsschwerpunkt am Religionswissenschaftlichen Institut der Universität Leipzig gepflegt wird, verrät Einiges über beide Beteiligte, sowohl über das Selbstverständnis des Abweichenden, der gerade im Konflikt mit der »Mehrheit« als sich Bewährender oder Avantgarde seine eigene Identität schärft, als auch über die reagierende »Mehrheit«, die sich an devianten Fällen der Grenzen ihrer Toleranz bewusst wird und *ex negativo* sich selbst bestimmt und sich in der Sanktion des Abweichlers ihrer normativen Kraft versichert.

Der vorliegende Band gibt hier einige Einsichten, zwar nicht immer mit der wünschenswerten theoretischen Tiefe, aber das ist auch gar nicht der Anspruch des Buches gewesen. Als Eindruck und Einblick in die wissenschaftliche Beforschung sog. »kleiner« lokaler Religionsgemeinschaften und vermeintlich randständiger gesellschaftlicher Phänomene bietet sich das besprochene Werk an.

*Katharina Neef (Leipzig)*

*Horst Riedel*

### **Stadtdlexikon Leipzig von A bis Z**

(Verlag) Pro Leipzig, 2. Auflage, Leipzig 2012, Ladenpreis: 39 Euro  
ISBN 978-3-936508-82-6

Seit Erscheinen der ersten Auflage des Leipziger Stadtdlexikons 2005 vergingen rund sieben Jahre, die Autor und Verlag nach eigener Darstellung nutzten, um nunmehr eine 2. und überarbeitete Auflage des schwergewichtigen Kompendiums vorzulegen. Auf der Rückseite der Neuerscheinung kündigt der Verlag die Aufnahme von etwa 100 neuen Stichwörtern an. Prüft man jedoch die Seitenanzahl, wird man schnell feststellen, dass der Inhalt nach wie vor auf 690 Seiten Platz findet. Das Stadtdlexikon enthält nach Angaben des Verlags rund 2400 Stichworte, die mit etwa 1200 teils farbigen Abbildungen illustriert werden. Dem aufmerksamen Leser erschließt sich erst beim Vergleich der Texte beider Auflagen, dass hier zugunsten der Aufnahme neuer Stichwörter andere Texte gestrafft wurden oder Erläuterungen zu einzelnen Begriffen in der 2. Auflage entfielen. Fortschreitende Baumaßnahmen wie am City-Tunnel, veränderte Eigentumsverhältnisse wie bei der Hauptpost oder die Inbetriebnahme von Hotels und erweiterten Produktionsstätten fanden ebenso Eingang bei den entsprechenden Stichwörtern wie die Aktualisierung der Besucherzahlen im Zoo bis zum Jahr 2011. Genannt werden auch neu entstandene Einrichtungen wie das privat betriebene »Haus der Computerspiele«. Weitere Personen, die in Leipzig leb(t)en und

arbeite(te)n wie die Sexualwissenschaftlerin Lykke Aresin erhielten einen biografischen Eintrag. Die Daten anderer Personen wurden ebenfalls durch Aufnahme von öffentlichen Würdigungen und Auszeichnungen, die Schaffung neuer Werke oder die Sterbedaten ergänzt. Leipzig, die Stadt und ihre Bewohner sind ständig in Bewegung – welche Ereignisse aus dem Tagesgeschehen müssen im Stadtlexikon unbedingt genannt werden? Ob der Leser die nicht mehr enthaltenen Begriffe wie die »Ballhäuser« vermissen wird, kann nicht beurteilt werden.

Wie bei allen Lexika vergehen erfahrungsgemäß zwischen Redaktionsschluss, der im Juni 2012 lag, und dem Erscheinen des jeweiligen Bandes mehrere Monate Zeit, sodass verschiedene Stichpunkte inzwischen erneut ergänzt werden mussten. Dies trifft im Leipziger Stadtlexikon insbesondere auf die Angaben zu noch lebenden Personen oder zu den statistischen Zahlen zu. Allerdings waren die Daten beim 2012 aufgenommenen Stichwort »Ausländische Bevölkerung« mit dem Erhebungsstand von 2006 längst nicht mehr aktuell. Ein Blick in die vom Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig veröffentlichten Berichte hätte hier ohne großen Aufwand Abhilfe leisten können.

Schon nach Erscheinen der ersten Auflage des Stadtlexikons gab es in der Öffentlichkeit unterschiedliche Reaktionen auf die angebotenen Informationen. Diese waren auf der einen Seite geprägt vom Respekt vor der ungeheuerlichen Fleißarbeit Horst Riedels, der über Jahrzehnte hinweg Publikationen zu stadthistorischen Themen auswertete und in einer Stichwortsammlung aufbereitete. Auf der anderen Seite äußerten sich kritische Stimmen zur Auswahl bestimmter Schlagworte, zu deren inhaltlicher Darstellung und auch zur Unausgewogenheit beim Textumfang. In seiner Einleitung »Ganz Leipzig in einem Buch« zur zweiten Auflage greift der Geschäftsführer des Verlages und Lektor des Buches, Dr. Thomas Nabert, diese Problematik auf. Er bemerkt dazu, dass sich im Rahmen eines Nachschlagewerkes, wie es das vorliegende Stadtlexikon darstellt, unterschiedliche Interessen nicht immer ausgewogen berücksichtigen lassen. Für die formale Auswahl erscheint dies einleuchtend, sollte aber nicht Credo für die inhaltliche und redaktionelle Bearbeitung sein. Bereits Henning Steinführer hatte in seiner Rezension für das Jahrbuch »Stadtgeschichte 2006« zusammenfassend auf die Mängel der ersten Auflage hingewiesen. Trotz dieser und weiterer Hinweise aus der Leserschaft, die nach Aussage des Redakteurs in die Erarbeitung der zweiten Auflage einfließen und durch weitere Ausarbeitungen des Autors sowie des Verlages ergänzt wurden, weist die 2. Auflage des Stadtlexikons nach wie vor Fehler und Mängel auf. Dies kann nur an ganz wenigen Beispielen verdeutlicht werden: Ernst Hasse war nicht Zweiter, sondern von 1893 bis zu seinem Tod 1908 Erster Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes. Die Russische Gedächtniskirche heißt nicht St. Alexi, sondern St. Alexej und wird von der russisch-orthodoxen Religionsgemeinde selbst auch als St. Alexius oder Alexei genannt. Der Leipziger Schriftsteller Hans Bauer starb am 11. Januar 1982 und nicht am 1. dieses Monats. Leider sind diese falschen Daten nicht nur im Stadtlexikon präsent, sondern wurden so vermutlich ungeprüft aus der älteren Literatur oder aus Online-Datenbanken entnommen. Diese »Kleinigkeiten«, die zum Teil auch aus Tipp- oder etwaigen Schreibfehlern entstanden sein können, werden sicher weniger dem stadthistorisch allgemein interessierten Nutzer, sondern nur dem mit der jeweiligen Materie vertrauten Spezialisten auffallen. Uneinheitlich verfuhr der Autor bei den zahlreichen Leipziger Preisverleihungen, indem er beispielsweise alle Preisträger des Caroline-Neuber-Preises bis 2012 aufführt, aber beim Carl-Goerdeler-Preis keine Namen nennt. Es kann nur vermutet werden, dass die Auflistung in diesem Fall nicht erfolgte, weil die Anzahl der Preisträger größer ist? Fraglich ist zum Beispiel auch, warum einzelne, maßgeblich an der Völkerschlacht beteiligte Heerführer wie Poniatowski oder Offiziere wie Friccius in den allgemeinen Texten zwar genannt werden, aber nicht wie Napoleon oder Körner einen eigenen Eintrag erhielten.

Zwar wurde der in der 1. Auflage fehlende Begriff des »Stadtbriefes« nunmehr aufgenommen, aber nach wie vor sind grundlegende Begriffe aus der Leipziger Stadtgeschichte, der Verfassung und Verwaltung wie »Bürgermeister«, »Bürgerrecht«, »Stadtrat«, »Rat der Stadt«, »Magistrat« oder »Stadtverordnete« nicht enthalten. Leider muss man sich der Meinung Steinführers zum Inhalt einzelner Beiträge, die eben nicht auf wissenschaftlichen Forschungen beruhen, erneut anschließen, wie dies zum Beispiel die Sachverhalte zur Völkerschlacht widerspiegeln.

Nach wie vor äußerst umfangreich sind dagegen die Textbeiträge zu den Leipziger Ortsteilen, die in der Regel auf den Stadtteilheften des Verlages basieren. Hier wären sicher Kürzungen möglich gewesen, zumal wenn im Quellen- und Literaturverzeichnis allgemein auf die Publikationsreihe des Verlages verwiesen worden wäre. Dieses im Anhang tatsächlich nur sehr knapp gefasste Verzeichnis enthält keine archivischen Quellen, sondern nur Literaturangaben. Der Autor hat offenbar wichtige Publikationen wie die schon erwähnten gedruckten Berichte des Amtes für Statistik und Wahlen oder Arbeiten von Klaus Sohl zu den Leipziger Ehrenbürgern nicht genutzt. Generell wäre es wünschenswert, die Quellenangaben bei den einzelnen Stichwörtern anzugeben, zumal der Autor aus diesen oft wörtlich oder zumindest zusammenfassend zitiert. Abgerundet hätte die Neuauflage des Stadtlexikons sicher auch ein aktualisiertes Geleitwort von Kurt Masur oder einer anderen Leipziger Persönlichkeit. Positiv zu erwähnen ist, dass einzelne Abbildungen durch Aufnahmen in besserer Qualität oder in Farbe ausgetauscht wurden. Dies wird der vergleichende Betrachter jedoch nicht bei allen Abbildungen wie zum Beispiel beim Abtnaundorfer Schloss feststellen, wo die frühere Abbildung geeigneter erscheint. Nützlich erweisen sich wiederum das Personen- und Sachregister, die auch Inhalte aus den Stichworttexten erschließen sowie die Verweise auf andere Stichwörter oder biografische Einträge zu Personen enthalten.

Das Stadtlexikon bietet sich auch in seiner zweiten Auflage vor allem dem allgemein Interessierten zur schnellen, überblicksartigen Wissensvermittlung bei ausgewählten stadthistorisch relevanten Daten an. Der stadthistorisch oder wissenschaftlich Forschende muss nach wie vor leider bis zum Erscheinen der zum 1000-jährigen Stadtjubiläum angekündigten vierbändigen Geschichte Leipzigs auf das Studium von Spezialliteratur oder das Studium der Originalquellen oder die bis 2015 erscheinenden vier Hauptbände und die Sonderbände mit Quellen und Forschungen zur Stadtgeschichte verwiesen werden.

*Birgit Horn-Kolditz (Borsdorf)*

Heinz Peter Brogiato

## Über den Dächern von Leipzig. Luftbilder 1909–1935

*Hrsg. im Auftrag des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf,  
und des Leibniz-Institutes für Länderkunde, Leipzig  
mit einem Nachwort von Matthias Mensch*

Lehmstedt-Verlag, Leipzig 2012, 247 Seiten, Ladenpreis: 19,90 Euro  
ISBN 978-3-942473-44-6

»Das 19. Jahrhundert, insbesondere seine zweite Hälfte, war eine Epoche intensivster Urbanisierung. Keine frühere Epoche hatte eine solche räumliche Verdichtung des sozialen Lebens erfahren«, schreibt Jürgen Osterhammel in seinem Werk »Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts«.<sup>1</sup> In Leipzig wuchs die Bevölkerung zwischen 1850 und 1914 um 500 000 Menschen. Das Bevölkerungswachstum veränderte auf dramatische Weise das Bild einer Stadt, die aus allen Nähten platzte. Ein größeres Rathaus musste her, um die Stadt verwalten zu können, Industrien entstanden, Mietshäuser wurden generalstabsmäßig geplant und gebaut. Geänderte Handelsgewohnheiten bedingten den Bau großer Messepaläste.

Ein neuer Fotoband dokumentiert das Ergebnis einer Verwandlung, die heute – in einer Zeit, in der um den Erhalt jedes historischen Gebäudes gerungen wird – undenkbar ist. Damals aber verschwanden kleinteilige Bürgerhäuser aus der Stadtmitte, barocke Gärten wurden parzelliert und überbaut. Doch auch das im Buch gezeigte Stadtbild ist bereits Geschichte. Viele Gebäude verlor die Stadt in den Bombennächten des Zweiten Weltkriegs. Ganze Straßenzüge wurden in Verlauf und Größe veränderten Verkehrsflüssen angepasst.

Heinz Peter Brogiato, der Leiter der Geographischen Zentralbibliothek und des Archivs für Geographie im Leibniz-Institut für Länderkunde Leipzig, hat einen Band mit beeindruckenden Luftbildern von Leipzig zusammengestellt, in dem der Leser und Betrachter zahlreiche Entdeckungen machen kann.

Anders als im 1998 erschienenen schmalen Band »Leipzig. Luftbilder von gestern und heute – Eine Gegenüberstellung«<sup>2</sup>, in dem einige wenige der Aufnahmen bereits abgedruckt waren, wird im vorliegenden Buch auf aktuelle Luftbildaufnahmen verzichtet. Der kundige Leipziger sieht gleichwohl die Veränderung respektive den Verlust, den Verlust herausragender Gebäude wie den Verlust historischer Stadtstrukturen. Schmerzlich blickt der Betrachter beispielsweise auf das Areal zwischen Katharinenstraße und Reichsstraße (Abb. 2), das nach dem Krieg durch Schaffung des Sachsenplatzes quasi zu einem zweiten »Markt« aufgeweitet und bis heute nicht befriedigend wiederhergestellt wurde.

Gut sichtbar werden die unterschiedlichen Konzepte, nach denen die Vorstädte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bebaut wurden. Schnurgerade Straßen und eine quadratische Blockbebauung kennzeichnen die Petersvorstadt und die Äußere Südvorstadt (Abb. 26–28); aber auch die Marienvorstadt (Abb. 37) ist durch eine regelmäßige Bebauung mit parallel verlaufenden Straßen gekennzeichnet. Ein anderes Konzept ist in der Nordvorstadt umgesetzt worden. Hier stößt die Nordstraße als Mittelachse auf den zentralen Nordplatz mit der Michaeliskirche als

1 Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009, S. 360.

2 Carla Calov/Manfred Czerwinski, Leipzig. Luftbilder von gestern und heute. Eine Gegenüberstellung, Leipzig 1998.

Dominante, eingerahmt von der Pfaffendorfer Straße und der Michaelisstraße, die strahlenförmig auf den Platz zulaufen.

In der aus 1000 Meter Höhe aus einem Heißluftballon erfolgten Aufnahme der Inneren Westvorstadt ist die durch die Bebauung aufgenommene fächerförmige Wegestruktur von Apels Garten besonders gut erkennbar (Abb. 22). Ebenso lässt sich der ursprüngliche Verlauf der Weststraße (heute Friedrich-Ebert-Straße) gut nachvollziehen. Der Johannapark blieb aufgrund der strengen Testamentsbestimmungen des Stifters Wilhelm Seyffferth bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs weitgehend unverändert. Die Zerstörung mehrerer Villen an der Weststraße wurde zum Anlass genommen, den Straßenverlauf zu ändern, sodass sie nun in die verkehrstechnisch aufgewertete Karl-Tauchnitz-Straße einmündet. Einige Villengärten wurden in den Johannapark integriert.

Imposant sind die Blicke auf den Palmengarten (Abb. 42), die Buden des Messplatzes auf den Frankfurter Wiesen (Abb. 41) und das Freibad Lindenthal (Abb. 61). Ein weiteres Ausflugsziel der Leipziger, der Luna-Park am Auensee, befand sich hingegen 1927 bereits sichtbar im Niedergang (Abb. 57).

Die Luftbilder decken das gesamte heutige Stadtgebiet Leipzigs ab. Die 1927 im Dreieck zwischen Prager Straße und Chemnitzer Straße noch im Bau befindliche idyllische Siedlung Neuheida wird heute westlich von einem zehngeschossigen monströsen Mittelgangwohnhaus begrenzt, das mit 336 Metern immerhin als das längste auf voller Länge durchgehbbare Wohngebäude Deutschlands gilt. Östlich der Prager Straße entstand nach 1990 eine Eigenheimsiedlung (Abb. 107). Die Gartenvorstadt Marienbrunn (Abb. 96) und die im Stil des Neuen Bauens errichtete Krochsiedlung in Gohlis (Abb. 69) repräsentieren unterschiedliche Ansätze des Bauens jener Jahre. Beide Siedlungen befanden sich zum Zeitpunkt der Aufnahmen (1927 bzw. 1930) noch im Bau. Einige Aufnahmen zeigen Leipzig als Industriestadt. So sind das Elektrizitätswerk Nord (Abb. 38), die Kammgarmspinnerei Stöhr & Co. (Abb. 46) und die Adolf-Bleichert GmbH (Abb. 71) zu sehen.

Das erste Luftbild wurde bereits 1858 aus einem Ballon über Paris »geschossen«, erfährt der Leser aus dem Nachwort von Matthias Meusch aus dem Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, das die Geschichte der Luftbildfotografie beleuchtet. Wurden die Fotos zunächst vor allem zur militärischen Luftaufklärung genutzt, überwog zwischen den zwei Weltkriegen die zivile Luftbildfotografie. Man mag es sich nicht vorstellen, dass sich die Fotografen für die Aufnahmen anfangs weit aus dem Flugzeug lehnen mussten. 1916 wurde erstmals eine fest eingebaute automatische Reihenaufnahmekamera eingesetzt. Aber auch in den 20er- und 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurden Luftbildaufnahmen noch freihändig aus offenen Flugzeugen heraus angefertigt. Durch den schrägen Aufnahmewinkel werden auf den Fotos nicht nur die Stadtstrukturen, sondern auch die Häuserfassaden sichtbar.

Gezeigt werden 113 Luftaufnahmen, die aus ca. 600 historischen Luftaufnahmen Leipzigs ausgewählt wurden. Sie stammen vorwiegend aus der Sammlung der Hansa Luftbild, die 1926 aus dem Zusammenschluss der Aero Lloyd Luftbild GmbH und der Junkers Luftbildzentrale entstand und die noch heute Luftbilder als Ausgangspunkt komplexer Dienstleistungen anfertigt. 39 Aufnahmen steuerte das Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig bei, darunter 23 Ansichtskarten.



Bereits in seinen früheren Büchern, etwa den beiden Bänden »Leipzig um 1900«<sup>3</sup>, die kolorierte Ansichtskarten der Leipziger Innenstadt und der Stadtteile zeigen, ist die Liebe des Autors zum Detail und seine Sachkenntnis Leipziger Geschichte zu spüren. Auch die den Fotos des neuen Buches beigefügten Texte erleichtern dem Betrachter die Orientierung und lenken den Blick auf das Besondere der Aufnahme. Darüber hinaus sind sie aufgrund ihrer Informationsfülle und vieler akribisch recherchierten Details eine wahre Fundgrube für den allgemein historisch interessierten Leser wie für den Kenner Leipziger Geschichte.

Die den einzelnen Fotos und Texten beigefügten Literaturempfehlungen regen eine vertiefende Weiterbeschäftigung an. Hervorzuheben ist das ansprechende Layout des Bandes.

So ist das Buch all jenen unbedingt zu empfehlen, die sowohl an historischen Fotografien als auch an Leipzigs Geschichte interessiert sind.

*Thomas Bertz (Leipzig)*

---

3 Heinz Peter Brogiato, Leipzig um 1900. Erster Band. Die Innenstadt in kolorierten Ansichtskarten aus dem Archiv des Leibniz-Instituts für Länderkunde e. V., Leipzig 2009, und Heinz Peter Brogiato, Leipzig um 1900. Zweiter Band. Die Stadtteile in kolorierten Ansichtskarten aus dem Archiv des Leibniz-Instituts für Länderkunde e. V., Leipzig 2009.

*Elise Catrain*

**Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1968/69–1981)**

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2013, 333 Seiten, Ladenpreis: 29 Euro  
ISBN 978-3-86583-725-7

Die Arbeit greift einen bisher kaum untersuchten Teil der Geschichte der Karl-Marx-Universität auf. Abgesehen von einem Aufsatz über den Beginn ihres Einflusses in den fünfziger Jahren<sup>1</sup> blieben die Handlungsfelder der Staatssicherheit bei den Wissenschaftlern und Studenten in Leipzig unerforscht, was sich unter anderem im entsprechenden Abschnitt der zum Universitätsjubiläum 2009 neu erschienenen Geschichte bemerkbar machte.

Die Verfasserin begründet nach Skizzen des Forschungsstandes und der Quellenlage die zeitliche Begrenzung ihrer Arbeit auf die siebziger Jahre mit der Fülle überlieferter Akten und den seit dieser Zeit neuen, diffizilen Überwachungsmethoden. Ein erster Abschnitt behandelt die Durchsetzung und schließlich die beherrschende Rolle des Marxismus-Leninismus im Universitätsstudium. Zutreffend wird auf den »Erziehungsfaktor« im Studienprozess hingewiesen, bei dem auch die Unterbringung von über 50 Prozent der Studenten(-innen) in Wohnheimen (1972) bei häufig überbelegten Zimmern und die Seminargruppen eine Rolle spielten.

Ein besonderer Abschnitt gilt der III. Hochschulreform (1968), mit der bisherige Elemente des Studiums in der DDR gebündelt und zu einem System wurden. Dazu gehörten das Militärlager, das nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1962) allerdings kein »Ersatz oder Vorbereitung auf den noch ausstehenden Wehrdienst« war (S. 34), sondern eine Reservistenübung, allerdings stark politisiert und nun Teil des Studiums. Leider sind dem gegenüber die Lager für »Zivilverteidigung«, in denen alle Studentinnen und vom Wehrdienst befreite Studenten erfasst wurden, kaum beachtet worden. Den Abschnitt beschließt die zutreffende Feststellung, dass gegen Kritik an diesen Maßnahmen systematisch und rigoros vorgegangen wurde.

Ein zweiter Abschnitt ist dem Apparat des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität, seiner Struktur, dem Werdegang der wichtigsten hauptamtlichen Mitarbeiter und dem Einsatz bei zwei wichtigen Ereignissen in den sozialistischen Nachbarländern gewidmet: dem »Prager Frühling« (1968) und dem Beginn der Streikbewegung in Polen (1970/71). Nach dem Beginn der politischen Entspannung zwischen den beiden deutschen Staaten und in Europa wurden die Sicherheitsorgane in der DDR erheblich verstärkt. Diskussionen in Kreisen der Wissenschaftler und Studenten etwa über die Schlussakte der KSZE-Konferenz in Helsinki (1975) sind zwar im Beispiel angesprochen, das Gesamtphänomen aber nicht. So bleibt unklar, wie intensiv solche Diskussionen an der Karl-Marx-Universität waren und ob sie das MfS erfasste. Ein Unterabschnitt gibt mit sehr instruktiven Beispielen Einblick in die »operative Bearbeitung«, d. h. Personenkontrolle, Überwachung bis in das Privatleben und Verfolgung.

Der dritte Abschnitt gilt den »informellen Mitarbeitern (IM)« des MfS, »der Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«, ihrer Anwerbung, ihrer Motivation zur Mitarbeit, den verschiedenen Kategorien von IM und Gründen für einen Abbruch der Zusammenarbeit. Catrain sichtete

<sup>1</sup> Günther Heydemann, Die Pervertierung weltlicher Herrschaft. Anfänge geheimdienstlicher Überwachung der Universität Leipzig durch K5 und Ministerium für Staatssicherheit in den 1950er Jahren, in: Michael Beyer (Hrsg.), Christlicher Glaube und weltliche Herrschaft: zum Gedenken an Günther Wartenberg, Leipzig 2008.

Unterlagen von 90 IM, sämtlich Wissenschaftler oder Angestellte. Die Gesamtzahl für die Universität selbst aus diesen Bereichen (die Studenten wurden ausgenommen) dürfte allerdings höher gewesen sein. Das zeigt der Vergleich mit den Arbeiten über die Universitäten Halle und Jena.

Ein Blick auf die Überwachung ausländischer Studenten beschließt die Arbeit. Es wäre auch bei diesem Abschnitt nützlich gewesen, wenn sich die Vfn nicht nur auf die Aktenüberlieferung gestützt, sondern sich auch mit einigen neueren Detailstudien vertraut gemacht hätte, wenn auch wichtige Fragen des Studiums von Ausländern in der DDR bisher nicht erforscht sind. Nicht alle Studenten kamen auf der Grundlage von Regierungsabkommen an die Universität (so S. 245). Delegationen von befreundeten Parteien und Organisationen gab es von Anfang an bis 1989. Akte der Solidarität, etwa nach dem Sturz der Allende-Regierung in Chile, ermöglichten zahlreichen Studenten(-innen), nicht nur Kommunisten, ein Weiterstudium in der DDR. Promotionen privater »Bewerber«, auch aus westeuropäischen Ländern, waren in den 1980er-Jahren zumindest in Berlin und Leipzig möglich. Insgesamt enthielt diese Überwachung vielfältige Aspekte, auch solche der inneren Sicherheit, wie die palästinensischer Studenten (S. 282), die offenbar der terroristischen Szene nahe standen.

Es liegt eine interessante und beachtenswerte Studie vor, die auf fleißigen Quellenstudien beruht und Licht in diese bedrückende Ausspähung, Überwachung bis in die Privatsphäre und Unterdrückung bringt. Das erste Mal wurde für die Leipziger Universität ein großer Ausschnitt aus diesen Vorgängen behandelt.

Das vorliegende Buch, dem, wie aus der Danksagung von Elise Catrain (S. 323) hervorgeht, eine Dissertation zugrunde liegt, die 2010 in Leipzig (maschinenschriftlich) und in Lille, wo sie studierte, eingereicht wurde, erfordert eine Nachbemerkung. Ungeachtet des Dankes der Verfasserin an ihre »Rechtschreibkorrektoren« wäre eine Lektorierung der verdienstvollen Arbeit wünschenswert und nützlich gewesen.

*Siegfried Hoyer (Leipzig)*

## Autorenverzeichnis

Prof. em. Dr. Ulrich von Hehl, Leipzig

Prof. em. Dr. Karlheinz Hengst, Chemnitz

M.A. Birgit Horn-Kolditz  
Leitende Bestandsreferentin im Stadtarchiv Leipzig

Prof. em. Dr. Siegfried Hoyer, Leipzig

Dr. Gerald Kolditz  
Referatsleiter im Sächsischen Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig

M.A. Marie-Louise Monrad Møller  
Doktorandin am Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München

Dr. des. Christian Schatt  
Möbelrestaurator, Dresden

M. A. Thomas Stein  
Doktorand bei Prof. em. Dr. Ulrich von Hehl, Leipzig

Dipl.-Hist. Jens Trombke  
Stellvertretender Vorsitzender der Vereinigung zur Förderung  
von Aufbau und Erhaltung des Peterskirchgebäudes e. V.